DER SPIEGEL

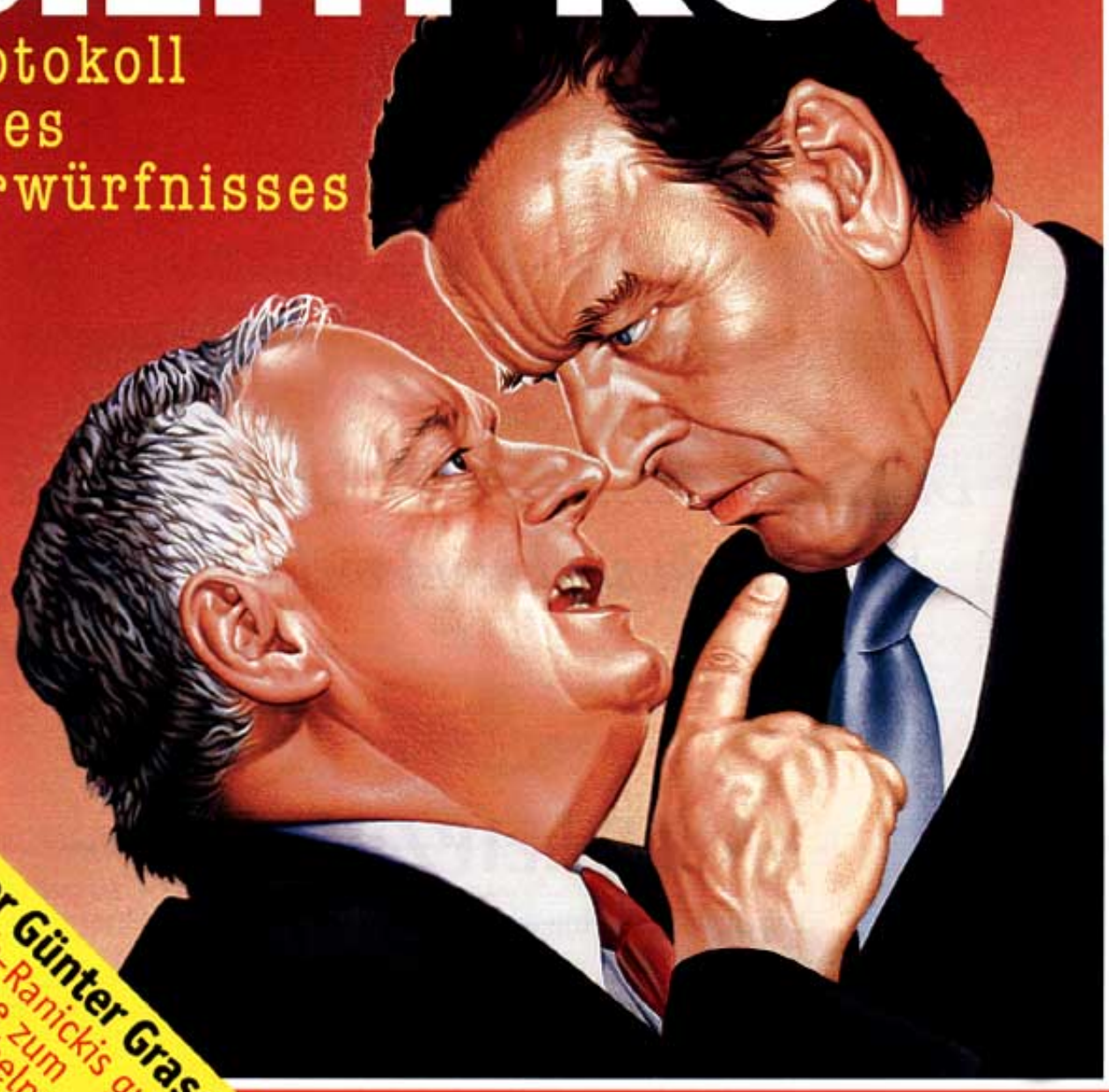
Nr. 40/4.10.99 · 5,00 DM

4 390700 705005 40

Lafontaine contra Schröder

EIN MANN SIEHT ROT

Protokoll eines Zerwürfnisses



„Mein lieber Günter Grass..."

Marcel Reich-Ranickis gute Wünsche zum Literatur-Nobelpreis

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

4. Oktober 1999 **Betr.: Titel, Nobelpreis**

Die Abrechnung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder war lange angekündigt, für publizistische Begleitmusik ist auch gesorgt: „Das Herz schlägt links“, nennt SPD-Privatier Oskar Lafontaine sein Buch über den vergeblichen Versuch, als Parteivorsitzender und Finanzminister die deutsche Politik zu prägen. Sieben SPIEGEL-Redakteure wollten genauer wissen, warum Lafontaine gescheitert ist. Sie sprachen mit den Beteiligten, werteten Protokolle und Notizen aus und gingen der Frage nach, wie es zum Bruch zwischen Lafontaine und Schröder gekommen ist. Wer von beiden löste den Machtkampf aus – und warum? Das Titelstück rekonstruiert den Show-down der vormaligen Männerfreunde und rückt die einseitige Darstellung Lafontaines zurecht (Seiten 22, 112).

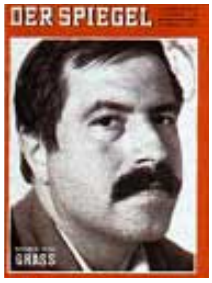
Als 17-Jähriger interviewte Schülerzeitungsredakteur Volker Hage 1967 am Hamburger Flughafen einen Dichter, der durch seinen Roman „Die Blechtrommel“ weltweite Anerkennung errungen hatte – Günter Grass, damals 39. Danach traf Hage den inzwischen beliebtesten deutschen Schriftsteller noch mehrfach, so auch als SPIEGEL-Redakteur. Mit kritischem Urteil verfolgte er dessen Arbeit, nicht immer zum Gefallen des Literaten. Vergangenen Donnerstag wurde Grass der Nobelpreis für Literatur zugesprochen: „Man soll ihm die Ehrung von Herzen gönnen“, sagt Hage. Viermal wurde der streitbare Schriftsteller zum Titelthema für den SPIEGEL. Das Verhältnis war zunächst harmonisch: In der „Blechtrommel“ ließ Grass seinem Helden Oskar sogar die „Wochenzeitschrift DER SPIEGEL“ ins Zugabteil reichen und ihn sich dann „immer wieder über das umfangreiche Wissen der Journalisten“ wundern. Der SPIEGEL selbst fand lobende Worte über den Erstlingsroman des „kräftig in die vorderste Reihe drängenden deutschen Nachwuchsautors“. Später gab es dann auch andere Töne. Etwa, als SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein und Grass 1990 im Streit um die Wiedervereinigung aneinander gerieten – Augstein dafür und Grass dagegen. Fünf Jahre später nahm Grass es dem SPIEGEL mächtig übel, dass der den Kritiker Marcel Reich-Ranicki mit seinem Verriss des Romans „Ein weites Feld“ auf den Titel nahm. „Es ist gut, dass er den Preis bekommen hat“, sagt Reich-Ranicki jetzt im SPIEGEL. „Grass wird uns alle noch überraschen mit irgendetwas sehr Schönem“ (Seite 294).

D. MELLER-MARCOVICZ

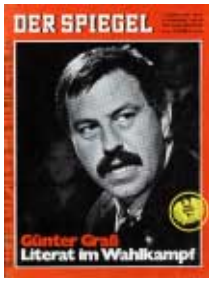
Augstein, Grass (1969)

M. ZUCHT / DER SPIEGEL

Hage, Grass (1995)



36/1963



33/1969

18/1979

34/1995

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Oskar Lafontaine schreckt die SPD mit seinem Buch auf ... 22
Das Protokoll des Duells Schröder – Lafontaine ... 112

Kommentar

Rudolf Augstein: Dies ist der Grünen große Not ... 26

Deutschland

Panorama: Spar-Tricks bei der Bundeswehr / Kostenlose Tickets für Abgeordnete ... 17
Hauptstadt: Die SPD versteckt Momper ... 27
Anarcho-Parteien verulken das Polit-Geschäft ... 28
Interview mit der Berliner Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast ... 30
Renten: Riesters Streit mit der IG Metall ... 34
Affären: Was verbindet die Amigos Holzer und Schreiber? ... 36
NS-Verbrechen: Franzosen jagen Holocaust-Mitorganisator Alois Brunner ... 42
Bildung: Schul-Management nach Bundesliga-Vorbild ... 50
PDS: SPIEGEL-Gespräch mit Gregor Gysi über das Verhältnis zur SPD ... 60
Umwelt: Wie gewiefte Müllmakler Ostdeutsche überrumpeln ... 96
Kirche: SPIEGEL-Gespräch mit Katholiken-Chef Hans Joachim Meyer über den Abtreibungs-Streit mit dem Papst ... 101
Neonazis: Bundesanwaltschaft greift im Osten ein ... 106
Ehe: Treuepflicht für Frauen? ... 110
CDU: Wolfgang Schäubles Zukunftshoffnungen ... 111

100 Tage im Herbst

Wende und Ende des SED-Staates (2): „Gorbi, hilf uns" – Jubelfest mit Übergriffen ... 67
Porträt: Ibrahim Böhme – Dissident und Agent ... 90
Analyse: Wie Gorbatschow die Einheit durchsetzte ... 92

Wirtschaft

Trends: Die radikalen Steuerpläne der CSU / Deutsche Banken verärgert über USA ... 133
Geld: Wende am Neuen Markt? / Software-Aktien vor Comeback ... 135
Deutschland AG: Die Konzerne formieren sich neu ... 136
Fusionen: SPIEGEL-Gespräch mit den Veba/Viag-Chefs Hartmann und Simson ... 138
Konzerne: Die Auslandsflops der Telekom ... 142
Modeindustrie: Die US-Kette Gap will die Welt bekleiden ... 146
Konsum: Das Duty-free-Gewerbe kämpft ums Überleben ... 153

Gesellschaft

Szene: Interview mit Modemacher Kenzo / Tipps für Ufo-Jäger ... 157
Polemik: Buchautoren schimpfen über die Ostdeutschen ... 158
Kriminalität: Das Phänomen Serienmörder ... 162
Lebensart: SPIEGEL-Gespräch mit Konsum-Forscherin Helene Karmasin über die geheimen Botschaften unserer Nahrungswahl ... 170
Behörden: Rigide Vorschriften verhindern Phantasie-Grabsteine ... 179

Medien

Trends: Mehr Sport für Premiere / Stahnkes Rückkehr auf den Bildschirm ... 183
Fernsehen: Neuer Assistent für TV-Kommissarin / Fußball-Quoten stabil ... 184
Privat-TV: Fernsehmacher im Jugendwahn ... 186
Fernsehspiele: Das beklemmende Ehedrama „Ich habe Nein gesagt" ... 190

Berlin-Wahlen: Das Zittern der SPD

Seite 27

M.-S. UNGER

SPD-Kandidat Momper

Flotte Sprüche ersetzen in der Endphase des Berliner Wahlkampfs das Konterfei des SPD-Spitzenkandidaten Walter Momper – die Partei behandelt den potenziellen Verlierer wie einen Aussätzigen. Doch die ganz großen Probleme kommen erst nach der zu erwartenden Niederlage: Der zerrissenen Landespartei droht dann ein heftiger Streit über die Fortsetzung der Großen Koalition. Die Forderung nach einer Regeneration in der Opposition und der Einbindung neuer Kräfte wird immer lauter.

Judenmörder Brunner in Damaskus?

Seite 42

Er wurde oft totgesagt, doch jetzt glauben französische Ermittler, den letzten prominenten Judenmörder entdeckt zu haben: Holocaust-Mitorganisator Alois Brunner soll im Hotel Méridien in Damaskus leben – geschützt von Syriens Präsident Assad.

Radikalkur für Konzerne

Seiten 136, 138

Ist es purer Größenwahn – oder der Zwang des globalen Wettbewerbs? Nie zuvor wurde die deutsche Wirtschaft so verändert wie in diesen Monaten: Traditionsreiche Konzerne verschwinden, ganz neue Gebilde entstehen. „Jede Zeit hat ihre Unternehmen, die in die jeweilige Entwicklung hineinpassen", erklärt Veba-Chef Ulrich Hartmann im SPIEGEL-Gespräch. Veba fusioniert mit dem Konkurrenten Viag, um im liberalisierten Strommarkt gegen die großen Konkurrenten aus dem Ausland bestehen zu können.

PFP

Stromversorgung

Jugendwahn im Privat-TV

Seite 186

SAT 1

Sat 1-„Wochenshow"-Stars Engelke und Rima

In Zeiten schwach steigender Werbeumsätze bauen die Privatsender auf immergleiche Formate. Diverse Comedy- und Talksendungen richten sich an die Masse der 14- bis 49-Jährigen. Tatsächlich aber entfliehen die Jungen der Eintönigkeit vor dem Fernseher, wächst die Anzahl der konsumfreudigen Oldies. Nun drängen Markenartikler, Mediaplaner und Werber auf ein besseres Programm und drohen den TV-Machern mit dem Abzug ihrer Werbegelder.

FOTOS: AP (li.); DPA (re.)

Rettungsteam mit Strahlenopfer, Unglücksort in Tokaimura

Den Strahlentod vor Augen

Seite 196

Hilflos reagierte Japan auf eines der schwersten Atomunglücke der Geschichte. Der Unfall von Tokaimura ist die Quittung für den hemmungslosen Umgang des Hightech-Landes mit der Kernenergie. Doch unbeirrt will Tokio weitere Meiler bauen. In Deutschland hingegen sehen sich die Gegner der Atomenergie gestärkt.

Die Wüstenkünstler von Peru

Seite 255

Ufo-Landeplatz oder prähistorische Pilgerwege? Seit Jahren ranken sich Legenden um die monumentalen Bodenzeichnungen von Nasca in der Wüste von Peru. Forscher aus aller Welt rätselten über ihren Ursprung. Nun ist Bonner Archäologen ein Sensationsfund gelungen: Erstmals stießen sie auf Siedlungsspuren einer 2000 Jahre alten Kultur, aus der die Wüstengravuren stammen könnten. In Grabkammern fanden sich über 30 halb verweste Indio-Leichen.

Mumienkopf

Der Film geht an die Börse

Seite 284

Nie kursierte in der deutschen Kinobranche so viel Geld wie heute. Mit dem Kapital, das sich Unternehmen wie Constantin Film an der Börse holten, wird wie wild produziert und spekuliert. Nur: Braucht der Film jetzt noch staatliche Fördermittel?

VG BILD-KUNST, BONN 1999

Die verführte Avantgarde

Seite 269

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Futurismus, Bauhaus, Expressionismus: Viele Künstler der Moderne begeisterten sich für den neuen Menschen und eine bessere Gesellschaft. Doch diese Verquickung von Kunst und Politik hatte gefährliche Folgen: Manche Avantgardisten gerieten in die Nähe von totalitären Regimen; andere wurden von den Mächtigen verfolgt oder ins Exil gedrängt – wie etwa der Maler George Grosz durch die Nationalsozialisten.

Grosz-Werk „Die Stützen der Gesellschaft“ (1926)

Ausland

Panorama: Zweiklassensystem in türkischen Gefängnissen / Presseverfolgung in Iran 193
Japan: Atomunfall mit kritischer Masse 196
Wie der Unfall die deutsche Ausstiegsdebatte anheizt 198
Interview mit Kernkraft-Professor Birkhofer ... 200
Europa: SPIEGEL-Gespräch mit Romano Prodi über die Zukunft der EU 202
Russland: Der Krieg im Kaukasus eskaliert 206
Südafrika: Giftmischer des Apartheid-Regimes vor Gericht 212
Frankreich: Jospins Linksruck 214
USA: Rätsel um Ronald Reagan 216
Jugoslawien: Interview mit dem Oppositionellen Dragovan Avramović über den Widerstand in Belgrad 218
Libyen: Gaddafis Ausbruch aus der Paria-Rolle 220
Portugal: Wohlstand auf Pump 226

Sport

Fußball: Die Bundesliga schleust Millionen am Fiskus vorbei 230
Altstars: Handball-Guru Vlado Stenzel in der niederbayerischen Provinz 236

Wissenschaft + Technik

Prisma: Lungendurchleuchtung mit Edelgas / Echsen auf zwei Beinen 241
Prisma Computer: Taiwan-Erdbeben erschüttert PC-Industrie / Mehr Sprachenvielfalt im Internet 242
Tierschutz: Hightech-Experimente ersetzen Versuchstiere 244
Medikamente: Wie wirksam sind die neuen Anti-Grippe-Mittel? 248
Archäologie: Deutsche Forscher enträtseln das Geheimnis der Nasca-Kultur in Peru 255
Ärzte: Heilkunst gegen Bares – die fragwürdigen Geschäfte der Mediziner 258
Computer: Sinnestaumel in der virtuellen Achterbahn 261

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Das Jahrhundert der Massenkultur: Susanne Weingarten über die Malerei der Moderne 269

Kultur

Szene: Architektur-Preis für Eigenheim-Planer / Neuer Wissenschaftsverlag mit ehemaligen Suhrkamp-Lektoren 281
Filmindustrie: Die Börsengänge deutscher Verleih- und Kinofirmen mischen die Branche auf 284
Film: Die DDR-Komödie „Sonnenallee“ 288
Auktionen: Ex-Musical-König Rolf Deyhle lässt seine Kunstsammlung versteigern 290
Autoren: Späte Nobelpreis-Ehre für Günter Grass 294
Der Dichter und die Frauen 304
SPIEGEL-Gespräch mit Marcel Reich-Ranicki über sein schwieriges Verhältnis zu Grass 306
Bestseller 310
Ausstellungen: Zoff um die Kunstschau „Sensation“ in New York 316
Musikgeschäft: Sängerin Inga Rumpf tourt durch Gotteshäuser 318
Nachruf: Johannes Gross 322

Briefe 8
Impressum 14, 320
Leserservice 320
Chronik 321
Personalien 324
Hohlspiegel/Rückspiegel 326

SPIEGEL-Titel 38/1999

„Nicht nur französische, auch deutsche Rotweine enthalten die auf Herz und Gefäße so günstig wirkenden Phenole, Flavonide und Tannine.“

Hermann Able aus Heilbronn zum Titel „Gesünder besser länger leben“

„Anregen statt aufregen“

Nr. 38/1999, Titel: Gesünder besser länger leben

Das Warten auf erlösende Wunderpillen gegen heutige Wohlstandskrankheiten werden die Bequemen mit dem Leben bezahlen. Wir sind immer noch zum großen Teil selbst durch unsere Lebensweise für unsere Gesundheit verantwortlich.

Stahnsdorf (Brandenburg) Stefan Jaster

Sie schreiben, die moderne Medizin habe die Ungleichheit der Menschen vor Krankheit und Tod gemildert. Das ist ihr bedauerlicherweise nicht gelungen. Wer relativ arm ist, muss statistisch gesehen auch im modernen Sozialstaat früher sterben als die reicheren Mitmenschen. Nicht die reichsten Industriegesellschaften sind die gesündesten, sondern diejenigen mit den geringsten Unterschieden zwischen Arm und Reich. Wer nach einem Ausweg aus dem modernen Gesundheitsdilemma sucht, wird nach einer völligen Neukonzeption von Gesundheitspolitik Ausschau halten müssen

New Haven (USA) Prof. Horst Noack

Eine wichtige Auswirkung von Stress haben Sie ignoriert: Stress wird oft nachts durch Zähneknirschen abgebaut! Diese Tatsache wird stark unterschätzt. Doch die Auswirkungen sind in vielen Fällen Kopfschmerzen, vor allem im Schläfen- und Stirnbereich, kälte- und wärmeempfindliche Zähne sowie Kiefergelenksprobleme. Diese Befunde finden sich bei einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung und geben auch einen Hinweis, dass der Stress in der Bevölkerung immer weiter wächst.

Wasbek (Schlesw.-Holst.) Mathias Koethe

Vielleicht hätte Herr Halter erwähnen sollen, in welchem Alter Linus Pauling am Prostatakarzinom verstarb – mit 93. Zudem ist das Prostatakarzinom nach dem 70. Lebensjahr der häufigste aller bösartigen Tumoren beim Mann, so dass meiner Meinung nach ein Zusammenhang zwischen der Einnahme hoher Dosen an Vitamin C und dem Tod Paulings nicht zwingend besteht.

Mainz Christian Weschler

Alle Empfehlungen für gesundes Leben zerschellen an den häufig auftretenden schmerzlichen Todesfällen im Verwandten- und Freundeskreis, die Wohlbefinden, Gesundheit und Lebensmut auf Jahre zermürben können. Wer den einst mächtigen Staatschef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, gesehen hat, wie er als gebrochener Mann seine tote Ehefrau vor dem endgültigen Abschied auf dem Friedhof umarmt, gestreichelt und geküsst hat, der konnte mitempfinden, wie furchtbar ein solcher Verlust einen Menschen treffen kann. Wer aber 90 oder gar 100 Jahre alt wird, der hat zahlreiche solcher Verlusterlebnisse durchlitten – fast alle ihm einst nahe stehenden Menschen liegen auf dem Friedhof, ihm bleiben nur noch die Einsamkeit und das Warten auf den eigenen Tod.

Wiesbaden Alfred Friedl

Sicher gibt es auch Kurgäste, die den Schwerpunkt ihres Aufenthaltes auf Erholung und Freizeitgestaltung legen. Dabei ist belegt, dass durch Kuren die Lebensqualität gesteigert und oft die Arbeitskraft wiederhergestellt oder erhalten wird.

Lam (Bayern) Wilhelm J. Kunz

Man darf Jürgen Petermann zu seinem Beitrag über Stress beglückwünschen, weil es ihm gelungen ist, unter Vermeidung der üblichen Klischees die Zusammenhänge und Hintergründe des Phänomens Stress auch für den Laien verständlich darzustellen. Wenn mir trotzdem etwas fehlte, dann die Erwähnung dessen, dass es auch Stress durch Unterforderung gibt. Als Folgeerscheinung steigender Rentner- und Arbeitslosenzahlen sowie auch einer zunehmenden Luxus-Öde findet sich diese Stressform inzwischen fast ebenso häufig wie die vielbesungene „Managerkrankheit“. Die Betroffenen neigen dazu, aus jeder Reizmücke einen Stresselefanten zu machen, um der quälenden Lethargie ihrer Minderbeschäftigtheit zu entfliehen. Und man darf Zweifel anmelden, ob für solche Patienten die übliche Therapie mit Entspannungsübungen und Beruhigungsmitteln wirklich geeignet ist. Wir halten es in diesen Fällen eher mit dem Motto: „Anregen statt aufregen.“

Seebruck (Bayern) Dr. Wolfgang Rosenberg

Das Faktum, dass 60 bis 80 Prozent der Konsultanten von umweltmedizinischen Ambulanzen eine psychiatrische Diagnose bekommen, ist kritisch zu sehen, da diese Klassifikation meist nichts „erklärt“. Psychische Auffälligkeiten können zwar Ursache, aber auch Folge der Erkrankung sein. Auch positive Effekte einer Psychotherapie bei dieser Patientengruppe sind kein Beweis für eine Psychogenese, sondern lassen sich zunächst verstehen als Erfolg im Umgang mit dem chronischen Störungsbild. Aktuelle präzisere Studien (TH Aachen) zeigen auch, dass das Störungsprofil von Umweltkranken von jenen mit Somatisierungsstörungen abweicht. Es ist daher keineswegs jetzt der Zeitpunkt, eine Psychogenese der Umweltkrankheiten als sicher anzunehmen.

Haar (Bayern) Dr. Dr. Dr. Felix Tretter

M. WITT

Kurgäste der Rottal-Therme von Bad Birnbach
Gesteigerte Lebensqualität

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 6. Oktober 1949

Wirtschaftsminister Erhard gegen Exporterleichterungen durch Abwertung Neufestsetzung des Wechselkurses auf 23,8 Cent für eine DM. **Das gibt's nur in Berlin** Rias-Kurznachrichten im Telefon. **Stalin kündigt sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag** Niemand weiß, ob und wann ein Krieg daraus wird. **Xinjiang unterstellt sich der Zentralregierung in Peking** Die Sowjetunion verpasste den richtigen Moment zur Intervention. **An die Wand gedrückt** Rotierende Fliehkraft-Trommel als Hit auf Münchens Oktoberfest.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **http://www.spiegel.de**

Titel: Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru kommt in die Vereinigten Staaten

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Der Artikel von Frau Berndt ist ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, denen durch Umweltgifte Gesundheit und häufig auch soziale Existenz vernichtet wurden. Zugleich legitimiert er die gewaltigen Defizite innerhalb der deutschen Forschung und Lehre. Dieses Vakuum versuchen Psychologen mit Theorien über Erkrankungen durch überzogene Umweltängste zu füllen, so als ob nicht die meisten der genannten Stoffe seit langem als toxisch bekannt wären. Ignoriert wird die Tatsache, dass Gifte das vegetative Nervensystem angreifen und so auch die erwähnten „psychiatrischen Auffälligkeiten“ verursachen können.

Bielefeld — Gabriele Fröhler

Ich glaube keine Sekunde, dass es eine Umwelthysterie gibt – quasi als Ergebnis diffuser Lebensängste. Könnte es wohl sein, dass Ignoranten wie Sie und mit Ihnen viele Ärzte und Mitmenschen mit diesen Krankheiten überfordert sind und Angst haben, dass es sie vielleicht auch erwischt?

Borchen (Nrdrh.-Westf.) — Ursula Wesseler

Als Arzt, Architekt und Baubiologe werde ich hautnah mit den Nöten von umweltgeschädigten Mitmenschen konfrontiert. Meine Kollegen und ich mühen uns redlich ab, die Probleme von Umweltgiften und Elektrosmog im weitesten Sinne in den Griff zu bekommen. Da kommt der Artikel von Frau Berndt wie gerufen. Wir können sämtliche Klienten zum Psychiater überweisen. Die Menschen haben in unserem Jahrhundert an jedem erreichbaren Knopf gedreht. Somatische Nebenwirkungen hat das selbstverständlich nicht – oder wie ist Frau Berndts Elaborat sonst zu verstehen?

Oberrohrdorf (Schweiz) — Dr. Thomas Braun

Was ist das für eine unerträgliche Welt, wo Menschen wie die Plastikeimer aus der Maschine fallen müssen, alle gleich, alle genormt und vollkommen langweilig in ihrer makellosen Einförmigkeit? Zeichnet sich dieses unerfüllt gelebte Leben ohne eigene Ziele und Pläne dann im Gesicht und auf den Hüften ab, wird man zum Chirurgen-Junkie, der nach der ersten Operation diese kostbar erworbene Jugend für immer konservieren muss: Man hat ja nie gelernt, sich seinen Erfahrungen und seinem Altern zu stellen, und erwartet wohl, dass das Leben irgendwann mal beginnt.

Oberursel (Hessen) — Dagmar Müller-Funk

Wohin soll die Empörung führen?

Nr. 38/1999, Szene: Autoren-Aufstand bei Rowohlt

Von einem „Autoren-Aufstand bei Rowohlt“, an dem ich beteiligt sein soll, ist mir nichts bekannt. Ich habe dem Verleger Nikolaus Hansen zur Sache Schalck-Golodkowski brieflich meine Meinung gesagt. Hansen hat geantwortet. Das ist alles.

Berlin — Friedrich Christian Delius

ULLSTEIN BILDERDIENST

Rüstungsminister Speer (in Berlin, 1943)
Nach dem Krieg Wiederaufbauminister?

Aus kalter Berechnung

Nr. 38/1999, Zeitgeschichte: Die Lebenslügen von Hitlers Vorzugsminister Albert Speer; Vorabdruck aus der Speer-Biografie von Joachim Fest

Ich habe selten eine so hervorragende Beschreibung einer Nazi-Größe gelesen. Vor allem der Satz, in dem Fest die Wirkung des Schocks beschreibt, den Menschen erleiden, wenn sie erkennen, wie leicht sie humane Traditionen, die sie zu ihrem eigenen Schutz geschaffen haben, preisgeben, ist auch eine mehr als zutreffende Erklärung für die kollektive Vergangenheitsverdrängung im Nachkriegsdeutschland.

Büren (Nrdrh.-Westf.) — Rembert Moenikes

Der Historiker Fest zeigt sich ratlos, warum Albert Speer noch einmal in das bereits umkämpfte Berlin flog. Dabei hat schon Guido Knopp („Hitlers Helfer“) glaubhaft belegt, dass Speer nicht in den Bunker der Reichskanzlei zurückkehrte, um sich von Hitler zu verabschieden oder gar seine Loyalität zu bekunden. Nein, Speer flog aus kalter Berechnung nach Berlin, um sicherzustellen, keinesfalls als Hitlers Nachfolger eingesetzt zu werden. Das „Tausendjährige Reich“ sollte nicht alles im Leben des karrieregeilen Architekten gewesen sein. Speer sah sich schon als „Wiederaufbauminister“ Nachkriegsdeutschlands. Aus genau dem gleichen Grund widersetzte er sich Hitlers „Nero-Befehl“, nicht um, wie er behauptet, die „Lebensgrundlagen des Deutschen Volkes“ zu erhalten, sondern um sich möglichst unbefleckt den Alliierten als Wiedererbauer empfehlen zu können. So kam Speer, der maßgeblich für die „Entjudung“ ganzer Berliner Stadtteile und tausendfache Leiden der Zwangsarbeiter in den Rüstungswerken verantwortlich war, mit 20 Jahren Spandau davon.

Berlin — Georg Hruschka

Wohin muss der Ball?

Nr. 38/1999, SPD: SPIEGEL-Gespräch mit Franz Müntefering über die Krise seiner Partei

Der designierte SPD-Generalsekretär Müntefering vergleicht sich selbst mit dem früheren Fußballnationalspieler „Katsche“ Schwarzenbeck – und seinen Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Schröder, mit Franz Beckenbauer. Aber das Problem der SPD ist doch nicht, dass sie hinten keine Verteidiger hat, sondern nicht weiß, wo vorne ihr Ziel ist. Sie hat kein politisches Ziel und weiß nicht, wohin – im übertragenen Sinne – der Ball muss. Und ohne einen Torjäger vom Schlage des Gerd Müller wären Beckenbauer und Schwarzenbeck in den sechziger und siebziger Jahren weder mit dem FC Bayern München noch mit der deutschen Fußballnationalmannschaft so erfolgreich gewesen.

Wiesbaden — Dirk Metz
Sprecher der Hessischen Landesregierung

Mafiose Entwicklung

Nr. 38/1999, Affären: Die Geldschiebereien mit den deutsch-jüdischen Renten

Trotz der Megaschwindeleien ist dies eher eine Story der Unfähigkeit von Politikern und Beamten. Gegen die mafiose Entwicklung in vielen Staaten hilft nur die Verfolgung durch private Firmen mit hohen Erfolgsprämien. Solche Firmen müssen inkognito arbeiten, müssten sich natürlich der modernsten technischen Mittel bedienen und wären jedem Beamtenapparat weit überlegen.

Grönenbach (Bayern) — G. Schultz-Fademrecht

A. BASTIAN / CARO

BfA-Gebäude in Berlin
Bodenlose Leichtfertigkeit

Wer selbst erlebt hat, wie kaltherzig die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) mit ihren eigenen Versicherten umgeht, die ihr ganzes Arbeitsleben lang enorme Beitragsleistungen erbracht haben, kann nur mit Abscheu zur Kenntnis nehmen, mit welch bodenloser Leichtfertigkeit und Inkompetenz diese Mammutbehörde, deren Daseinsberechtigung jedenfalls in der gegenwärtigen Struktur ohnehin fraglich sein dürfte, mit den ihr anvertrauten Milliarden verfährt.

Hattingen (Nrdrh.-Westf.) — Dieter Lueg

Nur noch folkloristische Auflockerung?

Nr. 38/1999, Kirche: Machtkampf mit dem Vatikan und Kommentar Rudolf Augstein

Nicht der Papst und auch nicht die übrigen Hirten sind schuld, die können schließlich sagen und befehlen, was sie wollen. Schuld sind die überaus zahlreichen Schafe: die Frauen und Männer, die dieser Organisation angehören, sie finanzieren und damit ihre Machenschaften ermöglichen. Wenn die nicht wären, würden auch unsere Politiker nicht vor der Macht der katholischen Kirche kuschen.

KÖLN — INGEBORG DAHNERS

Warum wird immer fälschlicherweise behauptet, dass die Kirche die Frauen bei einer Schwangerschaft im Stich lässt? Es wird doch künftig weiter beraten und den Frauen, die Hilfe brauchen, geholfen. Nur dieser Schein, der eine Erlaubnis zum Töten eines unschuldigen Lebens darstellt, wird nicht mehr vergeben. Wenn die Kirche so einen Schein weiterhin ausstellt, hilft sie zweifellos bei einer Abtreibung mit, da nur durch diesen Schein eine Abtreibung möglich ist. Und das widerspricht der Aufgabe der katholischen Kirche. Es wäre eine Doppelmoral, wenn die Kirche auf der einen Seite das Leben schützt, wo es nur geht, und auf der anderen Seite beim Abtöten hunderttausender menschlicher Leben ihre Hände im Spiel hätte.

SEUBRIGHAUSEN (BAYERN) — TIMO HORNUNG

Das Ergebnis der Bischofskonferenz zur Schwangeren-Konfliktberatung war wirklich kein „Meisnerstück“, schon eher ein „Dybakel“.

WUPPERTAL — MANFRED HOLZ

FOTOS: DPA

Bischof Dyba, Kardinal Meisner (r.)*
Kein „Meisnerstück“, schon eher ein „Dybakel“

* Auf der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz im Dom zu Fulda.

Seien wir doch realistisch! Unser Staat, der im Schwangerschaftskonfliktgesetz einen faulen Kompromiss eingegangen ist, indem er in bestimmten Fällen straffreie Abtreibungen zulässt, kann das Verfassungsrecht auf Schutz des Lebens (auch der Ungeborenen) nicht mehr 100-prozentig garantieren und hat ein schlechtes Gewissen. Wer wäre besser geeignet, diesen Skandal zuzudecken als die katholischen Bischöfe mit ihren frommen Mäntelchen? Dass dabei Glaubenstreue, Kirchendisziplin und apostolische Autorität den Bach runtergehen, stört unsere verirrten Hirten nicht. Wenigstens zur folkloristischen Auflockerung der Honoratioren bei Staatsakten bleiben sie uns als „Rotkäppchen“ erhalten.

PREETZ (SCHLESW.-HOLST.) — PROF. DR. KARL FRIES

In einem Land wie dem unseren, in dem die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung festgeschrieben ist, ist der eigentliche Skandal ein anderer: Es ist der quasistaatliche Anspruch der Kirche, alle, auch diejenigen, die der Kirche nicht angehören, müssten die Maßstäbe und Regeln der Kirche übernehmen und sich danach richten. Für die Kirchenmitglieder ist dieser Anspruch berechtigt. Was andere machen, hat sie nicht zu interessieren.

BREMEN — MICHAEL KLINGEBIEL

Es stünde besser um die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche, wenn der eine oder andere seiner Berufung zum Juristen statt der zum Seelsorger gefolgt wäre.

FULDA — WALTER REISSER

Wenn jemand wie Bischof Dyba einer Frau, die in all ihrer Not und schweren Herzens und unter großen Gewissenskonflikten sich zum Schwangerschaftsabbruch entschließen muss, die Beratung und Hilfe verweigert, hat er kein Recht, sich Christ zu nennen.

HANN. MÜNDEN — PETER GRANDE
FACHARZT FÜR GYNÄKOLOGIE UND GEBURTSHILFE

Geldstrafe wegen Doping

Nr. 37/1999, Prozesse: DDR-Kader brechen ihr Schweigen

Sie berichten, dass gegen meinen Mandanten Dr. Thomas Köhler, den ehemaligen Vize-Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR, wegen seiner Verwicklung in das DDR-Doping ein Strafbefehl mit einer Freiheitsstrafe zur Bewährung verhängt werden soll. Das Amtsgericht Tiergarten hat in der Zwischenzeit einen Strafbefehl erlassen, in dem eine Geldstrafe und keine Freiheitsstrafe festgesetzt wurde.

BERLIN — ROBERT UNGER
FACHANWALT FÜR STRAFRECHT

Münchner Polizisten auf dem Oktoberfest
Corpus Delicti im Wert von 15 Mark

Willkür und Tortur

Nr. 38/1999, Kriminalität: Prozess gegen Münchner Prügel-Polizisten

Zur Bestätigung Ihrer Geschichte muss ich Ihnen mein Oktoberfest-Erlebnis mit Polizisten vom 20. September erzählen. Mit Wissen des Bierzeltpersonals hielt ich um 0.30 Uhr einen leeren Bierkrug vor dem Festzelt in der Hand. Die erste faire Frage eines Polizisten nach einer Quittung war gleichzeitig die letzte. Danach begannen die Willkür und die Tortur. Ehe ich mich versah, lag ich in Handschellen mit dem Gesicht auf dem nassen Pflaster und hatte einen Polizeistiefel im Kreuz. Mein Kollege wurde erst gar nicht angehört: Stattdessen wurde er ebenfalls festgenommen. Dabei habe ich – neben dem Corpus Delicti im Wert von 15 Mark – mehrere Blutergüsse an Arm, Schulter und Bein, Prellung des Knies, Hautabschürfungen, Kopfschmerzen, starkes Brennen unterhalb des Schulterblattes, Prellung der Handgelenke, einen Einstich in der Armbeuge zur Blutentnahme, schwarze Hände für die Fingerabdrücke und eine Strafanzeige wegen Diebstahls und Widerstands gegen die Staatsgewalt davongetragen.

FRANKFURT AM MAIN — GREGOR AIGNER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilauflage dieser Ausgabe ist eine Postkarte der Firma DKV Deutsche Krankenversicherung, Köln, beigeklebt. In einer Teilauflage liegen Beilagen der Firmen Deutsche Bank, Frankfurt, und Zeit-Verlag, Hamburg, bei.

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Hauptstadt (S. 27), NS-Verbrechen, Bildung, PDS, Umwelt, Kirche, Neonazis, Kriminalität, Behörden: Clemens Höges; für Titelgeschichte, Hauptstadt (S. 30), CDU, Japan (S. 198, 200): Michael Schmidt-Klingenberg; für 100 Tage im Herbst: Jochen Bölsche; für Renten, Affären, Trends, Geld, Deutschland AG, Fusionen, Konzerne, Modeindustrie, Konsum, Privat-TV: Armin Mahler; für Ehe, Szene, Lebensart, Fernsehen, Fernsehspiele, Filmindustrie, Film, Auktionen, Autoren, Bestseller, Ausstellungen, Musikgeschäft, Chronik: Wolfgang Höbel; für Panorama Ausland, Japan (S. 196), Europa, Russland, Südafrika, Frankreich, USA, Jugoslawien, Libyen, Portugal: Dr. Romain Leick; für Fußball, Altstars: Alfred Weinzierl; für Prisma, Tierschutz, Medikamente, Archäologie, Ärzte, Computer: Olaf Stampf; für Spiegel des 20. Jahrhunderts: Dr. Dieter Wild; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Nachruf, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Layout: Wolfgang Busching; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Karl-Heinz Körner (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)
TITELILLUSTRATION: Dewa Waworka für den SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

VERMÖGENSABGABE

Reiche zur Kasse

K. SCHÖNE / ZEITENSPIEGEL

Besucher der Rennwoche in Iffezheim

Bei der Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe gerät die Bundesregierung anders als bei der Vermögensteuer nicht mit dem Grundgesetz in Konflikt. Das stellen Experten von Regierung und SPD-Fraktion in zwei Gutachten fest. Bislang hatte vor allem das von Hans Eichel geführte Bundesfinanzministerium bezweifelt, dass eine solche Abgabe verfassungskonform sei.

Die Einführung einer Vermögensabgabe für Reiche sei jedoch an sehr strikte Voraussetzungen gebunden, befinden Beamte des Finanz-, Innen- und Justizministeriums. So müsse das Aufkommen zweckgebunden sein und der Kreis der Zahler und Begünstigten klar definiert.

Außerdem dürften die Mittel nicht einfach im Haushalt versickern. „Eine einmalige Vermögensabgabe zur allgemeinen Rückführung der Staatsverschuldung unterläge deutlichen verfassungsrechtlichen Einwendungen“, heißt es in der zweiseitigen Expertise. Nach Einschätzung der Regierungsexperten erfüllt bislang keine der vorgeschlagenen Zweckbindungen diese Ansprüche. Mal sollten Bildungsvorhaben finanziert werden, mal die Lasten der Einheit. Beides sei nicht zulässig. Es gebe bereits einen Etat für Bildung und den Solidaritätszuschlag für die Einheit.

VARIO-PRESS

Eichel

Uneingeschränkt befürwortet eine Expertise der SPD-Bundestagsfraktion die Zulässigkeit der Abgabe. Die Fachleute haben sogar eine Idee für die Verwendung: Das Aufkommen aus der Abgabe könne den Erblastentilgungsfonds, in dem Schulden der ehemaligen DDR zusammengefasst sind, entlasten.

BUNDESTAG

Freifahrt für Abgeordnete

Die Bundestagsabgeordneten müssen künftig nicht mit einem Tretroller durch Berlin kurven, so wie einige es vergangene Woche für einen PR-Termin taten. Der Ältestenrat des Bundestags beschloss jetzt großzügig: Die 669 Abgeordneten können nun auch kostenlos mit U-Bahnen, Bussen und Straßenbahnen der Berliner Verkehrsbetriebe fahren. Das Jahresticket kostet eigentlich 541,50 Mark. Während Bundestagsmitarbeiter ihr Jobticket selbst zahlen müssen, kommt für das der Abgeordneten die Staatskasse auf. Dabei stehen in der Begründung der steuerfreien Kostenpauschale von 6459 Mark pro Monat als Verwendungszweck auch „Fahrten innerhalb der Bundesrepublik“.

Da gibt es nicht mehr viel, wofür die Abgeordneten noch zahlen müssten, da sie auch schon kostenfrei mit Bahn und Flugzeug reisen. In Berlin gibt es neben den Verkehrsbetrieben auch noch die Fahrbereitschaft des Bundestags, die mit Limousinen und Chauffeuren die Abgeordneten transportiert – allerdings nur noch nach vorheriger Angabe des genauen Fahrtzieles. Damit soll vermieden werden, dass sich Parlamentarier – wie mehrfach geschehen – zum Möbeleinkauf zu IKEA chauffieren lassen.

M. EBNER / MELDEPRESS

Bundestagsabgeordnete in Berlin

NATO-DOKTRIN

PDS nach Karlsruhe

Im Oktober wird die Bundestagsfraktion der PDS wegen der neuen Nato-Strategie eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Sie sieht die „Rechte des Deutschen Bundestags verletzt“, weil die Bundesregierung die Änderung der Nato-Doktrin nicht im Parlament bestätigen ließ. Seit April lässt die Doktrin auch Einsätze außerhalb des Nato-Gebiets und ohne Uno-Mandat zu.

Auf rund hundert Seiten versucht die Klageschrift nachzuweisen, dass es sich bei der Änderung um eine „substanzielle“ Korrektur des Nato-Vertrags handelt, die der Zustimmung der Parlamentarier bedarf. Die PDS hofft, dass die Karlsruher Richter, wie schon 1994 im Fall von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die Regierung zwingen werden, sich für eine wichtige außenpolitische Entscheidung die Unterstützung des Parlaments zu sichern. Damals hatten SPD und FDP das Bundesverfassungsgericht angerufen.

BUNDESWEHR

Wicherts Tricks

Mit einem bereits erprobten Kniff versucht Verteidigungsstaatssekretär Peter Wichert, die Kürzungen im Wehretat zu unterlaufen. Er will Routineausgaben und längst geplante Beschaffungen der Bundeswehr im Wert von mehreren hundert Millionen Mark aus einem Sondertitel finanzieren, den das Kabinett ausschließlich für die Zusatzkosten des Balkan-Einsatzes geschaffen hatte.

So verbuchen Wicherts Haushaltsbeamte jetzt ein Drittel der Kosten für das seit Jahren übliche Piloten- und Tiefflugtraining in den USA und Kanada als Kosovo-Ausgaben, obwohl „Tornado"-Bomber und alte „Phantom"-Abfangjäger dort gar nicht eingesetzt wurden. Auch die längst vorgesehene Ausstattung von vier Airbus-Transportflugzeugen mit einer Zusatzausrüstung zur Luftbetankung von Kampfjets wird jetzt zum Balkan-Sonderaufwand erklärt. Selbst für Neubauten und Reparaturen in heimischen Kasernen wollen die kreativen Buchführer rund 60 Millionen Mark aus dem Kosovo-Titel abzweigen. Schon 1992 hatten Wicherts trickreiche Haushälter Aufwendungen für neue U-Boote in einem Extra-Titel für Sonderausgaben im Zusammenhang mit dem Golfkrieg untergebracht.

S. SCHULZ / RETRO

„Tornado" beim Tiefflugtraining in Kanada

Falls nach einer Experten-Anhörung in dieser Woche die neuen Pläne den Haushaltsausschuss passieren, hat Minister Rudolf Scharping für das Jahr 2000 trotz aller Sparzwänge weit mehr Geld für neue Rüstungsgüter als bisher geplant.

CSU

Zentrale stärken, Liberale vergessen

CSU-Chef Edmund Stoiber will seine Partei organisatorisch umkrempeln. Traditionelle Arbeitskreise und -gruppen wie die Christlich Soziale Arbeitnehmerschaft müssten erweitert und neu ausgerichtet werden, so Stoiber: „Die Gruppierungen orientieren sich noch an der Struktur einer Industriegesellschaft, wir sind aber auf dem Weg in eine Medien- und Wissensgesellschaft."

Um Wahlen bestehen zu können, soll die CSU-Zentrale gestärkt werden. Eine Auslagerung von Wahlkämpfen wie etwa bei der SPD-Kampa lehnt Stoiber ab. „Eine Partei ist kein Konzern wie Daimler. Sie muss Wahlkämpfe aus sich selbst heraus führen. Wenn der Zusammenhang zwischen innerparteilicher Diskussion und Außendarstellung nicht mehr deutlich wird, hat man langfristig keinen Erfolg", glaubt Stoiber.

Eine Schonfrist will die CSU-Spitze dem Parteiblatt „Bayernkurier" einräumen. „Wenn sich 30 000 zahlende Abonnenten finden, dann ist der ‚Bayernkurier' lebensfähig", will Stoiber beim Parteitag am Wochenende den Mitgliedern sagen. Aus Mitgliedsbeiträgen allein, wie bisher, sei die Wochenzeitung aber „nicht mehr finanzierbar". Sollten sich nicht genug Käufer finden, soll das Parteiorgan, das es bislang nur auf 10 000 zahlende Abonnenten bringt, nächstes Jahr eingestellt werden.

Der politische Wettbewerb wird sich laut Stoiber künftig zwischen den Volksparteien abspielen. „Wir steuern auf ein Vierparteiensystem zu, auf der einen Seite CDU und CSU, auf der anderen Seite SPD und PDS. Der FDP gebe ich, so leid es mir tut, keine großen Zukunftschancen mehr." Auch die Grünen hätten sich überlebt.

M. HANGEN

„Bayernkurier"

AFFÄREN

Vier Wochen immun

Weil der Saarbrücker Landtag bei seiner konstituierenden Sitzung letzte Woche das entsprechende Verfahren nicht geregelt hat, kann in den nächsten knapp vier Wochen die Immunität des ehemaligen Saar-Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt (SPD) und des jetzigen CDU-Innenministers Klaus Meiser nicht aufgehoben werden. Der Landtag tagt erst Ende Oktober wieder.

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft hegt gegen die Politiker den Verdacht der Beihilfe zur Untreue. Klimmt, Aufsichtsratsvorsitzender des Fußballclubs 1. FC Saarbrücken (Vizepräsident ist Klaus Meiser), verdächtigen sie außerdem der Bestechlichkeit. Bei Recherchen gegen den früheren Geschäftsführer der Caritas Trägergesellschaft Trier (CTT), Hans-Joachim Doerfert, waren die Ermittler kürzlich auf ein Dokument gestoßen, das den Verdacht nährt, Doerfert habe Klimmt rund 300 000 Mark zukommen lassen. Klimmt und Meiser bestreiten, persönliche Vorteile gehabt zu haben. Von 1996 bis 1998 kassierte der Verein monatlich 14 855 Mark von der CTT – als Gegenleistung sollten Vereinsmitglieder in CTT-Kliniken monatlich 80 Arbeitsstunden leisten. Lückenlose Belege dafür fehlen bislang.

AUTOBAHNEN

Maut gegen Stau

Niedersachsen will mit einer Bundesratsinitiative den privaten Bau von Autobahnen ermöglichen – für deren Benutzung wäre eine Gebühr fällig. Als erste Mautstraße schlägt Niedersachsens Verkehrsminister Peter Fischer (SPD) die geplante Autobahn zwischen Stade und Hamburg (A 26) vor. Auch der Weiterbau der A 20 von Bad Bramstedt über die Elbe bis zur A 1 (Hamburg–Bremen) könne in Teilstücken privat betrieben werden, glaubt Fischer, etwa bei der mit über eine Milliarde Mark veranschlagten Elbquerung westlich von Hamburg.

Die hannoversche Nord/LB und der niedersächsische Verband der Bauindustrie prüfen derzeit, ob und in welcher Höhe Gebühren den Autobahnbau finanzieren könnten. Klar ist nur, dass die Gebühr an herkömmlichen Mauthäuschen eingetrieben würde – die automatische Abbuchung wäre zu teuer. Laut ADAC würde eine Fahrt von Stade nach Hamburg im Auto mindestens 4 Mark, im Lkw 20 Mark kosten.

Die Planungen für die A 26 haben unterdessen zu einem kuriosen Extra-Stau auf der B 73 geführt, die durch die Autobahn entlastet werden soll. Der Ort Agathenburg ließ seine Ortsdurchfahrt um zwei Meter verengen und drei Verkehrsinseln einbauen. Grund: Die marode Straße musste ohnehin erneuert werden, die Kosten trägt nun der Bund. Wenn die Autobahn stehe, so Bürgermeister Gerd Allers, gelte die B 73 nicht mehr als Bundesstraße – der Ort hätte die Verkehrsberuhigung selbst zahlen müssen.

P. FRISCHMUTH / ARGUS

Ortsdurchfahrt in Agathenburg (bei Stade)

ARIS

Möllemann

MÖLLEMANN

Schillernder Showman

Der FDP-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Möllemann, muss seine Strategie ändern: Bislang wollte er für die Landtagswahlen im Mai eine Koalitionsaussage zu Gunsten der SPD – seine potenziellen Wähler aber wollen die nicht. Nach einer Emnid-Umfrage plädieren 49 Prozent der FDP-Anhänger für eine Koalition mit der CDU. Möllemanns Vorliebe teilen nur 19 Prozent. Laut Untersuchungen einer Hamburger Werbeagentur, deren Ergebnisse die FDP unter Verschluss hält, ist Möllemann der einzige NRW-Liberale, der die Anhänger beeindruckt. Die Partei sei „ohne Biss“, Möllemann indes überzeuge durch Erfahrung und Machtwillen. Die wichtigen Wechselwähler halten ihn aber für einen schillernden Showman ohne Seriosität.

KLINIKEN

Falsche Abrechnung

Gegen einen ehemaligen und einen amtierenden Manager der Herz-Kreislaufklinik AG in Bad Bevensen hat die Staatsanwaltschaft Hannover Anklage erhoben. Ihnen wird Betrug in einem besonders schweren Fall vorgeworfen. Beide sollen ein „organisiertes System der Falschabrechnung“ eingeführt haben, so dass die Krankenkassen zwischen August 1993 und Dezember 1994 insgesamt 5,3 Millionen Mark zu viel bezahlten. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft wurden gezielt „Sonderentgelte“ für Operationen geltend gemacht, obwohl diese nach dem Gebührenkatalog nicht fällig waren.

Am Rande

Ärzte-Card

Wenn Faxgeräte übel nehmen könnten, bliebe der Welt manch überflüssige Pressemeldung erspart. Das Fax von Dieter Murmann, dem Chef des CDU-Wirtschaftsrates, beispielsweise säße seit Tagen schmollend und mit verklemmtem Papiereinzug in der Ecke und würde den Dienst verweigern. Murmann hatte vergangene Woche gefordert, als Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen sollten Patienten bei jedem Arztbesuch eine Art Eintrittsgebühr in Höhe von 20 Mark bezahlen. „Völlig absurd“, faxte es da aus dem Gesundheitsministerium zurück.
Dennoch: Vielleicht hat die Idee ja ihren Reiz. Nur leider ist sie viel zu wenig durchdacht.
Generell 20 Mark Eintritt zu verlangen klingt viel zu gleichmacherisch, beinahe schon nach Sozialismus. Nein, wenn schon Marktwirtschaft, dann richtig, auch Ärzte müssen sich dem Wettbewerb stellen und mit Sonderangeboten Kunden locken: Wir brauchen die Ärzte-Abo-Card, fünf Besuche für 80 Mark. Her mit dem Arzt-and-ride-Ticket für 21,95 Mark, inklusive Parkgebühr. McDocs bieten in schlecht besuchten Praxen ihre Dienste zum Dauertiefstpreis an, Frauenärzte veranstalten Klimakteriumswochen, mit beschwerdespezifisch gestalteten Tarifen, „Focus“ listet die 500 günstigsten Praxen im Meningitisvergleich auf. Und die Radiologen müssen, falls sie zu wenig Kundenkontakt haben, eine bundesweite Werbekampagne starten: „Lungenkarzinom ist Yello.“
Schwierige Fälle werden natürlich teurer. Ach Murmann, Hirnzerrung austherapieren kostet mindestens 50 Mark.

M. ZIMMERMANN

Koi-Karpfen im Teich auf der Landesgartenschau

STEUERGELDER

Karpfen als Ente

Eine der bizarrsten Meldungen des Bundes der Steuerzahler (BdSt) über die Verschwendungssucht staatlicher Stellen erweist sich als Ente. Die BdSt-Kontrolleure zählen 118 Finanzskandale auf, durch die bundesweit rund 1,2 Milliarden Mark Steuergelder verschwendet worden seien.
Als besonders krassen Fall präsentierte BdSt-Präsident Karl Heinz Däke letzte Woche die Landesgartenschau im baden-württembergischen Plochingen. Dort seien 1997 zwölf Koi-Karpfen im Wert von insgesamt 60 000 Mark in einem Teich ausgesetzt und kurz darauf gestohlen worden. Däke entrüstete sich: „Da hätte man das Geld auch gleich neben den Tümpel legen können.“ In Wahrheit hatten weder die mehrheitlich staatliche Landesgartenschau GmbH noch die Stadt Plochingen auch nur einen Pfennig für die Karpfen aufgewendet. Die kostbaren Kiemenatmer, die aus Japan stammen, waren das Geschenk eines Züchters an den Plochinger Fischereiverein und in dem vereinseigenen Teich auf dem Areal der Landesgartenschau ausgesetzt worden.
Alle zwölf gestohlenen Prachtfische wurden von der Polizei inzwischen in zwei anderen Seen aufgespürt. Die Diebe hatten sie dort ausgesetzt, weil sie die teuren Tiere offenbar nicht verkaufen konnten.

AUSSENPOLITIK

Von Fischer enttäuscht

Der offizielle Vertreter der palästinensischen Autonomieregierung in Bonn, Abdallah al-Frangi, ist enttäuscht über die mangelnde Bereitschaft des deutschen Außenministers Joschka Fischer, im nahöstlichen Friedensprozess eine aktive Rolle zu spielen. Fischer habe es bisher unterlassen, das Gewicht Deutschlands stärker zu Gunsten der Palästinenser zur Geltung zu bringen. In dieser Hinsicht könne der Minister noch viel von seinem Vor-Vorgänger Hans-Dietrich Genscher (FDP) lernen, der wegen seiner fairen Haltung bis heute hohen Respekt in der arabischen Welt genieße. Al-Frangi wirft Fischer vor, aus „philosemitischen Gründen mit dem Herz und mit der Seele bei den Israelis“ zu sein. Mit dieser Haltung werde er in der arabischen Welt „jedoch scheitern“. Genscher war erst kürzlich von dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem syrischen Staatschef Assad empfangen worden.

Nachgefragt

Präsident Farblos

„Johannes Rau ist seit drei Monaten Bundespräsident. Welchen Eindruck haben Sie von seiner Amtsführung?“

Angaben in Prozent

DER SPIEGEL

Er macht seine Sache gut	27
Er ist mir weder positiv noch negativ aufgefallen	54
Ich bin von ihm enttäuscht	6

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 28. und 29. September; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

ACTION PRESS

Werbeseite

Werbeseite

DPA

Kanzler Schröder*: *„Wer sagt, er habe immer nur an Deutschland und an Inhalte gedacht, der irrt“*

Das rote Gespenst

Oskar Lafontaine meldet sich mit einer Kampagne für sein neues Buch und mit altem Anspruch in der Politik zurück. Die meisten Sozialdemokraten wehren den Wiedergänger ab – und scharen sich um den angefeindeten Kanzler.

Der Kanzler nahm eine unverdächtige Gelegenheit wahr, um ein paar passende Bemerkungen über Duelle und rachsüchtige Verlierer fallen zu lassen. Gerhard Schröder machte vor einem bürgerlichen Publikum aus der Wirtschaft und der CDU den Lobredner auf Walther Leisler Kiep, der ebenfalls Erinnerungen an sein politisches Dasein in die Buchläden bringt: unverkrampft, selbstironisch, versöhnlich.

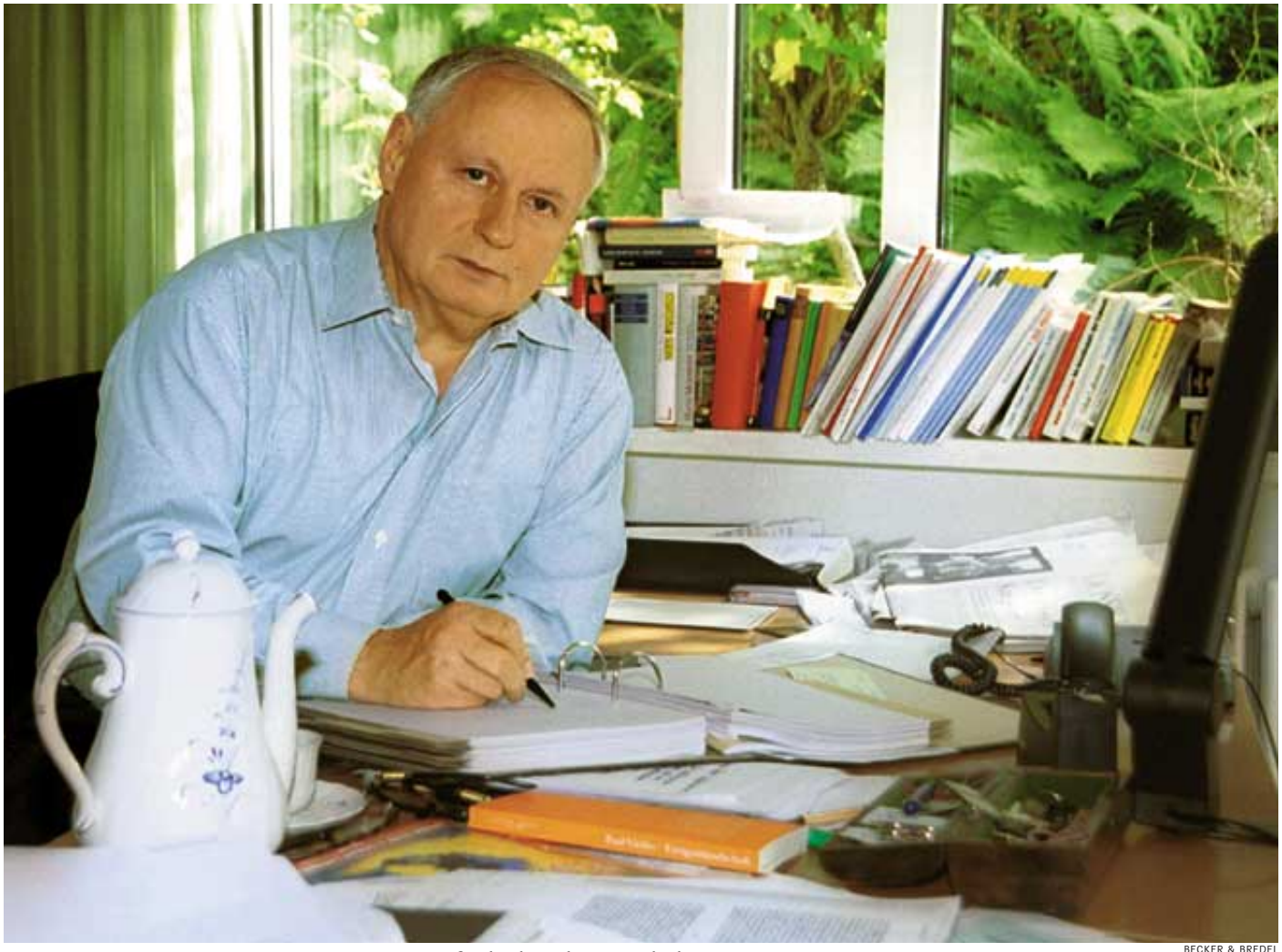
Ohne Umschweife kam der Laudator im feinen Berliner Palais am Festungsgraben auf das archetypische Modell des politischen Zweikampfs mit zerstörerischen Zügen zu sprechen, den zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß. Der Bayer habe wohl nie eine Chance besessen, deutscher Kanzler zu werden, sagte Schröder. Denn er sei zwar eine „unglaubliche Begabung gewesen“, aber das Land sei nun einmal „sehr auf Ausgleich ausgerichtet“.

Strauß, so erzählte der Kanzler mit launigem Ernst, und die Zuhörer dachten sich Lafontaine hinzu, habe sich im Übrigen ja gern prinzipienfest gegeben, doch „wer

M. DARCHINGER

Wahlsieger Schröder, Lafontaine*
Machtkampf nach dem Machtwechsel

* Oben: am 24. September beim Staatsbesuch in Bukarest; unten: am 27. September 1998 bei der SPD-Wahlparty in Bonn.



Buchautor Lafontaine in Saarbrücken: *„Jetzt weiß ich, dass der es nicht kann“*

BECKER & BREDEL

sagt, er habe immer nur an Deutschland und an Inhalte gedacht, der irrt“, rundete er am vergangenen Dienstag seine kleine Abhandlung über polarisierende Verlierer ab, die ihre gerechte Niederlage nie verkraften.

Mit seinen unmissverständlichen Anspielungen verstieß der Kanzler eigentlich gegen eine Direktive, die er in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender tags zuvor im SPD-Präsidium erlassen hatte: keine Reaktion auf den anschwellenden Bocksgesang des Bücher schreibenden Abtrünnigen, am besten nicht mal ignorieren. Herbert Wehner hätte gesagt: abtropfen lassen.

Doch so viel Selbstverleugnung ließen sich die waidwunden Sozialdemokraten, die an sich, an ihren Anführern und an der Wirklichkeit verzweifeln, nicht auferlegen. Schließlich meldet sich Lafontaine ex cathedra zurück, als wäre er noch Vorsitzender, als hätte er dieses Amt nicht vor einem halben Jahr weggeworfen – ein traumatisches Ereignis für die SPD.

Das Buch des Emigranten von der Saar trifft die SPD mitten in der hochdrehenden Debatte über die Ursachen für die Wahlniederlagen und über den ideellen Standort der Partei zwischen Tradition und Moderne. Die Frage, worin soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung besteht, spaltet die Sozialdemokraten heute noch stärker als vor dem 11. März, als sich Lafontaine nach Saabrücken davonmachte. Und jetzt versucht er, die Binnenkonflikte zu vertiefen und die Kalamitäten der Regierung zu verschärfen.

Im Chor stellten Justizministerin Herta Däubler-Gmelin („ein Kind, das sein Spielzeug nicht mehr mag“), Rudolf Scharping („völlig unverantwortlich“) und der Mainzer Ministerpräsident Kurt Beck („geradezu abstoßend“) die Charakterfrage. Joschka Fischer, der mit Lafontaine befreundet war und bislang zu dessen ruhmlosen Rückzug geschwiegen hatte, meinte knapp: „Man kann scheitern, aber man kann nicht davonlaufen.“

Erhard Eppler, noch immer eine moralische Instanz in der SPD, fällte das vernichtendste Urteil: Wenn ein intelligenter Mensch wie Lafontaine so viele Dummheiten begehe, so sei die Ursache dafür „ein menschlicher Defekt“ – erst die maßlose Selbstüberschätzung, er könne sich als Überkanzler einrichten, dann der Irrglaube, die SPD würde den schnöden Abgang verzeihen und den Pensionär in die Politik zurückholen.

Oskar Lafontaine, das größte Talent seiner Generation, wie Außenminister Fischer noch immer meint, hat ein Pamphlet und eine Rechtfertigungsorgie aufgeschrieben. Der Vorsitzende, der im Machtkampf nach dem Machtwechsel bedingungslos kapitulierte, bringt 320 Seiten auf den Markt, die ihn selbst zur tragisch umflorten Lichtgestalt erheben und den Kanzler zum begünstigten Dunkelmann.

Lafontaine stellt in sieben, acht Episoden dar, wie ihm am Ende nichts anderes als schweigende Resignation übrig geblieben sei: Um seiner Partei einen Machtkampf zu ersparen, um sie vor Niederlagen zu bewahren, habe er sich klaglos ins Privatleben zurückgezogen. So würde er sein Buch mit dem Titel „Das Herz schlägt links“ gern gelesen wissen.

Die gnadenlose Rechthaberei erbringt ein garantiertes Honorar von 800 000 Mark. Die das Buch begleitenden Interviews sind geführt, der Vorabdruck in „Welt am Sonntag“ und „Welt“ nimmt seinen Lauf, der Autor will Werbung für sich in Talkshows machen und stellt am 13. Oktober, gleich nach der Berlin-Wahl, sein

Opus magnum auf der Frankfurter Buchmesse vor.

Eigentlich sollte das Buch erst am 2. Januar erscheinen. Eigentlich, legen Lafontaine-Vertraute nahe, sollte es genau jene Passagen nicht enthalten, die jetzt um den Einen, um den Kanzler kreisen.

Aber schon ziemlich schnell hatte Lafontaine seinen doppelten Rücktritt bedauert. Es wäre doch besser gewesen, Parteichef zu bleiben, sinnierte er im vertrauten Zirkel. Die Einsicht steigerte den Zorn auf den Sieger im Machtkampf, Lafontaine sah rot: „Der muss weg."

Das Manuskript diktierte er, Machtmenschen haben ein Elefantengedächtnis. Hans-Georg Treib, ein alter Freund und Mitarbeiter, redigierte die Erstfassung, recherchierte zusätzlich, schrieb Anfang und Ende um. Der vorverlegte Erscheinungstermin entsprach dem Interesse des Springer-Konzerns – Buchmesse, Weihnachtsgeschäft – wie dem des Autors. Denn der Phantomschmerz wuchs, je länger Lafontaine aus der Politik entfernt war – und je länger Schröder trotz aller Fehler und Wahlniederlagen das ist, was ihm vorenthalten bleibt: Kanzler.

„Jetzt weiß ich, dass der es nicht kann", sagte Lafontaine zu einem Besucher über den Kanzler. Das war im August, sein Manuskript hatte er gerade abgeschlossen. Die Verwertungsmaschine des Springer-Verlags setzte ein. Dass Lafontaines Buch dort erscheint, verbittert rechte wie linke Genossen gleichermaßen.

Wie so oft zuvor spaltet die Sphinx von der Saar. Wie bei seiner Niederlage als Kanzlerkandidat 1990 macht Lafontaine die Umstände – Intrigen seiner Gegner, die Ignoranz der Medien und des Publikums – für den verlorenen Machtkampf nach dem Machtwechsel verantwortlich. Der große Unverstandene, der Recht hat und nicht Recht bekommt. Der an einem Rivalen scheitert, der ihm an politischem Willen, Ernst und Substanz unterlegen ist.

Die verheerende Wirkung seiner Anklageschrift auf seine Partei nimmt er billigend in Kauf: Er habe nach seinem Rücktritt „Rücksichten genommen", sagt er. Die nimmt er jetzt nicht mehr.

Dass er sich zur Rechtfertigung zum Richter über Schröder aufschwingt, macht ihn auch bei seinen treuen Anhängern unglaubwürdig, wie sich vergangene Woche in der Sitzung der Bundestagsfraktion zeigte.

Wie üblich trug Fraktionschef Peter Struck seinen „Politischen Bericht" vor, eine schlagzeilenartige Zusammenfassung der Ereignisse und der Lage. Nach kurzen Bemerkungen über die Stichwahlen an Rhein und Ruhr in bemühter Zuversicht („Trend gestoppt") kam er unter Punkt 9 zur „Frankfurter Buchmesse": „Es lohnt, diese Messe zu besuchen. Von den vielen tausend Büchern, die dort präsentiert werden, sind viele lesenswert", sagte er betont sarkastisch. „Die wirklich lesenswerten Bücher brauchen kein Medienspektakel."

Mit dem schlichten Kalauer brachte Struck ein Viertel der 298 Abgeordneten, zum Lachen, Rechte wie Linke.

M. DARCHINGER

Lafontaine-Kritiker Fischer*: *„Nicht davonlaufen"*

Die Linken in der SPD haben in Lafontaine die Identifikationsfigur verloren. „Er ist jetzt ein Problem für uns, selbst wenn er zu 100 Prozent Recht hat", meint Gernot Erler, bislang bekennender „Oskar"-Anhänger. „Das ist alles diskreditiert."

Lafontaine hat seine Ämter weggeworfen, seine nachgeschobenen Erklärungen machen das Geschehene nicht besser. Schröder aber ist Kanzler. Die meisten Sozialdemokraten, auch die Linken, sind machtbewusst genug, die geschwächte Regierung nicht auch noch mutwillig zu gefährden. Und so trägt Lafontaine wider Willen zur Stützung des geschwächten Kanzlers bei, zu dessen Sturz er aufruft.

Franz Müntefering gab die Schuldzuweisung umgehend an den Urheber zurück. Die Tatsache seines putschartigen Abschieds aus allen Ämtern habe die SPD und auch die Regierung „eine ganze Menge an Selbstbewusstsein und Handlungsfähigkeit gekostet", meinte der designierte Generalsekretär. So habe Lafontaine der Regierung „einen Teil der Probleme beschert, mit denen wir heute fertig zu werden haben".

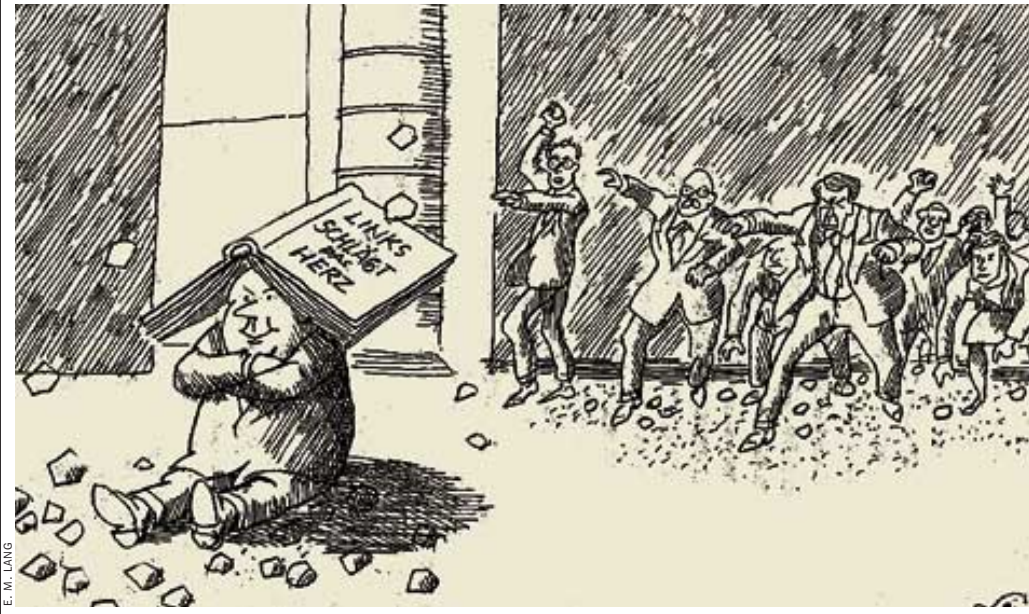
Das ist eine Untertreibung. Die permanente Krise der Regierung begann damit, dass das Zweckbündnis Lafontaine/Schröder mit dem Tag des Machtwechsels zerbrach. Lafontaine tat so, als sei er im Besitz der Richtlinienkompetenz. Er verstand sich als Schatzkanzler mit der Mission, die internationalen Finanzmärkte politisch zu kontrollieren. Er trat auf als Lordsiegelbewahrer der guten, alten SPD, die den Reichen nimmt, um den Armen zu geben.

Der Machtkampf schadete der ganzen Regierung. Der rauschende Wahlsieg ging rasch flöten.

Bald war der Finanzminister auf internationalem Terrain isoliert und gering geschätzt. Anstatt die überfälligen Reformen am Wohlfahrtsstaat und am Haushalt voranzutreiben, blockierten sich die Traditionswahrer um Lafontaine und die Modernisten im Kanzleramt gegenseitig. Der Finanzminister verlor an Renommee, grub sich in seinem Ministerium ein und gab Zeichen von Resignation.

Die Kapitulation im März war für den Kanzler und seine Regierung Katastrophe und Befreiung zugleich.

Die Katastrophe dürfte sich bei der Berlin-Wahl fortsetzen, vielleicht etwas abgeschwächt wie zuletzt bei den Stichwahlen an Rhein und Ruhr. Die Befreiung schlägt



E. M. LANG

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

„Autor Lafontaine: Nur zu – das Buch hält's aus, und die Steine werden Geld ..."

* Mit Rudolf Scharping, der am vergangenen Montag in Berlin sein Tagebuch über den Kosovo-Krieg vorstellte.

LS-PRESS

Regierungschefs Blair, Jospin, Schröder*: *Einpendeln zwischen Modernität und Tradition*

sich im Sparpaket, in der Bemühung um mehr Konstanz im Regierungshandeln und in der versuchsweisen Verwandlung des Spaß-Kanzlers in den Ernst-Kanzler nieder.

Solange Lafontaine im Kabinett saß, war Schröder in den Meinungsumfragen populärer als seine Regierung. Sein Licht strahlte heller gegen den dunkleren Hintergrund, der Lafontaine hieß. Seither aber steht der Kanzler allein, kann sich nicht günstig von einem Rivalen abheben und wird von den Wählern abgestraft.

Bei der dramatischen Niederlagenserie, so fanden die Demoskopen heraus, litt die SPD darunter, dass ihre Anhänger nicht wählen gingen. Der alte Vorsitzende Lafontaine hat die SPD im Stich gelassen – jetzt lassen die Wähler die SPD im Stich.

Der neue Vorsitzende Schröder war bisher ein Verächter des sozialdemokratischen Parteiwesens, das Herz und Seele kennt. Nun fremdeln die Genossen und halten ihm die Brioni-Anzüge, die Cohiba-Zigarren und sein Tändeln mit der „Neuen Mitte“ vor.

Schon länger fremdelt Schröder nicht mehr zurück. Zwar schlägt ihm noch jede Menge Misstrauen aus der Partei entgegen, aber seine tastenden Versuche, den Automann in einen Parteimann zu verwandeln, werden mit Genugtuung registriert.

Da bekommt ein gemäßigt linker Bundestagsabgeordneter, der einen Aufsatz über den „Imperialismus der Ökonomie“ veröffentlicht hatte, plötzlich einen Brief aus dem Kanzleramt. Schröder behauptet, den Aufsatz gelesen zu haben, stimmt zwar nicht mit der Generalthese überein, weist aber auf Gemeinsamkeiten im Detail hin. Er gibt sich versöhnlich, anstatt zu spalten.

Vorige Woche traf sich der Kanzler mit SPD-Bundestagsabgeordneten aus Ostdeutschland im Reichstag. Er gestand ein, dass er den Osten zwar zur Chefsache erklärt habe, dass aber nichts passiert sei. Gemeinsam war man ratlos über die Erfolge der PDS auf Kosten der SPD. Nun gibt es die Vereinbarung zum regelmäßigen Treffen. Für die randständigen Bundestags-Ossis ein Labsal.

Die Charme-Offensive ins Zentrum der Partei begann nach den Sommerferien. In der ersten Fraktionssitzung nach dem Urlaub sinnierte Schröder – die Lafontaine-Buchveröffentlichung stand bevor – über die Methoden, mit denen er sich als Juso, als Ministerpräsident und als Kanzlerkandidat über die Medien „wichtig machte“. Ein werbender Versuch, Grenzen der Meinungsfreiheit zu errichten und neuerlichen Stimmenwirrwarr wie im Sommer möglichst zu unterbinden.

Dabei sucht der Parteichef verstärkten Kontakt zur heimatlosen Linken. Nicht zufällig redet er intern seit ein paar Wochen mehr über soziale Gerechtigkeit als über Innovation. Über das Blair/Schröder-Papier verliert er jetzt schon mal eine seiner flapsigen Bemerkungen – der Punkt mit der Jugendarbeitslosigkeit immerhin sei ja richtig.

Den Anspruch auf die sozialdemokratische Meinungsführerschaft in Europa macht inzwischen ein Traditionalist dem Duo Blair/Schröder streitig: der französische Sozialist Lionel Jospin, mit seiner Regierung bisher erfolgreich im Kampf um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, verkündet auch mit Blick auf die Wahlverluste der deutschen SPD wieder alte sozialdemokratische Werte. Gerhard Schröder räumt mittlerweile ein, dass die fixe Anleihe bei Blair ein Fehler war.

Eigentlich habe der Kanzler in der Haushaltsdebatte Mitte September einen Satz anbringen wollen, berichtet ein Abgeordneter, der für entsprechende Aufregung gesorgt hätte: „Wenn die neue Mitte keine Steuern zahlt, dann kann sie mir gestohlen bleiben.“ Anstatt im Plenum fiel er dann allerdings nur im größeren Kreis unter Sozialdemokraten.

Gerhard Schröder, das lernende System beim Bohren dicker Bretter. Unübersehbar und jederzeit demonstrativ arbeitet er einen Teil der Defizite auf, die seine Kanzlerschaft gefährden. Seine Partei unterstütze er in ihrer „Trauerarbeit“, sagt er, weil ihr nun einmal der Vorsitzende Lafontaine „abhanden gekommen ist“.

Dass die SPD diesen Verlust erlitt, war aus Sicht des Kanzlers unvermeidlich. Dass die Trauerzeit irgendwann endet, hängt wesentlich von ihm ab. GERHARD SPÖRL

* Am 27. Mai bei einer Wahlkampfveranstaltung der sozialistischen Parteien Europas in Paris, links: Italiens Ministerpräsident Massimo D'Alema.

Duell unter Freunden

Auf Seite 112 beginnt das Protokoll des Machtkampfs zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine – der kurze Weg zum kurzen Abschied des Finanzministers, der selber Kanzler sein wollte.

Dies ist der Grünen große Not

RUDOLF AUGSTEIN

Der „grüne Heinrich“ von Gottfried Keller ist noch heute ein bedeutendes Erzählwerk deutscher Prosa. Der „Grüne“ Joschka Fischer darf nun am Pranger stehen, als ein armseliger, jedem Spott preisgegebener Mensch. Ich war sein Freund, ich nannte ihn, wie sich das für uns junge Leute gehörte, Joschka, das „Du“ war selbstverständlich. Ich fühlte mich durch seine Gesinnung wie verwandelt, meine eigenen Lehr- und Wanderjahre standen mir vor Augen. Altes Herz schlug wieder jung.

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Man kann schätzen, die Grünen unter ihrem Idol Joschka hätten als Erste gefordert, den Amerikanern im Vietnamkrieg deutsche Truppen anzudienen. Oh Schmach, oh Jammer, oh Schande. Oh schaudervoll, höchst schaudervoll (Hamlet).

Wenn ich den Karl Marx noch richtig in Erinnerung habe, das ist nun lange her, so wird bei ihm der Typus der „Charaktermaske“ beschrieben. Ich habe den Grünen nie etwas zugetraut, aber eines eben doch: Glaubwürdigkeit, übertriebene Worthülsen etc. Nie aber wäre mir der Gedanke gekommen, dass sie insgesamt ein Teil des von ihnen so arg beschimpften bürgerlichen Systems werden wollten, eine normale Partei eben.

Es gibt erlauchte Vorbilder. So etwa den Erzverräter Herbert Wehner, der von Willy Brandt und Karl Schiller teils gefürchtet, teils gehasst wurde. Aber mein Gott, wie haben wir uns angeschrien, was war das für ein großer Mann. Oder Rudi Dutschke, ein Intellektueller, aber fanatischer Volksprediger. Er war naiv. Er glaubte an den Wert der jakobinischen Litanei.

Man halte nun dagegen den vor Ehrgeiz immer blasser werdenden Joschka Fischer, Außenminister nicht in spe, sondern Position ade. Bye, bye, deine Maske bricht entzwei (Volkslied aus den fünfziger Jahren).

Man reibt sich die Augen, wenn man in einer „SZ“-Überschrift lesen muss „Bundeswehr in Wartestellung“. Wer wartet hier auf wen? Godot? Der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat, den unser Außenminister jetzt anstrebt, er wird dort gewiss niemals Platz nehmen. Warum drängt es die Grünen so Hals über Kopf nach Osttimor? Man weiß es jetzt, dank unserem Joschka. Er will die Nato stärken, den USA in jedem Winkel der Erde zu Hilfe kommen. Dies bezweckten die Amerikaner genau mit ihrem Kosovo-Bombardement.

Ein Grüner, der dies mitmacht, ist ein Schuft. Er hat da bedeutende Vorbilder. Der Verräter Ephialtes* soll dem Leonidas und seinen 300 todesbereiten Spartanern mit dem feindlichen Perser-Heer in den Rücken gefallen sein („Wanderer … wie das Gesetz es befahl“).

Der Verrat wird oft hoch gelobt, der Verräter aber nicht. Was macht den Musterknaben ticken? Pure Einfalt? Unmöglich. Unerfahrenheit? Dies machte den Charme der Grünen aus. Ehrgeiz? Selbstverständlich, wie bei anderen tüchtigen Politikern auch.

Der Schlüssel fehlt noch immer. Er muss in Fischers Naturell liegen. Schwere Kindheit? Da kommt man der Sache schon näher, aber nicht nahe genug. Der Metzgersohn, armer Leute Kind, das hat er oft genug hervorgekehrt, als hätte er „Mein Kampf“ gelesen.

Fischer ein Militarist? Nein. Nicht denkbar. Es muss in der Selbstverliebtheit des in sich vernarrten Amtsinhabers nachgeforscht werden. Ich dachte immer, dass ich die Politik besser verstand als manch anderer Politiker, weil ich die Innereien einer Partei nicht nur von außen, sondern auch von innen kenne.

Hier hat ein am Ende doch unpolitischer Kopf die Grünen als das präsentiert, was sie nie und nimmer sein wollten. Diese Partei wird es in den nächsten Bundestagswahlen schwer genug haben, mit oder ohne Fischer. Der Vorstoß des überheblich Gewordenen wird ihnen noch lange zu schaffen machen.

Ich denke, ich muss meinen arg von Motten zerfressenen Kampfanzug in diesem Fall, der ein wirkliches Fallen ins Bodenlose ist, gar nicht erst hervorkramen. Gestalten wie Erich Mende, Franz Blücher, Oskar Lafontaine und jetzt Joschka Fischer haben sich stets von selbst erledigt. Der Rest war immer Schweigen – immer wieder.

* Sicher ein Phantasiegebilde wie jener Judas, der sich an einem Baum erhängte.

HAUPTSTADT

Auf zum letzten Gefecht

Der Berliner Wahlkampf bringt ein Novum: Noch nie versteckte eine Partei ihren Spitzenkandidaten so wie die SPD Walter Momper. Die Genossen fürchten, dass die Partei nach einer klaren Niederlage am Streit um die Fortsetzung der Großen Koalition zerbricht.

Der Leimpinsel klatscht dem Kandidaten ins Gesicht, die klebrige Masse ergießt sich auch über den dunklen Anzug von Walter Momper. Dann entfaltet Werbehelfer Mathias Breu ein neues Motiv und überklebt das Bild des SPD-Mannes.

Schließlich trägt die große Plakatwand, die die Berliner SPD an der Kreuzung in Lichtenberg für den Wahlkampf gebucht hat, ein schlichtes Blau. Nur ein Slogan springt ins Auge: „Für Berlin. Wir kämpfen!“ Der Kandidat ist verschwunden.

Das gab es in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik noch nie. Walter Momper, Anfang des Jahres in einer Urwahl von der SPD-Basis beauftragt, am 10. Oktober Regierender Bürgermeister der Hauptstadt zu werden, wird 14 Tage vor dem Urnengang von seiner Partei wie ein Aussätziger versteckt. Wochen zuvor hatten die Sozialdemokraten schon debattiert, ob es nicht besser sei, den glücklosen Spitzenkandidaten noch schnell auszutauschen, um das Schlimmste zu verhindern.

Zu spät. Das Debakel steht praktisch fest. Die jüngste Umfrage sagt der SPD gerade mal 21 Prozent der Wählerstimmen voraus, fast 3 Prozent weniger als noch vor vier Jahren – und das war schon das schlechteste Ergebnis seit über 50 Jahren.

Dagegen nähert sich die CDU des Amtsinhabers Eberhard Diepgen mit 45 Prozent der absoluten Mehrheit – und das in einer Stadt, für die Ernst Reuter einst als eine Art Naturgesetz verkündete: „Die überzeugten, wertvolleren Wähler sind bei der SPD, der Streusand hat sich für die CDU entschieden.“

ARIS

Wahlkämpfer Momper: *Den politischen Instinkt verloren*

Die Aussichten sind so trostlos, dass auch der Kanzler, dessen schwindende Popularität die Chancen der Berliner SPD zusätzlich schmälert, auf Distanz gegangen ist. Gerhard Schröder hatte Mompers Kandidatur erst durch Signale aus dem Kanzleramt („Der Walter soll's machen“) befördern lassen und sich schließlich zwei Tage vor der Urwahl bei einem Mittagessen vor zahlreichen Kameras demonstrativ auf die Seite seines alten Freundes geschlagen.

PRESSEFOTO BACH & PARTNER

Neuer SPD-Slogan: *Anordnung aus der Parteizentrale*

Es war auch Dankbarkeit dabei. Als Schröder 1990 versuchte, in Niedersachsen an die Macht zu kommen, hatten ihn die Bundesgrößen im Stich gelassen. Nur der damals populäre Momper war zur Wahlhilfe im Dienst-Mercedes angereist.

Inzwischen ist die Freundschaft abgekühlt. Als der Kandidat nach dem Regierungsumzug dem Neu-Berliner Schröder publicityträchtig die Hauptstadt im offenen Doppeldecker-Bus zeigte, fuhren sie auch am Gendarmenmarkt vorbei. Momper wies auf Fenster im zweiten Stock des Hilton-Hotels: „Das sind die Mitarbeiter meiner Firma, Gerd. Ich hab ihnen versprochen, dass du zurückwinkst.“ Da blaffte der bis dahin aufgeräumt ins Volk winkende Kanzler genervt zurück: „Hab ich schon.“ Inzwischen, berichten Parteifreunde, bitte Schröder bei offiziellen Empfängen schon mal die Gastgeber, die „Apokalypse Momper“ („Süddeutsche Zeitung“) von ihm fern zu halten.

Die Entscheidung, den Kandidaten mit dem lichten Haarkranz einfach von den Plakaten verschwinden zu lassen, haben die Berliner nicht selbst getroffen.

Nach den Wahlkatastrophen von Sachsen und Thüringen hatte der designierte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering eine Trendwende für die im Februar und Mai anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen beschworen – und Berlin einfach vergessen. Als unlängst der geschäftsführende Landesvorstand der Berliner SPD die Strategie für die Endphase des Wahlkampfs beriet,

Ausstieg aus dem Sonnensystem

Mit grobem Unfug werben drei Anarcho-Parteien um Berliner Stimmen – eine könnte Erfolg haben.

Das Parteiprogramm ist umfangreich: Nach ihrem Wahlsieg in Berlin wollen die Kreuzberger Patriotischen Demokraten/Realistisches Zentrum (KPD/RZ) unter anderem Kriminalität verbieten und Korruption legalisieren. Nach erfolgreicher Deindustrialisierung Kreuzbergs soll es in den dann entstandenen blühenden Landschaften ein Nachtflugverbot für Pollen geben, außerdem flottere Melodien für Polizeisirenen sowie das Rotationsprinzip für Straßennamen.

„Um uns rum geht alles unter, nur wir haben Erfolg“, sagt KPD/RZ-Parteisprecher Otto Feder, 35, und weil neulich ein Kumpel meinte, die KPD/RZ werde er wohl doch nicht wählen, sei das anvisierte Traumergebnis jetzt eben x minus eins.

Wo der Wahlkampf der wahren Kandidaten schon so betrüblich ist, wollen derzeit drei Unsinns-Parteien mit echten Kandidaturen etwas Leben in die Berliner Politik bringen. Zumindest die KPD/RZ hat gar Chancen: 1995 verpassten die Kreuzberger Polit-Clowns mit 4,7 Prozent knapp den Einzug in die Bezirksverordnetenversammlung. Diesmal gilt es nur, eine Dreiprozenthürde zu nehmen. Das stimmt den Vordenker Feder zuversichtlich. Neben TV-Spots gibt es „interaktive“, also leere, Wahlplakate mit der Unterzeile: „darum KPD/RZ“.

Sogar außenpolitisch hat die 285 unregelmäßig zahlende Mitglieder starke KPD/RZ so ihre Ideen. Mit dem Anwesenheitsverbot für Dolmetscher bei Staatsbesuchen etwa sei der Ausstieg aus dem Sonnensystem nur noch eine Zeitfrage.

Der Nonsens-Impuls führte im angrenzenden Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain im Dezember 1998 zur Gründung einer Konkurrenzpartei. Das Friedrichshainer Amorphe Zentrum (FAZ) kandidiert erstmalig fürs dortige Lokalparlament. Wichtigster Programmpunkt ist es, den geplanten Großbezirk Kreuzberg-Friedrichshain keinesfalls allein den Westlern von der KPD/RZ zu überlassen.

Einen ersten Sieg konnten die Ost-Berliner am ersten Septemberwochenende erringen. Bei der schon rituellen Straßenschlacht auf der Oberbaumbrücke, die beide Gebiete verbindet, drängten sie die Kreuzberger mit Obstsalven, Puddingbomben und dem Werfen von schon lange toten Fischen in deren Kiez zurück.

Weil aber die Öffentlichkeitsarbeit aus Prinzip geheim ist, konnten Wähler bislang wenig über das FAZ-Programm herausfinden. Dagegen sind die Thesen der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands (APPD) bekannt. Ihr Axiom lautet „Arbeit ist Scheiße“, die Parole „Saufen, saufen, saufen“. Die APPD, Anfang der achtziger Jahre in der linken Punk-Szene gegründet, gilt als älteste der „Spaßguerrilla“-Parteien. Die Berliner Pogo-Aktivisten hatten bei ihrer jetzigen Kandidatur freilich nur den Ehrgeiz, sich den Wahlzettel einrahmen zu können.

Auf Grund eines selbst verschuldeten Formfehlers aber wurde die APPD statt in sechs Bezirken nur in Mitte und Treptow zugelassen. Solidarisch empörten sich darüber Berliner Republikaner. Denen hatte das im Nazi-Design gehaltene APPD-Zentralorgan „Armes Deutschland“ offenbar Geistesverwandtschaft suggeriert.

Adrienne Woltersdorf

Anarcho-Straßenschlacht an der Oberbaumbrücke: *Sieg mit toten Fischen*

schickte Müntefering seinen PR-Strategen Matthias Machnig. Der Mann, der Schröders Siegeszug mitorganisiert hatte, ließ sich, „alles Quatsch“, auf keine Diskussionen ein, sondern ordnete das Überkleben des Momper-Konterfeis an.

Als Ersatz wurde am vergangenen Mittwoch eine Ministerriege von Finanzverwalter Hans Eichel bis Landwirt Karl-Heinz Funke zum letzten Gefecht ins Morgengrauen vor Berliner U-Bahn-Ausgänge geschickt. Doch die Frühschicht der Kabinettsmitglieder endete im Frust. Zwar zeigten sich vorbeieilende Mitglieder der Arbeiterklasse erfreut, dass „Sozialdemokraten auch früh aufstehen können“, wählen wolle man sie „aber trotzdem nicht“, ließen einige die Promis wissen.

Die wirklichen Leiden der Berliner SPD beginnen erst nach dem Wahldesaster. Die Partei, so malen Spitzengenossen in Horrorszenarien aus, werde wohl all ihre Bezirksbürgermeister verlieren und an der Frage „Regierungsbeteiligung oder Opposition?“ womöglich zerbrechen.

Um die selbstquälerische Debatte zu verhindern, wird in Teilen der Parteispitze darüber nachgedacht, bei einem ähnlichen Ergebnis wie vor vier Jahren eine zeitlich begrenzte Große Koalition anzustreben. Voraussetzung sei aber, dass vor der Aufnahme der Verhandlungen Diepgen einen stimmigen Haushalt 2000 vorlege, um die CDU, so SPD-Landeschef Peter Strieder, „zur finanzpolitischen Klarheit oder zum Offenbarungseid zu zwingen“.

Fraktionschef Klaus Böger habe mit seiner Forderung nach einem klaren Regierungsauftrag Recht, sagt Partei-Vize Klaus-Uwe Benneter. Sollten die ersten

Hochrechnungen die SPD tatsächlich bei 20 Prozent sehen, orakelt der linke Flügelmann, hätte „am 10. Oktober abends um 18.15 Uhr kein SPD-Senator mehr ein Mandat zur Fortsetzung der Großen Koalition“.

Mompers Traum von Rot-Grün ist schon längst verflogen. Er war angetreten, die SPD aus der Erstarrung von knapp neun Jahren Großer Koalition zu befreien, die Basis hatte eher ihm denn dem Fraktionschef Klaus Böger zugetraut, glaubwürdig gegen Diepgen zu Felde zu ziehen. Böger dagegen hatte die Funktionäre, einst zur Wendezeit schon einmal vom Regierenden Bürgermeister Momper kujoniert, auf seiner Seite. Die Urwahl spaltete die SPD.

Momper enttäuschte die Befürchtungen nicht. Die politischen Freunde verschreckte er mit einem dilettantischen „Modernisierungsprogramm“, die aufrechten Sozialdemokraten in den Arbeitervierteln mit dem Wirbel um seine schwarzarbeitende Putzfrau. Sein „größter Fehler“, wie er in einem seltenen Anflug von Selbstkritik einräumte, war aber, dass er sich in die Koalitionspolitik „einbinden ließ“.

R. MARO / VERSION

Fassungslos konstatieren Freund und Feind, dass Momper, dessen Markenzeichen einmal Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen waren, offensichtlich jeden politischen Instinkt verloren habe. Nach dem Scheitern seiner rot-grünen Regierung 1990 war der Mann mit dem roten Schal in die Immobilienbranche gewechselt, in der Hauptstadt das Synonym für Korruption und Durchstechereien.

Momper blieb offenbar sauber, doch auf den Baustellen und beim vielen Klinkenputzen wurde er ein anderer. Als er nach sechs Jahren auf die politische Bühne zurückkehrte, fand er sich „in der neuen anderen Welt“ nur schwer zurecht, wie Partei-Vize Benneter beobachtete.

Je unsicherer der SPD-Spitzenmann durch den Wahlkampf stolperte, desto leichtfüßiger erschien Diepgen, der nach insgesamt knapp 14 Jahren Amtszeit immer noch so jugendlich blass wirkt wie bei seinem Polit-Karrierestart 1962 in der Jungen Union. Er kann sich sogar PR-Flops leisten, ohne dass etwas haften bleibt.

So entschloss sich Diepgen, um die Einheit Berlins zu fördern, vor Wochen zum Anzugkauf im Osten – die Gegeninszenierung zum in seine Stadt eingerückten Brioni-Kanzler. Mit Gattin und Medienpulk im Schlepptau enterte er einen Laden in Mitte. Doch nach einer halben Stunde Tänzelei vor dem Spiegel stand der Christdemokrat ohne neue Jacke und Hose wieder auf der Straße. Das Auswahlmodell („zwei Teile, drei Knöpfe, kein Schlitz, ein wenig tailliert“) war zu groß geraten.

ARIS

Wahlkämpfer Diepgen: *Panische Angst vor der Alleinregierung*

Diepgen muss zwei Dinge fürchten: die absolute Mehrheit oder den Verlust des bisherigen Koalitionspartners. Der Gewinn der ungeteilten Macht würde das konzeptionelle Vakuum offen legen, das in der CDU herrscht.

Auf Bögers lautes Nachdenken über einen Ausstieg reagierten die Christdemokraten denn auch geradezu panisch. Immer wieder erinnerten sie die Genossen an die „Verantwortung für den Staat“. Diepgens Mann fürs Grobe, Fraktionschef Klaus Landowsky, erklärte sich sogar gönnerhaft bereit, dafür auch einen Senator Momper hinnehmen zu wollen.

Eindrucksvoller konnte nicht demonstriert werden, dass in der Hauptstadt längst entstanden ist, was der Politologe Jürgen Falter einen „Regelfall bei lang anhaltenden Großen Koalitionen“ nennt: Berlin ist zu einem „Ämterpatronage-Staat“ geworden, in dem CDU und SPD nach und nach alle wichtigen Positionen mit ihren Gefolgsleuten besetzt haben, um die Macht zu sichern. So gelten in den 891 Quadratkilometern der vereinigten Metropole noch immer die ungeschriebenen Gesetze aus Frontstadt-Zeiten: Werkstoff aller Karrieren ist der Berliner Filz, die Verquickung von armer öffentlicher Verwaltung und prosperierender Bauindustrie.

Werkstoff aller Karrieren ist der Berliner Filz und die Patronage der Parteien

Wie innig dieses Verhältnis mitunter ist, zeigte sich erst in der vergangenen Woche am Beispiel des Einkaufszentrums „Hellersdorfer Corso“. Das Gelände hatte 1995 eine Gesellschaft vom Land Berlin gekauft, an der auch Diethard Schütze, Vizechef der Landes-CDU und Bundestagsabgeordneter, beteiligt ist. Verkauf wie Baugenehmigung soll nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Schützes Parteifreund Manfred Bittner durchgesetzt haben, der als Stadtrat für Grundstückgeschäfte zuständig war.

Als 1996 beim Verkauf des Komplexes ein Überschuss von 1,17 Millionen Mark hängen blieb, wurden auf das gemeinsame Konto der Eheleute Bittner 117 000 Mark überwiesen. Zwei Wochen später reichte Bittner noch einen Scheck Schützes über 15 000 Mark ein. Die Überweisung habe mit dem Projekt nichts zu tun, beteuert Schütze, sie sei ein Darlehen für Bittners Ehefrau gewesen. Dennoch muss Schütze mit einem Antrag der Justiz zur Aufhebung seiner Immunität rechnen.

„Die verschiedenen Bereiche der Berliner Gesellschaft“, urteilt Hans Meyer, aus dem Westen importierter Präsident der (Ost-Berliner) Humboldt-Universität, seien eben nur „provinziell politisiert“. Und den aus Hannover stammenden Klaus-Dirk Henke, Professor an der (West-Berliner) Technischen Universität, erstaunen die „neofeudalen Strukturen“ der Stadt und „dass hier alle in einem Boot sitzen – vom Sportverein bis zum Rotary Club, von der Caritas bis zur ÖTV“.

Statt zu gestalten, lässt der Diepgen-Senat schlicht zu, was der Hauptstadt-Boom an Vor- und Nachteilen mit sich bringt. In keiner anderen deutschen Großstadt, ergab im Juli eine Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, kümmere sich die Politik weniger um die Unternehmen.

Die Konsequenzen sind überall zu greifen:

▶ Im ersten Halbjahr 1999 war das Land mit einem realen Wirtschaftswachstum

von minus 0,8 Prozent das Schlusslicht der Entwicklung in Deutschland;
- der Großflughafen Schönefeld ist auch nach zehn Jahren noch nicht über das Planungsstadium hinausgekommen;
- Image-Projekte wie die Sanierung des Olympiastadions geraten zur Lachnummer bei Architektenwettbewerb und Investorensuche.

Der Stadt fehle das Geld, jammern die subventionsgewöhnten Koalitionäre. Doch aus der Not des Sparens hat Taktiker Diepgen eine Tugend gemacht: Den unangenehmen Part hat er der SPD aufgedrückt. Während die Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing einspart, geht der Regierende Bürgermeister lieber einweihen.

Die Folgen für die Sozialdemokraten sind verheerend: Selbst vernünftige Politikansätze lassen sich so nicht als Erfolg der SPD verkaufen. Der anerkannten Haushaltsexpertin Fugmann-Heesing, klagen Senatsmitglieder, fehle „nur noch ein Täschchen“, um dem Bürger endgültig „als Margaret Thatcher von Berlin“ zu erscheinen. Auch deshalb würden die Wähler in Scharen zum „sanften Eberhard“ überlaufen.

Dem Dilemma können die Berliner Sozis kaum entkommen. Ob Fortsetzung der Koalition oder Opposition, sagt Falter, stets würden die negativen Auswirkungen der Politik der nächsten Jahre mit den Sozialdemokraten verbunden. Der Gang in die Opposition sei „sicher nötig“ und zusammen mit dem „Import guter Kräfte“ ein „geeignetes Säurebad, um die Partei zu entschlacken und zu erneuern“.

Die Führungsspitze glaubt, eine Verweigerung der Regierungsbeteiligung angesichts der mehrheitlich CDU-freundlichen Berliner Medienlandschaft nicht durchstehen zu können. Anders als in Flächenstaaten stehe wegen der verfassungsrechtlichen Besonderheiten in Berlin nahezu jede kommunalpolitisch bedeutsame Entscheidung zur Abstimmung – das mache eine Tolerierung praktisch unmöglich.

Wie Profilierung in der Opposition gelingt, können die Sozialdemokraten bei den Grünen beobachten. Unter der souverän ruhigen Regie der Chefin Renate Künast haben sich Experten wie Wolfgang Wieland (Innenpolitik) und Michael Cramer (Verkehr) einen Namen gemacht. Die Umfragen sind gegen den Bundestrend ziemlich stabil – und öffnen den Grünen etliche Perspektiven (siehe Interview).

Ein Stühlerücken scheint bei der SPD ohnehin erforderlich. Auf Fugmann-Heesing, so heißt es, warte ein gut dotiertes Angebot aus der Wirtschaft, das diese „kaum ablehnen könne“. Zudem hat Schul-Senatorin Ingrid Stahmer ihren Rückzug aus dem Amt bereits erklärt. Das Werben um neue, unverbrauchte Köpfe aus der Bundes-SPD für Senatorenposten hat bereits begonnen.

Wolfgang Bayer, Heiner Schimmöller, Harald Schumann, Steffen Winter

„Eine miese Leistung“

Die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast über die Wahl in Berlin, eine Koalition mit der CDU und die Parteireform

SPIEGEL: Frau Künast, hat der rapide Ansehensverlust der Bundesregierung eine mögliche rot-grüne Koalition in Berlin in Verruf gebracht?

Künast: Der Bundestrend bleibt nicht ohne Wirkung. Aber mindestens die Hälfte der Berliner weiß haargenau, dass nicht der Kanzler zur Wahl steht. Hier gibt es nur zwei Parteien, die professionell Wahlkampf machen, die Grünen und die CDU. Ich will die kulturelle Hegemonie in dieser Stadt nicht der CDU überlassen.

A. SCHOBELZEL

Grüne Künast: *„Nicht mit dieser CDU“*

SPIEGEL: Und gleich am Wahlabend beginnen Koalitionsgespräche mit Eberhard Diepgen?

Künast: Nicht mit dieser CDU, der Partei der Ausländerhetze. Die Junge Union hat eine Kampagne begonnen mit dem Titel: „Deutschland muss in Kreuzberg wieder erkennbar sein“. Da zeigt sich das wahre Gesicht dieser Partei. Schwarz-grüne Spielchen sind daher nicht denkbar.

SPIEGEL: Aber Schwarz-Grün könnte eventuell die Große Koalition verhindern.

Künast: Ein klares Nein. In diesem Wahlkampf geht es im Kern um das schwarze und um das grüne Stadtmodell. In allen Punkten, von der Wirtschaftspolitik über den Umgang mit Jugendlichen oder Ausländern bis hin zur Verkehrspolitik, haben Christdemokraten und Grüne diametrale Konzepte. Das geht nicht.

SPIEGEL: Die PDS ist zum Dialog mit der CDU bereit.

Künast: Ja, ich wundere mich, mit wem die PDS alles einen Dialog führen will. Gregor Gysi will sich ja auch auf die Rechtsextremen zu bewegen. Die PDS ist janusköpfig: einerseits modern und fortschrittlich, andererseits Repräsentantin des alten konservativen SED-Systems.

SPIEGEL: Rechnerisch könnten die Grünen auch gemeinsam mit SPD und PDS die Große Koalition ablösen. Eine Option?

Künast: Wir Berliner Grünen haben darüber geredet. Aber wir haben Nein gesagt. Das wäre keine handlungsfähige Regierung, solange die PDS nicht ihre Vergangenheit aufarbeitet.

SPIEGEL: Wie lange soll denn das Thema Vergangenheitsbewältigung noch eine Zusammenarbeit verhindern?

Künast: Solange die PDS es als ihre alleinige Aufgabe ansieht, Emotionen von Ostalgikern zu schüren. Solange sie Politik nur für eine Hälfte der Stadt macht. Solange sie sich mit dem Thema Mauer und Menschenrechte in der DDR nicht auseinander setzt.

SPIEGEL: War es denn ein Fehler der Grünen, nach dem Mauerfall nur auf die Bürgerrechtler zu setzen?

Künast: Wir haben einen anderen Fehler begangen: Wir haben nicht rechtzeitig gemerkt, dass unsere politische Arbeit durch das Thema Vergangenheitsbewältigung überdeckt wird. Kein Mensch ist in der Lage, sich über Jahre hinweg nur mit Aufarbeiten zu beschäftigen. Bei uns in Berlin machen immerhin ehemalige DDR-Grüne und frühere SED-Mitglieder mit.

SPIEGEL: Wie kommen die Grünen aus ihrem derzeitigen Tief wieder heraus?

Künast: Eine Strukturreform, die alle vordergründig diskutieren, also die Aufhebung

der Trennung von Amt und Mandat, ist garantiert nicht das Allheilmittel. Die Doppelspitze muss bleiben …

SPIEGEL: … unter Joschka Fischer?

Künast: Unser bester Mann.

SPIEGEL: Und wer ist die beste Frau?

Künast: Da haben wir einige. Mir geht es um klare Parteistrukturen, die effektiv arbeiten und nicht nach dem Prinzip Misstrauen.

SPIEGEL: Wollen Sie sich das Amt der Parteichefin unter Fischer zumuten?

Künast: Wer mich ein bisschen kennt, weiß, dass ich einen eigenen Kopf habe. Mir liegt das grüne Projekt sehr am Herzen. Hier in Berlin will ich die Erneuerung vorantreiben. Alles andere entscheide ich, wenn die Frage ansteht.

SPIEGEL: Wofür stehen die Grünen noch?

Künast: Wenn sich die Welt ändert, die Wirtschaft transnational agiert, Europa sich entwickelt, der Arbeitsmarkt sich komplett wandelt, sind natürlich die Antworten zu modernisieren, auch wenn der grüne Faden gleich bleibt. Dafür sorgen wir.

SPIEGEL: In der Bundesregierung ist der grüne Faden nur schwer zu erkennen.

M. URBAN

Grüne Fischer, Künast: *„Unser bester Mann“*

Künast: Grün ist immer noch Anwältin der Gerechtigkeit zwischen den Generationen und Geschlechtern und Anwältin der Umwelt. Natürlich regt es die Leute auf, dass die Altautoverordnung vom Umweltminister in Brüssel auf Weisung des Kanzlers verhindert wurde. Wir wissen ja alle, von wem der Kanzler Briefe oder Anrufe bekommt. Aber ich will das Problem nicht verkürzen auf die Frage, ob dieser oder jener eine schlechte Vorstellung gibt. Wir haben eine miese Gemeinschaftsleistung geboten. Da kommen wir nur gemeinsam wieder raus. Joschka Fischer allein kann das grüne Projekt auch nicht wieder in positive Bahnen bringen.

SPIEGEL: Lässt der Kanzler den Grünen nicht genug Luft zum Leben?

Künast: Wir können uns dahinter nicht verstecken. Auch der kleine Koalitionspartner muss klar sagen, was er will.

SPIEGEL: Was halten Sie von der Idee einer Öko-FDP?

Künast: Nichts. Das ist ja wie beim Gebrauchtmöbelhandel. Ich bin dagegen, vorgewärmte Stühle einzunehmen. Ich glaube auch nicht, dass solch ein Kurs eine Mehrheit in der Partei finden wird.

SPIEGEL: Andere wollen ein stärkeres soziales Profil entwickeln, um der PDS nicht das Feld zu überlassen.

Künast: Natürlich müssen wir soziales Profil zeigen. Aber das Sozialsystem muss neu definiert werden. Nach alter Art ist es nicht finanzierbar. Ich möchte da nicht in demagogische Konkurrenz zur PDS treten. Unsere spannendste Aufgabe ist es, wieder wie früher zum Vordenker zu werden.

SPIEGEL: Könnte der Atomunfall in Japan für Ihren Wahlkampf und überhaupt für das Image der Grünen – so zynisch das klingen mag – nützlich sein?

Künast: Ja, das ist zynisch. Aber dieser Unfall beweist auch, dass wir den Ausstieg zu Recht betreiben. Das ist keine olle grüne Kamelle, sondern hoch aktuell.

Interview: Paul Lersch, Hajo Schumacher

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RENTEN

Ziemlich platt

Die Regierung widersetzt sich den Gewerkschaften: Walter Riester lehnt die „Rente mit 60“ ab – stattdessen sollen die Deutschen länger arbeiten.

Das Zeugnis des Klassenletzten fiel nicht schmeichelhaft aus: hier und da ein Befriedigend, gelegentlich Ausreichend, ansonsten nur Mangelhaft.

Nirgendwo, so stellen die Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in einer neuen Studie fest, werde derart wenig für den Abbau der Arbeitslosigkeit getan wie in Deutschland. Von 29 Industrieländern, denen die Forscher vor fünf Jahren eine detaillierte „Jobs Strategy“ an die Hand gaben, hat keines so wenige Empfehlungen umgesetzt.

Anders als bei den Musterschülern, den USA, Irland oder Dänemark, haben die Ökonomen hier zu Lande 40 Schwachstellen ausgemacht: So seien etwa die Arbeitszeiten zu starr oder die Abgabenlasten für Geringverdiener zu hoch. Und noch etwas wird kritisiert: In Deutschland gingen die Menschen zu früh in Rente.

Klaus Zwickel, den Chef der größten Einzelgewerkschaft der Welt, scheinen solche Erkenntnisse nicht zu stören. Und so hat der Gewerkschaftsboss pünktlich zum Jahreskongress der IG Metall diese Woche in Hamburg eine alte Idee hervorgekramt, die das deutsche Frühverrentungs-Problem noch weiter verschärft: die Rente ab 60.

Zwickels Logik ist simpel. Wenn es gelänge, mehr Menschen den vorzeitigen Ruhestand schmackhaft zu machen, sei es für Junge und Arbeitslose auch leichter, eine Stelle zu finden – alles muss nur entsprechend finanziert werden. Er hält sein Modell für derart bestechend, dass er es zum Maßstab für das Bündnis für Arbeit macht: Scheitert die Rente mit 60, sei die Konsens-Runde „sinnentleert“. Auch die Arbeitgeberverbände fürchten, dass hier „der Dollpunkt“ liegt.

Getrieben wird der Metall-Mann dabei von seinem Vize Jürgen Peters. Schon vor zwei Wochen, bei einem Bündnis-Treffen in Berlin, habe Peters „laut und entschieden“ das Wort geführt, erinnern sich Teilnehmer. Vergangene Woche preschte Peters mit einer weiteren Drohung vor: Scheitere die massenhafte Frührente, werde die IG Metall eben „die 32-Stunden-Woche in der Tarifpolitik auf die Hörner nehmen“.

Mit ihren lautstarken Parolen manövrieren Zwickel und Peters sich selbst im Gewerkschaftslager ins Abseits. Moderate Arbeiterführer wie Herbert Mai, zuständig für den Öffentlichen Dienst, oder Chemie-Mann Hubertus Schmoldt gingen auf Distanz. Und noch sind die Freunde der Frührente nicht einmal einig, wie viele Arbeitsplätze das Projekt bringen soll: Während die IG-Metall-Oberen von 1,2 bis 1,5 Millionen Neueinstellungen ausgehen, erwartet DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, ebenfalls eine Befürworterin des Modells, in den nächsten fünf Jahren 150 000 Jobs. „Solche Diskrepanzen“, urteilt der Darmstädter Renten-Experte Bert Rürup, „diskreditieren das Modell ganz von selbst.“

Der Professor, der auch Arbeitsminister Walter Riester berät, hält die Idee ohnehin für „fatal“. Rürup: „Das bringt dem Arbeitsmarkt überhaupt nichts und verstößt zudem gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit.“ Letztlich nämlich werde die Rente mit 60 über eine „verkappte Erhöhung der Rentenbeiträge“ von denjenigen finanziert, die nie in den Genuss des frühen Rentenbeginns kommen werden.

So schlägt Zwickel vor, dass die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den kommenden fünf Jahren je einen halben Prozentpunkt der jährlichen Lohnsteigerungen in so genannten Tariffonds ansparen. Denn wer statt mit 65 Jahren schon mit 60 in Rente geht, müsste auf 18 Prozent seiner Altersbezüge verzichten. Der zusätzliche Kapitalstock soll dies verhindern.

Alles in allem, schätzen Rentenexperten, sei ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag vonnöten. Zusätzlich müsste die Regierung die Beitragssätze zur Rentenversicherung um mehrere zehntel Prozentpunkte anheben, weil die Alterskasse den vorzeitigen Rentenbeginn von hunderttausenden Frührentnern vorstrecken muss.

„Nicht finanzierbar“ sei das Vorhaben, glaubt deshalb Arbeitsminister Walter Riester (SPD); eine generelle Absenkung des Rentenalters sei mit ihm nicht zu machen. Auch Katrin Göring-Eckardt, die Rentenexpertin der Grünen, hält den Vorstoß der Gewerkschaften für „ziemlich platt“.

Gäbe die Regierung dem Drängen nach, würde sie zudem ihre eigenen Pläne für eine große Rentenreform torpedieren. Denn der einprozentige Lohnabschlag, der für die Tariffonds erforderlich wäre, kostet einen Durchschnittsverdiener immerhin rund 500 Mark im Jahr – Kapital, das nach den Vorstellungen der Regierung eigentlich auch in eine private Eigenvorsorge fließen soll.

Deshalb denkt Riester inzwischen auch über das genaue Gegenteil dessen nach, was Zwickel derzeit propagiert. Anstatt den Rentenbeginn von 65 auf 60 Jahre zu senken, glaubt der Arbeitsminister, diese Grenze müsse in Zukunft eher auf 67 oder 68 Jahre steigen. Angesichts einer Gesellschaft, die immer älter werde, sei dies, so Riester, „die einzig denkbare Lösung“.

MARKUS DETTMER, ULRICH SCHÄFER

REUTERS

Gewerkschafter Zwickel*: *Alte Ideen hervorgekramt*

DPA

Minister Riester
Die eigenen Pläne torpedieren?

* Mit Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe (r.) bei einem Treffen der Tarifparteien am vergangenen Mittwoch in Frankfurt am Main.

Werbeseite

Werbeseite

AFFÄREN

Das Netz der Amigos

Die Kaufleute Karlheinz Schreiber und Dieter Holzer stehen seit Jahren im Mittelpunkt dubioser Machenschaften. Jetzt zeigt sich: Zwischen beiden Fällen gibt es Beziehungen.

M. DARCHINGER

M. STILLER / SZ

Staatssekretäre Pfahls, Hürland-Büning (1989), Geschäftspartner Schreiber, Strauß (1982): *Personelle Querverbindungen*

Einst hatten die beiden Herren in München und Bonn geschäftlich viel zu tun: eilige Besprechungen in Bonner Ministerien, vertrauliche Briefe, selbst an Altkanzler Helmut Kohl. In ihren Villen empfingen Karlheinz Schreiber, 65, und Dieter Holzer, 57, gern Polit-Prominenz aus Bonn und München.

In letzter Zeit sind solche Besuche rar geworden. Schreiber und Holzer machen Krisenmanagement in eigener Sache. Holzer, ein Mann mit Adresse im feinen Monaco, muss Ermittlungen in Frankreich und der Schweiz fürchten. Schreiber wehrt sich von Kanada aus gegen die Auslieferung an die deutsche Justiz.

Dabei gehören die beiden zu einer Spezies von Geschäftsleuten, die auf Diskretion höchsten Wert legt: Schreiber, so sieht es die Staatsanwaltschaft Augsburg, habe als „Berater für Marketingfragen sowie Lobbyist für Industrieunternehmen den Kontakt zu Entscheidungsträgern“ in der Politik hergestellt. Holzer warb damit, dass er für „internationale Unternehmen“ bei „Projekten unter Beteiligung öffentlicher Hände“ behilflich sei.

Schreiber steht im Verdacht, Millionenprovisionen aus dem einträglichen Geschäft mit Airbus-Flugzeugen und Panzern mit Spitzenpolitikern von CDU und CSU geteilt zu haben, unter anderem mit Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep und Strauß-Sohn Max – was diese dementieren. Der ebenfalls verdächtige einstige Verfassungsschutzchef und ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Holger Pfahls ist in Asien untergetaucht (SPIEGEL 29/1999).

ZDF / AUSLANDSJOURNAL

Vermittler Holzer

Holzer agierte als Vermittler für den französischen Ölkonzern Elf Aquitaine bei der Privatisierung der Raffinerie Leuna und des ostdeutschen Tankstellennetzes Minol. Über ein Geflecht von Briefkastenfirmen flossen mindestens 100 Millionen Mark an Provisionen – auch an Politiker? Holzer hat nach Überzeugung der schweizerischen Justiz bei den Transaktionen eine zentrale Rolle gespielt (SPIEGEL 39/1999).

Beide Affären quälen vor allem die Union, denn die Nähe der beiden Geschäftsleute zur ersten Garde der einstigen Regierungsparteien nutzten sie, um allerlei Geschäfte voranzutreiben. Wann immer es beim deutsch-französischen Prestigeobjekt Leuna klemmte, erschien Holzer auf der Bonner Bühne. Der saarländische Geschäftsmann nutzte seine guten Kontakte in die konservativ-liberale Regierung, um das Projekt zu befördern.

Schreiber hatte das System so weit verfeinert, dass er etwa für die Strauss-Familie in Kanada gleich ein kleines Firmengeflecht managte.

Bisher schienen beide Fälle nur ein ähnliches Muster zu haben. Doch zeigen sich immer mehr personelle Querverbindungen und Überschneidungen zwischen den beiden Affären. So traten Leisler Kiep und Pfahls, mit denen Holzer seit Jahren bekannt ist, auch als Vermittler für Elf Aquitaine auf.

Die Augsburger Staatsanwaltschaft erklärt, sie ermittle nicht gegen Holzer. Im Sommer dieses Jahres aber reisten Staatsanwälte aus Augsburg, begleitet von Steuerfahndern, ins nordrhein-westfälische Dorsten. Es ging um den Fall Schreiber – und offenbar auch um Holzer.

Der Besuch der Staatsanwälte galt der einstigen Pfahls-Kollegin Agnes Hürland-Büning, 73, um einige Fragen zu klären. Bis 1990 diente die CDU-Politikerin als Parlamentarische Staatssekretärin auf der Hardthöhe.

In Schreibers Tischkalender fand sich gleich dreimal ihr Name. „Den Herrn habe ich nie gesehen“, beteuert Hürland-Büning. Dies gab sie auch zu Protokoll.

Wesentlich mehr hatte die alte Dame aber zu erzählen, als sich die Staatsanwälte, wie nebenbei, nach ihren Geschäftsbeziehungen zu Dieter Holzer erkundigten. Am 24. April 1991 hatten Holzers Delta International und die „Staatssekretärin a.D.“ in Düsseldorf einen Beratervertrag „unter Einhaltung strikter Vertraulichkeit“ vereinbart. Danach war Hürland-Büning „als Industrieberaterin an Beratungsleistungen für internationale Großunternehmen“ interessiert. Holzer versprach der Ex-Politi-

Werbeseite

Werbeseite

kerin, Kunden und Projekte aus der Industrie zu vermitteln. Hürland-Büning verpflichtete sich im Gegenzug, 50 Prozent ihrer Provisionen als „Finder's Fee" an die Delta International abzuführen.

„Kollegen aus dem Bundestag", so Hürland-Büning, hätten ihr Holzer angekündigt. Wer das war, will die Dame nicht sagen. Doch der Name Holzer war ihr vorher schon geläufig, auch wenn sie ihn nicht näher kannte: Schließlich „lief der immer in Bonn rum". Holzer habe damals Parla-

P. LANGROCK / ZENIT

Raffinerie Leuna: *Hilfe bei „Projekten unter Beteiligung öffentlicher Hände"*

mentariern in Bonn gesagt, er käme mit ein paar Sachen nicht voran. Und die hätten ihm geraten, so Hürland-Büning, „sprich mal mit der Agnes, die hat jetzt Zeit und viele Verbindungen aus 19 Jahren Arbeit in Bonn".

Ein erstes Projekt hatte Holzer sofort zur Hand. Im Südwesten Berlins, direkt jenseits der Stadtgrenze, plante damals ein Konsortium aus Thyssen, der WestLB, Holzmann und der Pariser Bank Société Générale am ehemaligen Grenzübergang Drewitz einen Gewerbepark für 700 Millionen Mark – den „Europarc Dreilinden".

Ein schwieriges Geschäft, selbst für Fachleute: Die Eigentumsrechte waren verwirrend, das Grundstück wurde an das Konsortium verkauft, obwohl noch ein Restitutionsanspruch des Berliner Senats nicht entschieden war. In dieser undurchsichtigen Gemengelage agierte Hürland-Büning für Thyssen: „Das war vier Jahre lang unheimlich viel Arbeit."

Der Lohn war reichlich, er wurde, so Thyssen, von einer Europarc-Gesellschaft gezahlt: Nach eigenem Bekunden überwies Hürland-Büning drei Millionen Mark „Finder's Fee" an Holzers Delta International in Monaco, mithin muss das Gesamthonorar sechs Millionen Mark betragen haben.

Doch die Abrechnung, welche die Ex-Parlamentarierin schließlich am 22. August 1995 ausstellte und die dem SPIEGEL vorliegt, zeigt eine andere Aufteilung. Danach überwies Hürland-Büning 2,5 Millionen Mark für das „Projekt Europarc Dreilinden". Die übrige halbe Million Mark verbuchte sie unter einer anderen Kostenstelle: „Projekt Leuna diesen Betrag hatten Sie mir freundlicherweise gestundet".

Ein Vorgang mit Brisanz: Thyssen war bis 1994 der deutsche Partner von Elf Aquitaine im Leuna-Projekt. Thyssen bestätigt, dass Hürland-Büning für Thyssen 1992/93

S. MÜLLER-JÄNSCH

Spürpanzer „Fuchs": *„Kontakt zu Entscheidungsträgern"*

als Beraterin in Sachen Leuna aktiv war und 500 000 Mark erhielt. Auch die Ex-Politikerin bestätigt dies. Damals wollten die Franzosen aus dem Leuna-Projekt aussteigen, falls eine geplante Ölpipeline der Konkurrenz von Wilhelmshaven in den Osten gebaut würde. Sie habe dann Kontakte zwischen dem ehemaligen IG-Chemie-Vorsitzenden und SPD-Abgeordneten Hermann Rappe und Thyssen hergestellt. Auch mit dem damaligen sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Werner Münch habe sie mehrere Gespräche geführt. Schließlich scheiterte das Konkurrenz-Projekt wunschgemäß.

Doch mit Holzer habe ihr Leuna-Engagement keine Verbindung gehabt: „Thyssen ist direkt an mich herangetreten, Herr Holzer hatte damit nichts zu tun." Sie habe zum damaligen Zeitpunkt nicht gewusst, dass der Saarländer „irgendetwas mit Elf Aquitaine zu tun hatte". Für die Buchung des Geldes an Holzer unter dem Titel Leuna hat sie allerdings keine Erklärung anzubieten: Eine solche Rechnung finde sich nicht in ihren Akten, so die Beraterin, aber „das Geld wurde ausschließlich für andere Projekte überwiesen".

„Am Ende habe ich aus meiner Beratertätigkeit, die ich für Thyssen bis 1996 ausübte, nicht viel übrig behalten", sagt Hürland-Büning – außer Ärger mit dem Fiskus. Die Steuerbehörden erkannten die Provisionszahlungen an die Delta International in Monaco nicht an, weil die Obergesellschaft Delta International Establishment in Vaduz nach Ansicht der Finanzbeamten eine Briefkastenfirma ist.

Gerade die Firma in Liechtenstein bringt Holzer derzeit unter Druck. Am 7. Mai dieses Jahres beschlagnahmten deutsche Zollfahnder bei der Einreise von Alfred Holzer, 28, dem Sohn des Geschäftsmannes, aus der Schweiz Unterlagen der Firma – darunter auch Kontoauszüge. Das Datum macht stutzig: Gerade zwei Tage vorher hatte ein Genfer Untersuchungsrichter Vater Holzer nach seiner Rolle im Zusammenhang mit den Geldflüssen für die Raffinerie Leuna befragt.

In der vergangenen Woche beauftragte die SPD-Fraktion den bayerischen Bundestagsabgeordneten Frank Hofmann, die sonderbaren Beziehungen zwischen dem großen Geld und der großen Politik zu recherchieren. Der Mann, ein Kriminaloberrat aus dem Bundeskriminalamt, hat Erfahrung mit so was. Begonnen wird zunächst nur mit dem Fall Schreiber. Im Verteidigungsministerium prüft Staatssekretär Walter Kolbow alle Unterlagen des Panzer-Deals.

Aber die SPD, allen voran das Kanzleramt, zögert noch, ob sie, wie von den Grünen gefordert, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen soll. Die Sozialdemokraten fürchten Unruhe im Regierungsapparat, wenn sich die neue Bundesregierung auf die Suche nach den Sünden der alten macht. Untersuchungsausschüsse gelten traditionell als Instrument der Opposition.

Und schließlich gilt das ungeschriebene Gesetz, dass man sich bei Amtsübernahme nicht mehr übermäßig dafür interessiert, was vorher so wichtig schien.

MARKUS DETTMER, GEORG MASCOLO

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

NS-VERBRECHER

Phantom im Méridien

Über vier Jahrzehnte gewährte Syrien Alois Brunner, Hitlers letztem prominenten Judenmörder, Unterschlupf – nach Überzeugung der französischen Justiz verbirgt er sich jetzt in einem Luxushotel in Damaskus. Deutsche Fahndungsmaßnahmen liefen ins Leere.

Die Liste der Bittsteller in Syrien ist lang. US-Politiker, EU-Parlamentarier, Minister, Staatspräsidenten wie der Franzose Jacques Chirac.

Alle fragen im Land des Präsidenten Hafis al-Assad nach einem Mann, der längst zu einem Phantom der Geschichte geworden ist. 1912 geboren, 1,70 Meter groß, das linke Auge fehlt, die linke Hand ist nach einem Bombenanschlag verkrüppelt. Er trug etliche Falschnamen: Kolar, Schmaldienst, Fischer.

In Wahrheit heißt er Alois Brunner und war einer der hochrangigsten Täter in Hitlers Vernichtungsbürokratie. Über 128 500 Juden hat Brunner, der engste Mitarbeiter des millionenfachen Mörders Adolf Eichmann, aus Wien, Saloniki und Preßburg, Paris, Nizza und Berlin in die Gaskammern deportiert – sein jüngstes Opfer hieß Monique und war gerade mal zwei Jahre alt.

Jeder Polizeicomputer in Europa hat Brunners Namen gespeichert. In Frankreich, Österreich und Deutschland liegen Haftbefehle wegen Mordes vor. Sein letzter Dienstgrad bei Kriegsende: SS-Hauptsturmführer. Die letzte bekannte Postanschrift von Brunner alias Fischer in der Nachkriegszeit lautete: 7, Rue Georges Haddad, Damaskus, Hauptstadt der Arabischen Republik Syrien.

Doch seit Jahrzehnten dementieren Staatschef Assad und seine Administration mit aller Heftigkeit, dem SS-Schergen je Unterschlupf und Protektion gewährt zu haben. „Unerhört“ sei es zu behaupten, so beschied ein Ministerialer deutsche Diplomaten, dass „ein solches Individuum“ sich in Syrien aufhalte. Vize-Außenminister Jussuf Schakur erklärte, derlei Unterstellungen „zionistischer Kreise“ hätten nur ein Ziel – „Syrien zu diskreditieren“.

Als im Februar Außenminister Joschka Fischer auf Staatsbesuch in Syrien war, sprach auch er die Causa Brunner an – und erinnerte an ein 14 Jahre altes deutsches Auslieferungsgesuch. Wie Chirac und alle andere Petenten fertigte der Assad-Clan auch den Grünen ab: „Der Mann ist hier unbekannt.“

Doch etliche Experten sind überzeugt, dass auch die jüngste Auskunft der Syrer eine glatte Lüge ist. Bestärkt werden sie jetzt durch eine 132 Seiten starke Anklageschrift, die auf Recherchen des Pariser Untersuchungsrichters Hervé Stephan beruht. Auf Grund der Ermittlungen ist Stephan absolut sicher, dass Brunner noch lebt – nach Zeugenaussagen in einer Suite des Hotels Méridien in Damaskus, wohl streng abgeschirmt von Vertrauensleuten des Staatspräsidenten.

H. BUTS / MEDIA D

Ex-SS-Führer Brunner (1985): *„Agenten des Teufels“*

AFP / DPA

Hotel Méridien in Damaskus: *„Netz alter Nazis“*

Mehrere Jahre lang hat Stephan, wie zuvor zwei Kollegen, gegen Brunner wegen dessen Taten in Frankreich ermittelt. Anfang kommenden Jahres wird vor einem Schwurgericht in Frankreichs Metropole die Hauptverhandlung beginnen. Das Gericht hat, per öffentlicher Bekanntmachung, Brunners Erscheinen angeordnet.

Was wie gerichtliches Schaulaufen aussieht, ist in Wahrheit ein letzter ernsthafter Versuch der juristischen und historischen Aufarbeitung vor den Augen der Weltöffentlichkeit. „Brunner darf nicht in die Geschichtslosigkeit fallen, das sind wir schon den Opfern schuldig“, sagt Oberstaatsanwalt Willi Dreßen, Chef der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Diese Aufgabe sei, 54 Jahre nach Kriegsende, „wichtiger als eine Verurteilung des Greises“.

Dabei ist es grotesk, dass die Jagd nach Brunner erst jetzt so richtig beginnt – wo er kaum noch verhandlungsfähig sein dürfte, wenn er denn wirklich noch lebt. Erst vor drei Jahren setzten die Staatsanwaltschaften Köln und Frankfurt eine Belohnung von 500 000 Mark auf Brunners Ergreifung aus. Und erst jetzt griffen die Ermittler zu scharfen Waffen: Abgesegnet durch Beschlüsse des Amtsgerichts Köln und des Wiener Landesgerichts, wurde in Österreich wochenlang das Telefon von Brunners Tochter Irene R. abgehört.

Auch die Post der promovierten Juristin wurde gründlich gefilzt, bis ins Jahr 1992 zurück klärten Fahnder anhand von Kreditkarten-Daten ihre Auslandsreisen ab und erstellten so ein Bewegungsbild. Zeitweilig observierten Ermittler die Juristin und ihren Mann – immer in der Hoffnung, Alois Brunner auf die Spur zu kommen.

Dessen Weg in die Vernichtungsmaschinerie Adolf Hitlers hatte nach dem An-

Werbeseite

Werbeseite

schluss Österreichs an das Dritte Reich 1938 begonnen. Der 26jährige Bauernsohn aus dem Burgenland, der sich als Verkäufer und Caféhauspächter durchgeschlagen hatte, trat der SS bei. In Eichmanns Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" fand er ein Unterkommen.

Die Behörde im Palais Rothschild sorgte mit ihrem „Wiener Modell" unter den Nazis für Aufsehen. Eichmann hatte einen besonders effizienten Apparat entwickelt, um Juden auszuplündern. Die Behörde wurde zu einer „Lehrstätte für Vertreibungsexperten", urteilte der Historiker Hans Safrian. Und Brunner wurde zum Spezialisten für Erfassung und Verfolgung.

Er bewährte sich so gut, dass er Eichmanns Posten bekam, als der ins Reichssicherheitshauptamt nach Berlin ging. Später, in Frankreich, ließ Eichmanns erster Helfer etwa „Physiognomisten" umherfahren – Greiferkommandos, die Menschen mit angeblich jüdischem Aussehen auf den Straßen verhafteten. Den Gefangenen ließ der Endlöser vorgaukeln, dass man ihre Familien benachrichtigen wolle – um so an die Adressen und Verstecke weiterer Juden zu gelangen. Wenn Brunner damit nicht weiterkam, ließ er die Häftlinge foltern.

Anfang April 1945 trat der SS-Hauptsturmführer in Wien zum letzten Mal unter seinem wahren Namen auf. Falsche Papiere und das Fehlen der in der SS üblichen Blutgruppen-Tätowierung halfen ihm dann über die Nachkriegswirren. Als Alois Schmaldienst arbeitete er in Essen unter Tage. 1954 wollten ihn die Kommunisten in den Betriebsrat wählen. Brunner fürchtete um seine Legende – und flüchtete erst nach Ägypten, dann nach Syrien.

Dabei bediente er sich eines deutschen Passes auf den Namen Dr. Georg Fischer. Fischer war ein Kriegskamerad Brunners, ebenfalls SS-Hauptsturmführer, und hatte auch zeitweilig als Hauer gearbeitet. Der Pass sei ihm wohl gestohlen worden, gab damals der Doktor der Philosophie zu Protokoll. Anstandslos bekam er einen neuen; heute will Fischer seinen Kameraden Brunner nicht mehr kennen, die Sache mit dem Pass erinnere er nicht mehr: „Die Zeit", sagte er letzte Woche dem SPIEGEL, „ist mir eigentlich aus dem Gedächtnis entschwunden."

Unter Fischers Namen jedenfalls machte Brunner in Syrien Karriere. Er gab nach außen hin den biederen Geschäftsmann, handelte mit Dortmunder Bier und Berliner Schnaps, vermakelte Häuser an Europäer und Amerikaner. Vor deutschen Geschäftsleuten prahlte er, unbehelligt von der Justiz Frau und Tochter in Südtirol besucht zu haben. Einen Machtwechsel in Syrien brauchte er offenbar nicht zu fürchten. Wer Juden ausgerottet hatte, dem waren, so der Nazi-Jäger Simon Wiesenthal, „Ansehen und Protektion" gewiss.

Auch als wendiger Sicherheitsberater der Regierung in Damaskus verdiente Brunner gut. Er brachte nicht nur Agenten Deutsch bei – er galt in Damaskus auch als Informant des syrischen Geheimdienstes.

Brunner, Chef Eichmann (um 1940)
SS-Blutgruppen-Tätowierung fehlte

Französische Juden (1942 in Drancy bei Paris): *Greiferkommandos in den Straßen*

Womöglich trug Fischer alias Brunner dabei auf zwei Schultern. Der amerikanische Autor Christopher Simpson jedenfalls behauptet, Hitlers Gefolgsmann habe zeitweilig auf der Soldliste des Bundesnachrichtendienstes (BND) gestanden und sei in Damaskus illegaler Resident der deutschen Geheimen gewesen. Simpson beruft sich auf CIA-Quellen; ein Dementi des BND blieb aus. Lapidar heißt es, in den Akten sei nichts verzeichnet – was für die Frühzeit des Dienstes typisch ist und keinen großen Informationswert besitzt.

Für seine Familie daheim in Österreich sorgte Brunner auf jeden Fall weiter. Regelmäßig schickte er über einen Mittelsmann Geld nach Wien. Einmal soll er, so Erkenntnisse aus den sechziger Jahren, sogar deutschen Behörden einen Deal offeriert haben. Er werde gegen Zusicherung freien Geleits in die Bundesrepublik kommen, um „Angaben über Judenliquidierungen zu machen", so eine damalige Zeugenaussage. Für den Fall, dass die Justiz ihn gleichwohl wegsperre, habe er für die Tochter „einen Garantiebetrag von 40 000 DM" gefordert – quasi als Aussteuer.

Nach Erkenntnissen des früheren sowjetischen Geheimdienstes KGB sei Irene R. „ab und an zu ihrem Vater nach Syrien" gefahren; die Juristin widerspricht heftig. „Alois Brunner", behauptet sie bis heute, „habe ich nie kennen gelernt."

Lange Zeit interessierte sich in Deutschland kaum jemand für den Eichmann-Getreuen. Zwei Sprengstoffanschläge auf Brunner, offenbar verübt vom israelischen Geheimdienst, sorgten nur kurz für Aufsehen – erst Mitte der achtziger Jahre wurde sein Fall richtig zum Thema.

Deutsche Reporter der Illustrierten „Bunte" hatten Brunner aufgespürt, ihre Fotografien zeigten ihn als netten Alten von nebenan. Dem amerikanischen Journalisten Charles Ashman sagte der SS-Mann am Telefon, er bereue nichts und würde genauso wieder handeln. Alle Juden „verdienten den Tod, denn sie waren Agenten des Teufels und menschlicher Abfall".

Zu diesem Zeitpunkt etwa stellte die westdeutsche Regierung jenen Auslieferungsantrag, an den Joschka Fischer kürzlich die Syrer erinnerte. Auch das DDR-Regime kümmerte sich plötzlich um die Affäre – eine hoch sensible Angelegenheit unter Brüdern im sozialistischen Geiste.

Der Pariser Anwalt Serge Klarsfeld, dessen Vater Arno von Brunners Schergen 1943 in den Tod verschleppt worden war, schlug Erich Honeckers Mannen einen abenteuerlichen Coup vor. Brunner sollte, mit Erlaubnis der Syrer, in Damaskus in einen Jet der Ost-Airline Interflug verschleppt und in die DDR ausgeflogen werden. Stasi-Minister Erich Mielke befahl

Werbeseite

Werbeseite

schon mal, Brunner „bei dieser möglichen Einreise zu verhaften“.

Doch die Hoffnung Klarsfelds und seiner Frau Beate, Syrien würde auf Grund guter Beziehungen zur Honecker-Regierung Brunner „auch ohne international übliches Auslieferungsersuchen den DDR-Organen“ überstellen, erfüllte sich nicht. Die geheimen Gespräche zum Fall Brunner wurden, nachdem sie anfänglich ganz hoch aufgehängt waren, auf niedriges diplomatisches Niveau zurückgeschraubt.

Die syrische Regierung bestritt sogar Offenkundiges – nämlich, dass es die Straße gebe, in der Brunner lebte. Die „eigene Ehrauffassung“ erlaube es den Syrern nicht, so analysierten Diplomaten des Auswärtigen Amtes, „einen Schützling, auch wenn er seinen syrischen Freunden eher zur Last gefallen ist, jetzt noch fallen zu lassen“. Vielmehr hofften die Syrer, so ein interner Amtsvermerk weiter, dass „er in nicht allzu ferner Zukunft stirbt und sich so das Problem von selbst erledigt“.

Die Nachrichten, die seither nach Deutschland drangen, sind wirr. Anfang 1993 meldete die Botschaft in Damaskus dem Auswärtigen Amt, es gebe „Gerüchte“, wonach Brunner verstorben sei: „Eine Verifizierung werde derzeit versucht.“

Im Mai 1995 berichtete die damalige FDP-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger intern über „Erkenntnisse“, dass Brunner nicht mehr in Syrien sei – „sondern sich in einem anderen ausländischen Staat“ aufhalte. Dem widersprach, im Mai 1997, ein Informant des Bundeskriminalamtes. Danach lebe Brunner weiterhin bei den Syrern – eine Erkenntnis, die das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) fast zeitgleich konterkarierte: Nach einer „Meldung vom Dezember 1992“ sei Brunner tot.

Das BfV-Schreiben an die Staatsanwaltschaft Köln, die zusammen mit Frankfurter Kollegen nach wie vor ein Ermittlungsverfahren betreibt, wurde durch den Sperrvermerk „VS-Vertraulich/Amtlich geheim gehalten“ geadelt. Die Verfassungsschützer hatten freilich kein eigenes Wissen, sie hatten lediglich eine kleine Notiz abgeschrieben, die in einem Pariser Blatt erschienen war. Die wiederum fußte auf anonymen „diplomatischen Quellen in Damaskus“.

J. LANGEVIN / SYGMA

Staatschef Assad

Da sich das Rätsel um Brunners wirklichen Aufenthaltsort nicht durch Polizei-Recherchen in Syrien lösen lässt, sammelten die französischen Ermittler für ihre Anklageschrift die Aussagen zahlreicher Zeugen. Ein Zeuge gab, erstaunlicherweise, besonders bereitwillig Auskunft – Wehrmachts-Generalmajor Otto Ernst Remer.

Ex-Offizier Remer, im Juli 1944 an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Adolf Hitler beteiligt und später Kultfigur der Neonazi-Szene, hatte zusammen mit Brunner in Damaskus die „Orient Trading Company“ gegründet; offiziell galt die „Otraco“ als Handelsfirma, in Wahrheit aber verschoben die Altnazis Waffen.

Remer bestätigte den französischen Ermittlern, dass Brunner unter dem Falschnamen Fischer aufgetreten sei. Nach dem zweiten Attentat auf Brunner, 1980, habe er seinen schwer verletzten Geschäftspartner im Krankenhaus besucht, wo ihn syrische Polizisten bewacht hätten.

Kurz vor seinem Tod im Oktober 1997 wurde Remer noch einmal vernommen. „Wenn Brunner verstorben wäre“, sagte er auf Vorhalt des Pariser Untersuchungsrichters, „hätte ich über meine syrischen und deutschen Drähte mit Sicherheit davon erfahren.“ Welche Quellen er damit meinte, verschwieg Remer. Für den Ermittler aber war damit klar, dass es immer noch ein gut funktionierendes „Netz alter Nazis“ zu geben schien.

Der unbelehrbare Rechtsextremist Remer hatte sich, nach einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass, nach Spanien abgesetzt; hier schloss er sich der inzwischen aufgelösten Neonazi-Organisation „Cedade“ („Spanischer Kreis der Freunde Europas“) an. Zu den Cedade-Mitgliedern gehörte auch der Österreicher Gerd Honsik, Herausgeber der antisemitischen Hetzpostille „Halt“ und wie Remer vor der Justiz geflohen.

Honsik wiederum kannte Brunner seit einem Damaskus-Besuch. Weil auch Brunners Tochter Irene R. häufiger nach Spanien reiste, glaubten deutsche Fahnder zeitweise, der greise SS-Mann könnte aus Damaskus ausgeflogen worden und bei spanischen Gesinnungsgenossen untergekommen sein. Tochter und Ehegatte wurden sogar von einem Fahndungskommando observiert – ohne Ergebnis.

Auch Briefkontrolle und Telefonüberwachung (TÜ) führten zu nichts. Die TÜ lief vom 25. März bis zum 24. April 1999, am 8. April hat Brunner Geburtstag. „Unsere Hoffnung war“, so ein Ermittler, „die Tochter würde sich beim Vater melden und gratulieren.“

Die Lauscher hörten nur Belangloses – bis auf zwei Telefonate. Einmal offerierte ein angeblicher Journalist der Tochter 400 000 Mark, wenn sie einen Kontakt zum Vater vermittle; dann meldete sich Irene R. bei ihrem Cousin und bat um Rat: Sie habe den Verdacht, ihr Telefon werde abgehört, es gehe wohl um den Vater. Aber sie kenne doch weder den Aufenthaltsort, noch wisse sie etwas über sein Schicksal. Brunners Neffe ist Polizist in Wien. Nach dem mitgeschnittenen Telefonat wurde er vernommen. Er sei völlig ahnungslos, gab er zu Protokoll, mit dem Onkel habe er „niemals Kontakt“ gehabt.

Für die deutschen Ermittler sind dies tote Spuren. Die französische Justiz aber lässt sich nicht beirren. Untersuchungsrichter Stephan und die Staatsanwälte sind sich absolut sicher, dass Brunner wegen Mordes auch „in Abwesenheit verurteilt“ werde – zu lebenslanger Haft.

Georg Bönisch, Georg Mascolo, Klaus Wiegrefe

H. BUTS / MEDIA D

Brunner mit syrischen Polizisten (1985 im Badeort Latakia): *„Der Mann ist hier unbekannt“*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BILDUNG

„Power auf Dauer“

Der Ex-Fußballmanager und Senator Willi Lemke will Bremens Schulen nach dem Vorbild des SV Werder umkrempeln: Sponsoren sollen Geld geben, fleißige Lehrer belohnt werden.

J. SARBACH

Senator Lemke beim Schulbesuch: *„Zäh wie Leder, unendlich energiegeladen und kreativ“*

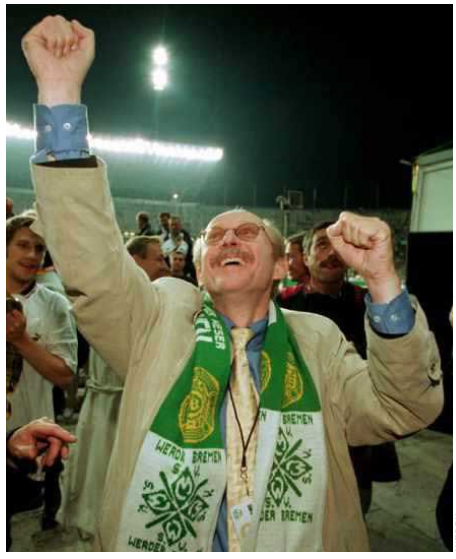
Es gibt Politiker, die können nichts und halten sich für die Größten. Andere werden nichts, weil sie sich selbst für zu klein halten. Willi Lemke kann etwas und findet sich durchaus großartig.

Der SPD-Senator für Bildung und Wissenschaft erscheint eine Minute vor der Zeit im Bremer Schulzentrum Findorff, und alle, die sonst Konferenzen schwänzen, sind schon da, um ihn zu sehen.

Als Willi Lemke, 53, im Sprachlabor des Schulzentrums an einem Pult sitzt, links und rechts und vor sich Eltern und Lehrer, lobt er erst einmal, „dass diese Schule durch ganz starke Kreativität und Elternarbeit sich auszeichnet“.

Dann erzählt der ehemalige Manager des Bundesligisten Werder Bremen, dass er zur Verstärkung seine Frau Heide mitgebracht habe, weil „die ja hier eine erfolgreiche Schülerin war, nicht weil sie mich geheiratet hat“ – obwohl: deshalb schon auch –, sondern „weil sie Ärztin geworden ist“. Heide Lemke lacht, und dann lachen alle, und der Schulleiter sagt, dass „wir jetzt so einen netten Bildungssenator“ haben. Damit hat Lemke natürlich wieder einmal gewonnen.

Schwer hat er es nicht. Seit fast hundert Tagen ist Lemke nun im Amt, und er musste nur durch die Stadt fegen, von Schule zu Schule – schon staunten alle über diesen Neuen, der so gar nichts hat von der Bremer Lethargie. Denn Lemke geht Probleme an und gibt sich damit als Entscheider, als jener Krisenmanager, den die Stadt braucht. Nach den Sommerferien raubte er zum Beispiel den Rektoren „vorsichtig und liebevoll“ (Lemke) Sonderstunden, also Entlastungszeit für Verwaltungsaufwand, damit weniger Unterricht ausfällt – so etwas feiert die CDU, freilich jault mancher Genosse.



WEREK

DFB-Pokalsieger Lemke (im Juni)
„Die Angst, tot von der Tribüne zu fallen“

Politik, glaubt Lemke, funktioniert im Grunde so ähnlich wie Fußball. 18 Jahre lang war Lemke Manager des SV Werder, und dort war nichts so wichtig wie ein gutes Image, damit die Zuschauer kamen, auch wenn die Truppe immer lausiger spielte; im neuen Job braucht er ein gutes Image, damit die Demonstrationen von Schülern, Eltern und Lehrern aufhören. Bei Werder brauchte er Sponsoren, um das Weserstadion zu renovieren; jetzt muss irgendwer die Renovierung dieses Lochs im Schulzentrum Findorff bezahlen, das „Aula“ heißt. Was also ist der Unterschied?

Die neue Aufgabe ist allenfalls ein bisschen diffiziler. Bürgermeister Henning Scherf, 60, von Lemke „der Henning“ genannt, hat seinen alten Gefährten ja in die Regierung des kleinsten Bundeslandes geholt, um endlich in den Griff zu kriegen, was nicht in den Griff zu kriegen scheint.

Nirgendwo in Deutschland gilt das Bildungssystem als so Not leidend wie in Bremen. Schulen werden geschlossen, für Bausanierungen fehlen 70 Millionen Mark, und manche Bücher sind so alt wie die Lehrer; in einem Gymnasium bringen die es auf durchschnittlich 57 Jahre. Bei Uni-Bewertungen liegt Bremen meist am Tabellenende, und weil, das fanden die Wirtschaftsprüfer von Kienbaum heraus, allein wegen Fortbildung und Sonderaufgaben 20 000 von 155 000 Lehrerwochenstunden ausfallen, streiken die Schüler in kaum einem anderen Land so oft wie in Bremen.

Frei nach Schröder/Blair möchte Lemke deshalb die Gesetze des Marktes in die Schulen tragen: Die Biermarke Beck’s soll Lehrer sponsern, der Futterhersteller Vitakraft Umweltprojekte, und Shell habe bereits angeboten, „den ganzen Mist zu sanieren“, also die Heizungen, „und dafür nehmen wir ihnen in den nächsten Jahren das Öl ab“. Vorher wird Lemke aber bei den Konkurrenten DEA und Esso die Konditionen abfragen, da „hier Wettbewerb, Reibung rein muss“. So schwierig kann das nicht sein: „Ich kenn die Vorstände doch, sind alles Duzfreunde von mir.“

Am Ende soll die perfekte Schule stehen. Die beste, die kreativste, die sauberste Lehranstalt wird dann prämiert; und eine Art Bremer Meister, das ist jener Lehrer, der fünf Jahre lang nicht krankfeierte, fährt zur Belohnung zum Beispiel nach Paris, damit Gerhard Schröder, wenn er von „faulen Säcken“ redet, nicht mehr Bre-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

mens Lehrer meinen kann. Wenn Lemke sich durchsetzt, so denkt er sich das, renovieren Eltern die Schulen ihrer Liebsten irgendwann selbst, und abends grillen alle zusammen. Und so werden am Ende schließlich auch die Bremer Schüler fit sein für diese Gesellschaft.

Doch weil das ein bisschen viele Ideen für vier Jahre Amtszeit sein könnten, hat Lemke auch ein bescheideneres Minimalziel: „Die Krusten müssen aufgebrochen werden“, denn „wir wollen einen Stimmungswechsel“.

Den hat er in Wahrheit schon bewirkt; fraglich ist bloß, ob es nicht Lemke angekreidet wird, wenn sich die Bremer Wirklichkeiten als hartnäckig erweisen. Bleibt er jedoch populär, dann könnte Lemke 2003 der SPD-Kandidat für Scherfs Nachfolge werden. Falls der Mann, den die Bremer „unseren Willi“ nennen, dann nicht als Minister in Berlin wirkt.

Zu dieser Spekulation schweigt Lemke. Das ist selten, denn allein für den Vortrag über seine Ziele hat er 40 Minuten gebraucht. Während dieser 40 Minuten hat er mit aufgestützten Ellbogen dagesessen, die Hände wie zur Predigt erhoben. Zwischendurch hat er zwei Müsliriegel und die Bremische Landesverfassung aus seiner Tasche gewühlt, alles neben einen Notizblock (Aufschrift: „Willi Lemkes Skatrunde“) gepackt und Artikel 27 zitiert: „Jeder hat nach Maßgabe seiner Begabung das gleiche Recht auf Bildung.“ Das fand er so gut, dass er es gelb markiert hat.

Der schmächtige Senator sieht mit seiner Brille, der Stirnglatze und dem Schnäuzer aus wie ein halbwegs netter Mathelehrer. Aber er ist ein Menschenfänger. Egal, wer zu ihm kommt, Lemke wirkt, als treffe er eine Jugendliebe wieder: „Ich nehme sie alle an.“ So funktioniert die Methode Lemke: Reden, bis keiner mehr etwas fragt, unterwegs ein paar Komplimente einstreuen, die Leute ansehen und berühren. Er schüttelt mit rechts Hände, und mit links fasst er Unterarme an, und wenn Bill Clinton das genauso macht, muss es doch Willi Lemke nicht peinlich sein.

Die Leute sind ja dankbar für Zuneigung. In Lemkes Behörde zum Beispiel arbeiten die meisten freiwillig länger. „Das haben wir immer so gemacht“, sagte letzte Woche wieder einer und meinte einen überflüssigen Aktentransfer von Ablage zu Ablage. „Warum eigentlich?“, fragte Lemke nur. „Motivieren“, sagt er, „ist meine Paradeübung.“

Als im Schulzentrum Findorff eine Putzfrau von der Unsitte des „Outsourcing“ spricht, neudeutsch für Entlassungen und Aufträge an freie Dienstleister, nickt Lemke traurig, und dann packt er die Dame am Arm. Das ändert nichts daran, dass sie bald arbeitslos ist, aber es tröstet, und wer getröstet wird, wählt bestimmt SPD.

Natürlich wurde Lemke von Zweiflern argwöhnisch begrüßt. Seine einzige Qualifikation für den neuen Job seien zwei schulpflichtige Kinder, hieß es etwas ungerecht in Leserbriefen im „Weserkurier“. Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft fürchtet, dass einem wie Lemke nichts heilig sei, schon gar nicht das Beamtentum. Sehr falsch liegt sie damit nicht.

Aber im Bremer Schulsystem bedeutet „anders“ automatisch „besser“, da es schlechter kaum geht. Und Lemke ist ziemlich anders als Vorgängerin Bringfriede Kahrs. Nie sei die aus ihrem Kämmerchen gegangen, mosern Genossen, verkaufen konnte sie nichts. Mit diesem Problem hat der neue Senator selten zu kämpfen.

Politik, das muss ihm niemand erklären, ist ungefähr zeitgleich mit der Fußball-Bundesliga zur Ware geworden, und mit Waren kennt er sich aus. In seinen letzten Tagen als Werder-Manager stand zum Beispiel ein Termin bei Beck’s an; ein Probenholer der Brauerei, ein Fußballfan mit dem Spitznamen „Werder-Harry“, wurde in den Ruhestand verabschiedet.

Also fuhr Lemke hin, und er hatte den DFB-Pokal dabei. Er trank ein Alkoholfreies, und dann erzählte er die Anekdote, wie Bayern Münchens Lothar Matthäus beim Pokalfinale zum Elfmeterpunkt schritt. Da habe Bremens Torwart Frank Rost gerufen: „Ey, Lothar, schieß vorbei, du hast schon so viele Titel, ich will auch einen.“ Matthäus: „Halt’s Maul, geh ins Tor.“ Matthäus verschoss, Bremen siegte, und das Foto mit dem Pott und mit Lemke hütet nun Werder-Harry. 40 Menschen waren bei dem Ausstand, und in seinem Mercedes rechnete Lemke: „15 Minuten, um die einzunorden.“ Kein schlechter Schnitt.

J. SARBACH

Lemke (2. v. r.), Senatskollegen*: *„Motivieren ist meine Paradeübung“*

Der Senator, geboren im schleswig-holsteinischen Pönitz, war nach dem Studium (Sport und Pädagogik) wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni. Mit 25 trat er in die SPD ein; von Scherf wurde er als Wahlkampfmanager angeheuert und war Mitglied in der damals einflussreichen Gruppe der so genannten Scherfisten, der Jünger des Lokalhelden. Scherf schützte Lemke auch in jener schwierigen Zeit, als der vom russischen KGB angesprochen wurde, sich dem Verfassungsschutz offenbarte und als „007 von der Weser“ geschmäht wurde.

Dann kamen die Bundesliga-Jahre, und die endeten nach dem letzten Abstiegskampf wegen der Angst, „irgendwann tot von der Tribüne zu fallen“. Der Wechsel lag nahe, denn Lemke glaubt ja, dass er „eigentlich alles“ kann.

Er spricht jetzt von den Schülern, die „im Grunde nur lernen müssen zu lernen“, also flexibel, schnell, modern zu sein. Und er meint damit, dass sie sein müssten wie er, der ja auch nicht ausgebildet war als Partei-Geschäftsführer, Fußballmanager, Senator. Er sei halt, schwärmt er nun, „zäh wie Leder, unendlich energiegeladen und kreativ“, weil er gelernt habe, „mich einzubringen, mich mit einer Aufgabe zu identifizieren. Ich komme aus der Leistung“. Und darum biete er „Power auf Dauer“.

Meist ist Lemke bei all dem Selbstlob so klug, nicht allzu offen von persönlichem Ehrgeiz zu sprechen. Er verrät nur mal, dass er es Scherf ankreidet, für die Große Koalition geworben zu haben. Würde die SPD allein regieren, wäre Lemke bereits Wirtschaftssenator. Und nach solchen Gedankenspielen sagt Lemke auf der Rückbank seines Dienst-Daimlers Sätze, die seine Ambitionen andeuten: „Wenn ich das hier hinkriege, war das nicht mein letzter Job.“

KLAUS BRINKBÄUMER

* Hilde Adolf (Soziales), Bernt Schulte (Inneres), Christine Wischer (Umwelt), Bürgermeister Henning Scherf, Josef Hattig (Wirtschaft), Hartmut Perschau (Finanzen).

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Nach neuen Wegen suchen“

PDS-Strategе Gregor Gysi über die jüngsten Wahlerfolge seiner Partei, das Verhältnis zur SPD, eine andere Sparpolitik und neue Steuern

P. MEISSNER / REFLEX

PDS-Fraktionschef Gysi*: *„Wir dürfen nicht die Oberrealos werden“*

SPIEGEL: Herr Gysi, sind Sie stolz darauf, mit Uwe Hiksch den ersten SPD-Bundestagsabgeordneten mit sozialdemokratischen Parolen zur PDS gelockt zu haben?

Gysi: Das ist seine Entscheidung. Wir haben nur darauf reagiert. Im Prinzip gilt: Wir wollen durch Wahlen stärker werden, nicht durch Übertritte. Uwe Hiksch verdient aber Respekt, denn er handelt aus politischer Überzeugung und antikarrieristisch.

SPIEGEL: Wenn nicht noch mehr Abgeordnete zur PDS kommen – bewegt sich die PDS dann weiter auf die SPD zu?

Gysi: Die PDS ist gut beraten, ihr eigenes Profil zu bewahren. Dazu gehört aber auch, wichtige sozialdemokratische Traditionen mitzudenken und mitzufühlen. Vor allem dann, wenn führende europäische Sozialdemokraten wie Schröder und Blair glauben, dass ihre Parteien nur eine Zukunft haben, wenn sie sich entsozialdemokratisieren. Die SPD muss sich von der Vorstellung lösen, sich ausschließlich um die Mitte kümmern zu können, weil ihr die Linken automatisch zuflögen.

SPIEGEL: Wenn die Sozialdemokraten auf Ihren Rat hin die linke Ecke besetzen, bleibt doch für Ihre Partei kein Raum.

Gysi: So links kann die SPD gar nicht werden. Die PDS kann andererseits nicht plötzlich die alte SPD und die alten Grünen ersetzen und dann auch noch sie selbst sein.

SPIEGEL: Erst ein Schmusekurs, jetzt eine Art politischer Nestraub. Hat Lafontaines Abgang Ihnen die Richtung gewiesen?

Gysi: Die ersten Beschlüsse der neuen Regierung konnten wir doch nur unterstützen: Erweiterung des Kündigungsschutzes, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erhöhung des Kindergeldes, Aussetzung der Rentenniveau-Senkung. Das hatten auch wir zum großen Teil vor der Wahl gefordert. Deshalb war es schwerer, den eigenen Platz im politischen Spektrum zu definieren.

SPIEGEL: Und jetzt machen Sie es sich leicht und gerieren sich als linker Ersatzflügel der SPD?

Gysi: Wir machen unsere eigene Politik, aber die alten SPD-Positionen in Erinnerung zu bringen gehört auch zu einer parlamentarischen Demokratie. Die haben sich darauf verlassen, dass alles so ist wie früher. Die SPD fordert im Wahlkampf die Vermögensteuer, die die CDU abgeschafft hat. Dann gewinnt sie die Wahl und führt sie nicht ein. Die CDU könnte ja maximal sagen: Ihr habt etwas Falsches versprochen und das jetzt selber erkannt. Nur haben die Sozis einfach vergessen, dass es die PDS gibt. Die kann jetzt die alte SPD-Forderung nach Vermögensteuer zur Abstimmung stellen – und wieso sollte sie so etwas nicht machen?

SPIEGEL: Weil das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dagegen steht. Die SPD hat offenbar dazugelernt, die PDS noch nicht.

Gysi: Das Urteil lässt genügend Spielraum, und die SPD kannte es, als sie ihre Forderung erhob. Die Schröder-SPD behauptet, es gebe keine Alternative zu ihrer jetzigen Politik. Dann können wir Wahlen gleich abschaffen. Denn im Klartext hieße das ja: Kohl müsste es so machen, wie es von Schröder gemacht wird; Gysi müsste es so machen. Diese Einstellung halte ich für gefährlich.

SPIEGEL: Sie blenden die Realität aus. Deutschland ist im Zeitalter der Globalisierung keine Insel, sondern ein Teil eines zusammenrückenden Europas.

Gysi: Der Globalisierung muss man sich stellen, nicht sich ihr unterwerfen. Richtig ist: Die PDS muss realitätsbezogener werden, weil sie politisch ernster genommen wird. Zehn Jahre sind wir als Phänomen behandelt worden, aber nicht als politische Partei. Unsere Vergangenheit hat mehr interessiert als unsere politischen Vorschläge. Die kamen in keiner Nachrichtensendung vor.

SPIEGEL: Die Vergangenheit der PDS als SED bewirkt ein Glaubwürdigkeitsproblem: Keiner nimmt sie ernst.

Gysi: Das ändert sich. Wer merkt, dass seine Ideen immer abgelehnt werden, wird auch nachlässig. Von der neuen Aufmerksamkeit verspreche ich mir deshalb auch einen Qualitätsschub für unsere Arbeit. Wir müssen nur aufpassen, dass wir jetzt nicht die Oberrealos werden. Wir dürfen nicht nur systemimmanent denken.

* Beim Besuch streikender Arbeiter im Berliner Kabelwerk Alcatel am 20. September.

SPIEGEL: Das heißt: Sie wollen das System verändern. Zurück zum real nicht mehr existierenden Sozialismus?

Gysi: Nein, das heißt: Wir dürfen uns nicht jedem vermeintlichen Sachzwang unterwerfen, wir müssen auch neue Wege suchen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie denn die schöne neue Welt bezahlen, die Sie immer wieder beschwören?

Gysi: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das A und O auch für den Abbau von Staatsverschuldung. Zur Zinsreduzierung kann man Zwangsanleihen bei Banken und Versicherungen aufnehmen.

SPIEGEL: Wie bitte?

Gysi: Bei der gegenwärtigen Staatsverschuldung würde ich Banken und Versicherungen zwingen, dem Staat Kredite zu ihrem eigenen Eckwertezinssatz zu gewähren. Der liegt deutlich unter dem jetzigen Zinsniveau. Das senkt die Zinslast …

SPIEGEL: … ist aber verfassungswidrig. Es kommt einer Enteignung gleich.

Gysi: Das lässt sich verfassungsfest machen. Die Banken bekämen doch ihre Zinsen, nur eben etwa vier statt sieben bis neun Prozent wie im Augenblick. Es klappt auch freiwillig über Swapgeschäfte mit Konkurrenzbanken, die Kredite zu niedrigeren Zinsen gewähren – was übrigens nicht ganz erfolglos von einigen neuen Bundesländern praktiziert wird.

SPIEGEL: Abgesehen von den juristischen Bedenken – so treiben Sie Geld aus dem Land. Die Folge wären höhere Zinsen für alle, weil Deutschland an den Finanzmärkten einen Risikoaufschlag bezahlen müsste.

Gysi: Wir müssen es ja nicht gleich übertreiben. Wir brauchen nicht sofort 1,5 Billionen Mark einzutreiben. Aber man könnte doch zum Beispiel mit mehreren Milliarden Mark anfangen. Das verkraften die Banken und Versicherungen.

M. URBAN

Gysi beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Als Phänomen behandelt“*

SPIEGEL: Und wen soll es denn sonst noch treffen?

Gysi: Im Steuerrecht würde ich Abschreibungsmodelle streichen.

SPIEGEL: Und im Gegenzug die Steuersätze senken?

Gysi: Auf jeden Fall nicht den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer. Man kommt den Besser- und Bestverdienern schon genug entgegen, wenn man auch für sie den Eingangssteuersatz senkt. Hier müssen die Kleinen entlastet und die Großen gerecht herangezogen werden. Reinvestierter Gewinn ist geringer zu versteuern als privatisierter Gewinn.

SPIEGEL: Dasselbe plant die Bundesregierung. Doch die Spreizung zwischen dem Spitzensteuersatz für Unternehmen und dem für die übrigen Steuerzahler bereitet Finanzminister Hans Eichel verfassungsrechtliche Probleme. Die Steuersätze dürfen nicht so weit auseinander klaffen.

Gysi: Eichel hat gerade betont, dass die Spreizung in Deutschland geringer als im Ausland ist. Das gilt auch bei Beibehaltung des Spitzensteuersatzes.

SPIEGEL: Juristisch problematisch ist auch die von Ihnen geforderte Vermögensteuer.

Gysi: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer halte ich für ganz wichtig, sie sichert die Einnahmen des Staates …

SPIEGEL: … noch einmal: Sie war in der damaligen Form mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und ist auch deshalb abgeschafft worden, weil sie kaum Geld brachte.

Gysi: Ich sehe da durchaus noch Spielraum, der nicht genutzt wird. Über eine höhere Erbschaftsteuer, die Verwandte und andere Erben gleichstellt, muss man bei Wahrung eines angemessenen Freibetrags nachdenken. Das tut auch die SPD, das tun auch andere. Das ist in der Bevölkerung zwar nicht besonders beliebt, aber gerechtfertigt. Und natürlich brauchen wir auch eine Tobin-Steuer, also eine Abgabe auf Kapitaltransfers. Wir müssen den Weltmarkt wieder beherrschbar machen. Sonst verlieren wir jeden politischen, sozialen und ökologischen Einfluss. Die Kernfrage ist: Stellen wir das Primat der Politik wieder her?

SPIEGEL: Daran hat sich schon Oskar Lafontaine verhoben.

Gysi: Weil er keine Mitstreiter hatte. Das ist schwer, das will ich nicht bestreiten.

SPIEGEL: Wo war denn die PDS als Kampfreserve Lafontaines?

Gysi: Also, ich bitte Sie, er hat sich selbst genug geschadet, da braucht er nicht noch uns.

SPIEGEL: Die ganze Zeit reden Sie nur von höheren Steuern. Fällt Ihnen zum Stichwort „Sparen“ nichts ein?

Gysi: Doch natürlich, da denke ich vor allem an den „Eurofighter“ und die Abrüstung generell. Auch den Transrapid können wir uns nicht mehr leisten. Eine um 30 Minuten kürzere Fahrtzeit rechtfertigt keine Milliardensummen.

SPIEGEL: 6,1 Milliarden Mark weniger Ausgaben für den Transrapid verringern das Staatsdefizit nicht wirklich.

Gysi: Wieso ist dann eine Einsparung im Rentenbereich im Jahre 2000 in Höhe von

* Das Gespräch führten die Redakteure Stefan Berg, Christian Reiermann und Heiner Schimmöller.

3,8 Milliarden Mark angeblich überlebenswichtig, gar alternativlos? Auch wir wollen das Rentensystem und die Arbeitslosenversicherung reformieren. Die Beiträge der Unternehmen zu den Versicherungssystemen sollen endlich an deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geknüpft werden.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Gysi: Die Arbeitgeberbeiträge sollen nicht länger an die Bruttolohnsumme gekoppelt werden, sondern an die Wertschöpfung eines Unternehmens. Bei sinkender Wertschöpfung sinken die Beiträge, bei steigender wird mehr gezahlt, höchst flexibel. Seit Jahren sinkt die Zahl der Beschäftigten bei steigender Wertschöpfung. Zudem kann es nicht dabei bleiben, dass außer den Unternehmen nur die sinkende Zahl der abhängig Beschäftigten in die Versicherungssysteme einzahlt.

SPIEGEL: Und wer soll wie viel erhalten?

Gysi: Menschen mit unterschiedlichsten Einkommensarten werden künftig auf eine Grundsicherung angewiesen sein. Ich halte einen nach der individuellen Beitragshöhe variablen Anspruch mit Unter- und Obergrenze, der alle Berufsgruppen absichert, für die künftig beste Lösung. Den erreiche ich durch eine Pflichtversicherung für fast alle Einkommensarten bis zu einer

„Wir haben unsere Vorstellung eher bei den USA abgeguckt – das heißt dort Non-Profit-Sector“

bestimmten Höhe des Einkommens. Wer sich darüber hinaus zusätzlich versichern will, kann das tun.

SPIEGEL: Und wenn in einer Rezession die Wertschöpfung der ganzen Wirtschaft sinkt und das Beitragsaufkommen nicht mehr reicht? Wollen Sie dann Rente und Arbeitslosengeld kürzen?

Gysi: In einer solchen Situation müsste der Staat zuschießen. In besseren Jahren bekäme er das Geld zurück.

SPIEGEL: So etwas hat im Kommunismus noch nie geklappt, sondern immer zu höherer Staatsverschuldung geführt. Sogar die PDS hat das begriffen. In Mecklenburg-Vorpommern, wo sie mitregiert, beklagt sich die Basis über die Sparpolitik.

Gysi: Die sinkende Zahl von Arbeitsplätzen ist für die Versicherungssysteme problematischer als eine vorübergehend sinkende Wertschöpfung. Die PDS setzt in Mecklenburg-Vorpommern die Wahlversprechen Schritt für Schritt um, die sie in der Koalitionsvereinbarung durchsetzen konnte. Dort gibt es einige Sozialstandards, die höher liegen als bei Geberländern des Länderfinanzausgleichs. Das muss leider auf deren Höchststandard korrigiert werden. Aber auf dem Arbeitsmarkt …

SPIEGEL: … hätten Sie es am liebsten wie früher?

Gysi: Wir haben dort 200 Arbeitslosen, anders als bei Arbeitsbeschaffungsmaßnah-

men, einen festen, unbefristeten Arbeitsplatz gegeben. Die arbeiten jetzt in der Kinder- und Jugendbetreuung. Den Anfang für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor haben wir also schon geschafft. Den könnten wir aber noch erheblich ausbauen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit auch Arbeit statt nur Arbeitslosigkeit bezahlen dürfte.

SPIEGEL: Das größte Experiment eines staatlich geförderten Arbeitsmarkts, die DDR, ist vor zehn Jahren gescheitert.

Gysi: Wir haben unsere Vorstellungen eher bei den USA abgeguckt. Das heißt dort Non-Profit-Sector. Die Amerikaner akzeptieren immerhin, dass es einen Bereich gibt, in dem man keinen Profit machen

„Die DDR ist nicht am Sozialen, sondern am Undemokratischen und Ineffizienten gescheitert“

kann, in dem es aber trotzdem notwendige Arbeit zu leisten gilt. Wir lehnen allerdings deren Niedriglohnsektor ab. Der DDR und der alten Bundesrepublik fiel dazu nur ein, dass das der Staat übernehmen muss. Wir wollen, dass privatrechtlich organisierte Unternehmen diese Arbeit leisten, die dann öffentlich gefördert werden.

SPIEGEL: Mitarbeiter in Ihrer Parteizentrale halten die Versprechungen in den PDS-Programmen für ein finanzpolitisches Wünsch-dir-Was. So steht es jedenfalls in einer internen Analyse. Das ist doch ein verheerendes Urteil.

Gysi: Da können Sie mal sehen, wie selbstkritisch wir sind. Im Grunde geht es doch nur um die entscheidende Frage: Dominieren die Kapitalverwertungsinteressen oder die sozialen Interessen der Menschen?

SPIEGEL: Die Dominanz der Sozialpolitik in der 40-jährigen Geschichte der DDR hat sich nicht bewährt. Zum Schluss war der Staat pleite.

Gysi: Die Verschuldung hielt sich im Vergleich zur BRD in Grenzen. Die DDR ist nicht am Sozialen, sondern am Undemokratischen und Uneffizienten gescheitert. Auch soziale Interessen konnten nicht ausreichend demokratisch artikuliert werden. Es geht nicht vornehmlich um die Enteignung von Eigentümern.

SPIEGEL: Worum geht es Ihnen denn?

Gysi: Heute steht die Frage im Vordergrund: Was darf jemand, dem etwas gehört? Heute müsste Vergesellschaftung stattfinden über die Vergesellschaftung von Befugnissen an Eigentum. Wir wollen den sozialen und ökologischen Einsatz gerade des Wirtschaftseigentums gesellschaftlich reguliert sehen. Insofern sind wir Sozialisten, und die Sozialdemokraten sind es in ihrer großen Mehrheit nicht.

SPIEGEL: Herr Gysi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-Serie über Wende und Ende des SED-Staates (2)
Die Woche vom 2. 10. 1989 bis zum 7. 10. 1989

»Gorbi, hilf uns«

Pompös feiert die DDR ihren 40. Jahrestag. Zugleich, im Schutz der Nacht, werden tausende von Demonstranten misshandelt. Oppositionelle spüren: „Die Geduld der Bürger ist zu Ende.“

ACTION PRESS

Ehrengast Gorbatschow, Gastgeber Honecker bei der Militärparade am 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin

»Jetzt sind wir dran«

Montag, 2. Oktober 1989
Leipzig

Jäh knallen drei Scheinwerfer ihr Licht vom Dach eines Hochhauses in das Halbdunkel vor der Leipziger Nikolaikirche, wo der montägliche Friedensgottesdienst zu Ende gegangen ist.

Die Menge auf dem Platz, soeben noch schweigend und unschlüssig, dreht sich wie auf Kommando in eine Richtung: Tausende von Gesichtern, die meisten angstfrei, blicken empor zur Stasi-Kamera neben den Lampen.

Die Geheimpolizei hält eine nie gesehene Szenerie fest: Geballte Fäuste und Victory-Zeichen recken sich der Staatsmacht entgegen. Einer ruft: „Ihr habt verloren, könnt abdanken, jetzt sind wir dran."

Die Menge jubelt, immer wieder ertönen Sprechchöre: „Demokratie, jetzt oder nie", „Stasi weg, hat kein' Zweck", „Erich, lass die Faxen sein, lass die Perestroika rein".

Dann ein Ruf: „Losgehen, losgehen", und der Zug setzt sich in Bewegung – spontan, unorganisiert, friedlich.

Jedermann spürt in diesen Minuten, was die Oppositionelle Bärbel Bohley anderntags in die Worte fasst: „Es hat knack gemacht in der DDR, die Geduld der Bürger ist am Ende" – fünf Tage vor der 40-Jahr-Feier des Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Wie ein Schock haben allerorten die Fernsehberichte über die freudestrahlenden Flüchtlinge gewirkt, denen die SED-Regierung unter dem Druck der Weltöffentlichkeit überraschend die Ausreise aus Prag und Warschau genehmigt hat. Und wie purer Hohn liest sich in der aktuellen Ausgabe des „Neuen Deutschland" der Satz, das Land brauche den Ausreisenden „keine Träne nachzuweinen".

Erich Honecker persönlich, so stellt sich später heraus, hat die Bemerkung in einen Text des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) einfügen lassen.

Immer mehr Leipziger schließen sich dem Zug an, am Ende sind es über 15 000. Sie alle gehen ein Risiko ein: Arbeitern waren am Vormittag für den Fall einer Teilnahme Schwierigkeiten im Betrieb angekündigt worden, Studenten sehen sich von Exmatrikulation bedroht.

In den Wochen zuvor haben Leipziger Gerichte elf Demonstranten zu vier bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Und seit Tagen spuken Gerüchte über bevorstehende Wasserwerfer-, Panzer- und Hubschraubereinsätze durch die Stadt.

„Warum wir mitgehen? Ich habe in den letzten Wochen 15 Postkarten von ausgereisten Freunden bekommen", sagt eine Frau: „Das ist nicht mehr auszuhalten."

Ihr gefällt der Ruf, der in diesen Tagen durch die Republik hallt: „Wir bleiben hier" – ein Versprechen, das die DDR-Herren jedoch zu Recht nicht als Huldigung, sondern als Drohung empfinden. Wer bleibt, möchte die DDR so, wie sie 40 Jahre lang war, nicht länger hinnehmen.

Auf dem Karl-Marx-Platz heben Demonstrantinnen sich gegenseitig auf die Schultern. „Mensch, Wahnsinn", kreischt eine, „der Platz ist schwarz von Menschen."

Ein 35-Jähriger erinnert seinen Freund an die Erfolge der polnischen Reformer: „Denk an Solidarność. Wir hätten damals doch nie geglaubt, dass die was ausrichten. Jetzt sitzen sie in der Regierung. Pass auf, nun geht's auch bei uns los."

Der Freund, Ingenieur in einem Chemiebetrieb, mag dem Frieden nur bis zur 40-Jahr-Feier der DDR am kommenden Sonnabend trauen: „Was ist denn nach dem 7. Oktober? Da drehen die uns doch wieder die Luft ab."

Gegen 21 Uhr, die meisten Demonstranten sind auf dem Heimweg, lässt die Einsatzleitung die Innenstadt leerknüppeln. Während die Volkspolizei, an diesem Tag zum ersten Mal verstärkt durch Einheiten der Betriebskampfgruppen, mit harten Hieben die Volksversammlung auflöst, schreien die Geprügelten den Prüglern ins Gesicht: „Schämt euch, schämt euch."

Bonn

Im Auswärtigen Amt in Bonn herrscht Alarmstimmung: Tausende von DDR-Bürgern, so hat die Prager Botschaft berichtet, begehren erneut Einlass in die eben erst von Flüchtlingen geräumte Vertretung.

Tschechoslowakische Polizei geht gegen Neuankömmlinge vor, die verzweifelt versuchen, sich über den Zaun auf das Botschaftsgelände zu retten, um freie Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen. In der Stunde der Not bemüht der Bonner Außenminister einen Mittelsmann.

Hans-Dietrich Genscher lässt sich mit dem britischen Medienmogul und Honecker-Freund Robert Maxwell verbinden, der im Ost-Berliner „Grand Hotel" abgestiegen ist. Der Freidemokrat bittet den Verleger, Honecker gegenüber die Sorge Bonns über die Lage in Prag zum Ausdruck

Demonstration in Leipzig am 2. Oktober
„Nun geht's auch bei uns los"

A. WIECH

Festnahme von Demonstranten in Leipzig am 2. Oktober: *„Schämt euch, schämt euch“*

zu bringen. Wenige Stunden später ruft Maxwell zurück. Er erreicht den Außenminister auf einem Empfang für den finnischen Staatspräsidenten.

Dem SED-Chef, richtet der Brite aus, sei an guten Beziehungen zu Bonn gelegen. Es werde daher in der Flüchtlingsfrage „eine Lösung“ geben: Ost-Berlin signalisiert Bereitschaft, auch die Prager Nachrücker mit Sonderzügen nach Westdeutschland ausreisen zu lassen – bis zum 4. Oktober rund 10 000 Menschen.

Dienstag, 3. Oktober 1989
Ost-Berlin

Im „Haus der 1000 Fenster“, wie der Volksmund das SED-Hauptquartier nennt, lässt Erich Honecker seine 15 Provinzstatthalter zusammentrommeln. Knapp informiert er die Ersten Bezirkssekretäre der SED über die neue Sonderzug-Regelung.

Er eröffnet ihnen, wie er zu verhindern gedenkt, dass noch weitere Ausreiser nach Prag gelangen: Ab 15 Uhr werde ein Pass- und Visumzwang für die ČSSR in Kraft treten – das einzige Land, in das Ostdeutsche noch mit dem Personalausweis reisen konnten.

J. BELEITES

Um zu verhindern, dass der Kessel explodiert, nachdem das letzte Ventil verschlossen ist, schärft Honecker den Bezirkssekretären ein, sofort die „Bezirkseinsatzleitungen“ zusammenzurufen, denen unter anderen die örtlichen Stasi-, Polizei- und Armee-Chefs angehören. Wichtigster Auftrag: konterrevolutionäre Aktionen „im Keim zu ersticken“.

Zugleich trifft der Staatsapparat Vorkehrungen für das zur Zeit größte Sicherheitsrisiko: Es gilt, die Fahrt der Flüchtlingstransporte aus Prag quer durch Sachsen nach Bayern so zu sichern, dass nirgendwo Fluchtwillige die Züge stoppen oder entern können.

Mit preußischem Perfektionismus machen sich Polizei- und Stasi-Strategen ans Werk. Armee-Einheiten und Polizeihundertschaften rücken aus, um Bahnhöfe und Brücken zu bewachen und um zu verhindern, dass Ausreisewillige die Gleise blockieren. Diese Vorbereitungen führen dazu, dass sich die Abfahrt des ersten Sonderzuges in Prag um 22 Stunden verzögert. Begründung: „technische Probleme“.

Tausende von Flüchtlingen müssen die Nacht zum Mittwoch bei Eiseskälte im Freien verbringen. „Der Erich“, meint einer sarkastisch, „lässt uns noch mal frieren.“

Mittwoch, 4. Oktober 1989
Dresden

Ausnahmezustand in Dresden. Um Mitternacht sind auf dem Hauptbahnhof 2000 Menschen versammelt. Sie haben von der Schließung der ČSSR-Grenze erfahren und hoffen, noch einen der letzten Züge in Richtung Prag erwischen zu können.

„Wir wollen raus“, „Wir wollen Freiheit“, schallt es durch die Kuppelhalle. Die Polizei hält sich zurück – bis der Zeiger der Bahnhofsuhr auf 0.08 Uhr springt.

Verzweifelt versuchen 140 Ausreisewillige, einen Zug zu entern, der leer in Richtung ČSSR anfährt. Im Gedränge wird ein 30-Jähriger unter einen Waggon gedrückt, der ihm das linke Bein zermalmt. Aus der erregten Menge fliegen Flaschen auf die Polizisten.

Punkt 0.30 Uhr meldet der Leiter der Dresdner Volkspolizei, Generalleutnant Willy Nyffenegger, an die Stasi, er beginne mit der Räumung des Bahnhofs – kein leichtes Unterfangen. Erst um 5.20 Uhr sind die letzten Demonstranten verdrängt.

Der Zugverkehr in Richtung Prag wird eingestellt, die Bahn knipst den Strom für die Oberleitungen ab. Uniformierte kontrollieren alle Bahnhofseingänge.

Der Vormittag nach der ersten Krawallnacht beginnt für den Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow, 61, mit Routine-Terminen. In der Technischen Universität verleiht der populäre Grauschopf verdienten Genossen das Ehrenbanner der Partei. Und im Japanischen Palais eröffnet er eine Ausstellung „Schätze Chinas in den Museen der DDR“ – Ruhe vor dem Sturm.

Am Abend wird sich entscheiden, ob die DDR-Machthaber bereit sind, bis zum Äußersten zu gehen: dem Einsatz von Panzern gegen die eigene Bevölkerung.

Um 18.55 Uhr erreicht den Dresdner Stasi-Chef Horst Böhm ein Fernschreiben aus Berlin: Der erste Flüchtlingszug nach Hof via Dresden habe Prag um 18.25 Uhr verlassen, 14 weitere Transporte mit insgesamt 12 000 Menschen würden folgen.

Knapp eine Stunde später erfährt Modrow vom Dresdner SED-Sicherheitschef Oberst Edmund Geppert, dass sich an die 8000 Demonstranten vor dem Hauptbahnhof versammelt haben. Geppert: „Die Kräfte der Volkspolizei reichen nicht aus, um den Bahnhof frei zu halten.“

In einem Telefonat mit Verkehrsminister Otto Arndt versucht Modrow zu erreichen, dass die Flüchtlingszüge auf Nebenstrecken umgeleitet werden. Arndts Antwort ist ernüchternd: „Die letzte Instanz hat entschieden. Wir beide müssen sehen, wie wir damit fertig werden.“

Der Bahnhof gleicht mittlerweile einem Pulverfass. 2500 Demonstranten dringen in die Kuppelhalle ein. Auf den Vorplatz drängen 20 000 Menschen – erwartet von acht Hundertschaften Polizei, die mit Helm, Schild, Schlagstock und Reizgas-Geschossen ausgerüstet sind.

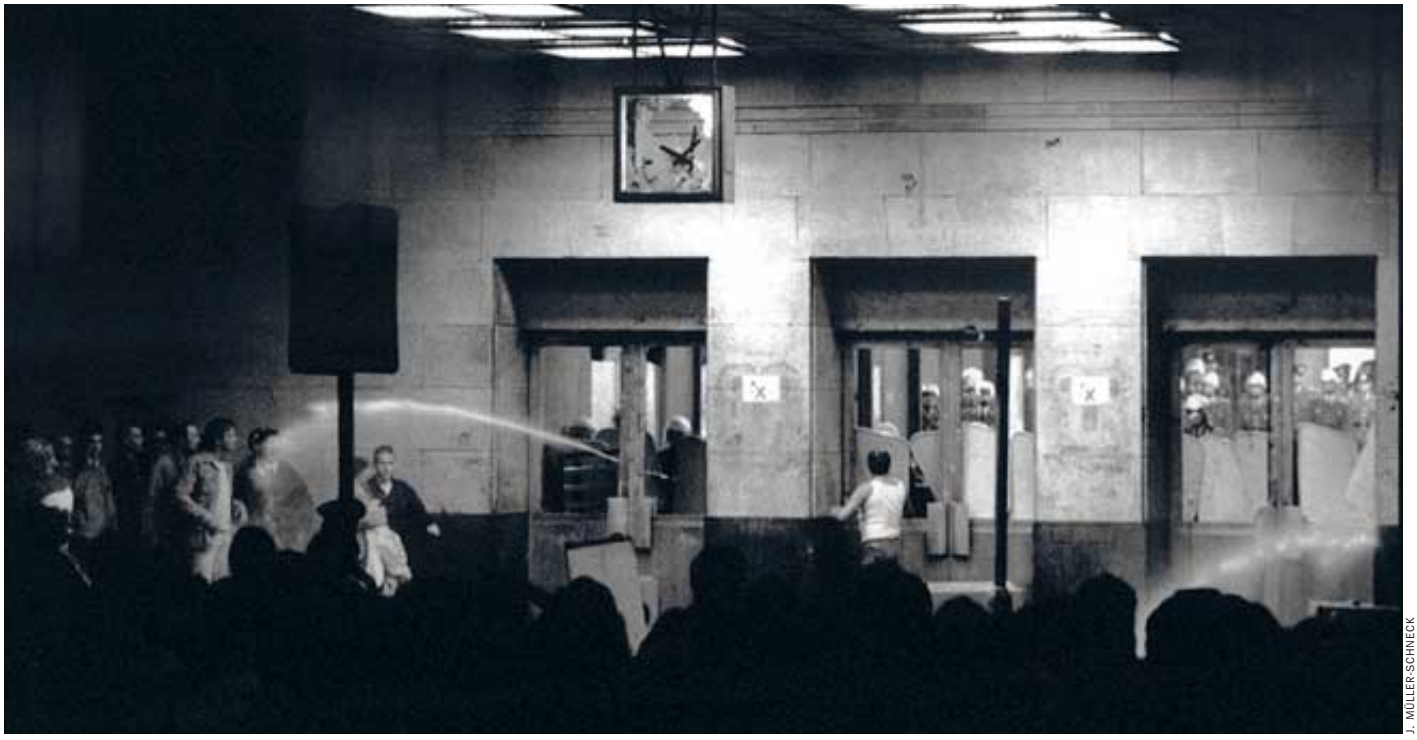
Um 21 Uhr stürmen die Vopos mit Gebrüll auf die Demonstranten in der Halle zu, greifen Einzelne heraus und versuchen, sie aus dem Gebäude zu prügeln. Die Aktion endet im Steinhagel.

Als erster fällt Polizeimeister Uwe Prasatko aus. Mit gebrochenen Mittelfußknochen und Schädelfraktur wird er ins Krankenhaus Dresden-Neustadt transportiert.

Unterdessen lässt die Stasi die ersten Züge, die aus Prag heranrollen, in Bad Schandau zwischenstoppen. Mielke be-

Werbeseite

Werbeseite



J. MÜLLER-SCHNECK

Polizei-Einsatz im Dresdner Hauptbahnhof am 5. Oktober: *„Hbf. nicht mehr arbeitsfähig“*

fiehlt seinem Statthalter Böhm, umgehend den Dresdner Hauptbahnhof samt Vorplatz freizukämpfen, damit die Flüchtlingszüge ungehindert einfahren können.

Doch Böhms Leute bekommen die Lage nicht in den Griff. Nahezu im Minutentakt laufen in der BDVP, der Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei, Meldungen über Vorfälle ein, die DDR-Apparatschiks nie für möglich gehalten hätten:

21.25 Uhr – Randalierer werfen mit Steinen und anderen Gegenständen gegen VP.

21.35 Uhr – Chef BDVP informiert darüber, dass von Rowdys vor dem Hbf. 1 Funkstreifenwagen der VP umgestürzt wurde und in Flammen steht.

22.05 Uhr – Rowdys haben den Intershop im Hbf. gestürmt.

22.26 Uhr – Hbf. nicht mehr arbeitsfähig, Dispatcher-Zimmer durch Rowdys besetzt.

In der Einsatzleitung löst Panik die Hektik der vergangenen Stunden ab. Polizeichef Nyffenegger verlangt nicht nur den Einsatz der paramilitärischen Betriebskampfgruppen, der Generalleutnant will auch die in Dresden stationierte 7. Panzerdivision heranrasseln lassen.

Kurz nach 23 Uhr erteilt Ost-Berlin dem SED-Chef Modrow die Erlaubnis, Militär anzufordern. Sofort sollen, so Verteidigungsminister Heinz Keßler, je zwei Bataillone der 7. Panzerdivision und der Offiziershochschule Löbau sowie sieben Kampfgruppen-Hundertschaften „für die Beherrschung der Lage am Dresdner Hauptbahnhof zum Einsatz kommen“, dazu 100 Genossen der Militärakademie „Friedrich Engels“.

Doch das Militär bleibt in dieser Nacht in Bereitschaft. Einzig die Offiziersschüler marschieren am Hauptbahnhof auf, wo nun 1760 Sicherheitskräfte präsent sind, neben Kräften der örtlichen Vopo auch eilig herbeigekarrte Kollegen aus Halle.

Mit Wasserwerfern, die DDR-Bürger bisher nur aus dem Westfernsehen kannten, beginnt um 23.11 Uhr die Räumung der Kuppelhalle – die wohl gewalttätigste Phase in der sonst weithin gewaltlosen Revolution dieses Herbstes nimmt ihren Lauf.

Mit Tränengas und Schlagstöcken treiben die Vopos die Menschen auf dem Vorplatz auseinander. Wahllos schnappen sich Greiftrupps Randalierer, friedliche Demonstranten und unbeteiligte Passanten.

Für 224 Menschen endet die Nacht im Polizeigebäude in der Kurt-Fischer-Allee. Die Festgenommenen bekommen weder zu essen noch zu trinken, viele werden körperlich misshandelt.

Geschürt worden ist die Brutalität der Uniformierten durch gezielt gestreute Gerüchte. In den Polizeikasernen kursierte die Legende, in einer Kirche seien Polizisten gelyncht worden, und der Bahnhof sei schlimmer zerstört als nach der Bombardierung Dresdens im Februar 1945.

Um 1.58 Uhr donnert der erste Flüchtlingszug mit überhöhter Geschwindigkeit durch den geräumten Bahnhof. Das Lageprotokoll der Stasi vermerkt: „Keine besonderen Vorkommnisse.“

Generalmajor Böhm berichtet nach Berlin, „die eingesetzten Sicherungskräfte“ hätten „aufopferungsvolle, umsichtige und pflichtbewusste Arbeit“ geleistet.

Noch in der Nacht erfassen Mitarbeiter der Dresdner SED-Bezirksleitung die Schäden: Zerstört sind im Bahnhof alle Türen und Schaukästen, sämtliche Fahrkartenautomaten, Leuchtstoffröhren und Uhren, dazu 320 Quadratmeter Glasfläche.

B. HÜDIG

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Modrow, Keßler, Mielke: *Militär in Bereitschaft*

Donnerstag, 5. Oktober 1989
Ost-Berlin

In der verräucherten Eckkneipe im Prenzlauer Berg, dem berlinischsten aller Ost-Berliner Stadtbezirke, gibt es nur zwei Themen: die Ausreisewelle und den bevorstehenden DDR-Jahrestag. Viele denken wie Kalle, Arbeiter in einem VEB-Fuhrbetrieb, der sein 51-Pfennig-Bier stemmt und einem West-Reporter eröffnet: „Die Zone iss im Arsch.“

Jeder in der Runde kennt einen, der in den Westen rübergemacht hat, immer mehr

Werbeseite

Werbeseite

A. NOGUES / SYGMA

Mahnwache vor der Gethsemane-Kirche in Ost-Berlin: *Bauarbeiter spendieren Würstchen*

Arbeitsplätze sind morgens verwaist. Ein Tresen-Kumpan erzählt von seinem Bruder, der drüben lebt: „Hat schon 'nen heißgemachten Opel unterm Arsch, hat'n eigenes Telefon, ehrlich! Da warteste hier zehn Jahre drauf und auf'n Opel hundert!" Ein dritter nickt: „Wenn sich bis nächstes Jahr hier nischt ändert, kratz ich die Kurve."

Einige hundert Meter weiter, auf dem Vorplatz der Gethsemane-Kirche, flackern dutzende von weißen Altarkerzen. Seit Montag halten hier junge Leute eine Mahnwache „für die unschuldig Inhaftierten" von Leipzig. Ladenbesitzer bringen Tee vorbei, Bauarbeiter spendieren Würstchen.

Vor Stellwänden mit den jüngsten Resolutionen bilden sich Menschentrauben: Künstler, vom Puppentheater bis zum Berliner Ensemble, fordern öffentliche Diskussionen über die Ursachen der Ausreisewelle. Selbst in Grundorganisationen der SED wird der Ruf nach Erneuerung laut.

Während in der Ferne Kettenpanzer mit aufmontierten Raketen durch die Straßen rasseln, um für die Militärparade zum Jubelfest zu proben, beschreibt eine junge Frau die Stimmung im Osten mit den Worten: „Man müsste Nierenschalen in den Straßen aufstellen, so sehr ist uns allen zum Kotzen zumute."

Im Ost-Berliner Volkspolizei-Präsidium verfasst unterdessen Oberstleutnant Dott einen „Informationsbericht" über die Reaktion der Bevölkerung auf die Schließung der ČSSR-Grenze: Viele meinten, nun werde die Lage „noch mehr ‚angeheizt'". Schon jetzt herrsche „große Unruhe": „Angst vor Ausschreitungen und Zusammenrottungen verbreitet sich."

„Enttäuschung und Unverständnis", schreibt Dott, herrschten, weil in der SED-Spitze „nicht auf brennende, aktuelle Fragen eingegangen" werde. Kritik übe die Bevölkerung aber auch an der Presse: „Man habe den Eindruck, dass die Zeitungen nur für die Partei- und Staatsführung gemacht würden."

In Friseursalons und Fleischfabriken werde offen über „Privilegien von Funktionären der SED und des Staatsapparates diskutiert" – zum Beispiel darüber, „dass die Generale schon wieder neue Pkw französischer Produktion erhalten hätten" und dass sie „eine Büchse Ananas für 1,80 Mark" kaufen dürften statt, wie Normalsterbliche, für „12 Mark aufwärts". Aus alldem, so der Oberstleutnant, werde „abgeleitet, dass sich die Partei von den täglichen Sorgen der Bevölkerung abwende".

Konsequenz: „Es müsse ein ‚Gorbi' für die DDR her."

Freitag, 6. Oktober 1989
Ost-Berlin

Als die Staatsmaschine mit dem Ehrengast aus Moskau auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld einschwebt, hat Erich Mielkes Sicherheitsapparat ganze Arbeit geleistet.

„Zur Spalierbildung" an Michail Gorbatschows Fahrtroute sind, wie es in einem vertraulichen MfS-Papier heißt, insgesamt „360 000 gesellschaftliche Kräfte" mobilisiert. Potenzielle Unruhestifter hat die Geheimpolizei im Rahmen einer „Aktion ‚Jubiläum 40'" aufgesucht: „Es wurden 1238 Vorbeugungsgespräche geführt, in deren Ergebnis 1218 Personen erklärten, sich gesellschaftsgemäß zu verhalten."

Der Ostteil der Stadt wimmelt von Einsatzkommandos der Stasi und der FDJ, die Demonstranten durch Rempeleien blockieren und vom Festgeschehen fern halten sollen. Ihre Aufgabe im Amtsdeutsch: „Ununterbrochene Kontrolle der Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und Verhinderung ihres Eindringens in Handlungsräume."

Für den Fall der Fälle sind 1400 Soldaten „bereitgestellt", darunter ein Mot.-Schützenbataillon aus Stahnsdorf, eine Fallschirmjägerkompanie aus Lehnin, eine Hubschrauberstaffel aus Brandenburg und ein Taucherzug aus Berlin-Rummelsburg. In Militärlazaretten ist für „zusätzliche Bettenkapazitäten" gesorgt.

Auf dem Flughafen begrüßt der aufgekratzt wirkende Rekonvaleszent Honecker („Totgesagte leben länger") den Gast aus Moskau mit dem traditionellen Bruderkuss. Bevor Gorbatschow samt Gattin Raissa die tonnenschwere schwarze SIL-Limousine besteigt, spricht er Journalisten gegenüber ein großes Wort gelassen aus: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren."

In einer schnittigeren Version – „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" – soll der Satz zum Leitmotiv des Herbstes '89 werden.

Abends, bei der zentralen Feier im Palast der Republik, verzichtet Festredner Gorbatschow auf offene Ermahnungen zu Glasnost und Perestroika. Die SED, fordert er, müsse selber „Antworten auf die Fragen finden, die ihre Bürger bewegen". Und: Die Probleme der DDR würden „nicht in Moskau, sondern in Berlin" entschieden (siehe Analyse Seite 92).

Der Unmut darüber, für die Politik der Ost-Berliner Reformfeinde vereinnahmt zu werden, ist dem Sowjet-Chef anzumerken. In verspannter Haltung, auf der äußersten Kante seines Sessels balancierend, lässt er eine endlose Eigenlobrede Honeckers über sich ergehen.

Unter den Linden nimmt Gorbatschow abends, gemeinsam mit den anderen Größen der kommunistischen Weltbewegung, einen Fackelzug von 70 000 FDJ-Mitgliedern ab. Die Blauhemden, zusammengeholt aus der ganzen Republik, johlen absurde Parolen wie „Hasta la vista, cha, cha, cha" – und dazwischen immer wieder „Gorbi, Gorbi" und „Gorbi, hilf uns".

Auf der Ehrentribüne fragt der sprachkundige polnische Parteichef Mieczyslaw Rakowski seinen Kollegen: „Michail Sergejewitsch, verstehen Sie, was für Losungen die da schreien?" Gorbatschow nickt, dennoch dolmetscht Rakowski: „Sie fordern: ‚Gorbatschow, rette uns!' Das ist doch das Aktiv der Partei! Das ist das Ende!"

Dass die Menge nicht „Erich, Erich" jubelt, verdrießt Honecker ebenso wie seine Frau Margot. Zwei Tage später wird der Generalsekretär seinen einstigen Ziehsohn Egon Krenz, den Organisator der Festivität, persönlich für die Panne verantwortlich machen: „Du hast gemeinsam mit dem Zentralrat die FDJ-Mitglieder im Sinn Gorbatschows manipuliert."

Nach dem Ende des Fackelzuges verlässt das Ehepaar Honecker wutentbrannt die sowjetischen Gäste – während Michail Sergejewitsch weiter gut gelaunt herum-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

plaudert und Raissa mit dem bestaussehenden Mann flirtet, den die FDJ zu ihrer Betreuung aufbieten konnte.

Sonnabend, 7. Oktober 1989
Ost-Berlin

Punkt 10 Uhr tönen die elektronisch verstärkten Glockenschläge vom Turm des Roten Rathauses zur Karl-Marx-Allee herüber. Sie läuten die „Ehrenparade“ zum Republik-Geburtstag ein: Eine gute Stunde lang präsentiert sich Honeckers Scheinwelt noch einmal in bester Ordnung.

Jede Szene sitzt, und alle spielen mit. Auf der Ehrentribüne zwischen dem Kino „International“ und dem „Alex“ geben sich, rechts von Honecker, die sozialistischen Brüder ein Stelldichein – von Gorbatschow bis Ceauşescu und Arafat sind alle zur Stelle.

Bevor der DDR-Staatschef die Hand zum Paradegruß an den grauen Hut führt, inspiziert er zufrieden den linken Flügel: Auch die Altherrenriege des Politbüros ist vollständig angetreten. In der Mitte thront Gattin Margot, die ihre graublaue Dauerwelle zur Feier des Tages mit einem kecken Tüchlein verziert hat, passend zum Pflicht-Fahnenschmuck der Plattenbauten vis-à-vis. Mit preußischer Akkuratesse sind, von Stockwerk zu Stockwerk im Wechsel, rote Fahnen und DDR-Flaggen drapiert.

Beim zehnten Glockenschlag schließlich beginnt die grosse Show der NVA. Stechschrittgetöse, Marschmusik und Motorenlärm donnern durch die Allee. Jede der 20 Paradeeinheiten wird von der Tribünenprominenz eifrig beklatscht, während unten bestellte Jubler mit „festivalistischen Winkelementen“ wedeln.

Gegen Mittag, als sich die Tribüne geleert und die Abgaswolke der Schützenpanzer und Schwertransporter verzogen hat, weht über den „Alex“ der Duft von Grillfleisch und Soljanka – die Geburtstagsparty fürs Volk ist gerichtet.

Während die Festbesucher Thüringer Bratwürste und Rippchen verzehren, geht es acht Kilometer weiter, im Schloss Niederschönhausen, für Honecker buchstäblich um die Wurst. In kleinstem Kreis wirft Gorbatschow ihm vor, die wahren Bedürfnisse des Volkes zu verkennen: „Viel Wurst und viel Brot“ seien „noch nicht alles“ – die Menschen verlangten heutzutage auch „eine neue Atmosphäre, mehr Sauerstoff, einen neuen Atem“. Honecker reagiert pikiert. Bei seinem jüngsten Besuch im sowjetischen Magnitogorsk, brüskiert er den Kreml-Chef, habe es in den Läden sogar an Mehl, Seife, Salz und Streichhölzern gefehlt.

Gorbatschow hat bei soviel Arroganz und Starrsinn das Gefühl, „Erbsen an die Wand“ zu werfen. Nach dem peinlichen Dialog treten die beiden vor das versammelte Politbüro, von dem der Gast mehr Reformbereitschaft erwartet.

Vor der SED-Spitze variiert Gorbatschow immer wieder seine Mahnung vom Vortag: „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort“; „wenn die Partei nicht auf das Leben reagiert, ist sie verurteilt“; „wir haben nur eine Wahl – entschieden voranzugehen, sonst werden wir vom Leben selbst geschlagen.“

Unverblümt spricht er die Hoffnung aus, dass es bald zu einer „Wende in der Entwicklung des Landes“ kommen werde. Honecker antwortet mit hölzernen Worten – und erweckt den Eindruck, dass er nichts begriffen hat.

Der Generalsekretär flüchtet sich in Floskeln wie „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ und lobt in höchsten Tönen die zweifelhaften Errungenschaften der DDR-Wirtschaft. Als er am Ende ist, schweigt die Runde. Auch von Männern wie Egon Krenz und Günter Schabowski kommt kein einziges Wort der Kritik an Honecker.

Gorbatschow schaut still den Tisch rauf und runter, ungläubig, wendet sich zu seinem Nachbarn und sagt nichts weiter als: „Tsss!“ Ein letzter Blick in die stummen Gesichter des Politbüros, dann steht der Gast abrupt auf und geht.

Zehn Jahre später wird der Zauderer Krenz in seinen Memoiren über diesen Tag selbstkritisch anmerken: „Wir verpassen die Möglichkeit, uns gegenseitig offen und ehrlich über die tatsächliche Lage in unseren Ländern zu informieren.“ Schabowski wird im Nachhinein urteilen: „Wir waren Arschlöcher, da hätten wir putschen müssen, unter seinen Augen.“

Über dem Volksfest am „Alex“ lastet unterdessen ein bei früheren Republik-Geburtstagen nie gekannter Druck. Hunderte von Dreiergrüppchen in Lederjacke oder Dederon-Joppe observieren das Geschehen. Als der Sänger einer Volksmusikkapelle das Lied „Ach bleib doch hier und geh nicht fort“ anstimmt, lässt die Brisanz des Textes die Feiernden aufhorchen.

Kurz vor 17 Uhr entlädt sich die Spannung. Nahe der Weltzeituhr haben sich – wie an jedem 7. der vergangenen Monate – einige hundert Jugendliche versammelt. Um an den Kommunalwahlbetrug vom 7. Mai zu erinnern, wollen sie „auf die Wahlen pfeifen“. Plötzlich, während aus den Lautsprechern Schlagermusik quillt („Tanze Samba mit mir …“), eine Festnahme: Stasi-Leute schleifen einen blassen Jugendlichen an den Haaren davon. Pfiffe, Buhrufe, Sprechchöre: „Freiheit, Freiheit, Freiheit“. Ein ARD-Team, obwohl von Remplern in Zivil bedrängt, filmt die Szene.

„Das Unfassbare“, urteilt später der Historiker Stefan Wolle, „war Wirklichkeit geworden: eine staatsfeindliche Demonstration mitten im Zentrum der sozialistischen Hauptstadt, und noch dazu am 40. Jahrestag der Republik“.

In seiner Befehlszentrale im nahen „Haus des Lehrers“ schreckt der dortige Einsatzleiter, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, davor zurück, den Alexanderplatz räumen zu lassen. Er will keine Straßenschlacht riskieren. Denn zur selben Zeit zelebriert die SED-Spitze im „Palast der Republik“, nur wenige hundert Meter entfernt, den offiziellen Gala-Empfang für die Staatsgäste. Eben dorthin jedoch, zum hell erleuchteten Glashaus der Regierenden, das die Berliner Schnauze „Erichs Lampenladen“ nennt, setzen sich um 17.20 Uhr die Jugendlichen in Bewegung.

Die Vopo-Führung sieht abermals keine Chance zum Eingreifen. Untätig beobachten die grün und blau Uniformierten am Straßenrand, wie Protestierer ihr Ostgeld,

AP

Militärparade in Ost-Berlin: *Bestellte Jubler wedeln mit „festivalistischen Winkelementen“*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

die verhassten Alu-Chips, demonstrativ auf die Straße werfen, sich den Mund mit Pflaster verkleben oder rufen: „Das Volk sind wir, und wir sind Millionen."

Um 17.30 Uhr besetzt die Menge, mittlerweile rund 3000 Menschen, das Spreeufer und brüllt, über den Fluss hinweg, zu den Fenstern des „Palastes" empor: „Gorbi, wir kommen, Gorbi, hilf uns." Im Festsaal, wo der Leipziger Thomanerchor „Friede sei im Lande" angestimmt hat, lässt Erich Mielke sein Sektglas stehen. Der Stasi-Chef eilt auf die Straße, um das Unerhörte aus der Nähe zu beobachten. Um 17.50 Uhr meldet der Polizeifunk: „Der Genosse Minister führt persönlich."

BUNDESARCHIV

Honecker (M.), Gäste beim Gala-Empfang im Palast der Republik: *„Friede sei im Lande"*

Der Demonstrationszug, inzwischen abgedreht in Richtung Prenzlauer Berg und angeschwollen auf 7000 Menschen, entwickelt „eine starke Sogwirkung auf bis dahin Unbeteiligte", heißt es im Einsatz-Tagebuch. Originalton Vopo:

Die lautstarken Sprechchöre zur Idealisierung der Person des Genossen Gorbatschow, die Rufe nach Freiheit und Demokratie, die Verunglimpfung der Angehörigen des MfS und nicht zuletzt die Aufforderung an alle, auf die Straße zu kommen, verfehlten ihre Wirkung nicht.

Unterdessen verabschiedet sich Gorbatschow im Bankettsaal von Honecker; die Atmosphäre ist frostig. Als die sowjetische Delegation den Palast der Republik verlässt, spricht Egon Krenz den Moskauer Deutschlandexperten und Ex-Botschafter Walentin Falin an.

Krenz: „Ihrer hat alles gesagt, was gesagt werden musste. Unserer hat nichts begriffen."

Falin: „Der sowjetische Gast hat mehr gesagt und getan, als man von einem Gast erwarten kann. Alles Weitere hängt von Ihnen ab."

Nachdem Gorbatschow zum Flughafen aufgebrochen ist, gibt Mielke den Sicherheitskräften Befehl zum Zuschlagen: „Jetzt ist Schluss mit dem Humanismus."

Im Schutz der Dunkelheit knüppeln Polizei und Stasi auf Demonstranten ein, die „Keine Gewalt!" schreien. Zu ähnlichen Übergriffen kommt es am selben Abend auch in Leipzig, Plauen, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Potsdam, Suhl, Jena, Erfurt, Halle, Arnstadt und Ilmenau.

Im Prenzlauer Berg in Ost-Berlin, Ziel des Demonstrationszuges vom „Alex", riegeln Polizeiketten gegen 21 Uhr die Umgebung der Gethsemane-Kirche hermetisch ab; nur Krankenwagen dürfen passieren.

Was sodann, unter der Regie von Stasi-Offizieren, geschieht, wird sich später, nach der Wende, in einem amtlichen Untersuchungsbericht so lesen:

Polizeigewalt gegen Demonstranten: *„Sinnlose Brutalität"*

Mit unglaublicher Härte werden einzelne Demonstranten wie wahllos aus der Menge herausgegriffen und von bis zu acht zivilen MfS-Angehörigen zusammengeschlagen … Volkspolizisten und MfS-Mitarbeiter prügeln viele der Festgenommenen auf die Transportfahrzeuge, obwohl keine Gegenwehr erfolgt. Bevorzugt richtet sich die Brutalität gegen Frauen, um männliche Demonstranten zum gewaltsamen Handeln gegen die Sicherheitskräfte zu provozieren.

Noch lange nach Mitternacht hallen das Klatschen der Knüppel und die Schreie der Geschundenen durch die Straßen. Einem 14-jährigen Mädchen schlagen Uniformierte auf die Hände, nur weil es eine Kerze hält. Polizisten treten Wohnungstüren ein, hinter denen sie Flüchtige vermuten. Drei Schlägertypen zugleich stürzen sich auf einen älteren Mann und lassen seinen Schädel immer wieder auf das Pflaster knallen.

Beteiligte wie Unbeteiligte, Namenlose wie Prominente werden Opfer der Prügel-Orgie. Krankenhausreif geschlagen wird die DDR-Fotoreporterin Nina Rücker, 27. Deren Mutter, die Künstlerin Vera Oelschlägel, Ex-Frau des früheren SED-Bezirkschefs Konrad Naumann, erstattet Strafanzeige gegen die Urheber der „sinnlosen Brutalität".

Schläge und Schimpfworte („Drecksack") treffen selbst den Ost-Berliner Professor Heinrich Fink, als der seiner bedrängten Tochter Rahel („Hilfe, Vater, Vater") beispringt. Fink beschwert sich noch in derselben Nacht bei einem Stasi-Major, er sei „ungerecht behandelt" worden.

Der Professor, heißt es in einem MfS-Schriftsatz, „verwies auf seine Kleidung und brachte zum Ausdruck, dass er doch ‚kein Drecksack' sei". Außerdem habe er beteuert: „Ich arbeite doch auch für euch."*

Im Laufe dieser Nacht werden allein in Berlin 1047 Bürger festgenommen. Anschließend, in Gefängnissen und anderen „Zuführungspunkten", sind sie teils 24 Stunden und länger Misshandlungen ausgesetzt. Viele müssen bei Kälte und Nieselregen im Freien oder in unbeheizten Kellern und Garagen ausharren, manche nackt, mit dem Gesicht zur Wand. Andere werden daran gehindert, ihre Notdurft zu verrichten, und mit Knüppelhieben zu Kniebeugen oder in die so genannte Fliegerstellung gezwungen – zum Teil so lange, bis sie auf dem eiskalten Betonboden zusammenbrechen.

Im Gefängnis Rummelsburg werden die Festgenommenen Protokollen zufolge von „Schäferhunden ohne Beißkorb" bedroht und von hasserfüllten Bewachern beschimpft: „Diese Schweine", „Alle an die Wand stellen". Die Opfer sind zu „über 90 Prozent … Unbeteiligte bzw. unberechtigt Zugeführte", wird später eine Untersuchung ergeben – darunter eine Kindergärtnerin, eine Ministeriumsangestellte und ein Major der Volksarmee. Einigen der Fest-

* Der Hochschullehrer, den das MfS von 1969 an als IM „Heiner" führte, wurde 1991 wegen seiner Arbeit für die Stasi vom Berliner Senat fristlos entlassen. In einer im letzten Sommer aufgetauchten „Übersicht IM-Bestand" ist Fink als hochrangiger Informant der für Repression und Kontrolle der Kirchen zuständigen MfS-Hauptabteilung XX/4 verzeichnet (SPIEGEL 24/1999).

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ARIS

SPIEGEL TV

Stasi-Geruchskonserven, Stasi-Opfer Susanne Boeden: *Duftproben für den Schnüffelstaat*

gehaltenen wird eine erkennungsdienstliche Behandlung besonderer Art zugemutet. Die Schwestern Susanne und Marianne Boeden, 21 und 12 Jahre jung, haben zum Jahrestag einen selbst verfassten Aufruf gegen die „greise, starre Regierung“ verteilt. Beide müssen sich, nach endlosen Verhören, in der Volkspolizei-Inspektion Prenzlauer Berg minutenlang einen Stoffstreifen zwischen die nackten Schenkel klemmen. Erst später wird publik, welchem Zweck die absonderliche Prozedur dient.

Laut einem Geheimbefehl müssen Stasi und Vopo bei „schweren Straftaten“ und „politisch und operativ bedeutsamen Sachverhalten“ von Verdächtigen „Geruchskonserven“ sichern, beispielsweise „Unterwäsche, Taschentücher und Ähnliches“. Die Duftproben sollen Polizeihunde in die Lage versetzen, Täter zu identifizieren oder entlaufene Häftlinge zu verfolgen.

In versteckt gelegenen Depots hortet der Schnüffelstaat Einweckgläser mit aberhunderten von Geruchsproben. Auf den Etiketten sind, neben der DDR-Personenkennzahl, nur Stichworte oder Stasi-Kürzel verzeichnet. Zum Beispiel: „Prof. K., Achselprobe“, „Prähofer, Janek, öffentliche Herabwürdigung“, „Günter Kruse, operative Personenkontrolle, Boykott, Stuhlprobe“ oder „Lindemann, Verdacht der pazifistischen Losungen“.

Schwante

Kurz nach Mitternacht treffen sich am Ufer der Spree, nahe der Warschauer Brücke im Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain, zwei Pastoren zu illegalem Tun.

Markus Meckel, 37, rauschebärtiger Kirchenmann aus Niederndodeleben bei Magdeburg, steigt in den Trabi seines gleichaltrigen Amtsbruders Martin Gutzeit. Der Kofferraum ist vollgestopft mit einem Uralt-Computer samt Nadeldrucker sowie mit Bockwürsten, Schrippen und Käse.

Am Fahrtziel, einem schlichten Gemeindesaal im brandenburgischen Dorf Schwante, müssen gut 40 Verschwörer beköstigt werden. In dem gelb getünchten Kirchenraum, geschmückt nur mit ein paar Kinderzeichnungen, will die Runde – ohne zuvor die SPD im Westen oder die SED im Osten um Erlaubnis gefragt zu haben – eine „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ (SDP) aus der Taufe heben.

Aus Sicht der Honecker-Partei grenzt das Vorhaben an Hochverrat. Eine Wiederbelebung der 1946 mit der KPD zwangsvereinigten Sozialdemokratie, deren treuste Anhänger in Lagern und Zuchthäusern gequält und ermordet wurden, droht die vielbeschworene „Einheit der Arbeiterklasse“ zu sprengen und das Machtmonopol der SED zum Einsturz zu bringen.

Meckel und seine Mitverschwörer haben schon am Vorabend ihre Wohnungen verlassen, um zu verhindern, dass die Stasi ihnen zum Treffpunkt folgt. Als die Geheimpolizisten sie im Morgengrauen zu Hause abfangen wollen, sind die Parteigründer längst ausgeflogen. Verärgert merken die Beschatter, dass sie ausgetrickst worden sind. „12 Personen konnten wegen Abwesenheit nicht unter Beobachtung genommen werden“, melden sie.

Natürlich hat die Stasi im SDP-Gründerkreis einen Spitzel platziert. Doch der Koch und Friedhofsgärtner, Historiker und Sägewerksarbeiter, Dramaturg und Nachhilfelehrer Manfred Böhme, 44, ist von den Initiatoren nicht vollständig eingeweiht worden (siehe Porträt Seite 90).

Die schillernde Figur, die sich selber den Vornamen Ibrahim zugelegt hat und von der Stasi als IM „Maximilian“ geführt wird, konnte ihrem Führungsoffizier lediglich Teilnehmerkreis und Termin der Gründungsversammlung verraten – den Ort des Treffens erfuhr Böhme selbst erst wenige Stunden vor Beginn.

Nervös rauchend verfolgt der Mann in der hellen Sportjacke die Gründungsregularien. Geschickt hat sich der eloquente Hobbyphilosoph Böhme in den letzten Monaten an die so genannte Sofarunde um den Kirchenmann Stephan Hilsberg herandisputiert. Im Juli, als in dem Christenzirkel die SDP-Idee reifte, wurde Böhme sogar eines von nur drei Exemplaren des Statuten-Entwurfs anvertraut – es landete prompt bei der Stasi.

Während die Schwanter kannenweise Tee trinken und ihre Strategie diskutieren, filmt der Berliner Fotograf Aram Radomski das historische Treffen. Das Video soll dem Westfernsehen zugespielt werden.

Böhme bietet dem Kameramann an, die Kassette an sich zu nehmen und „vorläufig“ auf sie aufzupassen. Doch Radomski lehnt ab und bringt das Videoband selbst nach Berlin. Anderntags flimmern die Bilder von der „SDP-Gründung“ im ARD-„Brennpunkt“ über Millionen von Bildschirmen in Ost und West. Ibrahim Böhme hat es nicht verhindern können.

Im Jahr darauf – IM „Maximilian“ ist längst zum Vorsitzenden der Ost-SPD aufgerückt – wird Böhme im Genossenkreis immer wieder scheinheilig das „Wunder von Schwante“ beschwören: Wie listig man doch damals die Stasi abgeschüttelt habe.

Dass der Spitzenmann der Ost-SPD selbst einer von der „Firma“ war, kommt erst im Frühjahr 1990 heraus. Gut zwei Jahre später wird IM „Maximilian“ aus der SPD ausgeschlossen.

Jochen Bölsche;
Petra Bornhöft, Norbert F. Pötzl,
Irina Repke, Cordt Schnibben,
Andreas Wassermann, Peter Wensierski

S. SCHEFKE / A. RADOMSKI

SDP-Gründer Meckel (M.) in Schwante: *Video fürs Westfernsehen*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

»Wir sind doch alle irgendwie beschädigt«

SPD-Politiker Manfred („Ibrahim“) Böhme – ein Verräter in der Pose des Retters

AP

SPD-Spitzenkandidat Böhme im Wahlkampfjahr 1990*: *Meister der Camouflage*

Bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 treten die in der DDR wiedergegründeten Sozialdemokraten mit einem Spitzenkandidaten der besonderen Art an. Der Bewerber heißt Ibrahim Böhme – ein ziemlich ungewöhnlicher Mann.

Dessen Vergangenheit liegt so weit im Dunkeln, dass er nicht mal seine Herkunft exakt zu bestimmen vermag, doch das schadet ihm kaum. Der nach eigenen Angaben „45-jährige, in der Nähe von Leipzig“ geborene Pädagoge, der immer ein bisschen fahrig im schnieken Nadelstreifen-Anzug durch die aufgewühlte Politszene wuselt, avanciert zum Medienstar.

Verständlich ist das schon deshalb, weil der Handküsse verteilende Newcomer nach den Umfragen die besten Chancen besitzt, Regierungschef zu werden, aber er macht auch darüber hinaus von sich reden. Das mutmaßliche Waisenkind offenbart sich der staunenden Welt als die personifizierte Lauterkeit.

In Ibrahim (eigentlich Manfred Otto) Böhme scheinen sich jene Tugenden zu versammeln, die in der damals noch souveränen Wende-Republik die gerühmten Runden Tische beflügeln. Als deren hervorstechendstes Merkmal gibt sich ein bei manchen Einschüben von Naivität eindrucksvoller neuer und vor allem unverbildeter Politikstil zu erkennen.

Und keiner beherrscht den auf die gleiche Weise galant wie der Vorsitzende der Ost-SPD. In dieser Eigenschaft scheint es ihm ein leichtes zu sein, etwa mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zu konferieren. Er hält es aber auch für selbstverständlich, in seinem Berliner Kiez am Prenzlauer Berg den gebrechlichen alten Damen die Kohlen aus dem Keller zu schleppen.

Kann es da verwundern, wenn die nach farbigen Lebensgeschichten gierende Journaille an dem liebenswürdigen und lediglich in einigen Statements etwas skurril anmutenden schmächtigen Charmeur Gefallen findet? Stellvertretend für eine durchgehend positive Presse begeistert sich die Hamburger „Zeit“ an seinem „Grundvertrauen zu den Menschen“.

Dass sich die Traumstory des Ibrahim Böhme dennoch nicht erfüllt, binnen kurzem vom Nobody zum ersten aus freien Wahlen hervorgehenden DDR-Premier aufzusteigen, hat zunächst einmal weniger mit ihm zu tun. Am 18. März geben die Ostler einer von Helmut Kohl geförderten konservativen „Allianz für Deutschland“, die die schnelle D-Mark verspricht, den Vorzug.

Aber schon eine Woche danach scheitert der überraschend deutlich geschlagene Kandidat auch aus anderen Gründen. Der SPIEGEL entlarvt den selbst von Willy Brandt umworbenen netten Sozi, der in der Schlussphase des SED-Regimes kellnerte oder Friedhöfe pflegte, als Top-Quelle der Stasi. Unter den Decknamen „Paul Bonkarz“, „Dr. Rohloff“ oder „Maximilian“ arbeitete er jahrelang der berüchtigten „Firma“ zu.

Mit welcher Perfidie der Staatssicherheitsapparat des Erich Mielke die realsozialistische Gesellschaft durchsetzte, lässt sich zu diesem Zeitpunkt erst in Umrissen erkennen – und der Fall erscheint denn doch zu ungeheuerlich, als dass ihn das Gros der DDR-Bürger wahrhaben möchte. Hatte Böhme, ein engagierter Förderer etwa der Ost-Berliner „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, nicht selbst gehörig gelitten und zunehmend Risiken auf sich genommen?

Tatsächlich kann ihm niemand bestreiten, dass er an vorderster Front zu jenen 43 Männern und Frauen zählte, die am Abend des 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus eines Dorfes namens Schwante eine praktisch an Konterrevolution grenzende historische Zäsur wagten: Sie gründeten die am Anfang unter dem Kürzel SDP antretende Sozialdemokratische Partei.

* Mit dem SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt.

Und so einer sollte sich gleichzeitig dem MfS, dem stabilsten Stützpfeiler der SED-Diktatur, verschrieben haben? Trotz erdrückender Belege halten nicht nur die Bonner Spitzengenossen ihrem heftig leugnenden neuen Freund unbeirrbar die Stange: Auf dem gesamtdeutschen SPD-Konvent im September 1990 hieven ihn die trotzigen Delegierten gar in den Vorstand, und erst danach wird er klammheimlich aus dem Verkehr gezogen.

Der IM, der sich im Laufe seiner Tätigkeit den Vornamen Ibrahim zulegt, steht

Als es nichts mehr zu leugnen gibt, wirkt der Liebhaber russischer Literatur, als entstamme er selbst einem Roman.

wie kaum ein zweiter für jenen Typus von Spitzeln, deren Janusköpfigkeit den Ermittlern Rätsel aufgibt. Er ist Täter und Opfer in einem – unter den Schnüfflern und Denunzianten eine ziemlich niederträchtige Figur, die sich andererseits aber keinesfalls nur zum Schein mit den Bürgerrechtlern verbindet.

Dass der Adoptivsohn eines gewissen Kurt Böhme (dessen Bruder zuweilen das Amt des Hochschulministers bekleidete) schwierige Kindheitsjahre in Heimen und Internaten verbrachte, darf wohl als erwiesen gelten. Nach Abschluss der mittleren Reife tritt der hochintelligente, gelernte Maurer, der in Abendkursen das Abitur besteht und sich per Fernstudium zum Lehrer weiterbildet, früh der Einheitspartei bei.

Die SED soll ihm Halt und ein Zuhause geben; freilich mit seiner Begeisterung für den Systemkritiker Robert Havemann beginnt er sie derart zu nerven, dass er bald die Anstellung verliert. Ibrahim Böhme zieht sich in die thüringische Provinz zurück, wo er in der Kreisstadt Greiz den Job eines Hilfsbibliothekars versieht und die Partei schließlich verlässt, als der Liedermacher Wolf Biermann ausgebürgert wird.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Ex-Politiker Böhme 1995
Rückzug ins Schweigen

Doch womöglich dient schon dieser Schritt, der ihm in Kreisen Oppositioneller beträchtliche Glaubwürdigkeit verschafft, eher der Verschleierung. Bereits im November 1968 – in einer Zeit, in der der angeblich unbotmäßige Genosse noch den zerschlagenen Prager Frühling betrauert – legt die Stasi-Zentrale eine erste Karteikarte an: Der junge IM hat sich vor allem in das Vertrauen des missliebigen Schriftstellers Reiner Kunze eingeschlichen und liefert detaillierte Berichte ab.

Dem belesenen Böhme kommt dabei zustatten, dass er auf Gesprächspartner nicht nur seiner reflektorischen Brillanz wegen enorme Anziehungskraft ausübt. Er kann Menschen umhegen und setzt sich in zahlreichen Fällen selbst dann für sie ein, wenn ihm erkennbar keinerlei Vorteile daraus erwachsen.

Nach seiner Enttarnung läuft als einer von vielen Erklärungsversuchen die Deutung um, der bis zuletzt überzeugte Anhänger einer eigenständigen sozialistischen DDR sei dem Größenwahn verfallen gewesen. Er habe sich in die Rolle eines kleinen Gorbatschow hineinphantasiert, der es allen Ernstes für möglich hielt, das auch ihm suspekte Regime von innen heraus aufzubrechen, indem er teilweise mit ihm paktierte.

Der Verräter in der Pose des Retters, dem es leider nicht erspart bleibt, um des hehren Zieles willen persönliche Schuld auf sich zu laden? Böhme vermeidet zwar sorgfältig, Motive und Antriebe in klare Sätze zu fassen – aber derart in einer Wolke von Tragik in die Annalen der jüngeren deutschen Geschichte einzugehen, entspricht am ehesten seinem schillernden Selbstbild.

Denn, nicht wahr, „wir sind doch alle irgendwie beschädigt“, raunt der Wahlkämpfer, als er für die SPD noch den rundum geschätzten Hoffnungsträger mimt. So erteilt sich ein widerspruchsvoller Geist, dessen gespaltenes und bis zur doppelten Identität ausuferndes Wesen von Anfang an auf Legendenbildung setzt, Generalabsolution.

Gelegentlich und insbesondere, nachdem es nichts mehr zu leugnen gibt, wirkt der Liebhaber russischer Literatur, als entstamme er selbst einem Roman. Eine Zeitlang klammert sich der Meister der Camouflage an eine aus Realität und Fiktion zusammengerührte Form von höherer Wahrheit, um dann vollends ins Schweigen zu versinken.

Seit Jahren lebt Böhme, der von seinen Opfern weitgehend unbehelligt blieb, im alten (Ost-)Berliner Ambiente. Er hat Probleme mit dem Herzen – und vermutlich mit der Seele.

HANS-JOACHIM NOACK

»Ein Marschall auf meinem Sessel«

Wie Meistertaktiker Michail Gorbatschow in Moskau die Wiedervereinigung durchsetzte

Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber, der deutsche Staat aber – bleibt.“ Mit diesem Stalin-Zitat von 1942 belehrte ein Tankwart auf der Autobahn bei Mannheim im Mai 1975 einen russischen Reisenden. Und er fügte hinzu: „Aber Stalin teilte den deutschen Staat.“

Die Begegnung brachte den noch unbekannten Provinzsekretär Michail Gorbatschow, wie er später dem SPIEGEL erzählte, „zum Nachdenken“. Seinem Dolmetscher Wiktor Rykin sagte er damals voraus, der Tag der deutschen Vereinigung werde kommen, die Mauer in Berlin sei „völlig absurd“.

Während die sowjetischen Parteichefs Chruschtschow und Breschnew im Krieg als Polit-Kommissare gegen die deutschen Invasoren gekämpft hatten, erlebte Gorbatschow als Kind die deutschen Besatzer, die sich in seiner Heimat, dem Kaukasus-Vorland, vergleichsweise anständig aufführten. In der Schule lernte er von seiner deutschen Lehrerin die Sprache des „Schicksalsvolks“ der Russen (so Ex-Botschafter Walentin Falin).

Auf dem Weg an die Spitze und dann selbst im Amt des Generalsekretärs musste Gorbatschow permanent Rücksicht nehmen auf die feste Überzeugung der meisten Führungsgenossen, die deutsche Frage sei abgehakt, die DDR eine verdiente Kriegsbeute, ihre Preisgabe ausgeschlossen.

Doch schon sieben Monate vor Gorbatschows Machtantritt, im August 1984, konnte der SPIEGEL eine Information aus Moskau veröffentlichen, dort wolle eine Politbüro-Fraktion mit dem noch immer kaum bekannten Gorbatschow die Wiedervereinigung ermöglichen (Heft 33/1984).

Und 1986 war der neue Außenminister Eduard Schewardnadse mit seinem Chef Gorbatschow „einer Meinung“: Es sei „nicht hinzunehmen, dass dieses deutsche Volk weiterhin zerrissen“ ist.

Im Jahr darauf nannte ZK-Konsultant Nikolai Portugalow öffentlich die Ost- wie die Westdeutschen einer Nation zugehörig, und Gorbatschow brach ein Tabu: Nach einem Vierteljahrhundert völliger Immobilität erklärte ein Kreml-Herr dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gegenüber, die deutsche Frage sei offen. Ein Plädoyer Weizsäckers für die Einheit strich sein Gastgeber Andrej Gromyko, der führende Hardliner, aus der Publikation in der „Iswestija“. Gorbatschow setzte die Veröffentlichung im Nachhinein durch.

Den Kreml-Konservativen und ihrem Genossen Erich Honecker versicherte ein vorsichtiger Gorbatschow, er werde alles tun, um die DDR „als unabhängigen Staat zu stärken und zu entwickeln“. Dem reformunfähigen ostdeutschen Staatswesen baute er damit die Falle – es musste sich fortan selbst helfen. 1988 proklamierte der Russe vor seinem ZK wie vor der Uno die „Freiheit der Wahl“ des gesellschaftlichen Systems für jedes Land, Kapitalismus und Demokratie inklusive.

Jeden Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines Bruderlandes, speziell einen militärischen Einsatz, schloss Gorbatschow aus. Das hieß, dass auch die DDR mit sowjetischer Panzerhilfe – ihrer Lebensgrundlage – nicht mehr rechnen konnte.

Der Schewardnadse-Berater Wjatscheslaw Daschtschischew erklärte öffentlich die Mauer zum Hindernis auf dem Weg zur Entspannung. Das Fernziel vor Augen, die „widersinnige Teilung Europas in Militärblöcke“ zu beenden, antwortete Gorbatschow 1988 auf die SPIEGEL-Frage, ob es im europäischen Haus eine offene Berlin-Tür geben werde: „Ohne sie wäre die Architektur des Hauses nicht vollkommen.“

In jenem letzten Jahr vor der Wende empfahl eine westdeutsche Industriellengruppe dem Kremlherrn, mit Washington über einen Wiedervereinigungsprozess zu verhandeln; eine solche Politik könnte mit deutschen Warenkrediten an Russland von jährlich 50 Milliarden Mark honoriert werden, ein Jahrzehnt lang – ein Rettungsring für die Sowjetwirtschaft.

Falin, nun Außenpolitik-Macher der Partei, widersetzte sich. Auf die Eingabe schrieb er: „Das wäre Verrat am Sozialismus.“

Derart gewarnt, befand Gorbatschow intern, der Westen selbst habe kein Interesse an einer Wiedervereinigung; die sei zwar

* Im Juli 1990 im Kaukasus.

GAMMA / STUDIO X

Ehepaar Gorbatschow, Kohl*
Spuren verwischt, Gesicht gewahrt

Werbeseite

Werbeseite

nicht auszuschließen, aber er wolle nichts forcieren. Kohl erwartete damals die Einheit tatsächlich erst „in fünf bis zehn Jahren“.

Doch Gorbatschow agierte fortan so, als habe er sich auf das Industriellen-Angebot eingelassen. Am Ende verlangte er für den Abzug der Sowjettruppen aus Deutschland 36 Milliarden Mark – er bekam 1990 noch 21 Milliarden. Insgesamt kassierte Gorbatschows UdSSR zwischen 1989 und 1991 über 63 Milliarden Mark aus der Bundesrepublik.

Der Meistertaktiker musste dem Widerstand seiner alten Partei-Herren geschmeidig begegnen.

Die Konservativen im Kreml forderten, eine Million Sowjetarmisten in Marsch zu setzen, um die Mauer wieder zu schließen.

„Der Zug des ‚einheitlichen deutschen Staates‘ ist abgefahren“, versicherte noch im April des Schicksalsjahres 1989 der Ex-Außenminister Gromyko, schon abgeschoben aufs Altenteil, in einem SPIEGEL-Gespräch. Auf seiner Staatsdatscha, derweil Tochter Emilija Schmalzgebäck und Stachelbeerkonfitüre servierte, verglich der Diplomat aus der Stalin-Schule die deutsche Teilung mit der Trennung Amerikas von England vor 200 Jahren.

Auf die Frage, ob sowjetische Interessen einer Vereinigung entgegenstünden, befand Gromyko (ein Vierteljahr vor seinem Tod, ein halbes Jahr vor dem Mauerbruch): „Die DDR von heute ist ein Faktor für Stabilität und Ruhe in Europa und in der ganzen Welt.“

So sagte es auch Gorbatschows Gegenspieler im Politbüro, Jegor Ligatschow, seinen SED-Genossen im September. Und so hatte sich Gorbatschow selbst noch 1988 geäußert: Die Entwicklung zu forcieren, sei ein „unkalkulierbares und sogar gefährliches Unterfangen“ – wohl vor allem für seine eigene Machtposition.

Als aber das DDR-Volk die Einheit forcierte, ging auch der Vorsichtige aus der Deckung.

Honecker drängte, das Fluchtloch Ungarn zu stopfen – Gorbatschow berief sich auf Ungarns Eigenständigkeit, eben die „Freiheit der Wahl“. Zum DDR-Gründungstag am 7. Oktober in Ost-Berlin, wo Demonstranten schon nach seinem Beistand riefen, riet er so deutlich zur DDR-Perestroika, dass sich das SED-Politbüro elf Tage später selbst des Betonkopfs entledigte.

Als zwei Tage später die friedlich rebellierenden Massen in Leipzig den Schießbefehl erwarten mussten, bemerkte ein Sowjetgeneral ungerührt, aber getreu der Gorbatschow-Doktrin: „Unsere Truppen und unsere Panzer bleiben in den Kasernen.“

Für den „mutigen Schritt“ der Maueröffnung übermittelte der Kreml-Chef dem Genossen Krenz seine Gratulation, und sein Vertrauter Alexander Jakowlew erhob die Wiedervereinigung zur „Sache der Deutschen“. Die Kreml-Konservativen aber forderten, eine Million Sowjetarmisten in Marsch zu setzen, um die Mauer wieder zu schließen.

Gorbi musste daraufhin seine Spuren verwischen, das Risiko war für ihn selbst zu groß geworden. Gegenüber dem französischen Präsidenten Mitterrand äußerte er denn auch, am Tag einer deutschen Vereinigung werde „ein Sowjetmarschall auf meinem Sessel Platz“ nehmen. Dem Mos-

AP

Gorbatschow, Honecker*: *„Das wäre Verrat“*

kauer ZK gelobte er: „Wir werden die DDR nicht im Stich lassen.“

Sein Deutschland-Experte Portugalow tönte öffentlich, die DDR stehe „nicht zur Disposition“, reiste dann aber nach Bonn und ermunterte mit einem rasch im Hotel niedergeschriebenen Fahrplan den Kanzler zu seinem Zehn-Punkte-Plan für eine deutsch-deutsche Konföderation, die laut Portugalows Leitlinie in die Einheit münden sollte.

Der Chef in Moskau wahrte unterdessen sein Gesicht. Seinem Besucher Genscher machte Gorbatschow am 5. Dezember allen Ernstes eine Szene, weil Kohl ihn vor Veröffentlichung des Konföderationsplanes nicht konsultiert habe. Schewardnadse schob nach, nicht einmal Hitler hätte sich so etwas erlaubt – Retourkutsche für Kohls früheren Vergleich Gorbatschows mit Goebbels.

Mit keinem Wort aber gab Gorbatschow zu verstehen, dass er sich etwa einer Wiedervereinigung widersetzen werde: Die DDR musste sich eben selbst zur Disposition stellen.

Am nächsten Tag fragte der SPIEGEL den murrenden Falin, was geschehen würde, wenn die DDR-Volkskammer einfach den Beitritt zur Bundesrepublik beschließt. Falin: „Das wird nicht geschehen.“ Es geschah.

„Wenn das Volk die Einheit will, kommt sie“, gab am 24. Januar 1990 Portugalow der „Bild“-Zeitung preis. „Wir werden uns in keinem Fall gegen diese Entscheidung stellen, werden uns nicht einmischen.“

Die Sowjettruppen hatten zu Hause genug zu tun. Sie konnten ihr Reich nur noch mit Gewalt zusammenhalten. Der Staat war pleite. Die Inflation stieg in Russland auf 107 Prozent. Bald musste Vizepremier Abalkin melden, die sowjetische Wirtschaft sei „mit Ausnahme der Kriegsjahre im schlimmsten Zustand ihrer Geschichte“.

Aus der Konkursmasse ließ sich allenfalls die DDR noch verscherbeln. Auch dazu, wusste Gorbatschow, musste die eigene Partei entmachtet werden.

Am 26. Januar 1990 beriet er sich im ZK-Sitz am Alten Platz in Moskau mit den paar Polit-Bürokraten, die zu ihm hielten. Gorbatschow folgte dem Urteil seines außenpolitischen Beraters Tschernjajew, DDR und SED seien nicht mehr ernst zu nehmen, und akzeptierte Kohls Einheitsprojekt als Etappe auf dem Weg zur Vereinigung Europas.

Am 9. Februar eröffnete Gorbatschow seine Entscheidung dem US-Außenminister Baker, am nächsten Tag auch Kohl.

Während eine Partei-Fronde wider eine „Einverleibung der DDR“ durch Bonn trommelte und Neutralität des neuen Deutschland forderte, erfand Ratgeber Daschtschischew eine Formel, mit deren Hilfe die angereicherte Bundesrepublik – so die Forderung der USA – in der Nato bleiben könne: Der vereinigte Staat sei frei, sein Militärbündnis selbst zu wählen.

Auf dem Parteitag im Juli – er hatte noch ein Jahr zu regieren – brach Gorbatschow die Brücken zur KPdSU ab. Am nächsten Tag empfing er Kohl im Kaukasus, um den Deal perfekt zu machen.

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 vereinbarten die Partner immerhin, „die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen“ und einander „nicht als Gegner zu betrachten“. Das vereinte Deutschland werde „keine seiner Waffen jemals einsetzen“, außer im Einklang mit seiner Verfassung und der Uno-Charta.

Zur Feier des Truppenabzugs 1994 und auch aller Jahrestage der deutschen Vereinigung wurde Michail Gorbatschow, Pensionär in Moskau, von der deutschen Regierung nicht mehr eingeladen.

FRITJOF MEYER

* Am 6. Oktober 1989 in Ost-Berlin.

Im nächsten Heft

„Keine Gewalt!“ – Die DDR am Rand des Bürgerkrieges – Leipzig, Heldenstadt – Kurt Masur, der Dirigent der Wende

Werbeseite

Werbeseite

UMWELT

Lizenz zum Gelddrucken

Findige Kaufleute haben die Entsorgung alter Reifen als lohnendes Geschäft entdeckt. Der Trick: Sie drehen den Müll unbedarften Ostlern an.

Der Lagerplatz bei der mecklenburgischen Ortschaft Lübz war gut gewählt. Das Gelände ist zwar fast vier Hektar groß, trotzdem aber von der nahen Straße aus nicht einzusehen, liegt es doch in einer Senke. Monatelang konnten Lastwagen hier in aller Ruhe alte Reifen abkippen – rund 40 000 Stück insgesamt.

Seit vorletztem Wochenende aber ist der Platz nicht mehr zu übersehen. Eine Rauchfahne steht darüber, beißender Gestank zieht weithin über die Felder.

Die alten Pneus von Lastwagen und Baumaschinen haben sich, „sicher nach Brandstiftung“, so ein Ermittler, in einen Hexenkessel aus glühendem Stahl und siedendem Öl verwandelt, bis zu 1400 Grad heiß. „Wir fackeln das hier kontrolliert ab, löschen ist zu gefährlich“, sagt Feuerwehrmann Horst Richter; brennende Reifenlager sind kaum beherrschbar.

Jeder schmelzende Pneu setzt vier bis sieben Liter Öl frei, das mit Löschwasser in den Boden gespült würde. Freilich gelangen über die Rauchschwaden bis zu 500 Chemikalien in die Umwelt, darunter giftige Benzole, Toluole oder Xylole. „Fenster und Türen schließen“, mahnten die Behörden hilflos die Anwohner.

Mit der Beseitigung alter Reifen lassen sich Millionen verdienen – vor allem, wenn die Pneus nicht ordnungsgemäß verwertet, sondern einfach abgekippt werden. Immer wieder schwatzen Geschäftemacher vor allem naiven Grundbesitzern im Osten den Müll auf und lassen sie dann darauf sitzen. Allein in Mecklenburg-Vorpommern plagen sich Behörden derzeit mit elf ebenso großen wie illegalen Deponien. Manchmal versuchen Gauner auch, sich der teuren Last mit einem Benzinkanister und einem Feuerzeug zu entledigen:

- In Berlin-Treptow brannte 1996 eine Lagerhalle mit Altreifen ab. Der S-und U-Bahnverkehr musste wegen Entwicklung giftiger Rauchschwaden zeitweise eingestellt werden;
- im brandenburgischen Oranienburg zündete am Ostermontag dieses Jahres ein Brandstifter ein Altreifenlager an. Mehrere Kinder mussten im Krankenhaus behandelt werden;
- im mecklenburgischen Brenz blieb die Gemeinde auf einem illegalen Gummiberg von 18 000 Tonnen sitzen.

Brennendes Reifenlager bei Lübz
„Verwertungsabsicht nicht plausibel“

Rund 50 Millionen Altreifen müssen pro Jahr in Deutschland entsorgt werden. Während der Verbraucher bei seinem Reifenhändler zwischen 2,50 Mark (München) und 6 Mark (Hamburg) für die ordnungsgemäße Beseitigung zahlt, gibt es für die Entsorgung der Pneus von Lastwagen oder Baufahrzeugen richtig Geld – bis zu 2000 Mark pro Stück. „Diese Gewinne locken Umweltkriminelle magisch an“, sagt Eckhard Willing, Abfallexperte beim Berliner Umweltbundesamt (UBA).

Knapp die Hälfte aller Altreifen werden legal in Zement- oder Kraftwerken verbrannt. Auch als runderneuerte Reifen oder zerhäckselt und zu Sporthallenböden, Fußmatten oder Badelatschen verarbeitet, lassen sich Pneus sinnvoll recyceln.

P. WUST / RTN

Müllmakler Muchow

Rund 100 000 Tonnen alte Reifen werden zudem nach Osteuropa oder Afrika verhökert. Doch etwa 20 000 Tonnen verschwinden pro Jahr, ohne dass Umweltexperten sagen können, wo sie bleiben.

Da beginnt jene Zone, in der sich der Lübecker Kaufmann Dirk Muchow, 31, auskennt. Sein Wissen über das profitable Müllgeschäft will der findige Makler aus einer überraschenden Quelle haben: In dem Fachbuch „Die Müll-Connection“

A. HELLWIG

P. WÜST / RTN

Ausgeglühte Reifen bei Lübz: *„Löschen zu gefährlich“*

der Umweltorganisation Greenpeace wird detailliert beschrieben, wie die Entsorgungsbranche tickt und trickst. „Aus dieser Lektüre habe ich eine Menge gelernt“, sagt Muchow.

Der Kaufmann gründete 1993 unter dem Namen „DMD Kreislaufwirtschaft“ in Rostock eine Firma fürs „Sammeln, Sortieren und Handeln“ von Altstoffen. Slogan: „Entsorgen ohne Sorgen“. Muchow war oder ist Geschäftsführer von mindestens fünf Unternehmen mit ähnlich schönen Namen. Mal agierte er etwa für die „Hanseatische Entsorgungsgesellschaft“, mal für das „Baustoff-Kontor Lübeck“.

Rolex-Träger Muchow residiert derzeit im Rostocker Hanseatic-Center mit Hafenblick, im Chefbüro eine rote Ledergarnitur. An mindestens drei Stellen in Mecklenburg pachtete er Lagerflächen. Für jede Tonne Material, die Muchow bei namhaften Firmen abholen lässt, kassiert der Newcomer kräftig ab.

Mit Vertrag vom 8. März 1994 pachtete eine Muchow-Firma von dem Elektriker Klaus-Dieter Köpk im mecklenburgischen Lübz ein Grundstück, das „der Oma gehörte“ (Köpk) – die schön versteckte Senke, in der nun die Reifen-Karkassen glühen.

Den Grundbesitzer stellte Muchow anfangs als Hausmeister ein. Pacht plus Lohn, das schien dem unbedarften Ostler Köpk ein doppelt lohnendes Geschäft. Doch die Freude währte nur kurz: Tag und Nacht kippten Lastwagen die schwarze Fracht auf sein Gelände, manchmal sollen ihre Nummernschilder abgeklebt worden sein.

Als nach Beschwerden von Anrainern das Lübzer Staatliche Amt für Umwelt und Natur den Betrieb untersagte, stellte Muchow die Pachtzahlungen ein und feuerte seinen Hausmeister Köpk. Zwar präsentierte Muchow den Beamten noch Pläne für eine wunderbare Recycling-Anlage. Danach sollten mit „modernster Technik“ Gummi, Stahl und andere Stoffe aus den Reifen zur Weiterverwertung getrennt werden. Doch diese Ideen beeindruckten die Beamten gar nicht.

Da eine „Verwertungsabsicht nicht plausibel belegt“ werde, so ein Beschluss des Umweltamtes, sei die Deponie „illegal“ – auch als Zwischenlager. Omas Grundstück war da natürlich schon unter dem Gummiberg großteils verschwunden.

Die harten Worte des Amtes verderben Muchow die Laune nicht wirklich. Schließlich hat er Freude an seinem Geschäft, sei es doch so etwas wie die „Lizenz zum Gelddrucken“.

Die Rechnung werden wohl andere begleichen müssen. Für die Beseitigung der Reifen in Lübz veranschlagte Muchow 750 000 Mark. „Ich bin doch nicht blöd, das zu bezahlen“, sagt der Unternehmer. Er meint, die Behörden seien ja schuld, dass er dort nicht seine Entsorgungsanlage bauen dürfe.

Auf die Anordnung etwa von Zwangsgeldern reagiert der Müllmakler gelassen mit branchenüblichen Manövern wie Widersprüchen. Ein Strafprozess wegen illegaler Abfallentsorgung vor dem Amtsgericht Plau am See konnte mit Hilfe eines prominenten Hamburger Anwalts und Zahlung von 20 000 Mark abgewendet werden.

Derartigen Ärger kennt Muchow: In Rostock, wo er ein Altholzlager unterhält, gibt es ebenfalls Stress mit der Behörde. „Wenn die mir dumm kommen, geht der Laden eben Pleite“, erläutert Muchow den Notausstieg. Dann haftet der Grundstückseigentümer oder der Steuerzahler.

Um solche für die Öffentlichkeit unerfreulichen Geschäfte zu unterbinden, fordern Umweltschützer seit Jahren eine wirksame „Altreifen-Verordnung“. Doch seit dem Regierungswechsel im Bund stocken Expertengespräche mit dem Bundesumweltministerium.

Einstweilen wollen die UBA-Beamten für Kreise und Gemeinden einen Leitfaden zur Früherkennung dubioser Reifenhändler erstellen. Benutze ein unbekannter Unternehmer das Wort „Zwischenlager“, warnt Willing, müssten in den Kommunen sofort „alle Warnsignale angehen“.

Florian Gless, Sebastian Knauer, Andreas Ulrich

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Da müssen wir durch“

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Joachim Meyer, über den innerkirchlichen Streit um die Abtreibung und die Zukunft der katholischen Schwangerenberatung

Meyer, 62, steht seit zweieinhalb Jahren an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), des höchsten katholischen Laiengremiums in der Bundesrepublik. Seit 1990 amtiert der aus Rostock gebürtige Professor für Sprachwissenschaften als Wissenschaftsminister in Dresden.

KNA

ZdK-Präsident Meyer, Papst*: *„Es gibt keinen Bannstrahl aus Rom“*

SPIEGEL: Herr Präsident, Sie wollen sich dem Bannstrahl aus Rom gegen die kirchliche Schwangerenberatung nicht beugen. Proben die deutschen Katholiken den Aufstand?

Meyer: Es gibt keinen Bannstrahl aus Rom. In der ethischen Bewertung der Abtreibung sind sich Katholiken einig. Es geht lediglich um eine praktische Frage. Das deutsche Abtreibungsgesetz will das ungeborene Leben nicht mit Hilfe strafrechtlicher Sanktionen schützen, sondern durch Beratung der Frau im Konflikt. Das ist ein Rahmen, den wir Katholiken nutzen können und müssen.

SPIEGEL: Der Vatikan sieht das anders.

Meyer: Ich halte es wirklich für ein absolutes Missverständnis, den Streit um die Schwangerschaftskonfliktberatung primär als einen Konflikt zwischen der deutschen Kirche und Rom anzusehen. Jeder weiß, dass ein authentisch römischer Kardinal sehr viel mehr Verständnis für die deutsche Situation gehabt hat als ein zweifelsfrei deutscher Kardinal …

SPIEGEL: … Sie meinen den italienischen Staatssekretär des Papstes, Angelo Sodano, und den Präfekten der Glaubenskongregation, Joseph Ratzinger …

Meyer: … es geht in erster Linie um eine Auseinandersetzung unter deutschen Katholiken, in die Rom hineingezogen worden ist.

SPIEGEL: Von wem?

Meyer: Von einer lautstarken kleinen Minderheit, die sich in der deutschen Kirche nicht hat durchsetzen können. Es geht um die Frage, wie bewältigt die Kirche die Herausforderungen der Wirklichkeit. Da gibt es unterschiedliche Positionen. Das Thema Schwangerschaftskonfliktberatung hat die Unterschiede wie in einem Brennglas fokussiert. Ich habe den Eindruck, dass die Mehrheit unter den deutschen Katholiken die Minderheit lange nicht ernst genommen hat und diese deshalb sich so hat nach vorn drängen können.

SPIEGEL: Aber Rom hat sich auf die Seite dieser lautstarken Minderheit gestellt.

Meyer: Das ist leider richtig. Da müssen wir durch. Aber klar ist: Wir verstehen unseren Standpunkt als grundkatholisch.

SPIEGEL: Ist die derzeitige Aufgeregtheit in der katholischen Kirche so etwas wie eine kreative Unruhe?

Meyer: Das wird die Geschichte lehren. Jedenfalls ist es ein Lehrstück für das alte Thema des richtigen Verhältnisses zwischen Einheit und Vielfalt in der Kirche, zwischen der Notwendigkeit des Primats Petri und der Verantwortung der Ortskirche und der Katholiken.

SPIEGEL: Letztmals hat es so etwas 1870 gegeben, als Pius IX. auf dem Ersten Vaticanum das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes durchsetzte. Damals spalteten sich in Deutschland die Altkatholiken ab. Droht wieder eine deutsche Kirchenspaltung?

F. STOCKMEIER / ARGUM

ZdK-Gegner Dyba
„Ich hoffe, er weiß nicht, was er tut“

* Beim Deutschland-Besuch Johannes Pauls II. 1996. Das Gespräch führten die Redakteure Ulrich Schwarz und Peter Wensierski.

Meyer: Wir befinden uns in einer Zerreißprobe, aber wir tun alles, damit es nicht zu einer Spaltung kommt. Konflikte um den rechten Weg der Kirche hat es immer wieder gegeben, denken Sie an den mehr als ein Jahrhundert dauernden Streit um die Demokratie. Unsere Kritiker haben kein dynamisches, sondern ein statisches Kirchenverständnis.

SPIEGEL: Worin besteht denn die Zerreißprobe?

Meyer: Zunächst darin, dass für die Bischöfe und für viele katholische Laien die Schwangerschaftskonfliktberatung eine Gewissensfrage ist. Das gibt nach altem christlichem Verständnis dieser Sache eine besondere Brisanz; denn es ist katholische Lehre, dass man dem Gewissen zu folgen hat, wenn man sich gründlich geprüft hat und sich auf den Boden des Glaubens stellt. Ich habe den Eindruck, dass viele innerkirchliche Gegner der gesetzlichen Schwangerenberatung den Streit als willkommene Möglichkeit betrachten, das in Deutschland gewachsene partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche auszuhebeln.

SPIEGEL: Mit den Gegnern meinen Sie vor allem zwei Kleriker – den Erzbischof Johannes Dyba von Fulda und Kardinal Joachim Meisner von Köln?

Meyer: Nein. Die Position von Kardinal Meisner ist mir zu uneinsichtig, als dass ich mich damit argumentativ auseinander setzen kann. Was die Position von Bischof Dyba anbetrifft, so habe ich den Eindruck, dass es sich bei ihm eher um eine Art von unreflektierter Nostalgie im Blick auf die angeblich früher so seligen Zeiten der Kirchengeschichte handelt.

SPIEGEL: Ein Bischof hat ein kleines Problem, wenn sein Gewissen mit dem des Vatikans nicht übereinstimmt: Der Papst kann ihn feuern.

Meyer: Da ist unsere Haltung ganz klar: Wir lassen uns nicht in einen Grundsatzkonflikt mit unseren Bischöfen hineinhetzen. Wir haben große Sympathie für die Bischöfe. Wir üben auch keinen Druck auf sie aus. Wir wissen sehr wohl, dass sie in besonderem Maße Brückenbauer sein müssen und die Einheit verkörpern.

SPIEGEL: Was steht höher, die Treue zum Papst oder die Gewissensentscheidung, Frauen in Not auch gegen das Veto aus Rom zu helfen?

Meyer: Das muss jeder Bischof selber abwägen.

SPIEGEL: Viele innerhalb wie außerhalb der Kirche schütteln den Kopf: Was streiten die so intensiv um ein untergeordnetes Detail?

Meyer: Untergeordnet würde ich die Frage der Schwangerenberatung nicht nennen. Richtig ist aber: Der Streit in der Kirche hindert uns daran, die Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit zu führen. Denn es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, dass weite Kreise der Öffentlichkeit die gesetzlich geregelte Schwangerschaftskonfliktberatung in Deutschland als Fristenlösung mit Pflichtberatung interpretieren. Das ist aber genau das, was unter erheblichem Einsatz von Christen 1995 verhindert worden ist. Über diese nachträgliche Uminterpretation des Abtreibungsgesetzes müssen wir uns mit Andersdenkenden auseinander setzen. Solange wir innerhalb der Kirche aufeinander einschlagen, steht die weithin an Kirche und Glauben nicht mehr interessierte Öffentlichkeit grinsend dabei.

SPIEGEL: Halten Sie das Abtreibungsgesetz von 1995 nach wie vor für gut?

Meyer: Ich würde das Gesetz nicht als eine Ideallösung bezeichnen. Das tut niemand. Aber wir können es nutzen, uns praktisch für das Leben einzusetzen, indem wir Frauen für ihre Kinder gewinnen.

Das Papstschreiben TZ, MÜNCHEN

SPIEGEL: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken will die deutschen Bischöfe in ihrer Gewissensnot entlasten, indem es eine katholische Schwangerenberatung in eigener Regie einrichtet.

Meyer: Das ZdK wird nicht Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung. Richtig ist: Das Präsidium des ZdK hat zur Gründung einer Initiative aufgerufen, um das katholische Engagement in der Schwangerschaftskonfliktberatung je nachdem, wie sich die Dinge entwickeln, zu unterstützen und fortzuführen. Im Ergebnis dieser Initiative haben katholische Persönlichkeiten den Verein und die Stiftung Donum vitae gegründet.

SPIEGEL: Wie soll das Modell funktionieren? Wollen Sie die 264 kirchlichen Beratungsstellen übernehmen?

Meyer: Nein, diese Stellen kümmern sich nur zum kleineren Teil um die Konfliktberatung. Auf die aber müssen wir uns konzentrieren. Wir werden schrittweise vorgehen und zunächst in jenen Gebieten aktiv werden, in denen der Ausstieg der Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung ein erhebliches Vakuum schaffen würde. Dazu gehören Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

SPIEGEL: Das Projekt kostet einiges.

Meyer: Wir brauchen vor allen Dingen für den Anfang Spenden. Aber dann haben wir auch Anspruch auf öffentliches Geld.

SPIEGEL: Sie wollen nicht nur bürgerliche Vereine unter dem Dach von Donum vitae gründen, sondern auch eine Stiftung, die den Frauen materiell hilft. Das aber wollen auch in jedem Fall die Bischöfe weiterhin tun. Entsteht da eine Konkurrenz?

Meyer: Wie weit es uns möglich ist, den Frauen auch materiell zu helfen, werden wir sehen, denn wir sehen uns selbstverständlich in der Nähe zur amtlichen kirchlichen Hilfe für Schwangere. Allerdings haben die Erfahrungen in der Diözese Fulda gezeigt, die schon 1993 aus der gesetzlichen Konfliktberatung ausgestiegen ist, dass die Beschränkung auf kirchliche Schwangerenberatung Frauen in Not nicht erreicht. Das aber ist die erste Aufgabe der Beratungsstellen unter dem Dach von Donum vitae. Wenn wir darüber hinaus aus konkreter Not helfen können, dann hoffen wir, dass wir das auch tun können. Aber wir sind natürlich Realisten: Zunächst müssen wir die eigene Beratung etablieren.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass es Konflikte um den katholischen Namen gibt?

Meyer: Wir haben bewusst den Begriff Donum vitae – Geschenk des Lebens – gewählt, um einerseits völlig eindeutig zu machen, dass dies aus katholischem Denken kommt; andererseits müssen wir uns von niemandem diesen Namen genehmigen lassen.

SPIEGEL: Den Erzbischof von Fulda hält die feinsinnige Titelwahl nicht von weiterer Polemik ab. Er hat Donum vitae schon laut-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

stark als Donum mortis – Geschenk des Todes – beschimpft.

Meyer: Das ändert nichts daran, dass wir in der Mitte der katholischen Kirche stehen und Dyba dort, wo er uns haben möchte, nämlich in einer Ecke.

SPIEGEL: Ist der neue Name nicht tatsächlich, ähnlich wie die vom Vatikan gerade endgültig verworfene Schein-Lösung, ein katholischer Trick?

Meyer: Also, katholisch-tricki ist das nicht, vielleicht katholisch-wirklichkeitsnah. Da haben wir ja einige Erfahrung.

SPIEGEL: Herr Minister, der Grundsatzkonflikt, den es jetzt in der katholischen Kirche gibt, erinnert an die Situation bei den Grünen: hier die Fundis, die Prinzipientreue höher stellen als den Menschen, dem zu helfen die Kirche nach ihrem Selbstverständnis verpflichtet ist; dort die Realos, die sagen: Jedes Kind, dem wir durch unser Verbleiben in der Beratung zum Leben verhelfen, ist wichtiger, als die eigenen Hände porentief rein zu halten.

Meyer: Das beschreibt in der Tat den Konflikt. Ich bin allerdings nicht so ganz glücklich über Ihr Bild mit dem „porentief rein“, weil ich dahinter das gleiche Missverständnis wittere, das auch bei unseren Kritikern umgeht, nämlich das Missverständnis, was eine freiheitliche Gesellschaft ausmacht. Wenn eine wichtige Voraussetzung einer solchen Gesellschaft die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist, dann ist jeder für das, was er tut, selbst verantwortlich. Das heißt, die Beraterin ist dafür verantwortlich, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen sowie mit Überzeugung zum Kind rät und der Frau hilft, um sie für das Kind zu gewinnen. Dafür steht die katholische Beratungsstelle. Wenn eine Frau dem Rat nicht folgt, haben wir zwar das Recht, das zu bewerten. Aber ich kann nicht das Handeln der Beraterin danach beurteilen, wie sich diejenige, die beraten worden ist, entscheidet.

SPIEGEL: Sie verdächtigen Ihre Kritiker, die wollten Staat und Kirche auseinander dividieren. Es gibt da eine merkwürdige Allianz: Auch unter atheistischen Kirchengegnern verstärkt der Hickhack um die katholische Schwangerenberatung den Ruf nach einer stärkeren Trennung von Kirche und Staat in Deutschland.

Meyer: Mit Sicherheit wird da eine neue Debatte losgetreten. Als der erste Papst-Brief im Juni eintraf, verkündete eine bekannte Fernsehkommentatorin: Das ist die Chance einer laizistischen Kultur in Deutschland. Sie vertritt damit eine Position, die in ihren praktischen Konsequenzen den Folgen dessen, was Dyba betreibt, sehr ähnlich ist. Das ist ein merkwürdiges Pärchen, das man da zusammenstellen könnte. Und es ist so, wie das gelegentlich bei Paaren der Fall ist: Sie weiß ganz genau, was sie will; von ihm kann man nur hoffen, dass er nicht weiß, was er tut.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

R. PRELLER / BILD ZEITUNG

Festgenommene Eggesiner Schläger: *„Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens“*

NEONAZIS

Klima der Angst

Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren gegen die rechten Schläger von Eggesin an sich gezogen. Sie will den Fremdenhass massiv bekämpfen.

Es gibt Orte in Deutschland, die auf Jahre ein Synonym für Terror von rechts bleiben: Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen. Die Liste der Hochburgen der Ausländerfeindlichkeit wird künftig um einen Namen reicher sein: Eggesin, ein kleines Nest in Vorpommern.

Ende des vergangenen Monats machte die national gesinnte Dorfjugend während der „Festtage an der Randow“ Jagd auf zwei Vietnamesen. Die beiden wurden nach dem Volksfest zusammengeschlagen, wenig später kehrten zwei Skinheads zurück. Mit den Worten „Lebst du immer noch“, sagte das Opfer Tien Phong Nguyen, 24, später aus, sei eine der Glatzen auf den Kopf seines Freundes Quoc Vien Thran, 29, gesprungen. Der überlebte nur knapp: Die Ärzte diagnostizierten „Schädelberstungsbrüche“.

T. BÖHME

Verletzter Thran

Eigentlich keine ungewöhnliche Ausländerhatz im braunen ostdeutschen Alltag. 8000 Einwohner hat Eggesin, nur 15 sind Ausländer. Manchen ist schon das zu viel.

Doch dieses Mal wird der Fall nicht von der örtlichen Justiz abgehandelt. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die sich nur bei Angriffen auf Staat und Verfassung einschaltet, hat den Fall an sich gezogen. In den ständigen Attacken sehen die obersten deutschen Strafverfolger eine „Gefahr für die innere Sicherheit“. Die Knüppelkommandos versuchten „unter Ausländern ein allgemeines Klima der Angst, Besorgnis und Einschüchterung hervorzurufen“.

Sechs der mutmaßlichen Schläger sitzen in Haft. Statt der örtlichen Polizei übernehmen jetzt Spezialisten des Bundeskriminalamtes die Ermittlungen. Und der Prozess wird nicht vor einer Jugendstrafkammer, sondern vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Rostock stattfinden. Das Signal ist klar: Der Staat macht Ernst – erstmals wieder seit den Brandanschlägen von Mölln (1992) und Solingen (1993) mit insgesamt acht Toten.

Die Karlsruher Strafverfolger interessierten sich sofort für die Schläger von Eggesin, die bundesweit Schlagzeilen machten. Seit Monaten suchten sie nach einem geeigneten Fall, um die Ermittlungen in der rechten ostdeutschen Szene übernehmen zu können. Denn in der Alltäglichkeit dieser Vorkommnisse, so sehen es die Bundesanwälte, liege die Gefahr für die Republik. Und in den letzten Monaten sei zudem noch eine „Eskalation der Gewalt“ zu beobachten.

45 Prozent aller rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten geschehen in den neuen Ländern. Gerade die Jugendlichen, urteilt das Bundesamt für Verfassungsschutz, betrachteten sich „als Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens“.

So war es wohl auch in Eggesin: Die Schläger, der jüngste 15, der älteste 20 Jahre alt, gehörten entweder dem „Arischen Widerstand“ oder dem „Nationalen Widerstand Eggesin“ an. Abends trafen sie sich in einer Gartenlaube am Stadtrand. Unter SS-Runen und Rudolf-Heß-Bildern hörten sie Skinhead-Musik. Alltag im Osten. Jetzt rollen Fahnder die gewaltbereite Jugendszene in Eggesin auf.

Der schwer verletzte Thran liegt noch immer im Krankenhaus in Greifswald. Ob er je wieder gesund wird, die Ärzte wissen es nicht. Sein Freund Nguyen ist wieder nach Eggesin zurückgekehrt: „Wo soll ich denn sonst auch hin?“ GEORG MASCOLO

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SYGMA

Isabelle Huppert im Film „Madame Bovary“: *Buße für feminine Sinnenlust*

EHE

Sexfreie Wüste

Im Streit um Unterhalt waschen Scheidungswillige wieder schmutzige Wäsche vor Gericht. Das OLG Koblenz schockt mit einem bizarren Urteil.

Bei „Bild“ war der Gottseibeiuns bisher gerne weiblich. Als die Brasilianerin Luciana Gimenez Morad ein uneheliches Kind des Rockstars Mick Jagger erwartete, taufte sie das Blatt „Sex-Luder“. Und Rennfahrer Ralf Schumacher wäre um ein Haar trotz stehender Räder verunglückt: Ein blondiertes „Boxen-Luder“ („Bild“) war ihm an die Montur gegangen.

Vergangenen Dienstag war mit der Teufelinnenaustreibung bei dem Massenblatt ziemlich unvermittelt Schluss – „Bild“ legte eine lila Pause ein. Mit frühfeministischem Furor fragte die Headline auf einmal: „Haben Frauen kein Recht auf Sex?“

Anlass für die Empörung war ein Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz, das einer Frau den Unterhaltsanspruch gegen ihren geschiedenen Mann versagte. Die Krankenschwester hatte sich einen Liebhaber gesucht, nachdem ihr Ex-Gatte jahrelang den Beischlaf verweigert hatte. Die Richter missbilligten den Seitensprung trotzdem: Mit ihrem eintönigen Eheleben hätte sich die Ungetreue abfinden müssen. Tristesse sei „in einer Vielzahl von Ehen“ alltäglich.

Der Protestchor auf den „Bild“-Seiten reichte von einer Schlagersängerin namens Kristina Bach (Sex-Entzug sei so „schlimm wie Handgreiflichkeiten“) bis zur Moderatorin der Frauensendung „Mona Lisa“, Sibylle Nicolai, die meinte, das Urteil sei typisch Mann.

Die unvermeidliche Mutter-Beimer-Darstellerin aus der TV-Serie „Lindenstraße“, Marie-Luise Marjan, hielt dagegen die Flagge christlicher Moral hoch: „Beide haben ein Ehegelübde abgelegt. Sie hat es gebrochen. An ihrer Stelle würde ich mich genieren, Unterhalt zu verlangen.“

Diese Harschheit gegen die feminine Sinnenlust hat eine lange Tradition. Potiphars Weib, dessen Gemahl laut Thomas Mann in Liebesdingen wegen des Fehlens entscheidender Zentimeter verkehrsuntüchtig war, musste seine Sex-Attacke auf den Gottesmann Joseph mit biblischer Verachtung bezahlen.

„Bild“-Schlagzeile
Für Unterhalt leben wie eine Nonne?

Flauberts unglückliche Madame Bovary legte nach ihren außerehelichen Eskapaden Hand an sich; und gute hundert Jahre ist es her, dass die Fontane-Heldin Effi Briest nach einer harmlosen Romanze ehr- und mittellos vom Gatten davongejagt wurde – für etwas, das beim Mann als verzeihlich-galantes Abenteuer gegolten hätte. Ein Teil der heutigen Rechtsprechung wünscht sich diese Zeit zurück. Zwar gilt im Scheidungsrecht das Zerrüttungsprinzip, das nicht nach sexueller Untreue fragt. Aber beim Streit um Unterhalt nach der Scheidung hat das Schmutzige-Wäsche-Waschen vor Gericht wieder Konjunktur. Das Tor zum Fragen nach Schuld und Sühne ist der Paragraf 1579 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Er legt – in bestem Juristenlatein – fest, dass die Zahlungspflicht des Ehegatten entfällt, wenn der Scheidungsunterhalt „grob unbillig wäre, weil dem Berechtigten ein offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihm liegendes Fehlverhalten gegen den Verpflichteten zur Last fällt“.

Dafür kann ein Seitensprung schon ausreichen, vorausgesetzt, so die Oberrichter, der untreue Ehegatte bricht „aus einer intakten Ehe“ aus. Bestraft werden beim Verstoß gegen das Gebot außerehelicher Keuschheit diejenigen, die Unterhalt verlangen müssen. „Das trifft immer nur die Frauen“, kritisiert Professor Siegfried Willutzki,Vorsitzender des Deutschen Familiengerichtstages. „Da gilt die Devise: Will eine Frau Unterhalt, soll sie das Leben einer Nonne führen.“

Der Koblenzer Fall illustriert krass die Benachteiligung der Frau in der Ehe. Die Krankenschwester Cordula F. heiratet 1986 – damals war sie 25 – ihren Kai, der noch auf dem Weg zum Diplom-Ingenieur war und dessen Studium sie mitfinanzierte.

Kai wollte anders als seine Frau keine Kinder. All ihre Versuche, ihren Mann dazu zu bringen, „ein kleines medizinisches Problem“ lösen zu lassen, scheiterten. Die Ehe geriet in eine „emotionale Einöde“, so Cordula F. – der Mann verweigerte Sex, drohte aber für den Fall einer Scheidung, die seine Frau ursprünglich gar nicht anstrebte, mit Selbstmord.

1996 begann die Krankenschwester dann ein intimes Verhältnis mit einem anderen Mann, das zwei Jahre währte. Kurz darauf beantragte sie die Scheidung und verlangte einen so genannten Aufstockungsunterhalt. Cordula: „Heute verdient er drei- bis viermal so viel wie ich.“

Der Mann verweigerte die Zahlung, die drei OLG-Richter sprangen ihm in ihrem durch keine Revision mehr anfechtbaren Urteil bei: Selbst wenn es Probleme gegeben haben sollte, wäre dies „keine Rechtfertigung“ für den Ausbruch der Frau aus der Ehe gewesen.

Der Anwalt der vor Gericht Unterlegenen, Wolfgang Fensch, hält den Spruch für ein „starkes Stück“: Wenn ein Mann persönliche Zuwendung und Familienplanung verweigere, gebe es keine intakte Ehe mehr, ergo auch keinen Ausbruch aus ihr.

Familienrechtsexperte Willutzki unterstellt manchen Richterkollegen persönliche Motive, wenn sie Frauen den Unterhalt versagen, weil sie aus dem Ehe-Gefängnis ausbrechen: „Vielleicht wollen die Richter manchmal auch die Beurteilung ihrer eigenen Ehen retten.“

NIKOLAUS VON FESTENBERG, DIETMAR HIPP

F. DARCHINGER

Rivalen Stoiber, Schäuble: *Wer gibt in der Union den Ton an?*

CDU

Pudern und plaudern

Auffallend gut gelaunt arbeitet Wolfgang Schäuble an der Strategie der Union – und an seinem eigenen Image.

Das Model gilt als eigensinnig, seine Verachtung für den „Zeitgeischt“ ist bekannt. Umso erfreuter war Fotograf Wolfgang Wilde beim Fototermin mit Wolfgang Schäuble für das schicke Bilderblatt „Life & Style“. Als Gerhard Schröder dort im März posierte, geißelte ihn Schäuble noch als „Kaschmir-Kanzler“.

Nun ließ sich der CDU-Chef selbst klaglos pudern und in einen schwarzen Rollkragen stecken, freundlich lächelnd zeigte er sich beim Krawattebinden und plauderte über seine Funkuhr.

Ob beim Posieren vor der Kamera, im Bundestag oder im Berliner Wahlkampf, überall erleben Zuschauer derzeit einen ungewohnt launigen CDU-Chef. Die Siegesserie in Hessen, im Saarland und in den neuen Ländern, der bevorstehende Triumph des mediokren Eberhard Diepgen in Berlin am Sonntag machen aus dem Vorsitzenden des Übergangs unversehens wieder einen Politiker mit größerer Zukunft.

Mit seiner zuweilen qualvoll sachlichen Art empfiehlt sich der Mann im Rollstuhl als seriöse Alternative zu Gerhard Schröder. In einer September-Umfrage überholte Schäuble bei den Sympathiewerten (50 Prozent) den Kanzler (41 Prozent) schon.

Das ist eine Momentaufnahme, mehr nicht. „Nach der Berlin-Wahl beginnt eine neue Etappe der Oppositionsarbeit“, sagt denn auch der CDU-Vorsitzende. Und die nächste Etappe dürfte schwieriger als die erste ausfallen. Im Bundestag muss er heftig gegen die Regierung wettern, zugleich im Bundesrat die Zusammenarbeit organisieren.

Schäuble hat sich für eine Stop-and-go-Strategie entschieden: mal mit der Regierung gehen, dann wieder kunstvoll bremsen. Eine Blockade, ist Schäuble überzeugt, lässt sich drei Jahre lang nicht durchhalten. „Allzu arg“ möchte er sich aber auch wieder nicht in die Mitverantwortung ziehen lassen. Nur bei Gesetzen, die die Zustimmung der CDU-Länder im Bundesrat brauchen, ist er zu Kompromissen bereit.

Ein Ja zu Teilen des Sparpakets mit dem Einstieg in eine Steuerreform oder mit Korrekturen am 630-Mark-Gesetz zu verknüpfen, hält er für unklug, weil CDU/CSU damit überzogene Erwartungen schürten: „Wir sollten uns nicht größer machen, als wir sind.“

Die Balance zwischen Opponieren und Mitmachen kann vor allem die bayerische Schwesterpartei stören. Anders als Schäuble will CSU-Chef Edmund Stoiber der SPD über das Sparpaket hinaus „einiges abverhandeln“.

Bei der Strategierunde von CDU und CSU an diesem Montag möchte Stoiber die Handschrift der Christsozialen einmal mehr deutlich machen und sich für ein Junktim zwischen Sparpaket und anderen Reformthemen, etwa den Steuern, einsetzen. Vordergründig geht es um die Sachen, immer aber geraten die Treffen zum Kräftemessen: Wer gibt den Ton in der Union an?

Die eingetrübte Lichtgestalt Stoiber verspürt ein dringendes Bedürfnis nach Erfolgserlebnissen. Der Ministerpräsident laboriert an einer Pechsträhne. Beim Parlamentsauftritt im Februar wirkte er überfordert und nährte Zweifel an seiner Bundestauglichkeit.

In der Affäre der Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft (LWS) um eine 367-Millionen-Mark-Fehlkalkulation mit Ostimmobilien wurde Stoibers Image als unfehlbarer Vorsitzender der Bayern AG schwer lädiert. Dazu musste der verblüffte „Edi“, wie Außenminister Joschka Fischer den Perfektionisten gern foppt, erleben, wie sich sein unbotmäßiger Justizminister Alfred Sauter der Entlassung widersetzte und die Ausführungen des Ministerpräsidenten „Schafscheiß“ nannte.

Zufrieden stellt man in der CDU fest, dass der überlebensgroße Bayer sich in einem Schrumpfungsprozess befindet. Im Rennen um die Kanzlerkandidatur hat Schäuble deutlich aufgeholt.

Ein Ruck sei in den letzten Monaten durch den Vorsitzenden gegangen, berichten Fraktionsmitarbeiter, die häufig mit dem Chef zu tun haben. „Der will's wieder wissen“, glaubt ein CSU-Spitzenmann.

Als Indiz gilt, dass Schäuble seine Behinderung in der Öffentlichkeit auffallend häufig erwähnt. Mal klagt er über die Hitze („Bei einem Querschnitt hat man da Probleme“), dann lässt er Zuhörer wissen, dass ein Gelähmter viel liegen muss. Immer arbeitet er scheinbar beiläufig daran, dem Publikum das Leben im Rollstuhl als etwas ganz Normales vorzuführen.

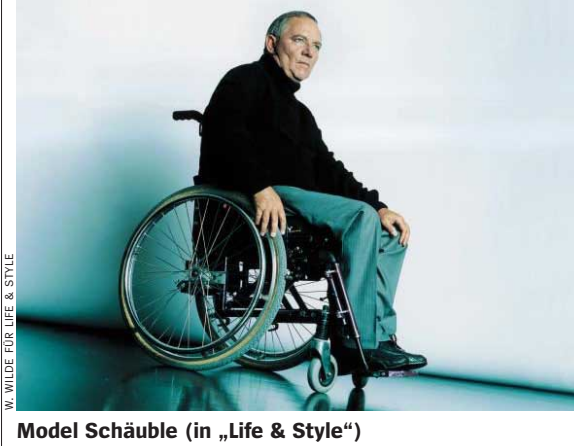
So hielt er es auch ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl, als immer mal wieder Hoffnung keimte, der ewige Kanzler Helmut Kohl werde ihm sein Amt übertragen.

Beharrlich setzt Schäuble seine menschelnde Öffentlichkeitsarbeit fort. Er sei keiner, der seine Zeit gern mit Hirngespinsten wie dem Traum vom Laufen vertue, ließ er das Publikum vergangene Woche via „Zeit“ wissen.

Rivale Stoiber dagegen muss am Wochenende erst einmal den CSU-Parteitag ohne größere Blessuren überstehen. Dass sein Ruf ramponiert ist, nimmt ihn schwer mit. Schon lästert er intern, die CDU verdanke ihre jüngsten Erfolge nur der niedrigen Wahlbeteiligung.

Wolfgang Schäuble kontert mit betonter Liebenswürdigkeit. Er solle sich die LWS-Affäre nicht so zu Herzen nehmen, tröstete er den Bayern. Die werde ihm sicher nicht schaden.

TINA HILDEBRANDT



W. WILDE FÜR LIFE & STYLE

Model Schäuble (in „Life & Style“)
„Der will's wieder wissen“

Duell unter Freunden

Es war immer eine schwierige Beziehung zwischen verwandten Charakteren: Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Der Ex-Finanzminister liefert jetzt in einem Buch seine Version vom Rücktritt. Doch wie kam es wirklich zu dem überraschenden Bruch im vergangenen März?

Kanzler Schröder, Sprecher Heye nach der Bekanntgabe von Lafontaines Rücktritt: *„Hat jemand was von Oskar gehört?“*

M. URBAN

Gerd und Oskar – Ende eines Duos

Die Ereignisse am 10. und 11. März 1999

Die Kampfansage schien ins Leere zu gehen. Mit starrem Blick, verschanzt hinter einer eisig spiegelnden Glätte auf dem runden Gesicht, lauschte Oskar Lafontaine am Morgen des 10. März 1999 unbewegt den Worten seines Kanzlers. Der beschwor in der Kabinettssitzung fünf Monate nach dem Start der rot-grünen Regierung ihren Untergang.

Auch Gerhard Schröder zeigte keine Erregung. Kalt und ohne Tremolo sagte er: „Es ist weltweit einmalig, was sich da zusammenbraut, dass sich die gesamte Wirtschaft zurückhält mit Investitionen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Es wird einen Punkt geben, wo ich die Verantwortung für eine solche Politik nicht mehr übernehmen werde!“

Die Ministerrunde saß versteinert da. Stand es so schlimm? Schröder, eingerahmt von Außenminister Joschka Fischer und Kanzleramtsminister Bodo Hombach, hatte verhalten begonnen und an den Wahlkampf erinnert. Hatten sie nicht die neue Mitte umworben und tatsächlich ihr Vertrauen erhalten? „Aber hier gehen immer noch einige davon aus, dass man das Land gegen die Wirtschaft regieren kann. Das geht nicht.“

Mit keinem Wort und keiner Geste machte Schröder kenntlich, dass er sich ausschließlich an den Mann wandte, der ihm direkt gegenübersaß. Pokergesichter. Die Herren wichen auch dem Blick des anderen nicht aus. Sie kannten das Spiel seit 20 Jahren, so lange, wie sie sich kennen. Schröder umkreiste den Adressaten. Erst nahm er sich die leise Familienministerin Christine Bergmann vor: Sie habe mit dem Vorschlag, den Erziehungsurlaub flexibler zu gestalten, der Wirtschaft einen der gefürchteten „Nadelstiche“ versetzt. Schröder fand das „völlig unakzeptabel“. Dann kam Umweltminister Jürgen Trittin dran, dessen Beamte an einer Novelle der Sommersmog-Verordnung arbeiteten.

„Immer dann, wenn wir rot-grüne Verkehrspolitik machen, bekommen wir Probleme“, monierte Schröder.

Endlich erwähnte der Kanzler den peinlichen Zahlenwirr-

LS-PRESS

Partner Schröder, Fischer, Lafontaine*: *Gestörte Kommunikation*

* Nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags in Bonn am 20. Oktober 1998.

Privatier Lafontaine, Sohn Carl-Maurice in Saarbrücken: *„Das ist doch absurd“*

F. OSSENBRINK

warr um die Belastung der Energieversorger, auch den Zickzackkurs bei den Steuerreformen. Knapp kam sein Resümee: „So kann das nicht weitergehen.“ Den Namen Lafontaine sprach er noch immer nicht aus. Doch war jedem klar, wer gemeint war.

Nicht zuletzt Lafontaine selbst. Er kannte das alles bereits. Den Vortrag des Kanzlers hatte er sich schon am Montag im Parteirat anhören müssen, als Antwort auf die verlorene Hessenwahl. Dass Schröders Rede ein gezielter Affront gewesen sein sollte, wie ihm Genossen sagten, wollte er da nicht akzeptieren. Er wiederholte seine Appelle, die „arbeitnehmer- und familienfreundliche Politik“ der ersten Regierungswochen fortzusetzen. Jetzt im Kabinett sagte er zur Verblüffung aller: „Gerd, ich gebe dir in allen Punkten Recht.“ Für Abstimmungsgespräche stehe er zur Verfügung.

War das Hohn? Abwehr? Einknicken? Als die beiden Herren sich anschließend über den Verteidigungshaushalt unter vier Augen berieten, ging es sachlich zu. Möglich, dass Lafontaine, wie jedes Mal, gesagt hat, man müsse viel mehr miteinander reden. Möglich auch, dass Schröder hinterher äußerte: „Ich glaube ihm.“ Keiner will sich so recht erinnern. Die Standpauke des Kanzlers im Kabinett war jedenfalls kein Thema zwischen den Männerfreunden. Wenn es ernst wird, reden Politiker nie miteinander.

Gegen 18 Uhr versammelte sich eine Gruppe linker SPD-Abgeordneter bei Lafontaine im Finanzministerium: Gernot Erler, Ludwig Stiegler, Ottmar Schreiner, Andrea Nahles und Michael Müller. Der erinnert sich: „Wir wollten den angeschlagenen Oskar stabilisieren.“ Doch der wiederholte mit heroischer Geste, was er seit Wochen sagte: „Es kommt nicht darauf an, wie schlecht es dem Vorsitzenden geht. Es kommt darauf an, dass es der Partei gut geht.“

Tatsächlich kam Lafontaine in der tristen Finanzkaserne den Besuchern überraschend entspannt vor. Kein Zorn über die Kanzlerschelte im Kabinett, keine Spur von Resignation. Stattdessen empfing er die Besucher mit einer Scherzfrage: „Was ist der Unterschied zwischen Trittin und mir?“ Nach einer kurzen Pause antwortete er prustend: „Der fällt um, ich nicht!“

Die Stimmung verdüsterte sich aber, als Lafontaine, um ein Beispiel unfairer Behandlung vorzuführen, eine Agenturmeldung vom Nachmittag verlas: Bundeskanzler Schröder habe Vertretern der Energiewirtschaft mitgeteilt, das Zahlenwerk des Finanzministers sei offensichtlich falsch gewesen.

Das, sagte Lafontaine, sei alles Unfug. Nun begannen die Abgeordneten darüber zu schimpfen, wie desolat die Kommunikation zwischen Regierung und Fraktion sei. Lafontaine klagte, wie oft unter Vertrauten, über Widersprüchlichkeiten, Mutlosigkeit und „diese handwerkliche Scheiße, über die ich mich kriminell ärgere und nach außen nichts sagen darf“.

Gegen 19.15 Uhr wurde Lafontaine in einer Mappe eine weitere Agenturmeldung hereingereicht, die er empört vorlas: „Schröder droht indirekt mit Rücktritt“, hatte dpa um 18.56 Uhr unter Berufung auf „Bild“ vom nächsten Tag gemeldet.

Irritiert und aufgebracht wandte sich Lafontaine an seine Beraterin Dagmar Wiebusch: „Das ist doch absurd. Ruf doch mal den Heye an, der Gerd soll das dementieren.“ Wiebusch meldete wenig später: Der Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye dementiere „auf allen Kanälen“. Das schien Lafontaine zunächst zu besänftigen. Doch dann brach es im Zorn aus ihm heraus: „Eine solch katastrophale Regierungsführung habe ich noch nie gesehen.“

Monate später wird Oskar Lafontaine die falsche „Rücktritts“-Drohung als „letzten Tropfen“ bezeichnen für seinen aufgestauten Verdruss. Das betraf aber nur den Zeitpunkt. Die Entscheidung zu gehen, hatte er innerlich längst getroffen. Im Mai, nach der Wahl des Bundespräsidenten Johannes Rau, sollte Schluss sein.

Aber nun brodelte es in ihm. Die Teilnehmer der Runde konnten fast physisch spüren, wie sich Lafontaine im Laufe der abendlichen Sitzung immer mehr mit Zorn auflud. Denn über die Quel-

M. DARCHINGER

Ehepaare Schröder, Lafontaine an der Saar (1997): *Gipfel der Vertrautheit*

Zwei Macher und die Macht

Die Wurzeln einer politischen Freundschaft

Die öffentlich zelebrierte Freundschaft zwischen Lafontaine und Schröder war immer zu schön, um wahr zu sein. Sie war aber auch zu wahr, um schön enden zu können. Männerfreundschaft heißt in der Politik seit Franz Josef Strauß und Helmut Kohl etwas, das nicht wirklich Freundschaft sein kann. Oskar und Gerd – zwei Kerle wie aus Cowboy-Filmen, mit ähnlichem Zugang zur Politik, Machtmenschen. Von Anfang an verliefen ihre Zuneigungsbekundungen zu schrill und zu aufdringlich. Und bis zum Schluss gebärdeten sie sich bisweilen wie die Lümmel von der letzten Bank, pennälerhaft und albern.

„Da ist ja unser neuer Freund“, hatte der Juso-Vorsitzende Schröder 1978 im Ratskeller von Berlin-Charlottenburg gejauchzt, als der Saarbrücker Oberbürgermeister Lafontaine, damals gerade 35 Jahre und nur wenige Monate älter als Schröder, zur versammelten SPD-Linken stieß. Auf dem Kölner Parteitag zur Raketen-Nachrüstung hatte „der Oskar“ als Star der Friedensbewegung innerhalb der SPD zu funkeln begonnen – gegen Helmut Schmidt. Und Schröder war voller Bewunderung für den Mann, der später Willy Brandts Lieblings-Enkel werden sollte. Er selbst galt dem „Alten“ eher als „Schluri“, zwar frech wie Oskar, aber weder so ausgebufft noch so gebildet.

Im Binnenverhältnis der beiden war immer Lafontaine der Leitwolf, an dem Schröder herumstupste. Zu den brennendsten Enttäuschungen seiner Niederlage im Kampf um das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten gehörte 1986 für den jungen Schröder die Einsicht, „dass mir jetzt erst mal für längere Zeit der Saarländer in allen Bereichen überlegen ist. Das erkenne ich auch an.“ In einem Wahlkampf-Spot für den Kanzlerkandidaten Lafontaine pries der Niedersachse den Saarländer 1990: „Für mich ist Oskar Lafontaine der richtige Kanzler, weil er klar denkt und entschlossen handelt.“

Danach jedoch, als es Schröder in Hannover auch zum Ministerpräsidenten gebracht hatte, wurde er aufsässiger. Aber Chef blieb Oskar, nicht erst seit und weil er Parteivorsitzender war. Wenn Schröder, um eine wirtschaftliche Position zu erklären, sagte: „Oskar, du weißt doch, ich bin eben ein Auto-Mann“, dann antwortete Lafontaine: „Gerhard, ich glaube, du bist ein Auto-Didakt.“ Schröder fand das immer lustig, auch vor Publikum. Oskar sagte hinterher nur: „Den hab ich versenkt.“

Freundschaft? Ähnlichkeit. Ohne Väter aufgewachsen, aus kleinen Verhältnissen stammend, mochte jeder am anderen, was er auch für seine eigene Stärke hielt: gnadenlosen Ehrgeiz, die Instrumentalisierung von Gefühlen, eine geniekultige Geringschätzung von Geschichte.

Und natürlich misstrauten sie einander aus tiefstem Herzen. Anlässe hatten beide genug. Was muss das für ein Mensch sein, fragte sich Lafontaine, der die Folgen des Attentats auf ihn kühl in Wählerstimmen für sich umrechnet? „Der Stich in den Hals hat

zwei Prozent gebracht“, soll Schröder ihm am Telefon 1990 gesagt haben. Und dass der sich abwandte mit dem Kain-Zitat: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“, als die Karriere des Saarbrückers an seiner „Rotlicht“-Affäre und der Kritik an den Pensionsansprüchen zu scheitern drohte – das hat Lafontaine auch nicht vergessen.

Umgekehrt verbaute Lafontaine dem Männerfreund aus Hannover 1993 eiskalt den ersten Anlauf auf SPD-Vorsitz und Kanzleramt. Bei der „Urwahl“ der Mitglieder unterstützte er – im Verein mit den Schröder-Gegnern Johannes Rau und Björn Engholm – den von ihm selbst gering geachteten Rudolf Scharping. Angeblich wollte der nur SPD-Chef werden, nicht Kanzlerkandidat, was Lafontaine eine Chance ließ.

Schröder müsse verstehen, dass unter diesen Umständen mit ihm zusammen keine „personelle Konstellation“ möglich sei, ließ Oskar seinen Gerd wissen, persönlich sei das aber nicht gemeint. Schröder geknickt: „Ich habe das begriffen.“

Er verlor die Urwahl ohne Lafontaines Hilfe gegen Scharping und trug daran schwer. Lafontaine wiederum verzieh Scharping nie, dass der am Ende selbst für das Kanzleramt kandidierte.

Auf der Basis ihrer Wut auf den Rheinland-Pfälzer fanden die Männerfreunde dann wieder zueinander. Ihre Chance kam, halb erwünscht, aber nicht abgesprochen und schon gar nicht konspirativ durchgeplant, im November 1995 auf dem hoch emotionalen Mannheimer Parteitag. Seit Oskars „Putsch“ gegen den Parteivorsitzenden Scharping, zu dem ihn Schröder, wie viele andere, dringlich ermutigte, galten beide bei alten Sozialdemokraten als knallharte Karrieristen mit charakterlichen Defekten. „Mannheim“ wurde vielen Genossen zur Chiffre für schwärende Wunden und unbeglichene Rechnungen.

Die beiden Sieger aber wussten, dass sie ihre Zukunftschancen nur gemeinsam vorantreiben konnten. So entwickelte sich – in vager Absprache – die Doppelspitze, mit familiären Kontakten wärmend unterfüttert. Dass Oskar Lafontaine und seine Frau Christa ihn und seine Ehefrau Doris Köpf im Frühjahr 1997 zur Taufe von Carl-Maurice einluden, rührte Schröder.

Die Fotos vom Treffen der Ehepaare an der Saarschleife signalisierten den Gipfel von Vertrautheit. „Politiker haben selten Zeit, Freundschaften zu pflegen“, sagte Schröder. „Aber wenn es den Begriff Freundschaft in der Politik gibt, dann würde ich ihn hier anwenden.“ Das war die Sprachregelung. Noch im Dezember 1998 verkündete auch Lafontaine: „Ohne unsere Freundschaft hätte in den vergangenen Jahren nichts funktioniert.“

Stimmig war daran, dass die beiden Powerfiguren einander in so vielen Krisen und bei so vielen Deals erlebt hatten, dass sie sich kaum noch überraschen konnten. Sie waren freundlich voreinander auf der Hut. In den Medien machte sie das schon zu „Zwillingen“.

Es mochte wohl sein, dass der ambivalente und vom Leben gebeutelte Saarländer ungleich komplizierter als der geradlinige Schröder war, auch strategisch kühler. Aber als Trickser war Schröder ihm letztlich überlegen. Denn mit seinem selbstkritisch klingenden Angebot, nach einem Minus von zwei Prozent bei der Niedersachsenwahl käme er als Kandidat für Bonn nicht mehr in Frage, verwandelte er die Wahl-Entscheidung von Hannover in ein Plebiszit über die Kanzlerkandidatur.

Attentatsopfer Lafontaine (1990)
Umrechnung in Wählerstimmen

M. NAUMANN

Darum drehte sich fortan die Diskussion in Niedersachsen: Reicht es für den Kanzlerkandidaten, oder reicht es nicht? Wird es Gerd oder Oskar?

le der Indiskretionen hatte er schon damals keine Zweifel: das Kanzleramt. Systematisch seien von dort Illoyalitäten gegen ihn ausgegangen, erzählte er. Vor allem Kanzleramtsminister Hombach habe sich in Dinge eingemischt, die allein die Partei beträfen.

Bei den Gesprächen um die Neuausrichtung der Partei für einen „Dritten Weg“ habe der Kanzleramtsminister den britischen Sozialisten klargemacht, dass die Parteikontakte nicht über das SPD-Hauptquartier zu laufen brauchten, sondern direkt über ihn. Darüber, so der SPD-Vorsitzende an jenem Abend, müsse im Präsidium geredet werden. „Schreib das auf, Ottmar“, wies er seinen Geschäftsführer Ottmar Schreiner an.

Am späten Abend empfing Lafontaine in der saarländischen Landesvertretung, die er sich noch als Ministerpräsident mit guter Küche, exzellentem Weinkeller und vertrautem Dekor zu einem Stück Heimat ausgebaut hatte, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Der erlebte einen deprimierten Oskar und hörte den schockierenden Satz: „Der kann es nicht.“

Auch Schröder hatte noch spät Besuch. Alfred Tacke, Wirtschaftsstaatssekretär und langjähriger Weggefährte und Berater, war erschrocken über seinen niedergeschlagenen Chef. Er verließ das Büro mit der klaren Botschaft: So kann es nicht weitergehen.

Am nächsten Tag ging Oskar Lafontaine zunächst seinen Pflichten nach. Mit EU-Kommissar Neil Kinnock, dem früheren Vorsitzenden der Labour Party, aß er in der Saar-Vertretung zu Mittag. Was keiner ahnte: Zu diesem Zeitpunkt hatte Lafontaine bereits drei Abschiedsbriefe geschrieben – an den Kanzler, den Bundestagspräsidenten und an die SPD.

Am frühen Nachmittag tauchte er im Ministerium auf und erschreckte seine langjährige Sekretärin Hilde Lauer mit der Aufforderung: „Häng das Bild ab, und pack es in den Koffer.“ Er wies auf das Foto, das seine Frau Christa und seinen Sohn Carl-Maurice mit einem Riesenbovist zeigte, sein Trostblickfang im kargen Büro des Vorgängers Theo Waigel.

Den fragenden Blick seiner Mitarbeiterin beantwortete der Minister mit weiteren Anweisungen: „Sag der Fahrbereitschaft Bescheid, wir fahren nach Saarbrücken.“ Lauer: „Und wann kommen Sie wieder?“ Oskar: „Hierher komme ich nie mehr zurück.“ Dann gab er ihr die drei Briefe mit genauen Zeitangaben für die Übermittlung an den Kanzler, die Partei und den Bundestag.

Dass vom Finanzminister nach der „Standpauke“ und der „Bild“-Geschichte keine Reaktion gekommen war, beunruhigte die Schröder-Mannschaft. Um 15.30 Uhr erkundigte sich der Kanzler: „Hat jemand was von Oskar gehört?“

Gegen 15.40 Uhr lieferte ein Bote Lafontaines Brief mit der Aufschrift „Für den Herrn Bundeskanzler – persönlich“ im Vorzimmer ab. Schröder, der gerade allein an seinem Schreibtisch arbeitete, mochte zunächst kaum glauben, was er las: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich trete hiermit als Bundesminister der Finanzen zurück. Mit freundlichen Grüßen – Oskar Lafontaine“.

Sofort versammelte der Kanzler eine Runde von Vertrauten in seinem Amtszimmer: Staatssekretär Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerbüro-Leiterin Sigrid Krampitz und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Erst von Staatssekretär Heye erfuhr Schröder dann, dass Lafontaine ebenso lapidar aus dem Parteivorsitz und dem Bundestag ausgeschieden war wie aus dem Kabinett. Keine weiteren Erläuterungen? Unablässig versuchte Vorzimmerdame Marianne Duden, Lafontaine anzurufen, doch der wollte mit dem Kanzler nicht reden. Die Sache sei entschieden, ließ er ausrichten; außerdem sei er praktisch schon auf dem Wege nach Saarbrücken.

Später, als er über ein Mobiltelefon zu erreichen war, verweigerte er den direkten Kontakt mit Schröder. Wieder erfuhr der Kanzler nur über eine dritte Person, dass der Entschluss seines Partners feststehe. Es gebe nichts mehr zu bereden. Schöne Grüße. Dann wurde aufgelegt. Alle Versuche von Schröder, seiner Crew und seiner Frau, Lafontaine zu sprechen, blieben seither ergebnislos.

Einem Freund wird der Saarländer später sagen: „Ich hatte nur die Alternative, den Tyrannen zu morden oder zu gehen.“

Ende einer Männerfreundschaft.

Der lange Weg zum kurzen Abschied

Das Protokoll eines Machtkampfs

SEYBOLDT-PRESS

REUTERS

DER SIEG IN NIEDERSACHSEN macht Schröder zum Kanzlerkandidaten der SPD. Lafontaine muss ihn vom fernen Saarbrücken aus dazu ernennen – Rivalen der Macht bleiben sie dennoch.

SONNTAG, 1. MÄRZ 1998, HANNOVER.

Es reicht für Schröder. „Hallo Kandidat“, sagt Oskar Lafontaine am Telefon, noch bevor die Hochrechnungen keinen Zweifel mehr lassen an einem überwältigenden Sieg. Knapp 48 Prozent – nicht nur für die SPD, sondern vor allem für Gerhard Schröder. Ein Niedersachse solle endlich Kanzler werden.

Es ist Lafontaines zweiter Anruf in Schröders Dachwohnung. Schon gegen 16 Uhr hatte er, als die Institute erste Trends meldeten, ein paar nette Worte verloren. Schröder macht sich auf in sein Büro in der Staatskanzlei, wo Lachs-Häppchen stehen und Champagner, Marke „Paul Eveque“. Monatelang hat er sich allenfalls mal einen Schluck gegönnt.

Um ihn herum fiebern Gattin Doris Köpf, Bürochefin Sigrid Krampitz, Sekretärin Doris Scheibe, Amtschef Frank-Walter Steinmeier, Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke, Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, Schröders Freund, der Anwalt Götz von Fromberg – die politische Familie.

Auf dem schwarzen Ledersofa hat sich Bodo Hombach ausgebreitet, das Handy unentwegt am Ohr. Im Siegesjubel versuchen die Hannoveraner, den Mann aus NRW nicht für einen Fremdkörper zu halten. Lafontaines dritter Anruf, der offizielle: Glückwunsch von Ministerpräsident zu Ministerpräsident.

Schröder geht erst spät hinüber in den Landtag. Journalisten aus aller Welt haben ihre Satelliten-Ohren aufgebaut, allein für den NDR sind 200 Kräfte im Einsatz. „Dieser Tag ist natürlich schon eine Wucht“, sagt Schröder, „die Ära Kohl ist zu Ende.“

Der ewige CDU-Kanzler hatte kurz zuvor noch Wetten auf den Kandidaten Lafontaine abgeschlossen. Verloren. Dabei hatte er selbst 1993 am Rande der Hannover-Messe auf einen Bierfilz gekritzelt: „Schröder wartet bis 1998.“

SONNTAG, 1. MÄRZ, SAARBRÜCKEN.

Eine Haustür, in der Straße Am Hügel, öffnet sich, heraus tritt ein feixender Oskar Lafontaine. Er balanciert auf einem Tablett Schnapsgläser zum Zaun, wo seit Stunden die Journalisten warten. Großaufnahme: Mirabellenschnaps. Und eine Grinse-Grimasse, gefroren.

Nein, dies ist nicht das Ergebnis, auf das Oskar Lafontaine gehofft hat. „Sie sehen“, sagt er, „der Parteivorsitzende ist fröhlich.“ Er zweifelt wohl selbst daran, dass man es ihm ansehen kann. Schon am Nachmittag war Lafontaine mit Söhnchen Carl-Maurice auf den Schultern über den Balkon geturnt. Die ersten Trends hatten seine schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Zum zweiten Mal nach 1990 ist sein Lebenstraum vom Kanzleramt zerstört. Und ausgerechnet der Hannoveraner würde kriegen, was er immer wollte.

MONTAG, 2. MÄRZ, BONN.

Die Mitarbeiter des Parteivorstands haben sich im Ollenhauer-Haus zum Jubelspalier aufgereiht – Gerd ist der Größte, aber ohne Oskar ist alles nichts. Schröder und Lafontaine machen den Eindruck, als sei die Eindeutigkeit des letzten Abends nur ein kurzer Traum gewesen.

Nun sieht es plötzlich wieder aus, als sei alles so offen wie zuvor. „Sehr ruhig, sehr bescheiden“, heißt es, habe Schröder im Vorstand die Leistung seiner Partei gewürdigt; „fast weihevoll“ habe Lafontaine gesprochen.

Rivalität? Die alten Geschichten scheinen vergessen. Aber wie lange? Sieben Monate muss das Duo fehlerfrei seinen Paarlauf absolvieren. Sieben Monate muss Lafontaine seine Spitzen gegen den Kandidaten unterdrücken, den er für eine Art kleinen Bruder hält und manchmal für etwas unseriös.

An diesem Montag, kurz nach eins, kann sich der Sieger, sonst nicht gerade das Idol der SPD-Gremien, der Händeschüttler kaum erwehren. Will er auch nicht. Johannes Rau, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, rückt an seine Seite: „Wir lassen nichts mehr anbrennen.“

Der Vorstand bestätigt den Kandidaten durch Wahl, drei Genossen enthalten sich der Stimme. Eine Stunde lang beantwortet ein aufgekratzter Schröder danach die Fragen der Journalisten. Das Programm sei abgestimmt. Im Fall des Sieges würde die Kürzung der Lohnfortzahlung zurückgenommen, die Rentenreform korrigiert, das Steuersystem modernisiert

Oskar Lafontaine sitzt schweigend daneben, er hört, lächelt und nickt zuweilen. Manchmal flüstert er Schröder etwas zu, bevor der antwortet. Nur eine Frage beantwortet der Saarländer selbst: als es um die Wirtschaftspolitik geht. Schröder schiebt den Unterkiefer vor: Haifischlächeln. Am Rande murmelt ein Lafontaine-

Fan, dass es nun ganz wichtig sei, den Kandidaten programmatisch einzumauern.

Alles scheint immer noch wie früher.

SAMSTAG, 7. MÄRZ, HANNOVER.

Gerhard Schröder feiert Hochzeit mit Doris Köpf. Aber vorher ist noch Geschäftliches zu erledigen. Kurz vor acht fährt das VW-Aufsichtratsmitglied Schröder zum Flughafen. Im Jet wartet VW-Vorstand Ferdinand Piëch. Der Flug geht nach London, zu den Bossen von Rolls-Royce. In Crewe, 250 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt, besichtigen die beiden das feine Autowerk. Piëch will die legendäre Marke kaufen. Nach der Rückkehr startet in Hannover die Hochzeitsfeier. Wieder einmal hat Schröder sein Image untermalt: erst die Wirtschaft, dann das schöne Leben.

DIENSTAG, 10. MÄRZ.

„Ich bin bereit", sagt Schröder in millionenfacher Auflage aus deutschen Tageszeitungen. Oskar ist nicht im Bild – eine öffentliche Emanzipation.

SAMSTAG, 14. MÄRZ. SAARBRÜCKEN.

Rau fährt in der Staatskanzlei vor, ihm geht es um sein erstrebtes Präsidenten-Amt. Danach ruft Lafontaine den Kollegen in Hannover an: Rau wolle den Platz als Ministerpräsident für seinen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement räumen. Schröder reagiert begeistert: Den Macher und Modernisierer Clement wünscht er sich als Verbündeten im 18-Millionen-Land NRW. Die Botschaft heißt: „Etwas Neues beginnt." Lafontaine weist Schröder darauf hin, dass Rau die Unterstützung bei der Wahl zum Staatsoberhaupt erwarte. „Das war der Preis", erklärt Schröder später.

MONTAG, 16. MÄRZ, AUTOBAHN BONN–DÜSSELDORF.

Auf dem Beifahrersitz seines Dienst-BMW qualmt der Preussag-Manager Bodo Hombach eine dicke Zigarre. Sein Handy klingelt. „Noch nicht?", fragt er knapp, brummt und pustet schwere Rauchwolken aus.

Hombach hat die SPD-Wahlkampfzentrale in Bonn inspiziert und ist auf dem Weg ins heimische Mülheim. Später, in der Abenddämmerung, kommt endlich der ersehnte Anruf. Johannes Rau hat bekannt gegeben, dass er zur Sommerpause sein Amt dem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement übertragen wolle. Rau legt Wert auf den Hinweis, dass kein Zusammenhang mit der Wahl des Bundespräsidenten ein Jahr später bestünde. Über derlei Unterstellungen hat sich der fromme Christ Rau sehr geärgert. Hombach kehrt bei seinem Lieblings-Japaner in Düsseldorf ein, isst Sushi und genehmigt sich Sake.

DIENSTAG, 7. APRIL, HANNOVER.

Gerhard Schröder hat Geburtstag. Er wird 54. Lange hat er geschwankt, ob er Tony Blairs Einladung annehmen soll, ihn an diesem Tag in 10, Downing Street zu besuchen. Es hieß, der britische Premier habe ihm sogar eine Geburtstagstorte zugesagt. Schröder entscheidet sich für einen Kurzurlaub mit Gattin Doris.

SAMSTAG, 11. APRIL.

Lafontaine im SPIEGEL: „Gerhard Schröder und ich arbeiten eng zusammen. Alle Versuche, uns auseinander zu bringen, sind zum Scheitern verurteilt. Wir wissen, dass wir nur gemeinsam gewinnen können. Das gilt für die ganze SPD-Führung."

FREITAG, 17. APRIL, LEIPZIG.

515 Delegierte im Hollywood-Rausch. Exakt um 10.15 Uhr verdunkelt sich der Parteitags-Saal, der in königlichem Blau und majestätischem Rot gehalten ist. Leise Musik erklingt, steigert sich zum Crescendo. Ein gefühliges Video flimmert über mehrere Großleinwände: satte Felder, Kinder, schnelle Züge, Handys. Dann erscheint der Kandidat, markig. Er zieht kräftige Linien. So wie dieser Video-Schröder unterschreibt ein Kanzler. „Lichtstimmung V", befiehlt der Regieplan. Wahlkampfchef Franz Müntefering und seine Mannen hatten ein Ziel: Gänsehaut für jeden, wenn Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine Seite an Seite im gleißenden Licht durch den halbdunklen Saal zum Podium schreiten und laut Regie „winken bis zum Ende der Musik".

M. DARCHINGER

DER LEIPZIGER PARTEITAG ist der Beginn der großen Show des unzertrennlichen Duos.

Gerade mit dieser glitzernden Show wird für einen Moment das sozialdemokratische Ideal vom ehrlichen, warmen, echten Miteinander Wirklichkeit. Schröder wird gefeiert, Lafontaine verehrt. Der Vorsitzende nimmt sich zurück, stellt sich in den Dienst der Sache.

„Oskar Lafontaine danke ich für die Disziplin, die Vernunft, ja die Selbstlosigkeit", sagt Schröder. Er meint es ernst, als er den Satz sagt, der den ausgebufften, zynischen Anti-Emotionalisten Lafontaine zutiefst rührt: „Ich danke dir für die Freundschaft."

So viel Frieden war nie. Als wollten die beiden Enkel mit einer Eilheilung alle Wunden der vergangenen 20 Jahre schließen, lassen sie den letzten SPD-Kanzler Helmut Schmidt hochleben. „Vernunft und Selbstdisziplin" seien der Schlüssel, predigt Schmidt, und Lafontaine gebühre der Verdienst. Mit zusammenpressten Lippen nickt der Saarländer. Kandidat ist er trotzdem nicht.

IM MAI, BONN.

Spätestens mit dem Leipziger Parteitag ist die Wahlkampfzentrale „Kampa" in Bonn zur Legende geworden. Noch nie haben Sozialdemokraten eine Kampagne so entschlossen und gut geplant, so diszipliniert gefahren, heißt es. Jeden Tag ein Scherz, ein Event, ein Spruch, der Kohls CDU-Manager, die erschrocken aus dem Konrad-Adenauer-Haus herabschauen, in der Defensive hält. Das ist ein Teil der Wahrheit, der, den die Kampa von sich selbst verbreitet.

H. BAYER

DIE KAMPA, die SPD-Wahlkampfzentrale des Franz Müntefering, gilt Schröder als geheime Lafontaine-Bastion.

Der andere Teil: Stellvertretend für Lafontaine und Schröder tobt in und um die Kampa ein wüster Kampf. Für Schröders Männer, Hombach und Heye, sind die Kampa-Dynamiker wie kleine Kinder auf dem Geburtstag. Verdächtig ist Müntefering, weil er sich nie bekannt hat zu einer Seite. Provozierend ist Matthias Machnig, ein quirliger, lauter und manchmal nervender, aber bis an den Rand seiner Kräfte wirbelnder Kugelblitz, der die 80 Leute Tag und Nacht unter Dampf hält.

Schröder hält die Kampa bis zuletzt für ein Lager der Lafontainisten: „Die tricksen da doch wieder", sagt er oft. Müntefering müht sich um „Äquidistanz". Kandidat und Parteichef bekommen zeitgleich alle Entwürfe für Plakate, Spots, Slogans. Und Schröder fordert bei jeder Gelegenheit: „Lasst den Oskar da noch mal drauf gucken." Lafontaine ist überraschend oft einverstanden. Die Hannoveraner dagegen, im Bewusstsein, soeben den besten Landtags-Wahlkampf aller Zeiten gemacht zu haben, mäkeln. Das Bild, das die Kampa von Schröder entwickelt, halten sie für ab-

surd. Schröder-Freund Heye verlässt kopfschüttelnd eine Strategie-Sitzung in Bonn: „Diesen Kandidaten, den ihr da schildert, den kenn ich nicht."

FREITAG, 26. JUNI, BONN.

Müntefering stellt eine Garantiekarte vor, auf der Schröder den Wählern mehr Arbeitsplätze, mehr Innovationen und mehr Steuergerechtigkeit verspricht. Das Problem: Schröder hat davon nichts gewusst, schon gar nicht vom Punkt 9: „Kohls Fehler zu korrigieren bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall". Hat Oskar das eingefädelt?

MITTWOCH, 5. AUGUST, WASHINGTON.

Vor seinem Besuch bei US-Präsident Bill Clinton ruft Gerhard Schröder zu Hause bei Gattin Doris an, die Geburtstag hat. „Da wollen dir welche gratulieren", sagt der Kandidat, hält das Handy den zwei Dutzend Journalisten entgegen und schwingt die Arme wie ein Dirigent. „Happy birthday to you", intonieren die Medienvertreter folgsam, „Happy birthday, liebe Doris." Schröder grinst breit. „Na, habt ihr alles?", fragt er die Kameramänner. Die nicken. Deutschland gehört ihm. Fast jedenfalls.

DONNERSTAG, 6. AUGUST.

In der „Zeit" preist Schröder die „Doppelspitze": „Ein schwieriger Prozess war es, aber wir beide sind so weit, dass wir einander widersprechen können. Ohne Vertrauen geht das nicht. Ansonsten schätze ich nachhaltigen Widerspruch von Menschen, die loyal sind. Doch inzwischen wissen Lafontaine und ich um die Bedingungen des gemeinsamen Erfolges. Keiner will den anderen dominieren, sonst würde die gemeinsame Arbeit schief gehen, und wir würden beide scheitern."

MITTWOCH, 19. AUGUST, BERLIN.

Breitschultrig eskortiert der Kampa-Chef Müntefering den designierten Wirtschaftsminister Jost Stollmann in den Saal des Hotels Maritim Pro Arte. Mikrofone, die sich beiden entgegenrecken, biegen sie wie Schilfhalme zur Seite.

Heute ist der Tag: Stollmann will eine Art Kennedy-Rede halten, grundsätzliche Betrachtungen über die Deutschen und ihre Wirtschaft und ihre Politik anstellen. Ein Mega-Event mitten im Sommerloch – mit hohem Risiko-Potential. Schröders Sprecher

J. GIRIBAS

JOST STOLLMANN, Schröders Mann für die Wirtschaft, ist Lafontaine hoch verdächtig als typischer Vertreter der neuen Mitte.

Heye grinst verlegen. Lafontaine, der neulich mit Stollmann essen war, hat vor gesprächigen Vertrauten festgestellt, dass der ehemalige Computer-Unternehmer nicht geeignet ist.

Lafontaine sollte Recht behalten. Stollmann hat seine Gesten offenbar mühsam einstudiert und macht quälend lange Kunstpausen für „neues Denken", „neue Wege", „Schneisen der Erkenntnis", „Dickicht des Nicht-Wissens". Nach fünf Minuten steht für Schröders Leute fest: Dieser Mann wird gar nichts, nie. Man muss ihn nur unfallfrei durch den Wahlkampf schleppen.

In der anschließenden Fragerunde findet Stollmann auch nach längerem Nachdenken keine Antwort auf die Frage, welches der vorliegenden Modelle für eine Steuerreform er favorisiere. Schröder stellt sich anschließend pflichtschuldig neben den Kandidaten und guckt wie ein Skorpion. Wer Schröder kennt, weiß, dass sein Wunderkind die politischen Träume beerdigen kann. Dann wird Stollmann abgeführt.

Lafontaine soll sich köstlich amüsiert haben.

MITTWOCH, 26. AUGUST, BERLIN.

Wieder eine dieser Clowns-Nummern, die wie Brausepulver wirken. Erst prickelt es komisch, doch bald ist nur noch schaler, künstlicher Nachgeschmack. Da grinst das volle, runde Gesicht fidel, und Oskar fragt: „Du Gerd, hast du nicht einen Job für mich?"

Schröder guckt ein wenig ungehalten bei der Vorstellung des 100-Tage-Programms im Willy-Brandt-Haus. Der kleine Pummelige blickt schuldbewusst nach unten und dann umher. Und plötzlich prusten beide los, so dass sich die Umstehenden fragen: Veralbern die uns, oder veralbern sie sich, oder lässt sich mit dem Kinderspiel einfach nur am besten verschleiern, dass zwischen ihnen nichts geklärt ist? Es ist, als sei dieser Wahlkampf nur ein Spiel und der ernste Kampf um Programme und Posten und Personal beginne erst am Abend des 27. September.

Lafontaine ist gelassen in diesen Tagen. Es ist seine SPD, eine Armee von 800 000 Genossen, mit denen er jeden Job in einer Bundesregierung bekommen könnte – bis auf einen. Selten war ein SPD-Chef so machtvoll, so unumstritten wie Lafontaine einen guten Monat vor der Wahl. Als Schröder sein Programm präsentiert, schaut der Patriarch Oskar wohlwollend zu. „Das Fundament sind Vertrauen und gegenseitige Achtung", so erklärt er auch die Beziehung der Doppelspitze.

Es ist aber eher ein Gleichgewicht des Schreckens, das die beiden nahezu täglich aufs Neue herstellen. Das Unausgetragene ist das Merkmal ihres Miteinanders. Sie entwinden sich der Umarmung respektvoll, ohne den anderen zu frustrieren. Ist das das Maximum an Freundschaft in der Politik?

Schießt der Feuerwerker Schröder einen Stollmann in die Umlaufbahn, bittet Lafontaine den einstigen französischen Kulturminister Jacques Lang zu sich. Redet der Kandidat von der Großen Koalition, um dem gefürchteten Lagerwahlkampf auszuweichen, beruhigt der Parteichef die aufgeregten Genossen und wirbt für Rot-Grün. Und kaum hat Schröder melden lassen, er wünsche sich Lafontaine im Kabinett, da kündigt der an, er würde bei einem knappen Sieg gern Fraktionschef werden.

MITTWOCH, 2. SEPTEMBER.

ARD-Wahlreportage „Der Herausforderer": Hombach und Heye klügeln in einem Ferienhaus an der holländischen Nordseeküste die Schlagworte für eine Rede Schröders aus. Gegenschnitt. Der Kandidat trägt just jene Worte vor. Ein verhängnisvoller Eindruck entsteht: Der künftige Kanzler wird von seinen Hintermännern ferngesteuert. Hombach ist der wahre Schröder. Er hat schließlich auch die Rau-Wahlkämpfe gewonnen. „Ich musste ihn daran erinnern, dass ich auch dabei war", spottet der SPD-Patriarch.

DER WAHLKAMPF wirkt mitunter wie ein Spiel zwischen Schröder und Lafontaine – der ernste Kampf zwischen beiden beginnt erst nach dem Sieg.

M.-S. UNGER

Werbeseite

Werbeseite

SONNTAG, 27. SEPTEMBER, BONN.

Es ist so weit: Wahlsonntag. Kurz nach 17 Uhr weiß Gerhard Schröder definitiv, dass er es geschafft hat. Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, hat im Büro des Parteivorsitzenden Lafontaine in der Bonner SPD-Zentrale angerufen. Er will dem künftigen Kanzler die Zahlen persönlich übermitteln, die offiziell erst um 18 Uhr verkündet werden: „Oskar, schreib mal mit“, ruft der Kandidat und diktiert dem Parteivorsitzenden Güllners Prognosen: SPD 41 Prozent, CDU 36 Prozent.

Schröder umarmt und küsst seine Frau. Den Champagner rührt er jedoch erst nach der offiziellen Bekanntgabe der Zahlen im Fernsehen an. Aber er trinkt noch nicht auf den Sieg, sondern auf den 55. Geburtstag seines designierten Arbeitsministers Walter Riester. Sicher ist sicher.

Draußen vor der Glastür und in der „Baracke“ braust Jubel. Hunderte wollen den Sieger sehen. Bevor Schröder hinausgeht,

IMO

DER WAHLSIEG ist für Lafontaine sein Sieg – als hätten die Deutschen zwei Kanzler gewählt.

zieht er Lafontaine beiseite: „Ich habe mich entschieden: Bodo Hombach kommt ins Kanzleramt.“

Lafontaine ist wie vom Donner gerührt. Er hat ein eigenes Personal-Tableau im Kopf. Auf gar keinen Fall will er, dass Scharping Fraktionschef bleibt. Er hat Müntefering ausgeguckt. Peter Struck, der als Parlamentarischer Geschäftsführer viel Einfluss in der Fraktion hat, sollte Chef des Kanzleramts werden. Und nun soll alles anders kommen? Dass Schröder ausgerechnet den ökonomischen Autodidakten Hombach an seine Seite holt, muss Lafontaine als Kampfansage deuten.

Keine Zeit zum Nachdenken. Das Wahlvolk ruft. Der Parteichef muss den strahlenden Sieger auf die Bühne begleiten und ihm – der die beiden Arme nach oben reißt und das doppelte Victory-Zeichen macht – auch noch applaudieren. Dabei fühlt auch er sich selbst als Gewinner. „Mir ist das fast schon peinlich“, erzählt er später einem guten Freund. „Alle Leute sagen, der eigentliche Kanzler bin ja ich.“

Aus seiner Sicht hat das deutsche Volk zwei Kanzler gewählt: ihn und den andern. Im Fernsehen dankt Lafontaine den Wählern für das Vertrauen „für Schröder und mich“.

MONTAG, 28. SEPTEMBER, BONN.

Dieter Koniecki, ein alter Freund, ruft in der Saarland-Vertretung an. Wie viele andere beschwört er den SPD-Chef, bloß nicht in die Regierung zu gehen. Bei der angespannten Kassenlage würde er nur Zumutungen verkünden müssen. Als Fraktionschef und Parteivorsitzender wäre er dagegen frei, korrigierend und lenkend in die Regierungsgeschäfte einzugreifen.

Die Warnungen helfen nichts. Lafontaine will ins Kabinett. Er fühlt sich berufen, als Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland jene Rezepte umzusetzen, die er gemeinsam mit Ehefrau Christa in seinem Buch „Keine Angst vor der Globalisierung“ aufgeschrieben hat. Er will – zusammen mit seinem französischen Kollegen und vermeintlichen Freund Dominique Strauss-Kahn und dem Amerikaner Alan Greenspan – bei den Global Players mitspielen. Oskar Lafontaine will Schatzkanzler neben dem Kanzler sein.

Im Foyer des Ollenhauer-Hauses stürmen Schröder und Lafontaine vor Beginn der Parteivorstandssitzung aufeinander los, als hätten sie sich wochenlang nicht gesehen. Vor laufenden Kameras umarmen und knuffen sie sich, giggeln über ihre Witze, überreichen und empfangen Blumensträuße und schütten sich aus vor Lachen. Die aufgesetzte Fröhlichkeit wirkt bedrohlich: Pass auf, signalisiert das Raubtierlächeln der beiden Machtmenschen, komm mir bloß nicht ins Gehege.

Im Vorstand demonstriert der Parteichef Ton und Richtung für die Zukunft: Nach den Gratulationen für Gerhard Schröder und den Mecklenburger Landtagswahl-Gewinner Harald Ringstorff kommt er zur Sache. Disziplin sei jetzt genauso wichtig wie vor der Wahl. Wer glaube, er könne sich jetzt als künftiges Regierungsmitglied öffentlich ins Gespräch bringen, der „hat bei mir keine Chance“. „Bei mir“, sagt Lafontaine, als wäre er der Kanzler.

Von Anfang an betrachtet der Saarländer die Koalitionsverhandlungen als sein Revier. Was er mit Fischer am Vorabend allein ausgekungelt hat, darf der Parteivorstand abnicken: keine Parallel-Verhandlungen mit der Union. Schröder erscheint Teilnehmern als „sehr entschlossen“, das rot-grüne Bündnis zu suchen. Aber der Macher ist Lafontaine.

Nebenbei nimmt der Parteichef eine weitere, wichtige Weichenstellung vor: Mit Blick auf den neben ihm sitzenden Ringstorff, der in Schwerin ein Bündnis mit der PDS schmieden will, stellt Lafontaine beiläufig fest, „selbstverständlich“ habe jeder ostdeutsche SPD-Landeschef freie Hand bei der Regierungsbildung. Ob mit oder ohne PDS, das werde vor Ort entschieden. Ausdrücklich bittet er den Vorstand um Zustimmung. Und weil – wie gewohnt – niemand widerspricht, ist es so beschlossen.

DIENSTAG, 29. SEPTEMBER, HANNOVER.

Bei Schröder läuft alles schief. Morgens wird ihm in seiner heimischen Dachzimmerwohnung das Wasser abgestellt – Bauarbeiten. Der Tee wird mit Mineralwasser zubereitet. Außerdem hat der Wahlsieger Grippe. „Ein Zeichen dafür, dass die Anspannung nachlässt“, diagnostiziert Doris Scheibe, seine langjährige Chefsekretärin. Die gecharterte Maschine, die Schröder um 13.45 Uhr zur ersten Sitzung der neuen SPD-Bundestagsfraktion fliegen soll, bleibt auf der Piste. Motorschaden.

Der designierte Bundeskanzler muss auf Ersatz warten. Galgenhumor. „Stellen Sie sich einmal vor, das wäre in der Luft passiert“, sagt er zu einem Reporter. „Dann hätte es wieder eine Kandidaten-Diskussion gegeben.“

Oskar Lafontaine wird den Scherz am darauf folgenden Wochenende in der „Bild am Sonntag“ lesen. Die giftige Botschaft: Nach diesem Wahlsieg, lieber Oskar, würdest du selbst dann nicht automatisch Kanzler werden, wenn es mich nicht mehr gäbe. Nichts ist, wie es war. Oder ist es jetzt, wie es immer war?

DIENSTAG, 29. SEPTEMBER, BONN.

Aufgeregte Begrüßung der neuen Abgeordneten im Bundestag. Noch immer kann keiner den Triumph richtig fassen. Während Schröder in Hannover festsitzt, führt Lafontaine vor der Fraktion im Wasserwerk das große Wort. Nachdem sich die Neuen vorgestellt haben, zieht er die Zügel stramm: Die Koalitionsverhandlungen seien Sache des Parteichefs. Als Grundlage für die Verhandlungen mit den Grünen diene das vom SPD-Parteitag beschlossene Regierungsprogramm. Die Fraktion sei doch sicher damit einverstanden, dass die Gespräche von den Mitgliedern des Parteipräsidiums geführt würden. Kein Widerspruch. So beschlossen. Ein erster folgenschwerer Fehler: Die künftigen

Minister würden nicht über ihre Ressorts verhandeln, Lafontaine hat die Alleinherrschaft. Der malade Schröder soll inhaltlich eingemauert werden.

MITTWOCH, 30. SEPTEMBER, PARIS.

Schröders erste Auslandsreise. Seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers gehört es zum guten Ton jedes neugewählten Bonner Regierungschefs, zuerst an die Seine zu fahren. Für Schröder hat das Ritual einen zusätzlichen Reiz: Paris war bisher Oskars Revier.

AFP / DPA

FRANKREICH-BESUCH: Schröders erste Auslandsreise nach der Wahl, zu Jacques Chirac, mit seiner Beraterin Brigitte Sauzay führt auf Lafontaines ureigenes Terrain.

In der französischen Hauptstadt bewegt sich Lafontaine wie zu Hause. Im Unterschied zu Schröder spricht der Saarländer fließend französisch, er kennt die regierenden Sozialisten seit vielen Jahren. Im Schlösschen, in dem seine saarländische Vertretung residiert, pflegt Oskar intellektuelle Salon-Kommunikation. Es war Lafontaine, der Schröder nach seiner gewonnenen Landtagswahl in Paris den französischen Freunden vorstellte.

Nun reist der Niedersachse allein und als künftiger Kanzler in die Metropole – zuerst zu Jacques Chirac, dem konservativen Staatspräsidenten, danach zu Lionel Jospin, dem sozialistischen Premierminister. Dass er den Saarländer abgeschüttelt hat, scheint ihn zu beflügeln. „Zu Hause habe ich noch richtig Mühe, mir vorzustellen, dass ich Kanzler werde“, philosophiert er abends in kleinem Kreise. „Hier in Paris fällt mir das viel leichter.“

Kanzler sein macht Spaß. Theoretisieren ist anstrengend. So wie bei der Veranstaltung, zu der ihn abends Jospin eingeladen hat. Der Sozialist Jospin hat ein paar Minister und die Chefredakteure wichtiger französischer Medien zu sich gebeten. Vor ihnen muss Schröder erläutern, was er unter der „Neuen Mitte“ versteht.

Es wird kein entspannter Abend. Nicht mal zum Essen kommt Schröder. Seine Beraterin für deutsch-französische Beziehungen, Brigitte Sauzay, führt ihn anschließend in ein Bistro im Quartier Latin. Der Hungrige verzehrt erleichtert ein halbes Hühnchen.

DONNERSTAG, 1. OKTOBER, BONN.

Das erste Sondierungsgespräch zwischen Grünen und Sozialdemokraten ist ein Heimspiel für Lafontaine. Wie jeder Machthaber hat er die Delegationen in sein Revier, die Vertretung an der Kurt-Schumacher-Straße, geladen. Später wird man sich an einem neutraleren Ort treffen: Die rot-grüne nordrhein-westfälische Landesregierung stellt ihr Domizil für die Verhandlungen zur Verfügung.

Hausherr Lafontaine empfängt zuerst Schröder zum Vier-Augen-Gespräch. Im angemessenen Abstand folgen die anderen sozialdemokratischen Teilnehmer der Koalitionsrunde – Hackordnung muss sein.

Schröder drückt aufs Tempo. Er will spätestens vier Wochen nach der Bundestagswahl Kanzler sein. Schröder ist mit sich und der Welt zufrieden. Die positiven Kommentare zur Frankreich-Tour haben ihm gefallen. Und die Flasche Cognac, die ihm sein neuer Freund Chirac geschenkt hat, beeindruckt sogar seinen verwöhnten Kumpel Hombach: Die Spirituose ist 100 Jahre alt.

FREITAG, 2. OKTOBER, BONN.

Die Koalitionsverhandlungen sind offiziell eröffnet. Chef Lafontaine erteilt in der NRW-Vertretung das Wort – auch dem künftigen Kanzler. Lafontaine redet jederzeit, wann und so lange er es für richtig hält, vorzugsweise in seiner Eigenschaft als Weltökonom – wie weiland Helmut Schmidt.

Schröder lässt ihn gewähren. Die aufmerksamen Grünen bemerken an kleinen Gesten knisternde Rivalität. Wenn Schröder das Wort hat, lächelt der andere bisweilen „sardonisch“, ein wenig verkrampft vor sich hin. Mal blickt er nur zur Decke und verdreht die Augen.

Wenn Lafontaine die Runde mit seiner Weltwirtschaft nervt, zwinkert Schröder schon mal dem Koalitionspartner zu. Oder er grinst vergnügt, wenn der grüne Professor Fritz Kuhn, Fraktionsführer im Stuttgarter Landtag, den SPD-Chef unterbricht und die „Politik des leichten Geldes“ rügt.

Kleine Hakeleien gefallen Schröder. Aber zum offenen Streit lässt er es ebenso wenig kommen wie umgekehrt Lafontaine. Noch funktioniert die Rollenverteilung: Schröder markiert die neue Mitte, Lafontaine bedient die Emotionen der alten Linken. Schröder allerdings operierte im letzten halben Jahr immer aus der Position des Vorläufigen, erst als Kandidat, jetzt als designierter Kanzler. Lafontaine dagegen war immer mächtiger Parteichef.

REUTERS

DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN sind für die Grünen um Fischer oft wie Gespräche mit zwei Parteien: Schröder und Lafontaine.

Besorgt sehen manche Genossen, dass der Niedersachse die Dinge „mit großer Gelassenheit laufen lässt“ – Oskars Pose des Allmächtigen nimmt überhand. „Ich habe doch jetzt gewonnen“, verrät Schröder einem Freund. „Da kann ich großzügig gegenüber demjenigen sein, der es eigentlich auch werden wollte und nicht zum Zuge gekommen ist.“

SAMSTAG, 3. OKTOBER, BONN.

Im Saal der Stadthalle, in dem 1959 das berühmte Godesberger Programm der SPD beschlossen wurde, tagen die Parteilinken, der „Frankfurter Kreis“. Kein Fan-Club des künftigen Kanzlers, meist unterstützt er Lafontaine.

In den Zeitungen wuchern die Personalspekulationen: Was wird aus Scharping, den Lafontaine als Fraktionschef verhindern will? Wird der Ost-Berliner Partei-Vize Wolfgang Thierse Bundestagspräsident? Und bleibt der Esoteriker Jost Stollmann wirklich der Wunschkandidat für das Wirtschaftsministerium?

Immer ist es Lafontaine, von dem die Beantwortung dieser Fragen abzuhängen scheint. Auch seine eigene Rolle ist noch unklar.

Der Saarländer betritt die Stadthalle und konfrontiert seine linken Freunde im Befehlston mit seinen Vorstellungen: Erstens: Scharping muss weg! Zweitens: Thierse kann nicht Bundestagspräsident werden, weil sonst die Frauen protestieren und Anspruch auf das Präsidentenamt erheben würden. Das aber muss Rau bekommen.

Keine weiteren Begründungen. „Er erwartete einfach, dass wir seine Forderungen umsetzten“, erinnert sich ein Teilnehmer. Michael Müller, einer der Wortführer des linken Fraktionsflügels, stellt den Parteichef zur Rede: „Wie stellst du dir das vor, Oskar? Scharping hat doch keine silbernen Löffel geklaut. Sollen wir als Begründung sagen: Oskar will das nicht?“

SAMSTAG, 3. OKTOBER, HANNOVER.

An der Seite des amtierenden Bundespräsidenten Roman Herzog zieht der designierte Kanzler Schröder am Tag der Deutschen Einheit in die Stadthalle ein. Als ihn Journalisten nach Rau fragen, wiegelt Schröder ab: Spekulationen zur Unzeit. Der Parteivorsitzende werde „zu gegebener Zeit“ einen Vorschlag machen.

Im Lager Lafontaines weckt Schröders Zurückhaltung den alten Verdacht, dass der Hannoveraner Raus Kandidatur hintertreiben wolle. Gute Freunde des Saarländers erinnern sich an einen heftigen Wutausbruch Lafontaines. Ihm war zu Ohren gekommen, Herzog sei von Hombach persönlich animiert worden, öffentlich über eine, bislang kategorisch abgelehnte, Verlängerung der Amtszeit nachzudenken.

Natürlich wird das in Schröders Umgebung heftig dementiert. „Wenn einer in der Kandidatenfrage nicht gewackelt hat“, sagt einer seiner Vertrauten, „dann war das Gerd.“ Der Parteivorsitzende selbst sei es gewesen, der habe andere Namen ins Spiel gebracht.

REUTERS

DIE NACHFOLGE DES BUNDESPRÄSIDENTEN Roman Herzog ist ständiger Streitpunkt. Lafontaine will Rau unbedingt, Schröder nicht so sehr.

MONTAG, 5. OKTOBER, HAMBURG/BONN.

Unter der Überschrift „Der Befreiungsschlag“ präsentiert der SPIEGEL ein Kapitel aus Bodo Hombachs neuem Werk. Das Buch zum Kanzler (Titel: „Aufbruch – die Politik der neuen Mitte“) ist eine Provokation gegen Lafontaine und eine Kampfansage an dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

„Die Auseinandersetzung um eine Zielentscheidung zwischen Angebots- und Nachfragepolitik hat uns zu lange gelähmt“, schreibt Hombach. „Von der Vorstellung schnell wirksamer und allein selig machender keynesianischer Rezepte haben sich die meisten längst verabschiedet.“ Bis auf Lafontaine, ergänzt der Leser. Denn der weiß aus den Medien, dass es Lafontaine war, der immer gegen die Angebotspolitik der Regierung Kohl zu Felde zog und stattdessen die Wirtschaft durch mehr Nachfrage ankurbeln will.

Hombach glaubt dagegen an eine „Angebotspolitik von links“. Was genau das sein soll, ist seinen gewohnt wolkigen Formulierungen nicht zu entnehmen. Darum geht es auch gar nicht. Hombach will Zeichen setzen. Und weil der Kanzler das Nachwort dazu geschrieben hat, wird das Buch schon vor dem Erscheinen Teil des innerparteilichen Machtkampfes, der unter dem Stichwort „Modernisierer gegen Traditionalisten“ läuft.

Heiner Flassbeck, Lafontaines Chefökonom, liest den Hombach-Essay im SPIEGEL und ist entsetzt. „Die wollen eine ganz andere Politik als wir“, warnt er Lafontaine. Auf Hombach müsse man aufpassen. Doch der SPD-Vorsitzende gibt sich ganz gelassen. Hombach, lässt er durchblicken, sei nicht so wichtig, wie manche glaubten.

Insgesamt wähnt sich Lafontaine zu diesem Zeitpunkt noch auf sicherem Boden. Er ist überzeugt davon, dass er es in Wahrheit war, der die Wahl gewonnen hat – und dass Schröder ihm deshalb zu Dank verpflichtet sei.

Gleichwohl ist Lafontaine bewusst, dass er seine Politik nur durchsetzen kann, wenn er den künftigen Kanzler nicht provoziert: „Lobt den Schröder“, bittet er deshalb auch seine Berater Claus Noé und Flassbeck, als er diese wenige Tage später zu seinen Staatssekretären beruft, „redet nicht schlecht über den.“

MITTWOCH, 7. OKTOBER, BONN.

Ganz beiläufig fragt Lafontaine den SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Scharping am Rande einer Bundestagssitzung: „Was willst du denn werden? Hast du dich schon entschieden?“

Scharping weiß, was Lafontaine im Schilde führt. Er schlägt vor, darüber in Ruhe bei einer Flasche Rotwein zu reden.

AFP / DPA

RUDOLF SCHARPING steht zwischen den Rivalen und will gegen Lafontaines Willen SPD-Fraktionsvorsitzender bleiben.

DONNERSTAG, 8. OKTOBER, BONN.

Die Grünen sind irritiert. Sie sitzen nicht einer, sondern zwei Koalitionsparteien gegenüber: Schröder, der die neue Mitte markiert, und Lafontaine, der die Traditionalisten bedient. Leider haben beide niemals miteinander geredet, geschweige denn ihre Strategien abgestimmt. Bei den sozial-konservativen Themen wie Steuerreform, Rente, Spitzensteuersatz schwingt Lafontaine das Zepter. Schröder versucht, die Grünen in allen ökologischen Fragen zu deckeln. Im Alleingang hat der Automann die Grenze für die Anhebung der Mineralölsteuer zementiert: Mehr als sechs Pfennig pro Liter seien mit ihm nicht zu machen, gibt er via „Bild am Sonntag“ bekannt.

Das bringt Lafontaine in Rage. Er würde mit der Benzinsteuer gern die Haushaltslöcher füllen. Aber Schröder lässt ihn nicht. Mehrfach stichelt Oskar, die Augen theatralisch zur Decke gewandt, die Hände bedauernd erhoben, gegen den Mann, der nach dem Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmt: „Der Herr Bundeskanzler hat sich ja auf die sechs Pfennig pro Liter festgelegt ...“

Bei der Steuerreform allerdings bremst Lafontaine. Er diskutiert das Thema ausschließlich aus dem Blickwinkel der Verteilungsgerechtigkeit. Die Grünen hingegen wollen ein Signal für die Unternehmer setzen. Sie sind für eine deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes, auch wegen des Symbolwerts. Aber da rennen sie bei Lafontaine vor die Wand: kein Geld. „Wir hatten immer ein großes Missbehagen“, erinnert sich Fritz Kuhn, der baden-württembergische Grüne. „Kann das gut gehen?“

Die Sorgen werden auf der SPD-Seite geteilt. Alles laufe ein bisschen „über Kreuz“, berichtet Scharping seinen Vertrauten. Eine Mehrheits-SPD unter Schröder verhandelt mit den Mehrheits-Grünen unter Fischer, gleichzeitig redet eine Minderheits-SPD unter Lafontaine mit den Minderheits-Grünen unter Trittin.

FREITAG, 9. OKTOBER, WASHINGTON.

Begleitet von Joschka Fischer und seinem außenpolitischen Berater Günter Verheugen ist Gerhard Schröder zu einem Kurztrip in die USA gereist. Vom US-Präsidenten Bill Clinton werden sie im Weißen Haus freundlich und neugierig empfangen. Dann wird es ernst: Obwohl der Kanzler und sein Außenminister noch nicht vereidigt sind, verlangt der Präsident von der künftigen Regierung eine schmerzliche Zusage: Die Deutschen sollen sich am Kosovo-Konflikt beteiligen. Clinton möchte, dass der serbische Präsident

Werbeseite

Werbeseite

AP

WELTPOLITIK IN WASHINGTON: Bill Clinton bindet die rot-grüne Regierung frühzeitig in seine Kosovo-Politik ein – und verhilft ihr damit später zu einer glanzvollen Bewährungsprobe.

Milošević die Drohungen der Nato ernst nimmt. Aber ohne die Deutschen gäbe es keine ernsthafte Drohung.

Schröder und Fischer weisen darauf hin, dass sich erst der neue Bundestag konstituieren müsse. Clinton stimmt ihnen zu – so eilig sei die Sache nicht.

SONNTAG, 11. OKTOBER, BONN.

Oskar Lafontaine hat für Montag eine Sondersitzung des Parteivorstands einberufen. Unmissverständlich hat er Schröder wissen lassen, dass er zurücktritt, falls Scharping Fraktionschef bleibt. Er sei sogar bereit, gegen ihn zu kandidieren: „Der oder ich."

Schröder ist in der Zwickmühle. Wenn er die Sache laufen lässt, gibt es einen ersten gewaltigen Crash, der alle beschädigt. Während Lafontaine davon überzeugt ist, dass er gegen Rudolf Scharping gewinnen wird, schätzt Schröder die Lage anders ein: Das brutale Mobbing hat die Fraktion gegen Lafontaine aufgebracht. „Es war völlig klar", sagen Schröders Getreue, „dass die Fraktion sich hinter Scharping und damit gegen Lafontaine gestellt hätte."

Mittags, am Rande der Koalitionsgespräche, ziehen sich Lafontaine und Scharping in der NRW-Vertretung zu einem Vier-Augen-Gespräch zurück. „Was hast du dagegen, dass ich Fraktionsvorsitzender bleibe?", fragt Scharping. Oskar antwortet: „Es wird schwerwiegende Konflikte geben. Der Schröder macht es nicht lange, weil er es nicht kann. Und ich weiß nicht, auf welcher Seite du dann stehst." Der Machtkampf ist in vollem Gang.

Auch Schröder trifft sich mit Scharping – spätabends in der Niedersachsen-Vertretung. Er beschwört ihn, seine Position zu räumen. Das ist nicht so einfach. Denn Scharping hat bereits erklären lassen, dass er zum Bleiben entschlossen ist: „Man wird in meiner bisherigen Arbeit keinen Grund finden, eine andere Entscheidung als eine Bestätigung im Amt zu treffen."

Doch Parteisoldat Scharping lenkt ein. Er sei bereit, auf die Hardthöhe zu gehen, falls „die Voraussetzungen stimmen". Mit anderen Worten: wenn der Wehretat unangetastet bleibt. Dass er eine zentrale Rolle im sich abzeichnenden Kosovo-Konflikt spielen würde, ist ihm ebenfalls klar. Die beiden Männer vereinbaren Stillschweigen. Am Morgen darauf soll das Einlenken Scharpings vor der Sitzung des Parteivorstands zelebriert und der Frieden dann öffentlich besiegelt werden.

Einzige Bedingung: Auch Kontrahent Müntefering, den Lafontaine gefördert hatte, muss zurückziehen. Wer schließlich Fraktionschef werde, sollten die Parlamentarier entscheiden.

So geschieht es. Schröder gibt bei Lafontaine Entwarnung, und der instruiert Müntefering. Der Sauerländer begreift die Chance, sich als Problemlöser zu profilieren. Am frühen Montagmorgen vernimmt die staunende Öffentlichkeit im Radio, dass Müntefering nicht gegen Scharping antreten will.

MONTAG, 12. OKTOBER, BONN.

Im Bonner Kanzleramt erfahren Schröder, Fischer, Lafontaine und Verheugen von Kanzler Helmut Kohl, dass sie für ihre Entscheidung über den Kosovo keinen Aufschub mehr haben. Clinton will nicht warten, bis sich der neue Bundestag konstituiert. Er brauche die Zusage der Deutschen sofort, dass sie sich – falls die Nato das beschließt – am Kosovo-Krieg beteiligen. Sein Emissär Richard Holbrooke soll mit einer handfesten Drohung in Belgrad intervenieren.

Kohl und Außenminister Klaus Kinkel wirken bedrückt. Verteidigungsminister Volker Rühe referiert die Lage „mit unverkennbar triumphierendem Unterton", sagt ein Teilnehmer. Er gilt als derjenige, der die Amerikaner dazu bewegt hat, auf eine schnelle Entscheidung zu drängen.

Schröder bittet um eine Unterbrechung, um sich mit seinen Leuten zu beraten. „Wir müssen das machen", sagt er, „wir müssen da durch, und wir kommen da durch, wenn wir zusammenhalten." Nach kurzer Pause erklärt Oskar Lafontaine: „Das wird wohl so sein."

In Kohls Arbeitszimmer zurückgekehrt, will Lafontaine wissen, ob die Deutschen automatisch am Krieg beteiligt sind, wenn die Nato ihn beschließt. Oder ob der Bundestag in jedem Fall noch einmal entscheiden muss. Kinkel versichert, es gebe keinen Automatismus. Auf jeder Stufe des Verfahrens werde es eine Kontrolle geben. Das bekommt Lafontaine später sogar schriftlich.

DIENSTAG, 13. OKTOBER, BONN.

Die Nachricht vom Friedensschluss zwischen Scharping, Schröder und Lafontaine hat nur vorübergehend für Entspannung gesorgt. Denn nun taucht – neben dem Niedersachsen Struck – plötzlich auch der Name Ottmar Schreiner auf. Der Saarländer, so heißt es, habe ebenfalls Chancen auf den Fraktionsvorsitz.

Schröder ist irritiert und verärgert. Er ist der Meinung, Lafontaine durch sein Eingreifen vor einer schweren Niederlage in der Fraktion bewahrt zu haben. Nun vermutet er hinter Schreiners Kandidatur den Strippenzieher Oskar.

MITTWOCH, 14. OKTOBER, BONN.

Am Rande der Koalitionsverhandlungen kommt es zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen Schröder und Lafontaine – Nachbeben des Machtkampfs um die Fraktionsspitze.

Schröder verdächtigt Lafontaine, seinen Landsmann Schreiner gegen Struck ins Rennen um den Fraktionsvorsitz geschickt zu haben. Der fühlt sich zu Unrecht verdächtigt. In Wahrheit waren die beiden Saarländer nie besonders eng. Plötzlich geht es um die ganze Wahrheit: Er sei der Kanzler, nicht Lafontaine, der solle sich nur keine falschen Vorstellungen machen. Lafontaine kriegt die Krise. Er bricht in Tränen aus. Schröder knallt die Tür und marschiert davon. Lafontaine ist außer sich.

Hinterher, heißt es, sei es Doris Köpf über Lafontaines Ehefrau Christa Müller gelungen, den Streit der Männerfreunde zu kitten. Struck wird am nächsten Tag von der Mehrheit des Fraktionsvorstands nominiert.

SONNTAG, 18. OKTOBER, BONN.

Auch am Wochenende wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen müssen zu Papier gebracht werden. Einfach ist das nicht.

In der so genannten Schreibstube, wo die vorher ausgehandelten Verhandlungsergebnisse ausformuliert werden, gibt es oft Differenzen. Achim Schmillen, den Fischer für die Grünen dorthin abgeordnet hat, muss immer wieder warten, bis sich die beiden sozialdemokratischen Protokollanten – der Lafontaine-Vertraute Jochen Schwarzer und Schröders rechte Hand, Frank-Walter Steinmeier – in getrennten Telefongesprächen mit ihren Chefs rückversichert haben.

So zeichnet sich schon jetzt ab, was ein Jahr später der Sozialdemokrat Erhard Eppler als grundsätzlichen Konstruktionsfehler

der rot-grünen Koalition kritisieren wird: „Der Grundfehler war, dass es anfangs zwei Machtzentren gab, die auch noch eine unterschiedliche Politik machen wollten: einmal das Kanzleramt, ausgerechnet noch mit Bodo Hombach, und das Finanzministerium unter Oskar Lafontaine, übrigens mit Staatssekretären, die ungefähr so geeignet waren wie Hombach im Kanzleramt.“

MONTAG, 19. OKTOBER, BONN.

Kurz vor elf Uhr stellt Gerhard Schröder in der niedersächsischen Landesvertretung dem Computerunternehmer Stollmann die entscheidende Frage: „Treten Sie noch an?“ Die knappe Antwort: „Nein!“ Der Mann, den Schröder 123 Tage zuvor als Lichtgestalt der neuen Mitte präsentiert hatte, fühlt sich von Schröders Gegenspielern weggemobbt. Aber auch Schröder mag nicht mehr. Stück für Stück hatte Lafontaine dem Neuen sein künftiges Spielfeld eingeengt, den Entscheidungsbereich des Wirtschaftsministeriums geplündert.

Anfangs hat das kaum jemand bemerkt. Schon in der Woche nach der Wahl hatte Lafontaine zwei Getreue mit der diskreten Mission betraut. Der „Zeit“-Autor Noé, ehedem Staatsrat in Hamburg, und Heiner Flassbeck, prominenter Außenseiter unter Deutschlands Ökonomen, beziehen in der Hamburgischen Landesvertretung in Bonn Quartier und loten aus, wie sich aus Waigels Finanzministerium ein schillerndes Superministerium zimmern ließe.

M. URBAN

DIE WIRTSCHAFTSKOMPETENZ reklamiert Lafontaine für sich. Der Kanzler lässt seinen Vorzeige-Unternehmer Stollmann fallen.

Das sollte zuständig sein für alles – von der Binnenkonjunktur bis hin zur Rettung der Weltwirtschaft. Für Lafontaine ist der Abgang des Schröder-Manns ein doppelter Triumph: Endlich ist der Polit-Alien verschwunden, der von diesem seltsamen Internet faselte, anstatt die Tiefen der Makroökonomie zu ergründen. Zugleich zeigt sich, dass seine Methoden funktionieren: Der SPD-Vorsitzende hat sich das mächtigste Ministerium zusammengerafft, das es in Bonn seit Karl Schiller gegeben hat. Und doch ist es ein zweifelhafter Erfolg. Schon bald merkt Lafontaine, dass er sich verhoben hat. Diskret fragt er beim Stollmann-Nachfolger Werner Müller an, ob der nicht jene Unterabteilung zurück haben möchte, die all die lästigen Beihilfestreitigkeiten mit EU-Kommissar Karel Van Miert ausfechten muss. Müller lehnt dankend ab.

DIENSTAG, 20. OKTOBER, BONN.

Der künftige Kanzler und sein designierter Außenminister kommen über die Feuertreppe in die Bundespressekonferenz. Vor dem Saal drängen sich die Journalisten so dicht, dass Gerhard Schröder und Joschka Fischer keine Chance haben, durch den normalen Eingang an die Mikrofone zu gelangen.

Die Herren verkünden, was längst jeder weiß: Die Koalitionsverhandlungen sind erfolgreich abgeschlossen. Der Ton ist locker und wirkt nach 16 Jahren Kohl-Pathos wie eine Erlösung. Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers erklärt der Grüne so: „Der Kanzler macht alles, und auf dieser Basis wird das eine gute Zusammenarbeit.“ Diesem Grundsatz, sagt Schröder, müsse er „nichts hinzufügen“. Und was ist mit Oskar? Ob er befürchte, dass der Herr Lafontaine Schatzkanzler werden wolle, wird Schröder gefragt. Die Antwort kostet der Männerfreund genüsslich aus: Also, wenn er so sehe, was „die Schwarzen“ an Geld hinterlassen haben, könne von einem „Schatz“ keine Rede sein. Pause. Dann hart und schnell wie eine Klapperschlange: „Und Kanzler werde ich!“

SONNTAG, 25. OKTOBER, BONN.

„Ich bin glücklich, und ich bin stolz, in die Reihe von Willy Brandt und Helmut Schmidt als Bundeskanzler treten zu dürfen.“ Als Schröder dies auf dem SPD-Sonderparteitag im Hotel Maritim sagt, ist er ehrlich ergriffen.

Auch der obligatorische Dank an die Partei ist keineswegs nur eine Pflichtübung. Nun aber warten alle, was er zu Lafontaine sagen wird, den die Medien schon als mächtigen Gegenkanzler und Rivalen abgemalt haben. „Ganz persönlich, lieber Oskar, lass sie bellen, die Karawane zieht weiter.“ So hat auch Helmut Kohl im Bundestag immer geredet, wenn er sich über die Publizisten mokierte.

Aber Schröder genügt das nicht. Er möchte dem bewunderten Rivalen zeigen, wie sehr er ihn tatsächlich mag und fürchtet. Also spricht er – auch darin den schwurbeligen Metaphern Kohls folgend – von „erwiesener Freundschaft“, die „keine Eintagsfliege“ sei.

REUTERS

DER SIEGES-PARTEITAG zeigt die alte Troika Lafontaine, Schröder und Scharping in schöner Eintracht.

Lafontaine nimmt die Huldigung mit spitz gereckter Nase hin. Aber er teilt trotzdem kräftig aus. Ohne Namen zu nennen, zieht er über das „hohle Geschwafel“ derer her, die meinten, Besitzstandswahrer seien das Hauptproblem in der Politik. Und er mokiert sich über die Modernisierer, die nur Moden nachliefen. Hombach und Schröder blicken gelangweilt in den Saal.

MONTAG, 16. NOVEMBER, BONN.

Hoch oben auf dem Petersberg, im Licht der Fernsehscheinwerfer, fühlt sich Lafontaine erkennbar unwohl. Tiefrot glüht sein Kopf, nervös rutscht der Finanzminister auf dem Stuhl hin und her. Eigentlich wollte er, kaum drei Wochen im Amt, einen internationalen Coup landen. Mit dem Franzosen Strauss-Kahn, so hat er noch in der Woche zuvor philosophiert, will er ein umfangreiches Thesenpapier präsentieren – die gemeinsame Idee für ein globales, von Spekulation befreites Finanzsystem des 21. Jahrhunderts.

Doch daraus wird nichts. Wieder einmal hat Lafontaine die Macht der Bundesbank unterschätzt, über deren „Geldpolitik mit Hosenträger und Gürtel“ er sich gern belustigt. Die Banker, denen der SPD-Chef bisweilen „abgrundtiefe Dummheit“ nachsagte, haben hinter den Kulissen ein lautloses Spiel getrieben. Wenige Tage zuvor, bei einem Treffen im Raum 245 von Haus IV des Bonner Finanzministeriums, machte Bundesbank-Vize Jürgen Stark unmissverständlich klar, dass die Währungshüter den deutsch-französischen Vorstoß für so genannte Wechselkurs-Zielzonen „auf keinen Fall“ mittragen würden.

Die große Show muss abgeblasen werden. Sichtlich genervt spricht der Bundesfinanzminister an diesem Morgen deshalb nur davon, jeder müsse sich „an seine eigene Nase fassen“ . Hans Tietmeyer, der triumphierend neben Lafontaine sitzt, greift das sofort auf und zieht einen Bericht des Internationalen Währungsfonds hervor. Auf englisch zitiert er minutenlang, welche Aufgaben die deutsche Finanzpolitik habe (soll heißen: Lafontaine) und wie vorzüglich die deutsche Geldpolitik sei (soll heißen: Tietmeyer): „Das“, so schließt der Bundesbanker seinen Vortrag süffisant, „ist meine Nase.“

MITTWOCH, 18. NOVEMBER, BONN.

Bis spät in die Nacht beraten Schröder und Lafontaine über die leidigen 620-Mark-Jobs. Ob Steuerreform, Energiesteuer, Billigjobs oder Frührente: Immer mehr entpuppt sich das Fehlen eines eingespielten Frühwarnsystems als Problem. Die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Fraktion funktioniert nicht. Schnellschüsse mit späteren Korrekturen sind der Regelfall.

Lafontaines Plan, sein Finanzministerium diskret, aber zielstrebig zum zweiten Machtzentrum neben dem Kanzleramt auszubauen, stößt schnell an Grenzen. Systematisch schneidet Hombach Lafontaine vom ständigen Informationsfluss ab. Lafontaine seinerseits sieht sich zunehmend von Feinden umstellt: Im Ministerium vertraut er alsbald nur noch seinem kleinen Küchenkabinett, zu dem vor allem Noé und Flassbeck zählen. Ansonsten gilt der Saar-Ökonom als „beratungsresistent“. Akten lese er kaum, bemängeln Mitarbeiter, selbst auf die morgendliche Lagerunde, in der die wichtigsten Themen und aktuelle Pressenachrichten besprochen werden, verzichtet der Minister.

MITTWOCH, 25. NOVEMBER, BONN.

REX FEATURES

Das englische Massenblatt „Sun“ nennt Lafontaine den „gefährlichsten Mann“ von Europa. Beeindrucken lässt sich der Finanzminister von der Attacke nicht, zumal ihm Schröder mannhaft Solidarität erweist: „Das ist die blanke Schweinerei.“ Erst später wird bei Lafontaine der Eindruck entstehen, hinter dem britischen Angriff stecke Hombach.

DONNERSTAG, 3. DEZEMBER, KÖLN-WAHN.

In Sektlaune erscheinen Lafontaine und Staatssekretär Flassbeck zum Abflug nach Washington am Flugplatz. Das Duo ist kurz zuvor davon überrascht worden, dass die Bundesbank endlich die Zinsen gesenkt hat, was die beiden seit Wochen gefordert haben. An Bord der Bundeswehr-Maschine gönnen sich Flassbeck und Lafontaine ein paar Flaschen Bier.

Doch so fröhlich der Flug verläuft, so unterkühlt fällt der Empfang in der US-Hauptstadt aus. Alan Greenspan, der amerikanische Zentralbankpräsident, lässt seinen Bewunderer Lafontaine zehn Minuten lang warten. US-Finanzminister Robert Rubin geht schon beim Handschlag auf Distanz. Trotz freundlicher Worte entbietet Washington den Gästen aus Bonn dezent die kalte Schulter.

Die Washingtoner Finanzstrategen lieben keine Schulmeister. Sie zeigen wenig Interesse an den Plänen, die Lafontaine und seine Geldpolitiker mit Ungeduld vortragen.

DIENSTAG, 8. DEZEMBER, SAARBRÜCKEN.

Stirnrunzelnd lauschen die Delegierten des SPD-Europa-Parteitages, darunter der europhile Lafontaine, der Grundsatzrede ihres neuen Kanzlers. Schröder klingt nicht sonderlich optimistisch zum Auftakt der deutschen Ratspräsidentschaft. Die bisherige Bonner Europapolitik sei „an ihr Ende geraten“. Mehr als die Hälfte aller Gelder, „die verbraten werden“ in der EU, kämen aus Deutschland. Der Beifall hält sich in Grenzen.

Abends, beim trauten Stelldichein der SPD-Ministerpräsidenten in der Saarbrücker Staatskanzlei, ist das Klima völlig verändert. Schröder beschwört die Länderfürsten: „Ihr seid nicht Ministerpräsidenten, weil ihr so toll seid, sondern weil ihr die SPD repräsentiert.“

Bis spät in die Nacht sitzt die Runde bei rotem Burgunder und dicken Zigarren beisammen und versichert sich gegenseitiger Solidarität. Nachdem die Mehrzahl der Teilnehmer gegangen ist, plaudern Schröder und Lafontaine noch an der Sitzungstafel fast eine Stunde unter vier Augen. „Das schien in allerbestem Einvernehmen – wie ein Herz und eine Seele“, berichtet hernach ein Teilnehmer.

Fortan treffen sich die SPD-Ministerpräsidenten regelmäßig am Vorabend der Bundesratssitzungen in lockerer Runde. Lafontaine lässt sich seinen Verdruss darüber nicht anmerken, dass Partei und Präsidium damit weiter an Einfluss verlieren, während das Kanzleramt seine Zuständigkeiten systematisch ausbaut.

MITTWOCH, 9. DEZEMBER, BONN.

Beim Weihnachtsessen des Kabinetts im Kanzlerbungalow sucht Lafontaine zu fortgeschrittener Stunde die Provokation. Mit demonstrativ erhobener Stimme zieht er gegen die „so genannten Modernisierer“ innerhalb von Partei und Regierung zu Felde. Der Kanzler am Nebentisch überhört den laut sprechenden Finanzminister bewusst.

FREITAG, 11. DEZEMBER, WIEN.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs erleben auf ihrem Gipfel in Wien einen gut gelaunten Kanzler. Dagegen wirkt Lafontaine eher mufflig. Nachmittags verlässt der Finanzminister, gelangweilt von den endlosen Diskussionen in der Wiener Hofburg, seinen Platz neben Schröder, um in einer Kneipe einige Schnäpse zu sich zu nehmen. Zum Pressegespräch im traditionsreichen „Café Central“ am späten Abend erscheint auch Außenminister Fischer. Der und Schröder reden, Lafontaine schweigt.

Hinterher setzt sich die deutsche Delegation ins Hotel „Imperial“ ab, eines der besten Hotels in Europa. Schröder redet sich mit einigen deutschen Unternehmern, die im Imperial wohnen, an der Bar in Fahrt. Ihm passt es gut, dass sein verantwortlicher Mann ebenfalls am Tisch sitzt: Oskar Lafontaine. „Erklären Sie“, bittet Schröder die angeheiterten Unternehmer süffisant, „diesen Makroökonomen doch mal die Probleme des deutschen Mittelstandes.“ Lafontaine, der eigentlich in kleiner Runde den Geburtstag seines Staatssekretärs Flassbeck feiern will, macht gute Miene zum bösen Spiel.

AP

DER WIENER EU-GIPFEL verschafft Kanzler Schröder gute Laune im Kreise der neuen Kollegen Viktor Klima und Tony Blair – Lafontaine bleibt mufflig am Rande.

Die Begebenheit ist symptomatisch: Schröders Unterton lässt keine Zweifel daran, wie weit die ökonomischen Denkschulen der beiden Rivalen auseinandergedriftet sind. Noch während der Koalitionsverhandlungen hatte Lafontaine seinen Feldzug gegen den globalen Kasinokapitalismus gestartet, sich mit dem französischen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn getroffen oder heimlich in der saarländischen Landesvertretung Michel Camdessus, den Chef des Internationalen Währungsfonds, empfangen.

Doch was schert den Kanzler Lafontaines Dozieren über Realzinsen und Wechselkurse, wenn daheim die Wirtschaft wegen der Steuerreform Sturm läuft? Mikro, nicht Makro – das ist Schröders Welt. Nur widerwillig stimmt er deshalb in den Chor derer ein, die die Bundesbank zu niedrigen Zinsen drängen: Da sein Finanzminister dies fordert, auch dessen ökonomische Berater und gar seine Ehefrau einstimmen, kann der Kanzler nicht wochenlang dazu schweigen. Später versichert Schröder, dass er Lafontaines Kampf gegen die Bundesbank „immer für unsinnig gehalten“ hat.

MONTAG, 14. DEZEMBER, BONN.

Für Lafontaine ist es kein gemütlicher Tag. Im Parteipräsidium flackert eine kontroverse Debatte über die Haltung zur PDS und zur mangelnden Koordination innerhalb der Regierung auf. Verspätet stößt Lafontaine zu einem Abendessen mit seiner Frau Christa Müller und Freunden in einem Bonner Restaurant. Hun-

Werbeseite

Werbeseite

ger verspürt er nicht, kaum, dass er am Gespräch teilnimmt. Die vergangenen Wochen haben in seinem Gesicht Spuren hinterlassen. Fast nebenbei lässt er das Wort „Rücktritt“ fallen, um dann – spürbar engagierter – von den Verhandlungen über den Kauf eines Bauernhofs im Saarland zu berichten. Christa Müller spinnt den Faden weiter, plaudert übers Kühemelken und das Vieh auf dem Hof. Die Ideen sind offenbar weit gediehen.

FREITAG, 18. DEZEMBER, BONN.

Schröder und Lafontaine treffen sich zu einem gemeinsamen Abendessen mit Ehefrauen in der Bonner Saarland-Vertretung. Lafontaine will immer wieder konkrete Absprachen von Mann zu Mann gewünscht haben, aber irgendwie sei es nie gegangen. Die Frauen, heißt es von beiden Seiten, seien wertvoll gewesen, wenn es wirklich Krach zu geben drohte. Aber natürlich habe man in ihrem Beisein „nicht auf den Punkt“ reden können. Ein Vier-Augen-Gespräch gab es zwischen Schröder und Lafontaine, seit der Regierungsbildung, wohl nur ein einziges Mal – im Bonner Restaurant „Robichon“.

MONTAG, 11. JANUAR 1999, BONN.

Innenminister Otto Schily will die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts rasch vorantreiben, doch die drohende Unterschriftenaktion der Union, die im hessischen Landtagswahlkampf damit Punkte machen will, bringt die Koalition nun in Bedrängnis. Nach der Sitzung des SPD-Präsidiums wirft Lafontaine der Union vor, „populistisch auf der Welle der latenten Ausländerfeindlichkeit zu surfen“. Gleichwohl sei es „selbstverständlich, bei den parlamentarischen Beratungen Verständigungen dort zu suchen, wo sie möglich sind“. Ganz offensichtlich kann sich Lafontaine konkrete Verhandlungen lebhaft vorstellen. Einen Präsidiumsbeschluss, wie er später behauptet, gibt es aber nicht.

M. URBAN

EIN NEUES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT will Lafontaine mit der Union durchbringen – gegen den Willen von Innenminister Otto Schily und der SPD-Fraktionsmehrheit.

DIENSTAG, 19. JANUAR, BONN.

Mit seiner Forderung, über die Staatsbürgerschaft Verhandlungen mit der Union aufzunehmen, läuft Lafontaine in der Fraktion auf. Schily entgegnet: „Wir verhandeln nicht mit Reaktionären.“

SAMSTAG, 30. JANUAR, BONN.

Die 100-Tage-Bilanz der Regierung fällt verheerend aus. Erbarmungslos wird der Stand der Dinge bei Atomausstieg und Arbeitsmarkt, bei Steuer- und Rentenreform öffentlich seziert. Ob die interne Koordination, die Öffentlichkeitsarbeit oder die ständigen Nachbesserungen – die Noten sind miserabel. „Oberflächlich“, „flüchtig“, „nicht wirkungsvoll“, schreibt die „Zeit“ und fragt: „Wo ist die Linie?“ Von „aberwitzigem Dilettantismus“ spricht der Berliner „Tagesspiegel“, und die „Süddeutsche Zeitung“ beobachtet eine „kraftprotzenhafte“ und „halbstarke Politik“.

FREITAG, 5. FEBRUAR, BONN.

Klaus Gretschmann, der Chefökonom des Kanzlers, druckst herum. Ja, er habe da einen Entwurf des Finanzministeriums in der Tasche, doch leider, so lässt er die Abgesandten der G7-Runde auf dem Bonner Petersberg wissen, könne er das Papier nicht verteilen – es sei einfach zu schlecht. Irritiert registrieren die Delegationen der sieben wichtigsten Industriestaaten, welch merkwürdiger Konflikt innerhalb der deutschen Regierung schwelt. Denn nicht nur die Spitzenleute Schröder und Lafontaine fechten gegeneinander, sondern auch ihre Truppen.

Der Stellvertreterkrieg hat System: Kaum hat Lafontaine im Oktober seinen nachfrageorientierten Vordenker Heiner Flassbeck im Finanzministerium installiert, setzt Schröder im Kanzleramt

F. OSSENBRINK

DER WELTÖKONOM Lafontaine und sein Staatssekretär Heiner Flassbeck bauen das Finanzministerium zur Bastion gegen die Neoliberalen im Kanzleramt aus.

den Pragmatiker Gretschmann dagegen. Wenige Tage später befördert er den Abteilungsleiter auch noch zum „Sherpa“ für die Weltwirtschaftsgipfel – ein klarer Affront gegen Lafontaine, denn in den beiden letzten Jahrzehnten kam der Gipfel-Begleiter immer aus dem Finanzministerium.

Es folgt ein fortwährender Schlagabtausch: Während Lafontaines Helfer das Finanzministerium zum Hort des Keynesianismus ausbauen, bemüht sich das Kanzleramt, im eigenen Haus eine zusätzliche „Denkfabrik“ (Gretschmann) zu etablieren. Wenn Lafontaines Mannen ein Thesenpapier zur Weltwirtschaft erstellen, schicken Schröders Getreue das Papier mit dem Vermerk „Quatsch!“ zurück.

MONTAG, 8. FEBRUAR, WIESBADEN.

Die Hessen-Wahl ist für die SPD verloren gegangen. Ihre Stammwähler sind aus Enttäuschung über die chaotische Regierung in Bonn zu Hause geblieben.

J. H. DARCHINGER

DIE HESSEN-WAHL geht verloren, die erste Quittung für das rot-grüne Chaos und die rivalisierende Doppelspitze.

Von Brüssel aus fordert Lafontaine erneut „seriöse Gespräche mit der Union“über das Staatsbürgerschaftsrecht. Sein Fazit nach der Wahlschlappe: „Daraus müssen wir jetzt Konsequenzen ziehen.“ Wieder in seinem Büro, wettert er über die munter weiter dilettierende Regierung: „Jetzt ist Schluss.“

DIENSTAG, 9. FEBRUAR, BONN.

Lafontaine gerät zunehmend in Isolierung. Er wirkt gereizt und mutlos. Als er sich nach einem Spitzengespräch mit den Grünen optimistisch äußert, dass mit der Union doch noch eine Einigung in der Frage der Staatsbürgerschaft erzielt werden könne, lassen ihn die Genossen allein. Weder Innenminister Schily noch der Kanzler, noch Fraktionschef Struck unterstützen ihn. „Meine Bereitschaft, Prügel einzustecken für Dinge, die ich nicht zu verantworten habe, ist begrenzt“, donnert Lafontaine im Parteipräsidium. Schröder neben ihm blickt ungerührt drein.

Als ihn der SPIEGEL in einem Interview auf die Doppelbelastung als Minister und Parteichef anspricht und fragt, ob er nicht ein Amt aufgeben müsse, starrt Lafontaine eine lange Minute wortlos ins Leere. „Das glaube ich nicht“, mit dem im gedruckten Interview die Antwort beginnt, hat seine Pressesprecherin eingefügt. Er sagt: „Beide Aufgaben beanspruchen viel Zeit und Energie. Damit muss ich zurechtkommen.“

DIENSTAG, 9. FEBRUAR, BONN.

Bei einem Treffen mit seinen Freunden von der Parlamentarischen Linken macht Lafontaine seinem Zorn Luft. Massiv beklagt er sich über Erscheinungsbild und Koordinierung der Regierungspolitik: „Kommödienstadl“. Die Absprache sei „nicht ausreichend“, grantelt er, zudem gezielt einseitig. Die Debatte über den Fraktionsvorsitz sei, so sagt er, „zu meinen Lasten geführt worden“.

Führung? „Wenn ich nur aus der Zeitung erfahre, wie der Atomausstieg läuft, ist es mir nicht möglich, eine klare Politik vorzu-

geben.“ Doch die erhoffte Unterstützung fällt dürftig aus. Auch die Genossen sind gereizt. Sie beziehen in ihren Wahlkreisen Prügel.

Als Lafontaine erklärt, er habe schon vor Wochen auf die Möglichkeit des FDP-Modells zur Staatsbürgerschaft hingewiesen, schallt es aus dem Plenum zurück: „Wo denn?“ und „Das ist doch ärgerlich!“ Lafontaine macht einen abgespannten Eindruck: „Langsam ist eine Grenze erreicht.“

MITTWOCH, 10. FEBRUAR, BONN.

Der Weltfinanz-Experte Oskar Lafontaine gerät unter Druck. Ein Reporter der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ will präzise von ihm wissen, wie denn nun die „retrograde Wertermittlung“ geregelt werde? Lafontaine muss passen. Dass die Fragesteller im Saal der Bundespressekonferenz alles „so genau wissen“ wollen, habe er nun ja wirklich „nicht ahnen können“, entschuldigt er sich.

Dabei geht es um ein Herzstück der rot-grünen Regierungspolitik: die Steuerreform. Auf Betreiben des Kanzlers hat das Kabinett an diesem Morgen wichtige Nachbesserungen zu Gunsten des Mittelstandes beschlossen, alles in allem über fünf Milliarden Mark wert. Lafontaine scheint dies wenig zu interessieren. Die Materie sei so kompliziert, dass er sie „auf die Schnelle nicht erklären möchte“, bemerkt er knapp. Als die Journalisten ihn dennoch mit detaillierten Fragen nerven und auszulachen beginnen, raunzt er seinen neben ihm sitzenden Pressesprecher an: „Die zerreißen mich wegen eurer Blödheit wieder.“

Der peinliche Auftritt bestärkt die Entourage des Kanzlers in ihrem Argwohn. Schon seit längerem zürnen Schröders Vertraute über das Zahlen-Chaos aus dem Finanzministerium. Besonders das Tohuwabohu um die Besteuerung der Atomrückstellungen provoziert bittere Kommentare: „Oskars Leute können nicht rechnen.“

FREITAG, 12. FEBRUAR, BONN.

Im Rheinland tobt der Karneval, als sich Schröder und Lafontaine in der Saar-Vertretung zum gemeinsamen Abendessen treffen. „Wir reden ja kaum noch miteinander“, hat Lafontaine wieder und wieder geklagt.

Die Gespräche drehen sich vor allem um die Rollenverteilung der Männer. Wieder einmal wird vereinbart, dass Lafontaine seine integrativen Qualitäten einbringt, Schröder als Einzelkämpfer seine (damals noch vorhandene) Popularität. Im Kanzleramt schwärmt Schröder anschließend über das gemütliche Beisammensein.

DPA

SHOW-AUFTRITTE bringen Schröder in den Ruf des Spaß-Kanzlers.

SAMSTAG, 20. FEBRUAR, MÜNSTER.

Schröder tritt bei „Wetten, dass …?“ im ZDF auf und muss sich beinahe eine peinliche Überprüfung seiner Haarpracht auf Farbechtheit gefallen lassen. Am Tag danach wohnt er mit Gattin Doris einer Versace-Modenschau bei – einer Benefiz-Veranstaltung. Sie hat ihren Kanzler mitgeschleppt, weil sie Geld für karitative Zwecke eintreiben will. In der Öffentlichkeit entsteht dennoch der Eindruck, der Chaos-Kanzler ziehe bunte TV-Auftritte, Karnevalsfeiern, Filmfestspiele oder Laufsteg-Termine einer geordneten Regierungsarbeit allemal vor. „Wie wär’s mal mit Regieren, Herr Kanzler?“, fragt spitz die „Hamburger Morgenpost“.

MONTAG, 22. FEBRUAR 1999, BONN.

Das Kabinett befasst sich unter Tagesordnungspunkt 6 mit der internationalen Lage. Die Minister Scharping und Fischer unterrichten die Runde ausführlich über die Lage im Kosovo. Lafontaine interveniert: „Wir stehen hier an einem wichtigen Punkt. Als Parteivorsitzender muss ich das Kabinett fragen, ob dieser Einsatz wirklich nötig ist.“

Es sind nicht die ersten Nachfragen des Parteichefs. Wiederholt, so erinnern sich Kabinettsteilnehmer, habe Lafontaine beim Thema Kosovo in den vorangegangenen Wochen in der Ministerrunde nachgefragt: „Wie ist denn da jetzt unsere Linie?“

Fragen über Fragen. Aber nachhaltigen Widerstand leistet Lafontaine nicht. Alle Kosovo-Beschlüsse fallen einstimmig.

Auch unter den Abgeordneten ist die Stimmung explosiv. Lafontaine spricht in der Fraktionssitzung am selben Tag von einem angeblichen „Präsidiumsbeschluss“ zur Staatsbürgerschaft. Schily widerspricht entschieden: „Es macht keinen Sinn, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem wir in Schönheit sterben.“

Lafontaine klagt auch über die Ökosteuer, die im Kanzleramt erneute Korrekturen erfahren hat: „So kann das alles nicht weitergehen.“ Doch erst als Schröder gegangen ist, bricht es richtig aus ihm heraus. Wütend hält er das „Handelsblatt“ hoch: „Ich bin es leid, die Dinge aus der Zeitung zu erfahren. Ich will nicht immer als der Depp dastehen. So kann man eine Regierung nicht führen.“ Die Zeitung hatte über Steuersenkungspläne der Regierung berichtet, die nicht Lafontaines Absichten entsprachen. Mühsam versucht Fraktionschef Struck zu moderieren: „Es muss auch mal gestattet sein, dass ein Finanzminister seinem Ärger Luft macht.“

Längst ist Lafontaine davon überzeugt, dass aus dem Kanzleramt gezielt gegen ihn agitiert wird. Hat nicht seine persönliche Referentin Hilde Lauer erst aus der Zeitung erfahren, dass für einen der nächsten Tage ein Koalitionsgespräch anberaumt worden ist? Als sie im Kanzleramt anruft und mitteilt, dass Lafontaine an diesem Tag bereits andere Verpflichtungen hat, heißt es lapidar: „Ach ja, das haben wir einfach vergessen.“

DIENSTAG, 23. FEBRUAR, BONN.

AP

IM ETAT entdeckt Lafontaine eine 30-Milliarden-Mark-Lücke – doch das Defizit findet wenig Beachtung.

Der Bundestag debattiert über den Etat 1999, und eher en passant erwähnt Lafontaine eine Zahl, die sein Nachfolger Hans Eichel später zum Maß aller Dinge erhebt: 30 Milliarden Mark – so groß sei die „strukturelle Deckungslücke“ im kommenden Haushalt. Dieser Betrag, soll das übersetzt heißen, muss im Jahr 2000 eingespart werden. „Keine leichte Aufgabe“, wie Lafontaine bekennt. In der hitzigen Debatte findet die versteckte Ankündigung nur wenig Beachtung. Immer noch glauben alle, Lafontaine werde eher den Europäischen Stabilitätspakt oder die Verschuldungsregeln des Grundgesetzes missachten, als auf einen eisernen Sparkurs einzuschwenken. Dabei hatte ein anderer Saarländer, der Haushaltspolitiker Hans Georg Wagner, schon drei Wochen zuvor verkündet, beim Etat 2000 werde es „Blut und Tränen“ geben. Ist der SPD-Vorsitzende, der sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, tatsächlich dazu bereit? Oder tappt er womöglich in eine selbst gestellte Falle?

Schließlich hat Lafontaine sich im Euro-Stabilitätsprogramm, das im Januar nach Brüssel geschickt wurde, zu einem kontinuierlichen Schuldenabbau verpflichtet. Eichels Mitarbeiter werten das Papier heute als Beleg dafür, dass die Sparpläne auch bei Lafontaine längst angedacht waren. Parteigänger Lafontaines wiederum erinnern an einen Auftritt Eichels im SPD-Präsidium. Zwei Wochen vor der Hessen-Wahl habe der

Ministerpräsident dort die Bonner gewarnt: „Macht mir mit euren Sparplänen nicht meine Wahl kaputt.“

MITTWOCH, 3. MÄRZ, BONN.

Die Spannungen zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine nehmen erkennbar zu. „Wenn du es nicht schaffst, für Ordnung zu sorgen“, hatte Lafontaine Schröder angeranzt, „dann werde ich es tun.“ Im Kabinett schlägt der Kanzler zurück. Wenn Finanzministerium und Energiewirtschaft sich nicht einigten über die Höhe der Rückstellungen, werde er die geplanten Konsensgespräche absagen, droht er. Für alle Zeugen ist die Botschaft eindeutig: „Damit hat er Lafontaine verdonnert, vernünftige Zahlen vorzulegen.“

SCHRÖDER IN „LIFE & STYLE“

DONNERSTAG, 4. MÄRZ, HAMBURG.

Der „Stern“ orakelt, dass möglicherweise bald ein neuer Finanzminister benötigt werde. Eine Anfrage an Hans Eichel sei bereits ergangen.

MONTAG, 8. MÄRZ, BONN.

Im SPD-Parteirat bricht der Grundkonflikt auf. Lafontaine beginnt: Dass die Wirtschaft Sturm gegen die rot-grünen Reformprojekte laufe, bezeichnet er als „nachvollziehbar“. Es würden eben die Weichen anders gestellt als in den vergangenen 16 Jahren. Leidenschaftlich fordert er die Genossen auf, diese „arbeitnehmer- und familienfreundliche Politik“, die es viel zu lange nicht gegeben habe, weiter offensiv zu vertreten, auch bei Gegenwind.

Dann redet Schröder: „In der Sache“, sagt er, sei er mit der Bilanz Lafontaines einverstanden. Doch halte er es für falsch, sich allzu einseitig festzulegen. Man könne keine Politik gegen die Wirtschaft machen. „Niemandem nützt es, wenn man sich Debatten in alter Klassenkampfqualität liefert.“

Es gibt keinen großen Applaus nach Schröders Rede, eher ein unbehagliches Schweigen. Der Gegensatz liegt jetzt offen zu Tage. Lange kann es nicht mehr gehen mit den Männerfreunden.

DIENSTAG, 9. MÄRZ, BONN.

Die „Bild“-Zeitung präsentiert den von der Zeitschrift „Life & Style“ in Szene gesetzten Kanzler vorab in dunklem Kaschmir-Mantel und in teurem Kiton-Anzug. Während das Massenblatt den Kanzler „perfekt gestylt“ sieht, tobt Lafontaine beim Anblick der Bilder in der SPD-Zentrale. „Der macht uns noch alles kaputt.“

Immer noch glimmt der Streit um die Atom-Rückstellungen, doch Lafontaine gibt sich plötzlich kulant: Natürlich werde sein Haus die Steuerreform nachbessern, falls man sich „gravierend verschätzt“ habe. Doch als Schröder am Dienstagabend die Atom-Bosse ins Kanzleramt bittet, endet das Gespräch ohne Ergebnis.

Die Strommanager nutzen die Gelegenheit, kräftig gegen die Berechnungen des Finanzministers zu Felde zu ziehen. Sie sprechen von 25 Milliarden Mark an Belastungen, Lafontaine hatte zuerst eine Obergrenze von 10 Milliarden Mark genannt.

Die Energie-Chefs sprechen vor, während Lafontaine die Spitzen der Handwerksverbände empfängt. Mißtrauisch wertet er es als offenen Affront, dass er zu dem Energie-Gipfel nicht geladen war. Unverblümt unterstellt er Kanzleramtschef Hombach Demontage.

MITTWOCH, 10. MÄRZ, BONN.

Lafontaines Haushaltsexperte Jochen Schwarzer zeigt dem Finanzminister noch mal schonungslos die Zwänge der öffentlichen Kassenlage auf. Es fehlen 30 Milliarden Mark.

DONNERSTAG, 11. MÄRZ, BONN.

Gegen 16 Uhr reicht ein Leibwächter dem am Rheinufer joggenden Außenminister Joschka Fischer das Handy aus dem Auto. Der Kanzler ist dran: „Du musst sofort kommen.“ Fischer: „Was ist los?“ Schröder: „Das kann ich dir jetzt nicht sagen.“ Mit Baseballkappe und in kurzen Hosen, schwitzend und keuchend vom Laufen, erscheint Fischer bald darauf im Kanzlerbüro, wo ihn Schröder und seine Berater erwarten.

„Oskar ist zurückgetreten, von allen Ämtern.“ – „Von allen?“, fragt Fischer fassungslos. Schröder: „Ja.“ – „Vom Parteivorsitz?“ – „Ja.“ – „Und das Mandat?“ – „Ja.“ Schröder wirkt getroffen, aber konzentriert. „Du musst auch den Parteivorsitzenden machen“, sagt Fischer nach kurzem Nachdenken. „Du musst aufpassen, dass die SPD nicht auseinanderbricht. Du musst für eine geschlossene SPD sorgen. Alles andere ist nachrangig. Wenn die SPD kopflos und führungslos ist, wird sie zersägt.“

Die Logik ist zwingend, sie entspricht auch Schröders Kalkül: Er weiss, dass er das Machtvakuum in der Partei schließen muss, um seine Macht als Kanzler zu erhalten. Nur kurz wird über Alternativen geredet. „Gibt es jemanden in den Ländern?“, fragt Schröder seine Leute. „Vergiss es“, sagt Fischer.

Professionell macht sich die Runde daran, den Schaden zu analysieren und die Risiken abzuwägen. Dass Lafontaine sein Mandat niederlegt, ist für den Kanzler irrelevant. Dass er als Finanzminister zurücktritt – schmerzlich. Gefährlich ist sein Rücktritt als Parteichef. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Möglichst schnell will Schröder aus der Defensive kommen und die Deutungshoheit zurückgewinnen. Für 20 Uhr wird eine Pressekonferenz anberaumt. Anschließend soll in der NRW-Vertretung ein Treffen aller verfügbaren Spitzenkräfte der SPD stattfinden.

Kurze Zeit später trifft Eichel im Kanzleramt ein. Schröder hat ihn nach Bonn beordert. Der abgewählte hessische Ministerpräsident ist bereit, das Amt des Finanzministers zu übernehmen.

SONNTAG, 14. MÄRZ, SAARBRÜCKEN.

Noch immer belagern Reporter das Haus Am Hügel 26 in Saarbrücken. Seit Lafontaines Flucht ins Privatleben vor drei Tagen hat sich nur einmal Söhnchen Carl-Maurice gezeigt und ihnen die Zunge rausgestreckt. Jetzt kommt der Chef persönlich.

„Ich habe natürlich einen gewissen Abstand zu meiner Entscheidung gebraucht“, entschuldigt er sein Schweigen. „Mit der Richtung der Politik, die wir in den letzten Monaten gemacht haben, hatte das nichts zu tun.“ Im Gegenteil: „Wir sind stolz darauf, dass wir viele Versprechungen gehalten haben.“

Der Grund des Rücktritts sei allein „das schlechte Mannschaftsspiel, das wir in den letzten Monaten geboten haben. Ohne ein gutes Mannschaftsspiel kann man nicht erfolgreich arbeiten“.

Je länger Lafontaine vom Teamgeist redet und davon, dass er weiter dazugehören will zu seiner Partei, in der er 33 Jahre zugebracht habe, davon etwa 30 in führenden Positionen, desto schwülstiger klingt er. Er redet von seinem Attentat und von seiner Familie. Und er endet mit einem pathetischen Bekenntnis: „Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt, aber es hat einen Standort. Es schlägt links.“

Damit beginnt der Werbefeldzug für Lafontaines neues Buch, das inzwischen als Bestseller gehandelt wird. Titel: „Das Herz schlägt links.“

HORAND KNAUP, JÜRGEN LEINEMANN, HARTMUT PALMER, ULRICH SCHÄFER, HAJO SCHUMACHER

DER RÜCKTRITT ist das vorläufige Ende eines Duells um die Macht.

TELEPRESS

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

STEUERN

Befreiungsschlag aus Bayern

Im Kampf um das Sparpaket wollen die von der Union regierten Länder die rot-grüne Bundesregierung offenbar zu einer drastischen Steuerreform drängen. In der bislang unveröffentlichten „Steuerinitiative Bayern 2001“ schlägt Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) vor, alle Steuerzahler um netto 50 Milliarden Mark zu entlasten und den Spitzensteuersatz von 53 auf 35 Prozent zu senken. Faltlhauser vertraut darauf, dass die niedrigeren Steuersätze, ähnlich wie in den USA, einen gewaltigen Wirtschaftsboom auslösen und sich größtenteils selbst finanzieren: „Wir brauchen einen echten Befreiungsschlag, nur das bringt die Wirtschaft wirklich in Gang.“ Die Steuerreform nach Münchner Muster soll in zwei Stufen erfolgen: Im Jahr 2001 würde der Spitzensatz von 53 auf zunächst 42 Prozent sinken, der Eingangssteuersatz von 23,9 auf 20 Prozent. Zwei Jahre später ginge es erneut runter – am oberen Ende der Steuerkurve auf 35 Prozent, am unteren Ende auf 19 Prozent. Die Reform ist derart konstruiert, dass die Abgabenlast aller Steuerzahler, egal ob ledig oder verheiratet, egal ob hohe oder niedrige Einkommen, um rund ein Drittel reduziert wird (siehe Grafik). Gleichzeitig will Faltlhauser, ähnlich wie in Österreich, von 2003 an eine definitive Abgeltungsteuer für alle Zinserträge einführen, sämtliche Kapitaleinkünfte mit Ausnahme der Dividenden sollten demnach mit einheitlich 25 Prozent besteuert werden. Die bisherige Nachversteuerung der Zinsen mit dem meist höheren persönlichen Einkommensteuersatz entfällt. Auch die Unternehmen sollen kräftig entlastet werden. Die Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne würde demnach von 40 auf 35 Prozent reduziert, für ausgeschüttete Gewinne von 30 auf 25 Prozent; auch die Gewerbesteuer soll um ein Zehntel sinken. Zudem sind gezielte Erleichterungen für kleine und mittlere Betriebe geplant, etwa beim Firmenverkauf.

Einkommensteuerbelastung
bei Verheirateten in Mark

zu versteuerndes Jahreseinkommen	nach geltendem Recht	nach Rot/Grün 2003	nach Bayern-Tarif 2003
48 000	5 840	4 546	3 940
72 000	12 870	10 876	9 132
96 000	20 484	18 024	14 802
120 000	28 718	26 030	20 982
144 000	37 532	34 822	27 614
168 000	47 178	44 432	34 726
192 000	57 698	54 860	42 316
216 000	69 144	66 110	50 422
240 000	81 414	77 750	58 806
264 000	94 122	89 390	67 198
288 000	106 828	101 030	75 590
312 000	119 536	112 670	83 982
336 000	132 300	124 310	92 410
360 000	145 008	135 950	100 802

FLUGVERKEHR

Schöner warten?

Fluggäste, die wegen Überbuchung ihrer Maschine warten müssen, sollen künftig besser entschädigt werden. So will die neue EU-Verkehrskommissarin Loyola de Palacio den Schadensersatz auch auf Charterfluggesellschaften ausdehnen. Passagiere, die nicht mit dem gebuchten Flug befördert werden, erhalten „Mahlzeiten, Erfrischungen und Hotelkosten in angemessenem Verhältnis zur Wartezeit“. Rückmeldepflichten am Tag vor dem Abflug dürfen den Passagieren nicht mehr vorgeschrieben werden. Zum Meldeschluss am Terminal ankommende Reisende mit gültigem Ticket müssen dann mitgenommen werden. Die Fluggesellschaften werden zudem verpflichtet, an den Abfertigungsschaltern einen Hinweis „in mindestens zwei Zentimeter großen Buchstaben“ anzubringen, der ermuntert, Ausgleichsleistungen einzufordern. Linienfluggesellschaften wie die Lufthansa müssten zusätzlich die gesamte „verfügbare Sitzkapazität des Flugzeugs ausnutzen, bevor ein Fluggast zurückgewiesen wird“. Die bisher nur freiwillig gewährten „Upgrades“ von der „Economy“- in die „Business“-Klasse würden damit gesetzlich vorgeschrieben, die Nichteinhaltung würde „wirksam und abschreckend“ sanktioniert.

F. HELLER / ARGUM

Passagiere (im Flughafen München)

AP

Welteke, Eichel (in Washington)

WETTBEWERB

Deutsche empört

Die deutsche Finanzwelt will sich gegen die Macht der Amerikaner wehren. Grund: In Deutschland droht eine Verteuerung von Firmenkrediten, wenn die US-Notenbank ihren Willen durchsetzt, das amerikanische Ratingsystem weltweit zu etablieren. Bislang müssen Banken für Firmenkredite Eigenkapital bereithalten – und zwar acht Prozent des Kreditvolumens. Dabei ist es egal, ob ein Kreditnehmer solide oder faktisch pleite ist. Auch die Deutschen wollen dies ändern: Je sicherer ein Unternehmen ist, desto weniger Eigenkapital soll für den Kredit gebunden werden. Strittig ist, wie das Risiko gemessen werden kann. Die deutschen Banken möchten ihr internes Bewertungssystem beibehalten, die Amerikaner wollen ihr Ratingsystem zum internationalen Standard machen. In den USA werden über 8000 Unternehmen von Ratingagenturen wie Standard & Poor’s bewertet, in Deutschland sind es nur 30. Bis alle hiesigen Unternehmen nach US-Standard taxiert sind, würden fünf Jahre vergehen; für nicht bewertete Firmen würden sich in dieser Zeit die Kredite erheblich verteuern. Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer empörte sich am Rande der Weltbanktagung in Washington über die „hemdsärmelige Politik“ der US-Notenbank: „Wir müssen zurückschlagen.“ DG-Bank-Chef Bernd Thiemann erkannte sogar den Versuch, „die amerikanische Weltherrschaft zu etablieren“. Der Bankenverband hat inzwischen den Bundesfinanzminister Hans Eichel und Bundesbankpräsident Ernst Welteke eingeschaltet: Sie sollen bei ihren europäischen Kollegen gegen die angestrebte Regelung mobil machen.

HANDEL

Direkt ins Haus

Immer mehr Handelskonzerne setzen auf den Lieferservice ins Haus, um die seit Jahren rückläufigen Umsätze in ihren Supermärkten auszugleichen. Nachdem Firmen wie Rewe, Tengelmann und Markant bereits in verschiedenen Testmärkten die Hauszustellung proben, startet die Edeka Baden-Württemberg Mitte Oktober mit einem Versuch, bei dem die Dienstleistung erstmals flächendeckend in einem großen Bundesland angeboten wird. Initiator des Projekts ist der in Esslingen ansässige Verein Quo Vadis. Ursprünglich wollte der gemeinnützige Verein nur die Belieferung von Alten, Kranken und Behinderten sicherstellen, wurde dann aber von den Handelsmanagern beauftragt, den Zustelldienst für alle Kunden zu organisieren. Wenn das Geschäft in Baden-Württemberg gut anläuft, will Edeka den Service bundesweit anbieten. Dann trifft Edeka auf den Versandriesen Otto, der vergangene Woche den Einstieg ins Lebensmittelgeschäft per Katalog verkündete. Otto will sein neues Angebot ab Januar zunächst für ein Jahr im Großraum Hamburg testen und dann bundesweit ausbauen.

M. WOLTMANN / ARGUS

Lebensmittelzustellung (in Duisburg)

WIELAND / LAIF

Nordrhein-westfälische Staatskanzlei in Düsseldorf, Neuber

AP

WESTLB

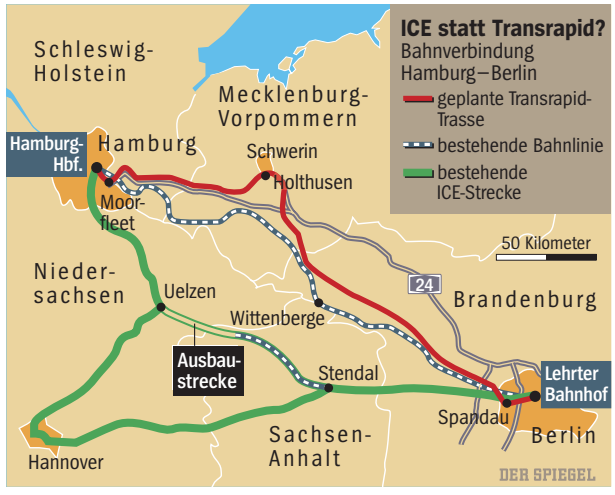
Mehr Geld für NRW

Die Anteilseigner der WestLB haben sich auf ein Modell geeinigt, mit dem sie die Auflage der Brüsseler Kommission erfüllen wollen, Beihilfen in Höhe von 1,6 Milliarden Mark an Nordrhein-Westfalen (NRW) zurückzuzahlen. Das Bundesland, das mit 43,2 Prozent an dem öffentlich-rechtlichen Institut beteiligt ist, soll eine zusätzliche Beteiligung am Wertzuwachs der Bank während der Jahre 1992 bis 1998 in Höhe von gut 20 Prozent erhalten. Faktisch erhöht sich damit das Stammkapital des Landes. Damit haben die Miteigentümer aus den Sparkassen- und Landschaftsverbänden von NRW letztlich zugestimmt, dass der Anteil des Landes um über zwei Milliarden Mark steigt. Dies soll als Ausgleich dafür dienen, dass der staatliche Miteigentümer 1992 die Wohnungsbauförderungsanstalt als niedrig verzinste Sonderrücklage eingebracht und damit das haftende Eigenkapital der Bank um 2,5 Milliarden Mark erhöht hat. Dies hatte der ehemalige EU-Wettbewerbskommissar Karel Van Miert als unzulässige Subvention gewertet. Nun müssen Berlin und Brüssel dem Deal noch zustimmen. Mit dieser Konstruktion will WestLB-Chef Friedel Neuber erreichen, dass er nicht die 1,6 Milliarden Mark in bar ausschütten muss – was bedeuten würde, dass er rund drei Milliarden Mark bisher unversteuerter stiller Reserven auflösen müsste. Außerdem ließe sich die Transaktion elegant rückabwickeln, falls die Bank bei ihrer Klage gegen die Brüsseler Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof Recht behält.

BAHN

ICE statt Transrapid?

Der umstrittene Plan, die Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin aus Kostengründen eingleisig zu bauen, gibt den Befürwortern einer ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse Auftrieb. Für etwa ein Sechstel der geschätzten Transrapid-Kosten ließe sich die rund 300-Kilometer-Strecke zwischen den beiden Millionenstädten ausbauen. Nach Berechnungen der Münchner Verkehrswissenschaftler Martin Vieregg und Karlheinz Rößler würde die Fahrzeit – derzeit 2 Stunden 20 Minuten – unter anderthalb Stunden liegen. Verkehrsexperten favorisieren den Ausbau der derzeit weitgehend unbrauchbaren Trasse zwischen Uelzen und Stendal. Die Strecke ist überwiegend schnurgerade, führt durch eine dünn besiedelte Gegend und erfordert kein langwieriges Planfeststellungsverfahren. Hochgeschwindigkeitszüge könnten bereits im Jahre 2002 eingesetzt werden – mindestens fünf Jahre früher als der Transrapid.



VERMÖGEN

Öl, Stahl, Silber

Zwei Hightech-Idole haben offenbar wenig Vertrauen in ihre Zunft. Erst vor kurzem warnte Microsoft-Vize Steve Ballmer vor den überzogenen Erwartungen an Technologie-Unternehmen und löste damit einen Kurssturz aus. Sein Chef Bill Gates, der reichste Mann der Welt, scheint ähnlich zu denken. Er legt sein Geld eher konservativ an: in Öl, Stahl und Silber. Seine 15-Millionen-Dollar-Investition in die US-Mine „Pan American Silver“, die ver-

J. CHRISTENSEN / GAMMA / STUDIO X

Gates

gangene Woche bekannt wurde, bewirkte den größten Kurssprung dieser Aktie seit über drei Jahren: Das Papier legte um 45 Prozent zu. Der Software-Erfinder folgt darin mit einiger Verspätung dem Vorbild der Investoren Warren Buffet und George Soros, die schon im vergangenen Jahr ins Silbergeschäft eingestiegen waren. Eine ebenso konservative Investition hat sich für Gates bereits rentiert: Bis September 1998 hatte er 7,3 Prozent des Stahlkonzerns Schnitzer Steel Industries erworben, seither ist die Aktie um 23 Prozent gestiegen. Neben Silber und Stahl ist der Microsoft-Chef auch im Rohstoffgeschäft engagiert: Gates hält Anteile an der Firma Chaparral Resources, die in Kasachstan Öl und Gas fördert.

NEUER MARKT

„Talsohle erreicht“

Kurt Ochner, 46, Manager des Special German Stock Funds im Bankhaus Julius Bär, über Kursstürze und Neuemissionen

SPIEGEL: Der Neue Markt ist in den vergangenen Wochen regelrecht abgestürzt, nachdem er zu Beginn des Jahres kräftig gestiegen war. Was ist passiert?
Ochner: Viele Gesellschafter haben noch im Dezember aus steuerlichen Gründen ihre Firmen oder Teile davon verkauft – und zwar häufig an Unternehmen des Neuen Marktes, die seit ihrem Börsengang prall gefüllte Kassen hatten. So entstand plötzlich jede Menge Fusionsphantasie. Zudem haben Privatanleger nach der Euro-Umstellung die scheinbar halbierten Kurse zu Käufen genutzt.
SPIEGEL: Und warum ging es seither fast kontinuierlich bergab?
Ochner: Das liegt an den vielen Neuemissionen, eine üppige Kost, die der Markt kaum verdauen kann. Und am Zuteilungsmodus der Emissionsbanken.

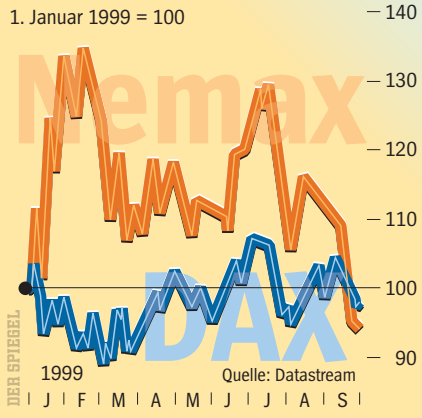
J. BÄR

Ochner

SPIEGEL: Was machen die Institute denn falsch?
Ochner: Sie schustern ihren besten Kunden die meisten Aktien zu, auch wenn die nur kurz in den Werten bleiben.
SPIEGEL: Hat der Index die Talsohle erreicht?
Ochner: Ich denke schon. Jedenfalls verkaufen zurzeit Leute und Institutionen, wir nennen sie Kontraindikatoren, die fast immer falsch liegen.
SPIEGEL: Wie geht es weiter am Neuen Markt?
Ochner: Die Zahl der Neuemissionen wird sich ab November halbieren – dadurch gewinnt der Index an Fahrt. Doch die Zeiten, in denen neue Aktien binnen Stunden ihren Wert verdreifacht haben, sind definitiv vorbei. Außerdem wird sich die Spreu vom Weizen trennen. Anleger sollten sich genau ansehen, welche Aktien sie sich ins Depot nehmen.
SPIEGEL: Und welche sind das?
Ochner: Ich setze auf große, solide Unternehmen rund ums Internet sowie aus den Bereichen Medien und Biotechnologie. Firmen mit wenig Eigenkapital und einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 40, die obendrein erst im Jahr 2002 oder noch später Gewinn machen sollen, lasse ich dagegen links liegen.

Neuer-Markt-Index gegenüber Dax

1. Januar 1999 = 100

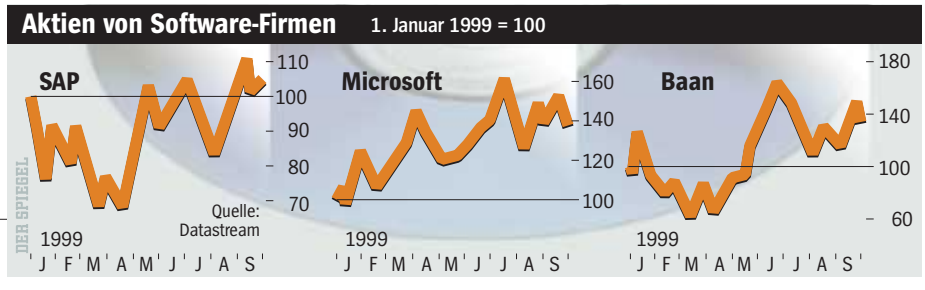


AKTIEN

Stau bei Software

Aus Angst vor dem Jahr-2000-Problem war die Kursentwicklung vieler Software-Unternehmen zuletzt enttäuschend. Dass in den letzten drei Monaten dieses Jahres nur noch wenige Unternehmen neue Software installieren, spüren vor allem Anbieter betriebswirtschaftlicher Anwendungssoftware wie SAP oder der niederländische Konkurrent Baan. Nun setzen mutige Anleger darauf, dass im nächsten Jahr ein aufgestauter Nachfrageboom losgetreten wird. Auch Software-Riese Microsoft, der die Einführung des Betriebssystems Windows 2000 in das nächste Jahr geschoben hat, könnte davon profitieren.

Aktien von Software-Firmen 1. Januar 1999 = 100



Konzernzentrale in Düsseldorf

Mannesmann-Telefongesellschaft Arcor (auf der Cebit)

DEUTSCHLAND AG

Revolution von oben

Die deutsche Unternehmenslandschaft wird umgepflügt wie nie zuvor seit den Jahren des Wirtschaftswunders: Traditionskonzerne spalten sich auf und formieren sich neu, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Aber werden sie auch Erfolg haben?

Eigentlich ging es beim Treffen des Weltwährungsfonds in Washington um Wohl und Wehe der Nationen, um Deflationsgefahren und Schuldenerlass. Aber wenn ein paar hundert Bankmanager zusammenkommen, wird am Rande stets auch ein ganz anderes Thema behandelt: Wer kann mit wem – zusammenarbeiten oder gar fusionieren?

Ganz vorn dabei sind derzeit die Bankenchefs aus Deutschland. Die Fusion der Bayerischen Vereinsbank mit der Hypobank, die Übernahme von Bankers Trust durch die Deutsche Bank haben die Chefs auf den Geschmack gebracht. Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer und Dresdner-Bank-Vorsitzender Bernhard Walter sprachen auch über die Zusammenlegung des Privatkundengeschäfts der beiden.

Die Verhandlungen sind schwierig, nach Ansicht vieler Deutschbanker werden sie wohl scheitern. Aber davon lässt Breuer sich bei der Suche nach Partnern nicht bremsen. „Wir sind polygam", sagt er, „wir treiben es mit vielen und haben auch noch Spaß daran."

Das scheint derzeit das Motto fast aller Konzernchefs in Deutschland zu sein. Sie übernehmen oder fusionieren, sie kaufen oder verkaufen Konzernteile, sie schieben Beteiligungen hin und her, als handele es sich um Bauklötzchen. Die Industrielandschaft wird umgepflügt wie wohl noch nie seit den Wirtschaftswunder-Zeiten.

Vergangene Woche richteten sich die Scheinwerfer auf Ulrich Hartmann (Veba) und Wilhelm Simson (Viag), die den Zusammenschluss ihrer Konglomerate verkündeten. Schon bald werden andere ins

Spalten, Straffen, Bündeln

Wie sich die deutschen Konzerne für die Zukunft rüsten

DER SPIEGEL

DaimlerChrysler
Aus dem Zusammenschluss von Daimler-Benz und Chrysler entstand der erste transatlantische Großkonzern. Doch die Vereinigung erweist sich als schwierig, der Erfolg ist keineswegs gesichert.

Deutsche Bank
Die Übernahme der amerikanischen Bankers Trust ist noch nicht verkraftet, doch der Umbau geht weiter: Das Privatkundengeschäft wurde abgetrennt – als erster Schritt für mögliche Partnerschaften.

Preussag
Der ehemalige Mischkonzern mutierte innerhalb weniger Jahre zu Europas größtem Reiseveranstalter. Traditionelle Geschäftsfelder wie Anlagenbau und Stahl wurden abgestoßen, Tourismusunternehmen (TUI, Hapag-Lloyd) dazugekauft.

Mannesmann-Autotechnik (VDO-Werk in Crossen)

FOTOS: P. LANGROCK / ZENIT (li.); WIELAND / LAIF (M.); S. DÖRING / PLUS 49 / VISUM (re.)

Rampenlicht drängen, denn deutsche Unternehmensführer legen sich beim Umbau ihrer Konzerne ins Zeug, als habe sie ein kollektiver Rausch erfasst.

Der weltmännische Breuer unterscheidet sich da kaum von dem eher provinziell wirkenden Hoechst-Chef Jürgen Dormann, der sein Unternehmen teilt und mit Rhône-Poulenc fusioniert. Der einem breiten Publikum eher unbekannte Klaus Esser von Mannesmann verändert den Konzern durch die Teilung in zwei Firmen ebenso radikal wie einer der Stars der Szene, Daimlers Jürgen Schrempp, durch die Fusion mit Chrysler. Andere Konzernchefs trennen sich sogar von Geschäften, denen das Unternehmen seine Herkunft verdankt, wie Kajo Neukirchen, dessen Metallgesellschaft den Metallhandel abgibt.

„Was wir zur Zeit erleben, ist eine Revolution, der Aufbruch in eine neue Ökonomie“, meint der Unternehmensberater Bolko von Oetinger von Boston Consulting: „Die Biografien der meisten Großunternehmen werden neu geschrieben.“

Für all diese Veränderungen bieten Manager plausible Erklärungen an. Unternehmen müssen fusionieren, um auf allen Märkten präsent zu sein. Sie müssen sich auf wenige Geschäfte konzentrieren, um Kapital und Managementkapazität dort zu bündeln. Sie müssen unrentable Bereiche verkaufen, um ihren Aktionären eine akzeptable Rendite zu garantieren. Dennoch wirken die gewaltigen Strukturveränderungen auf Mitarbeiter und Beobachter oft unverständlich oder gar unheimlich.

Selbst besonnene Zeitzeugen wie Altkanzler Helmut Schmidt beklagen, dass sich „der amerikanische Raubtierkapitalismus unter deutschen Managern ausbreitet“, und vermuten, die wahren Motive vieler Fusionen seien die „Großmannssucht und Habgier der Manager, deren Gehälter den Rahmen der guten Sitten sprengen“.

Mag sein, dass dies bei manchem Unternehmensführer eine Rolle spielt. Aber Schmidts Manager-Schelte erklärt nicht, warum auch Männer wie Heinrich von Pierer (Siemens), die großen Wert auf Interessenausgleich mit der Belegschaft legen, ihr Unternehmen radikal neu ausrichten und Firmenteile mit 60 000 Mitarbeitern und 17 Milliarden Mark Umsatz verkaufen. Und ist es Raubtierkapitalismus, wenn derzeit die gesamte so genannte Deutschland AG aufgelöst wird?

Mit diesem Begriff wird die enge Verflechtung von Banken, Versicherungen und Industriefirmen bezeichnet, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat: Geldinstitute sind an Unternehmen beteiligt, finanzieren deren Wachstum mit Krediten und kontrollieren das Ganze zugleich über ihre Vertreter im Aufsichtsrat.

Das System bot den Unternehmen Schutz vor feindlichen Übernahmen und den Banken schöne Geschäfte. Es begünstigte lange Zeit Wachstum und Stabilität. Doch dann drohte die Deutschland AG an ihrem eigenen Erfolg zu ersticken.

Je enger das Beteiligungs- und Beziehungsgeflecht wurde, desto deutlicher wurden die Nachteile: Es gab kaum eine effektive Kontrolle. Ob Kleinaktionäre auf den Hauptversammlungen nur Würstchen aßen oder auch kritische Fragen stellten, machte kaum einen Unterschied – die Abstimmungen entschieden die Banken mit ihrem Depotstimmrecht.

Aufgebrochen wird das System jetzt durch zwei Entwicklungen. Die Liberalisierung bislang geschützter Märkte wie beim Strom zwingt Konzerne wie RWE, Veba und Viag sich für den Wettbewerb fit zu machen. Und zugleich setzt eine neue Macht am Markt die Unternehmen unter Veränderungsdruck: Große Fonds, die über ein paar hundert Milliarden Mark verfügen, verlangen eine ordentliche Verzinsung des Kapitals. Und sie werden gehört, denn ihre Folterwerkzeuge sind mittlerweile scharf.

Anfangs, als die Fonds noch kleine Anteile hatten, konnten sie ihre Aktien nur verkaufen und das Geld bei anderen Firmen anlegen. Inzwischen bleibt das Geld – und das Management muss gehen, wenn es die Anforderungen nicht erfüllt.

„Der Druck ist stärker geworden“, gesteht Siemens-Chef Pierer ein, der nach massiver Kritik an der geringen Rendite das radikalste Umbauprogramm in der mehr als 150-jährigen Geschichte des Unternehmens beschloss. Das Computergeschäft legte er mit dem japanischen Fujitsu-Konzern zusammen. Das Geschäft mit elektronischen Bauteilen und Chips soll an die Börse gebracht werden. Und

SIEMENS Aventis mannesmann VEBA VIAG

Siemens
Der Elektrokonzern trennt sich von ganzen Unternehmensbereichen – zum Beispiel dem Chip-Geschäft – und bringt sie als selbständige Aktiengesellschaften an die Börse.

Hoechst
Sogar der Name des Traditionskonzerns verschwindet, der Pharmabereich geht zusammen mit Rhône-Poulenc in dem neuen Konzern Aventis auf.

Mannesmann
Der Mischkonzern spaltet sich auf: in ein reines Telekommunikations- und in ein Autotechnik- und Anlagenbau-Unternehmen.

Veba/Viag
Die beiden Konglomerate fusionieren und konzentrieren sich auf das Stromgeschäft und die Spezialchemie. Alles andere wird abgestoßen.

selbst vor der Schließung der von der englischen Königin eingeweihten Chipfabrik schreckte Pierer nicht zurück.

Siemens konzentriert sich, wie viele Konzerne derzeit, auf weniger Geschäfte und versucht, in diesen Weltmarktführer zu werden. Die Zeit der Konglomerate, in denen Unternehmen vom Staubsauger bis zum Kampfflugzeug fast alles anboten wie Daimler-Benz mit den Töchtern AEG und Dasa, scheint vorbei. Daimler setzt wieder voll auf das Autogeschäft und wird die Dasa an die Börse bringen.

Gewerkschafter und Betriebsräte stehen dem Umbau deutscher Konzerne skeptisch gegenüber, aber sie lehnen ihn nicht rundweg ab. Bei manchen Fusionen sind zwar sofort ein paar tausend Stellen bedroht, doch wären auf Dauer möglicherweise noch mehr Arbeitsplätze gefährdet, wenn Konzerne jetzt nicht die Kosten drücken.

Um den Schutz des Unternehmens geht es auch Mannesmann-Chef Esser, der den Konzern in zwei Gesellschaften, eine Telekommunikations- und eine Autotechnikfirma, teilen will. Damit will er auch einer feindlichen Übernahme vorbeugen, die vor allem für Telekommunikationsgiganten aus den USA verlockend wäre. Sie könnten den Gesamtkonzern aufkaufen und einen Teil des Preises anschließend mit dem Verkauf der Maschinenbausparte hereinholen. Eine selbständige Telekommunikationsfirma wird, so Essers Hoffnung, an der Börse so hoch bewertet werden, dass eine Übernahme nicht mehr lohnt.

Der Umbau deutscher Konzerne wird weitergehen, bei Mannesmann und anderen. Abschrecken lassen sich die Unternehmensführer dabei nicht von Untersuchungen, die herausfanden, dass über 50 Prozent aller Fusionen scheiterten, und auch nicht durch eigene Erfahrungen wie dem Zoff, den es zwischen den Spitzen der fusionierten HypoVereinsbank gibt, und dem Desaster der Deutschen Bank mit der übernommenen Morgan Grenfell.

Manche von denen, die sich heute als Konzernschmiede feiern lassen, werden sicher bald in die Reihe gescheiterter Unternehmensführer einsortiert. Gefährdet sind vor allem jene, die mit ständigem Umbau der Konzerne einen besonderen Standortvorteil Deutschlands zerstören: die Motivation der Beschäftigten.

Bei Hoechst ist diese Gefahr besonders hoch. Dass der traditionelle Firmenname verschwindet, kann in der Belegschaft kaum einer nachvollziehen. Konzernchef Dormann wiederum versteht nicht, dass ihn kaum einer versteht.

„An dieser Stelle habe ich Applaus erwartet“, sagte Dormann den Aktionären, als er seine Pläne vorgetragen hatte. Doch die Anteilseigner, unter ihnen viele Beschäftigte, mochten nicht applaudieren. Für viele ist Dormann nicht der Visionär, sondern der „Totengräber“ des Konzerns. DINAH DECKSTEIN, DIETMAR HAWRANEK

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es wird ein harter Kampf“

Die künftigen Chefs des Veba/Viag-Konzerns, Ulrich Hartmann und Wilhelm Simson, über den Sinn der Fusion und den Wettbewerb im Stromgeschäft

REUTERS

Viag-Chef Simson, Veba-Chef Hartmann*
„Jede Zeit hat ihre Unternehmen“

SPIEGEL: Eine nie da gewesene Fusionswelle hat die deutsche Wirtschaft erfasst – und Sie machen mit: Veba und Viag schließen sich zum größten deutschen Stromversorger zusammen. Woher kommt der plötzliche Größenwahn?

Simson: Ich glaube nicht, dass es sich um Größenwahn handelt. Es gibt da einen klaren Zusammenhang mit der Entwicklung der Informationstechnik. Die schnelle Kommunikation hat die Welt zu einem Kuhdorf gemacht. Die Finanz- und Warenmärkte entwickeln sich rasant. Wenn man in diesem Spiel mithalten will, geht das nur noch über Größe. Firmenzukäufe sind jedoch fast unbezahlbar geworden. Also bleibt nur der Weg der Fusion. So hält man wenigstens das Geld in der Firma.

SPIEGEL: Trotzdem erinnert das deutsche Management ein wenig an den Zug der Lemminge: Einer geht vor, und die anderen laufen blind hinterher. Ist Größe wirklich für alle das Patentrezept?

* Am Montag vergangener Woche bei der offiziellen Verkündung der Fusion in München.
Das Gespräch führten die Redakteure Dinah Deckstein und Frank Dohmen.

Im Kern Energie

Kernbereiche und wichtige Verkäufe der Fusionspartner **Veba** und **Viag**

DER SPIEGEL

Mitarbeiter ..... 116 774 und 85 694
Umsatz 1998 ..... 83,7 und 49,1 Milliarden Mark

darunter:

ENERGIE
PreussenElektra 15,9
Veba Oel 20,1
Bayernwerk 11,1

CHEMIE
Degussa-Hüls 9,1
SKW Trostberg, Goldschmidt 6,6

TELEKOMMUNIKATION
Viag Interkom (45%) 0,4

VERKÄUFE Gesamtumsätze der Verkäufe 1998: rund 65 Milliarden Mark

darunter:
Veba Telecom (E-plus und andere) 3,6

SONSTIGE INDUSTRIE
MEMC, USA 1,3
Schmalbach-Lubeca, Gerresheimer Glas ... 5,8
VAW 5,8

HANDEL UND LOGISTIK
Stinnes 26,5
Veba Electronics 7,5
Klöckner & Co 9,5

Werbeseite

Werbeseite

W. M. WEBER

Viag-Wasserkraftwerk Walchensee: *„Jetzt ist Konzentration angesagt“*

Hartmann: Nein, nicht für alle. Es wird auch in Zukunft noch Nischenmärkte geben, die von mittleren oder kleinen Firmen bedient werden können. Aber wenn Sie ein Massenprodukt wie Strom verkaufen, dann müssen Sie Preisführer sein. Wenn der Markt dann auch noch global ist, bleibt Ihnen gar keine Alternative zum Firmenwachstum. Und das schaffen Sie heute fast nur mit Hilfe der Aktionäre – über eine Fusion eben, ohne dass wirklich Geld fließt.

SPIEGEL: Was im Vorfeld als großartige Strategie bejubelt wird, stellt sich im Nachhinein oft als Flop heraus. Nach neuesten Untersuchungen scheitert gut die Hälfte aller Fusionen …

Simson: … die andere Hälfte geht aber gut. Und dafür sind zwei Punkte entscheidend: Stimmt die Strategie? Und werden die Entscheidungen schnell umgesetzt, damit die Mannschaft zur Ruhe kommt und sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann?

SPIEGEL: Und das ist bei Veba/Viag der Fall?

Hartmann: Ganz eindeutig. Die beiden Unternehmen passen perfekt zusammen. Und der Zeitplan ist ehrgeizig. Bis Mitte nächsten Jahres sollen die Konzerne miteinander verschmolzen sein.

SPIEGEL: Konkret bedeutet Ihr Vorhaben doch eine gewaltige Rolle rückwärts. Den Analysten und Anlegern haben Sie jahrelang die Vorteile großer Mischkonzerne gepriesen. Jetzt sollen in dem neuen Konzern mit Strom und Chemie nur noch zwei Standbeine übrig bleiben.

Hartmann: Jede Zeit hat ihre Unternehmen, die in die jeweilige Entwicklung hineinpassen. Im Übrigen weiß ich nicht, ob das nicht ein wenig ein Streit um Worte und Definitionen ist. Wir werden auch in Zukunft kein „Ein-Produkt-Unternehmen“ sein. Das meine ich nicht nur bezogen auf die beiden Sparten Strom und Chemie. Selbst im Energiebereich werden wir unterschiedliche Produkte wie Strom, Wasser, Gas oder Öl anbieten.

SPIEGEL: Ist das nicht Augenwischerei? Tatsächlich vollziehen Sie jetzt genau das, was Analysten seit Jahren von Ihnen fordern: die Konzentration auf Kernbereiche.

Simson: Diese Diskussionen haben nicht immer etwas mit der Realität zu tun. Schauen Sie sich die Viag doch mal an. Als Gesamtunternehmen waren wir ganz gut, aber in jedem einzelnen Bereich einfach zu klein, um eine bedeutende Rolle zu spielen. Hätte ich den Konzern nur auf das Bayernwerk zurechtstutzen sollen? Wir hätten Mühe gehabt, das Unternehmen überhaupt noch im Dax zu halten.

SPIEGEL: Das Festhalten an Ihren Gemischtwarenläden haben Sie teuer bezahlt. Ihre Konzerne wurden von den Finanzmärkten in letzter Zeit mit kräftigen Kursabschlägen bestraft.

Simson: Warten Sie mal ab. Das sind Modewellen. Vor einigen Jahren wurde man gut bewertet, wenn man das Risiko streute und neue Geschäftsfelder erschloss. Jetzt ist Konzentration angesagt. Aber auch das wird sich wieder ändern. Entscheidend ist doch, dass man Geld verdient und im Weltmaßstab überleben kann. Genau das bezwecken wir mit der Fusion.

SPIEGEL: Das große Geld haben Sie Ihren Anlegern bis vor kurzem auch noch in Zukunftsbereichen wie Elektronik, Aluminium oder der Chip-Produktion versprochen. Jetzt stehen die Bereiche zum Verkauf. Was lief schief?

Simson: Ich will das mal an einem Beispiel erklären. Wir haben uns in Amerika in einen Chemiebetrieb eingekauft. Dort stellen wir Genbausteine her. Im Moment zahlen wir dabei drauf. Wahrscheinlich machen wir in einigen Jahren ein Bombengeschäft. Aber es kann eben auch anders kommen. Dann müssen wir uns von der Beteiligung trennen. Das heißt aber doch nicht, dass wir die Leute permanent belügen. Es ändern sich die Parameter, das Umfeld, und darauf müssen wir reagieren.

SPIEGEL: Und deshalb planen Sie nun eine gigantische Ausverkaufsaktion? Immerhin wollen Sie Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 65 Milliarden Mark losschlagen.

Hartmann: Warum sagen Sie nicht einfach verkaufen. Ausverkauf, das klingt so schlimm. In der Tat haben wir drei riesige Aufgaben zu bewältigen: erstens die Fusion durchführen, zweitens uns von Geschäftsbereichen trennen und drittens das laufende Geschäft bewältigen. Das wird schwierig. Deshalb brauchen wir auch eine saubere Struktur.

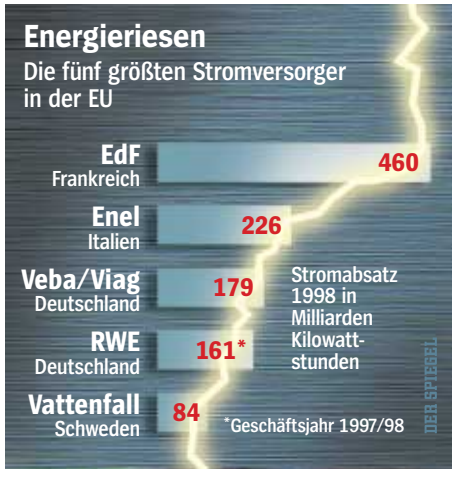
SPIEGEL: Wäre es da nicht einfacher gewesen, dem Beispiel von Mannesmann zu folgen und die beiden Bereiche Chemie und Strom direkt in eigenständige Aktiengesellschaften zu überführen?

Simson: Mit diesem Beispiel können Sie mich nun wirklich nicht jucken. Die beiden Konzerne kann man doch wirklich nicht miteinander vergleichen …

Hartmann: … wobei wir hier nicht über andere Unternehmen reden wollen. Vielleicht erreichen wir irgendwann einmal die Größe, bei der es sinnvoll erscheint, die beiden Bereiche zu trennen. Das ist für uns kein Evangelium. In der Spezialchemie sind wir nach dem Zusammenschluss bereits die Nummer eins in der Welt. Beim Strom sind wir das führende Unternehmen Deutschlands, müssen aber noch eine ganze Menge tun.

SPIEGEL: Weil Sie sonst gegen Staatskonzerne wie die französische Edf oder die italienische Enel keine Chance haben?

Hartmann: Es wird ein harter Kampf. Aber wir haben gute Chancen. Ich weiß nicht, ob es klug ist, dass die Franzosen und Italiener ihre Stromunternehmen so lange in staatlichem Eigentum halten. Ich glaube, es



wäre besser, die Konzerne dem Wettbewerb auszusetzen Dann geht vieles schneller und einfacher.

SPIEGEL: Was denn?

Simson: Glauben Sie, in der alten Struktur hätten unsere Stromtöchter PreussenElektra und Bayernwerk 2300 Arbeitsplätze abbauen können, wie es im Rahmen der Fusion geplant ist? Wir sind nicht stolz darauf, aber es ist nötig, um die Kosten zu senken und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Staatsbetriebe aus Frankreich sind dagegen unbewegliche Kolosse. Verglichen mit denen waren wir schon in der Vergangenheit richtig marktorientiert …

Hartmann: … und das will etwas heißen!

SPIEGEL: Trotzdem werden gerade die Franzosen billigen Strom nach Deutschland liefern, ohne dass Sie die Möglichkeit haben, auf dem französischen Markt aktiv zu werden. Stört Sie das nicht?

Hartmann: Doch. Ordnungspolitisch ist das ein unerträglicher Zustand. Die Franzosen schotten sich ab und nehmen nicht nur am Wettbewerb in anderen Ländern teil, sondern versuchen auch, dort Unternehmen zu kaufen, die bisher in Staatsbesitz waren. Darum muss sich die Europäische Kommission sehr ernsthaft kümmern.

SPIEGEL: Wollen Sie Beschwerde einlegen?

Hartmann: Nein, dafür sind die Kartellämter zuständig. Aber wir werden unsere Meinung zu diesen Ungereimtheiten in der europäischen Stromliberalisierung sehr deutlich sagen.

SPIEGEL: Gehört zu diesen Ungereimtheiten auch, dass deutsche Konzerne aus der Kernenergie aussteigen sollen, während nun billiger Atomstrom aus Frankreich und demnächst sogar aus der Ukraine nach Deutschland geliefert wird?

Hartmann: Ja. Es ist geradezu provinziell, wenn man aus einer weltweiten Technologie aussteigen will und das dann nur im nationalen Maßstab versucht. Für eine deutsche Bundesregierung ist diese Kurzsichtigkeit schon sehr erstaunlich …

Simson: … aber wir haben diese Regierung nun mal gewählt. Sie ist demokratisch legitimiert, und somit müssen wir uns mit diesem unglaublichen Unfug auseinander setzen. Unsere Fusion wird das jedoch nicht beeinflussen.

SPIEGEL: Das Kartellamt wird Ihren Zusammenschluss zum drittgrößten Industrieunternehmen Deutschlands nicht ohne Auflagen passieren lassen. Rechnen Sie damit, dass Sie Beteiligungen wie an den Hamburger Electricitätswerken oder an der Berliner Veag abgeben müssen?

Simson: Es wäre taktisch nicht besonders klug, wenn wir hier im SPIEGEL auch noch Vorschläge unterbreiten würden.

SPIEGEL: Ungeschoren werden Sie aber kaum wegkommen.

Hartmann: Das Kartellamt legt großen Wert darauf, dass die Stromkonzerne ihre Netze auch Konkurrenten zu angemessenen Preisen mitbenutzen lassen. Die Pflicht zur Durchleitung von Fremdstrom wird kommen, so oder so. Veba und Viag werden in dieser Frage weder taktieren noch hinhalten. Notfalls werden wir unsere Netze im Alleingang zu fairen Konditionen für Wettbewerber öffnen.

SPIEGEL: Beginnt dann auch für Privathaushalte der Wettbewerb auf dem Strommarkt? Bisher müssen die sich weitgehend mit bunter Werbung begnügen.

Hartmann: Sie haben Recht. Die ganzen Angebote, die da gestreut werden, täuschen etwas vor, was noch gar nicht da ist. Aber ich schätze, dass sich das im Oktober/November spätestens ändern wird. Dann werden Regelungen für die Durchleitung von Strom vorliegen …

SPIEGEL: … und die Privatkunden massenhaft ihren bisherigen Zwangsversorger wechseln.

Hartmann: Nein, das wird wohl nicht passieren. Wir rechnen damit, dass die meisten Privatkunden bei ihren bisherigen Stromlieferanten bleiben werden, weil die sich an die günstigsten Preise anpassen werden.

SPIEGEL: In Bayern ist erst kürzlich ein Zusammenschluss ins Stocken geraten, weil sich beim kleineren Partner nach der Fusion ein Milliardenloch auftat. Sind Sie sicher, dass bei Ihnen nicht auch noch verborgene Altlasten schlummern?

Simson: Sie spielen auf die Fusion der HypoVereinsbank an. Dazu kann ich Ihnen eines sagen: Herr Hartmann war so klug, eine Doppelspitze vorzuschlagen. Hätte man das auch bei der HypoVereinsbank gemacht, wäre vieles dort möglicherweise ganz anders abgelaufen.

SPIEGEL: In der Politik, aber auch in der Wirtschaft gibt es bislang wenig Beispiele, wo eine Doppelspitze funktionierte. Warum haben Sie sich trotzdem auf dieses Risiko eingelassen?

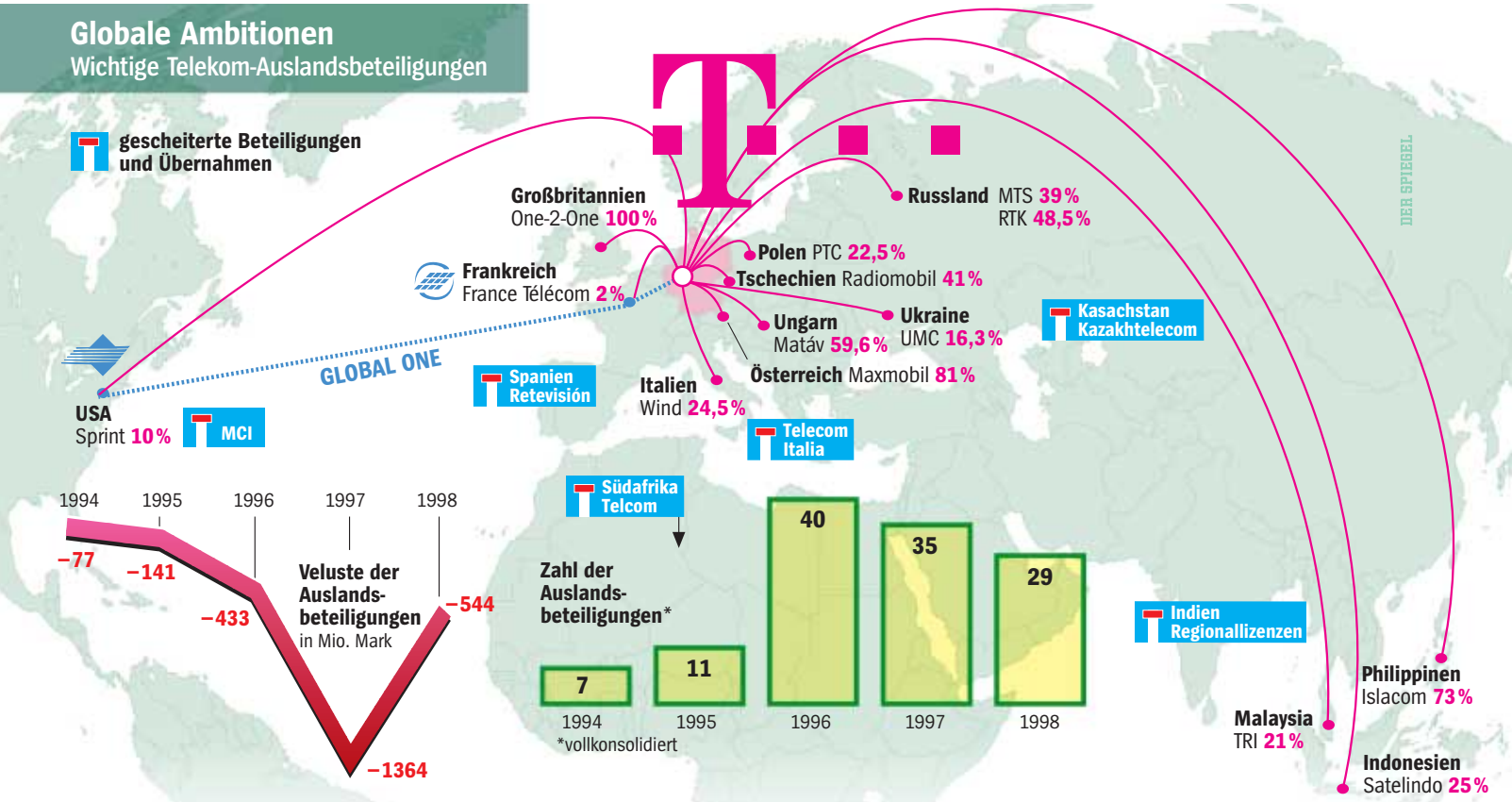
Hartmann: Weil Simson so ein netter Kerl ist und weil wir zwei uns gut verstehen.

Simson: Aber es gibt auch harte Faktoren, die für die Zweierlösung sprechen. Herr Hartmann kommt von der kaufmännischen Seite und kennt sich bei den Finanzen bestens aus. Ich komme aus dem operativen Geschäft und habe vom Betriebs- bis zum Werkleiter alle Produktionsstufen durchlaufen. Wir ergänzen uns ideal. Auch die Arbeitsteilung haben wir sauber abgegrenzt. Hartmann ist der Außenminister, und ich mache den Innenminister.

SPIEGEL: Sie sind beide 61 Jahre alt, Ihre Verträge laufen noch zwei Jahre. Wie wollen Sie in dieser kurzen Zeit all das schaffen, was Sie sich vorgenommen haben?

Hartmann: Verträge können ja auch verlängert werden, aber ich denke, mit 65 sollte dann wirklich Schluss sein. Bis dahin werden die Strukturen des neuen Konzerns stehen. Außerdem gibt es genug Jüngere, die den Job dann machen können.

SPIEGEL: Herr Hartmann, Herr Simson, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



KONZERNE

„Viele Bälle in der Luft“

Der Versuch, im Ausland Fuß zu fassen, brachte der Telekom fast nur Enttäuschungen ein. Nun droht ein neuer Rückschlag: der Verlust des amerikanischen Brückenkopfes.

Sein strategisches Ziel hatte Ron Sommer stets im Blick. „Wir wollen ein wirklich globales Unternehmen werden“, hieß die Parole, die der Chef der Deutschen Telekom seinen Mitarbeitern immer wieder einhämmerte.

Nur „durch Fusionen und Akquisitionen im Ausland“, so glaubt der fließend Englisch und Französisch sprechende Telekom-Stratege, habe der Bonner Telefonkonzern eine sichere Zukunft. Scheitert die Strategie, warnt Sommer, werde die Telekom „in wenigen Jahren nichts anderes sein als ein nicht zukunftsfähiger Regionalladen im wichtigsten Industriezweig des 21. Jahrhunderts“.

Obwohl die Telekom rund 30 Milliarden Mark für Beteiligungen in aller Welt ausgab, ist Sommer seinem Ziel bisher kaum näher gekommen. Nicht einmal vier Prozent seiner Umsätze erzielte Europas größter Telefonkonzern 1998 mit „internationalen Aktivitäten“. Auch in diesem Jahr dürfte das Auslandsgeschäft kaum mehr Einfluss auf den Telekom-Umsatz haben als eine homöopathische Dosis.

Womöglich fällt Sommers ehrgeiziger Plan vom Weltkonzern sogar noch eine Nummer kleiner aus, denn in den USA droht ein heftiger Rückschlag. Sommers Ambitionen müssten sich dann vorerst einmal auf Europa beschränken.

Der Angreifer heißt Bernie Ebbers und ist Chef des amerikanischen Telefonkonzerns MCI-Worldcom. Der ruppige Selfmademan aus Kanada, der innerhalb weniger Jahre aus einer kleinen Klitsche einen weltweit tätigen Telefonkonzern zusammengezimmert hat, will nun auch noch die US-Firma Sprint, an der die Telekom mit zehn Prozent beteiligt ist, übernehmen.

W. v. BRAUCHITSCH

Telekom-Chef Sommer
Globaler Vorstoß gescheitert?

Schon in der kommenden Woche wollen Ebbers und Sprint-Chef William Esrey ihre Verhandlungsergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren. Werden sich Esrey und Ebbers einig – und viele Analysten halten das für wahrscheinlich –, verliert die Telekom ihren einzigen Brückenkopf auf dem größten Telefonmarkt der Welt. „Dann“, sagt ein Analyst, „steht Sommer ziemlich nackt da.“

Sommer kann dagegen wenig unternehmen und muss den Verhandlungen in den USA zunächst weitgehend tatenlos zusehen. In den 1996 abgeschlossenen Verträgen mit den Amerikanern ist nämlich festgeschrieben, dass die Telekom ihre Beteiligung 15 Jahre lang nicht erhöhen darf. Auch ist es den Deutschen nicht erlaubt, sich ohne Zustimmung der Amerikaner „an Übernahmetransaktionen im Hinblick auf Sprint zu beteiligen“.

Durch den Übernahmeversuch von Ebbers gerät nicht nur Sommers Stützpunkt in den USA ins Wanken. Auch das zusammen mit Sprint und France Télécom betriebene Gemeinschaftsunternehmen Global One, das unter dem anspruchsvollen Namen in 65 Ländern Telefondienste für multinationale Unternehmen anbietet, steht vor dem Aus. Im weltweiten Telefon-

Werbeseite

Werbeseite

geschäft müsste Sommer dann quasi wieder bei null anfangen.

Zwar ist die Telekom inzwischen in vielen Ländern Osteuropas, in England, Österreich und Italien sowie in Südostasien (siehe Grafik Seite 142) vertreten. Doch außer der Beteiligung an der ungarischen Telefonfirma Matáv, bei der sich die Bonner zwischen 1993 und 1995 mit 1,4 Milliarden Mark einkauften, trägt bislang keins der Engagements nennenswerte Früchte. Und im internationalen Mobilfunk-Geschäft ist sogar der Newcomer Mannesmann mit Beteiligungen in Italien, Frankreich und Österreich erfolgreicher als der ehemalige Monopolist.

GAMMA / STUDIO X

Netzzentrale von AT & T: *Das Geschäft mit Firmenkunden ist heftig umkämpft*

Eine Serie von Pleiten, Pech und Pannen begleitete viele Auslandsengagements der Telekom von Anfang an. „Wir haben zwar viele Bälle in der Luft“, sagt selbstkritisch ein hochrangiger Telekom-Manager, „aber wir wissen nicht, welcher wieder runterkommt.“

Häufig wurden Preise gezahlt, die nach Ansicht von Experten weit überhöht waren. Selbst Sommers jüngster Sieg, die Übernahme der britischen Mobilfunkfirma One-2-One, ist intern heftig umstritten.

Der Kaufpreis sei völlig unangemessen, mahnte etwa Finanzchef Joachim Kröske, als Sommer Ende August den Deal vom Aufsichtsrat genehmigen ließ. Statt 19,6 Milliarden Mark sei die Nummer vier auf dem englischen Mobilfunk-Markt höchstens zehn Milliarden wert, monierte Kritiker Kröske, der spätestens Ende März an den Haniel-Manager Karl-Gerhard Eick abgibt.

Es wäre nicht Sommers erster Fehlgriff im Streben nach internationaler Präsenz. Allein in den vergangenen fünf Jahren belasteten die Auslandsengagements, für die der Bonner Telefonriese in diesem Zeitraum etwa zehn Milliarden Mark bereitstellte, die Konzernbilanz mit Verlusten von insgesamt mehr als 2,5 Milliarden Mark. Hinzu kommen Abschreibungen in Milliardenhöhe, die tiefe Spuren in Kröskes Zahlenwerk hinterlassen haben.

Ein besonders hohes Lehrgeld musste die Telekom in Südostasien bezahlen. Denn die meisten Beteiligungen in der einstigen Boomregion erwiesen sich inzwischen als faule Eier.

Das Fiasko begann, als die Telekom im April 1995, kurz vor Sommers Amtsantritt, für 1,03 Milliarden Mark 25 Prozent an der indonesischen Mobilfunkfirma Satelindo übernahm. Der im Bonner Kanzleramt unterschriebene Vertrag war die größte Investition eines deutschen Unternehmens in Indonesien und wurde von der Telekom als „Meilenstein auf unserem Weg zur Internationalisierung“ gefeiert.

Doch außer Spesen und Verlusten in Millionenhöhe brachte das Milliardeninvestment den Bonnern nichts ein. Heute steht der Meilenstein mit einem Buchwert von null Mark in Kröskes Bilanz.

Ein Jahr nach dem Einstieg in Indonesien verbrannten sich die unerfahrenen Telekom-Aufkäufer erneut die Finger, als sie für 914 Millionen Mark knapp 21 Prozent an der malaysischen Telefonfirma TRI übernahmen und weitere 371 Millionen Mark für eine Beteiligung an der philippinischen Firma Islacom ausgaben.

Kaum war die Tinte unter den Verträgen trocken, ging der Aktienkurs der TRI steil nach unten. Quartal für Quartal musste Kröske seither den Buchwert der TRI-Beteiligung weiter reduzieren. Aus dem Investment von insgesamt 1,2 Milliarden Mark in Malaysia und auf den Philippinen wurde so innerhalb von zwei Jahren ein Erinnerungsposten von jetzt nur noch 280 Millionen Mark.

Das mit gewaltigen Vorschusslorbeeren bedachte Bündnis Global One brachte ebenfalls nur Verluste ein. Nach endlosen Kompetenzstreitigkeiten und technischen Problemen fällt die Firma im heftig umkämpften Telefon- und Datengeschäft mit multinationalen Konzernen immer weiter hinter die Erwartungen der Muttergesellschaften zurück. Und während sich in dem Bündnis von AT & T und British Telecom ein neuer starker Konkurrent formiert, meldet der Dreierbund von Sprint, France Télécom und Deutscher Telekom für das erste Halbjahr 1999 sogar einen Umsatzrückgang um 18 Prozent.

Seit Sommers gescheitertem Versuch, Telecom Italia zu übernehmen, sind die Aussichten auf einen baldigen Erfolg von Global One gegen null gesunken. Denn Michel Bon, der Chef von France Télécom, sah in Sommers Vorstoß nach Rom einen Bruch der vertraglich verabredeten Partnerschaft. Aus Verärgerung reichte er bei der Internationalen Handelskammer eine Klage ein und kündigte den Bonnern die Freundschaft. Stattdessen will Bon nun als Konkurrent von Sommer antreten. Seit Wochen verhandeln die Franzosen mit dem Viag-Konzern über eine Übernahme des Mobilfunkablegers E-Plus.

Noch geben sich die Telekom-Lenker gelassen. Selbst den drohenden Verlust des amerikanischen Brückenkopfes sehen viele Manager nicht als Gefahr. Die diversen Klauseln in den Verträgen mit Sprint hätten die Telekom ohnehin nur behindert: „Wir konnten nichts tun ohne die Zustimmung der Partner.“

Da die Telekom beim Poker um den an der Börse mit 70 Milliarden Dollar bewerteten Sprint-Konzern wenig Chancen hat, versuchen die Konzernstrategen nun, aus der Not eine Tugend zu machen. Der Vorstoß von MCI, so die neue Lesart, gebe der Telekom die Chance, endlich wieder mehr Handlungsfreiheit zu gewinnen. Mit den Milliarden, die Sommer für das Zehnprozentpaket an Sprint kassiert, könnte die Telekom ihre Expansion forcieren.

Wenn Sommer in letzter Minute nicht doch noch ein überraschender Schachzug auf dem US-Markt gelingt, dann ist der globale Vorstoß allerdings erst einmal gescheitert. Davon ist bei Analystentreffen seit einiger Zeit ohnehin nur noch wenig die Rede. „Erste Priorität“, gibt dort Sommers neuer Auslandschef Jeffrey Hedberg die jetzt geltende Marschrichtung vor, „hat für uns der Ausbau des paneuropäischen Mobilfunknetzes.“

Denn eines haben die Telekom-Strategen aus den Misserfolgen der Vergangenheit gelernt: „Auslandsbeteiligungen, bei denen wir nicht das Sagen haben, bringen nichts.“ Frank Dohmen, Klaus-Peter Kerbusk

Werbeseite

Werbeseite

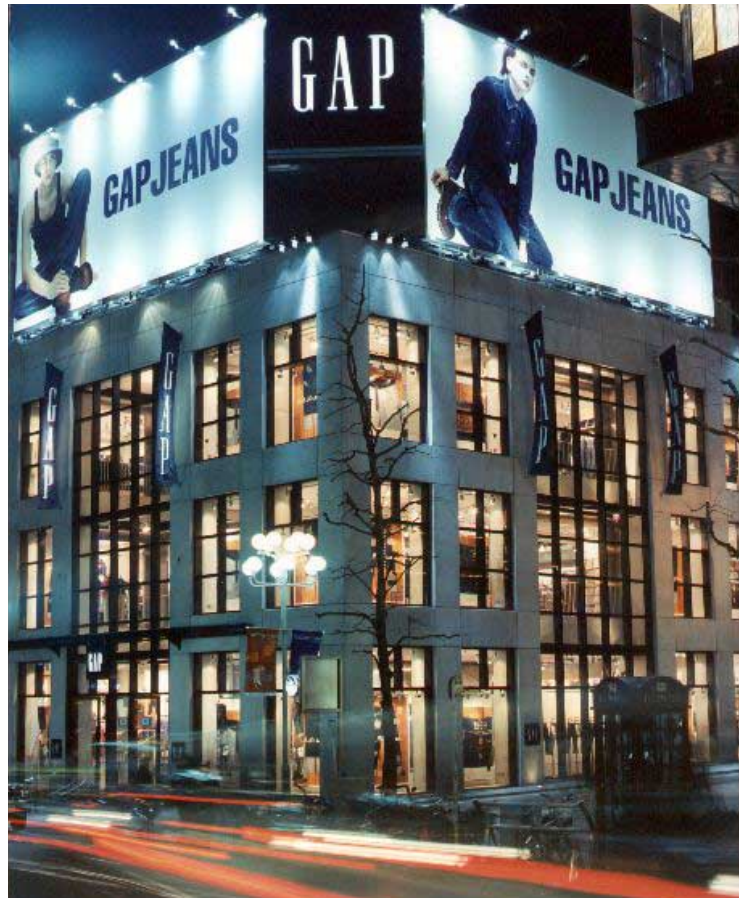
MODEINDUSTRIE

Der Lifestyle-Schneider

Khaki-Hosen und schlichte Shirts für die ganze Welt – die US-Modefirma Gap verdankt ihren Erfolg nicht den Ideen der Couturiers, sondern den Regeln des Shareholder-Value.

Bill Gates, der reichste Mann der Welt, präsentiert sich gewöhnlich, unheimlich locker, in Khaki-Hosen und mit offenem Hemdkragen. Und die millionenschwere New Yorker Gesellschaftslöwin Blaine Trump verkündet öffentlich, dass sie sich gerade Jeans-Shorts für 9,99 Dollar im Supermarkt gekauft habe.

Früher flogen reiche amerikanische Erbinnen oder Gattinnen zwecks Aufbesserung ihrer Garderobe mit der Concorde nach Paris und gaben bei den Modeschauen gern mal 100 000 Dollar aus. Die Kreationen der Couturiers von Chanel, Dior oder Lacroix diffundierten von den Laufstegen in die Modemagazine, tauchten später als Kopien in den Boutiquen auf – und noch später als Abklatsch an den Kleiderstangen von Karstadt, Harrods oder bei Macy's in New York. Die Meister aus Paris zogen, indem sie das rechte Maß von Saumlängen und Kragenspitzen bestimmten, letztlich auch James in Santa Fe oder Ulrike in Saarbrücken an.



Gap-Laden in Tokio: *Mittelmaß für die Mittelschicht*

Jetzt hat sich neben der Modemetropole Paris eine mächtige Konkurrenz etabliert. Was die Massen tragen, das entscheiden Firmen, die auf den Börsenwert ihres Unternehmens achten und die Fixierung auf Saumlängen und Stoffqualitäten durch intensive Marktanalysen ersetzt haben. Vor allen anderen zieht jetzt ein Kleidermacher aus San Francisco die Leute an: The Gap, der neue König unter den Klamottenläden.

Nur die Marke Levi's ist weiter verbreitet in der Welt, rutscht aber in der „Coolness"-Skala zumindest der US-Teenies immer tiefer. Wirtschaftlich hat Gap den Traditionshersteller Levi Strauss ohnehin längst hinter sich gelassen.

Der Lifestyle-Schneider aus San Francisco sei „prädestiniert dazu, die Modeautorität zu werden, die ins nächste Jahrtausend führt", schreibt Teri Agins, die seit zehn Jahren für das „Wall Street Journal" die Bekleidungsindustrie beobachtet, in ihrem gerade erschienenen Buch „The End of Fashion".

Tatsächlich ist Gap dabei, das Straßenbild zu globalisieren wie einst Coca-Cola die Getränkesortimente der Kioske und Restaurants in der westlichen Welt. Die Ladenkette hat den Sinn der Konsumenten für Farbe und Form geeicht wie McDonald's die Geschmacksnerven auf deren Zungen.

Gap will die Welt bekleiden (US-Herbstkampagne „Jeder in Leder") und hat, um auch wirklich allen zu gefallen, Mode auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht. Extravaganz und Eleganz sind aus dem Sortiment verbannt, und das Mittelmaß für die Mittelschicht ist zum höchsten Standard erhoben.

„Das Design der Kleidung selbst ist abstrakt geworden", sagt Agins. „Wer seine Ware am besten vermarkten kann, gewinnt." Firmenchef Millard Drexler, genannt „Mickey", hat der Mode ein neues Gesicht gegeben: ein amerikanisches Allerweltsgesicht, das nur so tut, als wäre es schön.

Khaki-Hosen für alle – mit diesem Konzept und seinem überall gepriesenen Marketing-Geschick hat Drexler das, was vor 30 Jahren als Jeansboutique mit integriertem Plattenladen in der Hippie-Hochburg San Francisco begann, in einen globalen Volksschneider verwandelt. Auf ihrem Weg nach oben hat die Firma das Gründerehepaar Doris und Don Fisher und deren drei Söhne fast acht Milliarden Dollar reicher gemacht; sie beglückte die Investoren an der Börse langfristig mit höheren Renditen als Weltmarken wie Nike oder Gillette (siehe Grafik S. 149). Gap

Neue Gap-Kollektion: *„Wer seine Ware am besten vermarkten kann, gewinnt"*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

zählt inzwischen zu den am schnellsten wachsenden US-Unternehmen überhaupt.

Im vorigen Jahr ist der Gewinn gegenüber 1997 um über 50 Prozent auf 825 Millionen Dollar gestiegen. Der Umsatz erhöhte sich um 40 Prozent auf 9,1 Milliarden Dollar – und das in einem Markt, der in den USA ebenso wie in Deutschland als gesättigt gilt.

Zur Zeit eröffnet die Firma täglich irgendwo auf der Welt einen nagelneuen Shop. Die T-Shirt-Schneider betreiben insgesamt über 2600 Filialen, davon die meisten in den USA, rund 300 in Kanada, Japan, Großbritannien und Frankreich. In Deutschland gibt es bisher nur 13 Geschäfte. Mitte Oktober werden zwei weitere hinzukommen: eines in Aachen, eines in Berlin.

Die Klamottenkette breitet sich nicht nur geografisch aus: In den Vereinigten Staaten kleiden ihre Abteilungen von babyGap über GapKids zu Gap für Männer und Frauen längst Bürger aller Altersklassen ein – Khakis für 49 Dollar von der Wiege bis zur Bahre.

Und: Gap läuft in der Bronx genauso gut wie in Beverly Hills. Die Aufspaltung des Geschäfts in drei Marken gilt als Mickey Drexlers bester Schachzug: Banana Republic heißt der schickere Laden für den dickeren Geldbeutel, Gap versorgt den Normalbürger, und Old Navy befriedigt die schmale Börse.

Außerdem klebt der Firmenchef einem Nebenprodukt nach dem anderen seine Markenetiketten auf. Nun können alle nach Gap-Parfüm duften und Gap-Wäsche am Leib tragen, die Mädels sich mit Old-Navy-Kosmetik anmalen und die Jungs Banana-Republic-Teller fürs romantische Abend-Rendezvous auf dem Esstisch arrangieren.

Der absolute Coup des Klamottengiganten aber war die Erfindung der Marke Old Navy. „Gap hatte zwischendurch die Einzigartigkeit verloren“, sagt Kurt Barnard, Chef einer Beratungsfirma in New Jersey. „Inzwischen hatte die Konkurrenz, die bis dahin nur zusah und sich die Lippen leckte nach solchen Erfolgen, das Modell mit der preiswerten Basisgarderobe kopiert.“ Also erschuf Drexler einen neuen Laden, der fast die gleiche Ware verkauft, aber so billig, „dass die Mutterfirma sich damit eine riesige neue Käuferschicht erschlossen hat“.

In den Old-Navy-Geschäften liegen die Sweatshirts in einer Kühltruhe wie frische Tomaten. Im New Yorker Flaggschiff legt gar ein DJ Platten auf wie im Nachtclub; in der Filiale, die demnächst in San Francisco eröffnet wird, können die Shopper außer T-Shirts auch Sandwiches kaufen. Old Navy, so schätzen Analysten, mache inzwischen 60 Prozent vom Umsatz des Mutterschiffs aus.

Marktforscher und Börsenanalysten sind sich einig, dass Gaps unglaublicher Erfolg

F. GREER / BOTAISH GROUP

Mode-Manager Drexler
Klamottenkauf wie im Supermarkt

vor allem Mickey Drexler zuzuschreiben ist, dem Mann, den die Fishers schon 1983 in die Firma holten und der vor vier Jahren zum Geschäftsführer gekürt wurde. Gar als „omnipotent“ bezeichnete ihn einmal ein Mitarbeiter. Eine US-Wirtschaftsjournalistin verglich sein Werk mit dem Geheimrezept, das Coca-Cola den Weltruhm brachte und erhält.

Geschickterweise tritt Drexler selten öffentlich auf – das hilft beim Aufbau des Mythos vom genialen Manager. Und wenn er mal ein Interview gibt, präsentiert er sich so farblos wie eine Khaki-Hose. „Gewöhnlich, unprätentiös, untertrieben, fast bescheiden“, beschreibt ihn das Magazin „Fortune“.

Innerhalb der Firma gilt Drexler als unglaublich pedantisch, als einer, der zu Überraschungsbesuchen in Gap-Läden auftaucht, von der Schaufensterdekoration bis zur letzten Rocknaht alles kontrolliert und Fehler mit Wutausbrüchen bestraft. Und ganz so bescheiden ist er auch nicht: „Uns sind nur durch unsere Phantasie Schranken gesetzt“, lautet einer seiner Sprüche.

Aber der launische Firmenchef hatte die entscheidende Idee: Klamottenkauf, fand er, solle so einfach sein, wie im Supermarkt Mehl und Eier zu besorgen. Das war die Geburt von Gaps schlichter Alltagskollektion, die immer in allen Größen verfügbar sein muss. So wie es überall Magermilch, fettarme und Vollmilch gibt. „Damit haben sie etwas Neues gemacht“, so der Marktforscher Barnard. „Gap verkauft praktische, nett anzusehende Basics wie etwa ein blaues T-Shirt, das dazu noch einen vernünftigen Preis hat.“ Eine Mode, die nicht mehr durch Individualität, sondern durch Verlässlichkeit besticht, da sie sich kaum ändert.

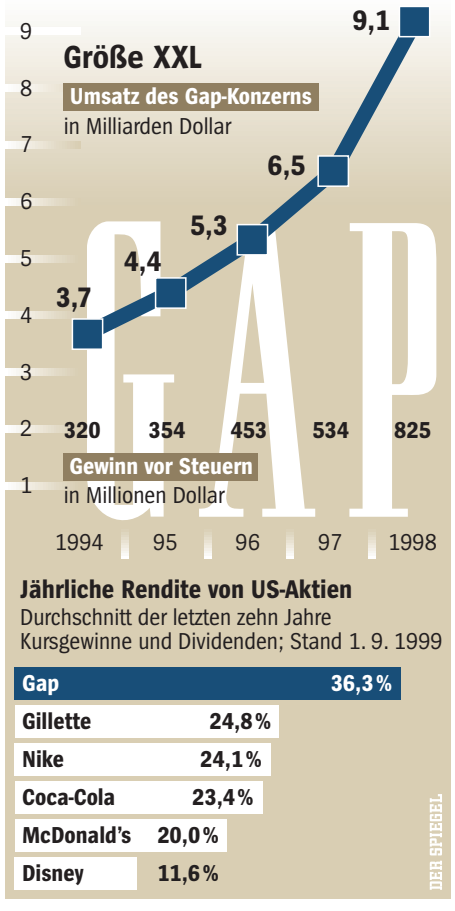
Drexler trifft damit das Lebensgefühl der Amerikaner – und zugleich die Anforderungen der Wall Street. „Eine börsennotierte Firma wie Gap kann sich keine modischen Risiken leisten“, sagt Teri Agins. Drexler brauche „Klamotten, die sich stetig gut verkaufen“. Denn alle drei Monate wühlen misstrauische Investoren in seinen Büchern und suchen geradezu nach Fehlern. Eine privat geführte Firma büße mit modischen Kapriolen zwar Umsatz ein, meint Agins, „aber die Inhaber können im Prinzip mit den Schultern zucken und es bei der Frühjahrskollektion besser machen“. Gap dagegen würde gleich mit „Tomahawks zerfleischt“ werden.

„Außerdem bestimmt eben heute die Massenproduktion mit über den Stil der Mode“, erklärt Agins. „Die Maschinen können besser gerade Ärmel nähen als solche, die nah auf den Körper geschnitten sind.“ Und wenn ein Posten Cord irgendwo günstig auf dem Weltmarkt zu haben sei, dann werde das nächste Beinkleid-Sortiment aus Cord genäht.

Und so kommt es nur noch darauf an, Cordhosen als Renner für die nächste Herbstsaison zu vermarkten – und genau im Marketing liegt Gaps Stärke.

Vor zwei Jahren haben es Drexlers Leute sogar geschafft, die Broker – zum ersten Mal in der 205-jährigen Geschichte der New Yorker Börse – von Zweireihern und Schlipsen zu befreien. Sie kleideten die strengen Herren für eine Werbeveranstaltung in blaue oder weiße Hemden und – was sonst? – Khaki-Hosen.

RAFAELA VON BREDOW



Jährliche Rendite von US-Aktien
Durchschnitt der letzten zehn Jahre
Kursgewinne und Dividenden; Stand 1. 9. 1999

Gap	36,3 %
Gillette	24,8 %
Nike	24,1 %
Coca-Cola	23,4 %
McDonald's	20,0 %
Disney	11,6 %

DER SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GAMMA / STUDIO X

Flughafen-Shops (in London): *„Viele trauen sich nicht mehr in die Läden“*

KONSUM

Acht Stunden auf See

Nach dem Ende des zollfreien Einkaufs suchen die Händler nach Schlupflöchern und neuen Geschäftsmodellen – bislang mit mäßigem Erfolg.

Dass Oma Schwepe noch so munter ist, verdankt sie zwei Paragrafen in der „Einreise-Freimengen-“ und der „Zollverordnung“. Ohne die würde es in ihrer Nähe keine Butterfahrten mehr geben. Und „ohne Butterfahrten gehe ich ein“, sagt die 72-jährige Rentnerin aus Bremen, „dann sterbe ich.“

Zwar hat die Europäische Union den zollfreien Einkauf innerhalb der Gemeinschaft schon zum 1. Juli gestoppt. Weil aber die Bundesregierung das Zollrecht nicht rechtzeitig änderte, können findige Butterschiffer die Behörden austricksen. Denn Schiffe, die acht Stunden auf See sind, nirgends anlegen und zwei Stunden außerhalb der deutschen Hoheitsgewässer dümpeln, dürfen, so steht es in den Verordnungen, weiter zoll- und steuerfreie Waren verkaufen.

Allerdings nehmen nur wenige Hartgesottene solche Mammuttrips auf sich, um billig an eine Stange Zigaretten und eine Flasche Schnaps zu kommen. „Mit früher kann man das überhaupt nicht vergleichen“, sagt Butterschiff-Reeder Cassen Eils. In guten Monaten hatte er in der Vergangenheit bis zu 50 000 Passagiere, seit Juli ist es „nur noch ein Bruchteil“.

Ende Oktober, wenn die Touristen ausbleiben, stellt er die Fahrten ein, rund 80 seiner Leute wird er bis dahin kündigen. Wenn die Gesetzeslücke bestehen bleibt, möchte er im nächsten Jahr weitermachen. Doch seine Chancen stehen schlecht: Die Bundesregierung will das Schlupfloch bis zum Beginn des nächsten Jahres schließen. Dann sind Butterfahrten endgültig nur noch an den Grenzen der Gemeinschaft, zum Beispiel bei Fahrten nach Polen (SPIEGEL 32/1999), möglich.

P. PIEL

Butterfahrt-Teilnehmer*: *„Nur noch ein Bruchteil“*

Rund drei Monate nach dem Ende des EU-internen Duty-free-Handels sind von dem einst florierenden Geschäft nur noch wenige Nischen übrig geblieben. Obwohl ihre Geschäftsgrundlage entfallen ist, versuchen die betroffenen Branchen – die Schiffer und Reeder sowie die Pächter der Duty-free-Shops in Flughäfen – zu überleben – bislang mit mäßigem Erfolg.

Insgesamt verschwinden in Deutschland 10 000 Arbeitsplätze, 5700 davon in den strukturschwachen Küstenländern, schätzt der Deutsche Duty Free Verband.

Für die Reeder gibt es keine Alternative zur Butterfahrt. „Niemand braucht die Schiffe als Transportmittel“, sagt Jan Kruse, Geschäftsführer der Förde Reederei Seetouristik, „die Nachfrage entstand nur durch die günstigen Einkaufsmöglichkeiten.“ Dank hoher Gewinne beim Verkauf der zollfreien Waren konnten die Reeder die Fahrten fast verschenken: Eine Fahrkarte kostete nur um die fünf Mark. Ohne Duty-free müssten die Reeder 25 bis 30 Mark verlangen.

Betroffen sind auch die Ostseefähren. Zwar ist ihr Hauptgeschäft der Transport von Passagieren und Fracht. Aber der steuerfreie Verkauf an Bord machte bis zu 40 Prozent ihres Umsatzes aus.

Um auf diese Einnahmen nicht verzichten zu müssen, legt die „Finnjet“ jetzt auf der Fahrt von Rostock nach Helsinki extra in der estländischen Hauptstadt Tallinn an. Das Land ist nicht EU-Mitglied, steuerfreier Einkauf daher erlaubt.

Fähren, für die solche Abstecher nicht in Frage kommen, haben ihre Fahrpreise erhöht. Einige müssen aufgeben: Zwei Ostsee-Verbindungen sind bereits eingestellt.

Die Rostocker Reederei Scandlines eröffnete in ihrer Not auf dem Festland einen Supermarkt. Im Hafen von Puttgarden verkaufen die Seeleute Alkohol, Zigaretten und Parfüm an Land. Sie spekulieren auf trinkfeste Dänen und Schweden, für die sich ein Einkauf in Deutschland wegen der niedrigeren Steuern immer noch lohnt.

Die Duty-free-Shops in den Flughäfen nennen sich nun „Travel Value“, aber der schöne Name kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Läden nun verzollte und versteuerte Waren verkaufen müssen. Damit sie die wenigstens einigermaßen günstig anbieten können, haben einige Flughäfen die Mieten für die Läden gesenkt.

Die Geschäfte gehen schlecht. „Viele Reisende trauen sich nicht mehr in die Läden, weil sie denken, sie dürfen gar nichts mehr kaufen“, sagt Gunnar Heinemann, Miteigentümer der Firma Gebrüder Heinemann. Der Umsatz des Hamburger Unternehmens, das auf 12 Flughäfen 50 Reisegeschäfte betreibt, ist, so Heinemann, „um 25 bis 30 Prozent weggebrochen“.

Die wenigen Gewinner der EU-Entscheidung sitzen auf Helgoland. Denn die Insel gehört auch in Zukunft nicht zum Zollgebiet der EU. Der Sonderstatus geht zurück auf den Caprivi-Vertrag von 1890, damals tauschte das Deutsche Reich mit den Briten die Insel gegen Sansibar.

Für eine Stange Zigaretten und einen Liter Korn lohnt sich die Überfahrt allerdings nicht: Die Schiffspassage kostet mindestens 50 Mark – mehr, als man beim Einkauf spart.

Ganz anders sieht die Rechnung bei edleren Waren aus. Eine Kiste mit Davidoff-Zigarren, die auf dem Festland 715 Mark kostet, ist auf der Insel für rund 380 Mark zu haben.

OLAF STORBECK

* In Cuxhaven.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MODE

„Mich reizt das Risiko“

Der japanische Modemacher Kenzo, bürgerlich Kenzo Takada, 60, über seinen Abschied vom Laufsteg, schöpferische Freiheit und guten Geschmack

Kenzo-Mode

SPIEGEL: Herr Kenzo, Sie wollen sich künftig vor allem mit Malerei beschäftigen. Handelt es sich dabei um die Fortsetzung Ihrer Mode-Arbeit mit anderen Mitteln?

Kenzo: Nein, ich male zum Vergnügen und um Abstand zu gewinnen.

SPIEGEL: Hat Ihre Sehnsucht nach Abstand damit zu tun, dass die Modebranche bei aller Eleganz auch ein Haifischbecken ist?

Kenzo: Leicht ist es nicht, das stimmt, man muss Neid aushalten können. Ich habe aber auch viel Glück gehabt und konnte mir schöpferische Freiheit bewahren.

SPIEGEL: Was hat Ihre Arbeit am stärksten beeinflusst?

STILLS / STUDIO X

Kenzo

Kenzo: Meine Reisen – und meine Begegnungen mit besonderen Menschen. Ich könnte auch sagen: Afrika, Frauen, Gemälde, Fotos. Anregung gibt es überall, man muss sie nur spüren.

SPIEGEL: Kenzo steht für wild kontrastierende Farben. Das wurde bewundert, aber auch als geschmacklos kritisiert. Können Sie mit dem Begriff Geschmack überhaupt etwas anfangen?

Kenzo: Ja, denn ich habe einen, und dem bin ich immer gefolgt. Mich hat immer das Risiko gereizt, unerwartete Effekte, die bizarrsten Farbkompositionen. Aber ich habe auch ganz dezente Mode gemacht.

SPIEGEL: Wie kommt es, dass Ihre Models im Unterschied zu anderen Mannequins meist auffällig gut gelaunt über den Laufsteg schritten?

Kenzo: Man muss ihnen einfach etwas anziehen, das zu ihnen passt, dann fühlen sie sich wohl und sind bester Laune.

GASTLICHKEIT

Gute Nacht mit Goldfisch

So kolossal das abendliche Unterhaltungsangebot in der Hauptstadt mittlerweile sein mag: Kaum betritt der Hotelgast sein Zimmer, fällt ihm gewöhnlich die Decke auf den Kopf. Die Minibar zu leeren und das Fernsehprogramm durchzuzappen schafft dem Geschäftsreisenden nicht immer die erwünschte Erleichterung (aber regelmäßig einen schweren Kopf). Das kürzlich eröffnete Hotel „Königin Luise“ in Berlin-Weißensee verspricht nun seinen Gästen beruhigteres Einschlafen – durch die Gegenwart eines Goldfischs. Vier Exemplare des Carassius Auratus stellt das Hotel bislang seinen Gästen auf Wunsch zur Verfügung, bei positiver Resonanz werden weitere folgen. Besonderer Vorteil für durchreisende Geschäftsleute: Fische machen beim Abschied keine Szene.

Angebliches Ufo (in den USA)

LEBENSHILFE

Tipps für die Ufo-Jagd

Amerikaner rühmen gern ihren Sinn fürs Praktische, und der manifestiert sich seit jeher in publizierten Gebrauchsanweisungen: „How to …“-Bücher sollen den Lesern in jeder Lebenslage helfen. Sie erzählen davon, wie man erfolgreich flirtet, Gedichte schreibt, einen Partner findet oder los wird. Jedes Bedürfnis wird bedient, keine Zielgruppe ist zu marginal, um nicht bedacht zu werden. Ein, so der Titel, „Reiseführer zu Ufo-Sichtungen, Entführungsorten, Kreisen in Kornfeldern und anderen unerklärbaren Phänomenen“ bedient nun die Gemeinde der Ufo-Gläubigen. Herausgegeben von der „Gesellschaft für die Pflege der Kontakte mit fremden Lebewesen“, zählt das Werk von Huntsville in Alabama bis zu Devil’s Tower in Wyoming alle Orte auf, an denen fliegende Untertassen gesehen wurden und angeblich gelandet oder abgestürzt sind. Zu jeder „location“ gibt es eine Geschichte, manche enden tragisch wie die von Captain Thomas Mantell, der in der Nähe von Franklin (Kentucky) mit seiner Militärmaschine F-51 bei der Verfolgung eines Ufos im Jahre 1948 abstürzte. Den Gebrauchswert des Ratgebers erhöhen praktische Tipps für Ufo-Jäger, zum Beispiel „Geh nie allein“, „Bleib ruhig“ und: „Trag Turnschuhe. Du weißt nie, wann du rennen musst.“

Feiernde Deutsche beim Mauerfall 1989: *Unbehagen an der Einheit*

L. RÖHRBEIN

Feiernde Ostdeutsche 1996 (in Halle): *Befreit*

POLEMIK

Aufruhr unter Bummelanten

Im deutsch-deutschen Binnenverhältnis wird der Umgangston rauer: Es wächst auseinander, was nicht zusammengehört. Eine Hausfrau, ein Soziologe und ein linkes Autorenteam üben sich im verbalen „Ossi-Bashing“ – und bringen die Seele der Ostdeutschen in Wallung.

Wer im „Le Buffet“, dem Dachrestaurant des Kaufhauses Wertheim am Kurfürstendamm, eine Portion Salzkartoffeln bestellt, erfährt zugleich, wie weit die „Verostung“ West-Berlins vorangeschritten ist. Auf dem Kassenbon werden die mehligen Erdäpfel als „Sättigungsbeilage“ verbucht.

Im „Tagesspiegel“, dessen Auflage zu etwa 85 Prozent in West-Berlin verbreitet wird, läuft seit einigen Wochen eine Serie, in der Autoren aus „Ost und West“ erklären, „warum wir nicht zusammenpassen“.

Dagegen üben Ossis und Wessis an der Volkshochschule in Pankow die wohldosierte Annäherung, indem sie ihre jeweiligen „Lebenswelten“ voreinander ausbreiten. So will eine Westfrau wissen: „Habt ihr zu den Weihnachtsengeln wirklich ‚Jahresendflügelfiguren‘ gesagt?“ Eine Ostfrau verteidigt die Vorschulerziehung in der DDR: „Meine Kinder haben in der Krippe keinen Schaden genommen.“

Verschieden wie die vergangenen Lebenswelten sind auch die Witze, über die östlich und westlich der kulturellen Demarkationslinie gelacht wird: „Was ist der Unterschied zwischen einem Wessi und einem Vibrator?“, fragt der Ossi und sorgt umgehend für Aufklärung: „Der Wessi ist für’n Arsch!“ „Was sagt der Ossi, nachdem er Sex hatte?“, gibt der Wessi zurück. „Es war doch nicht alles schlecht, oder?“

Nein, vieles soll sogar besser gewesen sein. Der Regisseur und Intendant Leander Haußmann, gerade 40 und doch im westlichen Theaterbetrieb vorzeitig gealtert, verklärt die DDR in seinem Kinodebüt retrospektiv zum Schlaraffenland: „Man musste nicht arbeiten und konnte trotzdem leben“ (siehe Seite 306).

Es war nie einfach, ein Deutscher zu sein. Aber niemals war es so strapaziös wie am Ende dieses Jahrhunderts. Von der „inneren Einheit“ spricht niemand mehr, die „Mauer in den Köpfen“, eben noch eine wolkige Metapher, nimmt konkrete Form an: 20 Prozent der Westdeutschen und 14 Prozent der Ostdeutschen wünschen sich das Bauwerk zurück.

Und während die Ossis sich auf ihre alten Werte besinnen, die Jugendweihe zelebrieren, Ostalgienächte feiern und die SPD das Gruseln lehren, schlagen genervte Wessis, die eben noch ohne Murren den Soli-Zuschlag überwiesen haben, verbal zurück. Drei Bücher dokumentieren das zunehmende Unbehagen an der Einheit und setzen den Ton für künftige Debatten*.

Die erste bittere Enttäuschung, mit der Luise Endlich, 39, nach ihrem Umzug aus der Weststadt (Wuppertal) in die Oststadt (Frankfurt (Oder)) fertig werden musste, war kulinarischer Art: Es gab keine trockenen Weine aus Frankreich oder Italien, nur „die schweren süßen Bulgaren oder Ungarn“; dennoch war die Arzt-Frau, deren Mann eine Stelle am örtlichen Krankenhaus angenommen hatte, bereit, ihren Beitrag zur deutsch-deutschen Integration zu leisten.

Sie organisierte gesellige Treffen zwischen Ost- und Westfrauen, lud die Nachbarn zum Essen ein, überhörte Häme und Anzüglichkeiten, nur um zu erleben, dass die Ostmenschen grundsätzlich anders und unbelehrbar sind.

Sie tragen leuchtend rote Socken in braunen Wanderschuhen zum blauen Nadelstreifenanzug, schleppen selbstgehäkelte Hüttenschuhe in Stoffbeuteln mit sich

* Luise Endlich: „NeuLand. Ganz einfache Geschichten“. Transit Verlag, Berlin; 184 Seiten; 34 Mark. Thomas Roethe: „Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl“. Eichborn Verlag, Frankfurt; 190 Seiten; 29,80 Mark. Klaus Bittermann (Hrsg.): „It’s a Zoni. Zehn Jahre Wiedervereinigung. Die Ossis als Belastung und Belästigung“. Edition Tiamat, Berlin; 159 Seiten; 26 Mark.

K. MEHNER

vom Joch der Arbeit?

herum, wissen nicht, wie man eine Lasagne isst, halten Kartoffelgratin für ein Bauernfrühstück ohne Eier, trinken Bier aus alten Senfgläsern, verwechseln Ikebana mit Oregano und nehmen Schoko-Hasen nach einer Osterfeier mit nach Hause.

Der Besitzer des Hauses, in dem Familie Endlich wohnt, ist ein mieser Spekulant, die Handwerker verweigern den Dienst („Ick hatte heute Besseres zu tun, als bei Ihnen Fliesen zu verlegen …"), und eines Tages liegt Karlchen, das Kaninchen, erschlagen im Hühnerstall, und ein anonymer Anrufer brüllt „Arische Macht!" ins Telefon. „Ich habe mich bisher in jedem Ausland willkommener gefühlt als in dieser Stadt."

Dennoch bleibt Luise Endlich im wilden Osten und schreibt ein Buch über ihren Alltag unter Extrembedingungen. Für sie sind es „ganz einfache Geschichten", für die Ossis gemeine Provokationen, auf die sie beleidigt und wütend reagieren. Das Buch wird mancherorts boykottiert, die Autorin bekommt Schmähungen ins Haus. Oststadt hat seinen Skandal und der West-Berliner Transit-Verlag einen Bestseller.

„Wir hatten 215 Vorbestellungen, legten 1500 Stück auf und haben von April bis jetzt 28 000 verkauft", freut sich Rainer Nitsche, der Verleger. Die sechste Auflage, 8000 Exemplare, wird gerade gedruckt, im Frühjahr soll eine Fortsetzung unter dem Titel „Ostwind" erscheinen. Teil zwei des Bestsellers wird auch Reaktionen auf Teil eins enthalten, darunter das Schreiben einer Redakteurin der „Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung" beim Humanistischen Verband Deutschland, Landesverband Berlin e. V., die dem Verleger mitteilte, sie habe das Buch „einfach in Ofen jesteckt".

Im Westen, sagt Nitsche, werde „nicht wahrgenommen, was im Osten los ist".

Überraschend sei freilich, wie viele Ossis sich plötzlich zu Wort melden würden. „Wir werden mit Manuskripten aus der ‚Zone' überschwemmt. Die Leute schreiben uns, Endlichs Buch sei zu harmlos, die Wirklichkeit wäre viel schlimmer."

Hat Luise Endlich, die in Wirklichkeit anders heißt, ihr Leben in der Ex-DDR aus der Perspektive einer Hausfrau beschrieben, was streckenweise unterhaltsam und gelegentlich nervig ist, so tritt der Hannoveraner Rechtssoziologe Thomas Roethe mit dem Habitus eines Feldforschers auf, der empirische Daten zu einem analytischen Befund verdichten will.

Sein „Plädoyer für das Ende der Schonfrist", vom Verlag als „eine polemische Abrechnung mit der Versorgungsmentalität des Ostens" präsentiert, führt die Einwohner der DDR als ein Kollektiv der Bummelanten vor, deren Ehrgeiz sich darin erschöpft, der Arbeit aus dem Weg zu gehen.

„Es geht um einen Betrug und Selbstbetrug; nämlich den, ohne Leistung leben zu wollen und gleichzeitig Opfer sein zu können", zuerst des „Systems" in der DDR, für das angeblich niemand verantwortlich war, jetzt der „Kolonisation" durch den Westen, die niemand gewollt hat. Die so genannte „Diktatur des Proletariats" war ein gelungener Versuch, „sich vom Joch der Arbeit sukzessive zu emanzipieren und in verschiedensten Kollektiven mehr über Arbeit zu diskutieren, als sie zu erledigen".

Seit dem Aufstand der Arbeiter im Jahre 1953 habe in der DDR ein „Gesellschaftsvertrag" das Verhältnis zwischen dem Volk und der Führung geregelt: „Wir, die Arbeiter und Bauern, erklären, die Macht der Partei nicht mehr herauszufordern. Wir werden loyal sein, wenn ihr uns dafür zusichert, uns zu versorgen und von der Arbeitsfron zu befreien."

Fortan war das Leben in der DDR „geprägt von der väterlichen Besorgnis" des Staates, „es den ‚Bürgern' nicht zu schwer" zu machen. So ist mitten in Europa „eine Subkultur der dritten Welt" entstanden, deren Einwohner „jeden common sense verloren" und alle Verantwortung im Tausch gegen Versorgung an den Staat und seine Organe abgetreten haben.

Roethe, 1943 in der Uckermark geboren und in Berlin aufgewachsen, nennt die DDR eine „konsensuelle Diktatur". Der „Gesellschaftsvertrag" von 1953 wurde erst unwirksam, „als nichts mehr verteilt werden konnte", da wurde die „Loyalität gegenüber dem Staat" aufgekündigt und die bis dahin passive Masse rebellisch.

Nun gelte es, mit den „zivilisatorischen Defiziten des Ostens" fertig zu werden: mit einer Bevölkerung, die noch immer Zuteilungen und Geschenke erwartet, statt „Demokratie und Arbeit zu lernen", und mit Politikern, die sich „als Hüter der Demokratie andienen", die sie eben erst bekämpft haben. Roethe warnt vor einer „Verostung der westlichen Demokratie", die mit der „Wiederbelebung der ostzonalen Wirklichkeit" bereits angefangen habe.

Roethe, der für die EU den Übergang der sozialistischen Staaten zur westlichen Demokratie erforscht, legt sich keinerlei Zurückhaltung auf. Er polemisiert und polarisiert, und dabei deckt er Zusammenhänge auf, die wohlwollende Westler gern übersehen. „Die angeblich so friedliebenden Bewohner" der ehemaligen DDR „und deren Kinder erweisen sich als eine Gesellschaft, in der Biedersinn und Brutalität, wie in Diktaturen vorgeschrieben, ‚Arm in Arm' gehen".

L. REIMANN / ACTION PRESS

Autor Roethe*: *Kalkulierter Sturm der Entrüstung*

M. TRIPPEL / OSTKREUZ

Autorin Endlich: *Enttäuscht vom wilden Osten*

Kein Wunder, dass solche Sätze Entsetzen auslösen. Nachdem die „Sächsische Zeitung" in Dresden Roethe interviewt hatte, setzte der übliche Sturm der Entrüstung ein: „Das müssen wir uns nicht bieten lassen!" – „Das ist Volksverhetzung!" – „Wer solchen Unsinn schreibt, ist nicht besser als jene, die den Holocaust leugnen."

Sogar Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf schaltete sich ein. Er habe „selten so einen Blödsinn" gelesen, verteidigte der Landesvater seine Kinder, Roethe wolle „nur viel Geld verdienen und berühmt werden". Für Roethe sind solche Sätze nur ein weiterer Beleg dafür, „wie dünn das demokratische Bewusstsein sogar bei

* Mit Hans Modrow in der Sendung „Sabine Christiansen".

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

führenden Politikern und wie groß die Angst vor einer Streitkultur im Osten ist“. Ansonsten ist er hoch zufrieden. Sein Buch, seit Ende August erhältlich, hat sich im Laufe eines Monats 16 000-mal verkauft, im Oktober kommt die vierte Auflage auf den Markt. Nach fünf TV-Auftritten, unter anderem bei „Sabine Christiansen“ und im ZDF-Morgenmagazin, ist er vom eigenen Erfolg nicht mehr überrascht. Wie bei Luise Endlich hat auch in seinem Fall der interaktive Mechanismus von Provokation, Reaktion und Nachfrage bestens funktioniert.

Pünktlich zum Tag der deutschen Einheit ist nun ein weiteres Buch erschienen, das sich mit den Folgen der Wiedervereinigung beschäftigt, eine Anthologie mit 18 Aufsätzen von 16 Autoren, darunter mindestens zwei Ossis, von denen einer ein IM war. Der Untertitel „Die Ossis als Belastung und Belästigung“ führt direkt zu der Klagemauer, an der sich inzwischen diejenigen versammeln, die schon 1989 wussten, dass etwas Schreckliches passiert war, das nicht hätte passieren dürfen.

Herausgeber Klaus Bittermann zieht „zehn Jahre nach dem unglückseligen Fall der Mauer“ Bilanz, und die fällt, klare Sache, negativ aus. „Der Ossi“ ist „eine ästhetische Zumutung und ein verdruckster Typ, der immer frecher sein hässliches Haupt erhebt“; man wird ihn nicht los, „nicht mal mehr umsonst an die Russen, denn die lassen sich inzwischen auch nicht mehr alles andrehen“; angesichts der „Umtriebe des rechten Zonenmobs“ und der „Affinität der Zonis zu den rechten Parteien“ folgert Bittermann: „Wäre Hitler nicht Österreicher gewesen, wäre er aus der Zone gekommen.“

Genauso schlimm: Noch immer ist „die Küche in den Restaurants eine Katastrophe“, laufen die Zonis „in ihrer Freizeit am liebsten in braunen Trainingsanzügen der NVA herum“ und vermissen den Geruch des „in Stasigebäuden benutzten Ostdesinfektionsmittels“. Gemessen an Bittermanns Buch sind die Arbeiten von Endlich und Roethe kleine Liebeserklärungen an die Ossis in der Ex-Zone.

Hat es vielleicht einen von der allgemeinen Öffentlichkeit unbemerkt gebliebenen Wettbewerb im „Ossi-Bashing“ gegeben, dessen Einsendungen nun als Buch erscheinen? Aber wer ist der Sieger?

Die besten Chancen hat der West-Berliner Verbal-Terrorist Wiglaf Droste, der in einem historischen Moment die Gelegenheit verpasst hat, sich an die Spitze eines revolutionären Reinigungskommandos zu stellen. „Hätte man nach 1989 nicht doch sofort alle Zonis erschießen sollen? Oder wenigstens alle Thüringer und Sachsen? Zehn Jahre danach erscheint der Gedanke noch nahe liegender, als er damals schon war. Aber so ist das: Hinterher ist man immer schlauer.“

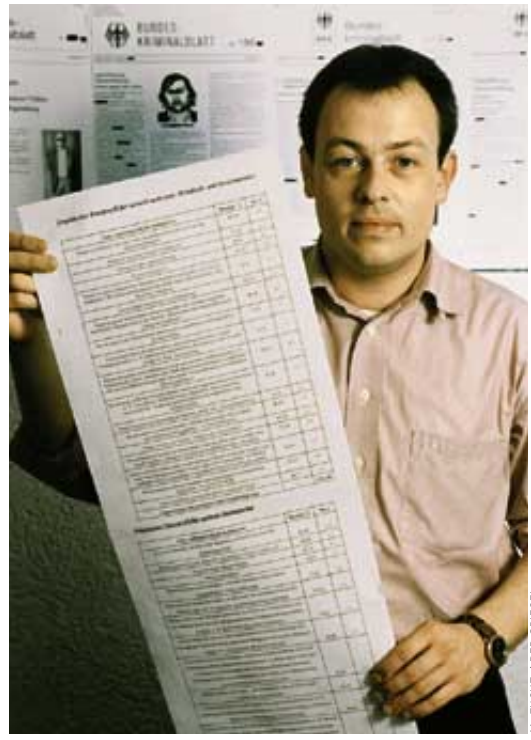
Nicht unbedingt. Auch manche Wessis bleiben dumm und sind noch stolz darauf.

HENRYK M. BRODER

KRIMINALITÄT

„Mörderisches Mirakel“

Zum ersten Mal erklärt eine Studie, was deutsche Serienkiller umtreibt. Eine Checkliste soll jetzt Fahndern helfen, Verdächtige schneller aufzuspüren.



M. ZUCHT / DER SPIEGEL

Kriminalist Harbort*: *Schematisches Verfahren*

Die Opfer waren Frauen, ansonsten schien so gut wie nichts fünf Morde und drei Mordversuche miteinander zu verbinden, die Fahnder Ende der achtziger Jahre im Raum Essen aufklären sollten. Die älteste der Frauen, Elisabeth Fey, 81, musste sterben, weil der Mörder Bares suchte; 150 Mark und eine Stange Zigaretten erbeutete er. Eine der jüngsten, Petra Kleinschmidt, 23, war offenbar einem Sexualtäter zum Opfer gefallen, sie wurde vergewaltigt und dann erstochen.

Acht verschiedene Mordkommissionen und Ermittlungsgruppen jagten also jeweils ihren Täter. 128 Kripo-Beamte verfolgten 824 Spuren und sammelten 3900 Überstunden – ohne Erfolg. Schließlich brachte ein Zufall den Durchbruch: Im August 1989 wurde die Altenpflegerin Manuela M., 38, in ihrer Wohnung überfallen. Als eine Nachbarin vorbeikam, floh der Täter – und verlor dabei eine Kamera.

Auf dem Film im Apparat waren ein Mann und ein Auto zu sehen. Das Kennzeichen des Wagens führte die Beamten auf die Spur des Besitzers, des Arbeitslosen Ulrich Schmidt, damals 32. Nach kriminaltechnischen Untersuchungen glaubten die Ermittler bald, den Täter in allen acht Fällen gefunden zu haben. Vier vollendete und zwei versuchte Morde konnten sie ihm schließlich gerichtsfest nachweisen, Serienmörder Schmidt wurde 1992 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Der Fall ist bezeichnend, weil Schmidt mal aus diesem, mal aus jenem Motiv tötete. Er widerspricht sowohl dem Bild vom kühl kalkulierenden als auch dem vom psychisch kranken Serienkiller, das noch in der kriminalistischen Literatur vorherrscht. Mit Fällen wie diesem erschüttert der Düsseldorfer Kriminalist Stephan Harbort jetzt in der ersten deutschen Studie zu dem Phänomen nicht nur gängige, meist aus den USA stammende Theorien über Serientäter. Der Beamte im Dienst des Düsseldorfer Polizeipräsidiums hat auch eine Checkliste ausgetüftelt, mit der Kollegen solche Täter künftig schneller entdecken sollen.

8,4 Prozent aller Raub- und Sexualmorde in Deutschland, fand Harbort, 35, heraus, werden von Serientätern wie dem so genannten Heidemörder Thomas Holst verübt. Über Jahre hinweg analysierte der Polizist die Akten aller Verbrecher, die von Kriegsende bis 1995 in den alten Bundesländern wegen mindestens dreier Morde überführt wurden: Es waren 54 Männer und 7 Frauen.

Bisherige Studien, vor allem von der amerikanischen Bundespolizei FBI vorgelegt, lehren, dass die meisten Serientäter sexuelle Motive hätten. Das, so Harbort, gäben zumindest die deutschen Fälle keineswegs her. Der Beamte stieß ebenso häufig etwa auf Raubmörder. Bei Serientaten automatisch sexuelle Motive zu vermuten, so Harbort, sei „eine unangemessene Simplifizierung“.

Bei dem Tischler Gerhard Schröder aus Bremen beispielsweise, der

DPA

Mörder Holst: *Emotionale Kälte*

* Mit seiner Serienmörder-Checkliste.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Ende der achtziger Jahre drei Prostituierte ermordete, lag es nahe, dass die Polizei zunächst nach einem Lustmörder suchte – ein Fehler, der Schröder Zeit gab. In Wahrheit mussten die Frauen sterben, weil Schröder bei ihnen viel Bargeld vermutete.

Serienmörder sind schon deshalb schwerer zu fassen als andere Täter, weil zwischen ihnen und ihren Opfern, so Harbort, nur selten eine Beziehung bestehe. Sie liefen sich in der Regel zufällig über den Weg.

Um eine Mordserie trotzdem schnell erkennen und vielleicht stoppen zu können, setzt das Bundeskriminalamt (BKA) seit vier Wochen das in Kanada entwickelte Computerprogramm „Viclas“ (Violent Crime Linkage Analysis System) ein. Fahnder sollen nun bei jedem Mord und Sexualdelikt 168 Standardfragen zu Spuren und Tathergang beantworten. Ein BKA-Rechner sucht dann nach Mustern, die einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Taten aufdecken könnten. Zudem beschloss die Innenministerkonferenz im Mai die Einführung von Expertenteams für die „Operative Fallanalyse“ in allen Landeskriminalämtern. Vom Zustand des Tatortes und der Leiche sollen die Teams Rückschlüsse auf die Persönlichkeit des Täters ziehen. Doch Harborts Untersuchung zeigt, dass sie anhand von Mustern nach Mördern suchen, die auf viele Fälle nicht passen.

Die Mordermittler stützen sich bislang überwiegend auf die Erkenntnisse des FBI, das Mitte der siebziger Jahre mit der Erforschung der Psyche von Sexualmördern begann. Die werden zwar oft zu Serientätern. Das aber, und da liegt ein Grundfehler der bisherigen Studien, heißt noch lange nicht, dass im Umkehrschluss alle Serientäter auch aus sexuellen Motiven töten.

Der deutsche Serientäter ist Harborts Studie zufolge nur mäßig bis durchschnittlich intelligent, von ausgesprochener Gemütsarmut und vorbestraft. Seine Kindheit ist geprägt von emotionaler Kälte, Alkoholismus und Gewalt, auffallend häufig wurden bei Serienmördern Gehirnanomalien festgestellt.

In vielen wichtigen Punkten machte der deutsche Kripo-Mann andere Beobachtungen als die FBI-Experten. Deutsche Serienmörder inszenieren ihren Tatort beispielsweise nicht, sie hinterlassen nur selten charakteristische Verwüstungen und nehmen keine makabren Trophäen mit.

Auch die FBI-These, dass Serienkiller oft an weit auseinander liegenden Stellen zuschlagen, fand Harbort in Deutschland nicht bestätigt: „Der deutsche Serienmörder sucht seine Opfer meist im Umkreis von weniger als 30 Kilometern vom Wohnort.“ Der so genannte Würger von Ricklingen etwa war ein klassischer Sexualmörder, der seine Opfer zudem noch ausraubte. Rodek Z., laut einem psychiatrischen Gutachten eine „narzisstische Persönlichkeit mit einem relativ hohen Maß an Verletzlichkeit“, erdrosselte zwischen 1986 und 1993 fünf Menschen – alle in seiner direkten Nachbarschaft in Hannover.

Auch das Krimi-Klischee vom überdurchschnittlich intelligenten Serienkiller, der wie in dem Kino-Thriller „Das Schweigen der Lämmer“ mit berechnender Kälte über einen langen Zeitraum hinweg sein diabolisches Spiel mit der Polizei treibt, verweist Harbort ins Reich der Fabeln. In der deutschen Wirklichkeit ist genau das Gegenteil die Regel: Halbwegs intelligente Killer werden im Schnitt viereinhalb Jahre nach ihrem ersten Mord überführt, für debile Serienmörder hingegen braucht die Polizei doppelt so lange.

Wahrscheinlich, meint Harbort, blieben ausgesprochen dumme Täter deshalb länger unentdeckt, weil sie in ihrem Verhalten nicht dem logischen Raster der ermittelnden Beamten entsprächen: „Die abnorme Persönlichkeit des Serientäters lässt das mörderische Mirakel leicht zum kriminalistischen Debakel geraten.“

Als schrecklicher Rekordhalter unter den deutschen Serientätern gilt noch immer der Waschraumwärter Joachim Georg Kroll aus Duisburg, Ende der siebziger Jahre zu lebenslanger Haft verurteilt. Von den Grundrechenarten beherrschte Kroll lediglich Addition und Subtraktion, seine Version der deutschen Rechtschreibung war extrem eigenwillig, und sein Intelligenzquotient lag mit 76 nur knapp über dem, was man für ein verständliches Gespräch unbedingt braucht.

Trotzdem konnte Kroll in mehr als 20 Jahren mindestens acht Menschen ermorden, bevor er gefasst wurde. Vermutlich waren es weit mehr, doch vermochte der geständige Kroll sich vor Gericht an vieles nicht mehr zu erinnern.

Für die künftige Polizeiarbeit hat Harbort in seiner Studie eine Checkliste entwickelt, mit deren Hilfe Fahnder nun Verdächtige einstufen können. Sie beruht anders als Viclas nicht auf Vergleichen der Tatorte, sondern auf Täterprofilen und enthält 20 unterschiedlich gewichtete Indikatoren – von „Person gilt als zurückhaltend und unnahbar“ über „entstammt Elternhaus mit psycho-sozialen Auffälligkeiten“ bis „wegen deliktspezifischer Taten in Erscheinung getreten“. Ein Mensch, der über 70 Prozent der Kriterien-Punkte erreicht, kommt laut Harbort als Verdächtiger in Betracht.

Das rein schematische Verfahren, das zeigen jüngere Fälle, scheint zu funktionieren. Der Buchhändler Rolf Diesterweg etwa, 1997 als Mörder unter anderem der zehnjährigen Kim Kerkow aus dem friesischen Varel überführt, erreicht 86,19 Prozent auf der Harbort-Skala. Nicht-Täter, das ergaben Stichproben, kommen selten über 50 Prozent. „Diese Kriterien“, sagt Harbort, „können der Polizei helfen, den Kreis der Verdächtigen schnell einzugrenzen und verhindern, dass beispielsweise tausende von Männern zum Speicheltest müssen.“

Zu ebenso aufwendigen wie teuren Massen-Gentests mussten Polizisten im April 1998 bei der Suche nach dem Mörder der 13-jährigen Ulrike Everts und der 11-jährigen Christina Nytsch greifen. Das Harbort-Profil hätte theoretisch schneller zum Erfolg führen können: Der Täter Ronny Rieken kommt, wie sich nach seiner Festnahme ergab, auf über 78 Prozent.

Rieken wäre freilich trotzdem zunächst durchs Raster gefallen: Auf Grund einer Schlamperei fehlte in seiner Akte ein Hinweis darauf, dass er wegen Vergewaltigung vorbestraft war.

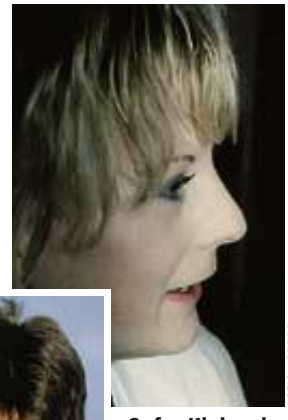
Andreas Ulrich

Mörder Rieken

F. KOKENGE

AP

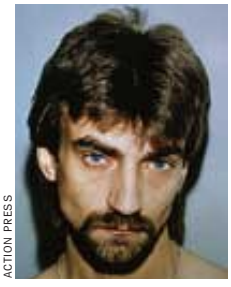
Nytsch-Gedenkstätte, Opfer Everts: *Teure Gentests*



ACTION PRESS

ACTION PRESS

Opfer Kleinschmidt, Fey: *824 Spuren*



ACTION PRESS

Mörder Schmidt

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ACTION PRESS

Gelage in einer Sushi-Bar (in Hannover): *„Ein Fest fürs Auge, also prinzipiell gemeinschaftsfördernd“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Sehnsucht nach dem Zaubertrank“

Die Konsumforscherin Helene Karmasin über den Reiz probiotischer Joghurts, Bordverpflegung im Flugzeug und die geheimen Botschaften unserer Nahrungswahl

Karmasin leitet das Institut für Motivforschung in Wien und lehrt dort außerdem an der Universität für angewandte Kunst und an der Wirtschaftsuniversität. Sie berät Unternehmen wie DaimlerChrysler, Nestlé, Knorr oder die Deutsche Bank und wurde bekannt durch das Standardwerk „Produkte als Botschaften“. Unlängst erschien von ihr „Die geheime Botschaft unserer Speisen“ (Verlag Antje Kunstmann).

M. KLIMEK

Karmasin

SPIEGEL: Frau Karmasin, hier auf dem Tisch steht Gebäck. Hat das eine tiefere Bedeutung?

Karmasin: Die Kekse sind etwas Besonderes, sie sind gefüllt und sehen doch schlicht aus. Das signalisiert: Hier wurde etwas Feines, Kostbares, Hochrangiges für mich ausgesucht. Wer so etwas tut, muss Stil haben.

SPIEGEL: Würden Sie nicht jedem Gast schon aus Höflichkeit etwas anbieten?

Karmasin: Sicher. Wenn allerdings ein Vertreter für Staubsauger käme, würde ich mir keine Gedanken über die Auswahl der Kekse machen. Aber in diesem Fall …

SPIEGEL: Wie aufmerksam. Bekommen japanische Geschäftsleute, die Sie beraten, japanisches Gebäck vorgesetzt?

Karmasin: Nein, das sähe nach Anbiederung aus. Außerdem soll ja zu merken sein: Wir in Wien haben auch unseren Stil. Immerhin serviere ich nichts fürchterlich Süßes – die traditionelle japanische Küche liebt Zucker wenig. All das ist ein Spiel, bei dem ich soziales Gefühl und kulturelle Sensibilität beweise. Wer gut einschätzen kann, wie sein Gegenüber reagieren wird, weist sich als Mitglied der oberen sozialen Gruppen aus.

SPIEGEL: Das klingt ziemlich elitär. Wollen Sie die Klassengesellschaft retten?

Karmasin: Keineswegs. Neben dem bis heute bestehenden Oben und Unten, das bei jedem Buffet zu erkennen ist, gibt es auch ein Nebeneinander von Stilen, etwa den ländlichen oder den exotischen.

SPIEGEL: Sie meinen die Freiheit, beim Inder oder beim Spanier zu essen? Woran liegt es dann, dass es zum Beispiel heute nicht mehr schick ist, sich beim Griechen zu treffen?

Karmasin: Länder-Kulturen stehen eben meist für ganze Wertbündel. Das Image Griechenlands kommt wie die Vorliebe für die Toskana eigentlich aus der 68er-Kultur: Volksnähe ohne Leistungsdruck, Rucksacktouren nach Mykonos. Diese Utopie des authentisch Einfachen hat sich überlebt, der Wert der Natürlichkeit ist eher an Bio-Marken gebunden. Wichtige Länder-Stile gibt es heute nur zwei: Unübersehbar die USA …

SPIEGEL: Auch gastronomisch?

Karmasin: Sehen Sie die Fußgängerzonen mit ihren Fast-Food-Läden an, schauen Sie ins Kühlregal. Die andere wichtige Strömung sind die asiatischen Küchen. Sushi und Sashimi gibt es jetzt fast an jeder Ecke.

SPIEGEL: Und warum ist das so?

Karmasin: Wir schätzen am Fernöstlichen das Nicht-Aggressive. Traditionelle europäische Küche heißt oft: ein Haufen Fleisch auf dem Teller. Mit Fleisch, vor allem dem gebratenen, werden traditionell männliche Werte verknüpft, mit den Beilagen und dem Gekochten weibliche. Bei den Asiaten dagegen gruppiert sich das Essen meist um Reis: Unstrukturiertes, Dereguliertes, Friedliches. Das sagt: Wir wollen weg von den festgelegten Rollen von Freund und Feind, Mann und Frau, oben und unten.

SPIEGEL: Könnte man den Run auf die Reistöpfe nicht auch als Re-

F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Erfolgreiche Snacks
Appell ans Mutterherz

Das Gespräch führten die Redakteure Angela Gatterburg und Johannes Saltzwedel.

Werbeseite

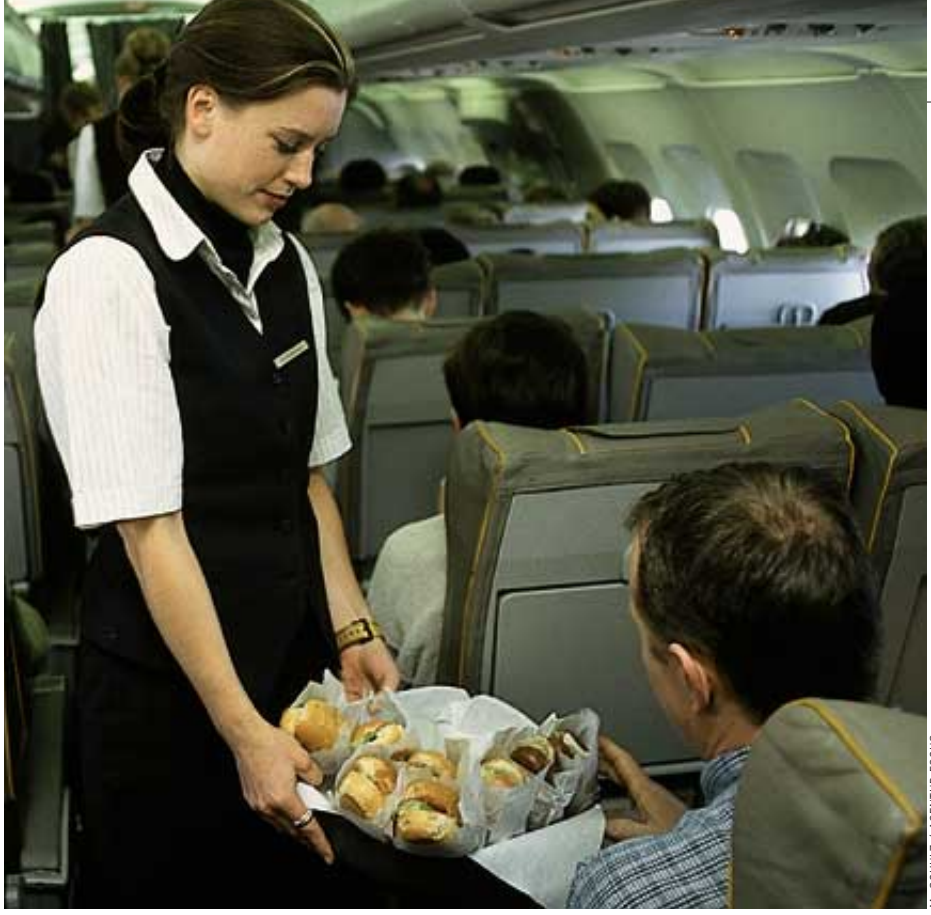
Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



M. SCHULZ / AGENTUR FOCUS

Bordverpflegung im Flugzeug: *„Die Präsentation macht den Unterschied“*

gression deuten – als Rückkehr zum kindlichen Mampfen und Schlabbern?

Karmasin: Doch, das sehe ich auch so. Das zeigt sich zum Beispiel auch am Erfolg von Knabber-Chips.

SPIEGEL: Chips kann man nicht lutschen.

Karmasin: Lutschen und Schlabbern sind nicht die einzigen Formen der Regression. Ebenso gut ist ein Widerstand, der sich leicht brechen lässt: Knack – schon kommt der Genuss. Genauso funktioniert giergeleiteter Konsum: Ich tu jetzt was für mich, und zwar sofort.

SPIEGEL: Werden wir alle zu narzisstischen Einzel-Essern?

Karmasin: Nein, es gibt auch Gegen-Tendenzen, richtige Inszenierungen. Ich habe meine Studenten mal Esstische fotografieren lassen. Da zeigte sich schon daran, ob die Milchtüte auf dem Tisch steht, welche Inszenierungslust es gibt. Wer sich beim Tischdecken Mühe macht, tut das ja nicht als Beschäftigungstherapie. Das Gleiche gilt für Sushi. Es ist ein Fest fürs Auge, also prinzipiell gemeinschaftsfördernd.

SPIEGEL: Sanfte Häppchen, die auch noch elegant aussehen.

Karmasin: Ja, die ornamentale Küche erscheint uns momentan als Nonplusultra der Zivilisierung. Wir wollen nicht mehr die Rituale der „Abendmahlstafel“ – wir akzeptieren sogar Sushi vom Laufband.

SPIEGEL: Wen meinen Sie eigentlich mit „wir“? Uns Mitteleuropäer? Uns Konsumenten? Oder die Kunden der Firmen, die Sie beraten?

Karmasin: Im Prinzip sind es immer kulturelle Eliten, die ein Wertsystem besetzen, die etwas Besonderes sein wollen. Aber das kann man auch nutzen. Zum Beispiel unterscheiden sich im Flugzeug, wenn Sie genau hingucken, Business Class und Economy Class kaum: Man stellt sich fast genauso lange an, zwängt sich in denselben Flughafenbus und hat am Ende etwas mehr Platz.

SPIEGEL: Immerhin.

Karmasin: Ja, aber warum soll das dermaßen viel mehr kosten? Die Fluggesellschaften müssen das schon auf der Zeichenebene begründen – hauptsächlich mit dem Essen. Nicht nur, was es da gibt, vor allem, wie es präsentiert wird, macht den Unterschied: In der Economy Class werden Käsebrötchen verteilt. Business-Passagiere dagegen bekommen zum Beispiel drei Miniatur-Happen, ein rundes Pumpernickelchen, ein dreieckiges Weißbrot und ein klitzekleines Quadrat Graubrot. Obendrauf ein Paprikaschiffchen mit Käsecreme: Das Maximum an Kontrasten. Der Passagier isst die Kreation meist unbewusst auf – aber wenn er ein ordinäres Käsebrot bekäme, wäre er empört.

SPIEGEL: Wo bleibt in Ihren Deutungen der Reiz der Grenzüberschreitung – etwa der Jungmanager, der seinen Partygästen daheim Bratwurst und dann Eis am Stiel vorsetzt? Das kann doch gerade witzig sein.

Karmasin: Selbstverständlich. Dieses Menü ist ein postmodernes Zitat. Der Gastgeber weiß von den Gästen, dass sie ihm weit Raffinierteres zutrauen, und überrascht sie augenzwinkernd mit dem Simplen – ein besonders cooles Kommunikationsspiel. Täte der Hausmeister dasselbe, wäre es kaum dasselbe. Elite meint eben vor allem semiotische Virtuosität.

SPIEGEL: Das war doch schon immer so. Im alten Rom, ja noch im 18. Jahrhundert wurden bei Banketten völlig veränderte Speisen aufgetischt, es gab bizarre Füllungen und Würz-Orgien. Heute dagegen sind schon gefärbte Kartoffeln rar. Warum?

Karmasin: Weil es damals als Leistung galt, sich von der barbarischen, dummen Natur zu lösen. Heute ist das Gegenteil der Leitwert. Dieser Zug zum Einfachen, Wesentlichen zeigt sich überall, bis zum Paradox: Wir klonen sogar Schafe, als ob wir sagen wollten: Das ist wirklich das bessere Schaf.

SPIEGEL: Wird nicht das allzu Individuelle und Wesentliche bald langweilig, wenn man damit doch einsam bleibt?

Karmasin: Allerdings, das Gemeinschaftsleben schwindet, das beunruhigt die Leute. Gegen solche Defizite liefert der Markt deshalb vieles, was Stallgeruch und Stammeskultur nachliefern soll: Animateure, Clubzeitschriften – und natürlich Marken für ganz bestimmte Gruppen.

SPIEGEL: Die Wahlfreiheit verunsichert aber doch manchen enorm. Wo bleibt zwischen all den Rollenspielen der eigene Charakter?

Karmasin: Die Idee der mühevoll erworbenen Identität haben wir tatsächlich nahezu aufgegeben. Stattdessen tagt in jedem von uns ein Komitee vieler Selbste. Aber diese postmoderne Realität muss nicht unbedingt depressiv machen. Sie ist lustvoll, ein Spiel. Wir sind alle wandelnde Zeichensysteme. Und davon lebt auch unsere Marktkultur, die uns die Requisiten zur Selbstdarstellung liefert. Das trifft für ganze Unternehmen zu. Der Berater arbeitet dann eine Corporate Identity aus.

„Europäern ist der Traum vom heilen Dorf offenbar nicht auszutreiben“

SPIEGEL: Hat nicht jedes Unternehmen schon eine, sozusagen von Natur?

Karmasin: Gewiss. Aber jede Zielgruppe nimmt andere Aspekte wahr. Also muss ein großes Unternehmen zeigen, dass es verschiedene Sprachen beherrscht und trotzdem einen Kern von Identität besitzt. Dann kommt der Moment, dass zwei fusionieren, die vorher kaum wussten, wer sie selbst sind. Passen sie zusammen? Passen die Darstellungen in der Öffentlichkeit zusammen? Kann man die Fusion vielleicht sogar inszenieren wie eine gelungene Ehe?

SPIEGEL: Und all das lernen Ihre Studenten durch das Fotografieren von Esstischen?

Karmasin:: Nein, die wollen von mir erfahren, wie man Nahrungsmittel vermarktet. Dazu muss man erst den kulturellen Hintergrund ausleuchten: Für den, der weiß, welche Mythen uns umgeben, ist der Erfolg einer Marke kein totaler Zufall mehr.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Karmasin: Denken Sie an die „Milch-Schnitte“. Milch ist das ideale mütterliche Nahrungsmittel schlechthin. Und viele Mütter würden ihren Kindern gern das Gesündeste vom Gesunden zur Schule mitgeben: Schwarzbrot mit Quark. Darum besteht die „Milch-Schnitte“ aus zwei dunklen Scheiben mit weißer Füllung – auch wenn die weder Schwarzbrot noch Quark enthalten. Optisch ist das mütterliche Gewissen befriedigt, und das Schnittenstreichen entfällt auch.

SPIEGEL: Sehr praktisch – solange die Nährwerte stimmen. Dagegen stöhnen viele Eltern über das dauernde Quengeln nach Überraschungseiern …

Karmasin: Weil sie machtlos sind. Das Überraschungsei verbindet perfekt mehrere Ur-Reize: die Jagd nach dem geheimen Schatz, das Knacken des Panzers und eine Süßigkeit. Erwachsene spüren bei Pralinen oder Berlinern ganz Ähnliches.

SPIEGEL: Wie stark unterscheiden sich die zum Kauf reizenden Mythen in Kontinentaleuropa von denen in angelsächsischen Ländern? In Großbritannien und den USA sehen Fruchtsaftflaschen oft genauso knallbunt aus wie der Weichspüler im Regal nebenan. Das wäre hier undenkbar.

Karmasin: Wir wollen den Mythos der Natürlichkeit erfüllt sehen. Erinnern Sie sich an den Werbespot für Dosengemüse, wo schnuckelige Zwerge im grünen Tal naturreines Grünzeug anbauen? Das ist das Märchen einer intakten kleinen Gemeinschaft. Während in den USA der Einzelne, der Grenzen sprengt, am meisten gilt, ist den Europäern der Traum vom heilen Dorf offenbar nicht auszutreiben.

SPIEGEL: Mythos hin oder her: Fängt ein Verkaufsstratege mit genauen Konsumentenbefragungen nicht viel mehr an?

Karmasin: Das war einmal. Inzwischen fragen intelligente Firmen zuerst: Welche kulturelle Idee könnte ich in ein Produkt übersetzen? Ein Beispiel sind die probiotischen Joghurts mit den angeblich wunderbar wirksamen Bakterienstämmen; darin steckt eine kulturelle Idee: der magische Schutz gegen die Unbill des Schicksals.

SPIEGEL: Eine Truppe edler Mikroorganismen als Retter der Verschlackten?

Karmasin: Genau. In unserer Gesellschaft gibt es eine Menge Angst. Jugendliche zum Beispiel suchen heute Sicherheitsinseln in der Cyberwelt. Für diese Abenteuerfahrt kommt ein Zaubertrank gerade recht.

SPIEGEL: Wenn nun alle Mythen-Vorräte systematisch geplündert werden – führt das am Ende zu immer krasseren Werbeklischees von friedlichen Bergdörfern oder urigen Whiskybrennereien?

Karmasin: Der Sog geht eher zur Nivellierung. Aber alle, die mit Vermarktung zu tun haben, wissen, dass sie erkennbare Differenzen brauchen. Was die Leute gewiss nicht wollen, ist graues Einerlei.

SPIEGEL: Frau Karmasin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BEHÖRDEN

Gitarre aus Stein

Die Bürokratie belästigt den Bürger ein Leben lang – und oft länger. Bestatter protestieren gegen kleinliche Vorschriften für deutsche Friedhöfe.

Jahrzehntelang stand der Gastwirt Reinhard Schicke in der Berliner „City-Klause“ hinter dem Tresen, also wollte er auch nach seinem Tod nicht auf vertrautes Ambiente verzichten. Deshalb hatte sich der Kneipier gewünscht, dass ein Zapfhahn aus seinem Grabstein ragen möge.

Daraus wird wohl nichts. Bislang hat die Verwaltung des Hugenotten-Friedhofs das Ansinnen der Schicke-Angehörigen um den gleichnamigen Sohn Reinhard beharrlich abgelehnt. Dort, wo der Zapfhahn steckte, klafft einstweilen ein Loch im Grabstein des Wirtes.

Auch auf anderen Friedhöfen hätte Schicke keine Chance gehabt: Die meisten deutschen Friedhofssatzungen sind ein Sammelsurium kleinkrämerischer Reglementierungen – teilweise noch aus der Nazi-Zeit. Deshalb gehören Streitereien zwischen Angehörigen und Friedhofsverwaltungen auf den über 28 000 deutschen Gottesäckern inzwischen zum Alltag.

Auch die Bestatter rebellieren, sie würden ihren Kunden gern vielfältigere Angebote unterbreiten. Jürgen Bethke, Generalsekretär des Bundesverbandes des deutschen Bestattungsgewerbes, fordert eine radikale Reform der Regeln, „damit man nicht auf jedem Friedhof die gleiche Soße sieht“. Auch der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, Reiner Sörries, kritisiert die „unzeitgemäßen und unlogischen Vorschriften“.

B. FRIEDEL / BERLINER KURIER

Gastwirt-Sohn Schicke, Grabstein
Vertrautes Ambiente nach dem Tod

Argumente liefert den Bestattern eine jüngst veröffentlichte Dissertation des Bonner Juristen Tade Spranger. Er ist bei seinen Recherchen auf ein „unerschöpfliches Repertoire verbotener Materialien und Bearbeitungsarten“ gestoßen: Mal sind Grabsteine aus Kunst-, Tropf- oder Lavastein untersagt (Bonn), mal Ölfarbenanstriche und grellfarbige Grabinschriften (Kiel), mal darf bei Inschriften mit „versenkt erhabenen Buchstaben die umrandende Nut eine Breite von fünf Millimetern nicht überschreiten“ (Düsseldorf).

Neben „bürokratischer Regelungswut“ wirft Spranger den Friedhofsverwaltungen auch Verstöße gegen Grundrechte vor. Die bei der Stadt Erfurt geltende Order, heimischen Stein vorzuziehen, missachte beispielsweise das Willkürverbot. Auch Verstöße gegen die Glaubens-, Meinungs-, Kunst- und Eigentumsfreiheit glaubt Spranger ausgemacht zu haben: „Viele Friedhöfe halten immer noch an der Vorgabe des Reichsinnenministers von 1937 fest“, sagt der Jurist. Hitlers Bürokraten schrieben der „Volksgemeinschaft“ einen Einheitslook vor – fast so grau und eintönig wie auf einem Soldatenfriedhof.

Geregelt wird auch heute noch alles, was sich nur irgendwie in Satzungen pressen lässt: Neigungswinkel von Gräbern, erlaubte Grünpflanzen und – vor allem – die Gestaltung von Grabsteinen. Schon mit bescheidenen Sonderwünschen stoßen die Antragsteller auf zähen Widerstand. Eine Friedhofsverwaltung nahe Hamburg lehnte den Antrag auf einen Grabstein mit grüner Inschrift ab, weil die „grelle Farbe“ Friedhofsbesucher stören könne. Grabsteine wie der in Form einer Gitarre auf dem Stuttgarter Friedhof Degerloch sind Raritäten, die Friedhofsordnung wird dort sehr liberal ausgelegt.

Auch andere Länder handhaben das Friedhofsrecht locker. Friedhöfe in Italien, Frankreich oder den Niederlanden wirken mit ihren Skulpturen und bunten Grabmalen oft wie Freilichtmuseen.

Hilfe könnte in Deutschland von den Gerichten kommen: Verärgerte Angehörige lassen sich die behördliche Willkür immer seltener gefallen, viele klagen. Die aufs Friedhofsrecht spezialisierte Verbraucherberatung Aeternitas aus Königswinter hat bereits 883 Streitfälle archiviert.

Zu den Kämpfern gegen das „kleinkarierteste Bestattungsrecht der Welt“ gehört auch Bernd Bruns. Der Düsseldorfer Techniker will seine Asche später mal im heimischen Wohnzimmer verwahren lassen.

Doch das ist ebenfalls verboten: In Deutschland herrscht, im Unterschied etwa zu den USA, strikter Friedhofszwang, auch für Urnen. Alle sterblichen Überreste müssen ordnungsgemäß bestattet werden. Bruns klagt dagegen und will „durch alle Instanzen gehen“, notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht. NICOLE ADOLPH

FOTOS: T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Ausnahme-Grabsteine in Stuttgart: *Friedhöfe wie Freilichtmuseen*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

A. POHLMANN

Kirch-Sendezentrum

PAY-TV

Mehr Sport für Premiere

Der Münchner Leo Kirch will sein am vergangenen Freitag neu gestartetes Pay-TV-Programm Premiere World vor allem mit exklusiven Sportprogrammen voranbringen. Deshalb verstärkt er seine Aktivitäten im Sportrechtemarkt. Vor zwei Monaten kaufte Kirch bereits die Schweizer Rechteagentur CWL, bei der Fußballstar Günter Netzer engagiert ist, jetzt erhöht er bei der Prisma AG in Zug seine Anteile um 25 Prozent auf 80 Prozent. Prisma vertreibt unter anderem europaweit die Rechte an der Fußball-Weltmeisterschaft. Zwar schnappte Konkurrent Rupert Murdoch dem deutschen TV-Unternehmer ausgerechnet das wertvollste Fußballrecht, die europaweite Champions League, für den Sender TM 3 weg – mittelfristig aber sollen einige dieser Spiele, zusammen etwa mit Murdochs Kinderkanal Fox Kids, dennoch auf der Premiere-Plattform laufen. Murdoch würde dabei eine eigenständige Rolle spielen. Erste Gespräche über den Pakt wurden bereits geführt.

FERNSEHEN

Stahnkes neue Rolle

Susan Stahnke kehrt auf den Bildschirm zurück. An diesem Montag übernimmt die ehemalige „Tagesschau“-Sprecherin überraschend die Moderation des TV-Magazins „Newsmaker“, das der Axel Springer Verlag für Sat 1 produziert. Stahnke, die zuletzt als Präsentatorin des Damen-Stehpissoirs „Lady P“ auf der Frankfurter Sanitätsmesse „Interklo“ Schlagzeilen machte, soll die schwachen Marktanteile der Springer-Sendung (zuletzt knapp neun Prozent) steigern – und zwar in direkter Konkurrenz zu Birgit Schrowanges Boulevardmagazin „Extra“ (RTL). „Newsmaker“ war vor sechs Monaten mit dem Anspruch gestartet, seriösen Fernsehjournalismus neu zu erfinden. Die bisherigen Moderatorinnen Caroline Hamann und Karin Figge sollen jetzt nur noch als Reporterinnen arbeiten. Von dem Ausgangskonzept der Sendung – die Journalisten moderieren ihre Exklusivstorys selbst – ist damit nichts mehr übrig. Noch vor wenigen Wochen konnte sich Sat 1 allenfalls vorstellen, Stahnke einen Gastauftritt als Stripperin in der jetzt angelaufenen Kiez-Serie „Die rote Meile“ zu verschaffen – bis Springer verzweifelt einen Coup für „Newsmaker“ suchte.

HAYT / GALA / PICTURE PRESS

Stahnke

PRESSE

„Schere im Kopf“

Der neue saarländische CDU-Ministerpräsident Peter Müller, 44, über die geplante Änderung des Landespressegesetzes

SPIEGEL: Als Auftakt für den von Ihnen im Landtagswahlkampf versprochenen „Neubeginn“ haben Sie sich ausgerechnet ein medienpolitisches Thema ausgesucht. Warum wollen Sie das saarländische Pressegesetz ändern?

Müller: Wir wollen ein klares Zeichen setzen. Das Saarland soll keine negative Sonderrolle mehr spielen. Deshalb werden wir die durch Oskar Lafontaine veranlasste Verschärfung des saarländischen Pressegesetzes zurücknehmen.

SPIEGEL: Ist das eine späte Rache an Ihrem Vorvorgänger?

Müller: Nein. Wir haben die von ihm betriebene Verschärfung von Anfang an abgelehnt. Deshalb wird der ursprüngliche Rechtszustand wiederhergestellt. Damit soll die Pressefreiheit auch im Saarland wieder gewährleistet und das Landespressegesetz dem üblichen bundesweiten Standard angepasst werden. Nach dem jetzigen Gesetz dürfen Journalisten eine falsche Gegendarstellung nicht direkt kommentieren.

R. UNKEL

Müller

SPIEGEL: Wurde das von Lafontaine geänderte Gesetz überhaupt angewendet?

Müller: In einigen Fällen. Da überzogen sich etwa zerstrittene Eheleute wechselseitig mit Gegendarstellungen, weil die Redaktion falsche Behauptungen eben nicht sofort kommentieren konnte.

SPIEGEL: Sind das nicht eher harmlose Auswirkungen?

Müller: Mir geht es um die grundsätzliche Frage. Die Änderung des Pressegesetzes war Lafontaines Rachefeldzug, er reagierte damit auf die Aufdeckung seiner Pensions- und der Rotlichtaffäre. Das Gegendarstellungsrecht wurde nur verschärft, um Journalisten die Schere im Kopf aufzuzwingen.

Mordgeklingel

Passen Sie gut auf Ihre Familie auf, das TV-Movie von Sat 1 ist unterwegs: „Der Mörder meines Bruders“, „Mörderjagd – Eine Frau schlägt zu“, beide im August, und nun nächste Woche: „Der Mörder meiner Mutter“. Der Fluch der bösen Titeltat kündigte sich schon im Juli an. Da herrschte Panik total in den Sat-1-Headlines, der Stil geriet in volle Blüte: „Ein Mutterherz läuft Amok“. Statt mit Blumen geht das Fernsehen mit der Sense in der Hand auf den Zuschauer los. Selbst Fernsehpreisverleihungen, eigentlich fröhliche Ereignisse mit lauter schönen Menschen, lauter lächelnden Gesichtern und lauter lieben Bedank-mich-Reden, geraten zu blutigen Séancen.

Thomas Gottschalk, Zeremonienmeister bei der Verleihung des diesjährigen Bayerischen Fernsehpreises, stand einer im Wortsinn Mordsgaudi vor: Die Regisseure von „Todfeinde – Die falsche Entscheidung“ und „Die Todfreundin“ bekamen ebenso einen Preis wie „Das Labyrinth des Todes“. Immerhin: Thommy und seine Gäste haben überlebt.

Sicherlich waren einst die Erfinder von blutrünstigen Kinotiteln auch keine Klosterknaben. Das „Lexikon des Internationalen Films“ verzeichnet zwischen dem Sexskandal „Moral 63“ und dem Suchtspektakel „More – mehr – immer mehr“ 120 Titel, in denen das Wort Mord auftaucht. Aber dafür hat die Filmgeschichte gut hundert Jahre gebraucht, und die modernen Titel-Marodeure von Sat 1 und Co. arbeiten erst ein knappes Jahrzehnt.

Vor dem modischen Mordgeklingel gab es die Huren-Konjunktur, das Fernsehen – ein großer Puff: „Die heilige Hure“, „Der Hurenstreik“, „Ich liebe eine Hure“.

Ob Mord, ob Hure – für fast alle TV-Spiele gilt das Gesetz des Gegensatzes: je martialischer der Titel, desto flauer das Betitelte.

Diese Woche gilt es, „Die Todesgrippe von Köln“ zu überstehen, ehe uns am 13. Oktober „Die Singlefalle – Liebesspiele bis zum Tod“ erwartet. Lauter Helden aus Endlos-Märchen: Wenn sie schon gestorben sind, dann sterben sie noch heute.

QUOTEN

Einheitsbrei – gelöffelt

Die Presse wird rebellisch: Angesichts der müden deutschen 1 : 1-Nummern in der Champions League geht in den Kommentaren die Unlust um. Von Übersättigung mit TV-Fußball ist die Rede, die „FAZ“ nennt die Champions-League-Darbietungen einen „Einheitsbrei“. Er wird, wie die TM-3-Quoten zeigen, dennoch unverdrossen gelöffelt. Der Marktanteil pendelt sich bei über 15 Prozent ein, was rund viereinhalb Millionen Sehern entspricht. Murdochs Bäume wachsen nicht in den Himmel, aber TM-3-Fußball bleibt eine Marktgröße.

Champions-League-Quoten auf TM 3

		Marktanteil	Zuschauer in Millionen
14. Sept.	Bayer Leverkusen – Lazio Rom	13,5 %	3,43
15. Sept.	FC Bayern München – PSV Eindhoven	17,6 %	4,68
21. Sept.	Hertha BSC Berlin – FC Chelsea	16,4 %	4,37
22. Sept.	Borussia Dortmund – Boavista Porto	16,4 %	4,29
28. Sept.	FC Bayern München – FC Valencia	16,8 %	4,58
29. Sept.	Rosenborg Trondheim – Borussia Dortmund	15,5 %	4,20

DER SPIEGEL

SERIEN

„Ich find mich sexy“

Thomas Scharff, 29, über seine Rolle als Nachfolger von Til Schweiger in den neuen Folgen der ARD-Serie „Die Kommissarin“

SPIEGEL: Sie spielen Hannelore Elsners Assistenten – ist Ihre Chefin zufrieden?

Scharff: Ich glaube, sie ist ähnlich begeistert von mir wie ich von ihr.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Til Schweiger, der nach 26 Folgen ausgestiegen ist, gilt auch als Sexsymbol.

Scharff: Ist er das noch? Ich weiß es nicht. Ich sehe mich in erster Linie als Schauspieler.

ACTION PRESS

Scharff

SPIEGEL: Finden Sie sich nicht sexy?

Scharff: An manchen Tagen, zum Beispiel heute, finde ich mich sehr sexy, an anderen weniger.

SPIEGEL: Wird die neue Rolle Ihre Attraktivität bei Frauen steigern?

Scharff: Ich glaube nicht, dass ich dadurch mehr Chancen habe.

SPIEGEL: Hoffen Sie wie Ihr Vorgänger auf den Durchbruch in Hollywood?

Scharff: Warum nicht auch mal was in Hollywood machen – das hängt von der Rolle, vom Drehbuch ab. Aber grundsätzlich gibt es genug gute Stoffe in Europa.

SPIEGEL: Was zeichnet Sie als Schauspieler aus?

Scharff: Ich komme vom Theater. Ich habe den klassischen Weg gemacht. Eigentlich ist die Bühne meine Wurzel, da komme ich her, und da will ich auch wieder hin. Ich spiele nebenbei immer noch als Gast am Münchner Residenztheater. Wenn ich das nicht hätte, würde mir etwas fehlen.

PROJEKTE

Liebe, Tod und Tränendrüse

Das Ende des Jahrhunderts ist nicht nur die Stunde der Dokumentationen. Auch die Fiktion weint den verflossenen hundert Jahren all die Tränen nach, zu denen das Genre fähig ist. Pünktlich zum Jahreswechsel verfilmt das ZDF nun eine Romantrilogie der Münchner Bestsellerautorin Charlotte Link, die mit Geschichten von willensstarken Frauen bekannt geworden ist. Vom Ersten Weltkrieg bis zum Mauerfall schildert Link, was Felicia und ihren Angehörigen widerfährt. Während die Heldin privat immer wieder enttäuscht wird, mausert sie sich trotz aller Widrigkeiten dieses Jahrhunderts – russische Revolution, NS-Zeit, Wirtschaftskrisen – zu einer erfolgreichen Geschäftsfrau. Ihre Fabrik brennt ab, als sie am Lebensende endlich ihre große Liebe in den Armen hält. In dem Fünfteiler wird nichts ausgelassen: Liebe, Heirat, Tod, Eifersucht, Flucht vor den Nazis – Schicksal in Maximaldosis. Für das groß angelegte Projekt (Regie: Bernd Böhlich) wurden bekannte TV- und Filmstars engagiert wie Ben Becker, Rolf Illig, Sandra Speichert und Nadja Tiller.

Vorschau

Einschalten

Zur Freiheit
Montag, 19.00 Uhr, Bayern III

Die Welt reimt sich auch im Bayerischen schon immer aufs liebe Geld. Wieder einmal ist die vor zwölf Jahren entstandene 44-teilige Serie „Zur Freiheit“ zu sehen, die den Aufstieg der Kioskbesitzerin Paula (Ruth Drexel) zur geschäftstüchtigen Wirtin am Schlachthof München zeigt. Die Stücke (Autor: Franz Xaver Bogner) haben zwar nicht den ironischen Witz von „Kir Royal“, dennoch sind die Geschichten voller Einblicke in die Abgründe der Münchner Seele. Wunderbar, wie es die Drexel versteht, gusseiserne Herzigkeit, Energie und Geldgier zu vereinigen.

Die Todesgrippe von Köln
Dienstag, 20.15 Uhr, Sat 1

Der Titel täuscht zum Glück: Da wälzen sich keine Schwerkranken. Der Film (Regie: Christiane Balthasar) erzählt vom Forscher, der auf der Suche nach einem Grippemittel durch die Machenschaften eines bösen Professors sein Leben verliert. Streckenweise ist die Geschichte zu unentschlossen inszeniert, aber Mutter (Ann-Kathrin Kramer) und vor allem der rothaarige Punk-Sohn (Robert Stadlober) überzeugen.

Sex, Lügen, Einsamkeit
Donnerstag, 22.15 Uhr, Südwest III

0190 – die Vorwahl zum Telefonsex führt höchstens mit dem Ohr zur Lust. Claus Bien-fait blickt hinter die Kulissen und entdeckt Ernüchterndes: Die Damen, oft nicht die jüngsten und schönsten, bügeln beim Liebesgeflüster, die Kunden sind verklemmt und behaupten gern, 1,80 Meter groß und blond und stark zu sein. Der Psychologe empfiehlt eine Selbsthilfegruppe bei übermäßigem Verlangen nach fernmündlicher Befriedigung. Interessant: 50 Mark kostet im Schnitt ein Liebes-Call, und nicht wenige Männer wollen gar nicht über das Eine sprechen.

Jaenicke mit Renée Soutendijk in „Alphamann“

Alphamann: Amok
Freitag, 20.15 Uhr, ARD

Ein so überzeugender Blinden-Darsteller wie Al Pacino im Film „Der Duft der Frauen“ ist Hannes Jaenicke nicht. Aber in der ersten Episode dieses zweiteiligen Thrillers (Buch: Fred Breinersdorfer, Regie: Thomas Jauch) gewinnt er das Mimen-Duell gegen Tobias Moretti, der einen durchgedrehten Polizisten spielt. Während man Moretti, Schäferhund Rex wird es bezeugen, den Wahnsinn aus Eifersucht nicht recht abnimmt, wird Jaenicke, ein erblindeter Ex-Polizist und frisch studierter Psychologe, in dieser schleppend beginnenden Geschichte am Schluss zum beherrschenden Alpha-Schauspieler. Unbedingt richtig ist ein Satz aus dem Filmdialog: Blinde, meint der Held, seien die einzigen Männer, die zuhören können.

Ausschalten

Mein Land, meine Liebe
Freitag, 20.15 Uhr, Arte

Arte – das klingt nach Esprit und Hochkultur. Doch dieser Beitrag über den österreichischen Schriftsteller Robert Schneider („Schlafes Bruder“) ist dem devoten Geist der Promi-Anbetung, wie man ihn aus den TV-Niederungen kennt, ganz nahe. Schneider darf sich mit kaum getarnter Eitelkeit selbst inszenieren, Autor Holger Preuße folgt ehrerbietig. Nach einem Streifzug durch die Landschaft Vorarlbergs, die der Dichter und die Kamera so erklären, als sei sie nur da, um in Schneiders Romanen die Kulisse abzugeben, geht es ins Bergdomizil des Schriftstellers. Schneider geht’s richtig gut. Der Dachstuhl, wo einst der Dreck lag, ist zum üppigen Schreibplatz ausgebaut, im Delfinstil durchmisst der Dichter den hauseigenen Swimmingpool. Wohlgefällig ruht der Kamerablick auf dem Skulpturengarten vor dem Haus, wo Schneiders Romanfiguren verewigt sind, dem Reporter kommen keine Fragen, ob es sich hier nicht um einen Fall von schwerem Narzissmus handeln könnte. Kritiker, erfährt der Zuschauer aus Schneiders Mund, hätten „Schweinsohren“, weil sie zu unsensibel seien, die Musikalität in des Dichters Sprache zu hören. Die Einheimischen können sich glücklich schätzen, dass Schneider unter ihnen weilt und sich nicht endgültig für ein Leben in New York entscheidet. Sie danken es ihm im Film, indem sie dampfende Käse-Nudel-Gerichte bereiten, die der Dichter mit Freunden huldvoll verspeist. Dass sich dann aber doch ein paar Eingeborene durch Schneiders Romane benutzt fühlen, erwähnt Preuße zwar, aber er geht der Frage nicht nach. Stattdessen sieht man, wie Schneider (ziemlich holperig) zu „Lobet den Herren“ in der Kirche die Orgel schlägt – das undankbare Volk soll sich über den Poeten in seiner Mitte freuen, suggeriert der Film. Der gemeine Vorarlberger, hat Schneider entdeckt, leide an einer Sprachschwäche: Für die irgendwie alles entscheidenden Worte „Ich liebe dich“ müsse er ins Hochdeutsch wechseln, weswegen er oft so verstockt schweige – Preuße scheint den Schmarren zu glauben. Richtig Schmäh gibt’s zum Schluss: Der Dichter, dieser Erfolges Bruder, verfällt mitten in vereister Landschaft in Selbstmitleid: Ach, wenn er doch dermaleinst vom Zwang zum Schreiben erlöst würde – da möchte der Zuschauer mit Schneebällen schmeißen.

Schriftsteller Schneider

FOTOS: SAT 1

„Wochenshow"-Star Engelke, Sat-1-Chef Kogel: *Je dramatischer die Lage, desto gnadenloser die Stimmung*

PRIVAT-TV

Mehr Spots, weniger Wirkung

Der Jugendwahn frisst seine Kinder: Werbeagenturen und Mediaplaner zweifeln, ob Comedy- und Talk-Sendungen das richtige Umfeld für ihre Produkte sind. Im Einheitsbrei rauschen Milliarden von Werbegeldern an den Konsumenten vorbei.

Eigentlich neigt er nicht zu großen Auftritten, aber auf der Düsseldorfer Telemesse Mitte August legte RTL-Chef Gerhard Zeiler eine Show hin, mit der er jedes Moderatoren-Casting mühelos gewonnen hätte.

Während auf drei Riesenleinwänden Ausschnitte der neuen Talk- und Comedy-Sendungen herumschwirrten, pries der Österreicher vor einem tausendköpfigen Publikum das RTL-Programm als innovativ, mutig und rasend komisch. Als hätte er zuvor einen Workshop in Körpersprache absolviert, ließ er am Ende des Vortrags die Augen gen Saaldecke rollen und dankte seinen Lieben: „You did a great job."

Mit dieser Meinung steht der RTL-Boss freilich ziemlich allein da. Denn eins wurde den anwesenden Werbekunden trotz des einstündigen Spektakels in Dolby-Surround nur allzu deutlich: Von Innovation ist im deutschen Privatfernsehen derzeit wenig zu spüren – stattdessen wird der Einheitsbrei noch einmal ordentlich angedickt: mehr Talk, mehr Comedy und viele bunte TV-Movies.

„Das Programm wird immer einheitlicher", sagt Thomas Koch, Gründer und Inhaber der gleichnamigen Mediaagentur: „Es wird zunehmend schwerer, gute Umfelder für die Produkte zu finden." Koch ist einer jener umworbenen Mediaplaner, die im Auftrag ihrer Kunden Millionenbudgets unter den Sendern verteilen und entscheiden, durch welchen Werbeblock der neue Mercedes fährt oder in welchem Programm Verona Feldbusch im Spinat rührt.

Ein ganzer Berufszweig lebt davon, der Industrie Wege durchs Mediendickicht zu zeigen. „In den letzten fünf Jahren ist das Angebot schier explodiert", sagt BMW-Marketingchef Wolfgang Armbrecht – nur die Konsumenten, auf die die Werbespots niedergehen, haben sich kaum vermehrt.

Annähernd zwei Millionen Werbefilme strahlten die Sender im letzten Jahr aus, fast doppelt so viel wie 1994. Um sich alle anzuschauen, säße man fast anderthalb Jahre vor dem Bildschirm. Doch die Zuschauer weichen dem Bombardement immer häufiger aus. Laut einer Studie der Agentur Lowe & Partners wechseln inzwischen über zwei Drittel der Deutschen mit Beginn der Werbepause den Kanal. In Großbritannien rauscht Reklame für über 500 Millionen Pfund (rund 1,5 Milliarden Mark), so eine Expertise, einfach an den Zappern vorbei – hier zu Lande kursieren ähnliche Horrorzahlen.

Die Schmerzgrenze scheint erreicht. Zwar betrug allein der Brutto-Werbeumsatz von RTL, Sat 1 und Pro Sieben von Januar bis August dieses Jahres gigantische sechs Milliarden Mark, doch die Zeiten zweistelliger Zuwachsraten sind passé. So verzeichneten Pro Sieben und Sat 1 im ersten Halbjahr 1999 nur minimale Steigerungen. „Die Goldgräberjahre sind vorbei", urteilt das Branchenblatt „W & V".

Dabei begingen die TV-Macher noch vor wenigen Wochen den 15-jährigen Geburtstag des Privatfernsehens mit einer riesigen

FOTOS: RTL

RTL-Chef Zeiler: *„Der Comedy-Boom geht erst los“*

RTL-Serie „Alarm für Cobra 11“: *Die Zielgruppe surft lieber im Internet*

Sause – nach dem Motto: je dramatischer die Lage, desto gnadenloser die Stimmung.

Denn zu feiern gab es eigentlich nichts. Nur drei Sender haben bisher Geld verdient: RTL, Pro Sieben und Viva. Der Rest zahlt drauf. Sat 1 wies im 14. Jahr seines Bestehens gerade mal 20 Millionen Mark Gewinn aus – dieses Jahr sollen es 30 Millionen sein. Geht es in dem Tempo weiter, hat der Sender seine Anlaufverluste von rund 800 Millionen Mark im Jahr 2026 wieder drin – die entgangenen Zinsen auf das eingesetzte Kapital nicht mitgerechnet.

Am Verdruss sind die TV-Macher nicht unschuldig. Mit Blick auf die allein selig machende Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen haben sie Formate im Einheitslook erschaffen. Tagsüber talken Sabrina, Andreas und Oliver, abends blödeln Anke Engelke, Ingolf Lück und Rudi Carrell. Ein audiovisuelles Brachland, weitgehend frei von Höhen und Tiefen.

Mit wachsender Unruhe verfolgen die Marketingprofis in den Unternehmen die Entwicklung, immer häufiger grübeln die Mediaplaner, ob es sich lohnt, für viel Geld im Umfeld von Comedy-Shows der untersten Preisklasse ein hochwertiges Auto zu bewerben.

Der Wettbewerb der Sender habe die Kosten derart in die Höhe getrieben, dass sich „aufwendige Show-Formate, Premium-Spielfilme oder Sportereignisse nicht mehr refinanzieren lassen“, resümiert Guido Modenbach, Geschäftsführer der Mediaagentur Mindshare, zu deren Kunden der Lebensmittel-Multi Kraft-Jacobs-Suchard und der Autobauer Ford gehören: „Die Bereitschaft, in innovative Formate zu investieren und das Risiko eines Flops in Kauf zu nehmen, ist gering.“

Weil sich die Werbeeinnahmen kaum noch steigern lassen, versuchen die Sender, die Kosten zu drücken. RTL 2 setzt auf billige Erotik-Nummern, RTL und demnächst auch Sat 1 auf so genannte Senderfamilien, durch die sich die Programme kostengünstig zweit- und drittverwerten lassen.

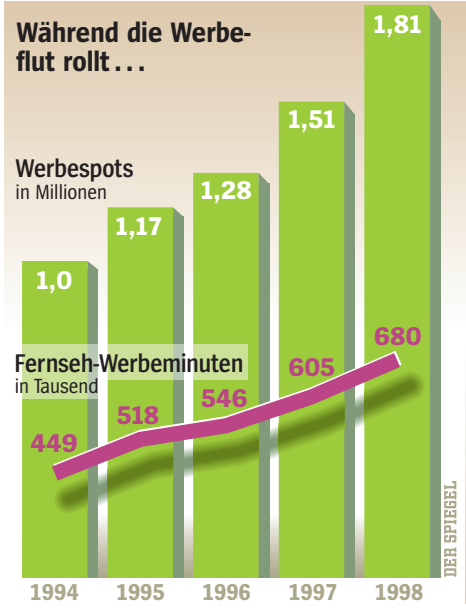
„Wirtschaftlicher Erfolg und Programmerfolg schließen sich nicht aus“, umreißt RTL-Chef Zeiler seine No-Risk-Strategie – soll heißen: Formate, die sich ganz gut verkaufen, werden endlos geklont. Und während in den USA die „New York Times“ das Tal der Lachtränen mit der Zeile „Comedy is not king“ für durchschritten erklärt, droht Zeiler: „Der Comedy-Boom geht erst richtig los.“

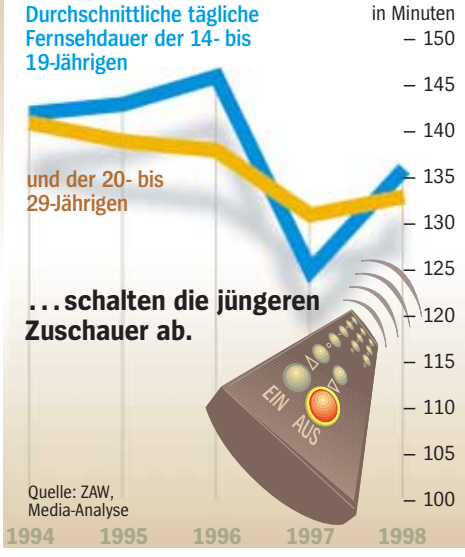
Doch bei den Werbekunden wächst der Unmut über ein Programm, das sich ganz global an die 14- bis 49-Jährigen richtet – an den gut verdienenden Großstadtsingle ebenso wie an den Familienvater vom Lande, der auf Sozialhilfe-Niveau lebt. Einzig bei hochwertigen Spielfilmen oder beim Fußball wissen die Werber recht genau, wer eigentlich vor dem Fernseher sitzt – entsprechend groß ist der Ansturm auf die raren Werbeinseln.

„Fernsehen liefert nur noch Reichweite und keine Erlebnisse mehr“, klagt Gregor Wöltje von der Werbeagentur Start Advertising (Burger King), doch solange die Sender mit ihrer „Lebenslüge von den 14- bis 49-Jährigen“ Geld verdienten, ändere sich nichts. Wöltje warnt: „Wer will schon Leute erreichen, die nur apathisch irgendeine Fernsehtapete wegglotzen.“

Die Lebenslüge wurde einst erdacht, weil sich so – praktisch für die Vermarktung – alle Wunschvorstellungen subsumieren ließen: Jung sollte das Publikum sein, konsumfreudig und stets bereit für Neues.

Die Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen sei „absurd, weil sie nicht existiert“, sagt Mediaplaner Koch, zu dessen Kunden Mannesmann-Mobilfunk und der Computerhändler Vobis gehören. Sie bestehe aus





völlig verschiedenen, „fast überschneidungsfreien Segmenten“ – beispielsweise dem 16-jährigen Stubenhocker und seinem geselligen Vater.

Durch die Alterung der Gesellschaft stecken die Sender in einem zusätzlichen Dilemma: En gros haben sie Formate entwickelt, die sich an den Intellekt von Zehnjährigen richten – doch vor dem Bildschirm sitzen zunehmend reifere Zuschauer. So schauen die RTL-Kalauerrunde „7 Tage – 7 Köpfe“ unter Vorsitz des Kabarettisten Jochen Busse rund dreimal mehr Ältere über 50 als Teens und Twens.

So sehr die TV-Macher die Senioren und Jung-Senioren auch ignorieren: Am Ende sitzen die doch in großer Zahl vor dem Fernsehen. Und die Jungen sind anderswo – im Kino oder auf Partys. Zudem surft die Wunsch-Zielgruppe lieber im Internet. Die Konsequenz: Der Anteil der unter 29-Jährigen unter den regelmäßigen Fernsehnutzern sinkt seit Jahren stetig.

Die Verquickung von Fernseher und Computer könnte die Abwendung vom TV sogar noch beschleunigen. Sollte bei Pro Sieben kein guter Spielfilm laufen, zappt man eben in den Chatroom und bleibt dort hängen.

Die vor der Glotze verharrenden Oldies sind freilich oft rüstig und vermögend. 15 Milliarden Mark stehen ihnen monatlich zur Verfügung, die Kaufkraft der Jugendlichen beträgt ein Fünftel davon. „Es ist den Leuten einfach nicht einzubläuen, dass sie mit 49 aufhören sollen, fernzuschauen und einzukaufen“, höhnt ein TV-Planer, der bei manchen seiner Kunden eine frappierende Unkenntnis über den derzeitigen Zustand der Spaß-Gesellschaft ausgemacht hat. „Wenn man denen mal zeigt, in welchem Umfeld sie werben, macht sich oft Entsetzen breit.“

Vor allem den Werbekunden dämmert, dass es nicht nur darauf ankommt, wie viele Leute man erreicht, sondern wen. Jahrelang war der so genannte Tausend-Kontakt-Preis die einzig gültige Branchenwährung: Er beschreibt, wie viel ein Werbekunde pro 1000 erreichter Zuschauer zahlt, natürlich nur für die in der Zielgruppe 14 bis 49 – die Alten gibt’s umsonst.

Doch was ist, wenn gar nicht der potenzielle Mercedes-Kunde vor dem Fernseher sitzt, sondern ein Arbeitsloser ohne Führerschein? Zählen Sie nicht die, die Sie erreichen, sondern erreichen Sie die, die zählen, heißt die neue Devise.

„Bisher haben wir immer mehr Geld für immer weniger Wirkung gezahlt“, stöhnt ein Mediaplaner. „Nun kommen die Kunden und sagen: Die Zeit der wirkungslosen Kampagen soll vorbei sein.“ Von dieser Erkenntnis profitieren vor allem Nischensender wie der Nachrichtenkanal n-tv, der zwar nur eine kleine Fangemeinde hat – aber die ist edel.

Weil die Erinnerung an einzelne Werbespots im Laufe der Zeit alarmierend nachgelassen hat, suchen Marketingleute nach Alternativen. So vereinbarte der Autohersteller BMW jüngst eine Zusammenarbeit mit dem Musiksender MTV und veranstaltete auf der Automobilausstellung IAA ein Rockkonzert. „Auch das Internet wird immer wichtiger für unsere Botschaft“, sagt BMW-Mann Armbrecht. Schon jetzt bewirbt der Autobauer einzelne Fahrzeugtypen ausschließlich online.

Dass es mit Komik, Krawall und Actionserien, in denen neben Helikoptern vor allem Autos in die Luft fliegen, nicht getan ist, schwant auch den TV-Machern. „Wir müssen die Wertigkeit des Fernsehens erhalten und Events schaffen“, sagt Sat-1-Vermarkter Klaus-Peter Schulz. Und tatsächlich gilt ausgerechnet Sat-1-Chef Fred Kogel – seit dem Absetzen der Rührserie „Bergdoktor“ und der Erschaffung der „Helicops“ für viele die Inkarnation des Jugendwahns – manchem Werber derzeit als rührigster Programmdirektor: Er initiiert ambitionierte Projekte wie den „König von St. Pauli“.

SAT 1

Abgesetzte Serie „Bergdoktor“: *Alte ignoriert*

Mit welch harten Bandagen inzwischen um die Werbegelder gerungen wird, zeigt ein einmaliger Akt der Denunziation. In einem Brief von Sat 1 an Werbekunden des Champions-League-Senders TM 3 wurden die „Leistungsdaten“ des Rivalen als „desaströs“ gebrandmarkt: „Sollten Sie auf Grund der schwachen Performance … Ihre Investments in den nächsten Monaten in die ‚ran‘-Formate bei Sat.1 verschieben wollen, stehen wir Ihnen für Gespräche gern zur Verfügung.“ Nach einem Gespräch mit den Anwälten hat Sat 1 mittlerweile eine Unterlassungserklärung unterzeichnet.

In einer anderen Angelegenheit zogen mehrere Sender gemeinsam vor Gericht. Mit einer Klage gegen ein Koblenzer Elektronikunternehmen, das die so genannte „Fernseh-Fee“ erfunden hat: ein Gerät, das zu Beginn des Werbeblocks automatisch umschaltet.

Oliver Gehrs

Werbeseite

Werbeseite

FERNSEHSPIELE

Fatales Aufbegehren

Der ZDF-Film „Ich habe Nein gesagt“ präsentiert die Schauspieler Martina Gedeck und Jörg Schüttauf in einem beklemmenden Ehedrama.

Wie kommt es, dass die Liebe verschwindet aus einer Ehe? Und warum reagieren Mann und Frau meist grundverschieden – sie leidet still, während er verbittert den Kopf schüttelt oder auch schon mal mit der Faust auf den Tisch haut? Darüber reden lässt sich nicht, jedenfalls nicht zwischen Doris und Werner, einem Ehepaar aus der unteren Mittelschicht, das eine gemeinsame Tochter hat.

Unglückseligerweise löst das Verschwinden der Liebe bei Doris neue Sehnsüchte aus – und die werden zum Auslöser einer Katastrophe. Es ist eine bemerkenswerte, beklemmend realistische Geschichte, die das ZDF am Montag (20.15 Uhr) da als „Fernsehfilm der Woche“ zeigt, das sehr sorgfältig gearbeitete Psychogramm einer Ehe, mit brillanten Schauspielern, exzellentem Drehbuch und sensibler Regie.

„Ich habe Nein gesagt“ heißt der Film, und der Titel lässt schon ahnen, dass hier kein angenehmes Wohlstandsmärchen erzählt wird. Doris (Martina Gedeck) ist eine attraktive, temperamentvolle Frau, die gern flirtet, gern mal was trinkt und mit ihrem öden Job als Drogeriemarktverkäuferin hadert. Sie liebt ihre Tochter Tanja über alles und möchte sich als Laientheaterschauspielerin beweisen. Ihr Mann Werner (Jörg Schüttauf) findet, seine Frau habe romantische Flausen im Kopf und auf der Bühne nichts verloren. Er erwartet, dass sie die Bude aufräumt, das Essen rechtzeitig auf den Tisch bringt und sich ansonsten ihm gegenüber regelmäßig willig zeigt.

Auf Sex glaubt der Ehemann ein naturgegebenes Anrecht zu haben, er erledigt ihn ruck, zuck, phantasie- und lieblos. Werner meint, dass seine Frau ein bisschen viel herumzickt in letzter Zeit und auch ein bisschen viel mit anderen Männern flirtet, vor allem mit dem gemeinsamen Freund Ricky (Peter Davor), in dessen Werkstatt Werner als Kfz-Mechaniker angestellt ist.

ZDF

Schauspieler Schüttauf, Gedeck: *Wer leidenschaftlich liebt, hasst auch leidenschaftlich*

Tatsächlich ist Doris, die aufbegehrt gegen ihr vorgezeichnetes Leben, liebesbedürftig und verführbar. Nach einem heftigen Streit mit ihrem Mann sucht sie Trost bei Ricky und verbringt die Nacht mit ihm. Als sie am nächsten Morgen nach Hause kommt, stellt ihr Mann sie zur Rede, und sie gesteht nicht nur den Seitensprung, sondern macht auch deutlich, dass ihr der Sex mit Ricky Spaß gemacht hat. Werner rastet aus, im Jähzorn verprügelt und vergewaltigt er seine Frau.

Aus dieser Grundsituation entwickelt der Film seine Spannung und seine Brisanz: Eine Frau, die im Parkhaus vergewaltigt wird, ist ein Opfer – aber was ist mit einer Frau, die ihren Mann betrügt, in kurzen Röcken herumläuft, Männer anmacht, kokett und sexy auftritt? Hat „so eine“ Mitleid und Solidarität verdient? Und kann man den gehörnten Ehemann nicht verstehen, diesen armen Teufel? Das weiß schließlich jeder: Wo einmal viel Liebe war, ist die Kränkungsgefahr besonders groß. Denn wer leidenschaftlich liebt, hasst auch leidenschaftlich, manchmal bis hin zu Vergewaltigung und Mord.

Die realen Fakten sind entsprechend: Jede siebte Frau in Deutschland, das ergab eine Erhebung des Bundesfamilienministeriums, wird einmal in ihrem Leben Opfer einer Vergewaltigung oder einer sexuellen Nötigung. Die meisten dieser Übergriffe ereignen sich in den Familien.

Vergewaltigung in der Ehe gilt seit Juli 1997 als Verbrechen, und so kreist der Film auch um die Frage, ob Doris ihren Mann anzeigen soll oder nicht. Sie erlebt viel Ablehnung, als sie erzählt, was passiert ist, sowohl bei ihrer Freundin als auch bei ihrer Mutter, und gerade daraus entsteht die zerstörerische Kraft ihres Traumas: Ihre Mitmenschen scheinen sie in die Rolle der Schuldigen zu drängen.

Eine simple Opfergeschichte habe sie nie interessiert, sagt die Drehbuchautorin Annemarie Schoenle, die bereits mit „Nur eine kleine Affäre“, „Frühstück zu viert“ und ihrem Quotenhit „Eine ungehorsame Frau“ die unterschiedlichen Gefühlswelten von Männern und Frauen ausgelotet hat. Vielmehr will sie die Zuschauer mit ihren eigenen Vorurteilen konfrontieren. Ist der einmalige Amoklauf des Ehemanns nicht doch verzeihlich? Soll ihm seine Frau deshalb die Ehe aufkündigen, ihn vor Gericht bringen und schließlich der Tochter den Vater wegnehmen?

Als im Film Doris’ Anwalt seine Mandantin fragt, ob sie wirklich überzeugt sei, ihren Mann anzeigen zu wollen, fragt die zurück: „Überzeugt? Überzeugt bin ich, dass ich im Drogeriemarkt zu wenig verdiene. Und dass mir die Farbe Gelb nicht steht. Aber ob ich meinen Mann anzeige und meine Familie kaputtmache …“

Schoenles Geschichte, die der Regisseur Markus Imboden in ruhigen, verstörenden Bildern inszeniert hat, lässt keine einfache Parteinahme zu. Sie erzählt davon, wie Gewalt in einer scheinbar gewöhnlichen Beziehung ausbrechen kann; davon, wie nachhaltig eine Frau körperlich und seelisch durch eine Vergewaltigung beschädigt wird – und davon, wie hoffnungslos unterschiedlich Frauen und Männer empfinden, wenn es mit der Liebe zu Ende geht.

ANGELA GATTERBURG

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ACTION PRESS

Enthauptung in Saudi-Arabien

FOTOS: DPA (li.); AGENCE VU (re.)

Gaskammer in den USA

Erschießung in China

UNO

Pause für Henker?

Erstmals haben sich die 15 EU-Staaten auf eine gemeinsame außenpolitische Initiative mit globalem Anspruch einigen können. Während der Herbsttagung der Vereinten Nationen in New York wollen sie Ende Oktober einen Antrag zur befristeten Aussetzung der Todesstrafe einbringen. Auch für die Weltorganisation ist das ein Novum: Bislang kamen ähnliche Initiativen einzelner Staaten nicht einmal auf die Tagesordnung. Vor allem der deutsche Außenminister Joschka Fischer drängt auf ein Moratorium für den Henker und fand dafür besonders tatkräftige Unterstützung bei seinem italienischen Kollegen Lamberto Dini. Letzte Details konnten beide bei Fischers Rom-Visite am Wochenende besprechen. Zwar wird am endgültigen Text noch gefeilt, doch schon schwärmen EU-Emissäre in alle Welt aus, um für den Antrag zu werben. Neben den 15 Voten aus Europa sind weitere 80 Stimmen nötig, um Regierungen unter Druck zu setzen, elektrische Stühle abzuschalten und Henker in den einstweiligen Ruhestand zu schicken.

POLEN

Risse in der Regierungskoalition

Polens konservativ-liberale Regierungskoalition unter Ministerpräsident Jerzy Buzek steckt in der Krise. Die Reformen im Gesundheitswesen und Rentensystem stocken, in der staatlichen Sozialversicherung klafft ein Milliardenloch, und das Innenministerium wird nach dem Rücktritt des Ministers Janusz Tomaszewski und seiner beiden Stellvertreter von Skandalen erschüttert. Die drei stehen unter dem Verdacht, früher mit dem kommunistischen Geheimdienst kollaboriert zu haben. Der Koordinator der Geheimdienste, Janusz Palubicki, kommissarisch mit der Leitung des Innenministeriums beauftragt, setzte den Kommandeur der Spezialeinheit Grom ab und ließ dessen Panzerschrank mit Schweißgeräten aufbrechen – der General hatte angeblich Dienstanweisungen nicht befolgt und sich geweigert, die Schlüssel abzugeben. Buzeks Wahlaktion Solidarność (AWS) besetzt fast alle Ämter mit Parteifreunden, die in ihrem antikommunistischen Eifer zuweilen jedes Augenmaß verlieren.

RUTKIEWICZ / TRANSPARENT

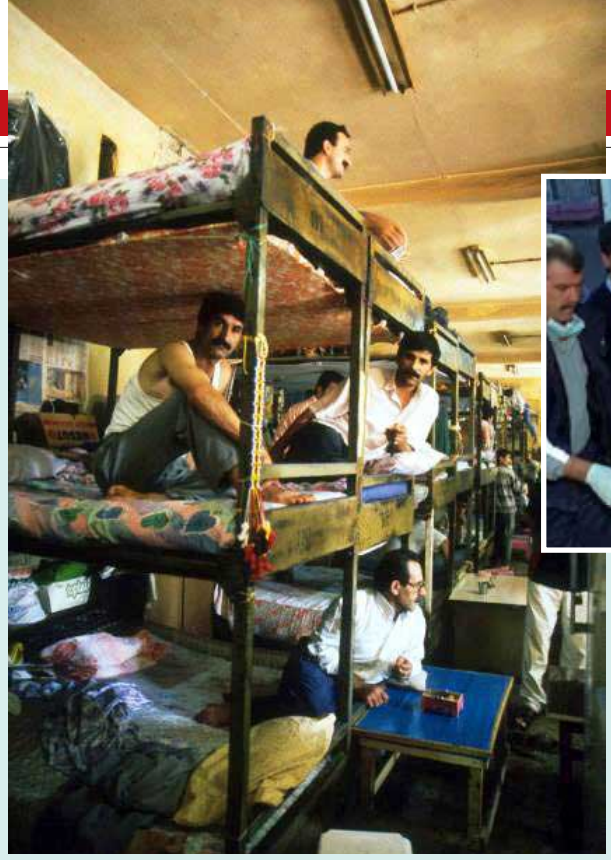
Ministerpräsident Buzek

Loyalität zählt bei der Postenvergabe, nicht Qualifikation. Keine Regierung seit der Wende vor zehn Jahren hatte ein schlechteres Ansehen bei der Bevölkerung. Nur 24 Prozent der Polen unterstützen Meinungsumfragen zufolge derzeit noch Premier Buzek. Schon fordern führende Politiker des kleineren Koalitionspartners, der Freiheitsunion (UW) von Finanzminister Leszek Balcerowicz, den Rücktritt des Regierungschefs.

TÜRKEI

Zwei Klassen im Knast

Die Lage in den türkischen Gefängnissen bleibt auch nach dem Ende der jüngsten Häftlingsrevolte angespannt. Beim Angriff von Gendarmerieeinheiten auf Block 4 des Ulucanlar-Gefängnisses von Ankara waren vor einer Woche zehn Häftlinge ums Leben gekommen. Insassen von elf weiteren Gefängnissen nahmen daraufhin mehr als 70 Wärter als Geiseln und verbarrikadierten sich fünf Tage lang. „Die Autorität des Staates“, so Ministerpräsident Bülent Ecevit, „muss in den Gefängnissen wiederhergestellt werden – koste es, was es wolle.“ Doch mit obrigkeitsstaatlicher Gewalt ist der türkische Strafvollzug nicht mehr zu retten. Das System steht vor dem Kollaps. Die Gefängnisse sind mit knapp 70 000 Häftlingen schon jetzt überfüllt, jährlich kommen 5000 dazu. Vor allem das augenfällige Zweiklassensystem verbittert die Gefangenen: Mafiosi und Rechtsradikale, die über gute Beziehungen zu den Behörden verfügen, leben prächtig, gehen auch im Knast ungehindert ihren Geschäften nach und tragen sogar offen ihren Revolver zur Schau. Viele der etwa 8000 politischen Häftlinge – die so genannten „Gedankenverbrecher“ der gemäßigten und extremen Linken – hausen hingegen in völlig überbelegten Schlafsälen. Den inhaftier-



Überfüllte Gefängniszelle

ITALIEN

Lottospieler im Tipp-Rausch

Eine akute Spritze gegen das Lotto-Fieber hat Italiens Finanzminister Vincenzo Visco seinen Landsleuten verabreicht: Er kappt die Top-Gewinne. Über 86 Millionen Mark gewann vorigen Mittwoch ein Spieler aus der Kleinstadt Montopoli Sabina – den größten Jackpot in der europäischen Lottogeschichte. Immer neue Rekordsummen hatten sich in den vergangenen Monaten im Super-Enalotto angesammelt und das ganze Land in einen Tipp-Taumel versetzt. Zuletzt stiegen die Umsätze pro Woche um die 40 Prozent, in vielen Annahmestellen mussten die Spieler stundenlang Schlange stehen, in Neapel gingen sogar die Tippzettel aus. Statistisch gesehen spielte jeder zweite Italiener mit und setzte jeweils mittwochs und samstags fünf Mark ein. Spielgemeinschaften in vielen Orten riskierten weit höhere Beträge: So offerierte bis Sonntag eine Bar im mittelitalienischen Städtchen Cupramontana 1000 Anteile an einem Zwei-Millionen-Gemeinschafts-Tipp, fast 2000 Mark pro Los.

R. CIOFANI

Jubelnde Lottogewinner

Die Supergewinne sind Folge enorm kleiner Gewinnchancen für den „Sechser“ – eins zu 623 Millionen (im deutschen Lotto eins zu 14 Millionen). Jede Woche ohne Hauptgewinn füllte den Jackpot um 20 Prozent weiter auf. Doch künftig darf er nur noch um je 4 Prozent wachsen, sobald 50 Millionen im Topf sind. Der Rest des Überschusses muss dann den kleineren Gewinnen zugeschlagen werden. So hofft die italienische Regierung, die Lotto-Manie wieder einzudämmen, die sie selbst ausgelöst hat. Rom hatte das Spiel mit den Supergewinnen erst vor zwei Jahren eingeführt, nicht zuletzt um die Einnahmen zu erhöhen. Mit Erfolg: 13 Milliarden Mark spülte die Spielleidenschaft der Italiener vergangenes Jahr in die Staatskasse.

KASCHMIR

Blamiertes Militär

In Pakistan verschärfen sich nach der Schlappe im Kaschmir-Konflikt die Spannungen zwischen der zivilen und der militärischen Führung. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Generäle den Premierminister Nawaz Sharif, 49, offenbar bewusst täuschten. Der Regierungschef erfuhr erst am 26. April – viel zu spät – vom geheimen Einsickern islamischer Freischärler und pakistanischer Soldaten in den indischen Teil Kaschmirs. Die Militärs verschwiegen ihm, dass sie den Konflikt eigenmächtig angezettelt und das Land an den Rand eines Krieges gebracht hatten, den Pakistan gegen das überlegene Indien nicht hätte gewinnen können. Diese Einzelheiten enthüllte jetzt Niaz Naik, Sonderbotschafter der pakistanischen Regierung in Indien. Während der Kämpfe war Naik im Auftrag Sharifs nach Delhi gereist, um eine diplomatische Lösung auszuhandeln. Der pakistanische Generalstab steht nun blamiert da: Der Armee wird Illoyalität gegenüber der zivilen Führung vorgeworfen, die Generalität als verantwortungslose Kriegspartei angeprangert. Die Amerikaner, die Pakistan lange mit Waffen belieferten, warnen schon vor einem Putsch.

AP

Verletzter Insasse

ten Führern militanter Organisationen kommt das türkische System durchaus gelegen: Sie schulen ihre Mitglieder inzwischen fast ausschließlich in den Strafanstalten. Juristen drängen seit langem auf den Bau von Kleinzellengefängnissen nach europäischem Muster. Die ehemalige Innenministerin Meral Akşener hingegen erinnerte vergangene Woche an eine kostengünstigere Lösung: Die Kapazitäten der Gefängnisse würden durchaus reichen, so Akşener, hätte Staatspräsident Demirel nicht kürzlich das Gesetz über eine große Amnestie zurückgewiesen. Von dem Gesetz würden Mafiosi und rechtsextreme Bandenmitglieder profitieren – politische Gefangene waren ausdrücklich ausgenommen.

ALGERIEN

Wettlauf um Öl

Nach dem erfolgreichen Referendum über die Aussöhnungspolitik des algerischen Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika wetteifern die USA und Frankreich miteinander um die besten Beziehungen zu dem Maghreb-Staat. Die Regierung in Washington liegt beim Buhlen um die reichen Gas- und Ölvorkommen derzeit vorn, weil sie trotz der Unruhen im Lande in der Vergangenheit weiter investierte und den Kampf der Militärs gegen die mörderischen Islamisten nie kritisierte. Am Rande der Uno-Vollversammlung sondierte Bouteflika jetzt die Möglichkeit eines Treffens mit US-Präsident Bill Clinton – die Begegnung wäre für Algier von höchstem Prestigewert. Der Pariser Premier Lionel Jospin dagegen lockt mit großzügiger Visavergabe, Konsulaten in Oran und Annaba sowie der Wiederaufnahme der Air-France-Flüge. Um die seit dem Unabhängigkeitskrieg zerrüttete Beziehung zu reparieren, will Staatspräsident Jacques Chirac möglichst schon Anfang 2000 Algerien einen Staatsbesuch abstatten. Doch dort erinnert man sich noch gut daran, dass der Leutnant Chirac 1957 an Säuberungsaktionen gegen „Rebellen“ beteiligt war.

H. HAGEMEYER / TRANSPARENT

Erdölraffinerie

IRAN

„Wir arbeiten auf einem Minenfeld“

Der Chefredakteur der verbotenen Tageszeitung „Neschat“, Maschaallah Schams al-Waesin, 44, über den Kampf um die Pressefreiheit in Teheran

KAZEMI

SPIEGEL: Der Herausgeber Ihrer Zeitung, Latif Safari, wurde jetzt zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt und erhielt fünf Jahre Berufsverbot. Welche Verbrechen soll er begangen haben?

Waesin: Ihm wird vorgeworfen, Studenten zu regimekritischen Demonstrationen ermuntert, den Polizeichef beleidigt und Abgeordnete angegriffen zu haben. Tatsächlich aber war das Verfahren politisch motiviert: Unsere Zeitung und ihr Herausgeber Safari treten für eine zivile Gesellschaft ein, wie sie auch Staatspräsident Mohammed Chatami anstrebt.

SPIEGEL: Ihre Zeitung darf bereits seit Anfang September nicht mehr erscheinen. Was war der Anlass für das Verbot?

Waesin: Wir wurden beispielsweise beschuldigt, die Grundlagen des Islam in Frage gestellt zu haben. Dabei hatte in einem Artikel lediglich gestanden, dass die Todesstrafe unmenschlich sei. Aber was immer auch zur Begründung angeführt wird, tatsächlich geht es darum, dass unser Einsatz für Reformen gewissen Kreisen nicht passt.

SPIEGEL: Wer sind Ihre Gegner?

Waesin: Ich will niemanden persönlich angreifen. Aber es ist das konservative Lager, das die Reformen aufhalten will. Erst haben sie die Intellektuellen auf schlimmste Weise angegriffen, etliche Schriftsteller sogar getötet. Dann kamen die Journalisten und Studenten unter Beschuss. Diese drei Gruppen haben den höchsten Preis bezahlt im Kampf um Meinungsfreiheit und Demokratie.

SPIEGEL: In der jüngsten Zeit sind etliche Zeitungen geschlossen worden. Hat sich die Auseinandersetzung verschärft?

Waesin: Ja, die Konservativen haben eine Maschinerie in Gang gesetzt, die am laufenden Band Beschwerden verfasst; diese sind dann der Vorwand, missliebige Blätter einzustellen. So brauchen wir bloß ein Ende der Isolation unseres Landes und eine Politik der Öffnung zu fordern, schon beginnt die Hetzkampagne.

AFP / DPA

Demonstration für Präsident Chatami

SPIEGEL: Warum ist der Konflikt gerade jetzt eskaliert?

Waesin: In einem halben Jahr finden Parlamentswahlen statt. Deshalb versuchen die Konservativen, uns die Hände zu fesseln. Darüber hinaus streben sie eine Verschärfung des Pressegesetzes an, wollen den jetzigen Zustand der Repression gewissermaßen legalisieren.

SPIEGEL: Ist auch das Leben von Journalisten in Gefahr?

Waesin: Wir arbeiten auf einem Minenfeld, können jeden Augenblick hochgehen. Unser Leben liegt in Gottes Hand.

SPIEGEL: Sie sitzen dennoch wieder am Schreibtisch, redigieren ein neues Blatt.

Waesin: Das Team von „Neschat“ ist bei einer Wirtschaftszeitung eingestiegen, deren Erscheinen schon länger geplant war. Gleich am ersten Tag haben wir 100 000 Exemplare verkauft, weil die Leute natürlich wissen, dass sie eigentlich „Neschat“ lesen. Die Schließung meiner Zeitung ist für mich nichts Neues, das habe ich bereits dreimal erlebt.

SPIEGEL: Solchen Tricks sehen Ihre Gegner tatenlos zu?

Waesin: Der frühere Leiter der Teheraner Staatsanwaltschaft, der zu den Hardlinern in der Justiz gehört, hat mich gefragt, wie lange ich das Katz-und-Maus-Spiel weitertreiben will. Ich habe ihm geantwortet: so lange, bis die Katze endlich einsieht, dass auch die Maus ein Lebensrecht hat.

AP

DPA

Polizisten in Schutzkleidung, Abtransport eines Strahlenopfers in Tokaimura: *Unbeirrt will die Regierung weitere Meiler bauen*

JAPAN

Blauer Blitz in Fernost

In der Atomanlage Tokaimura setzte eine unkontrollierte Kettenreaktion große Mengen von Radioaktivität frei – der schwerste nukleare Unfall in Japan und zugleich eine Quittung für den leichtfertigen Umgang mit der riskanten Strahlentechnologie.

Ausgerüstet mit Mikrofon, Regenschirm und Geigerzähler, trat Nobuhiro Goto live vor die Zuschauer. „Zwei Kilometer im Umkreis der Anlage schlägt der Zeiger voll aus“, berichtete der Fernsehreporter leicht aufgeregt, „aber in dieser Straße zeigt er normale Werte.“

Von Normalität konnte zu diesem Zeitpunkt – am Donnerstagabend vergangener Woche – indes längst keine Rede mehr sein. Beschämt sank Koji Kitani, der Präsident der japanischen Atomgesellschaft JCO, im Gemeindehaus der Kleinstadt Tokaimura auf die Knie und gestand den evakuierten und in ihren Häusern verbarrikadierten Anwohnern seine Ratlosigkeit.

Die Uranfabrik von Tokaimura war außer Kontrolle geraten, Japan erlebte seinen bisher schwersten Atomunfall.

Am Freitagmorgen verkündeten japanische Experten, das Schlimmste sei überstanden, die Lage wieder unter Kontrolle. Die langfristigen Konsequenzen allerdings lassen sich noch nicht absehen. An über 50 Menschen wurden Verstrahlungen festgestellt, drei Arbeiter rangen mit dem Tod. Sie hatten eine ähnlich hohe Dosis Radioaktivität abbekommen wie die Atombombenopfer in Hiroschima oder die Katastrophenhelfer von Tschernobyl.

In einem Umkreis von zehn Kilometern spielte sich das Horrorszenario ab, das Atomkraftgegner in aller Welt seit Jahrzehnten beschwören. 150 Menschen wurden evakuiert, mehr als 300 000 aufgefordert, Türen und Fenster zu schließen und ihre Häuser nicht zu verlassen. Über 100 Schulen und Kindergärten blieben geschlossen. Sicherheitskräfte in weißen Schutzanzügen sperrten Straßen, stoppten Autos, Busse und Züge. Fabriken standen still, Bauern mussten Gemüse und Milch vernichten, Fischer durften nicht auslaufen.

Auf der achtstufigen Ines-Skala (International Nuclear Event Scale) wurde der Unfall auf Rang vier eingestuft – er ist damit der drittschwerste seit Tschernobyl (1986) und Harrisburg (1979). Das atombegeisterte Industrieland Japan hatte eine Quittung für seinen lässigen Umgang mit der Strahlentechnologie bekommen. Doch unbeirrt versicherte die Regierung, sie werde die Kernenergie weiter ausbauen.

Das Unglück auf dem weitläufigen Gelände von Tokaimura, das neben Atombrennstoff- und Brennelementfabriken noch eine Wiederaufarbeitungsanlage und einen Demonstrationsreaktor vom Typ Schneller Brüter umfasst, begann vormittags kurz nach halb elf. Arbeiter sollten Uranoxid, das nicht den vorgegebenen Spezifikationen entsprach, in den Produktionskreislauf zurückspeisen – und verstießen dabei krass gegen die Vorschriften.

Statt der erlaubten 2,4 Kilogramm füllten sie 16 Kilogramm in einen mit Salpetersäure gefüllten wassergekühlten Behälter: ein schicksalsschwerer Fehler (siehe Grafik). Denn das eingesetzte Uran mit einem hohen Anteil der spaltbaren Spielart U-235 erreicht bei etwa fünf Kilogramm die so genannte kritische Masse. Eine explosionsartig anschwellende Lawine von Spaltneutronen mündet unweigerlich in eine unkontrollierte Kettenreaktion – die Arbeiter nahmen sie optisch als „blauen Blitz“ wahr.

AP

Unglücksort auf dem Atomgelände in Tokaimura:

Kernphysiker kennen derartige nukleare Verpuffungen vor allem aus Unfällen in militärischen Atomanlagen. Das bläulich aufflackernde Licht gilt als die nur scheinbar sanfte Variante einer veritablen Atomexplosion. Denn in diesem Moment stößt der heiße Säure-Uran-Cocktail eine tödliche Salve von Röntgen- und Neutronenstrahlung aus.

In Tokaimura muss sich diese Reaktion über 20 Stunden ständig wiederholt haben – eine Art pulsierende Kettenreaktion. Sie konnte erst gebändigt werden, als es in der Nacht zu Freitag nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen in einer dramatischen Notaktion gelang, das Kühlwasser aus der Tankhülle abzulassen.

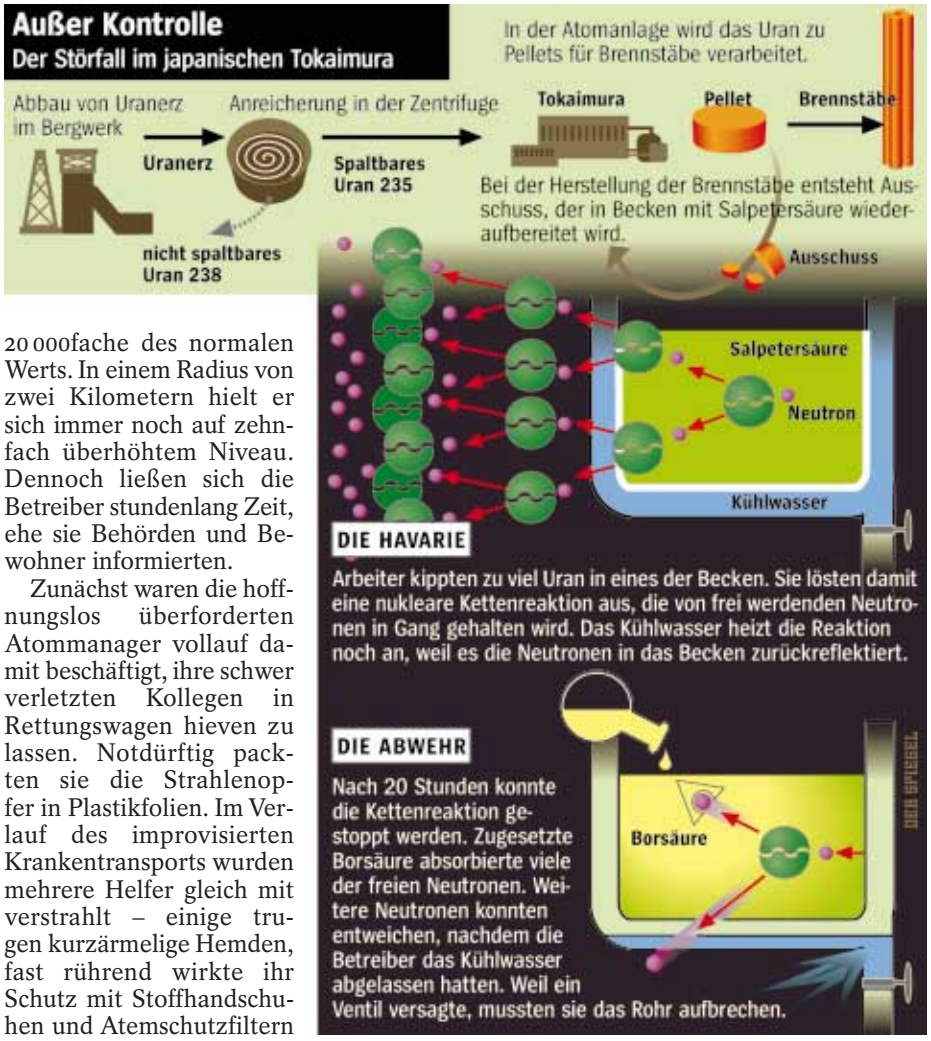
Wie ein reflektierender Spiegel hatte die umgebende Wasserschicht die Neutronen zuvor zurück in den Kessel geschleudert und die Kettenreaktion immer aufs Neue entfacht. Wegen der enormen Strahlenbelastung in der Umgebung des havarierten Tanks mussten die Helfer nach jeweils dreiminütigem Einsatz abgelöst werden. Schließlich durchbrachen sie die Kühlwasserzuleitungen mit brachialer Gewalt. Angeblich war es ihnen zuvor außerdem gelungen, Borsäure, die Neutronen effektiv einfängt und damit der Kettenreaktion entzieht, in die Todesbrühe zu mischen.

Was das „menschliche Versagen“ verursacht hatte, blieb vorerst unklar. Hatte Zeitnot die Arbeiter getrieben? Oder war ihnen der außergewöhnlich hohe, nur für den Einsatz in Forschungsreaktoren übliche Anreicherungsgrad des Pulvers entgangen?

In jedem Fall besiegelten sie ihr Schicksal. Die Symptome von zwei der drei unmittelbar Beteiligten – Übelkeit, Durchfall, Schock, Veränderung des Blutbilds – deuten auf eine brutale Strahlendosis von acht Sievert hin. Zum Vergleich: Am Zaun einer deutschen Atomanlage darf die Belastung bei maximal 1,5 tausendstel Sievert liegen. Pro Jahr.

In der Anlage stieg der Strahlenpegel nach japanischen Angaben auf das bis zu

Scheinbar sanfte Explosion


Außer Kontrolle
Der Störfall im japanischen Tokaimura
In der Atomanlage wird das Uran zu Pellets für Brennstäbe verarbeitet.
Abbau von Uranerz im Bergwerk
Uranerz
Anreicherung in der Zentrifuge
Spaltbares Uran 235
nicht spaltbares Uran 238
Tokaimura
Pellet
Brennstäbe
Bei der Herstellung der Brennstäbe entsteht Ausschuss, der in Becken mit Salpetersäure wiederaufbereitet wird.
Ausschuss
Salpetersäure
Neutron
Kühlwasser
DIE HAVARIE
Arbeiter kippten zu viel Uran in eines der Becken. Sie lösten damit eine nukleare Kettenreaktion aus, die von frei werdenden Neutronen in Gang gehalten wird. Das Kühlwasser heizt die Reaktion noch an, weil es die Neutronen in das Becken zurückreflektiert.
DIE ABWEHR
Nach 20 Stunden konnte die Kettenreaktion gestoppt werden. Zugesetzte Borsäure absorbierte viele der freien Neutronen. Weitere Neutronen konnten entweichen, nachdem die Betreiber das Kühlwasser abgelassen hatten. Weil ein Ventil versagte, mussten sie das Rohr aufbrechen.
Borsäure
DER SPIEGEL

20 000fache des normalen Werts. In einem Radius von zwei Kilometern hielt er sich immer noch auf zehnfach überhöhtem Niveau. Dennoch ließen sich die Betreiber stundenlang Zeit, ehe sie Behörden und Bewohner informierten.

Zunächst waren die hoffnungslos überforderten Atommanager vollauf damit beschäftigt, ihre schwer verletzten Kollegen in Rettungswagen hieven zu lassen. Notdürftig packten sie die Strahlenopfer in Plastikfolien. Im Verlauf des improvisierten Krankentransports wurden mehrere Helfer gleich mit verstrahlt – einige trugen kurzärmelige Hemden, fast rührend wirkte ihr Schutz mit Stoffhandschuhen und Atemschutzfiltern aus Papier.

Unglaublich hilflos reagierte das Hochtechnologieland Japan auf das Unerwartete. Zwei Stunden dauerte es, bis die Anwohner per Lautsprecher aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen. Die Schulen schickten ihre Zöglinge nach Hause: Ungeschützt, sich bestenfalls Taschentücher vor den Mund haltend, liefen die Kinder heim. Selbst Premierminister Keizo Obuchi erfuhr von der Katastrophe erst zur Mittagsstunde, als er gerade mit der Führungsriege seiner Liberaldemokratischen Partei um die Neuverteilung der Ministersessel schacherte.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien musste erst bei den Japanern nachfragen. Ein IAEA-Sprecher erklärte, man reagiere nur auf Anforderung, ein hoch industrialisiertes Land wie Japan sei in der Lage, einen solchen Unfall selbst zu regeln.

Dabei war die Kopflosigkeit der fernöstlichen Krisenmanager eklatant. So beorderte Tokio forsch eine Einheit der Streitkräfte ins Krisengebiet, die für die Abwehr von Angriffen mit chemischen Waffen ausgerüstet ist. Vor Ort stellten die Soldaten verdattert fest, dass sie auf eine atomare Verseuchung ebenso wenig vorbereitet waren wie der Rest der Nation.

Nicht einmal einen Katastrophenplan für die Atomstadt Tokaimura hatten die Behörden vorbereitet. Auf Krisenübungen mit der lokalen Bevölkerung verzichtete man gleich ganz, die Menschen sollten nicht unnötig beunruhigt werden.

Dabei ist der Unfall nur die jüngste und folgenschwerste Panne in einer ganzen Serie: Im Dezember 1995 wurde der Schnelle Brüter „Monju“ abgeschaltet, als zwei bis drei Tonnen des leicht entzündlichen Kühlmittels Natrium aus der Rohrleitung leckten. 1997 wurden in der Wiederaufarbeitungsanlage von Tokaimura 37 Arbeiter verstrahlt. Jedes Mal täuschten die Betreiber die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß, indem sie Videoaufnahmen unterschlugen oder Unterlagen manipulierten.

Die Nuklear-Lobbyisten fürchten sich vor einer neu aufbrechenden „Atom-Allergie“ ihrer Landsleute. Die Erinnerung an die amerikanischen Atombomben, die 1945 Hiroschima und Nagasaki verwüsteten, sitzt tief. Schon vor dem jüngsten Unfall zweifelten 68 Prozent der Japaner an der Sicherheit ihrer Atomanlagen.

Gleichwohl halten die Politiker eisern an der Kernenergie fest. So hoffen sie, das rohstoffarme Japan aus der Abhängigkeit

von ausländischen Öllieferungen zu befreien. Mit 52 Atomkraftwerken bezieht Nippon heute über 35 Prozent seines Stroms aus der Kernspaltung.

Mittlerweile hat Japans Atomindustrie nach Schätzung von Greenpeace einen Plutoniumberg von 30 Tonnen angehäuft – genug für mehr als 4000 Atomwaffen. Der Stoff war ursprünglich als Futter gedacht für die nirgends sonst auf der Welt ernsthaft weiterverfolgte Linie der Schnellen Brutreaktoren. Weil die Entwicklung nach dem „Monju"-Debakel stockt, soll das Bombenmaterial demnächst in Form von Plutonium-Uran-Mischoxid-Brennstoff (Mox) in konventionellen Meilern verbrannt werden. „Diese Technik", warnt Shaun Burnie von Greenpeace in Tokio, „wird die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Katastrophe erhöhen."

Der Zeitpunkt schien jedenfalls ominös. Vergangene Woche trafen zwei Frachter aus Frankreich und England mit Mox-Brennstäben im Land der aufgehenden Sonne ein – gegen weltweite Proteste von Umweltschützern und Anrainerstaaten.

Zweifel an der teuren Mox-Technologie gab es schon vor dem Debakel der vergangenen Woche: Kürzlich hatten Verantwortliche der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield zugegeben, Kontrolldaten für eine im November in Japan erwartete Mox-Lieferung gefälscht zu haben. Im schlimmsten Fall könnten fehlerhafte Brennstäbe zum Auslöser schwerster Reaktorunfälle werden.

Die Menschen in Tokaimura plagen vorerst andere Sorgen. Ob sie ihre getrocknete Wäsche von der Leine nehmen dürften, wollten tausende Anruferinnen am Freitag wissen. Der Rat der Beamten: „Falten Sie die Wäsche, und lassen Sie sie auf Strahlung untersuchen."

GERD ROSENKRANZ, WIELAND WAGNER

AFP / DPA

Stahlbehälter mit Mox-Brennstäben*
Gefälschte Kontrolldaten

FOTOS: DPA (li.); R. NOBEL / VISUM (re.)

Anti-Kernkraft-Demonstration*: *„Bitteres Dementi der Weissagungen"*

Faktor Mensch

Das schwere Unglück in Tokaimura weckt Erinnerungen an Tschernobyl – und löst eine neue alte Debatte über die Risiken der Atomenergie aus.

Am Anfang war es fast wie damals vor 13 Jahren. Am Donnerstagmorgen eine kleine Agenturmeldung, die es in Deutschland bis in die Frühnachrichten brachte: Drei Arbeiter seien in einer japanischen Uranfabrik verstrahlt und in eine Klinik eingeliefert worden. Dann bis zum Nachmittag weitgehend Ruhe – die Verantwortlichen in Japan brauchten Zeit, um ein realistisches Bild vom Unfall zu gewinnen und mit der Evakuierung zu beginnen.

Schließlich, mehr als zwölf Stunden nach der fatalen Kettenreaktion in Tokaimura, Eilmeldungen: Der strahlende Tank war immer noch außer Kontrolle, hunderttausende durften ihre Häuser nicht verlassen. Dann die Warnung vor Frischgemüse und Regenschauern. Und zum ersten Mal fiel das Schreckenswort: Tschernobyl.

In deutschen Behörden und Ministerien, in Redaktionen und Pressestellen der Umweltverbände standen die Telefone nicht mehr still. Im Bundesumweltministerium erkundigten sich furchtsame Fernreisende, ob Japan weiter ein gutes Reiseziel sei (Antwort: „Kein Anlass abzuraten").

Im Bundesgesundheitsministerium lief die Frage auf, ob man sich weiter den fernöstlichen Sushi-Köstlichkeiten hingeben könne (Antwort: „Ja, der Fisch kommt eh nicht aus Japan"). In Funk und Fernsehen wurde, wie in den Tagen nach dem Unfall in der Ukraine, jeder zum Atomexperten, der das Wort Becquerel einigermaßen fehlerfrei aussprechen konnte.

Im Nachrichtenkanal n-tv blieb der Fachmann des Berliner Hahn-Meitner-Instituts („Kernenergie halte ich für verantwortbar") zuversichtlich. Bei einem vergleichbaren Unfall in Deutschland würde einfach die Feuerwehr gerufen: „Die würde das in den Griff kriegen."

In Japan hatte sich allerdings die um Hilfe gebetene U.S. Army für überfordert erklärt, die brodelnde Uransuppe unter Kontrolle zu bringen.

Rasch konzentrierte sich die deutsche Debatte darauf, ob vergleichbar schwere Unfälle in heimischen Atomanlagen vorkommen könnten. Die Frage liegt nahe. Tags zuvor hatten sich 570 Hochschullehrer öffentlichkeitswirksam gegen den rotgrünen Atomausstieg ausgesprochen.

Dem Bundeskanzler ließen die Professoren ein Memorandum übermitteln, in dem sie sich vehement gegen die – nach ihrer Überzeugung – überholte Umsetzung alter Parteitagsbeschlüsse zum Ausstieg aus der Kernenergie wandten.

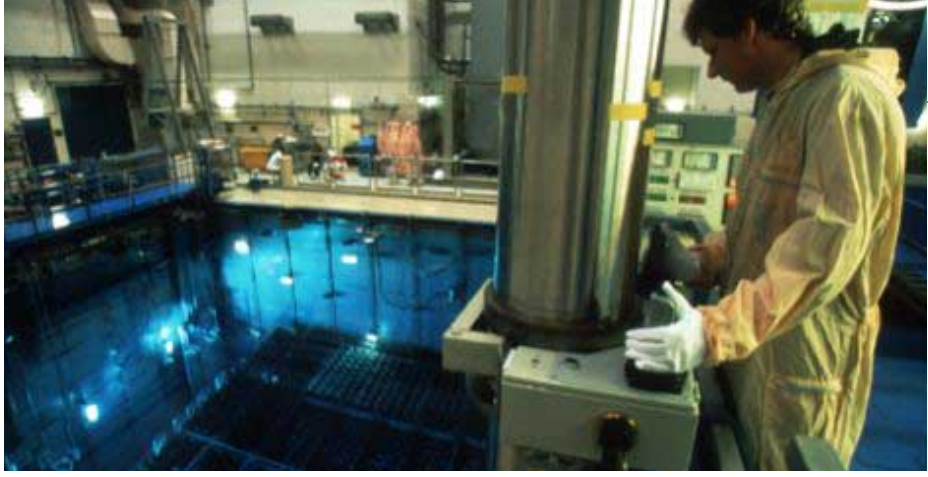
„Umfangreiche Nachrüstungen in Höhe vieler Milliarden", unterstellten die Professoren – unter ihnen der Geschäftsführer der Kölner Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, Adolf Birkhofer, und der ehemalige Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, Joachim Grawe –, hätten die heimischen Meiler um so sicherer gemacht, je älter sie wurden (siehe Interview Seite 200).

Forsch verlangten die Initiatoren eine „ernsthafte Neubewertung der Kernener-

* Links: bei der Entladung des britischen Frachters „Pacific Pintail" im Hafen von Takahama am 1. Oktober; oben: in Neckarwestheim am 15. März 1998.

Werbeseite

Werbeseite



Deutsches Atomkraftwerk Krümmel: *Plädoyer für eine Fehler verzeihende Technik*

gie“. Da waren es bis zur Katastrophe in Fernost nur noch wenige Stunden – dumm gelaufen. Tags darauf meinte Umweltminister Jürgen Trittin, der Unfall in Tokaimura sei ein „bitteres Dementi der professoralen Weissagungen“.

Der grüne Minister versicherte jedoch auch, dass ein Unfall nach japanischem Muster in Deutschland fast ausgeschlossen sei.

Zwar ist im emsländischen Lingen eine vergleichbare Uranverarbeitungsfabrik in Betrieb. Aber dort wird weder ähnlich hoch angereichertes Uran verarbeitet wie in Tokaimura, noch werden Uranspaltstoffe in hoch konzentrierten Säuren aufgelöst. Beides führte jetzt in Japan, in Verbindung mit schweren Fehlhandlungen der Atomwerker, zu dem schweren Unglück.

Die Katastrophe in Tokaimura hatte spezifische Ursachen – aber sicher ist auch: Sollte sich in einer deutschen Atomanlage ein schwerer Unfall ereignen, wird er nicht nach einem japanischen, russischen oder amerikanischen Drehbuch ablaufen, sondern nach einem deutschen.

Gemeinsam ist den bisherigen Großunfällen, dass sie durch menschliches Versagen ausgelöst wurden – von Betriebsmannschaften, von Reaktorkonstrukteuren oder von allen zusammen.

In Tschernobyl hatten 1986 menschliche Fehlleistungen plus dramatische Konstruktionsfehler den weltweit ersten und bisher auch einzigen Super-GAU ausgelöst. Ganz ähnlich war es 1979 beim Unfall in Block 2 des Kraftwerks Three Mile Island bei Harrisburg.

Keine noch so ausgeklügelte Sicherheitsphilosophie hatte sich vorher die Kaskade von Fehlleistungen vorstellen können, die dem Unglück jeweils voranging.

So war es auch vergangene Woche in Tokaimura. Niemand sah voraus, dass ein Arbeiter rund sechsmal mehr vom hoch brisanten Stoff in den Tank füllen würde, als es die Vorschrift erlaubt.

Eine Technik, die menschliche Fehler nicht verzeihe, sagen die Kernkraftkritiker jetzt wieder, sei unverantwortbar.

Das sei richtig, hatte der frühere Bundesumweltminister und Kernkraftbefürworter Klaus Töpfer schon 1987 zugestimmt und für eine Kerntechnik plädiert, die robust sei gegenüber Fehlleistungen: „Je höher die Folgen einer Technik sind, die durch Irrtum entstehen, umso mehr muss ich diesen menschlichen Irrtum zulassen, muss ihn auffangen in der Redundanz und Diversität der Systeme.“

Ob dieser Anspruch erfüllt ist oder nicht, weiß man leider immer erst hinterher. GERD ROSENKRANZ

„Waffen gegen die Routine“

Adolf Birkhofer, 65, Chef der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, über den Atomunfall in Japan

SPIEGEL: Herr Birkhofer, gerade haben Sie sich in einem Memorandum, gemeinsam mit 569 Professoren, für die weitere Nutzung der Atomenergie eingesetzt. Am nächsten Tag passiert ein schwerer Atomunfall in Japan. Kommen Sie jetzt ins Grübeln?

Birkhofer: Nein. Wir mahnen nur an, dass vor einem unumkehrbaren Ausstieg die Kernenergie noch einmal im Licht der Erkenntnisse der letzten Jahre bewertet werden sollte. Daran ändert auch ein einzelner Rückschlag in Japan nichts.

J. H. DARCHINGER

Birkhofer

SPIEGEL: Eine falsche Handlung führte zu einer nuklearen Kettenreaktion, von der über 20 Stunden lang niemand wusste, ob sie noch zu stoppen ist. Ist die Atomtechnik gegen menschliches Versagen einfach nicht abzusichern?

Birkhofer: Es waren wohl mehrere Fehler, was auch auf Mängel der Sicherheitskultur hinweist. In Japan wird man prüfen müssen, ob die Vorkehrungen dem entsprechen, was weltweit für erforderlich gehalten wird.

SPIEGEL: Japan ist ein Hochtechnologieland wie die Bundesrepublik. Wie erklären Sie sich, dass es ausgerechnet dort zu einem solchen Unfall kommen konnte?

Birkhofer: Die genauen Ursachen kenne ich nicht. Ein Grund könnte sein, dass Japan weitgehend die Sicherheitstechnik aus dem Ausland übernommen hat und kaum Eigeninitiative zu ihrer Weiterentwicklung aufbrachte. Das kann dazu geführt haben, dass die sicherheitstechnischen Notwendigkeiten nicht ausreichend verinnerlicht wurden. Vielleicht ist es auch der asiatischen Mentalität fremd, Fehler in der nötigen Offenheit zu diskutieren, damit sie anschließend beseitigt werden.

SPIEGEL: Eines haben fast alle Atomunfälle gemeinsam: Nach Jahren der Unfallfreiheit unterschätzen Arbeiter und Ingenieure das Risiko und setzen sich über teure und anstrengende Sicherheitsregeln hinweg. Warum sollte das bei uns anders sein?

Birkhofer: Da haben Sie Recht. Es darf bei der Kernenergie keine Routine einkehren. Darauf müssen wir drängen, das nenne ich die Sicherheitskultur.

SPIEGEL: Sind damit nicht die meisten Menschen überfordert?

Birkhofer: Ich hoffe nicht. Den betroffenen Menschen muss in regelmäßigen Trainings immer wieder erklärt werden, warum sie etwas tun sollen. Es reicht eben nicht, nur Vorschriften abzuarbeiten. Es muss stets an Verbesserungen gearbeitet werden. Das sind die Waffen gegen die Routine.

SPIEGEL: Glauben Sie, Sie würden jetzt noch einmal 569 Professoren-Unterschriften für ein Pro-Atom-Memorandum zusammenbekommen?

Birkhofer: Ich denke schon. Wir haben ja keinen Neubau von Kraftwerken gefordert, sondern nur einen Dialog angeboten, um die Kerntechnik angemessen einzuschätzen. INTERVIEW: HARALD SCHUMANN

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es geht um die Seele Europas“

Romano Prodi, Präsident der neuen Brüsseler Kommission, über seine Aufgaben, die Erweiterung der EU und die Reform der europäischen Institutionen

SPIEGEL: Herr Präsident, Sie haben einen Deutschen mit dem schwierigsten Brüsseler Ressort betraut: der EU-Erweiterung. Ist das Ihre heimliche Rache an Gerhard Schröder, weil der Kanzler Ihre Bitte abgeschlagen hat, einen der zwei deutschen Kommissionsposten an die Opposition zu geben?

Prodi: Vielleicht klingt das jetzt nicht glaubhaft, aber bei der Zuordnung der Ressorts habe ich wirklich auf eine optimale Mischung von Eigenschaften und Qualifikationen geachtet. Verheugen hat diesen Zuständigkeitsbereich auch wegen seiner Kenntnisse der Beitrittsländer bekommen. Natürlich ist es wichtig, dass sich ein Deutscher mit der Erweiterung befasst. Denn es gibt Länder, in denen man ein bestimmtes Gespür für diese Aufgabe hat. Dazu gehören auch Österreich und Italien. Und ebendiese Länder haben davon auch besondere Vorteile. Sie treiben mehr Handel mit dem Osten als andere.

SPIEGEL: Sie verpflichten Deutschland so aber auch, in besonderer Weise für die Kosten der Erweiterung einzustehen. Und die, sagt Verheugen, sind für die Zeit nach 2006 unkalkulierbar.

Prodi: Die Kosten für die Erweiterung sind hoch, aber für alle Mitgliedstaaten, nicht nur für Deutschland.

SPIEGEL: Auch für die Briten? Werden die ihren Rabatt auf die EU-Beitragszahlungen endlich verlieren?

Prodi: Davon gehe ich aus, jedes Land muss das voll mittragen. Wenn wir es gut machen, werden im Übrigen die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Erweiterung allen zusätzliche Chancen bieten – in einem Moment, da unsere Wachstumsrate wahrscheinlich nicht schlecht sein wird.

REUTERS

Kommissionspräsident Prodi: *„Wir dürfen keine Angst haben“*

SPIEGEL: Dennoch bleiben die Kosten ein enormes Risiko.

Prodi: Ich will nicht, dass die Menschen die Erweiterung als eine Last ansehen. Sie ist vielmehr eine phantastische politische Entscheidung. Wir müssen da ohne zu viele Berechnungen vorgehen. Nur das ist vernünftig, denn wenn wir alles berechnen, gelingt nichts.

SPIEGEL: Die Bundesregierung meint, dass sie jetzt schon zu viel an die EU zahlt …

Prodi: … das Problem wurde bis auf weiteres beim letzten Gipfel geregelt. Aber keine Regel gilt ewig. Wenn sich die Bedingungen verändern, muss sich auch die Belastung verändern. Wir sollten jedoch bedenken, dass die Zahlungen der Mitgliedstaaten für alles, was die EU tut, weniger als 1,27 Prozent des Volkseinkommens betragen. Das ist ja nicht so schrecklich viel.

SPIEGEL: Wollen Sie damit andeuten, dass diese Begrenzung nach 2006 nicht mehr zu halten sein wird?

Prodi: Wenn wir das erreichen wollen, was uns aufgetragen ist, könnte diese Begrenzung fallen.

SPIEGEL: Wird mit der Osterweiterung eine historische Mission erfüllt?

Prodi: Ja. Ich glaube an die Erweiterung. Sie ist gut. Sie dient dem Frieden, auch auf dem Balkan. Die Erweiterung ist versprochen – deutlich, feierlich, sogar mit Terminen. Dazu müssen wir stehen. Die Aufgabe wird sich natürlich hinziehen. Aber wie lange haben wir für die Währungsunion gebraucht? Ich möchte Europa jedenfalls noch selbst auf diesen Weg bringen.

SPIEGEL: Sie gehen also fest davon aus, dass die ersten Beitritte in Ihre Amtszeit fallen?

DPA

Polens Präsident Kwaśniewski: *„Feierlich versprochen“*

Prodi: Ja, vor dem Ende meiner Amtszeit im Januar 2005 wird die EU größer sein.

SPIEGEL: Wo endet für Sie Europa?

Prodi: Das ist eine schwierige Frage. Früher war Europa für mich das Europa der sechs EWG-Gründerstaaten. Aber ich habe meine Vorstellung von Europa als politischer Einheit geändert. Ich denke, Europa endet da, wo die Menschen es wollen. Das ist nicht geografisch zu fassen, sondern politisch, kulturell, es handelt sich um einen komplexen Prozess.

SPIEGEL: Ist Europa für Sie mit dem Begriff des christlichen Abendlandes verbunden?

Prodi: Ich bin zwar religiös, aber ich sehe die Religion nicht als Hindernis. Sie spielen auf das Problem der Türkei an. Die Erweiterung darf nicht nur eine Freihandelszone zum Ziel haben. Ich erwarte auf dem EU-Gipfel im Dezember in Helsinki einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs, dass die Türkei förmlich Beitrittskandidat wird. Wir müssen das tun. Wir müssen aber auch sehr aufrichtig sein. Denn damit beginnt erst ein langer Prozess der Annäherung.

SPIEGEL: Wird sich die Türkei damit zufrieden geben?

Prodi: Die Atmosphäre ist jetzt viel freundlicher. Die Türkei hat verstanden, wie wichtig der Annäherungsprozess ist, aber auch, wie langwierig und schwierig er sein wird.

SPIEGEL: Beim Kopenhagener Gipfel 1993 wurden sehr strenge Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und den Beitritt selbst festgelegt. Sollten diese Kriterien aus übergeordneten politischen Gründen überdacht werden?

Prodi: Die Kriterien für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Eigentumsrechte, Religionsfreiheit können nicht geändert werden, sie bilden das Fundament unseres Zusammenlebens, da geht es um die Seele Europas. Aber wir müssen jene anderen Kriterien intelligent interpretieren, die sich mit Sozialem und Ökonomie befassen.

SPIEGEL: Mehr Flexibilität?

Prodi: Ja. In einigen Fällen sollten wir uns für lange Übergangsfristen entscheiden. Es wäre falsch und gefährlich, die Aufnahme wie eine Prüfung anzusehen – man bekommt ein Formular, und dann wird abgehakt. Ich bin kein Professor, der einer Kommission zur Examinierung neuer Mitglieder vorsitzt. Wir sind überzeugt, dass es besser ist, zusammenzuleben als getrennt. Das entwickelt doch Dynamik. Wenn wir es dabei nicht schaffen, dass eins plus eins auch mal drei oder vier sein können, machen wir einen schweren Fehler.

SPIEGEL: Erweiterungskommissar Verheugen aber sagt: keinerlei Beitrittsrabatt.

GAMMA / STUDIO X

Tschechiens Staatschef Havel
„Besser zusammenleben als getrennt“

Prodi: Es gibt keinen Unterschied zwischen Verheugen und mir.

SPIEGEL: Verheugen wendet sich auch gegen lange Übergangsfristen, da sie die Integration behindern.

Prodi: Auch Spanien wurde seinerzeit eine lange Übergangszeit gewährt. Ich will nicht, dass die Beitrittskandidaten frustriert werden und den Eindruck bekommen, wir berücksichtigten ihre Probleme nicht.

SPIEGEL: Aber der Wille, bei den notwendigen Reformen für die EU-Qualifikation aufs Tempo zu drücken, könnte sich dadurch abschwächen.

Prodi: Das kommt darauf an. Man kann die Übergangsfristen mit vielen Bedingungen verknüpfen. Natürlich ist es wichtig, streng zu sein. Sie sprechen schließlich mit einem Italiener, der als Ministerpräsident von strengen Kriterien für die Währungsunion profitierte, weil sie mir innenpolitisch bei den nötigen Reformschritten halfen. Strenge und politischer Weitblick, beides muss zusammenkommen.

SPIEGEL: Sie haben kürzlich sogar verbindliche Beitrittstermine als Ergebnis des Helsinki-Gipfels angekündigt. Müssen Sie unter dem Druck vieler Mitgliedstaaten nicht wieder davon abrücken?

Prodi: Ich bleibe dabei. Ich erwarte nachdrücklich, dass Helsinki mit einer präzisen Zeittafel für den Einigungsprozess endet, denn die Kandidaten haben ein Recht zu erfahren, wie lange der Prozess dauern wird.

SPIEGEL: Fällt in Helsinki auch die Entscheidung, mit der zweiten Gruppe der EU-Kandidaten in förmliche Beitrittsverhandlungen einzutreten?

Prodi: Ja. Aber mir wäre lieber, wenn Sie nicht von Gruppe sprechen würden. Das ist keine Herde, es sind einzelne Staaten, mit denen differenziert zu verhandeln ist.

SPIEGEL: Ein Land wie Rumänien erfüllt eindeutig nicht mal die Bedingungen für die bloße Verhandlungsaufnahme.

Prodi: In Rumänien gibt es phantastische Fortschritte beim Umgang mit Minderheiten. Wirtschaftlich verlief die Entwicklung allerdings viel langsamer als erwartet. Dennoch muss man mit dem Verhandeln beginnen. Wir dürfen keine Angst haben.

SPIEGEL: Erfahrungsgemäß schätzen die Staats- und Regierungschefs hochfliegende Pläne eines Kommissionspräsidenten nicht sonderlich …

Prodi: … wir haben doch keine gegenläufigen Interessen. Ich werde von den Regierungen unterstützt, wenn sie glauben, dass ich ihnen dabei helfe, Ziele zu erreichen, die sie allein nicht erreichen können. Ich werde das versuchen, mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen.

SPIEGEL: Die Regierungschefs haben es nicht gern, wenn jemand in Brüssel über ihnen steht.

Prodi: Wenn es einen Kampf gibt, gibt es eben einen Kampf. Aber wenn man mit aller Kraft danach strebt, die Bedingungen für alle zu verbessern, dann gibt es doch gemeinsame Interessen. Der Kosovo-Krieg hat deutlich gezeigt, dass wir einander brauchen und gemeinsam vorgehen müssen.

SPIEGEL: Einen Rücktritt der neuen Lichtgestalt Prodi können sich die Staats- und Regierungschefs gegenwärtig nicht leisten. Macht Sie das stark?

W. v. CAPPELLEN / REPORTERS

Prodi (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Strenge und Weitblick“

Prodi: Die Staats- und Regierungschefs, die mich berufen haben, kennen mich und meine Vorstellungen. Sie wissen spätestens seit jener dramatischen Nacht auf dem Gipfel in Amsterdam, dass Europa für mich eine Mission ist. Damals habe ich zusammen mit dem belgischen Premierminister Dehaene vergebens versucht, mehr Reformen für ein handlungsfähiges Europa durchzusetzen.

SPIEGEL: Grundlegende Neuerungen sind eine Voraussetzung dafür, dass die EU überhaupt neue Mitglieder aufnehmen kann. Wollen Sie die 15 Mitgliedstaaten bereits in Helsinki verbindlich darauf festlegen, dass die EU spätestens 2002 aufnahmebereit sein wird?

Prodi: Ja, ich dränge darauf.

SPIEGEL: Die erweiterte Union kann nur funktionieren, wenn im Rat der EU künftig überwiegend mit Mehrheit entschieden wird. Dagegen gibt es heftige Widerstände.

Prodi: Mehrheitsentscheidungen müssen die Regel werden. Einstimmigkeit wird immer gegen etwas ausgespielt, nicht für etwas. Das Vetorecht scheint zwar für viele Staaten von Vorteil zu sein. Aber es ist nicht fair, es verführt zur Erpressung. Einstimmigkeit ist schon mit 15 Mitgliedern mehr als problematisch, mit 20 oder 25 aber kaum mehr zu erreichen. Sie darf daher nur noch für Ausnahmen, etwa für Änderungen des EU-Vertrags, gelten. In den meisten Bereichen genügen qualifizierte Mehrheiten. Mit 51 zu 49 Prozent aber können die Entscheidungen auf europäischer Ebene natürlich nicht fallen. Wir brauchen qualifizierte Mehrheiten. Das jetzt geltende Vetorecht wird niemals zu guten, sondern immer zu eigennützigen Zwecken eingesetzt.

SPIEGEL: Gerade deswegen fällt der Verzicht doch so schwer. Wie wollen Sie etwa den spanischen Ministerpräsidenten Aznar von seinem Nein zur Ausweitung des Mehrheitsprinzips abbringen, die ja auch einstimmig beschlossen werden muss?

Prodi: Man muss ihm und anderen natürlich zeigen, dass Mehrheitsentscheidungen auch im Interesse ihrer Länder sind. Ich baue auf die spanische Regierung und das spanische Volk. Die Spanier sind zutiefst davon überzeugt, dass Europa für sie ein Erfolg ist. Aznar vertritt ein dynamisches europäisches Konzept.

SPIEGEL: Sie meinen, er kann die Fortentwicklung der europäischen Institutionen schon aus innenpolitischen Gründen nicht blockieren?

Prodi: Es geht nicht darum, ob er es kann, er will es gar nicht. Wir brauchen nun mal einen Entscheidungsprozess, der nicht auf Einstimmigkeit beruht.

SPIEGEL: Sie haben gewarnt: Je größer die EU, um so schwieriger wird es, Themen auf europäischer Ebene zu entscheiden. Fürchten Sie eine Schwächung durch Überdehnung, die schließlich sogar das Projekt Europa insgesamt gefährden könnte?

* Dirk Koch und Winfried Didzoleit.

REUTERS

EU-Gipfel in Köln (im Juni): *„Die Bande sind stark und loyal“*

Prodi: Ich habe schon ein wenig Angst vor einer solchen Entwicklung. Ich bin Ökonom, ich kenne das. Ich habe meinen Studenten immer wieder vorgebetet, was Erweiterung bedeutet: 33 Prozent mehr Fläche, 30 Prozent mehr Bevölkerung, 8 bis 9 Prozent mehr Einkommen. Das ist schon was.

SPIEGEL: Ist ein Europa der Zukunft vorstellbar, in dem sich um einen harten Kern – die Mitglieder der Währungsunion – andere Staaten auf unterschiedlichen Integrationsstufen bewegen?

Prodi: Warum nicht? Aber natürlich darf es kein Europa à la carte geben. Alle Staaten müssen sich Europa verantwortlich fühlen und Vollmitglieder sein. In diesem Rahmen sind dann auch engere Vereinbarungen zwischen einigen Ländern möglich.

SPIEGEL: Nicht nur im Osten, auch im Westen kommen schwere Konflikte auf die EU zu. Werden Handelskriege mit den USA ein Dauerzustand?

Prodi: Hier wurden in der Vergangenheit viele Fehler gemacht, auf beiden Seiten gab es Missverständnisse. Die EU muss noch vor Beginn der neuen Verhandlungsrunde im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) Ende November in Seattle mit den USA einen intensiven Dialog beginnen, in dem wir nüchtern feststellen: Einiges können wir nicht so einfach lösen, weil wir Probleme haben, etwa bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

SPIEGEL: Washington ist sehr aufgebracht über das Einfuhrverbot für Hormonfleisch. Die USA kontern mit Strafzöllen, etwa für Roquefort-Produzenten.

Prodi: Europa muss noch vor den offiziellen WTO-Verhandlungen mit den USA offen reden. Mit einigen künstlich veränderten Nahrungsmitteln können wir uns nicht abfinden, weil das Emotionen weckt – vielleicht ja sogar zu Unrecht. Aber nach dem Rinderwahn-Skandal ist die europäische Bevölkerung nun einmal sehr argwöhnisch. Ich muss den Amerikanern erklären, dass es Bereiche gibt, in denen ich nichts machen kann. Dafür muss auf anderen Feldern ein Ausgleich gesucht werden.

SPIEGEL: Sollte Ihre Kommission, aus welchen Gründen auch immer, ebenso scheitern wie die Ihres Vorgängers Jacques Santer, wären dann die Folgen für die EU wesentlich schlimmer?

Prodi: Beim ersten Herzinfarkt denkt man stets, das ist noch mal gut gegangen. Der zweite aber ist in der Regel tödlich.

SPIEGEL: Kennt das Parlament seine Verantwortung oder wird es der Versuchung erliegen, sich mutwillig im Streit mit der Kommission zu profilieren?

Prodi: Vor ein paar Wochen hat mir jeder noch erzählt, dass ein gutes Verhältnis zum Parlament ein Ding der Unmöglichkeit sei. Ich finde, wir haben inzwischen eine gute Basis gefunden. Die Beziehungen sind manchmal schwierig, aber die Bande sind stark und loyal.

SPIEGEL: Doch es besteht keine Waffengleichheit. Dieses Parlament kann machen, was es will, es kann nicht aufgelöst und in Neuwahlen zur Rechenschaft gezogen werden. Muss sich das ändern?

Prodi: Da haben Sie Recht. Wir sind in der Phase, uns eine neue Verfassung zu geben. Das ist eine historische Veränderung. Das Parlament wird das akzeptieren, wenn es auch Vorteile davon hat. Es will ein normales Parlament werden – mit den gleichen Rechten und Pflichten wie ein richtiges Parlament.

SPIEGEL: Wird das noch in Ihrer Amtszeit möglich sein?

Prodi: Nein, ich pflanze da nur einen Baum.

SPIEGEL: Einen Olivenbaum, wie Ihr Regierungsbündnis in Italien?

Prodi: Einen Apfelbaum, wie er in ganz Europa gedeiht. Wahrscheinlich werden die Äpfel während meiner Amtszeit nicht mehr reif. Aber ich muss den Baum jetzt pflanzen, sonst gibt es nie reife Äpfel.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DPA

Absturz eines russischen Hubschraubers in Dagestan: *„Damit unsere Jungs mal richtiges Pulver zu riechen bekommen“*

RUSSLAND

Sturm gegen die Schwarzen

Mitten in Moskau rollt eine ethnische Säuberung. Terroristenjagd und der neue Feldzug in Tschetschenien liefern einen Vorwand für die Rückkehr zum autoritären Staat.

Immer ist es Nacht in Moskau, wenn die Polizei – meist auf dem Kursker Bahnhof – einen Perron absperrt: Zugang für gewöhnliche Reisende verboten. Dann starten die Deportationszüge.

Manchmal werden einem regulären Express auch nur ein paar Waggons angehängt, je nachdem, wie gefüllt die städtischen Abschiebestellen sind. Klammheimlich, im Schutz der Dunkelheit und im Schatten sich ausbreitender Terroristen-Hysterie, lässt die Moskauer Obrigkeit tausende überprüfen, hunderte fortschaffen, allesamt schwarzhaarige Bürger kaukasischer Herkunft.

Zwei von drei Russen halten die Zugereisten aus dem Bergland zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer pauschal für ein Sicherheitsrisiko, ebenso viele befürworten ihren gewaltsamen Abtransport. Massive staatliche Hetze hat ein altes Feindbild auflodern lassen, nun rollt eine ethnische Säuberung in Russland, die weitaus wirksamer funktioniert als die Fahndung nach angeblichen Attentätern.

Gesundes Volksempfinden macht da ohnehin keinen großen Unterschied: „Die Schwarzen müssen nicht nur weg“, schnarrt ein Polizist im Abschub-Einsatz, „weil sie unsere Häuser in die Luft sprengen, sie sind sowieso sozialschädliche Elemente.“

Uniformierte Kontrolleure durchkämmen die Stadtviertel, versiegeln Keller und Dachböden, klingeln an jeder Wohnungstür, wollen Pässe, Mietverträge, Zuzugsbescheinigungen sehen. Bewaffnete mit Stahlhelm marschieren durch die Schlafstädte, durchsuchen an den Ausfallstraßen Fahrzeuge, sistieren verdächtige Nachtbummler, als stünde ein mächtiger Feind unmittelbar vor den Toren. Wer durch südländisches Aussehen auffällt und sich nicht ausweisen kann, riskiert stundenlangen Aufenthalt auf unwirtlichen Polizeirevieren. Drei, vier Personenüberprüfungen auf dem Weg zur Universität, berichtet verschüchtert der arabische Gaststudent Achmed, 28, seien für ihn „jetzt die Regel“.

REUTERS

Freischärler in Grosny: *Vergeltung hinter der Front*

Mit Schlagstöcken prügeln städtische Büttel unter dem Beifall der Bevölkerung die flinken kaukasischen Händler von den Märkten: Ingusche, Tschetschene, Aserbaidschaner, Armenier – egal, der „Schwarze“ wird verbannt. Mindestens weitere 40 000 Menschen, meldet die Tageszeitung „Kommersant“, würden demnächst aus Moskau ausgewiesen. Die Fahrkarte in die Verbannung, zur Zarenzeit noch auf Staatskosten verabreicht, müssen sie selbst bezahlen.

Die jetzt landesweit laufende Aktion „Wirbelsturm“ nutzt Moskaus bulliger Oberbürgermeister Jurij Luschkow, 63, der gern bald in den Kreml umzöge und bei dessen gegenwärtigem Hausherrn darum schlecht gelitten ist. Prompt spielen Jelzin-freundliche Medien sich nun als Verteidiger von Menschenrechten gegen die städtische Ausländerpolitik auf.

Sie lenken damit ab von der anderen Panikmache wider die kaukasische Gefahr, dem neuen Feldzug ihres Präsidenten gegen Tschetschenien. Schon zu Beginn der Kampagne hatte Russlands Premier Wladimir Putin, ein ehemaliger KGB-Offizier, Parolen ausgegeben, die alle Mittel heiligen: „Russland muss sein tschetschenisches Schuldsyndrom loswerden.“ Und: Es gehe um die „Konsolidierung der Nation“.

Es geht um die angeschlagene Zarenfamilie. Als Rufe nach Jelzins Rücktritt wegen des ausufernden Finanzskandals lauter wurden, zog Putin ungeniert Parallelen zum deutschen Überfall auf die UdSSR: Das sei so, „als hätte damals, am 22. Juni 1941, jemand Stalin zum Rücktritt aufgefordert“.

Zum Angriff im Kaukasus ist jetzt ein Heer von 60 000 Mann zusammengezogen worden; 50 bis 70 Attacken fliegt die russische Luftwaffe jeden Tag gegen Tschetschenien, das so groß wie Thüringen ist, und zerbombt nach Nato-Muster heroisch Viehställe und Wohnhäuser, Ziegeleien und Werkstätten, Ölquellen, sieben Brücken und den Fernsehsender. Über 400 Zivilisten kamen bisher ums Leben.

Regierungschef Putin erteilte persönlich den Freibrief, über verbrecherische Ziel-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

vorgaben nicht nachzudenken: „Wenn sich Banditen auf dem Lokus verstecken“, machte Putin im Kasinojargon seine Krieger scharf, „werden wir sie eben auch dort massakrieren.“

Die „punktgenau gegen Terroristen gerichteten Schläge“, so der russische Generalstab, haben bereits 90 000 Flüchtlinge auf die Straße und in die angrenzenden Republiken gejagt, vor allem nach Inguschien. Verteidigungsminister Igor Sergejew hat 180 Millionen Mark für die Kriegskasse angefordert, kein Problem: Der Weltwährungsfonds will Moskau demnächst 640 Millionen Dollar gutschreiben.

„Wir werden alle Mittel einsetzen bis zum erfolgreichen Abschluss der Operation“, brüstet sich Vize-Generalstabschef Jurij Balujewski, „außer Atomwaffen.“ Deren Einsatz hatten russische Nationalisten empfohlen.

Die bereits in drei Keilen über die Grenze gerückten Verbände haben sich exakt in jener Region eingegraben, die viele Russen gern wieder von Tschetschenien abgetrennt

REUTERS

Verteidigungsminister Sergejew, Jelzin
180 Millionen Mark für die Kriegskasse

sähen – die Ebene im Norden bis zum Terek-Fluss, die bis zu den fünfziger Jahren noch zum russischen Gebiet Stawropol gehörte.

Schon wird eine Quisling-Regierung präpariert. Moskau sei womöglich bereit, so streuen Kreml-Beamte, einer Rest-Republik Itschkeria die Unabhängigkeit zu gewähren oder einer Protektoratslösung nach Kosovo-Vorbild zuzustimmen. Präsident Jelzin dränge zur Eile, weil er Mitte November auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul eine solche Lösung vorstellen wolle, um nicht mehr wegen andauernden Blutvergießens in der abtrünnigen Provinz unter Kritik zu geraten.

Dabei hat sich die angebliche tschetschenische Spur der Attentate auf Wohnblocks in Moskau und in der russischen Provinz bislang nicht nachweisen lassen. In Rjasan, Garnisonstadt des in Dagestan eingesetzten 137. Luftlanderegiments, fanden sich in einem Keller drei Säcke mit Zucker und Hexogen-Sprengstoff, 240 Hausbewohner wurden in ein Kino evakuiert.

Die Kripo fahndete nach den Tätern, da gab der Geheimdienst FSB zu, die Bomben selbst deponiert zu haben, um „Engpässe in der Tätigkeit der Rechtsorgane“ aufzudecken – wie auch noch in anderen Städten, etwa in Saratow, wo eine Aktentasche mit einer Bombe vor einer Lotterie-Bude abgestellt wurde.

General a. D. Alexander Lebed beschuldigte gar unverblümt die gegenwärtigen Machthaber, hinter den Explosionen in Moskau zu stehen: Sie hätten, meint der Gouverneur von Krasnojarsk, in dem tschetschenischen Islamisten-Führer und „ehemaligen KGB-Informanten Bassajew“ ein „großartiges Instrument zur Destabilisierung der Lage“ gefunden. Mit der Ankündigung, er halte sich zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande bereit, lieferte Lebed der „Iswestija“ vorigen Freitag die Schlagzeile: „Umsturz“.

Die Zeit drängt. Für den Fall einer Okkupation hat Tschetscheniens Verteidigungsminister Magomed Chambijew Vergeltung hinter den russischen Frontlinien angekündigt. Der russische Menschenrechtler Sergej Kowaljow prophezeite, als Antwort auf Moskaus Kriegswillkür würden bald „überall in Russland Wohnhäuser in die Luft fliegen“.

Solange die Terroristen-Furcht der Bürger anhält, hat Premier Putin ein bequemes Alibi für den Rückfall in autoritäre Herrschaftsmethoden. Ein Chefredakteur wünscht sich folgsam, „die Eiterbeule Tschetschenien erbarmungslos auszudrücken“, ein anderer verlangt mehr Rekruten an der Front, „damit unsere Jungs mal richtiges Pulver zu riechen bekommen“.

Da möchte niemand als Banditen-Freund in Verruf geraten. Sogar Grigorij Jawlinski, Chef der liberalen Jabloko-Partei, fordert den Notstand im Kaukasus zur Unterstützung „unserer tapferen Soldaten“. Anatolij Tschubais, einst Chef-Privatisierer und heute Energiemanager, wirbt für die gewaltlose Idee, Tschetschenien sofort den Strom abzudrehen. Gaslieferungen sind ohnehin schon eingestellt, die Renten-Überweisungen ebenso.

Der Blockwart ist in der Hauptstadt allerorts wieder da, formiert Hausgemeinschaften, denunziert kaukasische Mitbewohner bei der Polizei und fordert sie zum Auszug auf. Ein pensionierter General berichtet stolz, wie er seine Nachbarn auf Zack gebracht habe: Sie melden inzwischen Besucher bei ihm an, notieren die Nummern verdächtiger Fahrzeuge, kommen mit ihren Jagdgewehren zum Appell und kontrollieren alle Pakete, die der Briefträger ins Haus bringt.

Solche wunderbare „Wachsamkeit“, freut sich der jäh wieder gebrauchte Sowjetmensch, sei die Voraussetzung „für eine bürgerliche Gesellschaft“. Dissident Kowaljow warnt, vielleicht dauere es nur noch einen Augenblick, „und wir befinden uns wieder in unserer Vergangenheit“.

JÖRG R. METTKE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SÜDAFRIKA

Dr. Mengele am Kap

Prozess gegen den Giftmischer des Apartheidregimes: Mit neuartigen Biowaffen sollten schwarze Aufständische bekämpft werden.

Als die Fahnder am 27. Januar 1997 den gedrungenen Mann mittleren Alters beim versuchten Verkauf von 1000 Ecstasy-Tabletten abgriffen, reagierte der Verhaftete nach dem ersten Schreck geradezu erleichtert: „Gott sei Dank“, sagte Wouter Basson, „ich dachte schon, ich sei am Ende.“

Die Tabletten, so sollte sich bald herausstellen, waren nur ein vergleichsweise harmloses Nebenprodukt einer gewissenlosen zehnjährigen Forschertätigkeit. Der Militärarzt und Herzspezialist Basson, 49, hatte eines der geheimsten Militärprojekte des Apartheidregimes gemanagt: das unter dem Decknamen „Project Coast“ operierende Programm zur Entwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe.

Mit Recht fürchtete Basson deshalb Nachstellungen ausländischer Geheimdienste. Und so war er am Tag seiner Festnahme nachgerade froh, nicht in die Hände feindlicher Agenten gefallen zu sein.

An diesem Montag beginnt sein Prozess. Mindestens zwei Jahre wird das Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria dauern. Es könnte ein weltumspannendes Gespinst von Intrigen aufdecken: Ausländische Agenten müssen ihre Enttarnung befürchten, international anerkannte Wissenschaftler werden als Helfershelfer eines von Allmachtsphantasien besessenen Mannes am Pranger stehen. 200 Zeugen sind geladen, darunter geständige Totschläger und hochrangige Militärs. Erstmals werden sie zu verdeckten Operationen Stellung nehmen müssen, die den Weißen die Vormachtstellung am Kap nicht mittels Folter und Gewehren, sondern mit lautlosen und kaum nachweisbaren Methoden sichern sollte.

Von 1981 bis 1991 entwickelten die als Forschungslabors getarnten Giftküchen des Dr. Basson Spezialwaffen, die James Bond begeistert hätten: Spazierstöcke, die vergiftete Kugeln abschossen; Schraubenzieher, in die mit tödlichen Substanzen gefüllte Injektionsnadeln montiert waren; explosive Seifendosen und unverdauliche Schokolade; mit Milzbrandbakterien infizierte Zigaretten und mit Unkrautvernichter versetzter Whisky.

Bassons Auftrag lautete, nicht nachzuweisende Substanzen zur Ermordung schwarzer Befreiungskämpfer zu finden. Sein Ehrgeiz soll sich nach Aussagen von Mitarbeitern darauf konzentriert haben, eine Bakterie zu entwickeln, die nur Farbigen gefährlich werden würde. Mit einer solchen „Genbombe“ nämlich hätte das weiße Minderheitenregime die „schwarze Gefahr“ auf immer in Schach halten können.

Auch die Ecstasy-Tabletten stammten aus Bassonscher Produktion. Sie sollten angeblich der „nicht tödlichen Kontrolle von Massenaufständen“ dienen. Der Er-

Aufstand gegen das Apartheidregime (1986 im

AP

Beschuldigter Basson: *Arzt mit Lizenz zum Töten*

MAGUBANE / GAMMA / STUDIO X

Transvaal): *Überdosis für gefangene Freiheitskämpfer*

forschung eines Mittels, das nur Schwarze unfruchtbar gemacht hätte, galt sein ganz besonderes Interesse.

Auf der Suche nach neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet chemischer und biologischer Kampfstoffe bereiste Basson die Welt. Sein Netz reichte von Zagreb bis Brüssel, und seine Mission war so geheim, dass eine Ausgabenkontrolle nicht stattfand. Scheinfirmen in der Schweiz, in Luxemburg, auf den Cayman Inseln und in Großbritannien sollen im Laufe der Jahre fast 25 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt geplündert haben.

Bewusst oder unbewusst verhalfen auch europäische Forscher dem Giftmischer zu neuen Erkenntnissen oder Instrumenten. So lieferte der belgische Toxikologe und ehemalige Universitätsprofessor Aubin Heyndrickx Geräte zum Aufspüren von Kampfgasen, die nur an Nato-Länder hätten verkauft werden dürfen; er soll diese zudem noch seinem Uni-Labor in Gent in Rechnung gestellt haben.

Basson bestach Militärs und Zollbeamte. Und weil er sich als Wehrdienstverweigerer und Gegner des Rassenregimes ausgab, halfen Botschaften und Nachrichtendienste zuweilen bei der Beschaffung gefälschter Reisepässe. Ein Angehöriger des britischen Militärgeheimdienstes stellte ihm sogar sein Bankkonto für illegale Geldtransfers zur Verfügung. Und die Schweizer Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen verbotener Technologietransfers gegen eigene Agenten.

An die 300 Seiten umfasst die Anklageschrift gegen den Dr. Mengele Südafrikas. Neben vielfachem Betrug glaubt die Staatsanwaltschaft, dem Arzt persönlich 16 Morde und 13-mal Beihilfe zum Mord nachweisen zu können.

Die meisten Opfer der Giftcocktails des „Dr. Death“, wie die Presse den gewissenlosen Mediziner taufte, waren, so die Anklage, in südafrikanische Gefangenschaft geratene Swapo-Kämpfer der Befreiungsbewegung für Südwestafrika, dem heutigen Namibia. Von seinen Vorgesetzten im Militärhauptquartier in Pretoria beauftragt, die überfüllten Lager auszudünnen, lieferte Basson muskellähmende Substanzen, die, in Überdosen verabreicht, zum Ersticken führen. Über 200 Insassen starben. Ihre Leichen verschwanden im Meer.

Auch Nelson Mandela, die Ikone des Befreiungskampfes, stand auf der Liste des Arztes mit der Lizenz zum Töten. Dem Schwarzenführer war ein schleichender Gesundheitsverfall zugedacht. Seinen Medikamenten sollte das giftige Schwermetall Thallium beigemischt werden. Schädigungen am Nervensystem sollten Mandela in seiner Wirksamkeit einschränken.

ARCHIVE PHOTOS

Häftling Mandela (1966)

Dass ihm seine erträumte Endlösung nicht gelang, mag Basson bis heute bedauern. Der Arzt bestreitet zwar, an Morden beteiligt gewesen zu sein, steht aber zu seinen Überzeugungen. Noch Mitte vergangenen Jahres gab er vor Südafrikas Wahrheitskommission zu Protokoll:

„Sollte meine Tochter mich eines Tages fragen, was ich getan habe, damit Südafrika nicht in die Hände der Schwarzen fällt, so kann ich ihr sagen: Mein Gewissen ist rein.“ BIRGIT SCHWARZ

FRANKREICH

Gang nach Canossa

Premier Jospin in der Klemme: Die Partei drängt ihn nach links, aber ohne die Mitte kann er nie Staatschef werden.

Der Mann hat politische Durststrecken, demütigende Jahre unter dem autoritären Staatspräsidenten François Mitterrand, eine Schilddrüsenerkrankung und die zwei ersten Jahre als Frankreichs Premierminister glücklich überstanden.

Doch jetzt schleuderte den aufrechten Sozialisten Lionel Jospin, 62, ein wulstiges Gummimännchen, das unter dem lateinischen Namen „Bibendum“ (nach dem Motto der Gründer „nunc est bibendum“, der Kelch muss nun geleert werden) seit rund hundert Jahren als eine Art nationale Figur Pneus und Gourmetfibeln des Reifenherstellers Michelin ziert, schier aus der Bahn.

Das in Clermont-Ferrand beheimatete Weltunternehmen (129 000 Beschäftigte) hatte großspurig mit einer Gewinnsteigerung von 17,3 Prozent geprahlt und im selben Atemzug die Entlassung von 7500 Arbeitnehmern angekündigt. Der „zynische Rückfall in Arbeitgebermethoden des letzten Jahrhunderts“ (so die Gewerkschaft Force ouvrière) brachte die Linke zum Schäumen und Jospin in die Klemme.

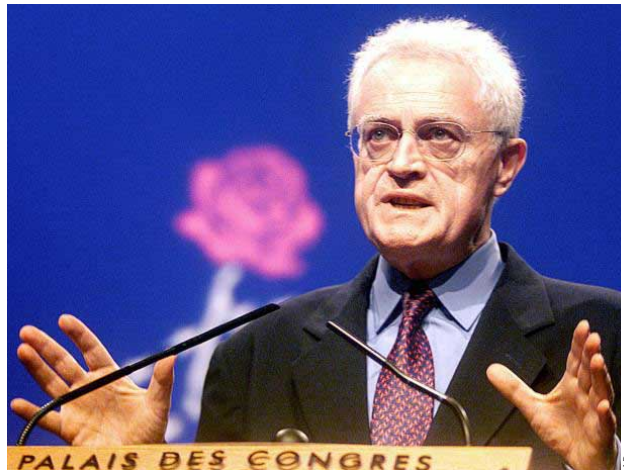
Denn der Fall Michelin wuchs sich von einer Arbeitgebersünde zur politischen Affäre aus, als der Chef der linken Koalition aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen eine Woche später die Provokation der Reifen-Bosse achselzuckend abtat. Der Staat könne, so Jospin im Fernsehsender France 2, „die Wirtschaft nicht administrieren“. Und: „Der Staat kann nicht alles reglementieren.“

Noch vor kurzem hatte Jospin die „Diktatur der Aktionäre“ verdammt, doch nun schien er eine sozialistische heilige Kuh zu opfern – die „Regulierung“ der Wirtschaft durch den Staat. Für altgediente Genossen war das Verrat. KPF-Chef Robert Hue rief für den 16. Oktober zu Kundgebungen auf. Man müsse der „kapitalistischen Globalisierung“, an der nach seiner Auffassung Jospin mitstrickt, Einhalt gebieten.

Der Premier witterte die Gefahr aus dem eigenen Lager. Vorigen Montag, zwei Wochen nach seinem „Bibendum“-Lapsus, versuchte er, den Schaden einzudämmen. In Straßburg verlas er vor der Pariser Sozialistenfraktion einen ganzen Katalog von Sozialmaßnahmen; es klang wie eine Regierungserklärung für die zweite Halbzeit seiner 1997 begonnenen Regentschaft. 21-mal bot der linke Canossa-Gänger die magische Formel „Regulierung“ dar.

Neben Versprechen für Frauen und Familien, Vorstadtbewohner und überschuldete Mitbürger warnte der Premier die Manager: Unternehmen mit guter Ertragslage, die Jobs strichen, würden künftig mit Entzug staatlicher Beihilfen bestraft. Auch sollten Verhandlungen über die Einführung der 35-Stunden-Woche obligatorisch werden, bevor Betriebe Sozialpläne für Massenentlassungen vorlegen dürften. Und wer zu viele Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen habe, könne ja vielleicht höhere Sozialabgaben zahlen.

Obwohl Jospin das liberale Europa-Manifest Schröder-Blair ablehnt und Europa sozialistischer einfärben will, trauen die Linken seiner ideologischen Standfestigkeit nicht mehr. Der Verdacht ist begründet: Jospin, der mehr Staatsunternehmen privatisiert hat als die drei letzten rechten Regierungen zusammen, will im Jahr 2002 Präsident werden. Und um Jacques Chirac aus dem Elysée zu vertreiben, braucht er die bürgerliche Mitte.



AP

Premierminister Jospin: *Gefahr aus dem eigenen Lager*

Nach dem rhetorischen Linksschwenk schlug in der zum solidarischen Sparen aufgerufenen Republik schon wieder eine Meldung über kapitalistische Exzesse ein: Die Presse enthüllte, dass der abgehalfterte Boss des Ölmultis Elf Aquitaine, Philippe Jaffré, mit an die 100 Millionen Mark abgefunden worden sei.

Es sei an der Zeit, drohte da Koalitionspartner Hue, „die fundamentale Grenze zwischen Kommunisten und Sozialisten“ neu zu ziehen. Die KP-Postille „L’Humanité“ gab Jospin eine Bewährungschance: „Streng dich an, Genosse.“ LUTZ KRUSCHE

Werbeseite

Werbeseite

USA

Seltsamer Mann

Ein Historiker recherchierte 14 Jahre für die offizielle Biografie Ronald Reagans – der Ex-Präsident blieb ihm dennoch ein Rätsel.

Es waren Worte wie aus dem Drehbuch eines sentimentalen Hollywood-Dramas. „Ich beginne jetzt die Reise, die mich in den Sonnenuntergang meines Lebens führen wird“, schrieb Ronald Reagan am 5. November 1994 in einem offenen Brief, in dem er seine „amerikanischen Mitbürger“ über seine Alzheimer-Erkrankung informierte.

Würdevoll inszeniert war dieser Abschied des heute 88-Jährigen – der langsame Abstieg in die geistige Umnachtung sollte der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Im Gedächtnis der Nation hielt sich die verklärte Erinnerung an jenen 40. Präsidenten der USA, der von 1981 bis 1989 im Weißen Haus regiert und dem unter seinem Vorgänger Jimmy Carter in Selbstzweifel versunkenen Amerika neuen Lebensmut eingehaucht hatte.

Jetzt ist die „autorisierte Biografie“ des großen Kommunikators erschienen, Startauflage 300 000, mit zahlreichen unbekannten Details aus der fernen und jüngeren Vergangenheit des früheren Hollywood-Stars*.

Dennoch bleibt die Lebensgeschichte von „Dutch“ (so lautete der Spitzname des jugendlichen Reagan) in der selbstkritischen Einschätzung des renommierten Verfassers, des Pulitzer-Preisträgers Edmund Morris, ein eher „seltsames Buch über einen seltsamen Mann“.

Mehr als 14 Jahre brütete Morris über der Biografie seines Protagonisten; der Historiker begann auf Einladung des Präsidenten schon 1985, Reagan zu interviewen, er konnte Freunde, Familienmitglieder und Zeitzeugen befragen, durfte in Amtsräume wie Privatgemächer, Papiere und Tagebücher einsehen. Eine Auswahl seiner Enthüllungen:

- Reagan gab seiner ersten Frau Jane Wyman 1940 erst nach deren Selbstmordversuch das Jawort;
- weil die Zeit zum Aufwärmen fehlte, erhielt der Präsident nach dem Attentat 1981 mehrere Liter zu kalte Blutkonserven. Dies führte, laut Morris, zu einem „großen, physiologisch verursachten Schlaganfall“, von dem sich Reagan angeblich nie erholte;
- seinen Vizepräsidenten und Nachfolger George Bush betrachtete Reagan nicht als „richtigen Kerl“, weshalb das Ehepaar Bush nie in die Privaträume im Weißen Haus gebeten wurde.

Doch den Mythos Reagan konnte Morris nicht dechiffrieren. War der Sohn eines Alkoholikers aus dem Mittleren Westen ein charismatischer Staatsmann, oder blieb der zweitklassige Schauspieler in Wahrheit immer eine Knallcharge?

Der „alte, verrückte Mann“ entzog sich Morris, der Autor bekam keinen Einblick in das Innenleben des Kaliforniers. „Ich war verzweifelt, bis ich feststellte, dass Reagan jeden, der ihn je gekannt hatte, seine Frau eingeschlossen, gleichermaßen verstörte.“ Morris, der schon eine viel gepriesene Biografie Theodore Roosevelts geschrieben hatte, verfiel in eine fast einjährige Depression: „Ich merkte, dass ich, trotz aller meiner Recherchen, ganz und gar nichts kapiert hatte.“

Aus seiner Schreibblockade befreite er sich mit einem Kniff: Der Historiker machte sich zum imaginären Zeitgenossen Reagans, der, wann immer nötig, den Lebensweg seines Helden kreuzt. Dabei verlegt Morris seine erdichteten Auftritte sogar in jene Zeiten zurück, da er (Jahrgang 1940) noch nicht einmal geboren war.

Der falsche Morris begleitet den echten Reagan auf dem Weg vom Sportreporter zum Filmstar und verfolgt dessen politische Karriere vom Gouverneur Kaliforniens bis zum Chef der Weltmacht. Und er plauscht während Reagans Krebsoperation 1985 mit dem Chirurgen, der beim Blick durch das Endoskop einen bösartigen Polypen mit den „dunklen Steilwänden“ der Rocky Mountains vergleicht.

Kritiker, Kolumnisten und politische Weggefährten Reagans haben das Werk deshalb rundweg verrissen: „Literarischer Schwindel“, rügte die „New York Times“, „Bio-Fiktion“, wetterte die „Washington Post“ und beschrieb das Opus als „Akt des Vertrauensbruchs“. Als „brutal, enorm unfair und unwahr“ bezeichnete Bush das Verdikt, Reagan sei ein „offensichtlicher Hohlkopf“ gewesen. Und Reagans älteste Tochter Maureen klagte: „Der Autor hat eine unwiederbringliche Gelegenheit vertan.“

Biograf Morris gesteht, dass insbesondere Nancy Reagan, die kämpferische Behüterin des Präsidenten, von seiner Darstellung nicht erbaut sein dürfte, beharrt aber darauf, Reagan „sehr, sehr objektiv“ geschildert zu haben.

Die Kluft zum Menschen Reagan, der ihm oft wie ein herzloser „Gletscher“ erschien, überbrückt Morris vielleicht nur in jenen ergreifenden Szenen, die den schwer kranken Pensionär auf seiner Ranch in Kalifornien schildern: In tragischer Monotonie harkt der einst mächtigste Mann der Welt Laub aus dem Swimmingpool – und die Sicherheitsbeamten werfen es anschließend wieder hinein, damit der senile Greis Beschäftigung hat.

Einmal – Reagan erkennt nur noch das Gesicht seiner Frau Nancy – holt er ein kleines Keramikmodell des Weißen Hauses vom Grund seines Aquariums. „Das hat etwas mit mir zu tun“, sinnt er, „ich weiß nur nicht was.“

STEFAN SIMONS

SIPA PRESS

AFP / DPA

Reagan als Modell für Kunststudenten (1940), Präsident (1987), mit Biograf Morris (1988): *Abstieg in die geistige Umnachtung*

* Edmund Morris: „Dutch – A Memoir of Ronald Reagan“. Random House, New York; 874 Seiten; 35 Dollar.

Werbeseite

Werbeseite

JUGOSLAWIEN

„Hinweg mit Milošević“

Der Ministerpräsidenten-Kandidat der demokratischen Opposition, Dragoslav Avramović, über den angestrebten Machtwechsel in Belgrad

Avramović, 79, war von 1994 bis 1996 Gouverneur der jugoslawischen Zentralbank und konnte 1994 die Hyperinflation und den Währungsverfall des Dinar stoppen.

FOTOS: AP

Kandidat Avramović

SPIEGEL: Fast zwei Drittel der serbischen Bevölkerung sind unzufrieden, fast täglich wird demonstriert. Doch nur wenige trauen derzeit Oppositionsführern wie Zoran Djindjić und Vuk Drašković die Machtübernahme zu. Woran liegt es?

Avramović: Wir haben überaus viele Parteien, vielleicht erzeugt das Gerangel an der Spitze deshalb auch mehr Skepsis bei der Bevölkerung.

SPIEGEL: Wie wollen Sie denn eine Einheitsfront der Opposition gegen das Regime von Slobodan Milošević herstellen?

Avramović: Das Regime darf keine Gelegenheit erhalten, mit einzelnen Oppositionsführern Geschäfte zu machen und Kompromisse zu schließen. Ich bin allerdings optimistisch und glaube, dass die Opposition künftig gemeinsam kämpfen wird – vielleicht nicht in einem Block, aber meine Kandidatur als Premier wird sie unterstützen.

SPIEGEL: Sie verlangen den totalen Rückzug der herrschenden Nomenklatura, vor allem aber den Abgang von Milošević, bevor Sie eine Übergangsregierung bilden und Neuwahlen anstreben. Was passiert, wenn die Sozialisten eine Allparteienregierung der nationalen Rettung vorschlagen?

Avramović: Mein Job als Premier ließe sich weder mit Milošević noch mit dem serbischen Präsidenten Milutinović ausüben. Sie sind das Hindernis für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Rest der Welt. Wirtschaftlich können wir uns eine Politik der nationalen Sturheit nicht mehr leisten. Milošević muss im Interesse des Landes gehen – egal ob er schuldig ist oder nicht. Er weiß das auch. Er ist ein intelligenter Mann. Er war zehn Jahre an der Macht – Schluss, hinweg mit ihm!

SPIEGEL: In seinen letzten Reden gibt er Durchhalteparolen aus. Könnte er dem Beispiel des irakischen Diktators Saddam Hussein nacheifern?

Avramović: Diesem Vergleich stimme ich nicht zu. Milošević hatte falsche Methoden und eine falsche Strategie, aber er regierte nicht mit Terror. Andersdenkende wurden nicht in die Gefängnisse geworfen. Der Führer der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, konnte durch die ganze Welt reisen. Ein Tyrann hätte ihn eingebuchtet.

SPIEGEL: Viele fürchten dennoch, Milošević werde seine Macht notfalls mit Gewalt verteidigen. Vorigen Mittwoch gab es bei einer Demonstration erstmals über 60 Verletzte. Kann es zum Bürgerkrieg kommen?

Protest der Opposition in Belgrad: *„Gemeinsam kämpfen“*

Avramović: Regierung und Gesellschaft müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Verbitterung der Menschen nur noch schwer zu kontrollieren ist. Die Demonstranten werden sich vom Marsch zum Wohnsitz des Präsidenten nach Dedinje kaum noch abbringen lassen. Die Zusammenstöße mit der Polizei haben die Emotionen angeheizt. An einen Bürgerkrieg glaube ich dennoch nicht. Die Sozialisten

sind am Ende, sonst hätten sie längst Gegendemonstrationen organisiert. Doch wenn es ihnen gelingt, soziale Unruhen im Winter zu vermeiden, werden sie zu Recht wieder Hoffnung schöpfen.

SPIEGEL: Wie wird die Bevölkerung denn durch den Winter kommen?

Avramović: Nach den mir zur Verfügung stehenden Daten hat das Regime keinerlei Reserven an Brennstoff mehr. Mindestens drei Millionen Menschen werden hungern.

SPIEGEL: Am 11. Oktober soll in Luxemburg eine Vereinbarung mit der Opposition über künftige EU-Hilfen für Jugoslawien getroffen werden. Vorbedingung sind demokratische und wirtschaftliche Reformen. Wie schnell würden Sie als Premier das System ändern können?

Avramović: Ich werde eine Gruppe von Wirtschaftsexperten zur Verfügung haben, die sofort die nötigen Reformen in Richtung soziale Marktwirtschaft einleiten. Darüber hinaus wird ein politisches Team gebildet, das von allen Oppositionsparteien unterstützt wird. Der Staatsapparat muss radikal verkleinert werden, eine neue Generation muss an die Macht kommen. Wir haben in diesem Land 100 Minister, wir brauchen allenfalls 10. Wozu ein Verteidigungsminister? Wir haben doch den Generalstab. Wozu einen Informationsminister? Soll doch die Presse schreiben, was sie will.

SPIEGEL: Wollen Sie auch die Sicherheitskräfte reduzieren?

Avramović: Was soll dieser aufgeblähte politische Polizeiapparat, wenn das Land eine populäre Regierung bekommt? Ich werde ihn um 90 Prozent verringern. Wir sind keine Großmacht, also brauchen wir auch keinen Staatssicherheitsdienst, Verkehrspolizisten genügen. Für die Einreise nach Jugoslawien wird künftig ein Pass ausreichen. Wozu die Wichtigtuerei mit den Visa? Alle diplomatischen Beziehungen müssen sofort wiederhergestellt werden.

SPIEGEL: Wie werden Sie auf die Forderung aus Montenegro nach mehr Unabhängigkeit reagieren?

Avramović: Ich persönlich bin für eine großzügige Vereinbarung zwischen zwei Staaten – Serbien und Montenegro. Gemeinsam wäre nur die Zentralbank. Die Bundesregierung würde überflüssig. Ein jugoslawischer Präsident hätte nur den Koordinationsausschuss zu Fragen der Verteidigungs-, Außen-, Finanz- und Steuerpolitik zu führen. Alle kommunistischen Relikte würden aus der Gesellschaft verbannt.

SPIEGEL: Über Reformen und Demokratie werden die nächsten Wahlen entscheiden. Warum lehnten einige der Oppositionsführer das Angebot des Regimes ab, im November Neuwahlen zu veranstalten?

Avramović: Manche Parteien glauben, sie hätten größere Chancen, wenn die Wahlen erst in einem Jahr stattfänden. Andere haben Angst vor dem Druck Miloševićs. Mein Konzept ist: Innerhalb von drei bis vier Monaten nach Bildung der Übergangsregierung müssen demokratische Wahlen organisiert werden. In dieser Zeit befreien wir die Medien und stellen demokratisch-faire Verhältnisse her.

SPIEGEL: Sind Sie sicher, dass dann am Ende nicht erneut Sozialisten, Kommunisten und Radikale das Land regieren werden?

Avramović: Jedes Land hat die Regierung, die es verdient. Meine Aufgabe ist es, Wahlen ohne Angst zu ermöglichen. Aber niemand kann zu seinem Glück gezwungen werden. Und mir kann niemand das Recht absprechen, im schlimmsten Fall nach Neuseeland auszuwandern.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU

REUTERS

Ausschreitungen in Belgrad: *„An einen Bürgerkrieg glaube ich nicht“*

LIBYEN

Der Traum des großen Ingenieurs

Nach dem Ende der Uno-Sanktionen sucht das Wüstenreich des langjährigen Terrorpaten Gaddafi Anschluss an den Westen. Die Öffnung soll die murrende Bevölkerung besänftigen. Deutsche Firmen hoffen auf lukrative Aufträge.

GAMMA / STUDIO X

Gipfel-Gastgeber Gaddafi*: *Petro-Dollars für die „Vereinigten Staaten von Afrika“*

Das Geld liegt im Sand. Heinz Hennchen, 46, kann es mit bloßem Auge sehen: ein riesiges Gelände zwischen den Ufern des Mittelmeers und den Ausläufern der Wüste, eingezäunt und abgesperrt; mittendrin ein paar hohe Schlote, die dicken Rauch in den blauen Himmel stoßen. „Al-Sawija“, sagt Hennchen mit rauer Stimme. Es ist der Name der Raffinerie, die Hennchen fest im Blick hat. Er klingt wie das „Sesam, öffne dich“ zu satten Gewinnen.

Noch stampft der Baustellenmanager gleich nebenan für die MAN Gutehoffnungshütte ein hochmodernes Öl- und Gaskraftwerk aus dem Boden. Aber die Aussicht, die irgendwann in den siebziger Jahren erbaute Raffinerie mal ordentlich aufzumöbeln, macht den Montageexperten schon kribbelig. „Das wäre ein super Auftrag“, schwärmt der Westfale, der seit 15 Jahren Anlagen in Libyen hochzieht.

In der alten Raffinerie könnte Hennchen schneller landen, als er denkt. Denn seit Libyen nach sieben Jahren das Uno-Embargo abgeschüttelt hat, darf das Wüstenreich des Muammar al-Gaddafi, 57, auch seine Erdölanlagen wieder modernisieren. Und die Sawija-Raffinerie, etwa 50 Kilometer westlich von Tripolis, könnte einer der ersten Großaufträge werden.

In der Hauptstadt arbeitet Hennchens Chef bereits an Kalkulationen und Verhandlungsstrategien. MAN-Statthalter Ralf Losch schätzt, dass für seinen Konzern allein bei der Aufrüstung von Altanlagen wie al-Sawija „ein paar hundert Millionen Mark drin“ sind.

Die hohen Summen, die Losch seit Monaten beschäftigen, sind nur ein Bruchteil der fälligen Investitionen. Nach den mageren Jahren des Boykotts, internationales Flugverbot inklusive, lockt das an Erdöl- und Gasvorkommen reiche Land mit Aufträgen in Milliardenhöhe. Revolutionsführer Gaddafi weiß, dass er nach der verlorenen Zeit Libyen nur mit einem gewaltigen Kraftakt nach vorn bringen kann. Sogar mit den einst verhassten Amerikanern will er sich aussöhnen, über US-Präsident Bill Clinton verbreitet er neuerdings: „Ich mag ihn sehr.“

Anfang September lud das Wirtschaftsministerium an die hundert internationale Konzerne nach Tripolis ein, um die Zusammenarbeit anzukurbeln und Investoren zu gewinnen. Der aus Hamburg angereiste Libyen-Experte des Afrika-Vereins, Walter Englert: „Solch ein Angebot hat Gaddafi noch nie gemacht.“ Vertreter der British Aerospace kamen ebenso wie Manager aus Japan. Auch die deutsche Industrie war von Babcock bis Veba vertreten.

Den Wirtschaftsgipfel hatte Gaddafi zur Chefsache erklärt. Persönlich warb der „Bruder Oberst“ für Libyen als Partner und sprach gut eine Stunde mit Feuereifer zu den Managern. Von dem Auftritt des Sendungsbewussten zeigt sich der MAN-Mann Losch noch etliche Tage später beeindruckt: „Der will wohl wirklich was bewegen.“

Offenbar mit ersten Erfolgen. Für zahlreiche Geschäftsleute aus dem Westen ist die „Große Sozialistische Libysche Arabische Volks-Dschamahirija“, Gaddafis „Volksmassenstaat“, ein viel versprechendes Reiseziel geworden. Vielerorts, ob im luxuriösen Drehrestaurant auf dem gerade eröffneten Fatah-Hochhaus, mit seinen Luxusgeschäften so etwas wie der Trump-Tower von Tripolis, oder im feinen Grand-Hotel nahe der Altstadt, tummeln sich die Vertreter der freien Marktwirtschaft. Im

* Mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs am 8. September in Sirt.

Werbeseite

Werbeseite

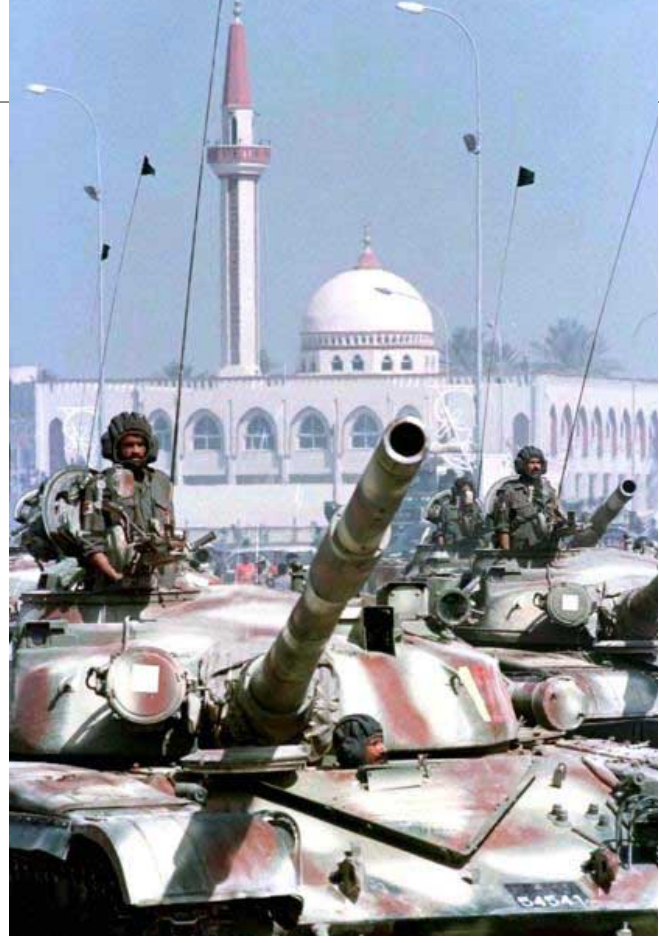
Dhat al-Imad-Komplex, fünf moderne Bürotürme an der Uferstraße, sind die 16 Stockwerke nahezu voll vermietet. Auf den Schilderwänden neben den Liften ist der französische Telekommunikationskonzern Alcatel ebenso vertreten wie die Erdölexperten von Wintershall aus Deutschland.

„Ein Ruck geht durch das ganze Land“, glaubt der Libyen-Chef des Wiesbadener Baukonzerns Bilfinger & Berger, Dieter Bruns, und verbirgt seine Erleichterung nicht. Noch vor einiger Zeit hatte der Ingenieur Angst, seine Firma könnte aus dem Land gewiesen werden – als Vergeltung für die harte Haltung der Bundesregierung im Streit um das Uno-Embargo. Die Sanktionen straften Libyen, weil sich Gaddafi weigerte, zwei Landsleute auszuliefern, die verdächtigt werden, 1988 einen Pan-Am-Jumbo über dem schottischen Lockerbie in die Luft gesprengt zu haben.

Doch nachdem die mutmaßlichen Attentäter Amin Chalifa Fuheima, 43, und Abd al-Bassit Ali al-Mikrahi, 47, im April nach langem Tauziehen an einen speziellen Gerichtshof in Den Haag überstellt wurden, sei „diese politische Kuh vom Eis“, meint der Bilfinger-Niederlassungsleiter. Bruns: „Alle schöpfen Hoffnung, dass es aufwärts geht.“ Er selbst verhandelt über einen Zuschlag für den Bau des Hafens in Sirt.

Die Öffnung ist ein radikaler Kurswechsel. Jahrelang hatte der Beduinensohn als Lieblingsschurke des Westens eine Hauptrolle im nahöstlichen Krisenszenario gespielt, weil er hingebungsvoll den Terrorismus förderte; US-Präsident Ronald Reagan hatte ihn zum „gefährlichsten Mann der Welt“ ernannt, der angeblich in der Wüste Giftgasfabriken bauen ließ. Da der Sprengstoff, mit dem im April 1986 der Anschlag auf die Berliner Discothek „La Belle“ verübt worden war, wohl aus dem libyschen Volksbüro in Ost-Berlin stammte, hatte Washington Gaddafis Hauptquartier bombardiert.

Härter trafen die nach Lockerbie verhängten Sanktionen. Waffen, Militärmaterial und bestimmte Industriegüter, etwa Ersatzteile für die Erdölproduktion, kamen auf eine schwarze Liste und warfen das Land in seiner technischen Entwicklung weit zurück. Fabriken mussten ihre Produktion einstellen, Bohrtrupps mit veraltetem Material arbeiten. Der Schaden durch den Boykott wird auf bis zu 40 Milliarden Dollar geschätzt. Die Blessuren in der Volksseele lassen sich nur erahnen.



REUTERS

Militärparade in Tripolis: *Nickerchen in der Ehrenloge*

Y. GELLIE / ODYSSEY / AGENTUR FOCUS

Erdölraffinerie al-Sawija: *„Das wäre ein super Auftrag“*

Einer wie Tahir Naass, 49, kann den ganzen Abend klagen. Der Internist und Diabetesexperte hat in Deutschland studiert und war früher „immer wieder mal schnell zu Kongressen geflogen“, bis das Embargo ihn von der medizinischen Entwicklung „weitgehend abschnitt“.

Auch die Ausstattung der Krankenhäuser nahm Schaden. So fehlten für medizinische Apparaturen plötzlich Ersatzteile, obwohl die gar nicht unter das Embargo fielen. Doch etliche Firmen hätten ihre Lieferungen aus Angst um Libyens Zahlungsfähigkeit einfach eingestellt, erzählt Naass.

Sogar für zahlreiche Todesfälle macht der Arzt das Embargo verantwortlich. Wegen des Flugverbots trafen angeblich viele Medikamente nicht rechtzeitig ein, konnten Schwerverletzte nicht schnell genug verlegt werden, etwa in Spezialkliniken nach Deutschland. Naass: „Uns sind die Patienten unter den Händen gestorben.“

Über den rührenden Doktor schüttelt Ahmed, 28, nur den Kopf. Der Student der Ingenieurwissenschaften stammt aus einer angesehenen Familie mit Vermögen, sonst hätte ihm sein Vater nicht den flotten Kleinwagen schenken können, obgleich es „nur ein billiger Koreaner“ ist, wie Ahmed mault. Ahmed, der Levi’s trägt und Pepsi trinkt, hat die ewigen Entschuldigungen des Regimes satt, dass an allen Nöten nur das Embargo schuld sei: „Wenn etwas fehlt oder schief geht, kann man es doch nicht immer auf den Boykott schieben.“ Und manchmal, wenn ihn der Frust über Gaddafis Revolutionslitaneien besonders plagt, fragt er sich im Stillen: „Wo stünde Libyen heute wohl, wenn wir noch König Idris hätten?“ Den Herrscher hatte der junge Oberst 1969 vom Thron gestoßen.

Wo Libyens Jugend tatsächlich steht, sieht Ahmed am Schicksal seiner ehemaligen Schulkameraden. Schätzungsweise zwei Drittel sind ohne Arbeit und lungern herum; die anderen schlagen sich so durch: als Fahrer für Geschäftsleute, Übersetzer oder Schwarzhändler, die morgens mit der Fähre nach Malta übersetzen und sich abends am Kai von Tripolis herumtreiben; im Angebot haben sie billiges Parfum, Sonnenbrillen, Textilien und Haushaltswaren. „Von Revolution“, weiß Ahmed, „wollen die nichts mehr wissen.“ Er selbst möchte so schnell wie möglich nach Europa, um sein Diplom und Karriere zu machen.

Im eigenen Land haben qualifizierte Leute kaum eine Perspektive. Sicherlich hätte der Elektrotechniker Abdullah nach seinem Examen in einem staatlichen Betrieb unterkommen können, für 250 Dinar im Monat. Das sind nach offiziellem Kurs etwa 800 Mark. Mit dem berüchtigten Gesetz Nummer 15 wurden 1986 alle Gehälter eingefroren; weil aber nach sozialistischem Vorbild Wohnungen und Grundnahrungsmittel kräftig subventioniert werden, die medizinische Versorgung sogar frei ist, lässt es sich mit dem kargen Gehalt überleben.

Doch Abdullah hatte Glück. Im Suk Gumla, dem Markt an der Straße nach Assawi, wurde einer der garagenartigen Verschläge frei, und er konnte die Lizenz für einen Großhandel ergattern. Nun hockt er zwischen Obst- und Gemüsekonserven und verdient das Zehnfache, offiziell. Tatsächlich dürfte der junge Kaufmann

Werbeseite

Werbeseite

noch weitaus höhere Einnahmen haben. Wer im Suk gute Ware schnell liefern kann, braucht sich nicht an die staatlich festgesetzten Preise zu halten. Die Kontrollen durch die Volkskomitees fürchten die Händler nicht. „Mit denen“, lächelt Abdullah, „kommen wir schon klar.“

Wohin Gaddafis Revolution die Gesellschaft des Landes geführt hat, die er in seinem Grünen Buch einst als libysche Variante der Basisdemokratie entwarf, offenbart ein paar Kilometer weiter einer der staatlichen Familienmärkte. Durch sie sollen die Ärmsten mit rationierten Einkaufskarten teilhaben können an den Errungenschaften von Gaddafis drittem Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Doch der Kaufhof des libyschen Sozialismus ist eine einzige Bankrotterklärung. Die mahnenden Worte des großen Revolutionsführers zu Gier und Konsumterror im Treppenhaus wirken wie eine Verhöhnung der wenigen alten Frauen, die hier nach Waren suchen. Von fünf Etagen sind vier geschlossen; Rolltreppen und Fahrstühle funktionieren schon lange nicht mehr. In zugestaubten Vitrinen vergammeln schäbige Kleider und Schuhe.

Der Supermarkt im Erdgeschoss führt nur Billigartikel wie Klobürsten und Plastikeimer, irgendwo stehen auch noch Windelpackungen. Von sieben elektronischen Registrierkassen ist nur eine in Betrieb, an der die Kassiererin Coupons zählt; viel hat sie nicht zu tun. Seine „Produzentenrevolution“ von 1978, mit der er die als Parasiten gegeißelten Händler und Unternehmer ausschalten wollte, hat Gaddafi längst zurückgenommen.

Vielleicht gerade weil die Halbwertzeit seiner Ideen gering ist, wird Gaddafi nicht müde, das Volk immer wieder mit seinem Genius zu beglücken. So überraschte der Oberst, der bei Staatsbesuchen im benachbarten Ägypten lieber im eigenen Beduinenzelt als im Gästehaus übernachtet, jüngst mit seiner „libyschen Rakete“: eine Art abgespecktes Batmobil, das nun als Volks-Wagen in die Produktion gehen soll; der große Führer denkt so an 50 000 Autos jährlich. Die staatlich kontrollierten Medien feierten die Konstruktion prompt als „sichersten Wagen der Welt“.

Zur Gaddafi-Show nutzte der bizarre Selbstdarsteller auch die Aufhebung des Uno-Embargos. Kaum durfte Tripolis wieder aus dem Ausland angeflogen werden, berief der Libyer in Sirt einen Sondergipfel der Organisation für Afrikanische Einheit ein, 43 Staats- und Regierungschefs kamen. Den Termin hatte das Propagandatalent Gaddafi so gelegt, dass die Staatsgäste zuvor noch die Paraden zum 30. Jahrestag der Revolution über sich ergehen lassen mussten.

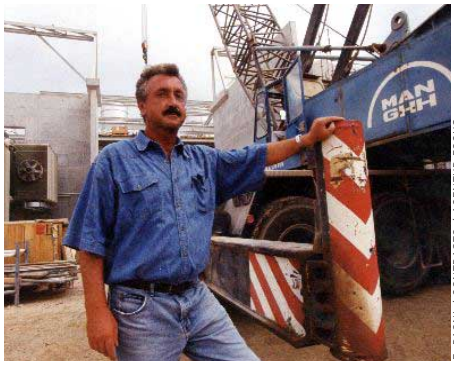
Doch Gaddafis Rückkehr auf die politische Bühne war eher ein Auftritt ohne Glanz. Wer bei der Waffenschau auf der Tribüne einschlief, wie der kongolesische

AP

Libysches Automodell: *Sicherste Rakete der Welt*

Präsident Kabila, hatte nichts verpasst. Sieben Jahre Embargo sind in der Wehrtechnik eine Ewigkeit, einige Fahrzeuge blieben auf der Heimfahrt in die Kasernen liegen.

Die Vereinigung Afrikas, natürlich unter libyscher Führung, ist die jüngste Volte Gaddafis, der schon ein dutzend Zusammenschlüsse mit Ägypten, Syrien, Tunesien und anderen Bruderstaaten propagiert hat. Vergebens. Sein Geld aus den Ölgeschäften haben sie alle genommen, doch als die Uno ihr Embargo verhängte, stand Libyen allein da. „Die arabische Einheit ist eine Fata Morgana“, klagt Gaddafi heute – und rennt gleich einer neuen hinterher.



E. PAONI / CONTRASTO / AGENTUR FOCUS

Baustellenmanager Hennchen
Gewinne fest im Blick

Auch die Träume von den „Vereinigten Staaten von Afrika“ werden viele Dinar kosten, die Libyen selber braucht.

Wie lange die murrende Bevölkerung noch bereit ist, die politischen Purzelbäume des Bruder Oberst zu ertragen, ist offen. Zwar ist Libyen, anders als der Irak des Despoten Saddam Hussein, keine Republik der nackten Angst. Auch werden Gaddafi persönlich keine Gräueltaten angelastet. Doch die Position des Mannes, der weder Regierungschef noch Staatspräsident ist, aber dennoch allmächtig, wagt niemand öffentlich anzuzweifeln.

Wer Widerspruch riskiert, wird ein Fall für Menschenrechtsorganisationen. Zum Jahrestag der Machtergreifung Gaddafis kritisierte Amnesty International, dass hunderte von politischen Gefangenen in libyschen Kerkern einsitzen, willkürliche Festnahmen, Folter und ungeklärte Todesfälle in der Haft an der Tagesordnung sind. Immer wieder verschwinden Oppositionelle spurlos, werden die Häuser von Regimegegnern einfach platt gewalzt.

Die Probleme des Landes lastet kaum einer dem Revolutionsführer persönlich an. Wie der Journalist Abdullah Assadi verklären ihn viele zum „Ideengeber und politischen Philosophen“, der längst in höhere Sphären entrückt sei. Im Glauben an Gaddafi schwingt aber auch die Sorge mit, was aus Libyen ohne das politische Irrlicht einmal werde. Der Oberst hält die vielfältig gespaltene Stammesgesellschaft zusammen, bändigt die Autonomiebestrebungen einzelner Regionen. „Nach Gaddafi geht es hier rund wie auf dem Balkan“, fürchten Diplomaten in Tripolis.

Auch die Islamisten werden aufbegehren. Sie hassen Gaddafi, der ihnen keine Rolle im Staat zugesteht. Ihre Hochburg ist die Cyrenaika, ein zerklüftetes Gebiet im Osten des Landes, mit der Stadt Bengasi als Zentrum. Dort ereignete sich auch jenes Unglück, bei dem Gaddafi so schwer verletzt wurde, dass er seither am Stock geht. Nach offizieller Version war es ein Unfall, arabische Geheimdienste vermuten dagegen ein Attentat.

Vor allem die tragende Rolle, die Gaddafi den Frauen zugestanden hat, verbittert die religiösen Eiferer. Entgegen früheren Versprechungen führte Libyen nicht die Strafbestimmungen der Scharia, des islamischen Rechts, ein. Statt die Frauen unter den Schleier zu zwingen, gab Gaddafi ihnen volle Bürgerrechte und eine eigene Militärakademie. Weiblichen Leibwächtern vertraut er sein Leben am liebsten an.

Noch aber ist der Revolutionsführer allgegenwärtig, bei Bilfinger im Camp ebenso wie auf Hennchens Baustelle: Libysche Staatsflaggen in schlichtem Grün, der Farbe des Propheten, flattern am Eingang, Revolutionslosungen kleben an Bürocontainern und Mauern, auf Fluren hängen Bilder des „großen Ingenieurs“.

Als Mitläufer im Propagandazirkus des Regimes sehen sich die Manager deshalb aber noch lange nicht. Wenn sich zu den Revolutionsfeiern das ganze Land so herausgeputzt habe, erklärt der Generalmanager auf Hennchens Kraftwerksbaustelle, Manfred Brauner, „wollen wir uns hier doch nicht isolieren“.

Das wäre ja auch schlecht für das Geschäft, das gerade erst richtig losgeht.

Dieter Bednarz

PORTUGAL

Tanz ums Goldene Kalb

Vom Armenhaus zum Konsumparadies: Das Land am Rande Europas schwelgt im neuen Wohlstandsgefühl – und lebt ungeniert auf Pump.

Der neue Lebensmittelpunkt vieler Bewohner Lissabons liegt zwischen Schnellstraßenkreuzen an der Peripherie. Dort steht eine gigantische Festung in Rostrot und modischem Türkis. Eine Mega-Glaskuppel krönt das Gebäude. Das Monster von Flughafengröße ist womöglich Europas gewaltigstes Einkaufszentrum. Es heißt Colombo, nach Kolumbus, dem Entdecker der Neuen Welt.

Ins Colombo zog es seit der Eröffnung vor zwei Jahren 80 Millionen Besucher. Denn die neueste Leidenschaft der zehn Millionen Portugiesen ist die Welt des Konsums. Vom zentralen Platz unter der Colombo-Kuppel gehen sternförmig Straßen aus, gepflastert mit den landestypischen Wellenmustern, sie tragen die Namen der großen Seefahrer. Von den Galerien der oberen Stockwerke beobachten die Gäste der Coffee-Shops und Pizzerien, wie Kunden unten per Fahrrad ihre Einkaufsliste abarbeiten.

In der Avenida do Descubrimento, der Allee der Entdeckung, und ihren Abzweigungen gehen die Käufer auf Weltreise. Denn hier bieten sich internationale Glamour-Marken mit prächtigen Auslagen dar, New Yorker Chic von Donna Karan und Calvin Klein, US-Eiscreme mit dem unaussprechlich skandinavischen Namen, die hippen Plastikuhren aus der Schweiz bis hin zum Musik- und Buchdiscount Fnac: Waren, die den durch ein halbes Jahrhundert Diktatur abgeschotteten und lange mit Geldknappheit ringenden Portugiesen bisher unzugänglich waren.

Jetzt geben sich die ärmsten Bewohner der Euro-Zone ganz ungeniert dem Konsumrausch hin. Obwohl Arbeitnehmern im Schnitt monatlich nur rund 1000 Mark zur Verfügung stehen, überwiegt das Gefühl, sich endlich etwas leisten zu können. Davon dürften bei den Parlamentswahlen am nächsten Sonntag die regierenden Sozialisten kräftig profitieren.

Den Kaufrausch hat auch die jähe Zinssenkung auf 2,5 Prozent angestachelt. Seit der europäischen Währungsunion sind die Beschlüsse der Zentralbank in Frankfurt für Lusitanien verbindlich. Noch vor zwei Jahren betrug der portugiesische Leitzinssatz 6 Prozent, zu Beginn der Dekade musste man auf Hypotheken gar 20 Prozent Zinsen zahlen.

„Für meine Eltern galt es als Schande, sich zu verschulden“, erinnert sich der Wirtschaftsjournalist Pedro Fernandes, 33, von der Wochenzeitung „O Independente“. Heute leben besonders die Jungen gern auf Pump. Da die Teuerung in den vergangenen zwölf Monaten nach EU-Maßstab relativ hoch war, lohnt es sich kaum zu sparen. Die Familien haben 1999 durchschnittlich Kredite in Höhe von 80 Prozent ihres Einkommens aufgenommen.

Mehr als eine halbe Million Portugiesen kauften in den vergangenen vier Jahren Immobilien. Seit vor einem Jahr die Expo am Ufer des Tejo ihre Tore schloss, rissen sich die Yuppies um die dort errichteten Luxusapartments mit Blick auf die filigrane weiße Brücke über den Fluss – zu Preisen um eine Million Mark.

Entlang der Docks, von der Weltausstellung im Osten bis unter die alte Tejobrücke im Westen, tobt sich in hunderten Cafés, Bars und Discotheken allnächtlich die Technogemeinde aus.

Portugal hat sich von Grund auf gewandelt, seit es vor 25 Jahren mit der so genannten Nelkenrevolution die Militärdiktatur abschüttelte, die das Gros der Bevölkerung von Information und Bildung abgeschnitten hatte. Der Aufstieg vom melancholischen Armenhaus zum optimistischen Mitglied der Euro-Zone gelang nach dem EU-Beitritt 1986 vor allem dank der Zuwendungen aus Brüssel: netto etwa fünf Milliarden Mark pro Jahr.

R. MAZIN / AGENTUR FOCUS

Praça do Comércio am Tejo-Ufer in Lissabon,

Die Wirtschaft verzeichnete Wachstumsraten, die weit über dem EU-Schnitt lagen, dank öffentlicher Investitionen in Großprojekte wie den Brücken- und Expo-Bau, aber auch dank des privaten Konsums. Für dieses Jahr prognostiziert der Notenbankchef ein Wachstum von über drei Prozent.

So gelang es der Minderheitsregierung des sozialistischen Premiers António Guterres, eine viertel Million Stellen zu schaffen und die Arbeitslosigkeit auf unter fünf Prozent zu drücken. Darauf ist Eduardo Ferro Rodrigues sehr stolz. Der Minister für Arbeit und Solidarität ist der Beliebteste im Kabinett, sogar bei der Opposition findet er Anerkennung.

Allerdings: Nur wer aktiv eine Stelle sucht und in den letzten zwei Wochen we-

WHITE STAR

Premierminister Guterres im Wahlkampf: *Einmaliges Zinsgeschenk*

J. N. DE SOYE / AGENTUR FOCUS

Altstadt-Restaurant: *„Wir dürfen nicht schlafen, wenn wir die Quadratur des Kreises schaffen wollen“*

niger als eine Stunde gearbeitet hat, kann sich als Arbeitsloser registrieren lassen. Er darf noch nicht einmal als Hobbybauer im eigenen Garten arbeiten. Und Beschäftigte unter 30, die nicht mindestens ein Jahr an einer Stelle festhalten konnten, gelten bei Jobverlust nicht als arbeitslos – genauso wenig wie alle, die in Schulungsprogrammen untergebracht sind. Deshalb schätzt João Proença, Generalsekretär der den Sozialisten nahe stehenden Gewerkschaft UGT, die wahre Quote auf bis zu neun Prozent. Aber nur 40 Prozent der offiziell Registrierten erhalten Arbeitslosenunterstützung.

Nahezu die Hälfte der 4,8 Millionen Beschäftigten in Portugal arbeitet zur Freude der Unternehmer sehr „flexibel“, beispielsweise als „trabalhadores independentes“, falsche Selbständige in der Hotellerie, beim Bau, in Reinigungsbetrieben. Branchen wie die Schuhindustrie – Portugal stieg zum zweitgrößten Exporteur hinter Italien auf – sind erfolgreich dank Heimarbeit von tausenden Frauen ohne Berufsausbildung.

Es sei „pervers“, klagt der Arbeitsminister, „wenn heute Unqualifizierte manchmal leichter eine Stelle finden als Hochschulabsolventen“, weil sie die Unternehmer weniger kosten. Junge Techniker, eigentlich Mangelware in Portugal, jobben oft als „engenheiro de copos“, als Cocktail-Ingenieur in den Szenebars.

Allein auf die Billiglöhne kann Portugal nicht länger setzen, spätestens wenn die Osteuropäer der EU beitreten, fällt dieser Wettbewerbsvorteil weg. Schon sanken die ausländischen Direktinvestitionen.

„Es ist pervers, wenn heute unqualifizierte Arbeiter leichter Stellen finden als Uni-Absolventen“

Die Firma Siemens verkaufte ihre für etwa 780 Millionen Mark in Vila do Conde bei Porto errichtete Chip-Fabrik. Zudem fürchten 700 Arbeiter einer zu Siemens gehörenden Kabelfirma um ihre Jobs, da die Herstellung zum Teil von Seixal bei Lissabon nach Litauen verlegt werden soll. Und AutoEuropa, das jetzt von Volkswagen in Alleinregie übernommene Werk in Palmela, ganzer Stolz der Portugiesen, verlor das Rennen um die Produktion des neuesten VW-Modells Colorado an die Slowakei.

„Wir dürfen jetzt nicht schlafen“, sagt Minister Ferro Rodrigues fast beschwörend in seinem Büro vor einem Wandteppich aus der Zeit der Diktatur mit allegorischen Darstellungen der Arbeit im Zeitenwandel. Nur mit anhaltend starkem Wachstum könne Portugal „die Quadratur des Kreises schaffen“: die Produktivität steigern, die Ausbildung verbessern und gleichzeitig die Arbeitsplätze erhalten. Aber der Sozialist weiß: „Das Zinsgeschenk gibt es nicht noch einmal.“ Um unliebsame Reformen durchs Parlament zu bringen, sei es nötig, bei den Wahlen eine klare Mehrheit zu erringen.

Um das zu verhindern, ist die Opposition mit spektakulären Versprechen in den Wahlkampf gegangen: Sie will die Einkommensteuer um durchschnittlich zehn Prozent senken und den Familien Anreize zum Sparen bieten. Denn die größte Gefahr beim gegenwärtigen Tanz ums Goldene Kalb, so erklärt ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, José Alberto Tavares Moreira, ehemals Zentralbankchef und jetzt Präsident einer kleinen Investmentbank, sei eine Erhöhung der Zinsen in Euro-Land: „Das wäre ein Schock“, der Konsum würde plötzlich gedrosselt, die Investitionen blieben aus, „wir würden wieder weit hinter Europa zurückfallen.“

Ein Wiederaufleben der Inflation, die schon dreimal so hoch liegt wie in der EU, und das Haushaltsdefizit seien „explosive Fallen“, klagt der erfahrene Bankier, den Sozialisten seien die laufenden Kosten entgleist, besonders die Subventionen für marode Staatsbetriebe und die Gehälter des aufgeblähten Beamtenapparats. Darum will die Opposition Kronjuwelen wie die staatliche Sparkasse privatisieren und mit dem Erlös die Sozialversicherung sanieren.

Kein Rentner, so ließ der Herausforderer José Manuel Durão Barroso plakatieren, soll weniger als 40 contos, 390 Mark, im Monat erhalten; heute darben noch eine Million Alte und Behinderte mit 7 Mark pro Tag.

Doch Umfragen sagen den Sozialisten die absolute Mehrheit voraus. Ihnen könnte auch die patriotische Solidarität zugute kommen, die vom Parteiengezänk und den Zukunftssorgen zu Hause ablenkt: Menschen aller politischer Couleur eint das Mitgefühl für Osttimor, die ehemalige Kolonie, die Portugal nach der Nelkenrevolution überstürzt aufgab.

Statt Wahlwerbung trägt Lissabon Trauer. Die Denkmäler hüllen schwarze Plastikverpackungen à la Christo ein. Auf der Praça do Comércio umwehen schwarze Stoffbahnen wie riesige Schals in der vom Tejo aufsteigenden Brise das Reiterstandbild von Dom José I., der nach dem Erdbeben von 1755 die Baixa wieder in Pracht erstehen ließ.

Kein einziges orangefarbenes oder rotes Plakat gegenwärtiger Staatslenker verunziert den Platz. Helene Zuber

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Slaven Bilic

Nach zwei Jahren in Karlsruhe wurde eine Million Mark an Bilics alten Club in Split fällig – auf ein Liechtensteiner Konto. Der Verbleib des Geldes ist unklar.

GES

Von Steuerfahndern verdächtigte Bundesligaprofis Bilic, Yeboah, Möller: *Ein Wirtschaftskrimi, der offenbart, wie Clubvorstände unter dem*

FUSSBALL

„Alle machen mit“

In der Bundesliga, so ein internes Papier der Steuerfahndung, werden systematisch Millionenbeträge am Finanzamt vorbeigeschleust. Die Ermittler monieren, dass der Deutsche Fußball-Bund die Tricksereien durchgehen lässt.

Gäste, die den Weg in die Frankfurter Otto-Fleck-Schneise 6 finden, sind für gewöhnlich große Sportler, hochrangige Würdenträger oder andere dienstbare Geister des Entertainmentbetriebs Bundesliga. Die beiden Herren, die am 26. August, morgens gegen elf Uhr, die Zentrale des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) aufsuchten, kamen aus einer anderen Branche. Sie wiesen sich aus als Mitarbeiter des Finanzamtes Nürnberg-West, Steuerfahndungsstelle.

Wilfried Straub, als DFB-Direktor zuständig für die Geschäfte der 36 deutschen Profivereine, führte die Ermittler mit ausgesuchter Höflichkeit in ein Besprechungszimmer. Dort kamen sie schnell zur Sache: Wie die Spielervermittler an ihre Lizenzen gelangen, wollten die Beamten präzise erklärt haben, und wie der DFB auf die kriminellen Machenschaften mancher Makler reagiere.

Was DFB-Manager Straub dieser Tage gern als „ein reines Informationsgespräch“ klein redet, gehört in Wirklichkeit zu einem Mosaik, das schon bald eine der größten Steueraffären abbilden könnte, die der deutsche Sport je fabriziert hat. Zahlreiche Vereine der ersten und zweiten Bundesliga operieren nach Erkenntnissen von Finanzbehörden mit fingierten Rechnungen, verdeckten Lohnzahlungen, verlegen Geschäfte de facto ins steuergünstige Ausland oder verkehren mit Scheinfirmen.

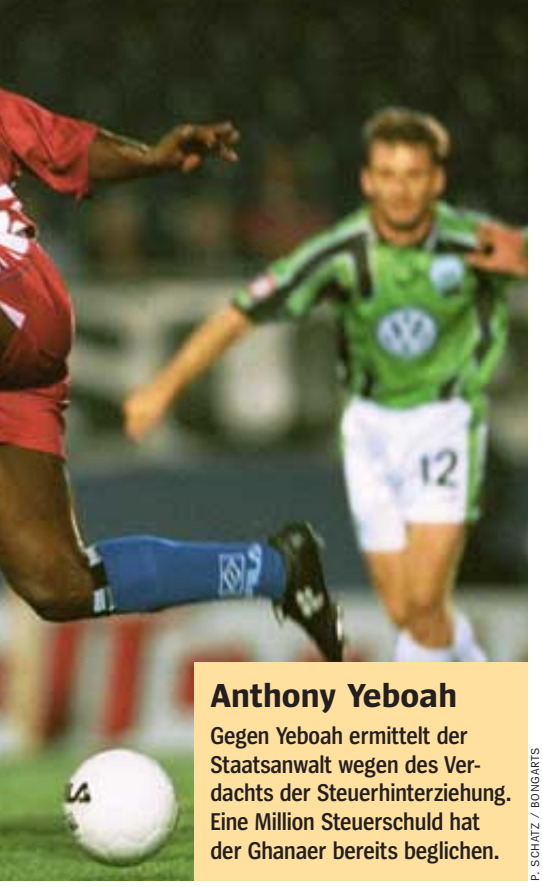
Der Zweck dieser variantenreichen Buchführung ist stets derselbe: Millionenbeträge werden so am Fiskus vorbeigeschleust. Zu diesem Schluss kommt jedenfalls ein vertrauliches Papier, das Nürnberger Steuerfahnder erstellt haben. Das 29-seitige Dossier liest sich wie eine Betriebsanleitung zum Thema: Wie überprüfe ich die Steuermoral der Proficlubs?

Mehrere Steuerfahndungsstellen quer durch die Republik ermitteln inzwischen. Wer die Winkelzüge kennt, kommt dabei schnell zu Erfolgen. Denn in der Bundesliga wird, so das Fazit des internen Berichts, „nach einem weitgehend identischen Schema“ gearbeitet. Den Spielervermittlern komme dabei „eine Schlüsselrolle“ zu.

Wolfgang Vöge, 44, ist einer der Marktführer. Bis Mitte der achtziger Jahre wirbelte der flinke Stürmer im Dress von Borussia Dortmund und Bayer Leverkusen gegnerische Abwehrreihen durcheinander, dann ließ er seine Profilaufbahn in Zürich und Winterthur ausklingen. Den

M. BRANDT / BONGARTS

DFB-Direktor Straub
Besuch vom Finanzamt Nürnberg-West



Anthony Yeboah

Gegen Yeboah ermittelt der Staatsanwalt wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Eine Million Steuerschuld hat der Ghanaer bereits beglichen.

W. WITTERS

P. SCHATZ / BONGARTS

Andreas Möller

Eine Geldauflage von 250 000 Mark mußte Möller in diesem Sommer begleichen. Außerdem hat er 990 000 Mark an Steuern nachzahlen müssen.

Druck der Gehaltsforderungen ihrer Stars zu Hasardeuren wurden

Standort mochte er nicht mehr aufgeben, denn für seine zweite Karriere als Makler von Fußballern ist die Schweiz günstiges Terrain.

Von hier betreut Vöge über 70 Berufskicker. Zu ihnen gehörte 1994 auch Christian Wück, als er vom 1. FC Nürnberg zum Karlsruher SC wechselte. „Für die Beratung und Mitarbeit beim Transfer“ stellte Vöge dem KSC eine Rechnung (Nr. 940240) über 300 000 Mark aus. Auf das Auswerfen der Mehrwertsteuer konnte der Spielerberater verzichten – die Summe war zahlbar auf das Konto 385.553.08 bei der Liechtensteinischen Landesbank, Vaduz.

Nach Erkenntnissen der Steuerfahnder soll ein Großteil des Betrags an Wück weitergereicht worden sein, als steuerfreies Handgeld. Der Profi bestreitet den Vorgang grundsätzlich; Vöges Anwalt, der Freiburger Jürgen Drywa, erklärt: Weil das Transfergeschäft so gut gelaufen sei, habe Vöge seinem Klienten „aus freien Stücken 100 000 Mark geschenkt“.

Zum Verhängnis könnte Vöge werden, dass er zahlreiche Profis zum 1. FC Nürnberg vermittelte – einem Club, der sich schon häufiger mit riskanten Geldgeschäften in Schwierigkeiten brachte. Die örtlichen Steuerfahnder entdeckten eine „Schwarze Kasse“, in die Einnahmen aus Freundschaftsspielen und Hallenturnieren flossen. Mehrere fränkische Funktionäre erhielten Freiheitsstrafen zur Bewährung und Geldstrafen von insgesamt mehr als einer Million Mark; an Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer mussten über fünf Millionen Mark nachgezahlt werden.

Weil sich in den Büchern des 1. FC Nürnberg etliche Transaktionen mit der Liechtensteiner Lenhart AG, für die Vöge tätig war, und der Schweizer VH Sportmedia AG, an der er beteiligt ist, fanden, geriet auch der Ex-Profi ins Visier der Fahnder. 19 Tage schmorte er in Nürnberg in Untersuchungshaft, dann kam er gegen eine Kaution in Höhe von 400 000 Mark frei. Dass einige seiner Klienten bei der Steuerfahndung ihre Beichte ablegten, brachte die behördlichen Recherchen gut in Schwung. Ende des Jahres, so Justizpressesprecher Ewald Behrschmidt, sollen die Ermittlungen gegen Vöge wegen Beihilfe zur Lohnsteuerhinterziehung abgeschlossen sein.

Der Casus Vöge gilt den Staatsanwälten als Ausgangspunkt in einem Wirtschaftskrimi, der offenbart, wie Clubvorstände unter dem Druck der Gehaltsforderungen ihrer Stars zu Hasardeuren wurden. Die Beamten der „Steufa Nürnberg“ trugen ihr Wissen an Kollegen im gesamten Bundesgebiet weiter. Erstmals bei der „Regionaltagung der Steuerfahndungsreferenten der süddeutschen Oberfinanzdirektionen“ gaben sie einen Erfahrungsbericht zur „Steuerhinterziehung beim Transfer von Bundesligafußballspielern“. An dessen Ende empfahlen sie, die Profiteams näher unter die Lupe zu nehmen.

Das geschieht derzeit. Und die Branche zittert. Heinz Pudell, Schatzmeister der Spielergewerkschaft VdV, rät den Mitgliedern bereits, dubiose Transfer- und Zahlungspraktiken „im Rahmen einer Selbstanzeige mit dem Finanzamt zu diskutieren“.

Der Tipp kann nicht schaden. Schon jetzt gibt es nach Aussagen von Fahndern „Verdachtsmomente“ bei vier Erst- und zwei Zweitligisten.

Sehr wahrscheinlich, dass sich der Kreis der Verdächtigen noch ausweitet. „Alle kennen die Methoden – und alle machen mit“, glaubt ein Staatsanwalt aus dem Süddeutschen. Schließlich stolpern die Steuerprüfer immer wieder über hohe sechsstellige Summen, etwa für angebliche Spielerbeobachtungen in Südamerika – an Firmen gezahlt, die in Liechtenstein, der Schweiz oder auf der Isle of Man residieren.

So flatterte einem Bundesligisten mit Datum vom 29. Juli 1997 eine in krakeliger Handschrift formulierte Rechnung über „verschiedene Provisionen“ und „Auslagenpauschale“ in Höhe von 552 641,20 Mark ins Haus. Das Geld wanderte erst auf das Firmenkonto eines Vermittlers, der nach den Erkenntnissen der Fahnder den Betrag abzüglich einer Provision an seinen Klienten weiterleitete.

In einem anderen Fall überwies ein Verein für eine „Sammelrechnung“ 681 189,05 Mark inklusive Mehrwertsteuer an einen Berater. „Dieser Rechnungsbetrag beinhaltet“, so der erklärende Text, „Entschädigungen verschiedener Art“ für den Spieler „sowie Kostenzuschuss während seiner Vertragsdauer für Wohnung und Fahrzeug“.

Die Deals am Finanzamt vorbei gehen zuweilen auch von den Clubs aus. Ein Verein bestand gegenüber einem Berater auf einer fingierten Rechnung einer Briefkastenfirma, um so seinem Ballkünstler ein steuerfreies Zubrot zu ermöglichen. Den

Werbeseite

Werbeseite

Betrag sollte der Makler nach Abzug seiner Provision in bar an seinen Klienten ausbezahlen – selbstverständlich jenseits der Landesgrenzen.

In vielen Fällen, monieren die Ermittler, müsste bereits der DFB die Mauscheleien stoppen. Jeder Spielervertrag ist dem Verband umgehend „in allen Ausfertigungen“ vorzulegen. „Wer genau hinsieht, erkennt sofort, dass da getrickst wird“, schimpft ein Frankfurter Fahnder.

So erhielt der Hamburger SV mit Datum vom 10. Juli 1997 eine Rechnung für die „Abtretung der Persönlichkeits-, Werbe- und Imagerechte“ seines Abwehrspielers Stéphane Henchoz: 800 000 Mark, zahlbar auf das Konto mit der Nummer 137909-02 bei Crédit Suisse in Winterthur. Nach Ansicht der Nürnberger Ermittler handelt es sich bei solchen Fällen „um verdeckte Lohnzahlungen des Vereins“. HSV-Manager Bernd Wehmeyer weist die Interpretation zurück.

BAADER

Spielervermittler Vöge (r.)*: *Fiskalische Dribblings*

Andererseits: Paragraf drei der DFB-Musterverträge für Lizenzspieler überlässt ausdrücklich den Clubs die Verwertung der Persönlichkeitsrechte. „Eine weitere Zahlung für die nochmalige Übertragung der Rechte ist deshalb unsinnig“, folgern die Fahnder und fragen sich, warum nicht schon die DFB-Kontrolleure das Vertragswerk moniert haben.

Schließlich ist diese Spielart der Steuervermeidung ein alter Hut. Schon Anfang der Neunziger wollten der ghanaische Mittelstürmer Anthony Yeboah und sein damaliger Verein Eintracht Frankfurt mit dieser Masche rund zwei Millionen Mark am Fiskus vorbeischummeln – sie flogen auf.

Finanzbeamte hatten bei der Durchsicht sämtlicher Arbeitsverträge in der Geschäftsstelle der Eintracht festgestellt, dass ausgerechnet der beste Kicker, nämlich Yeboah, deutlich weniger verdiente als die meisten seiner Kollegen. Freilich entdeckten sie auch einen Werbevertrag mit einer Firma aus Ghana, für den der Verein zwei Millionen Mark hinblättern musste. Bei den Vernehmungen räumte der Eintracht-Star ein, dass er an der Klitsche beteiligt war. Yeboahs Steuerschulden, rund eine Million Mark, sind mittlerweile beglichen. Gegen ihn ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Steuerhinterziehung.

Auch die damals beteiligten Eintracht-Funktionäre Bernd Hölzenbein und Wolfgang Knispel, der inzwischen die Seiten gewechselt hat und seine Branchenkenntnisse als Spielerberater nutzt, sind noch nicht aus dem Schneider. Gegen sie laufen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

Vereinsvertreter argumentieren gern, dass auf legale Art und Weise den ins Absurde getriebenen Personalkosten nicht mehr beizukommen sei. Werde alles korrekt versteuert, so hören die Steuerfahnder häufig, dann sei der Etat nicht zu decken und die Lizenz bedroht.

Andere Clubs haben sich unterdessen Techniken angeeignet, die eine Aufnahme in den Ratgeber „1000 ganz legale Steuertricks“ verdient hätten. Borussia Dortmund ist so ein Fall. Nacheinander eiste der Verein die Nationalspieler Stefan Reuter, Matthias Sammer, Karlheinz Riedle, Andreas Möller und Jürgen Kohler von ihren Engagements in Italien los. Die massive Rückholaktion wurde gern als patriotische Tat zur Wiederbelebung der ausgebluteten Bundesliga gefeiert.

Mehr noch war sie ein fiskalisches Dribbling feinster Art. Bereits vor Arbeitsantritt im Westfälischen erhielten einige Profis das so genannte „signing-on fee“ – eine Einmalzahlung fürs bloße Unterschreiben des neuen Arbeitsvertrages. Der Vorteil: Da die Kicker zu diesem Zeitpunkt noch im Ausland lebten, waren sie nur beschränkt einkommensteuerpflichtig. Bis 1996 waren lediglich 15 Prozent des grenzüberschreitenden Geldverkehrs pauschal an den Fiskus abzuführen.

So bekam Andreas Möller für seinen Wechsel im Sommer 1994 von Turin nach Dortmund von der Borussia 2,8 Millionen Vorkasse. Sein Nettolohn betrug dagegen in den folgenden Jahren läppische 600 000 Mark – in Italien hatte er glatt das Doppelte verdient. Doch dank des „signing-on fee“ vermochte Möller sein Gehalt sogar zu steigern.

Borussias Manager Michael Meier ist ein wenig stolz auf den steuermindernden Kunstgriff. Der Diplomkaufmann („Hier

* Mit Profi Karlheinz Riedle.

FIRO

Dortmunder Italien-Rückkehrer Sammer, Möller, Kohler: *Beistand von höchster Stelle*

ist nicht gekungelt worden“) sieht’s sportlich: „Steuergesetzgebung ist wie ein Schachspiel: Der Staat macht den ersten Zug, wir den zweiten.“

Zwar monierten Prüfer des Dortmunder Finanzamtes anfangs das Einkommensplitting, doch die Clubbosse erhielten Beistand von höchster Stelle. Drei Oberfinanzdirektionen und das Düsseldorfer Finanzministerium billigten das Steuersparmodell. Damit genoß der Champions-League-Gewinner von 1997 einen beachtlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber den außerhalb von Nordrhein-Westfalen angesiedelten Konkurrenten.

Denn der satte Rabatt im Revier wird in anderen Bundesländern als unrechtmäßig abgelehnt. So notierte ein bayerischer Regierungsdirektor intern: „Die vorgezogenen Zahlungen dienen allein der Steuerumgehung.“ Seiner Meinung nach darf das Handgeld erst steuerlich wirksam werden, wenn der Kicker seinen ersten Arbeitstag beginnt. Deshalb, so der Experte, seien die Beträge als Gehalt voll zu versteuern.

Auch bei Vertragsverlängerungen schließen Gier und Phantasie eine oft unheilvolle Allianz. Die Gehaltsaufbesserung, so notierte die Nürnberger Steuerfahndung in ihrem vertraulichen Report, werde häufig über „fingierte Honorarzahlungen“ oder über eine „fingierte Ablösesumme“ geleistet.

Badische Finanzbeamte prüfen derzeit eine Zahlung von einer Million Mark des Karlsruher SC an den kroatischen Club Hajduk Split. Die Summe war am 4. April 1995 fällig geworden, nachdem der Profi Slaven Bilic seinen Vertrag um zwei Jahre verlängert hatte. Die Fahnder mutmaßen, dass ein Teil des Geldes, das auf ein Konto bei der Liechtensteinischen Landesbank geflossen ist, unversteuert in den Taschen des Spielers landete. Bilic bestreitet das, „vielleicht hat mein Agent das Geld bekommen“. Weiter wolle er dazu nichts sagen.

Mit welcher Dreistigkeit bisweilen vorgegangen wird, erfuhren Finanzbeamte, als ihnen das Original eines Arbeitsvertrages bei einer Durchsuchung in die Hände fiel. Für einen renommierten Fußball-Profi war ein monatliches Gehalt von 3000 Mark brutto eingetragen. Eine ebenfalls schriftlich festgehaltene Nebenabrede garantierte ihm auf diskretem Wege für zwei Jahre 400 000 Mark netto, versteckt in seiner Ablösesumme.

Gelegentlich geraten die Ermittler auch durch aufmerksame Zeitungslektüre auf die richtige Fährte. So las ein Frankfurter Steuerfahnder 1995, dass Andreas Möller vor seinem Wechsel von Eintracht Frankfurt zu Juventus Turin 900 000 Mark von den Italienern bekommen habe. In der Steuererklärung des Kickers tauchten weder diese Summe noch die Zahlungen einiger privater Sponsoren an ihn auf.

Das Ermittlungsverfahren gegen den 85maligen Nationalspieler und seinen Berater Klaus Gerster (Spitzname: „Schwarzer Abt“) wurde vor wenigen Wochen nach § 153a der Strafprozessordnung gegen Zahlung von jeweils 250 000 Mark eingestellt; ein Teil floß an ein Heim für geistig behinderte Kinder. Darüber hinaus zahlte Möller rund 990 000 Mark an Steuern nach.

Die skrupellose Abzockerei scheint den zartbesaiteten Mittelfeldspieler schon lange arg belastet zu haben. Als Beamte während des Trainings von Borussia Dortmund vorfuhren und ihm mitteilten, dass ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gegen ihn eröffnet sei, wollte Möller schlankweg in das Fahrzeug der Ermittler einsteigen.

Augenscheinlich dachte er, er sei festgenommen. Felix Kurz, Michael Wulzinger

Werbeseite

Werbeseite

ALTSTARS

„Es brutzelt vor Spannung“

Der Kroate und Ex-Bundestrainer Vlado Stenzel, einst „der Magier“ des deutschen Handballs, startet ein neuerliches Comeback – in der bayerischen Landesliga.

Handballtrainer Stenzel beim MTV Ingolstadt: *„Spieler stehen wie Katzen, wenn ich was sage“*

Den „Mann, der als Magier in die Handball-Geschichte eingegangen ist“, begrüßt der Hallensprecher schnarrend durch die Beschallungsanlage und kündigt eine große Nummer an: „Herzlich willkommen, Trainer Vlado Stenzel.“

Ohne die zirzensische Vorwarnung hätte das Publikum den Trainer Vlado Stenzel, 65, womöglich nicht erkannt. Er besitzt keinen Bart mehr und stemmt die Hände in die Hüften, dass es von den Rängen aussieht, als lasse er sie unter seinem Ballonbauch verschwinden. Der Magier trägt keine Strümpfe, und zwischen Turnhose und Schuhwerk schält sich die gebräunte Haut von den Beinen.

Wie er so herumschlendert in der zu knappen Trainingsjacke, aus der das T-Shirt am Steiß hervorlugt, könnten ihn die Zuschauer im hessischen Bad Hersfeld auch für einen Kurgast halten, der sich auf dem Rückweg von der Glaubersalz-Behandlung in die Geistalhalle verirrt hat.

SVEN SIMON

Weltmeister Stenzel 1978
„Sportartikelfirmen arbeiteten gegen mich“

Geboten wird dort ein Benefiz-Auftritt jener Handballgrößen, die der autoritäre Stenzel („Spieler stehen noch immer wie Katzen, wenn ich was sage“) 1978 zum Weltmeistertitel befehligte. Damals, nach dem Finalsieg von Kopenhagen gegen die

Sowjetunion, setzten sie ihm eine Pappkrone auf.

Die trägt das Stück deutsche Sportgeschichte noch heute – zumindest im Geiste, wenn er in der bayerischen Wahlheimat seinem Tagwerk nachgeht.

In Ingolstadt hat der Kroate den ortsansässigen MTV nach 17 Siegen in Folge zum Aufstieg in die Landesliga, die fünfte Spielklasse, geführt. Das hat sein Selbstwertgefühl so gestärkt, dass er schon wieder Epochales im Sinn führt: Stenzel hält sich für den Bundestrainer auf Abruf („Ich habe deutschen Handball groß gemacht“), wäre indes auch zum kurzfristigen Wechsel in die Bundesliga bereit („Aber mir passt nicht jeder Verein“). Außerdem plant er – „wenn Sie das interessiert“ –, das weltweite Regelwerk zu revolutionieren, damit „es brutzelt vor Spannung“.

C. PAHNKE / S.A.M.

Denn seine liebste Sportart, das fällt im Konkurrenzkampf um Kunden und Quoten des Unterhaltungsgeschäfts auf, ist leider in Deutschland auf ein Nebengleis geraten.

Im Umsturz von unten glaubt der Magier nun seine letzte Mission zu erkennen, denn „ich kann im Handball nicht mehr viel machen als das“. Er lotste Jugoslawien zum Olympiasieg 1972 in München und führte in Deutschland professionelles Training unter Einsatz von Medizinbällen ein. Er erhob die Entspannung im öffentlichen Thermalbad zur optimalen Spielvorbereitung, verlegte die Mahlzeiten hinter den Mittagsschlaf („Ein voller Bauch ruht nicht gut“) und wurde für alle Ideen gerühmt.

Jetzt teilt er sein Schicksal mit all jenen Altstars, die dem eigenen Ruhm nicht gewachsen waren. Gerd Müller, einst Bomber der Nation, trank irgendwann zu viel Rotwein, Box-Idol Bubi Scholz erschoss seine Frau. Und Faustkämpfer George Foreman predigte vor kleinen Kindern über die heilende Kraft großer Hamburger.

Stenzel quillt vor Tatendrang über, weil er seinen sukzessiven Abstieg nie verarbeitet hat. Dass ihn der Deutsche Handball-Bund (DHB) vier Jahre nach dem WM-Triumph entließ, erachtet er noch heute als eine krude Mischung aus Komplott („Sportartikelfirmen arbeiteten gegen mich“) und Vandalismus („Der Mensch hat was Zerstörerisches“).

Sein letztes Bundesliga-Engagement, Großwallstadt vor viereinhalb Jahren, war nach gut zwei Monaten beendet. Aber hat-

te er nicht ein paar Jahre zuvor beim TSV Milbertshofen mit dem überraschenden Pokalsieg ein prächtiges Comeback hinbekommen? Undankbar ist die Welt, Clubchef Ulrich Backeshoff drückte Stenzel 45 Minuten vor einem Spiel in Lemgo die Zugfahrkarte für die Heimreise in die Hand.

Nun also Ingolstadt. „Allein der Name" des prominenten Präzeptors hatte den stellvertretenden Abteilungschef Joachim Henschker bewogen, bei der Sponsorenakquisition verschärfte Anstrengungen zu unternehmen. „Es hat hier keiner geglaubt bis zu dem Tag, an dem Herr Stenzel wirklich in der Halle stand", berichtet er, noch immer ergriffen – denn ein Stenzel ist nicht ganz preiswert.

Sein letztes Engagement war denn auch rasch am Gelde zu Grunde gegangen. Der Vorstand des bayerischen Regionalligisten TB Roding hatte anfangs den Spielern eröffnet, sie müssten auf 30 Prozent ihrer Gagen verzichten, damit der Startrainer

A. HASSENSTEIN / BONGARTS

Startrainer Stenzel, Altstars*: *„Ein voller Bauch ruht nicht gut"*

zu bezahlen sei. Nach nur drei Monaten wurde das Beschäftigungsverhältnis gelöst.

Am Ende hatte sich die Verpflichtung des schrulligen Zuchtmeisters, der seine Schüler immer schon gern der Größe nach geordnet strammstehen ließ („Sieht auch optisch gut aus"), für den Geschmack der „Mittelbayerischen Zeitung" als „Lachnummer" erwiesen.

In Ingolstadt ist die Halle jetzt stets mit 300 Besuchern gefüllt, sogar der Reporter einer Radiostation ließ sich schon blicken. Stenzel brachte einen Spieler der ersten kroatischen Liga mit in die neue Saison. Und nur einmal, als die Trainingshalle zur Hälfte von „einer alten Tussi" (Stenzel) mit deren Gymnastikgruppe belegt war, hat er der Club-Geschäftsführerin Klothilde Schmöller für den Wiederholungsfall mit Rücktritt gedroht. Frau Schmöller lächelte milde.

Jetzt blühen schon wieder Aufstiegsträume. Stenzel hat in seiner Karriere „mindestens hundert Spieler gebaut, von fast nix bis zu Besten der Welt". Das fällt ihm nun allerdings schwer beim Landesligaclub, der zum Training Unterstützung aus der zweiten Mannschaft benötigt, damit ein Übungsspiel zu Stande kommt.

„Schnellaaa", kräht der Übungsleiter dann im Tonfall einer wütenden Alpendohle. Doch nicht jede seiner Anweisungen ist zu verstehen. So gibt er bei der Schnellkraftschulung – „vollä Pullä" – die Laufrichtung per Handzeichen vor und bedenkt dabei nicht, dass die Sprintenden hinten keine Augen haben. Nun rennt die Trainingsgruppe, weil sie in ihrem Rücken das Signal zur Umkehr nicht wahrnimmt, in blindem Gehorsam vor die Hallenwand.

Die Klangfärbung, in der die Schüler mit der Respektsperson kommunizieren, erinnert an die von Pflegepersonal im Seniorenheim. „Hast' jetzt einen Sportwagen, Vlado?", fragt einer mit gespielter Neugier, als sich die Nachricht des Tages im Verein längst herumgesprochen hat: Weil am privaten Golf der Auspuff defekt ist, hat die Werkstatt dem Trainer ein Leihgefährt mit 225 PS zur Verfügung gestellt.

Darin nähert er sich hoppelnd wie ein Rodeoreiter der Trainingshalle, jeweils zwei Fahrspuren und Parkplätze brauchend. „Ist ganz ohne Schlüssel?", fragt er am Abend verwirrt und hält den eingeklappten Zündschlüssel in der Hand. „Ich werde verrückt", argwöhnt er nach Ende der Übungsstunde, als er in der Turnhalle den Ausgang nicht findet.

Das ist natürlich kokett gemeint. Denn eigentlich fühlt sich der Altmeister so prächtig in Form, dass er dem Welthandball eine Reform nach Vlado-Art angedeihen möchte: „Das Regelwerk hat Löcher."

Siebenmeter „für jeden Schlamassel" zu pfeifen ist Stenzel ebenso suspekt wie die uneinheitliche Auslegung der Vorteilsregel. Den Schiedsrichtern dürfe man nicht so viel Ermessensspielraum lassen. Deren Befähigung zieht er generell in Zweifel: „Statt ins Irrenhaus zu schicken, gibst du ihnen Pfeifen – so ungefähr."

Als Alternative zur Bestrafung des passiven Spiels schwebt ihm „die Kolumbus-Ei-Regel" vor: ein Zusatzpunkt für Siege mit mindestens sechs Toren Differenz. Zumindest der bayerische Sportsfreund, hat Stenzel in seiner Wahlheimat erfahren, „will es einfach haben: Er nimmt auch ein großes Bier, nicht zwei kleine".

Die Regelreform, sagt er, könne „jede Minute rauskommen". Nur hat er die zuständigen Instanzen von seinen Ideen noch nicht informiert.

JÖRG KRAMER

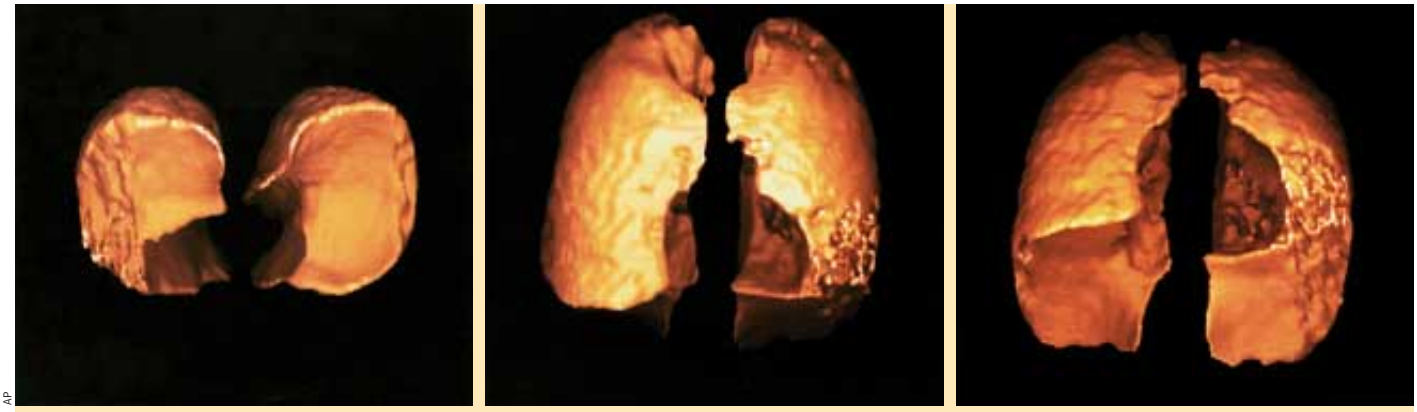
* Beim Benefiz-Auftritt des Weltmeisterteams von 1978 mit dem heutigen Bundestrainer Heiner Brand (2. v. l.) am 14. August in Bad Hersfeld.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



AP

Kernspintomogramme von der Lunge nach Einatmen von Helium-3

MEDIZINTECHNIK

Leuchtende Lunge

An der University of Virginia haben Radiologen ein neues Untersuchungsverfahren entwickelt, mit dessen Hilfe sie die Strömung der Atemluft beobachten und damit Lungenschäden besser diagnostizieren können. Herkömmliche Durchleuchtungstechniken zeigen die Lungen nur als schwarzgraue Flächen. Die US-Mediziner machten sich die Entdeckung zweier Physiker von der Princeton University zu Nutze, wonach das Isotop Helium-3 nach dem Beschuss mit Laserstrahlen in Kernspintomografen ein tausendfach stärkeres (Licht-)Signal abgibt, als bei dieser Technik bislang möglich. Bei den Versuchen mussten Patienten lediglich statt Luft das ungefährliche Edelgas Helium einatmen und für zehn Sekunden den Atem anhalten. Dann zeigte das Kernspintomogramm in leuchtenden Farben das klar strukturierte Lungengewebe. Die Forscher erhoffen sich von der neuen Methode auch besseren Einblick in das menschliche Gehirn oder die Fortpflanzungsorgane der Frau.

K. ANDREWS

Turbine in Kohlekraftwerk

MATERIALFORSCHUNG

Heiße Sache

Forscher der University of Cambridge haben auf dem Festival of Science in Sheffield ein Projekt vorgestellt, mit dessen Hilfe der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids drastisch reduziert werden könnte. Das Team arbeitet an der Entwicklung von Turbinenschaufeln aus einer Nickellegierung für Kraftwerke nach dem Vorbild von Düsentriebwerksteilen. Sie sollen noch bei Temperaturen von 750 Grad Celsius funktionstüchtig bleiben. Dies würde eine erhebliche Steigerung der Arbeitstemperatur gegenüber herkömmlichen Turbinen mit Stahlschaufeln ermöglichen. Bei gleich hoher Energieerzeugung würde nur halb so viel Kohle oder Öl verbrannt und somit die Abgase halbiert.

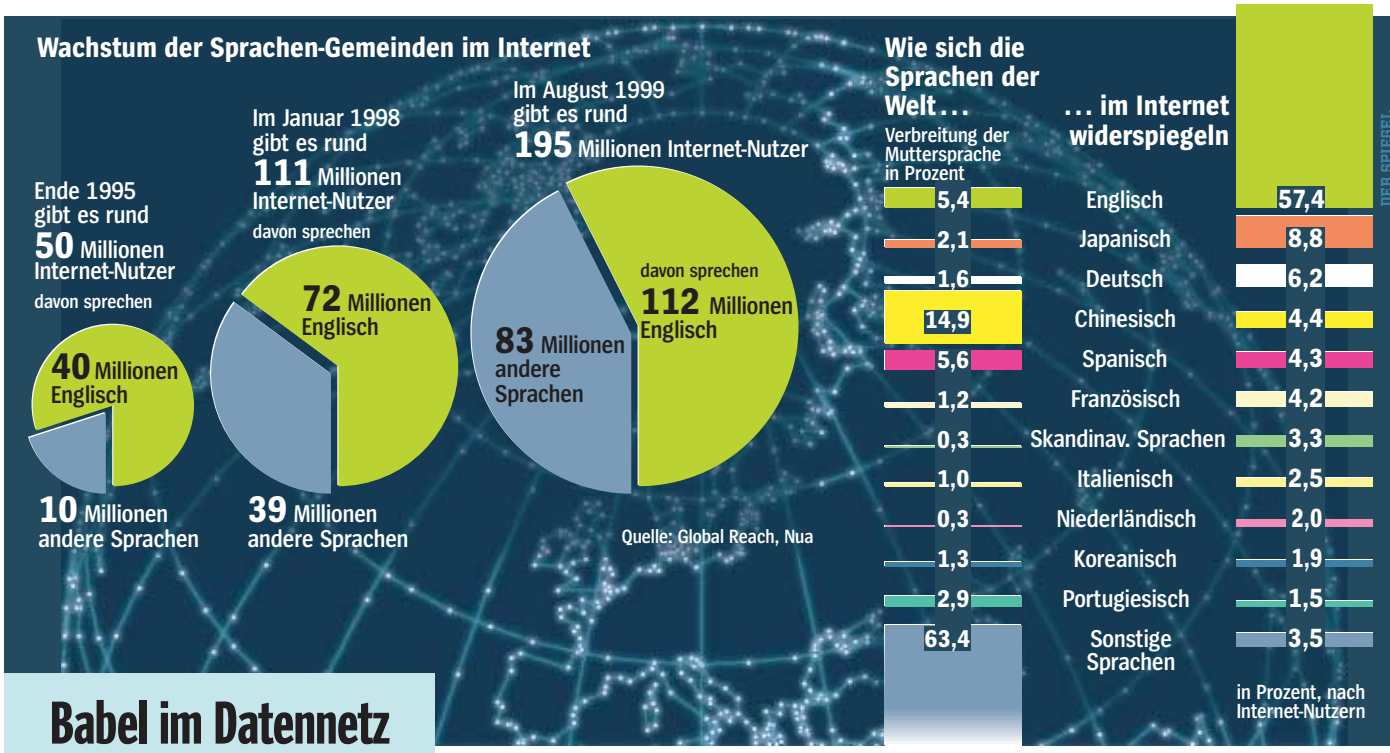
TIERE

Echse in der Steilkurve

Reptilien, die auf ihren beiden Hinterbeinen laufen, sind spätestens seit Steven Spielbergs Echsenepos „Jurassic Park“ bekannt. Auf den beiden Beinen einer Körperseite jedoch läuft nur die etwa 15 Zentimeter lange malaysische Prachtschmetterlingsagame. Die ungewöhnliche Schräglage der Echse, kürzlich von einem Forscher des Bonner Museums Alexander Koenig in Malaysia beobachtet, ist Teil ihres Droh- und Imponiergehabes. Ähnlich wie einst die Mercedes A-Klasse beim Elchtest, kantet das Reptil dabei seitlich auf. Die bei Wirbeltieren erstmals beobachtete Fortbewegungsart diene dazu, „den Körper größer erscheinen zu lassen, um Kontrahenten im Territorialkampf zu beeindrucken“, erklärt der Zoologe Stefan Weitkus. Bis zu einer halben Minute umkreisten sich die streitbaren Reptilien in der ungewöhnlichen Position, berichtet der Forscher. Die kurvenäußeren Beinchen streckten sie dabei schräg in den Himmel. Genügend Kraft für den anstrengenden Steilkurvenlauf haben die wechselwarmen Echsen allerdings nur zur Mittagszeit. Weitkus: „Hohe Temperaturen und direkte Sonneneinstrahlung sind unentbehrlich.“

DFD

Prachtschmetterlingsagame beim Kurvenlauf


Wachstum der Sprachen-Gemeinden im Internet
Ende 1995 gibt es rund 50 Millionen Internet-Nutzer
davon sprechen
40 Millionen Englisch
10 Millionen andere Sprachen
Im Januar 1998 gibt es rund 111 Millionen Internet-Nutzer
davon sprechen
72 Millionen Englisch
39 Millionen andere Sprachen
Im August 1999 gibt es rund 195 Millionen Internet-Nutzer
davon sprechen
112 Millionen Englisch
83 Millionen andere Sprachen
Quelle: Global Reach, Nua
Wie sich die Sprachen der Welt ... ... im Internet widerspiegeln
Verbreitung der Muttersprache in Prozent
5,4 Englisch 57,4
2,1 Japanisch 8,8
1,6 Deutsch 6,2
14,9 Chinesisch 4,4
5,6 Spanisch 4,3
1,2 Französisch 4,2
0,3 Skandinav. Sprachen 3,3
1,0 Italienisch 2,5
0,3 Niederländisch 2,0
1,3 Koreanisch 1,9
2,9 Portugiesisch 1,5
63,4 Sonstige Sprachen 3,5
in Prozent, nach Internet-Nutzern
DER SPIEGEL

Babel im Datennetz

Vielsprachigkeit im Internet nimmt zu. Sah es in den Anfangsjahren noch so aus, als würde Englisch als De-facto-Standard in der digitalen Welt die kulturelle Vielfalt gefährden, verschieben sich nun die Gewichte: Zwar ist Englisch im Cyberspace noch weit stärker präsent, als es dem englisch sprechenden Anteil der Weltbevölkerung entspräche, doch die anderen Sprachen emanzipieren sich immer mehr. Deutschsprachige Internet-Nutzer liegen inzwischen auf Platz drei.

PC-INDUSTRIE

Digitale Nachbeben

Das Erdbeben in Taiwan erschüttert die PC-Industrie: Rund ein Drittel aller „Chipsets“, jener Baustein-Ensembles, die das Herz des Computers schlagen lassen, wird in dem fernöstlichen Land hergestellt. Taiwans Fabriken bauen 40 Prozent aller Notebooks und löten 45 Prozent aller Computerplatinen zusammen, die in Rechnern aller großen Marken wie Dell, Compaq und IBM stecken. Dramatisch zuspitzen könnte sich die Lage bei den Grafik-Chips: 80 Prozent der Bausteine, ohne die ein PC kein Pixel auf den Bildschirm malen kann, stammen aus Taiwan-Produktion. Zwar scheinen Fabrikgebäude und Anlagen größtenteils intakt geblieben zu sein, aber weite Teile des Landes waren länger ohne Stromversorgung, als es die Fabriken mit Notgeneratoren hätten überbrücken können. Eine Chipfabrik nach einem Blackout neu anzufahren und alle Maschinen neu zu justieren, dauert nach Schätzungen von Experten mindestens zwei Wochen. Schon ein Stromausfall im Juli war mitverantwortlich für den weltweiten Anstieg der Preise für Speicherchips, die noch zu Anfang des Jahres ins Bodenlose zu stürzen schienen. Seit Juni hat sich der Speicher-Preis mehr als verdreifacht, und bis zum Jahresende ist keine Entspannung in Sicht. Auch andere PC-Bauteile dürften sich in nächster Zeit verteuern.

DPA

Erdbeben in Taiwan am 21. September

F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

TI-92

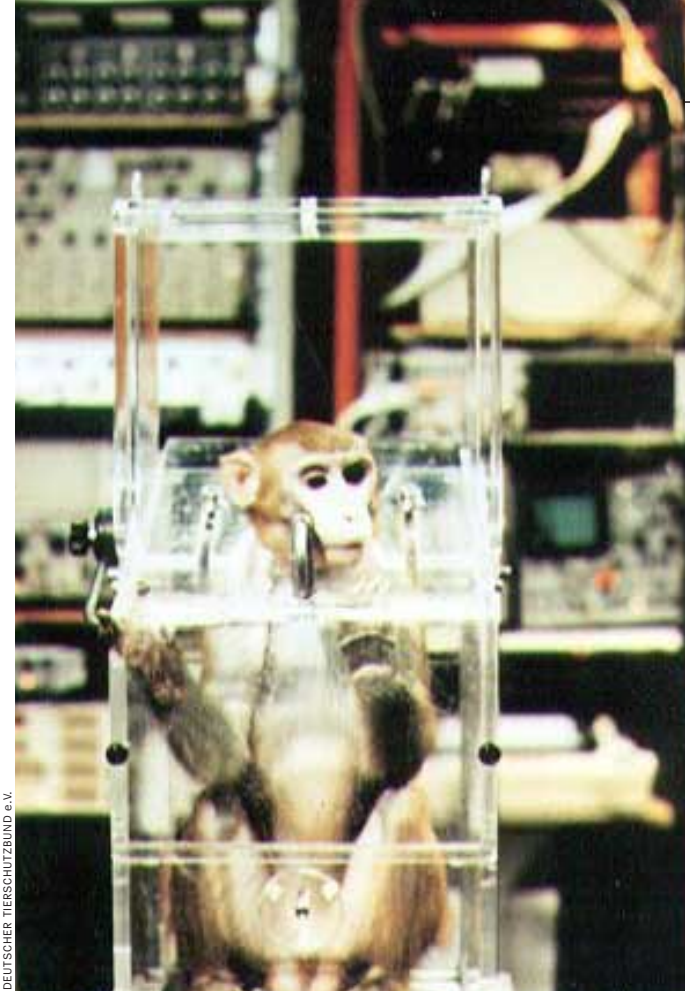
HARDWARE

Fetter Rechenknecht

Nur wer Cargopants der Größe XXL trägt, wird dieses Gerät noch „Taschenrechner“ nennen: Der neue TI-92 Plus (Preis: etwa 500 Mark) bringt rund ein halbes Kilogramm auf die Waage. Er löst Matrizenfunktionen und Differenzialgleichungen, kennt die wichtigsten physikalischen Konstanten und verwandelt eingetippte Funktionen in rotierende dreidimensionale Grafiken auf dem Display. Ein durch Videospiele geschultes Auge ist von Nutzen, um im Labyrinth der Bildschirm-Menüs nicht den Überblick zu verlieren. Lehrer sollten auf der Hut sein: Findige Schüler schreiben für diese Art von Grafikrechnern hinterlistige Programme, die umfangreiche Spickzettel hinter gefälschten Bildschirmbildern verbergen, welche den Eindruck erwecken, der Speicher sei leer.

Werbeseite

Werbeseite



DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND e.V.

F. STOCKMEIER / ARGUM

Versuchsaffe im Primatenstuhl, Pharmazeut Schäfer*: *Schneller ans Ziel mit Ersatzmethoden*

TIERSCHUTZ

Roboter ersetzen die Kreatur

Zerschnippelt, vergiftet oder infiziert: Noch immer müssen Millionen Versuchstiere ihr Leben für die Forschung lassen. Doch Hightech-Methoden, die genauere Ergebnisse liefern und weniger kosten, machen Experimente mit Nagern, Hunden oder Affen zunehmend überflüssig.

Der chirurgische Eingriff am weißpelzigen Patienten war Feinarbeit: Mit dem Skalpell schnitt der Operateur das rechte Auge aus der Höhle heraus, anschließend nähte er die Lider zu. Sieben Tage hatte die nun halbblinde Ratte Ruhe, dann wurde ihr ein dünner Plastikschlauch in die Oberschenkelarterie eingeführt – zur Entnahme von Blut und zur Eingabe von Infusionen.

Während sich der auf dem Tisch fixierte Nager noch von der Narkose erholte, bestrahlte der Mediziner das verbliebene Auge mit 80 Lux – einer Lichtintensität, die wohnlicher Beleuchtung entspricht. An der wachen Ratte wurde, in unterschiedlichen Gehirnregionen, die Verwertung von Zucker gemessen. Danach hatte das Tier ausgedient: Der Kopf wurde abgetrennt, das Gehirn tiefgefroren, in Scheiben geschnitten und noch einmal untersucht.

Im Dienste der Grundlagenforschung ließen auf diese Weise 25 spitzschnäuzige Nacktschwänzer ihr Leben. Die Wissenschaftler des Physiologischen Instituts der Universität Heidelberg können nun eine Veröffentlichung über die „Herabgesetzte Glukosetransporterdichte, Umsatzkonstanten und Glukoseverwertung in visuellen Strukturen des Rattenhirns bei chronischem visuellem Entzug“ in der Fachzeitschrift „Neuroscience Letters“ vorweisen.

Auf die gesetzlich verbürgte Freiheit der Forschung berufen sich, bei solcherlei Experimenten, die Wissenschaftler stets und stellen einen – wenngleich fernen – Nutzen für die eigene Spezies in Aussicht. Doch das Heidelberger Tieropfer war „ein sinnloses Unternehmen“ und „die Ergebnisse für den Menschen absolut wertlos“, sagt Franz Gruber, Privatdozent an der Universität Konstanz und Fachtierarzt für Versuchstierkunde: Ratten haben einen völlig anderen Tag-Nacht-Rhythmus als der Mensch, sind dämmerungsaktiv und leben somit von Natur aus unter „chronischem visuellem Entzug“. „Wenn die Wissenschaftler da was gefunden haben“, urteilt Gruber, „ist es mit Sicherheit auf andere Effekte des Eingriffs zurückzuführen.“

Mehr als 20 Prozent aller Tierversuche, die in deutschen Labors stattfinden, werden von Grundlagenforschern gemacht. Sie nutzten, laut jüngstem Bericht des Bundeslandwirtschaftministeriums, 1997 insgesamt 314 782 Tiere – vor allem Mäuse und Ratten, aber auch tausende von Kaninchen, hunderte von Katzen, Affen und Hunden. Während die Entwicklung neuartiger, effektiverer Testmethoden und strengerer

* Der Bildschirm zeigt die Vergrößerung menschlicher Lungenzellen, die in Gewebekulturen gezüchtet wurden.

Tierschutzgesetze vor allem in der Pharmaindustrie einen drastischen Rückgang der Tierexperimente bewirkten, ist in der zweckfreien Forschung der Tierverbrauch konstant geblieben. In keine Statistik eingegangen sind hunderttausende von „transgenen" Versuchstieren, die nach Experimenten an ihrem Erbgut nicht wunschgemäß geraten waren und getötet wurden.

Wie Experimente nach Art der Heidelberger Rattentortur eingeschränkt und bislang übliche Tests am lebenden Tier vermindert, verfeinert oder gänzlich abgelöst werden können, berieten Experten wie Gruber jetzt auf dem „Weltkongress über Alternativen für Tierversuche" in Bologna. Um Maus und Ratte, der meistbenutzten Wegwerfspezies, aber auch den anderen Versuchstieren künftig Schmerzen und Tod zu ersparen, ist derzeit eine Fülle von Hightech-Tests in Erprobung.

Präziser, billiger und schneller können schon jetzt Wissenschaftler oftmals ihr Ziel mit Bakterien-, Zell- und Gewebekulturen erreichen, mit isolierten Organen und physikalisch-chemischen Tests, mit Computermodellen oder hoch verfeinerten Röntgenverfahren.

Die völlige Streichung jeglicher Experimente ist Forderung der Tierschützer auch am diesjährigen Welttierschutztag am Montag dieser Woche. Doch frühstens in zwei Jahrzehnten, hofft Michael Balls, britischer Zoologe und Toxikologe an der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU, die 700 Wissenschaftler aus Forschung und Industrie, aber auch Tierrechtler zu der Tagung nach Bologna geladen hatte, könnten Tierversuche weitgehend überflüssig sein – „weil die Wissenschaftler nachzudenken beginnen und es einen Mentalitätswandel gibt".

Auf freiwillige Selbstbegrenzung haben sich beispielsweise kürzlich die Schweizer Akademien der medizinischen Wissenschaften und der Naturwissenschaften geeinigt. Die traditionsreichen Gelehrtengesellschaften verpflichteten sich im neuen ethischen Kodex zum „Verzicht auf den erhofften Erkenntnisgewinn", wenn Versuche „dem Tier schwere Leiden verursachen".

Ein „starkes wissenschaftliches Argument, mehr Alternativen zu nutzen", sieht Gill Langley von der Universität Cambridge in der „besseren Qualität von Ersatzmodellen": Schon jetzt steht Medizinern und Pharmaforschern beispielsweise ein in England entwickeltes virtuelles Herz zur Verfügung – als Modell im Computer, an dem sich sowohl Infarkte und Rhythmusstörungen wie auch neue Therapien simulieren und testen lassen. Pharmazeuten der Universität Hamburg wiederum haben Herzzellen in Kulturen herangezüchtet, die Tierversuche einsparen helfen.

Statt Labor-Tieren nutzen die Forscher postkartengroße Platten mit Zellkulturen

Am niederländischen Institut für Ernährungsforschung ist ein Verdauungstrakt mitsamt Magen und Gekröse nachgebaut worden, in dem sich alle physiologischen Vorgänge abspielen: Im „Techno-Tum" genannten Apparat haust die gesamte Darmflora; computergesteuert fließen Speichel-, Gallen- und Magensaft.

Zur unendlichen Geschichte wird jedoch oftmals der Versuch, solche erfolgreich entwickelte Ersatzmodelle den nationalen und internationalen Zulassungsbehörden schmackhaft zu machen: Die für alternative Methoden vorgeschriebene Tauglichkeitsbestätigung („Validierung") gerät, durch immer neue Auflagen und Überprüfungsprozeduren, vielfach zur „Sisyphusarbeit", beklagte auf dem Kongress der Mediziner Horst Spielmann, der die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (Zebet) in Berlin leitet.

Immerhin sei das Tierexperiment in der Öffentlichkeit und auch bei vielen Wissenschaftlern mittlerweile „negativ besetzt", sagt Christiane Cronjaeger vom deutschen Bundesverband der Tierversuchsgegner. Doch der Veterinärin geht die Umstellung „viel zu langsam", die Anerkennung werde, aus weltwirtschaftlichen Gründen, vor allem von der OECD „auf qualvolle Weise verschleppt".

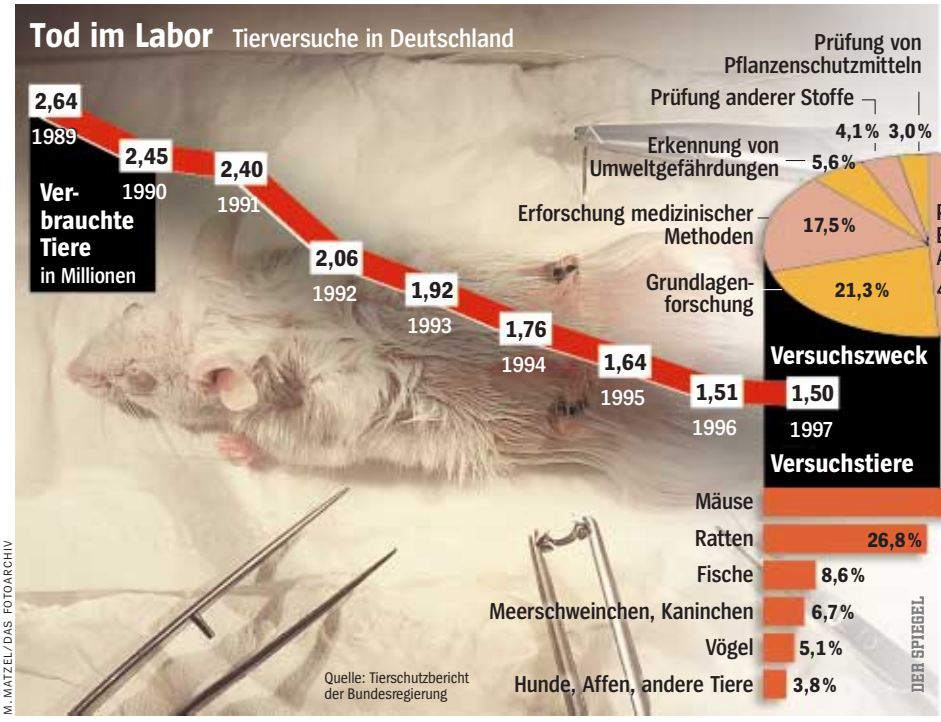
Seit Jahrzehnten schon schwelt die Diskussion über die Notwendigkeit von Tierversuchen. Leidenschaftliche Tierschützer prangern den „Mord an Mitgeschöpfen" an, während vor allem Wissenschaftler der großen Forschungsorganisationen hartnäckig bestreiten, dass die Versuche ohne Schaden für Forschung und Lehre eingeschränkt werden könnten: Nichts als „Glitzerkram ohne Wert" seien die Ersatzmethoden im Studium, postulierte beispielsweise der Frankfurter Physiologe Rainer Klinke, Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Computer-Simulation und Interaktiv-Video könnten das Zerschneiden von lebenden Objekten nicht ersetzen, beschied der Professor Studenten, die gegen den Verbrauch von Fröschen und Ratten im Praktikum gerichtlich klagten: „Eine Liebesnacht ist ja auch besser als ein Aufklärungsfilm."

Als unumgänglich galten Tierversuche noch bis in die siebziger Jahre. Unter experimentierenden Hochschul-Wissenschaftlern war damals der Haustierklau gang und gäbe: So stahlen sich Doktoranden der Hamburger Universitätsklinik Hunde von der Straße, um neue herzchirurgische Verfahren an ihnen zu erproben.

Während Tierschützer mit Befreiungsaktionen für Labortiere reagierten und Studenten sich zunehmend weigerten, über Tierleichen ins Examen zu gehen, leitete 1987 ein neues deutsches Tierschutzgesetz einen drastischen Rückgang ein: Erstmals wurden Kommissionen bestimmt, welche die Behörden bei der Genehmigung von Tierversuchen zu beraten hatten. Forschungsinstitute mussten nun, vielen Wissenschaftlern zum Graus, einen „Tierschutzbeauftragten" benennen.

Zur Förderung von Ersatzmethoden wurde 1989, als Informations-, Forschungs- und Bewertungszentrum, Zebet gegründet. Die Europäische Kommission richtete we-



M. MATZEL/DAS FOTOARCHIV

nig später „Ecvam“ ein, das von Michael Balls geleitete „Zentrum zur Validierung von Alternativmethoden“ im italienischen Ispra, das die Aktivitäten der europäischen Länder koordiniert.

Einen „extremen Rückgang“, so Zebet-Chef Spielmann, verzeichneten seither vor allem die Arzneimittelhersteller: Um etwa 50 Prozent sank binnen zehn Jahren der Tierverbrauch in den Labors der pharmazeutischen Industrie, weil zunehmend der Roboter die Ratte ersetzte: Wurde ehemals mühselig an Nagern getestet, ob eine neue Substanz überhaupt Wirkung zeigte, prüfen nun in „roboterunterstützten High-Throughput-Screenings“ Automaten gleich zehntausende von Verbindungen pro Woche – mehr als ein einzelner Chemiker früher in seinem gesamten Arbeitsleben untersuchen konnte.

Auch der jüngeren Wissenschaftlergeneration an den Hochschulen ist „wohler, wenn man den Tierversuch vermeiden kann“, sagt Claus-Michael Lehr, Pharmazeut an der Universität in Saarbrücken. Auf der Suche nach neuen Wegen, Arzneistoffe über körpereigene Barrieren an ihr Zielorgan zu transportieren, entwickelten Lehr und sein Kollege Ulrich Schäfer Ersatztests, die herkömmliche Tierversuche geradezu vorsintflutlich erscheinen lassen: „In vitro“, im Reagenzglas, gelang es Lehr und Schäfer weltweit erstmals, menschliche Lungenzellen so anzuzüchten, dass eine künstliche Lungenschleimhaut entsteht.

Statt Labortiere „etwas einatmen zu lassen und schließlich die toten Mäuse zu zählen“, so Lehr, nutzen die Forscher postkartengroße Platten mit Zellkulturen aus Lungenbläschen, die zahlreiche künstliche Lungen zugleich ergeben. Die Forscher erkunden nun, wie über die riesenhafte Oberfläche dieses Gewebes künftig Arzneimittel durch Inhalation statt mit der Spritze verabreicht werden können – eine große Erleichterung etwa für Diabetiker, denen die tägliche Injektion dann erspart bliebe.

Mit Hilfe der neuen Modelle lassen sich komplexe biologische Transportvorgänge „genau anschauen“, sagt Lehr: „Das Versuchstier stellt doch nur eine Black Box dar, in die man was reinschmeißt.“

Die größten Fortschritte beim Ersatz besonders schmerzhafter Tierversuche wurden in jüngster Zeit bei der Prüfung von Impfstoffen erzielt: Nicht nur bei der Entwicklung und Zulassung, auch bei der Kontrolle jeder einzelnen produzierten Charge solcher „Biologika“ waren bislang Tests am Tier Vorschrift.

Dass alljährlich zehntausende von Mäusen zitternd den Impfstoff-Test auf „anomale Toxizität“ über sich ergehen lassen mussten, wollten Klaus Cußler, Mikrobiologe, Veterinär und Tierschutzbeauftragter, und eine Arbeitsgruppe vom Paul-Ehrlich-Institut in Langen nicht mehr mit ansehen: Die Wissenschaftler des Bundesamts für Impfstoffe wiesen in einer dreijährigen Studie nach, dass verbesserte Herstellungsverfahren die für die Nager tödliche Routineprüfung auf eventuelle Verunreinigungen „einfach überflüssig“ gemacht haben. Der Test konnte ersatzlos gestrichen werden, weil damit jahrelang keinerlei schädliche Produkte ausfindig gemacht wurden.

Dem findigen Beamten, dessen Markenzeichen der Schlips mit Tiermuster ist, haben Versuchstiere noch weitere Rettungsaktionen zu verdanken: Jeweils über drei Tage zog sich das Leiden jener Mäuse hin, die jahrzehntelang zur herkömmlichen Wirksamkeitsprüfung des Impfstoffs gegen Rotlauf, einer gefürchteten Schweineerkrankung, mit dem Erreger angesteckt wurden – ein Risiko auch für die Pfleger, die im Labor mit den kranken Tieren hantieren müssen, denn über eine Wundinfektion kann die Krankheit auch beim Menschen Hautentzündungen auslösen. Nachdem die infizierten Mäuse „traurig in der Ecke gehockt und nicht mehr gefressen hatten“ (Cußler), starb mindestens jede zweite.

Die neue Prüfprozedur des Paul-Ehrlich-Instituts verzichtet nun auf die künstliche Infektion, die allein die krankmachende Wirkung des Erregers bestätigen sollte. Nach einer Impfung der Tiere genügt als Beleg der Wirksamkeit der Vakzine schon eine Blutprobe, in der die schützenden Antikörper nachgewiesen werden.

Ebenfalls kurz vor der Einführung steht eine Ersatzmethode, mit der sich so genannte monoklonale Antikörper herstellen lassen. Die für Therapie und Diagnostik von Infektionen, Krebs und Abstoßungsreaktionen nach Transplantationen wichtigen Antikörper wurden bislang in einer besonders schmerzhaften Prozedur aus Mäusen gewonnen: Die Nager bekamen Zellen in die Bauchhöhle gespritzt, die Entzündungen hervorriefen. Anschließend wurden ihnen Krebszellen injiziert, die sich vermehrten und die gewünschte Antikörperproduktion ankurbelten. Im Serum der auf diese Weise ausgelösten Bauchwassersucht („Aszites“) befanden sich die monoklonalen Antikörper, die dann abgesaugt wurden.

Mittlerweile werden die Antikörper im Bioreaktor „Tecnomouse“ von Zellkulturen produziert; zusätzlich bietet die Kultur

SPL / AGENTUR FOCUS

Tierversuch mit Kaninchen*: *Millionenfach weggeworfen*

B. BOSTELMANN / ARGUM

Mikrobiologe Cußler*: *Rettungsaktion im Labor*

* Unten: mit einem Impfstoff aus den sechziger Jahren, der mit Hilfe von Tierversuchen getestet wurde; oben: dem genetisch veränderten Kaninchen wird eine Blutprobe aus dem Ohr entnommen.

die Möglichkeit, verschiedenste Molekül-eigenschaften der Antikörper zu steuern.

Bis auf streng geregelte Ausnahmefälle ist die quälerische Aszites-Methode in Deutschland bereits verboten – zum Verdruss von Grundlagenforschern, die auf dem Tierexperiment bestehen: Die Wissenschaftler hätten sich zwar „wohl oder übel mit dem Tierschutzgesetz arrangiert", heißt es in einer Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft, „jedoch stets die durch das Gesetz eintretenden gravierenden Behinderungen kritisiert".

Ecvam-Chef Balls deutete auf dem Kongress in Bologna solche Klagen als „Unbeweglichkeit" und mokierte sich über den „fragwürdigen Anspruch" der Deutschen auf die absolute Freiheit ihrer Forschung. Nach Sinn und Nutzen zu fragen müsse auch hier endlich erlaubt sein – vor allem, wenn dabei, wie in der Hirnforschung, Primaten als Versuchsmodell benutzt werden. In den berüchtigten Primatenstuhl, in dem sie stundenlang fixiert sind, klettern die Affen nur scheinbar freiwillig – denn dort bekommen sie, nach vorheriger „Ausdürstung", die ersehnte Flüssigkeit zumindest tropfenweise.

Dass indessen auch in den Neurowissenschaften grundlegende Fragen auf schonende, „nichtinvasive" Weise geklärt werden können, haben Mediziner des Forschungszentrums Jülich gezeigt: Aus dem Primatenzentrum Göttingen liehen die Wissenschaftler für ihre Projekte insgesamt elf Paviane aus mitsamt den ihnen vertrauten Pflegern.

Den gewünschten Einblick ins Gehirn der Menschenverwandten erhielten die Mediziner mit neuen bildgebenden Verfahren: der Positronen-Emissions-Tomografie, die biochemische Stoffwechselvorgänge sichtbar macht, sowie der Magnet-Resonanz-Tomografie, die das Gehirn, wie ein Anatom, in kleine Kerngebiete mit Zellansammlungen zu zergliedern vermag.

In Narkose („entsprechend den Vorschriften für menschliche Säuglinge") untersucht, verhalfen die Paviane den Forschern zu detailreichen Auskünften über die Eigenschaften bestimmter Transmitter, signalübertragender Moleküle im Gehirn, die bei der Therapie von Schizophrenie und Depression wichtig sein könnten.

Zu den Untersuchungen wurden jedes Mal auch die Tierpfleger, die Veterinärin und der Tierschutzbeauftragte hinzugezogen. Im Auftrag des Jülicher Forschungszentrums analysierte das Primatenzentrum obendrein die Stressbelastung der hin- und hertransportierten Paviane.

„Der immense Aufwand hat sich gelohnt", so das Fazit von Neurowissenschaftler Karl Zilles: Die Ergebnisse werden nun in klinischen Studien überprüft. Die dienstbaren Affen konnten wieder gesund in ihre Göttinger Gruppe gebracht werden. Renate Nimtz-Köster

MEDIKAMENTE

Kaugummi für die Stachel

Zwei Mittel gegen die Grippe drängen auf den Markt. Die neuen Arzneien sollen die Viruserkrankung erstmals wirksam bekämpfen.

Muskeln und Gelenke schmerzen, es kratzt im Hals, die Stimme bleibt weg, schnell steigt das Fieber auf über 39 Grad. Alljährlich zwingt die Influenza einen von zehn Deutschen für eine Woche aufs Krankenbett; tausende sterben an den Folgen.

Die uralte, durch Viren verursachte Grippe verläuft in der kühlen Jahreszeit regelmäßig und weltweit in Wellen. Zwar lassen sich schwere Komplikationen durch eine rechtzeitige Impfung verringern; doch nur bei drei von vier Menschen schlägt die Schutzimpfung überhaupt an.

Nun kommen erstmals zwei Medikamente auf den Markt, die bei künftigen Grippe-Epidemien das Leiden der Betroffenen erheblich mildern sollen und weitgehend ohne Nebenwirkungen sind. Seit vorletzter Woche darf der Basler Pharmamulti Roche sein Anti-Influenza-Mittel Tamiflu vertreiben, zunächst allerdings nur auf dem Schweizer Arzneimittelmarkt. Und seit vergangenem Freitag halten deutsche Apotheken das für denselben Zweck vorgesehene Medikament Relenza des britischen Konzerns GlaxoWellcome vorrätig.

P. PIEL

Relenza-Inhalation: *Krankheitsdauer verkürzt*

Nach Angaben der Hersteller wirken die Medikamente gleichermaßen gegen das Influenza-Virus vom Typ A, der sich pandemisch ausbreiten kann, und gegen den Typ B, der nur regional begrenzte Epidemien milderer Erkrankung verursacht. Normalerweise verläuft die Vermehrung eines Influenza-Virus in rasantem Tempo. Der Erreger dringt in Zellen des Rachenraums ein und vermehrt sich in ihnen. Dann durchbrechen seine Tochter-Viren die Wandung und entern benachbarte Zellen. 18 bis 72 Stunden nach der Ansteckung treten die ersten Symptome auf.

Die Wirkstoffe in den beiden neuen Medikamenten – Zanamivir in Relenza und GS 4104 in Tamiflu – funktionieren nach demselben Prinzip: Sie verhindern, dass die Tochter-Viren sich von der jeweiligen Wirtszelle lösen können – sie bleiben, erläutert ein Glaxo-Mitarbeiter, wie ein „Stück Kaugummi an der Oberfläche kleben“ (siehe Grafik Seite 251).

Die Vermehrung der Viren zu unterbinden, hatten die australischen Wissenschaftler gar nicht im Sinn, als sie Anfang der achtziger Jahre Influenza-Viren erforschten. Peter Colman und seine Mitarbeiter von der Forschungsorganisation Csiro in Melbourne wollten nur herausfinden, weshalb sich jedes neue Influenza-Virus von seinem Vorgänger so stark unterscheidet, dass in jeder Grippe-Saison wieder ein neuer Impfstoff entwickelt werden muss – was stets ein Wettlauf gegen die Zeit ist: Bevor eine geeignete Vakzine entwickelt, geprüft, abgefüllt und ausgeliefert werden kann, vergehen mindestens drei Monate; kommt es aber zur Epidemie, sind nach drei Monaten schon tausende erkrankt und etliche gestorben.

Die Colman-Gruppe konzentrierte sich bei ihrer Forschung auf das Enzym Neuraminidase, das stachelartig auf der Virusoberfläche sitzt. Die Forscher entdeckten, dass die ominösen Stachel zwar bei jedem Virusstamm anders aussehen können. Doch unabhängig von ihrer jeweiligen Form, so die Einsicht der Forscher, dienen die Stachel dem Virus stets als Schere, um sich von der Wirtszelle abzutrennen. Die-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

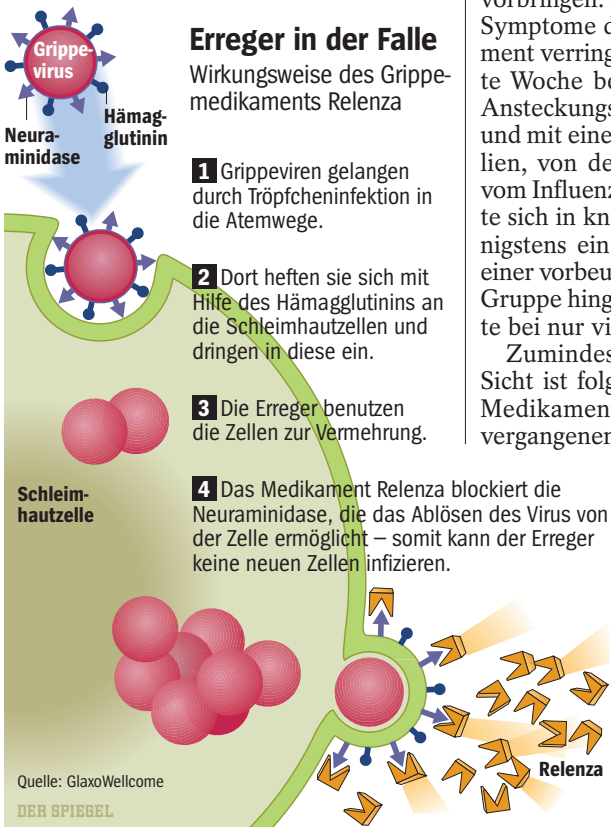
Werbeseite

se Erkenntnis bildete die Grundlage für die Entwicklung des Wirkstoffs Zanamivir. Mit diesem können die stacheligen Fortsätze blockiert werden – dadurch wird das Andocken der Viren verhindert.

1995 erprobte Lizenznehmer GlaxoWellcome den neuen Wirkstoff erstmals am Menschen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Wissenschaftler der US-Pharmafirma Gilead Sciences, die gemeinsam mit dem Schweizer Roche-Konzern ebenfalls nach einem Grippe-Killer suchten, gerade mal ein erstes Testpräparat des späteren Tamiflu zusammengemixt.

Die Ergebnisse der bisherigen Reihenuntersuchungen attestieren beiden Präparaten gleiche Wirksamkeit: Im Vergleich zu Influenza-Patienten, die mit einem Scheinmedikament behandelt wurden und durchschnittlich sechs Tage unter den typischen Grippesymptomen zu leiden hatten, klangen die Beschwerden bei den mit Tamiflu oder Relenza behandelten Patienten der Vergleichsgruppen bereits nach vier Tagen ab. Zudem stuften die echt behandelten Testpatienten die Intensität von Kopf- und Gliederschmerzen um etwa 40 Prozent geringer ein als die Probanden der Placebogruppe.

Für den sich anbahnenden Wettlauf mit dem britischen Konkurrenten war bei Gilead schon früh eine Entscheidung gefallen, die sich für den Partner und Spätstarter Roche lohnen könnte: „Wir entschlossen uns, den Anti-Influenza-Wirkstoff in Tablettenform herzustellen“, erinnert sich Gilead-Forschungsdirektor Norbert Bischofberger.


Erreger in der Falle
Wirkungsweise des Grippemedikaments Relenza
Grippevirus
Neuraminidase
Hämagglutinin
1 Grippeviren gelangen durch Tröpfcheninfektion in die Atemwege.
2 Dort heften sie sich mit Hilfe des Hämagglutinins an die Schleimhautzellen und dringen in diese ein.
3 Die Erreger benutzen die Zellen zur Vermehrung.
4 Das Medikament Relenza blockiert die Neuraminidase, die das Ablösen des Virus von der Zelle ermöglicht – somit kann der Erreger keine neuen Zellen infizieren.
Schleimhautzelle
Relenza
Quelle: GlaxoWellcome
DER SPIEGEL

Das seit letzten Freitag in deutschen Apotheken auf Rezept erhältliche Relenza (Packungspreis: 58,19 Mark) hingegen besteht aus einem Pulver, das mit Hilfe einer umständlichen Plastikapparatur inhaliert werden muss. „Grippekranke, deren Atemwege ohnehin gereizt sind, dürften damit erhebliche Anfangsschwierigkeiten haben“, vermutet ein Roche-Sprecher. Er verweist auf die „Lernkurve“, die von Asthmatikern bekannt ist, ehe sie erfolgreich mit dem Aerosolspray umgehen können.

Der Zeitfaktor jedoch ist bei den neuen Anti-Grippe-Mitteln besonders wichtig: Sie entfalten ihre größte Wirksamkeit, wenn sie möglichst früh eingenommen werden. Schon am dritten Tag einer Virusgrippe haben sich die Erreger milliardenfach vermehrt – dann können weder Pulver noch Pille ihre Heilkraft entfalten.

Um ihren Mitteln – die nach Ansicht des US-Wirtschaftsblatts „Wall Street Journal“ beiden Firmen einen zusätzlichen Umsatz von jeweils einer Milliarde Mark bescheren könnten – zum Durchbruch zu verhelfen, planen Roche und GlaxoWellcome einen ausgeklügelten Marketing-Feldzug: Wo immer sich in den kommenden Monaten eine Influenza-Welle abzeichnet, sollen in den USA die potenziellen Opfer mit Anzeigenkampagnen auf die neuen Medikamente hingewiesen werden.

In Deutschland, wo Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel nur in Fachzeitschriften erlaubt ist, dürften Pharmavertreter die Arztpraxen stürmen und auf Rezeptausstellung drängen. Dabei können die Glaxo-Leute zusätzliche Argumente vorbringen: Relenza mindert nicht nur die Symptome der Virusattacke. Das Medikament verringert, wie Grippe-Forscher letzte Woche berichteten, offenbar auch die Ansteckungsgefahr. Bei 168 ausgewählten und mit einem Placebo behandelten Familien, von denen wenigstens ein Mitglied vom Influenza-Erreger befallen war, steckte sich in knapp jeder fünften Familie wenigstens ein weiterer Angehöriger an. In einer vorbeugend mit Relenza behandelten Gruppe hingegen lag die Ansteckungsquote bei nur vier Prozent.

Zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht ist folglich gegen einen Einsatz der Medikamente wenig einzuwenden. Im vergangenen Winter kam es in Deutschland durch Influenza zu zwei Millionen Fällen von Arbeitsunfähigkeit, 40 000 Bundesbürger wurden ins Krankenhaus eingewiesen.

Die Gesamtkosten einer durchschnittlichen Grippe-Welle belaufen sich nach Schätzungen des Referenzzentrums für Influenza am Robert-Koch-Institut in Berlin insgesamt auf zwei Milliarden bis drei Milliarden Mark pro Jahr. RAINER PAUL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ARCHÄOLOGIE

Mumien am Weltraumbahnhof

Wer schuf die geheimnisvollen „Linien von Nasca“ in der Wüste von Peru? Forscher haben in dem Gebiet erstmals Siedlungen und einen Friedhof entdeckt. Die Gräber enthalten 2000 Jahre alte halb verweste Leichen.

Anno Däniken, als die Götter noch Astronauten waren, die jüdische Bundeslade ein Elektro-Akku und die Trompeten von Jericho todbringende „Schallkanonen“, existierte nahe der Pazifikküste bei Nasca ein Weltraumbahnhof. Ufos, Raumtaxis und Sternenschiffe knatterten laut röhrend über die Piste – eine schwere Lärmbelästigung für die anwohnenden Steinzeit-Indios.

Die Landebahn, flankiert von zahllosen Peillinien, diente auch als weithin sichtbarer Wegweiser. Schon beim Anflug aus dem Kosmos konnten Aliens und grüne Männchen leichthin erkennen: Hoppla! Fuß vom Gaspedal, die Pampa naht.

Das Szenario, 1968 vom Schweizer Raunemann Erich von Däniken dargelegt, hat die „Linien von Nasca“ berühmt gemacht. Zehntausende von Dreiecken, Spiralen, Zickzacklinien, aber auch Tierbilder von Kolibris, Füchsen oder Kondoren durchziehen die peruanische Wüste. Viele sind über 100 Meter lang.

Die riesenhaften Konturen finden sich fast ausschließlich in einer schmalen, rund 60 Kilometer langen Hochebene, die wie eine Mondlandschaft aussieht. Dunkle Schottersteine bedecken das Terrain. Unter den Felsbrocken schimmert weißer Sand.

Dieses unwirtliche Areal diente den Schotter-Picassos vor etwa 2000 Jahren gleichsam als Leinwand. Die Indios räumten planvoll das schwarze Geröll zur Seite und schufen so Hell-Dunkel-Kontraste. Rund 10 Millionen Kubikmeter Schutt wurden auf diese Weise umgestapelt und geometrisch in Form gebracht – mehr als das Volumen der Pyramiden von Gizeh.

R. DREXEL / BILDERBERG

Wüstenzeichnung von Nasca*: *Rätselhafte Gravuren der Schotter-Picassos*

Aber warum? Dienten die Kontrastlinien als Pilgerwege? Sind es alte Bewässerungskanäle? Manche Forscher glauben, dass die Striche auf Fixsterne und andere Himmelskörper ausgerichtet sind. Nasca sei das „größte Astronomiebuch der Welt“.

* Oben: über 200 Meter lange Vogel-Darstellung; unten: Ende August in Los Molinos ausgegraben.

Indio-Schädel*
Starker Kariesbefall

Was das Phänomen weiter ins Unerklärliche rückt: Auch die Urheber der großflächigen Zeichen schienen von der Vorzeit verschluckt. Auf der unwirtlichen Pampa fanden die Archäologen nur prähistorische „Campingplätze“ – kleine Baracken, die sich höchstens für Kurzaufenthalte eigneten.

Nun wendet sich das Blatt. Unter Leitung des Archäologen Markus Reindel ist ein Grabungsteam in die staubige Terra incognita nahe des Rio Grande eingerückt. 30 mit Spaten bewehrte Indios stehen dem Mann aus Bonn zur Seite. Im letzten Jahr stiegen Flugzeuge auf, um das gesamte Gebiet mit Luftbildern zu kartieren. Die Auswertung erfolgt derzeit an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.

Reindels Großfahndung kann bereits erstaunliche Erfolge vorweisen. Im Palpatal, am Nordrand des Glyphenterrains, stieß der Trupp auf zwei Großsiedlungen mit

Siedlungsreste der Nasca-Kultur*: *Priestersitz mit zyklopischen Mauern*

Begutachtung einer 2000 Jahre alten Indio-Mumie*: *Konservierte Tote aus der Pampa*

zyklopenhaftem Mauerwerk (siehe Karte). In den Ruinen fanden sich Reste von Ponchos, Kartoffelschalen, Kindermumien und leuchtend bemalte Keramik.

Imposant wirkt die Architektur von Los Molinos, wahrscheinlich ein alter Priestersitz. Zehn hallenartige Gebäude wurden dort freigelegt. Jeder Raum ist etwa 150 Quadratmeter groß. Eines der Bauwerke ist mit Knochen von Meerschweinchen und Lamas übersät.

Gleich neben dem Kultzentrum gelang Ende August ein weiterer Sensationsfund. Die Forscher stießen auf einen Friedhof mit halb verwesten Leichen. Insgesamt 35 Tote konnten bislang geborgen werden. Viele der Gerippe sind mit Haut bespannt, Zähne und Haare haben die Zeiten überdauert. „In einigen Köpfen“, sagt Reindel, „stecken noch die Augäpfel.“

Das organische Material, darunter auch verschrumpeltes Gedärm, wird derzeit von peruanischen Pathologen analysiert. Voruntersuchungen ergaben einen starken Kariesbefall der Toten. Grund für ihren guten Erhaltungszustand ist das extrem trockene Klima im Nasca-Gebiet.

Die neuen Entdeckungen haben für einige Verwirrung gesorgt. Bislang galten die Bodenmaler als plumpe Bauern ohne soziale Hierarchie. Die bislang bekannten Siedlungsreste in den Tälern – derbe Lehmhütten, karge Hockgräber – wirken primitiv.

Nun tauchen Protzbauten auf. Auch die zweite Großsiedlung La Muña (bewohnt zwischen 200 und 400 nach Christus) zeugt von Reichtum. Insgesamt zwölf Prunkgräber wurden dort entdeckt. Jedes Grab besaß einen Mauerring. Innen stand ein großer Steinquader, der von einem hölzernen Baldachin überdacht war. Die Toten selbst liegen in über zehn Meter tiefen Kammern.

Anfang letzter Woche hatte sich der Trupp bis auf die Sohle der ersten Skelettgrube vorgekämpft. Seilwinden hievten das Erdreich aus dem Schacht. Doch die Hoffnung auf reiche Beigaben wurde enttäuscht. Im Grabraum lag nur zerbrochene Keramik. Reindel: „Räuber haben die Stätte geplündert.“

Dennoch ist die Mannschaft wohlgemut. Die neuen Pampa-Artefakte beweisen, dass die Nasca-Indios über ein famoses Bewässerungssystem verfügten. Beherzt stachen sie die Nebenarme des Rio Grande an und leiteten das Flusswasser auf die Felder.

Kartoffeln und Kürbisse sprossen auf den Äckern, die Bauern pflanzten Mais und Maniok. In der Umgebung des Kultsitzes Los Molinos haben die Archäologen 50 kleine bäuerliche Siedlungen nachgewiesen – ein Hinweis auf die enorme Bevölkerungsdichte während der Blütezeit der Nasca-Kultur (1 bis 400 nach Christus).

Auch das Leben der Ureinwohner, dargestellt auf bemalter Keramik, lässt sich rekonstruieren. Die Männer trugen Lendenschurz und konische Kappen auf dem Kopf. Frauen waren in Ponchos gehüllt. Weniger vergnüglich lebten die Kinder. An ihre Köpfe wurden Bretter fixiert – Schraubstöcke zur Deformation der Schädel. Die Köpfe wuchsen gurkenartig empor – „möglicherweise ein Zeichen des sozialen Status“ (der US-Anthropologe Donald Proulx).

Warum aber zog das kunsttriebige Volk immer wieder in die lebensfeindliche Hochebene? Bei Los Molinos ist ein 55 Meter langer Wal abgebildet. Weiter im Süden prangen spiralförmige Labyrinthe auf dem Boden, dazu Affen, Spinnen, Blumen und unheimliche Mischwesen. Die größte Vogeldarstellung erstreckt sich über eine Länge von rund 700 Metern.

Und immer wieder Trapeze, Vierecke und geometrische Muster, die wie ein geheimes Koordinatensystem das Gelände durchqueren. Im Fachjargon heißen die gigantischen Strukturen „Scharrbilder“ oder „Geoglyphen“. Worin liegt ihr Sinn? Derzeit werden zwei neue Deutungsansätze diskutiert:

- Die US-Astronomin Phyllis Pitluga hält die Nasca-Figuren für „Abbilder des Kosmos“. Sie zieht Parallelen zwischen den Bodenzeichen und dem „galaktischen Wulst“, einer Verdichtung im Zentrum der Milchstraße.
- Kaum weniger abenteuerlich klingt die Hypothese des amerikanischen Geologen David Johnson. Er glaubt, dass die Linien unterirdische Wasservorkommen markieren.

Keine der Thesen vermag die Zunft zu überzeugen. Doch gerade das Absurde, kaum Fassbare scheint ein Signum der Nasca-Kultur. Der Untergang von Los Molinos (200 n. Chr.) und La Muña (400 n. Chr.) jedenfalls vollzog sich auf gänzlich unwahrscheinliche Art: Beide Großsiedlungen wurden durch wolkenbruchartige Regenfälle und Schlammlawinen zerstört – und das in einem der trockensten Gebiete der Welt.

Meteorologen können sich das Phänomen kaum erklären. Doch die Fahnder von Nasca bleiben bei ihrer Sintflut-These. „Unsere Befunde sind eindeutig“, sagt der Projektleiter Reindel: „Die Nasca-Leute versanken im Matsch.“ MATTHIAS SCHULZ

* In Los Molinos.

Werbeseite

Werbeseite

IFA

Medizinisches Körpertraining: *Stimulation durch Elektroden soll das Muskeltraining im Fitness-Studio ersetzen*

ÄRZTE

„Medizinischer Schrott“

Immer mehr Ärzte versuchen ihren Patienten medizinische Dienstleistungen gegen Bares anzudrehen. Die meisten Angebote sind nicht zu empfehlen.

Es habe eine kleine organisatorische Änderung gegeben, bekam die Patientin aus Bergisch Gladbach bei einem Routinebesuch an der Praxistheke ihres Gynäkologen zu hören. Und schon drückten die eifrigen Helferinnen der überraschten Frau eine umfangreiche Liste in die Hand. Darauf sollte sie ankreuzen, was sie von ihrem Arzt an zusätzlichen Vorsorge-Leistungen wünsche: Ein Ultraschall der Eierstöcke gefällig? Eine Messung der Knochendichte oder eine Blut- und Urinuntersuchung? Kostenpunkt: etwa 75 bis 90 Mark pro Leistung.

Grübelnd saß die Patientin im Wartezimmer. Schließlich entschied sie sich gegen die zusätzliche Diagnostik – doch ein ungutes Gefühl blieb: „Unterschwellig habe ich immer gedacht“, so die 45-Jährige, „wenn ich wirklich gut versorgt sein will, muss ich das machen.“

Wie diese Patientin sind derzeit viele verunsichert. Denn in immer mehr Praxen aller Fachrichtungen, damit ging unlängst auch die Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen an die Öffentlichkeit, kursieren Flugblätter, hängen Preislisten im Wartezimmer aus oder werden Patienten gezielt von Arzt und Praxispersonal auf die Möglichkeit zusätzlicher, privat zu bezahlender Dienstleistungen angesprochen.

In Zeiten, in denen gedeckelte Honorartöpfe kaum noch Gewinnsteigerungen zulassen und die Zahl der lukrativen Privatversicherten begrenzt ist, haben viele Ärzte eine neue Einkommensquelle entdeckt: zahlungskräftige Kassenpatienten.

Angeboten werden zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen (neben gynäkologischer Diagnostik auch der so genannte Intervall-Check, der Facharzt-Check, Sono-Check, Brain-Check und General-Check), kosmetische Korrekturen wie die Entfernung von Besenreiser-Krampfadern, Diätkurse, Raucherentwöhnung, Stoßwellentherapie, Glatzenbehandlung, Naturheilkunde oder Vitamine in Form der alt bewährten „Aufbauspritzen“.

Rund 70 solcher Angebote hat vergangenes Jahr die kassenärztliche Bundesvereinigung gemeinsam mit den ärztlichen Berufsverbänden in der so genannten Igel-Liste („Individuelle Gesundheitsleistungen“) zusammengestellt, die inzwischen in zahlreichen Wartezimmern aushängt. Dort steht zusammengefasst, was aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen herausfällt, weil es nicht notwendig, zweckmäßig oder wirtschaftlich ist.

Tatsächlich haben die meisten der gegen Bares angebotenen Leistungen nach Meinung von Experten vor allem eines gemeinsam: Fast alle Angebote sind weit eher ökonomisch als medizinisch indiziert.

„Der Großteil dieser Leistungen“, sagt AOK-Chef Hans Jürgen Ahrens, „ist medizinischer Schrott.“ Und der Allgemeinarzt Thomas Reimer aus Nideggen urteilt: „Nützt nichts, schadet nichts, ist aber gut für die Kasse.“

In manchen Praxen ist gegen Cash sogar eine „umweltmedizinische Wohnraumbegehung“, eine „Schlafprofilanalyse“, eine „Sonnenlicht- und Hauttyp-Beratung“ oder ein „medizinisches Körpertraining“ zu haben, bei dem die Stimulation durch Elektroden das schweißtreibende Muskeltraining im Fitness-Studio ersetzen soll.

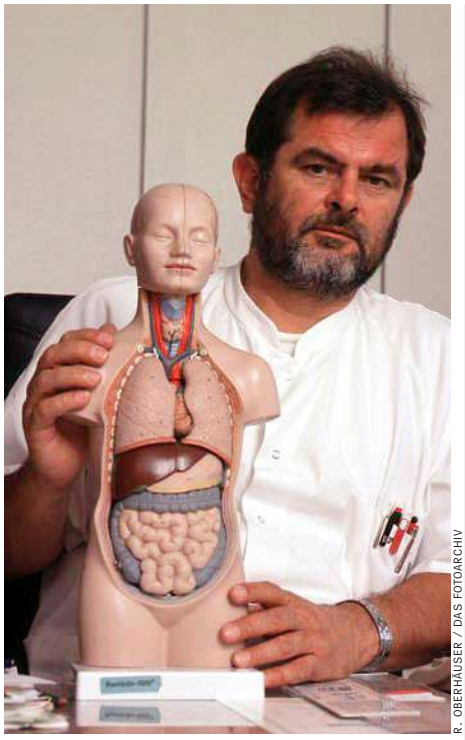
Nur die wenigsten Angebote sind, wie beispielsweise eine Ultraschalluntersuchung der Eierstöcke zur Krebsfrüherkennung, in bestimmten Fällen tatsächlich medizinisch sinnvoll – dann allerdings übernimmt die Krankenkasse in der Regel die Kosten. Vor anderen Igel-Leistungen wird sogar gewarnt: Eine Blutuntersuchung zur Früherkennung von Prostatakrebs („PSA-Test“) beispielsweise bringt häufig falschpositive Ergebnisse und damit unnötige Sorgen und Operationen mit sich.

Doch egal wofür – offensichtlich ist die Bereitschaft zu zahlen bei den Patienten groß. Rund 8,9 Milliarden Mark wurden 1998 allein für Medikamente aus eigener Tasche bezahlt. Davon profitierten vor allem die Apotheker. Nun wollen auch die Ärzte ihr Stück vom Kuchen abhaben. Immerhin 77 Prozent der Praxisbesucher, rechnete ein Vertreter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung im „Deutschen Ärzteblatt“ vor, seien bereit, auch ihren Doktor für medizinische Dienstleistungen bar zu bezahlen.

Und immer mehr Ärzte sind bereit, das auszunutzen. Zwar sind die lange prophe-

Werbeseite

Werbeseite



R. OBERHÄUSER / DAS FOTOARCHIV

Allgemeinmediziner Altrogge
„Die jungen Kollegen stehen unter Druck“

zeiten Massenpleiten bisher ausgeblieben und das Einkommen der meisten Mediziner liegt noch immer um ein Vielfaches über dem durchschnittlichen Gehalt ihrer Patienten. Doch insbesondere weil sie in der Regel erst ein halbes Jahr später erfahren, was sie tatsächlich verdient haben, ist die Verunsicherung bei vielen niedergelassenen Ärzten groß. Wer weiterhin komfortabel leben will, darin stimmen fast alle überein, tut bei den Plänen der Gesundheitsreformer gut daran, sich ein zusätzliches Einkommen außerhalb der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen zu sichern.

Insbesondere in der Generation der Ärzte, die zwischen 35 und 45 Jahre alt sind und sich erst vor kurzem niedergelassen haben, „ist der Druck groß“, sagt der Allgemeinmediziner Harald Altrogge aus Duisburg: „Die hoch verschuldeten jungen Kollegen suchen teilweise verzweifelt nach neuen Einkommensmöglichkeiten.“

Besonders jüngere Mediziner sind häufig bereit, gegen Bares fast alles zu tun. „Ich kenne drei Kollegen“, erzählt beispielsweise ein Arzt aus dem Ruhrgebiet, „die spritzen in Fitness-Centern Doping-Mittel für 100 Mark die Spritze, schwarz auf die Hand. Diese Mittel können zwar die Leber zerstören, aber wenn man das Geld sieht, drückt man eben mal ein Auge zu.“

Andere implantieren Brillanten in Schamlippen und machen auch sonst jeden Unsinn mit, den die Patienten wünschen. „Wenn bei uns eine käme“, meint eine Frauenärztin sarkastisch, „und wollte in Vollnarkose auf dem gynäkologischen Stuhl die Fußnägel lackiert haben, würden wir selbst das machen.“

Inzwischen wird nicht mehr nur am Stammtisch, sondern ganz offen über die richtigen Verkaufsstrategien diskutiert. Die Ärztekammern bieten Weiterbildungen zur Igel-Liste, zum Praxismanagement und zur verkaufsorientierten Gesprächsführung an. In den Standesblättern werden regelmäßig Tipps zur Steigerung des Praxisumsatzes gegeben.

„Im Selbstzahlermarkt“, schreibt beispielsweise Theresia Wölker in der „Ärztezeitung“ in ihren „Tipps für die Arzthelferin“, „stecken für engagierte Praxisteams große Wachstumspotenziale. Diese gilt es aufzuspüren und professionell zu nutzen.“ Weil Patienten ihre Entscheidungen überwiegend aus dem Bauch heraus träfen, sei es „wichtig, bei Beratungsgesprächen und Angeboten an das Gefühl zu appellieren“.

Insbesondere ältere Menschen, sagt Allgemeinmediziner Altrogge, könnten kaum beurteilen, ob etwas medizinisch wirklich notwendig ist: „Da muss man mal nur den Laborzettel angucken und ‚Oh je, oh je‘ sagen, dann machen die schon, was man will.“ Einige seiner Kollegen, behauptet er, würden Rentnerinnen regelrecht abzocken und ihnen unnötige Diätkurse, Bachblütentherapien oder Spritzen andrehen. „Wenn die nicht wollen, sagt man zur Not eben: ‚Tja, dann kann ich nichts mehr für Sie tun.‘ Und dann wollen sie es doch.“

Ärztliche Zuneigung und Zeit, so der Allgemeinmediziner, müssten sich inzwischen viele Patienten regelrecht erkaufen. Auch in vielen im Wartezimmer ausliegenden Informationsblättern, kritisiert die Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen, werde subtil mit der Angst der Patienten gespielt.

Neuerdings tun sich sogar Gruppen von Ärzten zusammen, um die Patienten gemeinsam mit Angeboten zu ködern. Elf Frauenärzte aus Ratingen beispielsweise empfehlen eine ganze Reihe von zusätzlichen Vorsorgeuntersuchungen „als sinnvolle Ergänzung“. Durch das gemeinsame Auftreten, so eine Mitarbeiterin der Verbraucher-Zentrale, entstehe der Eindruck von noch größerer Autorität des Arztes und dass es zudem sinnlos sei, den Doktor zu wechseln. „Solche Werbung“, urteilt die Juristin der Verbraucher-Zentrale, Astrid Albrecht, „missbraucht das Vertrauen der Patientinnen zu ihrem Arzt und verstößt deshalb gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.“

Zwar gehen nicht alle Ärzte beim Erschließen neuer Einkommensquellen ähnlich aggressiv vor, doch auch bei vielen ursprünglichen Idealisten ist der Druck groß. „Wenn ich wirklich nur das medizinisch Sinnvolle machen würde“, erzählt eine Gynäkologin aus dem Ruhrgebiet, „ginge ich Pleite.“ Mindestens 40 Prozent ihrer Zeit, sagt sie, gehe ausschließlich für betriebswirtschaftliche Tätigkeiten drauf.

Einige Ärzte versuchen, sich wenigstens eine kleine ethische Nische zu schaffen, um sich ein bisschen von ihrem früheren Idealismus zu bewahren. Die einen engagieren sich privat für Tumor- oder Aidskranke – während sie Patienten mit anderen Diagnosen eher gleichgültig abfertigen. Andere kompensieren das merkantile Übergewicht ihres Berufs mit alter Standesmoral wie ein Allgemeinmediziner aus der Nähe von Köln: „Kollegen behandle ich selbstverständlich umsonst!“

Wieder andere sind noch erfinderischer: „Ich arbeite nach dem Robin-Hood-Prinzip“, erzählt eine Frauenärztin. „Bei ärmeren Patientinnen mache ich einiges umsonst. Aber wenn jemand mit Goldkettchen kommt, biete ich etwas an, wofür selbst bezahlt werden muss.“ Veronika Hackenbroch

FROMMANN / LAIF

Blutuntersuchung im Labor: *„Nützt nichts, schadet nichts, ist aber gut für die Kasse“*

FOTOS: B. v. HOOK

Besucher vor 3-D-Leinwand in der „Spider-Man“-Bahn (Fotomontage): *„Ihr solltet eigentlich gar nicht hier sein!“*

COMPUTER

Das Gehirn gibt auf

Seekrank durch Computergrafik: US-Konstrukteure haben eine virtuelle Achterbahn gebaut, die durch dreidimensionale Projektionen und computergesteuerte Bewegungseffekte die Sinne austrickst. Die Besucher fühlen sich in ein Comic-Abenteuer katapultiert.

Die Halle ist in flackerndes Zwielicht gehüllt. Unter der Decke windet sich ein Labyrinth schwarz gestrichener Laufstege. Manchmal steht Scott Trowbridge, 33, hier oben und freut sich über die spitzen Schreie, die im Minutentakt zu ihm hinaufgellen. „Ist das nicht ein herrliches Geräusch?“, fragt er mit schelmischem Grinsen.

In der Draufsicht sieht alles ganz harmlos aus: In kleinen Wägelchen, die auf Schienen laufen, fahren Besuchergruppen durch eine verwinkelte Kulisse. Hier und da schlingern und drehen die Waggons ein wenig, aber sonst wirkt das ganze nicht viel aufregender als eine Kleinbahn auf der Bundesgartenschau.

Ganz anders aus der Perspektive der Besucher: Sie fühlen sich in die Luft geschleudert, rasen auf Wände zu oder stürzen in die Tiefe. Trowbridge ist zufrieden. Seine Computereffekte überwinden scheinbar die Gesetze von Gravitation und Geometrie.

Der im Sommer eröffnete Vergnügungspark „Universal Studios – Islands of Adventure“ in Orlando, Florida, ist reich an Angriffen auf die Magenmuskulatur. Von

Konstrukteur Trowbridge: *Sturz in 100 Meter Tiefe*

weitem sichtbar sind die Schleifen und Loopings der „Incredible Hulk“-Achterbahn, die Mitfahrer in eine künstliche Lagune zu schießen scheint, und der 60 Meter hohe Turm von „Doctor Doom’s Fearfall“, der einige Sekunden freien Fall verspricht. Auf der korkenzieherartig verwundenen „Dueling Dragons“-Bahn sind spektakuläre Beinahe-Zusammenstöße Teil des Programms.

Doch die technisch aufwendigste Attraktion verbirgt sich in einem vergleichsweise bescheidenen Gebäude von der Größe einer Sporthalle: Rund 100 Millionen Dollar haben Entwicklung und Bau von Trowbridges’ „Spider-Man“-Bahn gekostet.

Die Story ist aus dem prallen Comic-Leben gegriffen: Das verbrecherische „Syndikat“ hat mit einer „Antigravitationskanone“ die Freiheitsstatue vom Sockel gehoben und entführt. Unerschrockene Reporter – diesen Part übernehmen die Parkbesucher – nehmen die Fährte auf, entdecken das sanft dahinschwebende Wahrzeichen New Yorks und geraten prompt in die Fänge der Finsterlinge, die ihnen glatt den Garaus machen würden, käme nicht der Spinnennetze schleudernde Superheld „Spider-Man“ in letzter Sekunde zu Hilfe.

Auf 13 riesigen Leinwänden wird die Szenerie ausgebreitet. Fährt ein Wagen vorbei, rattern in schalldichten Kabinen

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

bullige Filmprojektoren los und zeichnen mit gleißendem Licht eine virtuelle Kulisse auf die Bildfläche.

„Solche Maschinen gibt es in keinem Kino“, erklärt Trowbridge stolz. Je zwei elektronisch synchronisierte Projektoren werfen ein Stereobild, bestehend aus Einzelbildern für linkes und rechtes Auge, auf die Leinwand. 7000 Watt müssen die Lampen leisten, denn von dem Licht kommt nur ein Drittel bei den Zuschauern an. Diese tragen dunkle Sonnenbrillen mit Polarisationsfiltern, die dafür sorgen, dass linkes und rechtes Auge nur das jeweils ihnen zugedachte Bild wahrnehmen.

Der Effekt der detailscharfen Projektion ist verblüffend: Aus den engen Leinwandkorridoren um den Schienenstrang wird in der virtuellen Realität ein lang gestrecktes Lagerhaus. Unvermittelt scheinen die Comic-Gestalten den Mitfahrern direkt ins Gesicht zu springen. „Hydro-Man“ holt mit einem massiven Stahlrohr zum Vernichtungsschlag aus, und jeder duckt sich unwillkürlich, wenn die Waffe den Wagen zu zerschmettern droht.

„Es ist erstaunlich, wie leicht sich das Gehirn täuschen lässt“, meint Trowbridge. Allerdings hilft er der Illusion auch mit allen erdenklichen Tricks nach.

So sind die Wagen, wie der Besucher nach wenigen Metern merkt, alles andere als harmlose Gefährte. In ihrem Sockel verbirgt sich ein komplizierter Bewegungssimulator. Sechs elektrisch angetriebene Aktuatoren bewegen die Sitze, von drei Computersystemen präzise kontrolliert, entlang jeder möglichen Drehachse.

Auch wenn sich die Wagen nur einige dutzend Zentimeter hin- und herbewegen, kann die in Sekundenbruchteilen applizierte Beschleunigung dem Gleichgewichtsorgan fast beliebige Geschwindigkeiten vorgaukeln.

Bei der Wartung in der Werkstatt spult ein Waggon sein Repertoire ab: Heftig bebt und zittert das über sechs Tonnen schwere Gefährt, dann vollführt es unvermittelt eine ganze Drehung. „Ihr solltet eigentlich

Besucher in der „Spider-Man“-Bahn: *Vernichtungsschlag mit dem Stahlrohr*

gar nicht hier sein!“, schnarrt Spider-Man aus den eingebauten Lautsprechern: Ein digitales Soundsystem mit 16 Kanälen ist Teil der Bordelektronik. Auf der Bahn sind die eingespielten Tonfetzen auf einige Tausendstelsekunden mit der Lautsprecheranlage in der Kulisse synchronisiert. So entsteht auch im Klang ein dreidimensionaler Raum.

Der brachiale Bewegungsapparat der Fahrzeuge stammt von dem Rüstungsunternehmen Moog, das sonst Komponenten für Panzer und Raketen baut. „Diese Leute wissen, wie man Sachen konstruiert, die was aushalten“, erläutert Trowbridge.

„Es ist erstaunlich, wie leicht sich das Gehirn täuschen lässt“

Das spüren auch die Fahrgäste: Wenn der Bösewicht „Electro“ auf ihr Fahrzeug aufzuspringen scheint, ein Starkstromkabel aus der Wand reißt und die blanken Drähte in das Gefährt stößt, geht ein Beben durch die Sitze, das einem echten Stromstoß vermutlich wenig nachsteht.

Kein Sinnesorgan, das Trowbridge nicht hereinlegen könnte. Verborgene Gebläse pusten den Reisenden Fahrtwind ins Gesicht. Wenn „Doctor Octopus“ auf der Leinwand den Flammenwerfer zündet, wallt echte Hitze auf, und das virtuelle Wasserwesen „Hydro-Man“ versprüht ein paar reale Tropfen. Das Geheimnis der Hightech-Achterbahn, die in Wahrheit gar keine ist, liegt in der präzisen Choreografie aller Effekte.

„Als wir vor vier Jahren mit den Planungen begannen, wollte keiner glauben, dass wir 3-D-Projektionen mit Fahrzeugen kombinieren könnten“, erzählt Trowbridge. Normalerweise verfliegt nämlich die Illusion der Raumbildprojektion, sobald sich die Zuschauer auch nur ein bisschen bewegen. Der 3-D-Eindruck aus Einzelbildern für linkes und rechtes Auge fügt sich nur aus einer einzigen Blickrichtung schlüssig zusammen.

Nach einigen Experimenten fanden die „Spider-Man“-Designer die Lösung: Sie schrieben ein Computerprogramm, das die Bewegung der Zuschauer in das 3-D-Modell einbezieht.

Fast drei Jahre bastelten die Computergrafik-Spezialisten der Firma Kleiser-Walczak an den nur wenige Minuten dauernden Comic-Animationen. Unter strenger Geheimhaltung hatten sie sich in ein ausgedientes Kino in North Adams, Massachusetts, zurückgezogen, um die Leinwandkreationen im Maßstab 1:1 zu begutachten.

Das „Squinching“-Programm verzerrt die 3-D-Bilder so, dass für den bewegten Zuschauer eine stabile Perspektive entsteht.

Auf den Projektionsflächen dehnen und strecken sich die Häuserfronten und Straßen der Comic-Stadt surreal mal in die eine, mal in die andere Richtung. Für den Gast in der Gondel hingegen entsteht der Eindruck, er fahre an einer massiven Fassade vorbei. Jedes Filmbild der Projektoren ist mit der Position der Fahrzeuge auf ein paar Zentimeter genau synchronisiert.

Nach einigen Szenen mit exakt dosiertem Gerüttel und Geschüttel, nach Lichtkanonaden und Klangattacken, gibt das Gehirn auch den letzten Versuch auf, die Realität im Griff zu behalten. Zum Finale zieht „Doctor Octopus“ noch mal die Antigravitationskanone und katapultiert die Besucher in den Nachthimmel über Manhattan empor.

Sekundenlang schlingert das Fahrzeug scheinbar unkontrolliert über den Dächern, dann stürzt es vornüber in die Häuserschlucht. Niemand, der da nicht die Hände um die Haltegriffe krampft, angstvoll nach Taschen greift oder schützend seine Sprösslinge festhält.

Trowbridge auf dem Steg unter der Hallendecke spielt vor Vergnügen Luftgitarre zum hämmernden Soundtrack. „Jetzt fallen sie 100 Meter in die Tiefe“, kommentiert er und ahmt täuschend echt das dämonische Gelächter des Bösewichtes nach.

JÜRGEN SCRIBA

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FOTOS: D. MEIDNER / BPK (li. o.); MARCO (li. u.); SUCCESSION PICASSO / VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: BPK (re. o.); ARTOTHEK (re. u.)

„Revolution“ von Meidner (1912/13); „Friedenstaube“ von Picasso (1962); Arno Breker, Albert Speer, Speer-Büste (um 1941); „Tiger“ von Marc (1912)

Das Jahrhundert der Massenkultur

Die Malerei der Moderne

Die Künstler der europäischen Avantgarde brachen radikal mit der Vergangenheit, ihr Fortschrittsglaube war absolut. Mit ihrer Sympathie für linke oder rechte Utopien gerieten sie jedoch oft in die Nähe von totalitären Regimen, die einen „neuen Menschen“ formen wollten. Inzwischen ist jede Gewissheit verloren, Unordnung herrscht in der Kunst.

Picasso-Gemälde „Guernica“ (1937): *Die heilige Stadt der Basken in Schutt und Asche gelegt*

Das Salz der Wahrheit

Von Susanne Weingarten

Am 26. April 1937, einem Montag, kamen die Menschen zum Wochenmarkt in die baskische Kleinstadt Guernica. Sie standen nach Lebensmitteln an und tauschten Nachrichten von den Gefechten aus, die andernorts tobten. Bis um 16.30 Uhr war der 26. April in Guernica so friedlich, wie ein Tag im Krieg nur sein kann. Dann erklangen die Kirchenglocken: Fliegeralarm.

Eine schwere schwarze Ju 52 tauchte am Himmel auf, kreiste im Tiefflug über der Stadt und warf sechs Bomben ab. Dann verschwand sie. Kurz darauf ein weiteres Flugzeug. Wieder Bomben. Schließlich kamen die deutschen Angreifer in Wellen, etwa drei Stunden lang. Mit Spreng- und Brandbomben legten sie Guernica, die heilige Stadt der Basken, in Schutt und Asche. In Guernica starben wohl mehr als 1600 Menschen. Es war das bis dahin größte Terrorbombardement der Kriegsgeschichte.

Kurz danach reagierte der Maler Pablo Picasso auf die Schreckenstat. Er hatte den Auftrag angenommen, für den republikanischen spanischen Pavillon bei der Weltausstellung in Paris ein Kunstwerk anzufertigen. Jetzt verwarf er das vorgesehene Thema und begann stattdessen, ein Requiem für die Opfer des Massakers von Guernica zu skizzieren.

Wenige Wochen später war das Gemälde fertig, geschaffen wie aus dem Affekt: mehr als sieben Meter breit, grau in grau, voll wehklagender Gestalten, die ihr Entsetzen und ihre Verzweiflung in den todbringenden Himmel schreien. Weit aufgerissene Augen, dramatisch ausgestreckte Arme: ein kubistisch durcheinandergewirbeltes Chaos von rennenden, fallenden, niedergestreckten Menschen und Tieren. Panik, Schmerz, Tod. „Guernica“ ist eines der größten Kunstwerke dieses Jahrhunderts.

Mit „Guernica“ bekannte sich Pablo Picasso erstmals lautstark zur republikanischen Sache. Das radikal moderne Monumentalgemälde, das in Picassos Entwicklung völlig unerwartet und unvorhersehbar dasteht, signalisierte der Welt: Ja, ich stelle mich gegen die Faschisten. Ich klage ihr Massaker an – und ich fordere Aufklärung. „Guernica“ war im Augenblick seines Entstehens ein aktuelles politisches Bild, ein gemaltes „J’accuse“.

Nie wieder haben sich Kunst und Zeitgeschichte in diesem Jahrhundert so dramatisch ineinander verstrickt wie im Fall von „Guernica“. Als ein deutscher Soldat Jahre nach dem Bombardement Picassos Atelier in Paris aufsuchte und an der Wand eine Abbildung des Gemäldes entdeckte, fragte er den Maler: „Haben Sie das gemacht?“ Picasso antwortete: „Nein, Sie!“

Die Verbindung zwischen moderner Kunst und Politik zieht sich durch alle Dekaden: Am Anfang des Jahrhunderts sah sich die Kunst Europas enthusiastisch als revolutionäre Vorhut politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, als „Avantgarde“ eben; sie wollte gegen Gleichgültigkeit und Ungerechtigkeit antrommeln, sie verstand sich als absolut und umfassend in ihren Ansprüchen, sie träumte hochfliegend-idealistisch von Errettung, vom neuen Menschen und von besseren Welten. Ohne die Koppelung an gesellschaftspolitische Utopien ist die Moderne gar nicht denkbar.

Später, als Aufbruchsoptimismus und Fortschrittsgläubigkeit der ersten Jahrzehnte durch Weltkriege und den Schre-

SUCCESSION PICASSO / VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: BPK

cken des Faschismus zunichte gemacht worden waren, sah sich die Moderne als kritische, privilegierte Kommentatorin, die das Weltgeschehen quasi von einem archimedischen, außerhalb der Gesellschaft liegenden Punkt aus begutachten konnte.

Indem sie auf ihrer Freiheit von allen gesellschaftlichen Verpflichtungen beharrte, richtete sich die moderne Kunst in einem Außenseiterstatus ein – einem Status, der es ihr erlaubte, mit immer neuen ästhetischen Strategien zu provozieren, Tabus zu brechen, den „guten Geschmack“ zu attackieren und das Salz der Wahrheit in die gesellschaftlichen Wunden zu streuen.

Fast immer blieb die Kunst der Moderne so eine bewusste Begleiterin ihrer Ära: „Jedes Kunstwerk ist Kind seiner Zeit“, argumentierte 1911 der russisch-deutsche Maler Wassily Kandinsky (1866 bis 1944).

Als Kind ihrer Zeit geriet die Kunst aber auch immer wieder ins Kreuzfeuer des Geschehens; gerade in Deutschland wurde sie harsch an ihre Abhängigkeit von der Macht erinnert. Die Diffamierungskampagne der Nationalsozialisten gegen die „Entartete Kunst“, die genau im selben Jahr in der berüchtigten Münchner Großausstellung kulminierte, in dem auch „Guernica“ entstand, mahnt bis heute, dass kein Pinselstrich im ideologiefreien Raum getan wird.

Fast gleichzeitig entwickelten sich in verschiedenen europäischen Staaten am Jahrhundertbeginn Avantgarde-Bewegungen, die zum Aufbruch in eine neue Zeit drängten. Häufig wussten sie voneinander, und wenn sie auch ganz unterschiedliche ästhetische Strategien verfolgten und unzählige Gruppen, Schulen und Stile bildeten, so waren sie doch verwandt in ihrem Streben nach einer Einheit von Kunst und Leben.

Ihr Hang zu großspurigen programmatischen Erklärungen – nie wurden eifriger Manifeste verfasst als zwischen 1900 und 1930 – verrät die Entschlossenheit, eine Wirkung zu erzielen, die weit über den Zirkel ihrer Atelierfreunde hinausreichte.

Nirgendwo schienen die Zeichen der Zeit günstiger für einen solchen Aufbruch als in Russland. Denn hier traf die ästhetische Revolte zusammen mit dem konkreten politischen Kampf gegen den Zarismus. Nach der Oktoberrevolution 1917, die das erste bolschewistische Regime an die Macht brachte, engagierte sich die Avantgarde voll schwärmerischem Eifer. Sie wolle „immer mit dem Banner der Revolution in den ersten Reihen des menschlichen Fortschritts“ marschieren, erklärte die Malerin Ljubow Popowa (1889 bis 1924).

Mit Malerei, Skulptur und Grafik, aber auch Fotografie, Architektur, Reklame und Entwürfen für Gebrauchsgüter wie Kleidung und Geschirr versuchten die Avantgardisten, die Menschen in ihrem Alltag zu erreichen – und sie zu neuen sowjetischen Idealmenschen zu erziehen. Der Maler und Bildhauer Wladimir Tatlin (1885 bis 1953) verstand sich als „Organisator des täglichen Lebens“.

Der Traum währte nur wenige Jahre. Im erbitterten Kampf um die reine ästhetische Lehre zersplitterte die Avantgarde in immer neue Gruppen und Grüppchen. Ihr langes Sterben wurde begleitet von einer neuen Wirtschaftspolitik, die Anfang der zwanziger Jahre eine begrenzte Privatinitiative in der Wirtschaft zuließ. Dadurch versickerte das Projekt des gesellschaftlichen Aufbaus, für das sich die artistischen Kollaborateure begeistert hatten. Als Stalin 1932 alle freien Künstlerverbände verbieten ließ, war der Elan der Avantgarde schon lange aufgezehrt – und aus ihrer unschuldigen Himmelsstürmerei war eine schuldhafte Verstrickung mit einem totalitären System geworden.

Nahezu parallel zum russischen Aufbruch hatte sich in Italien der Futurismus formiert, der ebenfalls auf fatale Weise der Politik verfallen sollte: als einer der wichtigsten Claqueure des Faschismus.

„Die gefräßigen Bahnhöfe, die rauchende Schlangen verzehren“, wollte der italienische Dichter Filippo Tommaso Marinetti (1876 bis 1944) besingen, dazu „die Brücken, die wie gigantische Athleten Flüsse überspannen“, „die Abenteuer suchenden Dampfer“ und „die breitbrüstigen Lokomotiven, die auf den Schienen wie riesige, mit Rohren gezäumte Stahlrosse einherstampfen“.

Maschinen und Technik begeisterten Marinetti: Sie kündeten von einer neuen, aufregenden Ära, die dem Menschen den Rausch der Geschwindigkeit verhieß. Dieser neuen Zeit wollten sich Marinetti und seine Mitstreiter – Maler wie Giacomo Balla, Carlo Carrà und Umberto Boccioni, aber auch Schriftsteller, Bildhauer, Architekten, Theatermacher und Musiker – mit einer neuen Ästhetik stellen.

1909 hatte Marinetti in der Pariser Zeitung „Le Figaro“ das erste Manifest des Futurismus publiziert, in dem er behauptete, „ein aufheulendes Auto“ sei „schöner als die Nike von Samothrake“; etliche weitere programmatisch-provozierende Schriften sollten folgen.

AMW

Deutsche Ju 52 über Spanien*: *Angriff in Wellen*

Der Futurismus war die erste Avantgarde-Bewegung, die sich im damals verschlafenen und rückständigen Italien formierte; das erklärt die fast krampfhafte Begeisterung für alles Neue, die mit einem brennenden Hass auf die Werte der Vergangenheit einherging. Die Einwohner von Venedig, so schlug Marinetti etwa auf einem Flugblatt vor, das er – angeblich in 800 000 Exemplaren – vom Campanile auf den Markusplatz flattern ließ, sollten ihre Stadt in Trümmer legen, um sie aus Stahl und Beton neu erstehen zu lassen. Die Futuristen, stets enthusiastisch, exaltiert und

* Während des Bürgerkriegs (1936 bis 1939).

„Nur der lebt, der seine Überzeugungen von gestern verwirft.“

Kasimir Malewitsch, russischer Avantgardist (1878 bis 1935)

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

dem Pathos zugetan, traten als Fürsprecher jener totalen Umwertung aller Werte auf, die der deutsche Philosoph Friedrich Nietzsche gepriesen hatte: Auch den Krieg sahen sie daher als großen Erneuerer. Er sei „unsere einzige Hoffnung, unsere Existenzberechtigung und unser Wille“, begeisterte sich der Vordenker Marinetti.

Dieser Militarismus und Nationalismus, gepaart mit dem von Nietzsche übernommenen Glauben an ein Übermenschentum, machten ihn und andere zu Aposteln des aufkeimenden Faschismus: 1924 publizierte Marinetti, seit langem ein Freund und Weggefährte des „Duce“ Benito Mussolini, ein Werk, in dem er den Futurismus zum faschistischen Kunststil erklärte.

Die Kriegsbegeisterung hatten die italienischen Avantgardisten mit ihren deutschen Kollegen geteilt. Auch in deren Ateliers war jahrelang die romantische Sehnsucht nach einer gewaltsam-absoluten Katharsis geschürt worden: der Krieg als Großreinemachen in einer alten Gesellschaft, die als ermattet und dekadent verdammt wurde.

„Der Krieg ist ebenso sehr Sühne als selbstgewolltes Opfer, dem sich Europa unterworfen hat, um ‚ins Reine‘ zu kommen mit sich“, schrieb der Maler Franz Marc (1880 bis 1916), eines der wichtigsten Mitglieder der Expressionistengruppe „Der Blaue Reiter“, 1915 in einem Brief an seine Frau. Da diente er bereits in der deutschen Armee; ein Jahr danach fiel der Kriegsfreiwillige in der Schlacht von Verdun.

Andere Opfer waren sein Bonner Kollege und Freund August Macke (1887 bis 1914), der gleich im ersten Kriegsjahr starb; und Sohn Peter der Berliner Bildhauerin Käthe Kollwitz (1867 bis 1945), der in Flandern fiel. Der österreichische Maler Oskar Kokoschka (1886 bis 1980) wurde 1915 durch einen Kopfschuss an der galizischen Front schwer verletzt; und der „Brücke“-Künstler Ernst Ludwig Kirchner (1880 bis 1938) kehrte als körperliches und seelisches Wrack vom Schlachtfeld zurück – seine Verzweiflung hielt er dramatisch in seinem „Selbstbildnis als Soldat“ (1915) fest.

Die meisten Maler und Bildhauer stiegen zutiefst verstört aus den Schützengräben, erschüttert durch die Begegnung mit einer Wirklichkeit, deren grauenhafter Leichengeruch so gar nicht passen wollte zu der hochfliegenden Emphase, mit der sie ausgezogen waren. „Krieg war für mich Grauen, Verstümmelung und Vernichtung“, schrieb der Berliner Maler George Grosz (1893 bis 1959). „Und als dann in ein paar Jahren alles versandete, als man besiegt war, als alles kaputtging, da blieb jedenfalls bei mir und bei fast allen meinen Freunden nur Ekel und Grauen zurück.“

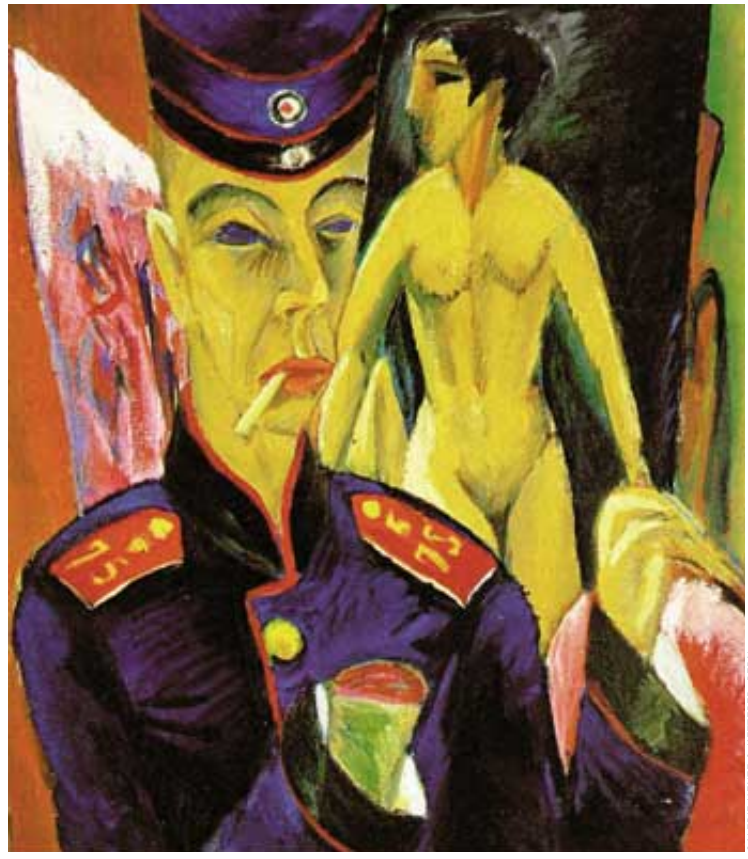
Der Erste Weltkrieg, anonym und hoch technisiert, hatte ein weltanschauliches Vakuum hinterlassen, eine „große Leere“ (Grosz). Die Hoffnungen auf eine Wiedergeburt in Feuer und Stahl waren zerplatzt – ihren Platz nahmen nun einerseits Pazifismus und Kriegsanklage ein, etwa in Kollwitz’ Fanalbild „Nie wieder Krieg!“ (1924), andererseits Sarkasmus und apokalyptische Schwärze.

Neue Schulen und Stile bildeten sich: Das Bauhaus, das von 1919 an in Weimar, später in Dessau, zum geistigen Zentrum einer breit gefächerten Avantgarde-Gruppe wurde, verfolgte zwar in seinen ersten Jahren ein hochfliegendes, an den Idealen mittelalterlicher Handwerksgilden ausgerichtetes Programm, propagierte aber ab Mitte der zwanziger Jahre eine sachlich-modernistische Ästhetik, die an den Segen des Apparatefortschritts glaubte. „Vor der Maschine ist jedermann gleich“, schrieb 1923 der Bauhaus-Lehrer László Moholy-Nagy. „Die Technologie kennt keine Tradition und kein Klassenbewusstsein. Das ist unser Jahrhundert: die Technologie, die Maschine, der Sozialismus.“

Daneben tobte die aggressive, anarchische Dada-Bewegung, die ihre Geburtsstunde 1916 im Zürcher „Café Voltaire“ erlebt hatte, aber bald auf andere Kunstmetropolen Europas übergriff. Die Berliner Dadaisten übernahmen in der Weimarer Republik die Rolle des Geistes, der stets verneint: Sie stilisierten sich zu Rebellen gegen eine träge Gesellschaft, die von Großkapital und Militär regiert wurde.

Ihre Waffen waren die Satire, das Spektakel, das Chaos, der Quatsch, das Lachen – eine Radikalkur wider alle tradierten ästhetischen Werte. „Sie wollen Tumult, wollen nichts als lächerlich machen, auflösen, zertrümmern“, echauffierte sich ein Zeitungsrezensent angesichts eines Dada-Abends im Jahr 1919.

Der Tumult, der die wacklige Weimarer Demokratie zum Einsturz brachte, kam schließlich – aber statt Dada brachte er



GALERIE HENZE & KETTERER, BERN

Kirchner-Gemälde „Selbstbildnis als Soldat“ (1915): *Zutiefst verstört*

LITERATUR

STEPHANIE BARRON (Hrsg.): „‚Entartete Kunst‘. Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland“. Hirmer Verlag, München 1992; 422 Seiten – *Kunsthistorische Analyse der Kampagne gegen die „Entartete Kunst“ und ihrer Auswirkungen auf die Künstler.*

TOBY CLARK: „Kunst und Propaganda. Das politische Bild im 20. Jahrhundert“. DuMont Verlag, Köln 1997; 171 Seiten – *Darstellung der problematischen Nähe von Kunst und Politik in den ideologischen Konflikten unserer Zeit.*

ECKHART GILLEN (Hrsg.): „Deutschlandbilder. Kunst aus einem geteilten Land“. DuMont Verlag, Köln 1997; 654 Seiten – *Aufsatzsammlung über deutsche Künstler in Ost und West seit 1945, die sich mit ihrem Land beschäftigen.*

GEORGE GROSZ: „Ein kleines Ja und ein großes Nein. Sein Leben von ihm selbst erzählt“. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1974/1995; 290 Seiten – *Autobiografie des Malers, zugleich gelebte Zeitgeschichte.*

WERNER HAFTMANN: „Malerei im 20. Jahrhundert“. Prestel-Verlag, München 1999; zwei Bände, 615 und 417 Seiten – *Das bei Erscheinen 1954 heftig debattierte deutsche Standardwerk der Nachkriegszeit.*

CHARLES HARRISON UND PAUL WOOD (Hrsg.): „Kunsttheorie im 20. Jahrhundert“. Verlag Gerd Hatje, Ostfildern 1998; zwei Bände, 672 und 778 Seiten – *Anspruchsvoll kommentierte Quellensammlung.*

PETER-KLAUS SCHUSTER u. a. (Hrsg.): „Das XX. Jahrhundert. Ein Jahrhundert Kunst in Deutschland“. Nicolai Verlag, Berlin 1999; 660 Seiten – *In 77 Aufsätzen wirft der Katalog der aktuellen Berliner Großausstellung Schlaglichter auf die deutsche Kunstentwicklung.*

Werbeseite

Werbeseite

ULLSTEIN BILDERDIENST

VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: BPK

Hitler in der Ausstellung „Entartete Kunst“, „Selbstbildnis mit Judenpass“ von Nussbaum (1943): *„Von der Liste gestrichen“*

Hitler an die Macht. „Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor“, warnte Käthe Kollwitz im Januar 1933, „wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind.“ Dieser Kraftakt sollte scheitern.

Im selben Jahr emigrierten bereits der Grafiker John Heartfield (1891 bis 1968), die Maler Paul Klee (1891 bis 1968), Wassily Kandinsky und George Grosz, zwei Jahre später Ludwig Meidner (1884 bis 1966). Vor seiner Flucht malte Klee, aus seinem Lehramt gejagt, das prophetisch anmutende Gemälde „Von der Liste gestrichen“. Der jüdische Maler Felix Nussbaum (1904 bis 1944) irrte mehrere Jahre durch Europa und wurde schließlich nach dem deutschen Einmarsch in Belgien verhaftet. Er entkam einem Lager in Bordeaux und tauchte unter. 1943 zeigte er sich, mit flackerndem, angstvollem Blick, auf seinem „Selbstbildnis mit Judenpass“. Ein Jahr darauf wurde Nussbaum in Auschwitz umgebracht.

Die Nationalsozialisten, mit dem kläglich gescheiterten Kunstmaler Hitler an ihrer Spitze, hatten sich begierig eine Diffamierungsmethode zu Eigen gemacht, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts populär war. Als „entartet“ hatte damals der Schriftsteller und Mediziner Max Nordau die „geschriebenen oder gemalten Delirien“ der Avantgarde seiner Zeit charakterisiert. Aus der psychiatrischen Kategorie war eine pseudoästhetische und kulturpolitische geworden.

Der Beigeschmack der krankhaften Abweichung blieb am Begriff haften. Eine rassistische Kampfschrift namens „Kunst und Rasse“ stellte 1928 Fotografien kranker oder missgebildeter Menschen neben Porträts und Aktbilder moderner Maler. Mit dieser Parallelisierung wurde die Geschichte der Moderne zur Krankengeschichte umgeschrieben, deren Patienten durch den gesunden Volksgeschmack „kuriert“ werden mussten.

Die Kampagne gegen die „Entartete Kunst“ kulminierte 1937 in der großen Münchner Schandausstellung, die etwa 300 Gemälde, 25 Skulpturen und 400 Grafiken von 112 Künstlern verschiedenster Stilrichtungen der Moderne an den Pranger stellte. Alle Werke waren erst knapp drei Wochen zuvor aus deutschen Museen beschlagnahmt worden.

Als Gegenideal zur „kranken“ Avantgarde versuchten die Nazis eine „gesunde“ Volkskunst zu etablieren, die sich teils auf antikisch-klassische Vorbilder berief, teils einen naiv-pausbackigen Naturalismus pflegte. Aber die bildende Kunst sollte in der NS-Propaganda nie eine vergleichbare Bedeutung erlangen wie die wesentlich effektiveren Sparten Architektur, Film und Rundfunk.

VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: AKG

Kollwitz-Plakat (1924)
Zerplatzte Hoffnungen

Lange galt der Hass, mit dem die Nazis die Avantgarde verfolgten, als quasi zwangsläufiges Gefühl: Die Nazis mussten die Moderne verabscheuen, weil diese für eine geistige Unabhängigkeit und Größe, für ein kritisches Engagement und eine innere Freiheit stand, die dem NS-Staat nur gefährlich werden konnten. Aber diese Gleichung geht nicht restlos auf.

Die Kunst der Moderne war nicht nur unschuldiges Opfer totalitärer Ideologien. „Hat die Avantgarde Züge, die sie mit den gewaltsamsten Regimen verbindet, die Europa jemals gesehen hat?“, fragte 1997 provozierend-überspitzt der französische Kunsthistoriker Jean Clair, „und hat sie sich, anstatt sich für die Sache der menschlichen Freiheit einzusetzen, zum Komplizen ihrer Herrschaftsansprüche gemacht?“

Ketzerisch war die Frage, denn bis vor kurzem galt im Westen als nahezu undenkbar, die politische Korrektheit der Avantgarde anzuzweifeln. Ihre Angehörigen waren Lichtgestalten des Fortschritts und der Freiheit – geschützt nicht zuletzt durch die gesellschaftliche Verklärung des „artiste“ als prophetischem, außerhalb der Ordnung stehendem Rebellen. Aber Clairs Frage ist nicht so abwegig, wie sie vielleicht wirkt.

Denn zu konstatieren ist nicht nur die Zustimmung der italienischen Avantgarde zum Faschismus; auch die sowjetischen Staffelei-Träumer begleiteten eine gesellschaftliche Entwicklung, die schließlich in einer sozialistischen Schreckensdiktatur endete; und in ihrer Kriegsschwärmerei

zeigten auch die deutschen Maler der späten Kaiserzeit ihre Empfänglichkeit für radikale gesellschaftliche Heilsversprechungen. Die Goebbels-Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ hätten sicher viele von ihnen bejaht.

Selbst manche derjenigen, die von den Nazis als „entartet“ verfemt wurden, etwa der nordfriesische Maler Emil Nolde (1867 bis 1956), waren dem NS-Gedankengut in den Anfangsjahren des Dritten Reiches begeistert zugetan.

Lassen sich diese Verstrickungen ausreichend dadurch erklären, dass Kunstschaffende als Individuen ebenso fehlbar sind im politischen Urteil wie alle anderen? Handelt es sich um tragische, aber doch zufällige Fehlentwicklungen, in denen die Avantgardisten stets das Gute wollten, aber das Furchtbare (mit) schufen?

Oder erklärt sich die Anfälligkeit mancher Avantgarde-Bewegungen für die Verheißungen totalitärer gesellschaftlicher Systeme eventuell aus ihren eigenen gedanklichen Prämissen?

Die Moderne sah ihre Aufgabe immer darin, Tabula rasa zu machen. Der radikale Bruch mit allem Alten war eine *Conditio sine qua non* ihres ästhetischen und gesellschaftlichen Denkmusters. Vergangenes war Ballast, den es abzuwerfen galt; sie pflegte den Mythos der voraussetzungslosen Selbsterschaffung. „Nur der lebt“, behauptete der russische Avantgardist Kasimir Malewitsch, „der seine Überzeugungen von gestern verwirft.“

Stattdessen huldigte die Moderne einem absoluten Fortschrittsglauben: Morgen statt Gestern, Jugend statt Erfahrung, das Neue statt des Alten. Ihr Streben war auf den Aufbruch gerichtet, auf das Unvorhergesehene. Dadurch geriet sie in eine Endlosspirale, in der sie sich atemlos immer wieder selbst überbieten musste.

Dieses geschichtsverweigernde Programm wurde denkbar, weil die Moderne von vielen der Aufgaben befreit war, die jahrhundertelang die Kunst geprägt hatten – etwa von der Erwartung, sie habe die Welt buchstäblich „abzubilden“ (das übernahm im 19. Jahrhundert die Fotografie), und von ihrer Verpflichtung, mächtigen Auftraggebern wie Hof, Staat oder Kirche die ästhetische Verzierung ihres Herrschaftsanspruchs zu liefern (das Auftragssystem wurde, ebenfalls im 19. Jahrhundert, vom Kunstmarkt abgelöst).

Dadurch erhielt die Kunst die Freiheit, sich ausschließlich mit sich selbst zu befassen. „Ich male keine Frauen“, hatte bereits der französische Maler Henri Matisse (1869 bis 1954) erklärt, „ich male Bilder.“

Vermutlich lauert in dieser Freiheit, die den Bruch der Avantgarde mit dem Vergangenen ermöglichte, in ihrem radikalen Anspruch und ihrem Heilsversprechen, die Welt und den Menschen neu und besser zu schaffen, die Gefahr, sich totalitärem Gedankengut anzunähern. Den „Neuen Men-

schen“ wollten auch Stalin und Hitler formen – wenngleich mit anderen Mitteln als die idealistische Avantgarde.

Nach dem Ende des Nazi-Staats galt die Moderne, die innerhalb weniger Jahre durch große Ausstellungen rehabilitiert worden war, lange als unangefochtene Größe. Gerade das Brandmal der „Entartung“ entlastete paradoxerweise die Maler der Nachkriegszeit: Als Avantgardisten waren sie der Täterwelt schon entkommen.

Das Abstrakte, zur „Weltsprache der Kunst“ ausgerufen, beherrschte die Nachkriegszeit im Westen, denn Naturalismus und Realismus waren Feindesland: besetzt von der NS-Volkskunst, aber auch von der DDR-Staatsdoktrin, die behauptete, dass „die Idee der Kunst der Marschrichtung des politischen Kampfes“ zu folgen habe, wie der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl 1951 bekannt gab. Der Kalte Krieg fand auch an den Staffeleien statt.

Dort standen im Westen die abstrakten Maler und schwiegen – ausnahmsweise – lautstark zu Fragen der Zeit. „Zero ist die Stille. Zero ist der Anfang“, erklärte 1959 programmatisch eine Schrift der gleichnamigen Gruppe.

Es sollte noch mehrere Jahre dauern, bis sich einzelne Künstler wieder zum alten politischen Avantgarde-Enthusiasmus aufrafften und versuchten, das gesellschaftliche Komplott des Verschweigens und Vergessens aufzudecken. Der Eichmann-Prozess, 1961 in Jerusalem geführt, entlarvte die „Nullpunkt“-Rhetorik der jungen Republik als jämmerliche Flucht vor der eigenen Geschichte.

Aber wer in den sechziger und siebziger Jahren auch mit gesellschaftlichem Anspruch antrat, ob die vom Dadaismus inspirierten Fluxus-Krakeeler, ob die „Kapitalistischen Realisten“ oder die „Pathetischen Realisten“, ob frauenbewegte Provokateurinnen wie Valie Export, ob der flammende Polit-Maler Jörg Immendorff mit seinem „Café Deutschland“-Zyklus – so recht wollte der Geist der Avantgarde trotz der 68er-Revolte nicht mehr sprühen.

Vielleicht hatte sich einfach zu viel Geschichte in den Köpfen der Menschen angesammelt, um weiter die Geschichte zu unterschlagen. Vielleicht war der Quell des unermüdlichen Fortschrittsglaubens endgültig versiegt. Oder es hatten sich die wichtigsten Strategien der Avantgarde, gerade der Schock und der Tabubruch, durch ihre jahrzehntelange Wiederholung ganz einfach verbraucht.

Vielleicht stand die Moderne inzwischen auch zu sehr im Einvernehmen mit dem gesellschaftlichen Mainstream, als dass sie noch den Anspruch erheben konnte, eine kritisch-sinnstiftende Stimme zu liefern.

Jedenfalls war die Moderne das geworden, was sie niemals werden wollte: historisch. Eine markante Endzeitgestalt, deren Ästhetik bereits weit in die Postmoderne hineinragt, fand sich in dem großen deutschen Zauberer Joseph Beuys (1921 bis 1986). In seinem Auftreten war er ein klassischer Avantgarde-Provokateur, umstritten, befehdet und verlacht. Wie viele vor ihm hoffte er, dass sich „die zukünftige Gesellschaftsordnung nach den Gesetzmäßigkeiten der Kunst formen“ werde; er wollte die Revolution, strebte die Vereinigung von Kunst und Leben an.

Aber Beuys wagte auch den Rückgriff auf Mythen, er pflegte die Spurensuche im eigenen Leben und in der Geschichte; und er begegnete der Aufklärung, der sich die Moderne verschrieben hatte, mit dem Verweis auf die Spiritualität, ohne die keine Freiheit zu erlangen sei.

Beuys war zweifelsohne eine Übergangsfigur zwischen Moderne und Postmoderne. Heute, am Jahrhundertende, herrscht eine große, verwirrende Unordnung in der Kunst, ein lähmender Stellungskrieg der Gedanken, Thesen und Theorien, der komplizierten Zuordnungen und Infragestellungen und der noch komplizierteren Verneinungen.

Eine einfache Glaubensformel, die Kunst und Gesellschaft zusammenbringen könnte, ist angesichts der Abwesenheit jedweder Gewiss-heiten und Verbindlichkeiten nicht mehr denkbar. Die Avantgarde, die einst eine solche Formel für sich gefunden und praktiziert hatte, ist tot. „Dada war provokant“, sagt der amerikanische Gegenwartskünstler Mike Kelley, „aber heute ist Provokation zu nichts mehr gut. Sie verhindert Kommunikation.“

Auch als Widerstandsnest taugt die Kunst nicht mehr. Und zum Genie oder Rebellen kann sich der Künstler nur noch mit ironisch gebrochener Geste erklären. Die Künstler der Gegenwart irren wie Hänsel und Gretel durch den Wald der großen Erzählungen. Ihrer tradierten Identität beraubt, können sie nicht anders, als den Glauben an das unverbrauchte Neue zu belächeln. Andere Selbstbestimmungen sind daher dringend gefragt: Einzelne Künstler der Postmoderne versuchen derzeit, sich umzudefinieren als „Dienstleister“ an der Gesellschaft statt als Erwecker.

Was hätte wohl Picasso dazu gesagt?

VG BILD-KUNST, BONN 1999

Künstler Beuys (1971): *Spurensuche im eigenen Leben*

Susanne Weingarten, 35, ist SPIEGEL-Redakteurin.

DIE THEMENBLÖCKE IN DER ÜBERSICHT: I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN; II. … DER ENTDECKUNGEN; III. … DER KRIEGE; IV. … DER BEFREIUNG; V. … DER MEDIZIN; VI. … DER ELEKTRONIK UND DER KOMMUNIKATION; VII. … DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 50 JAHRE BUNDESREPUBLIK; VIII. … DES SOZIALEN WANDELS; IX. … DES KAPITALISMUS; X. … DES KOMMUNISMUS; XI. … DES FASCHISMUS; XII. … DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 40 JAHRE DDR; XIII. DAS JAHRHUNDERT DER MASSENKULTUR

Werbeseite

Werbeseite

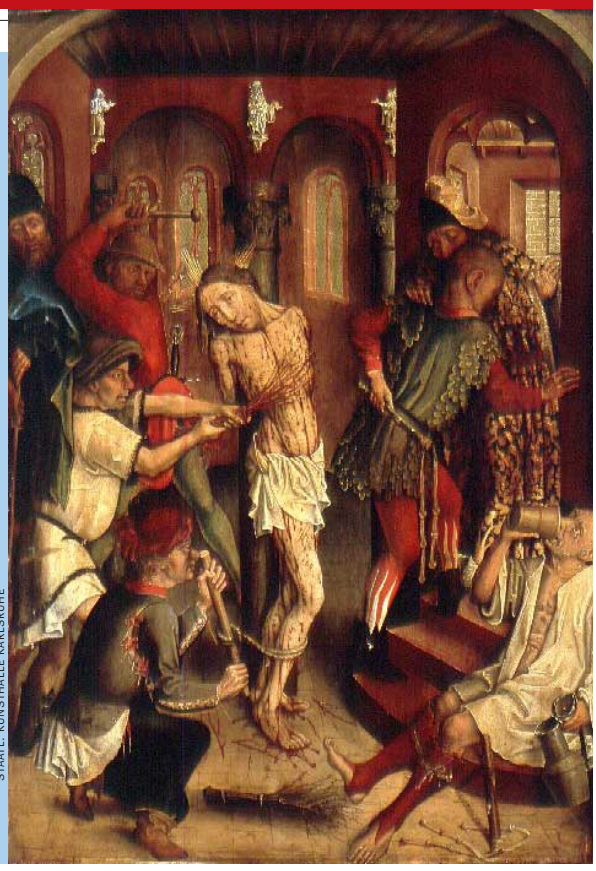
Werbeseite

Werbeseite

KUNSTMARKT

Karlsruher Glück mit der „Geißelung Christi“

Die Gelegenheit schien schon verpasst, nun wird die „Karlsruher Passion“ doch weiter komplettiert. Das so genannte Altar-Ensemble aus der Zeit um 1450 konnte Klaus Schrenk, Direktor der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, mit dem Ankauf einer „Geißelung Christi“ von fünf auf sechs Bildtafeln aufstocken (eine weitere hängt in Köln). Für Schrenk ist seine Erwerbung, die von dieser Woche an öffentlich gezeigt wird, „das qualitätvollste Stück des Spätmittelalters, das in den letzten 20 Jahren auf den Markt gekommen ist“. Als voriges Jahr die verschollene, nur noch durch ein altes Foto bekannte „Geißelung“ aus südfranzösischem Privatbesitz in einem Pariser Auktionshaus auftauchte, überredeten die Karlsruher mögliche Konkurrenten wie das Getty Museum oder die National Gallery in London zur Biet-Abstinenz und das französische Kulturministerium zu einer Ausfuhrgenehmigung. Doch bei der Versteigerung im Dezember schlug ein privater Interessent zu: Die Londoner Kunsthandelsfirma Colnaghi überbot die Karlsruher und erwarb die Bildtafel für rund 10 Millionen Mark. Weil aber die Absprache der Museen weiter hielt, fand Colnaghi keinen anderen Abnehmer – und verkaufte schließlich an die Kunsthalle: zu einer nicht genau genannten Summe aus diversen Stiftungsmitteln, die für den Zwischenhändler nur „relativ geringen Gewinn“ (Schrenk) enthält.



STAATL. KUNSTHALLE KARLSRUHE

Kunsthallen-Ankauf „Geißelung“

ARCHITEKTUR

Heim ohne Heimeligkeit

Sieben von zehn Deutschen möchten am liebsten in einem Einfamilienhaus wohnen, also wird drauflos gebaut: Allein in diesem Jahr entstehen über 250 000 Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser. Doch die allermeisten, über 90 Prozent, entstehen ohne individuellen architektonischen Beistand – Fertighausfirmen machen das Geschäft. Folge: „Es gibt viel zu viele schlechte Einfamilienhäuser“, so sagt zumindest der Hamburger Architekturpublizist Holger Reiners. Um zu zeigen, was stattdessen möglich wäre, hat er sich als Mäzen betätigt und einen Preis speziell für diese Bauform gestiftet. Am Dienstag dieser Woche wird die Auszeichnung erstmals verliehen – je 7000 Mark für drei Preisträger. Die halten, wie ihre Entwürfe zeigen, wenig von sonst beliebten, lieblichen Heimeligkeit-Symbolen wie Rundbogenportalen, Erkern und Giebelchen. Zwei Siegerhäuser, beide aus der Schweiz, sind modernistisch streng: flache Dächer, klare Linien. Auch das dritte Haus, vom Münchner Büro Heil & Aichele, fällt schlicht aus, ohne Vorsprünge oder Dachüberstände. Als einziges Merkmal verweist das gute alte Spitzdach auf bodenständige Tradition. Prognose: karg und kostspielig – der gemeine Häuslebauer wird überrascht, aber wohl kaum entzückt sein.

Preisgekröntes Eigenheim (Heil & Aichele)

VERLAGE

„Über mehrere Stühle hinweg“

Die Szene der Wissenschaftsverlage war in Aufregung, als die beiden Lektoren Ende vergangenen Jahres wegen „gründlicher Unzufriedenheit“ ihren Posten aufgaben: Friedhelm Herborth, 59, und Horst Brühmann, 48, hatten das Theorie-Programm im Suhrkamp Verlag zu legendärem Renommee geführt. Wohin würden sich die erfahrenen Geistes-Koordinatoren wenden? Nun ist es heraus: Unter dem Namen „Velbrück Wissenschaft“ starten sie von kommendem Frühjahr an eine Buchreihe, die bei einer sonst wenig bekannten Vertriebsfirma in der Nähe von Köln erscheint. Gleich fürs erste Halbjahr sind kapitale Brocken von Gelehrten wie Günter Dux („Historisch-genetische Theorie der Kultur“), Hans Joas oder Peter Bürger angekündigt, dazu eine Werkausgabe des Psychologen Karl Bühler. Nicht zwischen den Stühlen, sondern „über mehrere Stühle hinweg“, so umschreibt Brühmann den Anspruch. Er und Herborth stehen mit Namen, aber auch als Gesellschafter für das Unternehmen. Partner sind DuMont-Verlagsleiter Andreas von Stedman und der Chef des Göttinger Wallstein Verlages, Thedel von Wallmoden, der den Viererbund ausheckte. Konkurrenz für Suhrkamp? „Ach nein“, meint Wallmoden – er könne sich langfristig sogar eine Zusammenarbeit vorstellen.

K. HILL

Brühmann, Herborth

LITERATUR

Kopf unter Wasser

Es ist eine überschaubare Welt, von der Terézia Mora erzählt. Eine Bushaltestelle, ein Schwimmbad, ein Fußballplatz, eine Zuckerfabrik, eine Kneipe – in dem kleinen, namenlosen ungarischen Dorf kommt alles in der Einzahl vor. Die Grenze umschließt den Ort und zieht sich durch sämtliche Geschichten. In einer von ihnen wartet ein Mädchen an Heiligabend sehnlichst auf den Großvater. Er will einen Fremden nach Österreich führen, an einer Stelle, wo die Grenze quer durch das Schilf eines schlammigen Sees verläuft. In anderen Texten geht es um einen jungen Grenzsoldaten, dessen Kollege eines Nachts von Flüchtlingen erschossen wird, oder um die junge Kellnerin, die das Buffet im Nationalpark betreibt, am höchsten Punkt gelegen, von wo der Blick weit in die Ferne schweifen kann. Alle zwölf Geschichten dieses spröden, schönen Bands sind aus der Perspektive von Kindern oder Jugendlichen erzählt, meist Mädchen, die in zweierlei Hinsicht an der Grenze leben: an der zu Österreich und an der zur Erwachsenenwelt. Sie wundern sich über das Leben, wollen es entdecken und bekommen es doch noch nicht zu fassen.

Die ungarische Autorin und diesjährige Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin Mora, 28, ist zweisprachig aufgewachsen, hat sich aber Deutsch als literarische Sprache verordnet, weil sie, wie sie sagt, ihre Worte da besser zügeln könne. So erzählt sie schnörkellos vom isolierten Leben in der Provinz, vermeidet pittoreske Milieustudien und unterbricht den Erzählfluss durch Traumbilder und Gedankensplitter. Ein trotziger, erstaunlich sicherer Stil – besonders prägnant in der preisgekrönten Erzählung „Der Fall Ophelia“. Die Heldin zieht im kalten Schwimmbad ihre Bahnen, sie ist eine Außenseiterin, die mit jedem Zug nicht nur besser schwimmen, sondern auch selbständiger leben lernt. Als ihr am Ende ein Junge den Kopf unter Wasser drückt, befreit sie sich aus eigener Kraft: „Ich tropfe vor die Füße meines Feindes. Ich sage zu ihm, und das Sprechen schmerzt in der Brust: Selbst dazu bist du zu blöd.“

Terézia Mora: „Seltsame Materie“. Rowohlt Verlag, Reinbek; 256 Seiten; 32 Mark.

Kino in Kürze

JAUCH UND SCHEIKOWSKI

Cardinale, Kinski

„Mein liebster Feind“. Trauerarbeit, die sich in Spaß verwandelt: Acht Jahre nach dem Tod seines tobsüchtigen Lieblingsstars Klaus Kinski kehrt Regisseur Werner Herzog, der seither keinen Spielfilm realisiert hat, an ein paar Schauplätze ihrer exotischen Drehabenteuer zurück, erzählt Anekdoten und wärmt mit Partnerinnen wie Eva Mattes oder Claudia Cardinale Erinnerungen auf. So gewinnt seine Huldigung für den genialischen Unhold, mit allerlei unveröffentlichtem Material gefüttert, erstaunlichen Unterhaltungswert. Im Schlepptau des Gedächtniswerks kehren auch zwei der fünf Herzog-Kinski-Unternehmungen in unseren Programmkino-Kreislauf zurück, **„Nosferatu“** und **„Cobra Verde“**, leider die beiden wohl schwächsten. Für hartgesottene Aficionados kommt auch erstmals das monomane Schauerwerk in deutsche Kinos, für das Kinski sich in seinen letzten Jahren als Autor, Regisseur und Star verausgabt hat: **„Kinski Paganini“**, eine rauschhafte Phantasie über den romantischen „Teufelsgeiger“. Weder kann Kinski Violine spielen, noch überzeugt er als unermüdlicher Mädchenschänder, doch pulsiert in dieser unerträglich narzisstischen Selbstverherrlichung eine Verzweiflung, die rührt.

KUNST

Lotsen im Hügelland

Als ob es darum ginge, Schiffe durch ein dunkles, wild bewegtes Meer zu lotsen, so blinkt es nachts über dem Hügelland: Im Toskana-Städtchen Casole d’Elsa und auf vier

Rehberger-Lampen („Montevideo“) in

AUSSTELLUNGEN

„Ich bin auf Entzug“

Die Autorin und ehemalige Chefredakteurin („Bunte“, „Elle“, „Ambiente“) Beate Wedekind, 48, über ihr Berliner Ausstellungsprojekt „Pictureshow“ im Kunsthof in der Oranienburger Straße

N. BOTSCH / ACTION PRESS

Wedekind

SPIEGEL: Frau Wedekind, warum sind Sie jetzt auch noch unter die Galeristen gegangen?
Wedekind: Ich habe immer schon Kunst gesammelt und will nun junge, interessante Künstler vorstellen, die es verdienen, bekannt zu werden.

SPIEGEL: Können Sie davon leben?
Wedekind: Nein. Das will und muss ich nicht. Die Künstler schenken mir jeweils eine Arbeit, das ist mein Lohn. Ansonsten lebe ich von anderen Projekten. Ich organisiere die „Goldene Kamera“ und die Eröffnung des Sony-Centers, und für meinen neuen Roman habe ich einen schönen Vorschuss bekommen.
SPIEGEL: Spielt das Werk in der Künstlerszene?
Wedekind: Nee, das Buch handelt eher von denen, die es sich leisten können, Kunst zu kaufen.
SPIEGEL: Reizt es Sie nicht viel mehr, den Berliner Zeitungsmarkt aufzumischen?
Wedekind: Und wie. Ich bin ein Medienjunkie und im Moment leider auf Entzug. Blatt machen ist einfach geil. Ich kenne so viele Geschichten, die ich gerne lesen würde, aber nirgendwo gedruckt finde.
SPIEGEL: Welche?
Wedekind: Zum Beispiel über die Verschwendung von „Vergütungen“ an Bundestagsabgeordnete beim Berlin-Umzug.

Buren-Flaggen in Poggibonsi

Colle di Val d'Elsa

FOTOS: R. MENSING

weiteren Kuppen ringsum hat der aus Island stammende Künstler Olafur Eliasson, 32, bunte Lampen als „Leuchttürme" installiert, so dass sich ihre Richtstrahlen wie ein immaterielles Liniennetz über die Gegend spannen. „Die Konzeptkunst verlässt die Galerien" lautet diesmal die Devise der international besetzten herbstlichen Freiluft-Schau „Arte all'arte" (Kunst zu Kunst) in sechs Kommunen der Region (bis 8. Dezember). Zwar verführt das Motto bisweilen zu prätentiöser Routine, so den Amerikaner Joseph Kosuth, der eine Altstadt-Loggia in San Gimignano mit einem ortsbezogenen Walter-Benjamin-Zitat dekoriert, regt aber in Glücksfällen, wie bei Eliasson, anschaulich-witzige Gedankenspiele an. Der Deutsche Tobias Rehberger beleuchtet in Colle di Val d'Elsa einen gewölbten Gang mit 200 Lampen lokaler Glasbläser und lässt per Internet-Signal das Licht angehen, wenn es in Südamerika Nacht wird (Titel: „Montevideo"). Der französische Konzept-Veteran Daniel Buren beflaggt Ruinen der Medici-Festung Poggibonsi 180fach mit seinem neutralen, als Emblem einer Kriegspartei betont untauglichen Streifenmuster in allen Regenbogenfarben. Derzeit an den Pariser Champs-Elysées gehisste Buren-Fahnen flattern da nicht halb so schön.

BESTSELLER

Struwwel-Harry als Gipfelstürmer

Abrakadabra, ein kleiner Zaubererjunge knackt den Jackpot. Nummer eins der Bestsellerliste der renommierten „New York Times Book Review": „Harry Potter und der Gefangene von Askaban". Nummer zwei: „Harry Potter und die Kammer des Schreckens". Nummer drei: „Harry Potter und der Stein der Weisen". Damit besetzt das Gesamtwerk der britischen Kinderbuchautorin Joanne Rowling die Spitze der amerikanischen Liste, die Erfolgsgeschichte (SPIEGEL 37/1999) nimmt neue Rekordhürden. Das amerikanische Magazin „Time" widmet den Harry-Potter-Büchern die jüngste Titelgeschichte seiner Europa-Ausgabe und fragt verblüfft: „What on earth is going on here?" – Was in aller Welt ist hier los? Potter, die Hauptfigur der Romane (deutsch im Carlsen Verlag) ist eigentlich ein Unglückswurm. Harry, im ersten Band elf Jahre alt, trägt eine Brille, struwwelige Haare, das einzig Besondere an seinem Aussehen: eine blitzförmige Narbe auf der Stirn. Die wurde ihm als Baby verpasst, als der böse Lord Voldemort versuchte, Harry und seine Eltern zu töten. Die Eltern starben, nur Harry überlebte und muss nun bei seiner garstigen Tante und dem ekligen Onkel ein kärgliches Dasein fristen. Rettung für Harry: Er entdeckt, dass er hexen und so seine Ideen von Gerechtigkeit und Würde auf magische Weise umsetzen kann. Und das finden die kleinen Leser offenbar zauberhaft.

Am Rande

Gottesgeschenke

Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe, heißt es (Psalm 127,2), wobei nicht ganz klar ist, ob der Herr schläft oder die Seinen. Jüngsthin neigt Gott eher zu Erweckungen, und die Seinen kommen nun aus Kreisen, die nie besonders verschlafen gewirkt haben.

US-Präsident Clinton etwa. Vergangene Woche, bei einem traditionellen „Gebetsfrühstück", sprach er: „Ich bin, wie nur wenige Menschen, von der reinen Kraft der Gnade und unverdienter Vergebung durch Gnade berührt worden." Gott habe ihm verziehen.

Auch die Regensburger Fürstin Mariae Gloria von Thurn und Taxis spricht neuerdings in Engelszungen. Vergangene Woche, in einer „Alltagspredigt"-Reihe in der lokalen Schlosskirche St. Emmeram, berichtete sie von der „Kraft des Gebetes", die ihr geholfen habe, als sie, plötzlich (1990) verwitwet, „mit drei kleinen Kindern allein in der Welt stand".

Woher das dramatische Outing von Präsident und Fürstin, während der gemeine Mann weiter schläft? Ist Gott immer mit den stärkeren Bataillonen?

Dem Zigarrenraucher Clinton hat er aus einer Patsche namens Lewinsky geholfen: Die Ansicht kam dem Präsidenten nach einem Jahr Bibelstunden bei drei Pastoren. Die Fürstin, nach eigenen Worten einst eine „verrückte Nudel", erhielt ohne Beistand das „Geschenk des Glaubens".

Es liegt was in der Luft, und die entfährt einem Pop-Idol, dem Mannheimer Soul-Sänger Xavier Naidoo, 28: „Babylon ist überall", sagt er, „Amerika geht unter." Auch Naidoo griff zur Bibel. „Gott hilft mir", sagt er, „er ist die Nummer eins in meinem Leben." So wird der Herr im Himmel zum Hit des Millenniums.

FILMINDUSTRIE

Goldrausch in der Kinowelt

Die Börsengänge deutscher Verleih- und Filmfirmen mischen die Branche auf. Das Geld privater Investoren sorgt für Produktionseifer und Einkaufswut – und lässt manche fragen: Muss der deutsche Film überhaupt noch mit Steuergeldern gefördert werden?

Ausgerechnet ein rappeldoofer Prolet, der sein Geld in Bölkstoff – vulgo: Bier – anlegt statt in Aktien, wird von Börsianern in diesen Tagen heftig angefeuert. Denn je erfolgreicher der norddeutsche Klempner-Azubi Werner im Zeichentrickfilm „Werner – Volles Rooäää!!!“ auf seiner aufgemotzten Schüssel über die Leinwände kesselt, desto besser stehen die Chancen für die Aktien seiner Verleihfirma, der Münchner Constantin Film, die Mitte September am Neuen Markt gestartet ist.

Bisher hat der arbeitsscheue Comic-Held die Spekulanten nicht enttäuscht: 1,8 Millionen Besucher wollten sich bisher am „Fäkalstau in Knöllerup“ (so der Untertitel des Werks) ergötzen; den Kurs der Constantin-Aktie konnte Werners Siegestour aber bislang trotzdem nicht beflügeln.

Die sonderbare Allianz zwischen Börse und Film ist neu in Deutschland, kunstversessene Regisseure müssen sich an das tägliche Studium der Aktienkurse erst gewöhnen. In den letzten anderthalb Jahren sind mehrere größere Unternehmen der Kinobranche an die Börse gegangen und sammelten immenses privates Kapital.

In einem Wirtschaftszweig, in dem jahrzehntelang fast ausschließlich finanzschwache Donald Ducks watschelten, machen sich plötzlich einige Dagobert Ducks breit.

Constantin-Film „Der große Bagarozy“*: *Flirt mit dem Teufel*

RIRO-PRESS / BUNTE

Constantin-Chef Eichinger (r.) beim Börsengang*
„Ist doch toll, was das für Energie bringt“

„Mich erinnert dieser Run auf die Börse an den Goldrausch in Kalifornien“, sagt Werner Koenig, Inhaber der Münchner Produktionsfirma Helkon Media („Nichts als die Wahrheit“) – was ihn allerdings nicht daran hindert, voraussichtlich am 11. Oktober ebenfalls an die Börse zu gehen. Erwartet werden Einnahmen in Höhe von 150 bis 175 Millionen Mark.

Diese ungewohnten Summen erschüttern das Gesamtgefüge der deutschen Filmwirtschaft. Aus einer Minibranche wird derzeit eine richtige Medienindustrie. Die betroffenen Verleiher, Produzenten und Filmförderer, sonst gern zerstritten, sind sich einig darin, dass der Börsenerfolg ihre Branche aufgewertet habe. Selbst die Banken, so ein Produzent beglückt, seien jetzt willens, stattliche Beträge in riskante Filmprojekte zu stecken. „Es gibt mehr Wettbewerb“, sagt Hanno Huth, 46, Chef der Berliner Produktions- und Verleihfirma Senator Film („Aimée & Jaguar“, „Südsee, eigene Insel“), die im vergangenen Winter an die Börse ging. „Außerdem wird die Branche durch die Börsengänge transparenter.“

„Der Markt ist sehr belebt worden“, konstatiert auch Martin Hagemann, 41, Geschäftsführer der kleinen Berliner Produktionsfirma Zero Film („Viehjud Levi“). „Es

* Links: mit Thomas Haffa, dem Vorsitzenden der EM-TV, am 13. September in Frankfurt am Main; rechts: mit Corinna Harfouch.

wird sehr viel, sehr schnell, mit sehr viel Geld produziert und ins Kino gebracht."

Die Aktiengesellschaften zahlen hohe Preise für Stoffe, binden die begabtesten Kreativen an sich, schachern mit hohem – manchmal zu hohem – Einsatz um die Rechte an erfolgsträchtigen Filmen und verschaffen sogar kleineren Produzenten Lohn und Brot, indem sie jene Projekte an diese „outsourcen", die sie selbst nicht mehr bewältigen können. Außerdem drücken die neuen Börsenplayer ihre Filme mit weit größerem PR-Einsatz als früher und mit hohen Kopienzahlen in den Markt. Ein deutscher Film wie Roland Suso Richters Mengele-Thriller „Nichts als die Wahrheit" (SPIEGEL 38/1999) wäre vor wenigen Jahren niemals mit 148 Kopien gestartet worden.

Ob das dicke Aktiengeld mittelfristig auch zu besseren Filmen führen wird, weil beispielsweise mehr in die Drehbuchentwicklung – eine viel beklagte Schwachstelle deutscher Filme – investiert wird, ist noch nicht abzusehen.

Denkbar ist auch, dass jede Vielfalt durch die Kommerzialisierung verloren geht und sei „nicht als absoluter Mainstream-Film angelegt", gibt Eichinger zu.

Vielleicht wird sich der Markt auch aufteilen in solche Liebhaberfilme und in sehr große, kommerzielle Projekte – etwa die Dietrich-Biografie „Marlene", die Joseph Vilsmaier derzeit für knapp 18 Millionen Mark in Europa und den USA dreht.

Bislang jedenfalls scheint das Engagement der Aktiengesellschaften die Qualität der Filme keineswegs zu heben. Besorgt beobachtet Dieter Kosslick, 51, Geschäftsführer der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen, die Veränderung des Markts: „Wenn die enormen Gelder jetzt nicht in die Infrastruktur investiert werden, verpassen wir eine große Gelegenheit, dieser Industrie auf die Sprünge zu helfen."

Mehr Fördergelder will Kosslick vor allem in die Nachwuchs-Ausbildung stecken – und er sähe es gern, wenn sich auch die Privatwirtschaft daran beteiligte. „Wir reden ja nur noch über den Aktienindex", stöhnt der Förderer. „Wenn jetzt nur drauflos produziert wird, haben wir bald einen Markt wie bei den Gen-Tomaten: Produkte ohne Substanz, die kein Mensch will."

Doch die Börsenneulinge müssen Geld machen und denken nicht daran, teure Drehbuch- oder Regieschulen zu finanzieren, um die intellektuellen Ressourcen zu die nicht von uns abhängig sind", sagt Eichinger. Lieber will er ein Netzwerk von Leuten aufbauen, „die bewiesen haben, dass sie was können". Die Filmemacherin Doris Dörrie („Bin ich schön?") gehört ebenso dazu wie ihr Kollege Sönke Wortmann („St. Pauli Nacht"). Deren „input", gepaart mit seinem „backing", soll für mehr „output" sorgen. „Ist doch toll", sagt Eichinger, „was das für Energie bringt." Mit dem Börsenkapital kann Eichinger jetzt mehrere internationale Filme parallel produzieren, statt wie früher erst einen Film „im Cashflow wegdrücken" zu müssen, ehe er den nächsten anfangen konnte.

„Die Unternehmen weiten ihre Programme aus; sie diversifizieren sich", sagt Rolf Bähr, 60, Vorstandschef der Filmförderungsanstalt (FFA) in Berlin. „Es wird zukunftsgerichtet investiert."

Die Zukunft allerdings scheint häufig nicht auf der Leinwand, sondern ganz woanders zu liegen. So kaufte Michael Kölmel, Vorstandschef des Verleihers Kinowelt, jüngst ein paar unterklassige Fußballvereine wie Alemannia Aachen, Union Berlin oder den SV Waldhof Mannheim und sicherte sich so die Vermarktungs- und Fernsehrechte für den Fall, dass sich die Clubs dereinst in die Primetime vordribbeln. Momentan kümmert sich Kölmel zudem um

CONSTANTIN

SENATOR

DPA

Senator-Film „Bang Boom Bang", Senator-Geschäftsführer Huth: *„Die Branche wird transparenter"*

sich nur noch Superpopuläres halten kann: Schließlich verlangt der Shareholder-Value den Erfolg um jeden Preis.

Derzeit erlaubt es sich Constantin-Chef Bernd Eichinger, 50, allerdings noch, für sein eigenes Debüt als Kinoregisseur, das unter dem Titel „Der große Bagarozy" diese Woche in den deutschen Kinos anläuft, einen ausgesprochen sperrigen Stoff auszusuchen: Mit Til Schweiger und Corinna Harfouch in den Hauptrollen erzählt er (nach einer Romanvorlage von Helmut Krausser) von einem Flirt mit dem Teufel höchstpersönlich. „Der große Bagarozy"

pflegen. Stattdessen investieren sie in ihr eigenes Wachstum. Der Börsengang ermögliche ihm, „gleichzeitig Filme zu kaufen, internationale Produktionen zu machen und Filme in Deutschland zu produzieren", schwärmt Senator-Chef Huth.

Seine Firma hat den Europa-Verlag gekauft; und die Münchner Constantin Film strebt einen Status als „Mini-Major" an: eine Art Zwergstudio, das sich in diverse Unternehmen einkauft und so von der ersten Script-Idee bis zur letzten Videokassette von der Auswertung ihrer Produkte profitiert. „Wir suchen strategische Partner,

den Traditionsclub Borussia Mönchengladbach, der gerade Gefahr läuft, von der ersten in die dritte Liga durchzumarschieren.

Gerade diese Lust am Rasensport macht manchen in der Branche stutzig. „Es ist doch absurd, wenn Leute viele Millionen Mark in einen Fußballverein stecken", sagt Helga Bähr, 51, Geschäftsführerin der kleinen Hamburger Lichtblick-Filmproduktion („Härtetest"), „und dann einen Förderungsantrag stellen und eine Million Filmförderung haben wollen."

Auch Förderer Kosslick dachte im Mai öffentlich darüber nach, dass bei den Bör-

Werbeseite

Werbeseite

KINOWELT

Kinowelt-Film „Eine wie keine“: *Die dicken Havannas sind verglimmt*

sengängen „hunderte von Millionen Mark ventiliert“ werden, „und dann kommen die wieder und wollen Förderungsmittel“. Prompt fürchteten einige Player, dass Aktiengesellschaften prinzipiell von den Segnungen des deutschen Filmförderwesens ausgenommen werden sollten – laut Kosslick ein Fehlschluss.

Kosslicks Kollegin Eva Hubert, 49, Chefin der Hamburger Filmförderung, warnt ebenfalls entschieden davor, „den Aktiengesellschaften prinzipiell die rote Karte zu zeigen“. Das „wäre vorschnell und kontraproduktiv“. Aber über nichts streitet die Branche heftiger als darüber, welchen Zweck das Förderwesen in der schönen neuen Börsenwelt noch erfüllt.

S. MATZKE / ASA

Kinowelt-Chefs Rainer, Michael Kölmel

Die Strukturen der deutschen Filmförderung stammen aus einer Zeit, in der ohne öffentliche Gelder kein einziger einheimischer Kinofilm hätte produziert werden können. Die Filmemacher machten überwiegend in Kunst, die Zuschauer wollten das Ergebnis überwiegend nicht sehen, und die „Darlehen“ der Filmförderung von Bund und Ländern waren in Wirklichkeit fast immer Subventionen auf Nimmerwiedersehen. Um überhaupt Rückzahlungen auf den Konten zu verbuchen, wurde die „Wirtschaftsförderung“ erfunden, die kommerziell vielversprechende Projekte mitfinanzierte.

Bis heute zielt die Filmförderung unmittelbar darauf ab, das Risiko der Produzenten zu senken: Das Geld, das diese aus einem der Töpfe – Nordrhein-Westfalen vergibt jährlich 70 Millionen, Hamburg 19 Millionen, Berlin-Brandenburg 16 Millionen und die FFA 80 Millionen Mark – einstreichen, müssen sie erst zurückzahlen, wenn ihr Film an der Kinokasse erfolgreich war. Wenn er floppt, fließt eben gar nichts zurück in die öffentlichen Kassen.

Als Verlust wird das trotzdem nicht abgebucht, weil die Filmförderung der Länder meist eine verkappte Standortförderung ist, die regionalpolitische Ziele verfolgt. Mit Fördergeldern sollen Arbeitsplätze geschaffen, Firmen angesiedelt und die Infrastruktur aufgepäppelt werden. Angeblich fließen 100 bis 150 Prozent des ausgezahlten Fördergeldes in die jeweilige Region zurück.

Aber warum sollen diese Steuergelder ausgerechnet den Umweg über die Kinobranche – und speziell über die kapitalreichen Aktiengesellschaften – nehmen? „Weil es sonst keinen deutschen Film gäbe“, behauptet Constantin-Chef Eichinger. „Eigentlich müssten die Fördersummen gerade jetzt verzehnfacht werden.“

„Auch Aktiengesellschaften können nicht ohne weiteres einen Film zu 100 Prozent finanzieren“, sagt Produzent Christian Becker, 27 („Bang Boom Bang“), „das Risiko ist zu groß.“

Er verstehe „gar nicht, was diese Debatte soll“, wettert Senator-Chef Huth. „Dann dürften ja nur noch Produzenten gefördert werden, die kein Geld haben.“ Gerade Senator und sein Konkurrent Constantin seien „in den letzten Jahren enorme Risiken eingegangen, was den deutschen Film angeht“. Auch Helkon-Chef Koenig würde ungern auf das sichere Geld aus den Fördertöpfen verzichten: „Egal wie der Partner heißt, ob Bertelsmann oder Börse, man muss mit der Förderung arbeiten“ – andernfalls habe man keine Chance, sein Geld wiederzubekommen: für Koenig glatter „Selbstmord“.

Trotzdem müssen die Förderstrukturen gründlich überholt werden. Denn sonst droht Ungemach: Dass die Länder angesichts der Unmengen privaten Geldes auf die Idee kommen könnten, die Filmförderung ganz in Frage zu stellen, ist mittlerweile Kosslicks größte Sorge. „Wenn dann in ein paar Jahren der Neue Markt kollabieren sollte – gute Nacht, deutscher Film.“

Ein bisschen düster ist es jetzt schon. Bei vielen Filmfirmen ist die Euphorie fast schon wieder verflogen und einem bangen Blick auf die täglichen Börsenkurse gewichen. Die dicken Havannas, sie sind verglimmt, die Zeit der Highflyer ist vorbei.

Seit Jahresbeginn hat sich zum Beispiel der Aktienkurs von Senator Film halbiert, der von Cinemedia schrumpfte gar auf ein Viertel des Höchstkurses. Die Anteilsscheine der virtuellen Film-Schmiede Das Werk, an der auch Wim Wenders beteiligt ist, befinden sich derzeit knapp über dem Jahrestiefststand. Und die Kinowelt AG gehörte vorvergangene Woche gar zu den Verlierern der Börsenwoche – beim Versuch, das Kapital zu erhöhen, blieb man auf 1,8 Millionen Aktien sitzen. Auch die Constantin setzte unmittelbar nach der Emission – trotz „Werner“ – zum Sinkflug an.

Der Glaube an die Zukunft des Neuen Marktes ist schwer erschüttert. Eine „Ernüchterung bei Medienaktien“ konstatiert das „Handelsblatt“; der Nemax-50, ein Index, der die 50 wichtigsten Werte am Neuen Markt abbildet, schwächelt seit Monaten. Nicht nur die Fondsmanager versuchen derzeit, glimpflich aus der Emissionsfalle herauszukommen: Bei vielen Unternehmen endet bald die Sperrfrist für den Verkauf von Mitarbeiteraktien. Um den Traum vom Millionär doch noch wahr zu machen, wird da mancher Angestellte sein Paket aus dem „friends and family“-Programm ganz eigennützig abstoßen.

Zur Skepsis der Analysten trägt bei, dass das Filmgeschäft hoch spekulativ ist. Ein sonniger Sommer kann das ganze Geschäft versauen. In den neuen Bundesländern, so ermittelte die Filmförderungsanstalt, gingen von Januar bis Juni 1,4 Millionen Menschen weniger in die Kinos als im Jahr zuvor. „Nirgendwo knallen Geld und Kreativität so hart aufeinander“, sagt ein Banker. „Im Keller hopsen die Schauspieler, oben hopsen die Aktien.“

Kaum haben sich Film und Börse gefunden, so scheint es, droht schon wieder die Krise. Angesichts der völligen Überbewertung mancher Medienaktien befürchten Börsianer und Anleger, dass die Luftblase bald platzen wird und mancher massiv Geld verliert.

Daher will sich Kosslick möglichst rasch mit allen Interessengruppen zusammensetzen. Ende Oktober trifft sich das „Bündnis für den Film“ unter Vorsitz des Kultur-Staatsministers Michael Naumann beim Filmfestival in Hof. Kosslick: „Ich finde Eichingers Vorschlag gut, die Fördermittel zu verzehnfachen. Aber nur, wenn erst mal die Privatindustrie ihren Einsatz verzehnfacht. Dann pokern wir weiter.“

Oliver Gehrs, Konstantin von Hammerstein, Bernd Sobolla, Susanne Weingarten

FILM

Musik der Freiheit

Rock'n'Roll und Passkontrollen – Leander Haußmann, in der DDR aufgewachsen, präsentiert in seinem Kinodebüt „Sonnenallee" den Honecker-Staat als Pop-Party.

Nostalgie ist die Kurzumschreibung für „Wie war es doch früher schön", und Ostalgie heißt „Wie hatten wir es in der DDR doch nett", auch wenn, ja, ja, beim genaueren Erinnern ein paar Dinge nicht so nett waren damals.

Zehn Jahre nach dem Mauerfall sind ehemaligen Ossis vor allem die angenehmen Dinge im Gedächtnis geblieben: wie unkompliziert im Arbeiter-und-Bauern-Staat etwa von Mensch zu Mensch kommuniziert wurde, wie selbstverständlich die Nachbarn sich gegenseitig halfen. Trauriges versinkt in den Tiefen des Gedächtnisses, Details verschwimmen. Wie das DDR-Geld aussah, daran kann sich beispielsweise der ehemals Ost-Berliner Regisseur Leander Haußmann, 40, nur mühsam erinnern.

Aber dass er eine „umfangreiche Plattensammlung" besaß in den Siebzigern, nämlich genau zehn Platten amerikanischer Rockstars, das wird er nie vergessen. Und dass Jimi Hendrix, originalverschweißt, „so teuer war wie heute Kokain und auch genauso schwer zu beschaffen", hat sich tief in seine Erinnerung gegraben.

Damit die ehemaligen Landsleute im Osten sich zum Freiheitsjubiläum an die guten alten Zeiten erinnern und damit die neuen Landsleute im Westen sehen, wie selbstironisch und gleichzeitig liebevoll DDR-Vergangenheit aufgearbeitet werden kann, hat der Bochumer Theaterintendant Haußmann seinen ersten Kinofilm gedreht. „Sonnenallee", entstanden nach einer Vorlage des Schriftstellers Thomas Brussig (SPIEGEL 36/1999), ist ein Pop-Märchen über das Leben Ost-Berliner Jugendlicher in den siebziger Jahren – also über Haußmanns eigenes.

BOJE BUCK PRODUCTION

Hauptdarstellerin Weißbach
Träume vom besseren Leben im Westen

Erzählt wird die Geschichte einer Schülerclique: Michael, genannt Micha (Alexander Scheer), wohnt am kürzeren Ende der Sonnenallee, deren längeres Stück in West-Berlin liegt. Das heißt, er lebt im Grenzgebiet an der Mauer, muss ständig seinen Ausweis bei sich tragen und wird auch regelmäßig kontrolliert, obwohl der „Abschnittsbevollmächtigte" („Sonnenallee"-Mitproduzent Detlev Buck) ihn seit Jahren kennt. Micha liebt die stupsnasige Schulschönheit Miriam (Teresa Weißbach, eine Art junge Veronica Ferres), die aber vom besseren Leben im Westen träumt.

Regisseur Haußmann (r.) mit Produzent Buck:

Michas Freund Mario versteht sich als Oppositioneller. Für ihn ist es beschlossene Sache, dass er nicht zum Militär gehen wird. Micha dagegen ist sich da nicht so sicher, schließlich will er mal in Moskau studieren. Und dann gibt es noch Wuschel, den Jüngsten in der Gruppe, der nicht von Frauen und Freiheit träumt, sondern vom Rolling-Stones-Doppelalbum „Exile on Main Street". 250 Ostmark will der Schwarzhändler dafür haben, und damit ist es für Wuschel so unerreichbar wie der Westen für Miriam und Miriam für Micha.

FOTOS: DPA

„Die schönsten Jahre in der DDR verlebt“

„Sonnenallee“-Szene: *Ostdeutsche Pubertäts-Tragikomödie*

Locker ineinandergeschlungen erzählt der Film die verschiedenen Kleindramen der Jugend: Micha wird vor aller Augen von Miriam lächerlich gemacht, schreibt sich dann aber mit erfundenen tiefsinnig daherkommenden Tagebüchern in ihr Herz. Mario verliebt sich in eine existenzialistische Aussteigerin, die mit einem Tollkirschen-Cola-Gebräu aus Marios harmlosen Partygästen taumelnde Wahnsinnige mit blutroten Augen macht.

Haußmanns Kunststück besteht darin, zehn Jahre nach dem Mauerfall nicht noch mal mit einer Jammer-Arie über den Unrechtsstaat DDR zu langweilen, sondern sich Zeit und Herz zu nehmen für die Schilderung einiger ganz gewöhnlicher Jung-Ossis. Ihre Kämpfe um ein wenig Anerkennung und ein wenig Glück schildert Haußmann so rau, sentimental und lustig, als habe er Peter Bogdanovichs „Die letzte Vorstellung“ und George Lucas’ „American Graffiti“ in einer ostdeutschen Pubertäts-Tragikomödie zusammenzwingen wollen.

Zu den Stars der „Sonnenallee“ gehören Katharina Thalbach und Henry Hübchen als Michas Eltern, die sich in immer neuen Variationen mit dem Glanzstück ostdeutschen Möbeldesigns, dem „Multifunktionstisch“, abquälen. Ignaz Kirchner schmuggelt in der Rolle des West-Onkels Heinz fortwährend legale Geschenke über die Grenze und prophezeit der DDR den Tod im Asbeststaub.

Überhaupt liegen Witz und Stärke des Films weniger in der Stringenz der erzählten Geschichten als in den Details: Ein schwarzer West-Besucher mit Afrofrisur trägt zeittypisch eine Yucca-Palme im Arm; als Michas Mutter sich mit falschem Pass aus der DDR davonschleichen will, hört man ihr Herz überlaut klopfen; die gesamte Ausstattung ist, so Haußmann, „mit missionarischem Eifer“ zusammengesucht: Selbst die Brechbohnengläser stammen noch aus alten DDR-Beständen.

Regimekritik bietet der Film nicht, obwohl das, in Ansätzen jedenfalls, einmal so geplant war. So wollte Haußmann zunächst, dass eine Hauptfigur von Grenzsoldaten erschossen wird, weil „der Film sonst zu harmlos, zu sehr Fernsehen“ sei. Aber er verzichtete dann doch auf sein Gewaltopfer, weil die Geschichte „sich davon nicht mehr erholen würde“. Den fertigen Film schnitt er außerdem in letzter Minute um und verkehrte das traurige Ende in sein ostalgisches Gegenteil: „Es war die schönste Zeit meines Lebens“, sagt Micha, „ich war jung, und ich war verliebt.“ Haußmann selbst erklärt: „Ich habe meine schönsten Jahre in der DDR verlebt.“

Auf MTV läuft derzeit in der so genannten Heavy Rotation, also dauernd, das Musikvideo zur „Sonnenallee“: Der Pop-Klassiker „The Letter“ wird darin von den Hauptdarstellern des Films gesungen, eine Party auf offener Straße, fröhlich und turbulent wie ein kurzes „Hair“ des Ostens. Sicher hattet ihr mehr originalverschweißte Platten in Westdeutschland, so die Botschaft, aber wir haben uns besser amüsiert.

MARIANNE WELLERSHOFF

AUKTIONEN

Ausverkauf im Arsenal

Der verschuldete Stuttgarter Ex-Musical-König Rolf Deyhle muss seine wertvolle Kunstsammlung verkaufen – ein Glücksfall für das Auktionshaus Sotheby's.

Das Porträt des angesehenen Dresdner Juristen Fritz Glaser, 1921 in Öl gemalt, geriet schonungslos realistisch: eine ergraute, leicht gekrümmte Gestalt, die hilflos die Hände ballt. Faltige Augenringe, die auf eingefallenen, grauen Wangen liegen, dazu ein hadernder Blick.

Selten zuvor hatte ein Maler einen zerknitterten Seelenzustand so brachial erfasst wie der Radikal-Realist Otto Dix auf dem Bildnis seines verehrten Freundes Glaser. Er lieferte eine gemalte Psycho-Analyse: Gerade deshalb gilt das melancholische Bild als kunsthistorisches Glanzstück.

Eines, nach dem der Kunstmarkt giert und von dem sich der internationale Großversteigerer Sotheby's deshalb ein besonders erfreuliches Geschäft erhofft.

Am Mittwoch will das Auktionshaus das Gemälde in London für mindestens zwei Millionen Mark versteigern. Mit ihm weitere Prunkstücke: Bilder von deutschen Vorzeigeklassikern wie Max Liebermann oder Oskar Schlemmer, Grafiken von Max Beckmann und Käthe Kollwitz.

VG BILD-KUNST, BONN 1999

Dix-Werk „Dr. Glaser": *Psycho-Studie in Öl (1921)*

J. E. RÖTTGERS / GRAFFITI

DPA

Deyhle, Sotheby's in London: *Trost für den klammen Sammler*

Die Stücke stammen aus der Kollektion eines illustren Stuttgarter Sammlers: des Ex-Musical-Königs Rolf Deyhle, 61 – zu Erfolgszeiten wegen seiner Öffentlichkeitsscheu ehrfurchtsvoll als schwäbisches „Phantom" („Wirtschaftswoche") gefeiert.

Doch die Jahre, in denen sich Deyhle als Immobilientycoon und Geldgeber von „Cats" oder „Starlight Express" sein eigenes Wirtschaftswunder bastelte, sind vorbei. Der Unternehmer hat die Milliarden erst um- und dann in den Sand gesetzt. Aus seinem Musicalreich musste er sich bereits im vergangenen Jahr verabschieden.

Das Debakel verursachte mehr Aufmerksamkeit, als dem verschuldeten Deyhle lieb war. Nun pochen die Banken auf den öffentlichen Ausverkauf der Privattrophäen: vor allem des wertvollsten Teils der Kunstkollektion – die Schadenfreude gegenüber dem „Milliardär a. D." („Süddeutsche Zeitung") ist groß.

Der Herrscher über ein undurchsichtiges Firmenlabyrinth hatte sich aber auch, wenn er sich zu Wort meldete, eitel als gelungene Mischung aus Künstler und Kaufmann bezeichnet; das Gerücht, er lasse auch bei Steuererklärungen Phantasie walten, veranlasste auch die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen.

Deyhle verschanzte sich weiterhin ungerührt in seinem Büro, widmete sich wie ein schwäbischer Dagobert Duck der stetigen Geldvermehrung. Privat hortete er ebenso einsam und leidenschaftlich Kunst.

Bereits als Twen hatte Deyhle, damals noch Finanzbeamter, sein Geld in alte Madonnen investiert. Dann machte er sich selbständig, baute Golfplätze und Hotels, produzierte Filme oder Musicals – und belohnte seine Emsigkeit mit angeblich über tausend Gemälden, stapelweise Grafiken, Vitrinen voller Skulpturen.

Dabei bewies der Vermarkter leichter Musical-Kost Sinn für Qualität und gute Gelegenheiten: Das Glaser-Porträt von Dix galt 20 Jahre als Prestigestück der Dresdner Kunstsammlungen. Nach der Wende forderte Glasers Sohn die Leihgabe zurück – Deyhle war alsbald mit einem überzeugenden Angebot zur Stelle.

Als der Kunsthistoriker Heinz Spielmann, lange Jahre Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums, Deyhle 1990 besuchte, geriet er angesichts der Renoirs und Slevogts in Verzückung. Mit dem „Arsenal", lobte er, könne kein Museum in Baden-Württemberg mithalten.

Spielmann organisierte sogar Ausstellungen, und Deyhle genoss solche Anerkennung: Prompt protzte er mit dem Wert der Kollektion, angeblich 450 Millionen Mark, und erträumte für seine Schätze einen „schwäbischen Louvre" im Stuttgarter Neuen Schloss – aus war der Traum, als sich Deyhle mit Immobiliengeschäften übernahm und einen „Trümmerhaufen" („Börsenzeitung") hinterließ.

Im Rahmen seiner Herbstveranstaltung „Deutsche und österreichische Kunst" versteigert Sotheby's am Mittwoch mit 119 Werken zwar nur einen Bruchteil der Deyhle-Sammlung, im November darf aber in München um weitere 130 Kunst-Stücke gefeilscht werden. Mindestens 15 Millionen Mark sollen beide Auktionen bringen.

Kleiner Trost für den klammen Deyhle: Zu einem besseren Zeitpunkt hätte die Zwangsverramschung kaum stattfinden können. Denn derzeit boomt der Markt für deutsche Kunst – gerade aus dem ersten Jahrhundertdrittel, die der kunstsinnige Pleitier frühzeitig favorisiert hatte.

An dessen Gesamtbestand war Sotheby's seltsamerweise nicht interessiert. Und so muss er den Rest der Kollektion eigenhändig unter die Kunsthändler bringen.

Deyhles Pech war, dass er einige Maler allzu konsequent sammelte. Allein vom Realisten Karl Hofer stehen sechs Bilder zum Verkauf. Doch so bedeutend jedes Werk für sich sein mag, sorgt sich eine Sprecherin von Sotheby's: „Die plötzliche Überpräsenz eines Künstlers auf dem Markt kann die Preise auch verderben."

Es sei, ließ Deyhle zu der ganzen Misere wissen, sein Herzblut, das da unter den Hammer komme. Doch wolle er seine Schulden begleichen. Ansonsten hat das Ex-Phantom beschlossen, künftig wieder zu schweigen.

ULRIKE KNÖFEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

W. BAUER

Literatur-Nobelpreisträger Grass: *Nach 20 Jahren des Wartens im letzten Jahrhundert-Moment ausgezeichnet*

AUTOREN

Später Adel für das Wappentier

Für die „Blechtrommel“ wurde er als Wunderkind gefeiert und als Pornograf geschmäht, er provozierte als politischer Aktivist und verwegener Fabulierer. Jetzt erhielt Günter Grass, der große Erzähler der deutschen Nachkriegsliteratur, den Nobelpreis. *Von Volker Hage*

In seinem jüngsten, in diesem Sommer erschienenen Werk „Mein Jahrhundert“ lässt der Dichter zum munteren Schluss seine Mutter sprechen. „Der Bengel ist inzwischen über siebzig und hat sich längst einen Namen gemacht“, sagt die – in Wahrheit 1954 gestorbene, aber im Buch wieder zum Leben erweckte – Dame im Jahreskapitel 1999 über den berühmten Sohn. „Kann aber nicht aufhören mit seinen Geschichten.“

Seit vergangenem Donnerstag ist der Name Günter Grass in aller Welt noch ein wenig berühmter. Im letzten Jahrhundert-Moment hat die Akademie in Stockholm der deutschen Nachkriegsliteratur noch einen zweiten Orden angeheftet und damit ein Versäumnis gutgemacht: Als erster Deutscher nach 1945 hatte Heinrich Böll (1917 bis 1985) im Jahr 1972 den Nobelpreis für Literatur erhalten – schon damals war sich die literarische Welt weitgehend einig, dass die Auszeichnung eher Grass zugestanden hätte, dem größeren und risikobereiteren Erzähltalent.

Fast schon Zahlenmystik ist es, wenn dem aus Danzig stammenden Schriftsteller nun im Jahr mit der Dreifach-Neun als neuntem deutschen Autor der Preis zugesprochen worden ist – mitgezählt Hermann Hesse und Nelly Sachs, die beide aus Deutschland stammten und deutsch schrieben, wobei allerdings Hesse 1946 als Bürger der Schweiz und die aus Deutschland geflohene Sachs 1966 als Schwedin geehrt wurden. Grass jedenfalls ist der letzte Preisträger in diesem Säkulum, exakt vier Jahrzehnte nach dem Erscheinen des internationalen Erfolgsromans „Die Blechtrommel“.

Er habe gut 20 Jahre als Kandidat gegolten, lautete eine der ersten Reaktionen von Grass, 71, auf die frohe Botschaft der mit umgerechnet rund 1,8 Millionen Mark dotierten und weltweit beachteten Beloh-

nung: Das Warten habe ihn jung gehalten, nun beginne das Alter.

Immerhin hat es die Jury in Stockholm vermieden, ausschließlich den ersten Roman zu würdigen – wie vor 70 Jahren, sehr zum Verdruss des Autors, bei Thomas Mann und dessen „Buddenbrooks“ geschehen.

Dennoch wird „Die Blechtrommel“ deutlich genug in der Preisbegründung hervorgehoben: Gleich zu Beginn heißt es, als der Roman 1959 erschien, sei es gewesen, „als wäre der deutschen Literatur nach Jahrzehnten sprachlicher und moralischer Zerstörung ein neuer Anfang vergönnt worden“.

Ein genialer Anfang in der Tat: Dem jungen, bei Erscheinen des Buches 31-jährigen Autor gelang ein Debütroman, der immer noch zu den elegantesten literarischen Spieleröffnungen der Weltliteratur zählt. Selbst eine jüngere Autorin wie die Österreicherin Elfriede Jelinek, 52, die sich einer mehr sprachexperimentellen literarischen Richtung zuordnet, spricht in den Tönen höchster Anerkennung von diesem Buch und seinem Beginn, von der „Atemlosigkeit und Gehetztheit des jungen Grass“ (siehe Seite 298).

Nicht nur, dass sich der aus eigenem Entschluss kleinwüchsige Oskar Matzerath mit wenigen Worten – „Zugegeben: ich bin Insasse einer Heil- und Pflegeanstalt“ – als höchst eigenwilliger Ich-Erzähler und fragwürdiger Zeuge der eigenen Geschichte präsentiert, es werden auch gleich auf den ersten Seiten die schon in den fünfziger Jahren modischen Zweifel am Erzählen aufgegriffen und lässig beiseite gewischt.

Es macht immer noch Vergnügen, dem wild entschlossenen Anfänger Grass dabei zuzusehen, wie er sich sein Recht aufs Fabulieren gegen sämtliche literaturtheoretischen Verbotstafeln der Zeit ertrotzt: Natürlich könne man eine Geschichte in der Mitte beginnen, lässt er seinen Oskar sagen, man könne auch ganz am Anfang behaupten, es sei heutzutage unmöglich, einen Roman zu schreiben, oder beteuern, es gebe keine Romanhelden mehr, „weil es keine Individualisten mehr gibt … weil der Mensch einsam, jeder Mensch gleich einsam, ohne Recht auf individuelle Einsamkeit ist und eine namen- und heldenlose Masse bildet“.

Doch er, Oskar, und sein Pfleger Bruno seien Helden, „ganz verschiedene Helden“. Der Zwerg beharrt darauf, chronologisch zu erzählen, und beginnt damit noch vor seiner Zeit, bei der Großmutter Anna Bronski. Er erzählt von einer kleinbürgerlichen Kindheit in Danzig, einer Jugend unter Hitler, von deutschen Kriegs- und Nachkriegszeiten.

Und er schildert einige sexuelle Begebenheiten – übrigens geradezu dezent, auch wenn das Brausepulver-Vorspiel zwischen dem kleinen Oskar und der gewaltigen Maria einst fast legendären Ruf genossen hat: „Mir jedoch lag Marias Bauchnabel nahe, und ich vertiefte meine Zunge in ihm, suchte Himbeeren und fand immer mehr … und ich ließ mir einen elften Finger wachsen.“

Das reichte vor knapp 40 Jahren aus, um Skandal zu erregen und sich den Vorwurf der Pornografie einzuhandeln. Noch im Erscheinungsjahr der „Blechtrommel“ war Grass für das Werk der Bremer Literaturpreis zuerkannt worden, doch der Senat der Stadt ließ die Jury mit ihrem Votum im Regen stehen und verweigerte dem kommenden Star die erste große Auszeichnung.

Bis weit in die sechziger Jahre hinein begleitete den Autor die schrille Begleitmusik selbst ernannter deutscher Moralhüter, die glaubten, gesund und als Volk zu empfinden. Als Grass 1965 mit dem Büchner-Preis die wichtigste literarische Auszeichnung der Bundesrepublik erhielt, standen bei der Verleihung Demonstranten auf

ACTION PRESS

NADINE GORDIMER
SÜDAFRIKANISCHE NOBELPREISTRÄGERIN 1991:

Grass ist ein Romancier von internationalem Rang, der wesentlich zur Evolution des Romans beigetragen hat. Als der Roman totgesagt wurde, ist es ihm gelungen, diese literarische Form noch zu erweitern. Bei seinem Versuch, das Leben in seiner Komplexität darzustellen, ist er außergewöhnlich originell. Selbst die drastischsten Szenen entbehren nicht des Humors. Er will herausfordern und bedient sich deshalb des Humors als Waffe. Er hält seinen Lesern den Spiegel vor und zwingt sie, in sich hineinzuschauen. Er schickt sie unablässig auf eine Reise zur Entdeckung des Selbst. So ist es ihm gelungen, wieder Leben in eine von den Nazis auf Worthülsen reduzierte Sprache zu bringen. Er selbst ist nie politisch korrekt gewesen. Wohl deshalb wird er von manchen scharf angegriffen. Wir in Südafrika haben viel von ihm gelernt. Auch hier hat ein rassistisches Regime geherrscht. Manchmal glaube ich gar, dass der Nazismus, nachdem er in Europa am Ende war, in Südafrika wiederbelebt wurde. Und das, was er über die Nazi-Diktatur zu sagen hat, könnte ebenso gut für die Zeit der Apartheid gelten.

AP

DARIO FO
ITALIENISCHER NOBELPREISTRÄGER 1997:

Erst ich, dann der Portugiese José Saramago, nun der Deutsche Günter Grass. Die linken Intellektuellen kommen in Stockholm gut an. Es scheint, dass die Linke in Stockholm die Macht übernommen hat. Er ist ein bemerkenswerter Schriftsteller, der sich in vielen zivilen und kulturellen Schlachten geschlagen hat, konsequent für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie.

ACTION PRESS

JOSÉ SARAMAGO
PORTUGIESISCHER NOBELPREISTRÄGER 1998:

Er mischt sich ein als Schriftsteller. Zum Beispiel mit seiner Kritik an der Art und Weise, wie die Wiedervereinigung gemacht wurde. Das hat ihm viele harte Angriffe eingetragen. Da hat er einen moralischen Mut bewiesen, den ich zutiefst bewundere. Seine Literatur ist wie die Verlängerung seiner Persönlichkeit. Als ich ihn vergangenes Jahr traf, dachte ich, dass nur jemand wie er diese Bücher geschrieben haben kann. Er ist ein kompakter Mann. Mich beeindrucken seine physische Präsenz, die Dichte seines Gesichts, seines Blicks.

AP

Dichter Grass, Frau Ute (vergangenen Donnerstag in Lübeck): *„Nun beginnt das Alter“*

H. KOESTER / DER SPIEGEL / XXP

Treffen der Gruppe 47 in Berlin (1955)*: *Störgeräusch auf dem Weg zum Schriftsteller*

der Straße und hielten ihm ein Plakat entgegen: „DM 10 000 Steuern für Kunst oder Pornographie?“

Zwar war das noch vornehm in eine Frage gekleidet, doch als die Anwürfe kein Ende nehmen wollten, ließ der genervte Dichter 1967 per Gerichtsurteil feststellen, dass ihn niemand ungestraft als „Verfasser übelster pornographischer Ferkeleien und Verunglimpfungen der katholischen Kirche“ oder schlicht als „Pornographen“ bezeichnen dürfe.

Ein Argument des schon damals geschäftstüchtigen Grass vor Gericht lautete: Die auf seine Person bezogene Schmähung wirke sich „deutlich absatzhemmend“ aus. Das war natürlich – wenn überhaupt – nur die halbe Wahrheit. Streit belebte auch schon in den Kinderjahren der Bundesrepublik das Geschäft.

Grass genoss es, im Mittelpunkt zu stehen, und der sich bald abzeichnende Welterfolg seines ersten Romans ließ ihn früh im Licht des literarischen Ruhms erstrahlen: ein Wunderkind, das dem wirtschaftlichen Wunder im deutschen Staat ein kulturelles Aushängeschild umhängte.

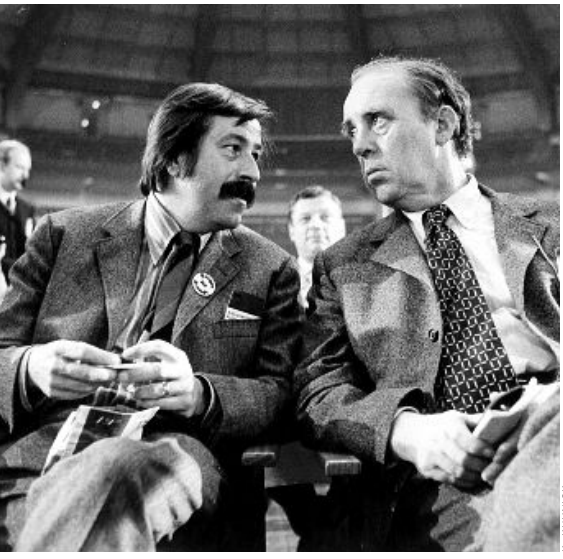
So wurde er zum „Wappentier der Republik“ (Horst Krüger), und die in der Bonner Republik schon länger umlaufende Parole „Wir sind wieder wer“ erhielt durch ihn, den befehdeten und beneideten Autor, den literarischen Unterbau.

Grass war wie sein Held Oskar im Danziger Vorort Langfuhr aufgewachsen, in bescheidenen Verhältnissen. Der im Roman dargestellte kleinbürgerliche Hintergrund war der eigene, und seine Eltern gaben das Vorbild ab für Oskars Vater, den Kolonialwarenhändler Matzerath, und dessen kaschubische Frau Agnes. Die eigene Kindheit und Jugend hat Grass bis heute nicht im Zusammenhang darstellen wollen, das rein autobiografische Erzählen war ihm stets fragwürdig, doch im Laufe vieler Jahre und ungezählter Interviews ist in Bruchstücken manches bekannt geworden.

In einem Gespräch aus dem Jahr 1979 etwa gab Grass eine Erinnerung an die Wohnsituation in Danzig zu Protokoll: „Eine Zweizimmer-Wohnung ohne Bad mit winziger Küche und Toilette auf dem Flur für vier Mietparteien. Ich habe also nie ein eigenes Zimmer gehabt als Kind, was sehr prägend für mich gewesen ist.“

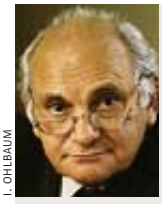
Grass besuchte zwar das Gymnasium, doch konnte er es nicht mit dem Abitur abschließen und nicht die Universität

* Sitzend: Heinrich Böll, Hans Werner Richter, Wolfgang Hildesheimer, Martin Walser, Milo Dor; stehend: Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger, Christopher Holme, Christopher Sykes.



K. KUHNIGK

Grass, Böll (1972): *Versäumnis gutgemacht*



I. OHLBAUM

ANDRZEJ SZCZYPIORSKI
POLNISCHER SCHRIFTSTELLER:

Der Preis kommt zu spät. Seine größten Werke sind doch vor vielen Jahren entstanden. Was Grass zuletzt geschrieben hatte, war nicht mehr so gut. Doch ein polnisches Sprichwort sagt: „Besser spät als nie.“ Wenn jemand in Deutschland den Nobelpreis verdient hat, dann Grass. Sein politisches Wirken ist seine bewusste Wahl. Ich glaube nicht, dass dies sein literarisches Schaffen beeinflusst.

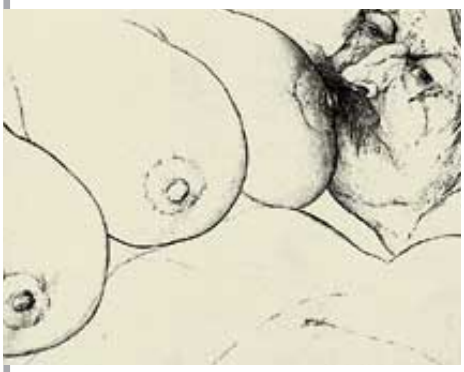
Werbeseite

Werbeseite

Der Kannibale

Günter Grass und die Frauen

Nein, ein Macho ist er nicht. Dafür ist er viel zu unmodern. Vielmehr stammt er aus der grauen Vorzeit der Patriarchen. Jüngere Frauen können ihn als Fossil bestaunen, als lebenden Anachronismus: Günter Grass zeigt der Welt, wie sie sich dreht, und so dreht sie sich denn, wenn es sein muss, auch anders herum. Auf die mythische Perspektive kommt es an. Frauen mit ihrem Vogelverstand begreifen, was los ist, wenn dichterische Allmachtsphantasie fliegt. Intelligenzbestien, die einen göttlichen Kerl. „Der Butt“ ist einzigartig als Psychogramm eines Mannes, der eine Frau anheult, bis er ihr schließlich ein Kind in den Bauch betteln kann. Er zeugt praktisch und literarisch, er braucht die echte Schwangerschaft seiner Lebensgefährtin, um geistig schwanger zu sein. Und mit was für einem Stoff! Er zerlegt seine Geliebte Veronika als Ilsebill in die verschiedenen Aspekte ihrer Persönlichkeit. Die verleibt er sich als Kannibale ein, um die „Köchinnen in mir (neun oder elf)“ zu entbinden. Oh, là, là, was für eine Obsession.



Grass-Selbstbildnis (1974)
Drei Brüste für das Kind im Kerl

„Der Butt“ dürfte seinem Verfasser ein riesiges Vermögen eingebracht haben. Veronika hatte es indes nicht leicht, die reale Tochter durchzubringen. Erst als kein Kind, kein Mann, kein Broterwerb mehr an ihr zerrten, konnte sie ihre eigene Kreativität als Malerin entwickeln.

Grass durch Widerworte auf den profanen Boden politischer Bedingungen zwingen könnten, meidet er. Zu Recht: Dieser Großdichter kann gar nicht anders, er muss angehimmelt sein.

Weibliche Bewunderung ist zweifelsohne der Katalysator in der Alchemie der Grassschen Kreativität. Ohne Anna keine „Blechtrommel“, ohne Veronika keinen „Butt“, ohne Ute kein Nachspiel und keinen Nobelpreis? Ohne Funken kein Feuer.

Wenn die Sonne der Geschichte auf besondere Männer fällt, werden ihre Musen in der Regel übersehen, und nur alle paar hundert Jahre ist schließlich eine einen Bestseller wert. Einstweilen wird wohl den Grassschen Frauen, die vor der aktuellen Muse tätig waren, ein Schattendasein beschieden sein, obwohl nun der Glanz des Nobelpreises auf dem Gesamtwerk liegt.

Immerhin ist Günter Grass gutzuschreiben, dass er sich nicht in die Tasche lügt. Er weiß nicht nur, wie es geht, er hat es wortgewaltig beschrieben: das Aussaugen einer Frau. Sie braucht drei Brüste für das Kind im

Zu bewundern ist allerdings der Familienmensch Grass, wenn er die sechs Kinder aus seinen verschiedenen Beziehungen, dazu die nicht von ihm gezeugten Kinder seiner Frauen und all die Kindeskinder um sich versammelt: ein soziales Kunststück, als wär's aus einer anderen Kultur der Vielweiberei. Undenkbar aber wäre die Grasssche Hofhaltung ohne den Großmut einer Patriarchenfrau: „Utchen“, wie er sie nennt, scheint aus der Traumzeit zu stammen, aus einer Ära, in der so ein neumodischer Unfug wie weibliche Selbstverwirklichung noch nicht erfunden war. Ariane Barth

I. OHLBAUM

ELFRIEDE JELINEK
ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTSTELLERIN:

Für meine Generation ist nicht so sehr der politische Grass wichtig, sondern der ästhetische: Die Ästhetik der „Blechtrommel“ war für uns Autoren mit experimenteller Ausprägung so, dass man daran nicht vorbeigekommen ist. Dennoch habe ich das politische Engagement von Grass immer begrüßt. Es kann natürlich sein, dass man an ästhetischer Innovation verliert, was man an politischer Konkretion gewinnt. Ich hab irgendwann andere Prioritäten gesetzt. Ich interessiere mich inzwischen mehr für spitzere und kleinere, pointiertere Werke wie die von Robert Walser – aber das ist persönlicher Geschmack. Damit das nicht untergeht, wenn jetzt der große politische Mahner wieder genannt wird – wichtig ist die Ästhetik, diese Atemlosigkeit und Gehetztheit des frühen Grass. Er hat nach dem Mief der Nazis etwas geschafft, was ich an Innovationskraft in der deutschen Literatur nie wieder gefunden habe. Den Prosarhythmus, diesen großen epischen Atem – wer hat das denn noch? Ich habe Böll sehr geschätzt, aber Grass hatte die größere Bedeutung für die Literaturgeschichte. Der Anfang der „Blechtrommel“ ist einer der größten Anfänge der Literaturgeschichte. Vielleicht wollte man vor allem den politischen Autor ehren, aber das Werk hätte es schon längst verdient.

besuchen – was er später gern als Vorteil ansah. „So hat sich meine Neugierde, mein Wissensdurst, mein Wissensdrang erhalten“, sagte er. „Ich habe alles, was ich weiß und was ich für meine Art zu existieren brauche, mir selber erarbeitet.“ Zum Autodidakten verdammten den Schüler Grass eben jene auf den Krieg zusteuernden deutschen Verhältnisse, unter denen er heranwuchs. Die für seine Generation typische Vita sah vor, im Alter von 10 zum Mitglied beim Nazi-Jungvolk und mit 14 der Hitlerjugend eingegliedert zu werden. Drei Jahre später, 1944, wurde der junge Mann Luftwaffenhelfer und dann Panzerschütze.

Als der Krieg mit der deutschen Niederlage zu Ende ging, brach für Grass eine Welt zusammen („Stück für Stück, nicht von heute auf morgen“). Er war, verwundet, noch in amerikanische Gefangenschaft geraten und wurde im Alter von 18 in eine neue Welt entlassen – mit der festen Absicht, Künstler zu werden.

An Literatur allerdings war zunächst kein Gedanke. Grass hielt sich mit Gelegenheitsarbeiten auf Bauernhöfen und im Kali-Bergwerk über Wasser. 1947 konnte er in Düsseldorf ein Praktikum als Steinmetz, 1948 an der dortigen Kunstakademie das Studium der Bildhauerei und Grafik beginnen, das er 1953 in Berlin fortsetzte. Doch noch bevor Grass, inzwischen in erster Ehe ver-

* Mit Ehefrau Anna, Tochter Laura und den Zwillingssöhnen Raoul und Franz.

Familienvater Grass (1963)*: *Ohne Funken kein Feuer*

D. MELLER-MARCOVICZ

Werbeseite

Werbeseite

heiratet, 1956 als bildender Künstler nach Paris zog, erschien in der Literaturzeitschrift „Akzente“ ein erstes Gedicht von ihm, unauffällig unter den Werken anderer Preisträger eines Radio-Lyrikwettbewerbs versteckt – mit den erwartungsfrohen Zeilen: „Wüßt er die Zahl nur / Das findige Wort / Könnt er der Wolke / den Regen befehlen“ („Lilien aus Schlaf“).

Auf der Suche nach dem „findigen Wort“ wurde der Bildhauer in Paris nun fast rauschhaft fündig: Der erste Gedichtband („Die Vorzüge der Windhühner“) erschien 1956, im Jahr darauf wurde das erste Theaterstück („Hochwasser“) und ein Ballett („Stoffreste“) uraufgeführt. Doch das alles genügte ihm nicht: Auch ein Roman musste her.

An die allmähliche Entstehung des „Blechtrommel“-Manuskripts in einem feuchten, mit Koks beheizten Pariser Kelleratelier hat sich Grass später mit romantischem Künstlerbehagen erinnert, doch nie eine Verklärung seiner Absichten zugelassen: Keinerlei Gefühl einer „gesellschaftlichen Verpflichtung“ oder die „edle Absicht“, die deutsche Nachkriegsliteratur um ein robustes Vorzeigestück zu bereichern, habe ihn an die Schreibmaschine getrieben, auch an der „Bewältigung deutscher Vergangenheit“ sei er durchaus nicht interessiert gewesen.

Im Gegenteil: „Artistisches Vergnügen, Spaß an wechselnden Formen und die entsprechende Lust, auf Papier Gegenwirklichkeit zu entwerfen“ – das sei der Antrieb gewesen. Und so war es auch kein Wunder, dass ihm damals das viel diskutierte Adorno-Gebot, es sei „barbarisch“, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, „widernatürlich“ vorkam: „Als hätte sich jemand gottväterlich angemaßt, den Vögeln das Singen zu verbieten.“

Doch der Gedanke, „dass wir zwar nicht als Täter, doch im Lager der Täter zur Auschwitz-Generation gehörten“, sollte seine Arbeit und sein politisches Denken immer stärker beeinflussen – und ihm Jahrzehnte später noch (nun allerdings recht fragwürdige) Argumente gegen die deutsche Einheit liefern.

Kontrahenten Walser, Grass: *Die Positionen haben sich in*

Adornos Gebot jedenfalls war, so Grass, „nur schreibend zu widerlegen“. Und „Die Blechtrommel“, auch wenn sie kein Gedicht, sondern ein stattlicher Roman war, demonstrierte der Welt, dass ein deutscher Schriftsteller in der Lage war, über Nazi-Deutschland ohne Beschönigung und zugleich in selbstbewusst artistischer Haltung zu schreiben – mit einem Narren als Sprachrohr, der sich duckt und klein macht, um endlich ohne Scheu und Skrupel plaudern zu können. Die Botschaft des Buches lag genau in dieser nur scheinbar beschränkten Perspektive.

Der Wirbel der „Blechtrommel“, deren Weltauflage heute bei rund vier Millionen Exemplaren liegt, war das Wecksignal der deutschen Nachkriegsliteratur, deren eigentlicher Beginn und auch schon Höhepunkt. Das Buch bleibt als einsame Leistung zu bewundern, auch wenn Grass – bis auf

AP

WOLE SOYINKA
NIGERIANISCHER NOBELPREISTRÄGER 1986:

Günter Grass’ Lebenswerk ist die Moral-Erzählung dieses Jahrhunderts für die literarische Welt. Es bestätigt den Triumph der Kreativität über das Reich des Ideologischen – komme sie von links oder rechts – und die Macht der Kreativität zur moralischen Erneuerung der menschlichen Seele. Diese Phase des zu Ende gehenden Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch das weltweite Wiederaufleben eines grausamen und verlustreichen Ultra-Nationalismus. Günter Grass liefert das Vermächtnis für eine alternative Weltsicht, die uns helfen könnte, die Verführungskraft allzu enger Gruppierungen zu überwinden – zu Gunsten einer Gemeinschaft aller Menschen.

NDR

den letzten Jahren weiter verhärtet

die wunderbare Novelle „Katz und Maus“ (1961) – nichts Vergleichbares mehr geglückt ist. Schon mit dem Roman „Hundejahre“ (1963), dem dritten – und von Grass selbst favorisierten – Teil der Danziger Trilogie, verlor die Erzählfahrt an Schwung, täuschten Umfang und rhetorische Anstrengung epischen Reichtum nur noch vor.

Und so ist es mit nahezu allen dickleibigen Prosawerken bis heute geblieben, auch wenn der Autor unter den Literaturkritikern, anders als es oft dargestellt wird, immer wieder Verteidiger und Bewunderer gefunden hat. Doch zu einhelligem Lob, das es freilich schon bei der „Blechtrommel“ nicht gab, reichte es nie – und das Unbehagen der Kritiker nahm in den vergangenen Jahren deutlich zu. Schon früh brachte der Schweizer Friedrich Dürrenmatt (1921 bis 1990), ausgehend vom Grass-Roman „Der Butt“ (1977), die Vorbehalte ohne viel Federlesens auf den Begriff: „Ich kann zum Beispiel eine Parallele zwischen dem ‚Simplicissimus‘ und der ‚Blechtrommel‘ sehen, aber ich glaube, das Motiv, das er in seinem letzten Roman oder auch in seinen ‚Hundejahren‘ anschlägt, das ist nicht tragend für diese Länge.“

Bei dem Versuch, die bewusst naive Erzählhaltung des Erstlings hinter sich zu lassen, verlor sich der Romancier Grass mehr und mehr ins

STEFAN MOSES

SPD-Wahlhelfer Grass, Künstlerkollegen, Politiker (1965)*: *Die Partei wollte ihn nicht*

* Auf einer Party in Bayreuth. Vorn: Agnes Fink, Ingeborg Bachmann, Ruth Brandt; hinten: Fritz Kortner, Hans-Werner Henze, Willy Brandt, Karl Schiller.

B. FRIEDRICH

CZESLAW MILOSZ
AMERIKANISCH-POLNISCHER NOBELPREISTRÄGER 1980:

Das ist der Triumph der engagierten Literatur. Man kann sie schreiben. Die engagierte Literatur endete nicht mit der Literatur, die sich für den sozialistischen Realismus einsetzte. Grass' literarisches Schaffen ist ein Protestschrei gegen das, was im 20. Jahrhundert passiert ist, gegen den Krieg. Es ist ein Versuch, die Geschichte vor dem Vergessen zu retten. Seine literarische Mission besteht darin, dem eigenen Land die Wahrheit zu sagen.

Neckische: Um ein zentrales, seinen ausufernden Stil und den Einfallsreichtum bündelndes Grundmotiv bemüht, wurde nach Hund und Butt jene weibliche Ratte zum Gesprächspartner des Autors, die dem 1986 publizierten Roman zu dem bizarren Titel „Die Rättin" verhalf – und zu zeitnahen Dialogen wie dem folgenden. Frage des Erzählers: „Ehrlich, Rättin, ehrlich, was haltet ihr Ratten von Solidarność?" Antwort des Tiers: „Dieser Gedanke war uns in der Praxis schon immer eigen."

Wann immer Grass der Gegenwart erzählerisch zu nah kam, schlug Thesenhaftes und Tagespolitisches durch und beschädigte nicht selten das Gewebe der Prosa – ob das die Frage der Überbevölkerung war („Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus", 1980), das Elend auf den Straßen von Kalkutta („Zunge zeigen", 1988), die Idee einer deutsch-polnischen Friedhofsgesellschaft („Unkenrufe", 1992) oder das Gespräch über die deutsche Einheit zwischen einem Fontane-Wiedergänger und einem ewigen Spitzel („Ein weites Feld", 1995).

Kein Wunder vielleicht, dass ausgerechnet „Das Treffen in Telgte" (1979), als Nebenwerk und Geburtstagsgruß für Hans Werner Richter entstanden, immer noch vielen als gelungenste Grass-Prosa nach „Blechtrommel" und „Katz und Maus" gilt: In der schmalen Erzählung wird mit Richter, dem Mentor der „Gruppe 47", zugleich den Treffen dieser für die Nachkriegsliteratur so wichtigen Autorengruppe ein Denkmal gesetzt – artistisch gespiegelt im Bericht über eine angeblich 300 Jahre zuvor anberaumte Versammlung deutscher Barockdichter mit Lust auf „literarische Wechselworte".

Wieder einmal zeigte sich schon gleich zu Beginn, dass der Erzähler Grass in seinem Element ist: „Gestern wird sein, was morgen gewesen ist. Unsere Geschichten von heute müssen sich nicht jetzt zugetragen haben."

Als Grass 1955 erstmals zur Gruppe 47 stieß, war er selbst noch weit entfernt von jedem Gedanken an politisches Engagement, ja ihm war noch lange das „Wortgeklingel Engagement" eher ein Störgeräusch auf dem Weg zum Schriftsteller. Die selbstgefällige Art, in der einige Gruppen-Mitglieder als Gewissen der Nation auftraten, ödete ihn nachgerade an.

„Blechtrommel"-Regisseur Schlöndorff, Grass:

Allergisch reagierte Grass auch gut zehn Jahre später, 1966 beim Treffen der Gruppe im amerikanischen Princeton, auf die lautstarke Kritik mancher Kollegen am Vietnam-Krieg und dem Gastland. Radi-

CINETEXT

Sprachrohr eines Narren

JAUCH & SCHEIKOWSKI

„Blechtrommel“-Verfilmung mit David Bennent (1979): *Zunge im Bauchnabel*

kale Gesten verabscheute er, wie er 1968 in einer SPIEGEL-Umfrage „Ist Revolution unvermeidlich?“ kundtat: „Man trägt wieder revolutionär und benutzt das vorrevolutionäre Geplätscher als Jungbrunnen.“

Grass sah damals genauer als andere die Gefahr der literarischen Selbstdemontage. Plötzlich hatten Schriftsteller Angst zu unterhalten, „Lukullisches von sich gegeben zu haben“. Trotzig begehrte er gegen die Kunstfeindschaft in den eigenen Reihen auf: „Er, der Schriftsteller, der kein Dichter sein mag, misstraut seinen eigenen Kunststücken. Und Narren, die ihren Zirkus verleugnen, sind wenig komisch.“

Da hatte er sich längst selbst in die politische Arena bege-

KARL-MARKUS GAUSS
ÖSTERREICHISCHER SCHRIFTSTELLER:

Da man die Auszeichnung nicht gut gleich Reich-Ranicki geben konnte, ist sie ganz in Ordnung.

A. SAHIHI

KURT VONNEGUT
AMERIKANISCHER SCHRIFTSTELLER:

Ich bin entzückt. Günter Grass ist ein außergewöhnlicher, wichtiger Künstler, ein wirklich warmherziger Freund.

Grass-Romane: *Zunehmendes Unbehagen der Kritik*

ben, aber eben gemäßigt sozialdemokratisch, auf die Reform, nicht auf die Revolte setzend. Er sang 1965 sein „Loblied auf Willy“, tingelte als Wahlredner für die – ihm gegenüber durchaus skeptische – SPD durch die Lande.

Wieder einmal war es Dürrenmatt, der aus der Schweiz mit spitzer Zunge kommentierte: „Das Resultat war tragisch-komisch; Grass wollte eine Partei, und die Partei wollte ihn nicht.“ Ein wohlwollenderes Bild machte sich Max Frisch (1911 bis 1991) in seinem „Tagbuch 1966-1971“ (1972) vom Grass dieser Jahre: Der deutsche Kollege antworte der Weltpresse „als Staatsbürger mit besonderer Reputation“, seine „zähe Allergie gegen deutsche Verstiegenheit“ stifte Vertrauen gegenüber Deutschland.

Wenig bekannt sind Äußerungen von Grass aus den sechziger Jahren zum geteilten Deutschland: Er, der sich bei der DDR-Spitze schon 1961 unbeliebt gemacht hatte, als er deutliche Worte zum Bau der Mauer formulierte („Die Blechtrommel“ durfte denn auch in der DDR erst 1987 erscheinen), plädierte 1967 öffentlich für eine Konföderation und „Anerkennung des zweiten Staates“. Deutschland, sagte er damals, sei immer „zu seinem Schaden“ eine Einheit gewesen.

Dieser früh formulierten Maxime blieb der Schriftsteller unerbittlich treu, und noch wenige Tage vor Öffnung der Mauer im November 1989 fürchtete er, dass in der Bundesrepublik nun das „Wiedervereinigungsgeschrei“ losgehen und die DDR, „dieser kleine deutsche Staat“, womöglich die offenen Grenzen nicht aushalten werde. „Ein Monstrum will Großmacht sein“, so lautete im Oktober 1990 sein Kommentar zur deutschen Einheit.

Fehleinschätzungen wie das Wort vom „Schnäppchen namens DDR“ hielten Grass auch später nicht davon ab, immer wieder die Mängel der „falsch gelaufenen Einheit“ hervorzuheben: Es liege kein Segen darauf, erklärte er 1994 in einem Radiogespräch seinem in dieser Sache völlig anders denkenden Kollegen Martin Walser – ein Dialog, der gerade erst, fünf Jahre danach, im Rundfunk eine aufschlussreiche Fortsetzung

AP

Hausherr Grass, Hund Kara*: *Widerborstiges Beharren*

* Im schleswig-holsteinischen Behlendorf.

D. REINARTZ / VISUM

Künstler Grass in seinem Atelier: *„Ohne Recht auf individuelle Einsamkeit“*

fand. Erstaunliches Resultat: Die Positionen wirkten auf beiden Seiten noch verhärtet.

Dennoch freuen sich – bis auf den grantigen Herbert Achternbusch („Das Mittelmaß setzt sich durch, da kannst nichts machen“) – nun fast alle Kollegen mit ihm.

Für die junge Berliner Republik ist der Nobelpreis ein artiges Begrüßungsgeschenk aus Schweden – auch wenn die Stockholmer Jury möglicherweise eher den politisch widerborstigen Grass, vielleicht gerade den Kritiker der praktizierten Form der Vereinigung gemeint hat. Die Auszeichnung darf ein wenig auch der deutschen Literatur gelten, die freilich weit und breit niemand anders so repräsentiert wie Günter Grass.

Ohnehin sollte er in der kommenden Woche auf der Frankfurter Buchmesse, auf der er nun als frisch gekürter Nobelpreisträger erscheinen wird, groß gefeiert werden: Sein in zwei Ausgaben publiziertes Werk „Mein Jahrhundert“ (eine davon mit Aquarellen aus eigener Werkstatt) ist trotz weitgehend mauer Kritikerresonanz ein Publikumsrenner – außerdem fällt sein 72. Geburtstag auf den Messesamstag. Gleich zwei Ausstellungseröffnungen und eine Geburtstagsfeier standen bislang auf dem Plan. Es dürften jetzt wohl noch einige Termine hinzukommen. ◆

AP

KENZABURO OE
JAPANISCHER NOBELPREISTRÄGER 1994:

In der „Blechtrommel“ hat Grass durch seinen Erzählstil sowie durch die Figuren etwas Besonderes geschaffen. Damit hat er die Weltliteratur beeinflusst. Durch sein politisches Engagement war er stets auf eigenständige Weise aktiv. Ich glaube, es war eine wunderbare Entscheidung, den Nobelpreis, der bald 100 Jahre alt wird, auf diese Weise zu feiern.

P. PEITSCH

SUSAN SONTAG
AMERIKANISCHE SCHRIFTSTELLERIN:

Grass gehört zu den wichtigsten Schriftstellern der Gegenwart und ist bei uns der bekannteste lebende Autor Deutschlands. Er schreibt mit Kraft, nicht mit Subtilität: Grass ist ein Meister des breiten Pinselstrichs.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich bedaure nichts“

Kritiker Marcel Reich-Ranicki über sein schwieriges Verhältnis zum Nobelpreisträger Günter Grass

DPA

Kritiker Reich-Ranicki, Autor Grass*: *„Mein Lieber, Sie sind es, Sie sind doch der Größte!“*

SPIEGEL: Herr Reich-Ranicki, viele Prominente, darunter der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Schriftsteller Martin Walser und viele andere, freuen sich öffentlich, dass Günter Grass den Nobelpreis bekommen hat. Freuen Sie sich auch?

Reich-Ranicki: Ich habe die Nachricht, dass Grass den Literatur-Nobelpreis erhält, im Taxi vom Züricher Flughafen zum Hotel gehört und habe zu meiner Frau, die neben mir saß, gesagt: Na also, endlich! Es ist gut so, dass er den Preis bekommen hat.

SPIEGEL: Das klingt fast wie ein Seufzer der Erleichterung.

Reich-Ranicki: Nach so vielen Jahren musste endlich ein deutschsprachiger Schriftsteller wieder den Nobelpreis erhalten – Heinrich Böll bekam ihn 1972, Elias Canetti 1981, danach: Fehlanzeige.

SPIEGEL: Um der deutschsprachigen Literatur willen gönnen Sie Grass die Ehre, aber eigentlich, sein Werk …

Reich-Ranicki: … Nein, nein. Wenn Sie einen Augenblick überlegen, welche Möglichkeiten es jetzt, außer Grass, noch gab, dann fällt Ihnen ein Stein vom Herzen, dass gerade er ihn bekommen hat. Soll ich etwa Namen nennen?

SPIEGEL: Aber bitte!

Reich-Ranicki: Stellen Sie sich vor: Martin Walser wäre der Preis zugefallen, das wäre ein schwerer Schlag für mich. Oder gar dem dümmlichen Peter Handke! Eine Katastrophe. In Stockholm ist allerlei möglich. Grass – immerhin!

SPIEGEL: Was spricht gegen Walser?

Reich-Ranicki: Ich habe neulich das Wort von Außenminister Joseph Fischer gehört: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg! Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz!“ Das hat, glaube ich, Grass gelernt; Walser nicht unbedingt.

SPIEGEL: Grass hat 1990 „dem deutschen Verlangen nach Wiedervereinigung“ den „Zivilisationsbruch Auschwitz“ entgegengehalten und gesagt, er fürchte sich vor einem „geeinten“ Deutschland, das wieder voll „handlungsfähig“ werde. Stimmen Sie damit überein?

Reich-Ranicki: Ich halte diese Verbindung von Auschwitz-Gedenken und Bedenken gegen die Wiedervereinigung für absoluten Unsinn. Diese Äußerungen gehören zu den vielen politischen Dummheiten, die wir von Grass zu hören bekommen haben. Nur: Er hat den Preis nicht als Politiker erhalten, sondern als Sprachkünstler.

SPIEGEL: Aus Schweden hört man, mit der Preisvergabe an Grass werde auch dessen „unbeugsames politisches Engagement“ gewürdigt. Preist die Stockholmer Akademie den Einheits-Skeptiker Grass mit Absicht jetzt, wo Deutschland von Berlin aus regiert wird – etwa mit dem Hintergedanken: Nun sollen die Deutschen mal nicht übermütig werden?

M. ZUCHT / DER SPIEGEL

SALMAN RUSHDIE
BRITISCHER SCHRIFTSTELLER:

Ich halte Grass für den größten europäischen Romancier in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Trommelschläge von Grass’ großem Roman haben mich stets dazu angetrieben, immer aufs Ganze zu gehen; immer zu versuchen, mehr als alles zu geben; auf ein Sicherheitsnetz zu verzichten und nach den Sternen zu greifen.

* Im April 1995 bei einer Grass-Lesung im jüdischen Gemeindezentrum in Frankfurt am Main. Das Gespräch führte Redakteur Mathias Schreiber.

Werbeseite

Werbeseite

Reich-Ranicki: Ich kann in das Herz der Juroren nicht schauen. Diese politischen Interpretationen der Nobelpreis-Entscheidungen waren auch in früheren Fällen meist spekulativ und übertrieben. Ich glaube, dass Grass den Preis vor allem als Erzähler verdient hat, und er hat ihn nur deshalb bekommen, weil Deutschland endlich wieder an der Reihe war und weil er einige schöne, sehr schöne erzählende Werke geschrieben hat.

SPIEGEL: Welche sind das?

Reich-Ranicki: Ich schätze ganz besonders die Novelle „Katz und Maus“ und die Erzählung „Das Treffen in Telgte“ – das sind zwei in sich vollkommene erzählende Arbeiten. Grass hat Glanzvolles in dem Roman „Die Blechtrommel“ geschrieben, ich sage deutlich: *in* der „Blechtrommel“.

SPIEGEL: Nicht der Roman als ganzer?

Reich-Ranicki: Nein, nein. Vor allem der letzte Teil, der in Düsseldorf spielt, ist völlig missraten, obwohl er eine geniale Episode enthält: die Szene im Zwiebelkeller. Als ganze sind auch die späteren Romane nicht gelungen, weder die „Hundejahre“ noch „Die Rättin“, auch nicht „Der Butt“.

SPIEGEL: Lässt sich vereinfacht sagen, woran Ihrer Meinung nach all diese Romane gescheitert sind?

Reich-Ranicki: Das Hauptproblem für Grass ist wohl die Unmöglichkeit, eine Romanfabel zu finden, in der er ausdrücken könnte, was er über ein bestimmtes Thema zu sagen hat. In der „Blechtrommel“ gibt es eine originelle Fabel – die Geschichte des Zwerges Oskar Matzerath, der Glasscheiben in Stücke singt. Bis zu dem Augenblick, in dem der Zwerg plötzlich wächst und dann in Düsseldorf agiert – das sind dann große Dummheiten. Solange Oskar in Danzig lebt, ist es schon ein bedeutender Roman. Aber sonst? Die Gedanken, die Grass hatte, etwa zur Friedensbewegung, zur Rolle der Frau in Deutschland und Ähnliches, haben regelmäßig zu so fatalen Fabeln geführt wie der „Rättin“ …

SPIEGEL: … einem tierischen Übermenschen, der die atomare Weltzerstörung überlebt hat …

„Blechtrommel“-Originaleinband: *Glanz im Detail*

Reich-Ranicki: … das ist doch großer Mumpitz. Wissen Sie, es ist sehr merkwürdig, aber man kann sagen: Grass ist als Romancier weltberühmt geworden, aber er ist überhaupt kein Romancier. Seine eigentlichen literarischen Leistungen sind Erzählungen, lange Erzählungen, keine Kurzgeschichten, die kann er auch nicht. Er ist, das ist vielleicht das Wichtigste, ein Poet, auch in den schwachen Romanen sind immer wieder große Passagen von enormer sprachlicher Kraft, mit unvergesslichen Bildern. Ich habe einmal gesagt: Die beiden größten lebenden Sprachkünstler im deutschen Raum sind Wolfgang Koeppen und Günter Grass. Grass war damals empört. Der Superlativ hat ihn beleidigt. Ich weiß nicht, warum. Wahrscheinlich wollte er hören: Der Größte ist Grass. Nun ist Koeppen längst tot. Und jetzt antworte ich auf die Frage nach dem wichtigsten lebenden Sprachkünstler in der deutschen Prosa: Mein lieber Günter Grass, Sie sind es, Sie sind doch der Größte!

SPIEGEL: Walser lebt auch noch.

Reich-Ranicki: Walser ist ein großes plauderndes Talent, Grass ein großes poetisches Talent. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Grasssche Bilder haben oft eine überraschende poetische Intensität, sie prägen sich ein. Walser schreibt sehr grif-

AP

CHRISTOPH HEIN
DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER:

Ein großer Schriftsteller dieses Jahrhunderts erhält den großen Preis, den er verdient, den er sich verdiente. Überraschend ist allein, dass er nicht bereits vor Jahrzehnten mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde, denn Grass ist seit langem einer der wichtigsten Schriftsteller dieser Welt. Stets war er auch ein politischer Mensch und Autor, für viele ein Ärgernis, da er unerschrocken ist, nicht erschreckbar war, doch die Benachteiligten, die Schwachen, die Fremdlinge im Land, die Außenseiter haben Günter Grass zu danken. Er hat sich um die Literatur, aber auch um die Demokratie und um den Frieden verdient gemacht. Grass ist der würdige Nachfahre eines Lessing und eines Voltaire.

Werbeseite

Werbeseite

fig und amüsant, aber nicht so anschaulich wie Grass. Nein, Grass allein ist von den lebenden Autoren hier zu Lande nobelpreiswürdig – leider.

SPIEGEL: Wieso „leider“?

Reich-Ranicki: Weil es schlecht für die Mitbewerber ist: Keiner von ihnen schreibt besser.

SPIEGEL: In Ihrem Buch „Die Anwälte der Literatur“ rühmen Sie aber Walser. Er sei „vom Geschlecht jener, welche lieben, wenn sie schreiben“. Das gefiel Ihnen 1983 besser als das Credo von Grass, „alles Schöne“ sei „schief“.

Reich-Ranicki: Ich stehe dazu. Nur: Das Wort über Walser bezieht sich bloß auf eins: auf seine Essays. Seine Essays über Hölderlin, Heine, Robert Walser und andere sind Liebeserklärungen an diese Schriftsteller. Das sind beachtliche Texte. Das gilt überhaupt nicht für seine Erzählungen. Diese Erzählungen, etwa die „Lügengeschichten“, sind völlig tote Prosa, das ist nichts Lebendiges.

SPIEGEL: Hat Grass den Nobelpreis auch für seine Lyrik verdient?

Reich-Ranicki: Unbedingt. Die wird immer wieder unterschätzt. Der Debütband „Die Vorzüge der Windhühner“, aber auch die spätere Sammlung „Ausgefragt“. Da gibt es vollkommen überraschende Bilder und Situationen. Etwa in dem Gedicht über Fritz Kortner mit dem Titel „König Lear“ – ein Glanzstück. Ich mag auch das Liebesgedicht „März“ aus „Ausgefragt“, das endet mit den Worten: „Komm. Zieh dich aus.“ Schluss. Fabelhaft. Die Gedichte sind auch rhythmisch sehr stark.

SPIEGEL: Bedauern Sie den großen Verriss, den Sie 1995 über den Grass-Roman „Ein weites Feld“ im SPIEGEL veröffentlicht haben? Es gab damals ja viel Streit.

Reich-Ranicki: Ich bedaure außerordentlich, dass dieser Verriss mit einem Titelbild verbunden wurde, auf dem ich ein Buch zerreiße. Die Kraft, die man braucht, um ein dickes, ordentlich gebundenes Buch in zwei Hälften zu reißen, die habe ich gar nicht. Von der Kritik selber bedaure ich nichts.

SPIEGEL: Das Titelbild war eine Fotomontage nach einem Werbebild des ZDF zum „Literarischen Quartett“.

Reich-Ranicki: Das gleiche Bild im ZDF und im SPIEGEL – aber nur im SPIEGEL hat es viele tausende aufgeregt. Seid doch froh, dass ihr so eine Wirkung habt. Etliche Leute haben geglaubt, ich hätte das Buch wirklich zerfetzt, dabei war es nur eine Fotomontage. Diese Wirkung hat mich gestört, weniger das Bild selber.

SPIEGEL: Es nahm einen Buchtitel von Ihnen beim Wort: „Lauter Verrisse“.

Reich-Ranicki: Ich hätte diesen Titel nie wählen sollen. Das war ein Fehler. Darum habe ich später in gleicher Aufmachung, zum gleichen Preis Kritiken unter dem Titel „Lauter Lobreden“ veröffentlicht. Aber jahrelang wurde nur „Lauter Verrisse“ gekauft. Unter uns: Die Verrisse habe ich nachträglich seltener bedauert als die Lobreden. Die Verrisse stimmen leider meistens. Aber wenn man lobt, vor allem wenn man einen jungen Autor lobt und dann zusieht, was sich später, bei seinen nächsten Arbeiten, herausstellt … oh, là, là!

Bestseller

Belletristik

1 (1) **Isabel Allende** Fortunas Tochter
Suhrkamp; 49,80 Mark

2 (2) **Donna Leon** Nobiltà
Diogenes; 39,90 Mark

3 (4) **Elizabeth George** Undank ist der Väter Lohn *Blanvalet; 49,90 Mark*

4 (3) **John Irving** Witwe für ein Jahr
Diogenes; 49,90 Mark

5 (5) **Henning Mankell** Die falsche Fährte *Zsolnay; 45 Mark*

6 (6) **Günter Grass** Mein Jahrhundert
Steidl; 48 Mark

7 (7) **Henning Mankell** Die fünfte Frau
Zsolnay; 39,80 Mark

8 (8) **Johannes Mario Simmel** Liebe ist die letzte Brücke *Droemer; 44,90 Mark*

9 (9) **Walter Moers** Die $13^1/_2$ Leben des Käpt’n Blaubär *Eichborn; 49,80 Mark*

10 (10) **Nicholas Sparks** Zeit im Wind
Heyne; 32 Mark

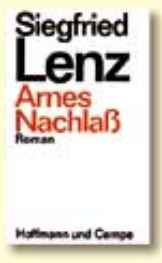
11 (11) **Martha Grimes** Die Frau im Pelzmantel *Goldmann; 44 Mark*

12 (13) **John Grisham** Der Verrat
Hoffmann und Campe; 44,90 Mark

13 (12) **Birgit Vanderbeke** Ich sehe was, was du nicht siehst *Fest; 29,80 Mark*

14 (–) **Marianne Fredriksson** Hannas Töchter *W. Krüger; 39,80 Mark*

15 (14) **Siegfried Lenz** Arnes Nachlass
Hoffmann und Campe; 29,90 Mark



Lautloses Unglück eines Jungen im Umfeld des Hamburger Hafens

SPIEGEL: Wenn Sie heute auf „Ein weites Feld“ zurückschauen: Was stört Sie nach wie vor am meisten?
Reich-Ranicki: Theodor Fontane läuft da als Bote durch die Treuhand-Flure. Sein Chef fährt auf diesen Rädern, was sind das noch, ja: auf diesen Rollschuhen herum – was soll der Blödsinn! Das Buch hat überhaupt eine törichte Konzeption, auch wenn dieser Roman, wie alle anderen Grass-Romane, einige schöne Episoden enthält.
SPIEGEL: Nach dem Erscheinen Ihrer Kritik hat Grass einer Illustrierten anvertraut: „Mit diesem Mann spreche ich nicht mehr.“ Hat er seitdem mit Ihnen irgendwann ein Wort gewechselt?
Reich-Ranicki: Nein.
SPIEGEL: Wird es denn jetzt dazu kommen? Grass hat vergangenen Donnerstag überraschend versöhnliche Töne gegenüber seinen Kritikern angestimmt.
Reich-Ranicki: Meinen Sie, er wird mir dafür danken, dass ich in mehreren Interviews der vergangenen Jahre gesagt habe, wenn ein deutscher Schriftsteller den Nobelpreis verdient, dann Günter Grass? Nein, das wird er nicht tun. Wahrscheinlich wird es auch jetzt kein Gespräch zwischen uns geben.
SPIEGEL: Haben Sie ihm zum Nobelpreis gratuliert, etwa mit einem Telegramm?
Reich-Ranicki: Nein.
SPIEGEL: Werden Sie es noch tun?
Reich-Ranicki: Nein. Warum sollte ich? Er hat mir auch noch nie zu irgendetwas gratuliert. Es gratulieren ihm nun so viele Menschen, ich werde mich da nicht hineindrängen.
SPIEGEL: In Ihren Memoiren „Mein Leben“ tritt der junge Grass auf. Wie haben Sie ihn kennen gelernt?
Reich-Ranicki: Das war in Warschau, im Frühjahr 1958. Ich habe einen Nachmittag mit ihm verbracht, ich schrieb ja über deutsche Literatur, etwa über Martin Walser, Siegfried Lenz, Alfred Andersch, Wolfgang Koeppen, und da interessierte mich auch dieser junge deutsche Dichter. Er machte einen sonderbaren Eindruck, er hatte so einen merkwürdigen Blick. Später erfuhr ich, dass er unmittelbar vor unserem Treffen eine ganze Flasche Wodka getrunken hatte. Aber er ging aufrecht und stramm geradeaus. Er war schon ein derber Typ.
SPIEGEL: Grass hat 1982 über Sie gesagt: „Marcel Reich-Ranicki, den ich 1958 in Warschau kennen lernte, war, wann immer er über Literatur sprach, geprägt von den Normen des sozialistischen Realismus. Und diese Verengung der Literatur bestimmt ihn auch heute noch.“ Erinnern Sie sich?
Reich-Ranicki: Natürlich, das hat er doch seitdem alljährlich fünfmal wiederholt. Immer wieder dasselbe. Die Wahrheit ist, dass ich ganz am Anfang meiner literaturkritischen Tätigkeit in Polen – in „Mein Leben“ kann man das nachlesen – in der Tat unter dem Einfluss des sozialistischen Realismus stand, ich kannte nichts anderes. Aber ungefähr 1954/55 habe ich mich davon befreit. Grass habe ich erst drei Jahre später getroffen. Wissen Sie, ich muss Grass dankbar sein: Er wehrt sich gegen negative Kritik, er betet seit Jahren dasselbe herunter,

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Sachbücher

1 (1) **Sigrid Damm** Christiane und Goethe *Insel; 49,80 Mark*

2 (2) **Marcel Reich-Ranicki** Mein Leben *DVA; 49,80 Mark*

3 (3) **Waris Dirie** Wüstenblume *Schneekluth; 39,80 Mark*

4 (4) **Corinne Hofmann** Die weiße Massai *A1; 39,80 Mark*

5 (6) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

6 (7) **Tahar Ben Jelloun** Papa, was ist ein Fremder? *Rowohlt Berlin; 29,80 Mark*

7 (5) **Ruth Picardie** Es wird mir fehlen, das Leben *Wunderlich; 29,80 Mark*

8 (8) **Klaus Bednarz** Ballade vom Baikalsee *Europa; 39,80 Mark*

9 (10) **Bodo Schäfer** Der Weg zur finanziellen Freiheit *Campus; 39,80 Mark*

10 (9) **Daniel Goeudevert** Mit Träumen beginnt die Realität *Rowohlt Berlin; 39,80 Mark*

11 (11) **Jon Krakauer** In eisige Höhen *Malik; 39,80 Mark*

12 (–) **Günter Ogger** Macher im Machtrausch *Droemer; 39,90 Mark*

Boom und Bosse – Bilanz des Bestseller-Autors

13 (15) **Guido Knopp** Kanzler – Die Mächtigen der Republik *C. Bertelsmann; 46,90 Mark*

14 (14) **Ulrich Wickert** Vom Glück, Franzose zu sein *Hoffmann und Campe; 36 Mark*

15 (12) **Peter Kelder** Die Fünf „Tibeter“ *Integral; 22 Mark*

M. FRÜHLING

Autor Grass: *„Alles Schöne ist schief“*

aber niemals, immerhin, gibt es bei ihm antisemitische Akzente.

SPIEGEL: Kann es wirklich zwischen Ihnen, dem bekanntesten deutschen Literaturkritiker, und Grass, dem nunmehr nobelpreisgekrönten, bekanntesten deutschen Erzähler, niemals einen Konsens darüber geben, was ein guter Roman ist?

Reich-Ranicki: Nein, ich glaube, das ist gar nicht möglich. Grass hat einen ganz anderen Geschmack als ich. Er konnte lange mit Thomas Mann nichts anfangen – erst als er den Thomas-Mann-Preis bekam, wurde das etwas anders. Er nennt als sein Vorbild Alfred Döblin. Aber er hat noch nie über ein Buch von Döblin etwas geschrieben – nur einmal einen Essay über Döblins „Wallenstein“-Roman, aber wenn man genau hinschaut, behandelt er da auch nur ein „Wallenstein“-Kapitel. Aber es ist ja nicht nötig, dass wir uns in literarkritischen Angelegenheiten einigen.

SPIEGEL: Der Satz von Grass „Alles Schöne ist schief“ könnte ja auch so gemeint sein: Ein geschlossener Roman, der die Welt aus der Sicht eines Autoren-Ichs und anhand eines Helden schildert, muss heute an der Komplexität der Wirklichkeit scheitern, muss „schief“ und fragmentarisch sein – wie ja auch Robert Musil an seinem Romanprojekt „Der Mann ohne Eigenschaften“ gescheitert ist. Wäre damit ein scheiternder Romancier Grass nicht zu rechtfertigen – trotz Thomas Mann, dem, vielleicht nicht ganz so modernen, Gegenbeispiel?

Reich-Ranicki: Ach Gott, die Romane von Gabriel García Márquez, etwa „Hundert Jahre Einsamkeit“, sind nicht gescheitert und sind dennoch wunderbare Romane, geschrieben in diesem Jahrhundert und durchaus modern. Dass ein Roman in diesem Jahrhundert scheitern muss, um modern zu sein – das sagt man so hinterher. Natürlich ist Musil an der formalen Konstruktion des „Mannes ohne Eigenschaften“ gescheitert, nicht an der Komplexität der Wirklichkeit.

SPIEGEL: Sie besitzen eine Zeichnung von Grass. Wie sind Sie daran geraten?

Reich-Ranicki: Ich habe einmal abends, während einer Tagung der „Gruppe 47“, beim Wein erzählt, wie ich, nach der Flucht aus dem Warschauer Ghetto, die Leute, die meine Frau und mich versteckt hatten, mit Geschichten aus der Weltliteratur unterhalten habe, nachts, als es keinen Strom gab. Grass fragte mich: Darf ich das verwenden? Ich sagte: ja. Jahre später hat er das Motiv in „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ aufgegriffen, sehr stark verändert – der Geschichtenerzähler wird bei ihm „Zweifel“ genannt und spielt Marionettentheater –, für meinen Geschmack hat er es verschlechtert; als ich ihn dann wieder traf, sagte ich zu ihm, ob er mich nicht am Honorar beteiligen wolle. Grass wurde blass. Ich schlug ihm vor, er solle mir eine Grafik schenken. Er war einverstanden, ich sollte nur ein Blatt auswählen. Ich entschied mich für eine Nonne. Das Bild zeigt eine Nonne und trägt die – doppelsinnige – Widmung: „Für meinen Freund (Zweifel) Marcel Reich-Ranicki“. Ein denkwürdiger Tag. Wir haben damals bei ihm auch einen Butt gegessen.

SPIEGEL: Wenn man diese Geschichten hört, wünscht man sich doch, dass Grass und Reich-Ranicki mal wieder zusammensitzen und einen Wein trinken.

Reich-Ranicki: Es kann doch, Herrgott noch mal, so bleiben, wie es ist. Wir müssen keinen persönlichen Kontakt zueinander haben. Sein Verhältnis zu mir hängt immer nur davon ab, wie ich sein letztes Buch beurteilt habe. Das ist das Übliche bei allen Autoren.

SPIEGEL: Trotzdem wünschen wir uns jetzt ein Gipfeltreffen zwischen Kritikerpapst und Nobelpreisträger.

Reich-Ranicki: Sagen Sie das dem Grass. Wer immer mit mir Frieden schließen wollte und will – ich habe noch nie die zur Versöhnung ausgestreckte Hand zurückgewiesen. Umgekehrt allerdings war es oft so.

SPIEGEL: Wenn Sie die Galerie der Literatur-Nobelpreisträger überblicken: Wurden da die jeweils bedeutendsten Autoren der verschiedenen Sprachen geehrt?

Reich-Ranicki: Nein und noch mal nein. In den meisten Fällen haben die jeweils zweitbesten Autoren den Nobelpreis erhalten, also nicht Marcel Proust, sondern Anatole France, nicht Henrik Ibsen, sondern Björnson, nicht Isaak Babel, sondern Iwan Bunin, nicht Strindberg, sondern Selma Lagerlöf, nicht Brecht, sondern Hesse.

SPIEGEL: Was passiert in einem Autor, den der Nobelpreis weltberühmt gemacht hat. Kann er danach noch so unbefangen schreiben wie vorher? Knallt er – mehr oder weniger – durch? Hat er Angst, der nächste Text werde ihn blamieren?

Reich-Ranicki: Ich glaube, die Wirkung ist meist anders. Nach der Nobelpreis-Ehrung schreiben die schwachen Schriftsteller, die den Preis natürlich zu Unrecht bekommen haben, noch schlechter als vorher. Aber die guten Schriftsteller schreiben eher besser, ihnen schadet die Bestätigung nicht.

SPIEGEL: Dann dürfen wir im Falle Grass jetzt hoffen?

Reich-Ranicki: Ja selbstverständlich. Da kann er über mich reden, was er will. Ich kann nur sagen: Der Kerl, der Grass wird uns alle noch überraschen mit irgendetwas sehr Schönem. Vielleicht mit keinem Roman von 700 Seiten, vielleicht mit einer Erzählung von 25 Seiten. Das wissen wir ja nicht. Aber ich wünsche es ihm – und mir.

SPIEGEL: Und das wird dann auch im „Literarischen Quartett“ gerühmt?

Reich-Ranicki: Was gut ist, wird im „Literarischen Quartett“ gern und ausführlich gelobt.

SPIEGEL: Herr Reich-Ranicki, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

P. PEITSCH

THOMAS BRUSSIG
DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER:

Ja, der Grass bringt das Format mit, das für diesen Preis nötig ist: ein Romancier, der in weitem Bogen ausholt, der kraftvoll, nicht kraftmeiernd, loslegt. So hat er die literarische Faschismus-Auseinandersetzung geschrieben und den Wenderoman, jeweils in der Königsklasse des Erzählens: Der Roman ist bei Grass der große Entwurf, das allumfassende Panorama, der weite zeitliche Bogen. Günter Grass ist zweifellos ein altmodischer Schriftsteller, aber der Nobelpreis ist auch eine altmodische Ehrung. Grass wird auf der ganzen Welt gelesen, aber nur in Deutschland wird er angefeindet.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

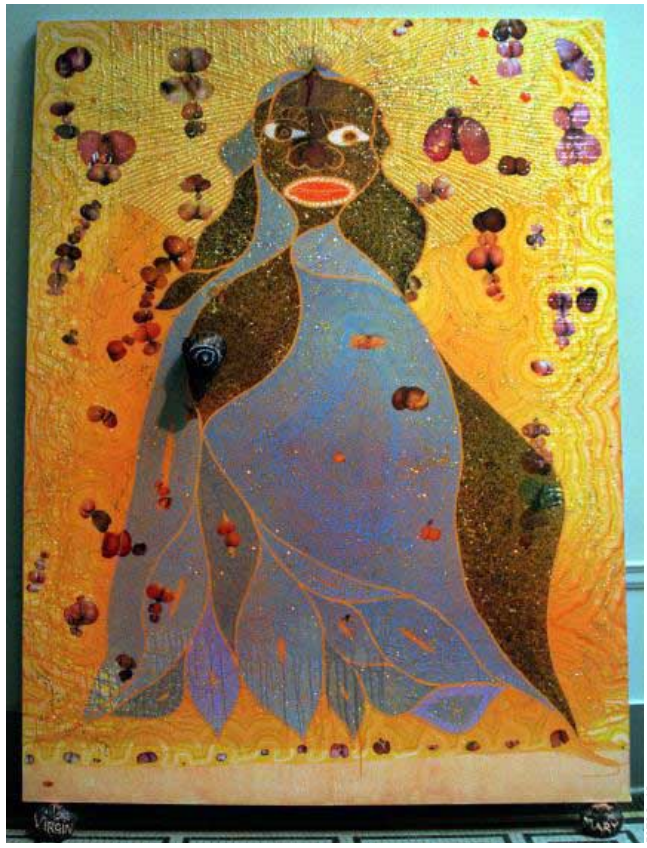
Werbeseite

Werbeseite

AUSSTELLUNGEN

Schönheitskur für die Jungfrau

Zoff um das New-York-Gastspiel der Kunstschau „Sensation“: Verhöhnt Elefantenkot auf einem Madonnenbild die religiösen Empfindungen?



FOTOS: AP

Ofili-Bildnis „The Holy Virgin Mary“: *Dung am Busen*

In Wahlkampfzeiten genügt mitunter der kleinste Anlass, um ein wildes Gezeter der Empörung zu entfachen. Am vergangenen Dienstag gab das Brooklyn Museum in New York bekannt, eine Ausstellung, die seit Monaten geplant war, ein paar Tage später tatsächlich eröffnen zu wollen. Seither streitet das ganze Land, unter Beteiligung des Weißen Hauses, darüber, ob ein Haufen Scheiße Sünde sein kann.

New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani, 55, nahm erzürnt Anstoß am Gemälde einer schwarzen Madonna des britisch-nigerianischen Künstlers Chris Ofili, 31: Auf dem naiv fröhlichen Heiligenbild, 1996 gemalt, kleben nicht nur Schnipsel aus Pornoheften, die ungeniert männliche Genitalien zeigen. Der Busen der Gottesmutter ist auch, und das erregt Giuliani so, mit einem Klumpen Elefantendung verziert.

REUTERS

Bürgermeister Giuliani, Brooklyn Museum: *„Kranke“ Kunst?*

Das Bild, wettert der Bürgermeister, sei „ekelhaft“, „krank“ und eine „Verhöhnung der Religion“. Sein Wutschnauben fand in der katholischen Gemeinde New Yorks heftige Zustimmung. Dabei ist das umstrittene Exponat eines der harmloseren Stücke in der geplanten Ausstellung, die im Übrigen längst bekannt ist: Die Wanderschau „Sensation“ startete 1997 in London und gastierte im vergangenen Winter in Berlin.

Zum Basis-Programm von „Sensation“ gehören eingelegte Tierkadaver von Brit-Pop-Künstler Damien Hirst und nackte verstümmelte Kinderpuppen der Brüder Chapman – auf plumpe Effekte abzielende Schockkunst, die schon früher für Aufruhr sorgte (SPIEGEL 40/1997). Doch nie ging es um Ofilis „The Holy Virgin Mary“.

Der Maler Ofili, Träger des renommierten Turner-Preises und bekennender Katholik, weiß den Kot-Fladen durchaus zu verteidigen: Im Land seiner Vorfahren gelte Dung als Sinnbild der Schönheit und der Fruchtbarkeit.

Giuliani kümmert derlei Symbolgehalt wenig. Er verlangte vom Brooklyn Museum, das Bild gar nicht erst aufzuhängen – andernfalls, so drohte er, streiche er der Institution den städtischen Jahreszuschuss von sieben Millionen Dollar, ein Drittel des kargen Etats. Er mobilisierte selbst den US-Senat, über das Werk zu beraten: Das Gremium befand das Bild inzwischen offiziell als anstößig.

Zensur-Drohungen sind im notorisch prüden Amerika üblich, im liberalen New York aber eine Ausnahme. Die US-Medien rätselten denn auch über Giulianis Vordonnern: Will sich der für sein hartes Durchgreifen gegen Kriminelle viel gelobte und zugleich heftig angefeindete Bürgermeister nun auch gegenüber Künstlern als konservativer Hardliner profilieren?

Oder nimmt er schon den Wahlkampf um den Senatorenposten für den Staat New York vorweg? Für das Amt, über das Ende 2000 abgestimmt wird, will der Republikaner Giuliani wahrscheinlich kandidieren, und seine sehr viel beliebtere Kontrahentin aus den Reihen der Demokraten heißt aller Voraussicht nach: Hillary Clinton.

Die Präsidentengattin wäre auf die Gunst katholischer Wähler angewiesen. Und blieb deshalb in den vergangenen Tagen vorsichtig vieldeutig: Sie kritisierte Giulianis „Strafaktion“, fügte aber für prüdere Anhänger hinzu, sie werde die Schau keinesfalls besuchen – diese eisige Diplomatie stachelte Giuliani noch an. Füge sich das Museum nicht, so legte er nach, werde er das Haus fürs Erste schließen und die Chefetage austauschen.

Arnold Lehman, 55, Chef des Brooklyn Museums, wollte sich von solcher Willkür aber nicht einschüchtern lassen. Er beschwor in der vergangenen Woche das Recht auf freie Meinungsäußerung und beschloss, die Stadt New York auf Zuschusszahlung zu verklagen.

Die New Yorker Museen stehen Lehman inzwischen bei: Sie warnten die Stadtverwaltung in einem Brief davor, einen „gefährlichen Präzedenzfall“ zu schaffen. Ofilis Londoner Galerist schimpfte weniger zurückhaltend über „Nazi-Methoden“.

Als Sieger aus dem New Yorker Kunstkrieg, der bereits als „Dung-Affäre“ („Independent“) firmiert, könnte kurioserweise der Mentor der „Sensation“-Schau hervorgehen: Der britische Werbetycoon Charles Saatchi bestückt die Schau aus seiner Privatsammlung – und wird von der Fachwelt als Skandal-Spekulant geprügelt.

Nach der Londoner „Sensation“-Eröffnung 1997 löste vor allem das Porträt einer Kindsmörderin in Großbritannien eine Entrüstungswelle aus, auf deren Höhepunkt ein Ei auf das Bild flog. Hunderttausende pilgerten nun zum verrufenen Event, die Preise für die zuvor unbekannte Sex-and-Crime-Kunst schnellten an.

Bald aber galt der Gruselreiz der Schau als verpufft, der Werbeguru selbst hatte die „Sensation“-Episode abgehakt und müht sich erfolglos, eine neue Kunstströmung namens „Neuer Neurotischer Realismus“ zu vermarkten (SPIEGEL 11/1999).

Da wirkt Giulianis Vorlage durchaus aufheiternd. Auch das ironische Warnschild auf der Internet-Seite des Brooklyn Museums dürfte Saatchi gefallen: „Die Ausstellung“, ist dort zu lesen, „kann Schock, Erbrechen, Konfusion, Panik, Euphorie und Angstgefühle auslösen.“ Die gleichen Befürchtungen hat auch Giuliani. Nur meint er es – angeblich – ernst. ULRIKE KNÖFEL

Werbeseite

Werbeseite

A. LINKE

Sängerin Rumpf: *„Unterwegs im Namen des Herren“*

MUSIKGESCHÄFT

Pakt mit dem Pop

Bekannt wurde Inga Rumpf in den Siebzigern als Rock- und Blues-Sängerin. Nun rüstet sie zum Comeback – gesponsert von den deutschen Kirchen.

Die Wiege der Frohen Botschaft steht in einem Hinterhof des Hamburger Stadtteils Eppendorf, über einer Autowerkstatt für Oldtimer. In der ersten Etage eines ehemaligen Fabrikgebäudes hat die Mieterin Keyboard und Schlagzeug aufgebaut. „Meine Folterkammer“ nennt sie den Raum, wo ihr die Eingebungen für das göttliche Werk gekommen sind.

Inga Rumpf, 53, hat die wilden siebziger Jahre der Rockmusik miterlebt, sie ist mit ihrer Band Frumpy vor hunderttausenden aufgetreten und hat nunmehr rund 40 Alben veröffentlicht. Und jetzt, sagt sie, „bin ich eben im Namen des Herren unterwegs“.

Die Tochter eines Hamburger Seemanns folgt einer Marketing-Idee, die fast so überraschend ist wie die wundersame Brotvermehrung der Bibel: Die Rocklady Rumpf dichtete die Seligpreisungen der Bergpredigt um zu einer voluminösen Hymne mit dem Titel „Walking in the Light“. Diese und weitere christlich inspirierte Kompositionen will sie nun auf einer Missionstour durch über 70 Gotteshäuser vortragen: Sie singt mit dem lieben Gott in der Hamburger Jacobikirche ebenso wie in der Kathedrale von Luxemburg und im Magdeburger Dom.

Die zwei großen Kirchen – Katholiken wie Protestanten – sind damit erstmals gemeinsam einen festen Pakt mit dem Pop eingegangen. Denn Rumpf soll auch anno Domini 2000 Geschäftspartnerin der Gottesmänner bleiben: Als Höhepunkt der Konzertreise sind 15 Auftritte im „Christus-Pavillon“ gebucht, dem gemeinsamen Ausstellungsgebäude beider Kirchen auf der Expo in Hannover.

Im Dienst kirchlicher Erweckungsarbeit betätigt sich da eine Veteranin deutscher Rockgeschichte. Vor über 30 Jahren tourte die Sängerin bereits mit den City Preachers und Udo Lindenberg durch Deutschland. Später versuchte sie als Frontfrau der Rockbands Frumpy und Atlantis auch in den USA und Großbritannien kundzutun, dass Musik aus Deutschland mehr zu bieten hat als schwarzbraune Haselnüsse und „Ein bisschen Frieden“.

JAZZ ARCHIV HAMBURG

Atlantis-Sängerin Rumpf (1976): *Veteranin des Rock*

Als sich Rumpf in späteren Jahren als Solosängerin dem Blues, Soul und Gospel verschrieb, weckte sie die Neugier fortschrittlicher Theologen. Schon seit einigen Jahren musiziert sie gemeinsam mit tausenden von Bikern bei den Hamburger Motorrad-Gottesdiensten am Michel.

Doch bevor es zur aktuellen Verbindung zwischen Tonkunst und Gotteswort kam, bedurfte es noch professioneller weltlicher Hilfe: Jürgen Hoffmann, der für gewöhnlich sein Geld mit Komikern wie Rüdiger Hoffmann („Ja hallo erst mal“) verdient, entwickelte ein ökumenisch-ökonomisches Gesamtkonzept aus Tour, CD und Expo-Gigs, über das im Frühjahr deutsche Bischöfe zu Rate saßen.

Einige der frommen Herren, so erinnern sich Teilnehmer der Runde, konnten sich nur schwer von ihren persönlichen Vorlieben lösen. Sie hätten lieber die Tölzer Sängerknaben auf der Expo-Bühne gesehen.

Kundige Geistliche glauben an die Sängerin, seitdem die Rumpf in der Immanuel-Kirche in Alt-Laatzen ihre Werke zum Vortrag gebracht hatte. „Das war wie Weihnachten“, sagt Fritz Baltruweit, Expo-Programmchef der evangelischen Kirche: Besonders angetan war der Pastor, dass Rock-Oldies und 20-jährige Nachwuchsfans „ganz beglückt“ das Kirchenkonzert verließen – allesamt Leute, die sonst nur selten den Weg ins Haus Gottes finden.

Dabei sieht sich Inga Rumpf nicht als Vermarkterin des Bibelwortes. Mit ihrem bis heute beeindruckenden Sangesorgan wolle sie einfach „Glanz und Glorie“ in ehrwürdigen Mauern verbreiten, sagt sie. In einigen Kirchen, die auf dem Tourneeplan stehen, ist jahrhundertelang nur gottesfürchtig georgelt worden.

Ihre jüngste CD, die an diesem Montag erscheint, bietet nicht nur frömmelnde Gospels. Sie ist eine Mischung aus Reggae, HipHop, Rhythm’n’Blues – Musik, wie Fritz Penserot sagt, die „wir gut an den Mann bringen können“.

Penserot ist Senderbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland. Und weil die einen Rahmenvertrag mit RTL geschlossen hat, der ihr Sendezeit beim Kölner Privatsender einräumt, will Penserot zur Adventszeit nun ein Live-Konzert der Sängerin Rumpf übertragen.

Zudem haben Kirchen und RTL zusammen für 55 000 Mark einen Werbespot gedreht, der im TV und im Kino verbreitet werden soll – normalerweise hätte diese Art der Promotion weit mehr als drei Millionen Mark gekostet.

Der einstige Nackedei-Sender RTL könne froh sein, meint Penserot, wenn er mit „dieser Art der Verpackung sein Image als Familiensender schärfen“ könne.

Show-Profi Rumpf plagt sich mit anderen Sorgen. Es sei schon mühsam, klagt sie, „den Deutschen beizubringen, dass sie in der Kirche ruhig auch mal klatschen dürfen“.

Udo Ludwig

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom / SPIEGEL TV-Videos
Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement
Telefon: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-2898
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern,
Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389
E-Mail: leserservice@dcl.ch

Abonnement für Blinde
Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnementspreise
Inland: Zwölf Monate DM 260,–
Studenten Inland: Zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: Zwölf Monate sfr 260,–
Europa: Zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: Zwölf Monate DM 520,–
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht
Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP99-003

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de · **T-Online** *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Dietmar Hipp, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Dr. Thomas Darnstädt, Matthias Matussek, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer, Dr. Dieter Wild; **Berliner Büro** *Leitung:* Jürgen Leinemann, Hajo Schumacher (stellv.). *Redaktion:* Petra Bornhöft, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Dr. Paul Lersch, Dr. Hendrik Munsberg, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Ulrich Schwarz. *Redaktion:* Klaus Brinkbäumer, Annette Bruhns, Doja Hacker, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Udo Ludwig, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Norbert F. Pötzl, Bruno Schrep, Michael Sontheimer; **Berliner Büro** *Leitung:* Heiner Schimmöller, Georg Mascolo (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Irina Repke, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. *Autor*: Peter Bölke; **Berliner Büro** *Leitung:* Jan Fleischhauer (stellv.). *Redaktion:* Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Elisabeth Niejahr, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Claus Christian Malzahn, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. *Redaktion:* Dr. Harro Albrecht, Philip Bethge, Marco Evers, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Christian Wüst. *Autoren, Reporter*: Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Matthias Geyer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Christian Habbe, Heinz Höfl, Hans Michael Kloth, Dr. Walter Knips, Reinhard Krumm, Gudrun Patricia Pott

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Rolf Jochum, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Csallos, Christiane Gehner; Werner Bartels, Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Maria Hoffmann, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rick, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter, Stefan Wolff

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhagen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030)203874-00, Fax 203874-12

BONN Fritz-Erler-Str. 11, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel.(069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Rathenaustraße 12, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

SCHWERIN Florian Gless, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Beşaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, 16 Mevo Hamatmid, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044207) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hüetlin, Mathias Müller von Blumencron, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Lutz Krusche, Helmut Sorge, 1, Rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Andrzej Rybak, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Dr. Stefan Simons, Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Ulrich Rambow, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Andreas M. Peets, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

KOORDINATION Katrin Klocke

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)
Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe
Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1. Januar 1999
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum. K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 25. 9.

ARBEITSLOSIGKEIT IG-Metall-Chef Zwickel fordert, die Bundesregierung solle bis November zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit ein Konzept für den vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben („Rente ab 60“) vorlegen. Anderenfalls droht er, das „Bündnis für Arbeit“ aufzukündigen.

SONNTAG, 26. 9.

RACHE In einem Interview attackiert Ex-SPD-Chef Oskar Lafontaine heftig den Kurs von Kanzler Schröder.

SCHADENSBEGRENZUNG In über hundert Städten, Landkreisen und Gemeinden finden Stichwahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Die SPD mildert gegenüber dem ersten Wahlgang ihre dramatischen Verluste. Sie verteidigt ihre Hochburg Dortmund und stellt dort wieder den Oberbürgermeister.

RADSPORT Überraschend gewinnt Jan Ullrich die Spanien-Rundfahrt und meldet sich damit in der Weltspitze zurück.

MONTAG, 27. 9.

KAUKASUS Massive russische Luftangriffe auf Raffinerien und Treibstofflager in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny sollen die islamistischen Rebellen treffen. Russlands Verteidigungsminister Sergejew will die Angriffe fortsetzen, „bis der letzte Bandit vernichtet ist“.

FUSION Die Mischkonzerne Veba und Viag beschließen eine „Fusion unter Gleichen“. So entsteht der weltgrößte Anbieter von Spezialchemie und der größte deutsche Stromerzeuger.

DIENSTAG, 28. 9.

GROSSBRITANNIEN Premierminister Blair kündigt auf dem Labour-Parteitag in Bournemouth zur Halbzeit der Wahlperiode an, das Land sozial und moralisch „von Kopf bis Fuß zu erneuern“.

KOALITION Bundeskanzler Schröder wendet sich am Jahrestag der letzten Bundestagswahl gegen das „Geraune“ von einer großen Koalition.

MITTWOCH, 29. 9.

VERMITTLUNG Tschetschenien bittet die Europäische Union um Vermittlung im Kaukasus-Krieg. Die USA, Frankreich und Deutschland mahnen Russland zur Vorsicht.

MACHTWECHSEL Peter Müller, CDU-Vorsitzender des Saarlands, wird zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt.

DONNERSTAG, 30. 9.

NOBELPREIS Günter Grass erhält den Literatur-Nobelpreis – 40 Jahre nachdem „Die Blechtrommel“ seinen Weltruhm begründete. „In munter schwarzen Fabeln“, so die Stockholmer Jury, habe er „das vergessene Gesicht der Geschichte gezeichnet“.

STÖRFALL In einer japanischen Atomfabrik 120 Kilometer nordöstlich von Tokio tritt nach einem Störfall Strahlung aus. Mehrere Arbeiter werden lebensgefährlich verstrahlt. Die Auswirkungen auf die Umwelt, fürchtet ein Regierungssprecher, könnten „schwerwiegend werden“.

FREITAG, 1. 10.

AMTSANTRITT Bernhard Vogel wird für eine weitere Amtsperiode als Ministerpräsident von Thüringen vereidigt.

CHINA Die Volksrepublik feiert mit einer Militärparade in Peking den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

REUTERS

Ein Feuerwerk krönt am 30. September in Rom die Zeremonie, mit der Papst Johannes Paul II. den zum Millennium aufwendig erneuerten Petersdom weihte.

SPIEGEL TV

MONTAG
23.00 – 23.30 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Der Geruch des Feindes

SPIEGEL TV

Stasi-Opfer Boeden

Die Geschichte der Susanne Boeden, die am 40. Jahrestag der DDR wegen eines kritischen Flugblatts inhaftiert wurde. Polizisten nahmen ihr eine so genannte Geruchsprobe ab und speicherten sie. Volkspolizei und Stasi hatten tausende solcher Konserven gesammelt. Abgerichtete Hunde waren dadurch in der Lage, Regimegegner zu identifizieren.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Die Vollstrecker – Erfahrungen der Gerichtsvollzieher

Knapp 4000 Gerichtsvollzieher beschäftigen sich Tag für Tag mit den Folgen von Konsumrausch, Katalogbestellungen oder Ratenkrediten. Eine Reportage über die Schattenseiten der vermeintlichen Wohlstandsgesellschaft.

SAMSTAG
23.00 – 1.05 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Der Pazifikkrieg der Amerikaner

Am 7. Dezember 1941 attackierten japanische Flugzeuge die US-Marinebasis Pearl Harbor. Die überraschten Amerikaner verloren den Großteil ihrer Pazifikflotte – und erklärten Japan den Krieg. Die Dokumentation mit unbekanntem Farbmaterial zeigt den verlustreichen Kampf um die besetzten Pazifikinseln.

SONNTAG
22.25 – 23.10 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Halber Zug zum vollen Preis? – der Transrapid auf dem Weg ins Milliardengrab; Aufbau Süd-Ost – der deutsche Kosovo-Sektor zwischen Stunde Null und Wirtschaftswunder; Verwandlungskünstler vor der Kamera – wie Talkshowgäste die TV-Sender hinters Licht führen.

NACHRUF

Johannes Gross

1932 bis 1999

Der letzte Eintrag in seinem famosen „Notizbuch“ im auch schon dahingeschiedenen „FAZ-Magazin“ las sich wie eine Bilanz. Niemand sei vor dem Tode glücklich zu preisen, schrieb Johannes Gross im Juni dieses Jahres, „nach dem Tode auch nicht“. Niemand könne wissen, „wie glücklich oder unglücklich einer gewesen ist“.

Und kryptisch weiter: „In dem ewig Unzufriedenen kann ein Kern des Behagens stecken wie im Glückstrahlenden der nagende Wurm des Ungenügens.“ Konfession eines Mannes, der ein strahlender Medien-Star war und Krankheit und privates Unglück tapfer ertrug? Letzte Worte haben einen Beigeschmack von Wahrheit.

Er war eine Rarität in der Branche, ein Aphoristiker in der Tradition der französischen Moralisten. „Schlimme Nachricht. Telefonieren wird noch billiger“, schrieb er. „Alle Macht geht vom Volke aus – aber nicht dadurch, dass es regiert, sondern dadurch, dass es sich regieren lässt.“ Und: „Wer die Macht wirklich liebt, redet nicht zynisch von ihr.“

Machtpositionen hat er liebend gern eingenommen, die Studienkombination von Philosophie und Juristerei legte das Fundament. 1962: Chef der Abteilung Politik und Zeitgeschehen beim Deutschlandfunk. 1974: Chefredakteur und später Herausgeber des Wirtschaftsmagazins „Capital“. Ab 1977 moderierte er die „Bonner Runde“ des ZDF; seine Polit-Talkshow „Tacheles“ (1996) floppte, sie war zu intellektuell.

Der mächtige Rundschädel, im Kinn die Kerbe des Machtmenschen, formierte sein Markenzeichen. Er war ein Homme de lettres und ein Mann von Welt, luzide, aber nicht luziferisch, konservativ und nicht „politisch korrekt“, Freund bedeutender Männer und ein Splitter im Auge vieler anderer. Sein Freund, der Maler Horst Janssen, hieß ihn einen „Obertroll“.

Als Moderator, Kommentator, Interviewer, Leitartikler und Publizist bildete er einen Ein-Mann-Multi mit beträchtlichem Einfluss; und in einer Reihe von Büchern blieb er dem Zeitgeist auf der Spur oder eilte ihm voraus. 1958 schrieb er, mit Rüdiger Altmann, „Die neue Gesellschaft“, 1967 irritierte er mit Ironischem über „Die Deutschen“, 1994 gab er dem Kommenden den Namen: „Begründung der Berliner Republik“.

Seine pointensichere Gewissheit und seinen bürgerstolzen Widerstandsgeist gegen Bürokratie illustriert eine Anekdote, die er selbst gern erzählte. Sie handelt von der Rechnung für eine Flasche Dom Perignon, die der Redakteur Gross bei seinem Verlag eingereicht hatte.

Der Verlag fragte nach dem Anlass. Gross: ein dienstlicher. Rückfrage: welcher Art? Gross: Ich habe ein Gespräch geführt. Rückfrage: mit wem? Gross: mit einer wichtigen Persönlichkeit. Rückfrage: mit welcher? Gross: mit mir selbst.

J. H. DARCHINGER

„Bonner Runde“ 1977*

* Mit Rüdiger Altmann, Hans-Dietrich Genscher, Willy Brandt, Johannes Gross, Helmut Kohl, Rudolf Augstein, Franz Josef Strauß.

Werbeseite

Werbeseite

OLYMPIA / ACTION PRESS

Armani, Models

Giorgio Armani, 65, Haute-Couture-Schneider, zeigt auch als Immobilienspekulant ein Händchen für den goldenen Schnitt: Für einen Streifen Mittelmeerküste, den eine von ihm kontrollierte Grundstücksgesellschaft 1983 für etwa 2,7 Millionen Mark von der italienischen Kö-

OLYMPIA / ACTION PRESS

Chemeleva

Tatiana Chemeleva, 12, neuer Stern der Mailänder Modewoche, löste einen heftigen Gesinnungsstreit unter Edelschneidern aus: Wie jung dürfen Models auf dem Laufsteg sein? Passend zum aktuellen Kinderlook-Trend der Branche wurde das hübsche Mädchen aus Tallinn auf Anhieb gut gebucht: neun 5000-Mark-Engagements, von Biagiotti bis Ferré, und vier Optionen, Miu Miu zum Beispiel oder Iceberg. Andere Modehäuser lehnen Subteenie-Mannequins kategorisch ab: „Wir wollen Frauen auf dem Laufsteg“, so Gattinoni-Präsident Stefano Dominella, „und nicht Kinder, die geradewegs aus den Klauen eines Pädophilen zu kommen scheinen!“ Laura Biagiotti, die das Mini-Model (1,73 m, 44 kg) schon im Juli in Rom präsentiert hatte, versichert: „Ich behandle sie wie eine Tochter.“ Klein-Tatiana selbst hat „keine Angst vor dieser Arbeit“, fühlt sich vom 18-jährigen Bruder Andrey auf ihren Trips nach Rom, Mailand und, demnächst, nach New York gut beschützt und beherzigt den Rat der Eltern daheim, das schnelle Geld nicht zu verprassen. „Was sollte ich kaufen? Die Kleider in Milano sind nicht für mich gemacht.“

Gerhard Schröder, 55, schwer bedrängter Bundeskanzler, machte bei einer Buchvorstellung am vergangenen Dienstag aus seinem Herzen keine Mördergrube. „Wunderschöne Stellen über Parteifreunde“, so empfahl der Sozialdemokrat in seiner Laudatio dem Auditorium Walther Leisler Kieps (CDU) neues Buch „Was bleibt ist große Zuversicht“. „Mit solchen Freunden braucht man keine Feinde mehr. Eine Erfahrung, die nicht nur Walther gemacht hat“, juxte der Kanzler weiter. Auch an Anspielungen auf seine Fotosession im Brioni-Anzug ließ es der fröhliche Kanzler nicht fehlen. An den Wahlkampf Kieps in Hamburg 1982 gegen den Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi erinnere er sich „sehr gut“. Denn da sei es auch um die Frage gegangen, „wer das bessere Flanelltuch anhat, Kiep oder Dohnanyi“. Im Anschluss an die 45-minütige Rede ging es wie geplant zum Dinner in die „Atlantikbrücke“. Dort fühlte sich der Kanzler so „anregend“ unterhalten (ein Mitarbeiter), dass er glatt den Termin für das „Focus“-Fest am selben Abend sausen ließ.

Olafur Ragnar Grimsson, 56, verwitweter Staatspräsident von Island, machte eine vorschnelle Ankündigung. Im Fernsehen erklärte er seinem Volk, er sei maßlos verliebt in **Dorrit Moussaieff,** eine Londoner Society-Dame und Journalistin, und er wolle „diese neue Beziehung pflegen“. Das Objekt präsidentieller Begierde, zu Besuch in Island und Gast im Hause Grimsson, antwortete auf die Avancen kühl: „Ich mag ihn, und ich liebe dieses Land, das ist alles.“ Vergangenen Montag bereiteten der Präsident und die wohlhabende Londonerin einen gemeinsamen Ausritt vor, und schon

G. ANDRESSON / DV DAGBLADID VISIR

Grimsson, Moussaieff

begann der Alptraum. Zuerst ging ein noch ungesatteltes Pferd mit Dorrit Moussaieff durch. An der Mähne sich festklammernd überstand die Reiterin den wilden Galopp. Kurz darauf fiel Grimsson vom Pferd und brach sich die Schulter – der perfekte Fototermin: Neben Grimsson kniend breitete die, nach Augenzeugenberichten weinende, Angebetete ihre Jacke über den Gefallenen. Stunden später wurde Grimsson im Krankenhaus gefragt, wieso überhaupt ein Fotograf bei dem Ausflug dabei gewesen sei. Antwort des Verliebten: „Damit die Nation uns zusammen auf einem Foto sehen kann.“

nigssippe der Savoyer übernahm, will der italienische Finanzminister jetzt das 15fache zahlen, über 40 Millionen Mark. Dabei hatte Armani an der hübschen weißen Dünenlandschaft vor den Toren Roms gerade mal zwei Jahre lang Freude. Dann wurde das Naturland, nach heftigen Protesten von Umweltschützern, von Staats wegen enteignet und unter Schutz gestellt. Als Entschädigung bot die Regierung fünf Millionen, immerhin ein Aufschlag von 85 Prozent. Nicht genug, fand der Designer teurer Kleider und nobler Parfums. Nach 14 Jahren haben seine beharrlichen Anwälte die römische Finanzverwaltung offenbar weich gekocht. Die jetzt offerierte Entschädigung verzinst den ursprünglichen Kaufpreis mit etwa 90 Prozent – jährlich. Dafür müsste auch einer wie Armani lange nähen oder stricken.

Naomi Kishimoto, Mitglied einer Anti-Atom-Gruppe in Hiroschima, ist empört über ein Souvenir des National Atomic Museum in Albuquerque (New Mexico). Die Japanerin hatte auf der Website des Museums, das dem US-Department of Energy unterstellt ist, entdeckt, dass dort Ohrringe angeboten werden mit kleinen Nachbildungen aus Silber von „Fat Man“ und „Little Boy“, den Atombomben, die 1945 die Städte Hiroschima und Nagasaki vernichteten. „Das sind keineswegs Dinge, mit denen man seine Ohren oder seinen Schreibtisch schmücken sollte“, urteilt Naomi Kishimoto. Die Ohrringe zu 20 Dollar seien ein Renner im Souvenir-Shop des Museums, sagt Shopmanager Tony Sparks. „Wir wissen, dass die Sache heikel ist.“ Unter den Museumsbesuchern seien viele aus Japan, die an der amerikanischen Sicht der Dinge interessiert sind. Sparks: „Wir sind bemüht, nichts zu glorifizieren.“ Inzwischen werden die Schmuckstücke wenigstens nicht mehr auf der Website offeriert.

AP

Ohrringe „Fat Man“, „Little Boy“

Rainer Brüderle, 54, FDP-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Weinbauminister in Rheinland-Pfalz, verriet einer sächsischen FDP-Kollegin das Geheimnis der relativ hohen FDP-Wahlergebnisse im Rebenland. Bei der FDP-Bundesvorstandssitzung am vergangenen Montag hatte Brüderle das Vorstandsmitglied aus Sachsen, **Cornelia Pieper,** 40, an den Tisch gebeten, den Hermann Otto Solms gerade verließ. Ob sie den Grund kenne für die hohe FDP-Quote in Rheinland-Pfalz, und gab gleich

F. OSSENBRINK

Brüderle, Pieper

selbst die Antwort: „Weil wir Liberalen so unheimlich gut küssen können.“ Flugs zog er die Kollegin zu sich heran. Die konnte ihm gerade noch zu einem Wangenkuss ausweichen. „Nicht schlecht, Rainer“, konterte die FDP-Dame schlagfertig die Attacke, „und jetzt setzt sich Herrmann Otto wieder hier hin.“

Christoph Meili, 31, ehemaliger Schweizer Wachmann und in der Heimat als Verräter geschmäht, startet in den USA ein neues Leben. Meili hatte im Januar 1997 bei einem nächtlichen Rundgang bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich etliche vermeintlich verschollene Dokumente über Bankguthaben deutscher Juden vor der Vernichtung durch den Schredder bewahrt und so erst Ansprüche auch auf von Hitlers Schergen gestohlene, in Schweizer Banken deponierte, jüdische Vermögen möglich gemacht. Jetzt begann der ehemalige Wachmann ein Studium, ausgestattet mit einem Vollstipendium, an der Chapman University in Orange (Kalifornien). Und das Anfängerseminar von Professor Don Will über „Weltbürgertum“ („Global citizenship“) hat mit Meili ein leuchtendes Vorbild. „Durch sein mutiges Handeln im Namen der Gerechtigkeit und Humanität hat er wirklich etwas bewirkt“, so der Präsident von Chapman, James Doti. Der Schweizer sei ein „wunderbares Beispiel für die anderen Studenten, dass sie auch etwas bewirken können“. Meili, von Todesdrohungen aus der Heimat geekelt, nennt als Studienziel „Anwalt für Menschenrechte“.

Aus der „Westdeutschen Allgemeinen“: „Um Erben, die unmittelbar nach dem Tod ein Konto ‚räumen‘, ein Schnippchen zu schlagen, ist vorgesehen, dass Bank oder Sparkasse den Kontostand am Tag vor dem Tod mitzuteilen hat.“

Mehr Wiesn-Delikte: Polizei zufrieden

Aus dem „Münchner Merkur“

Indien wählt: 5 Tote

Aus der „Rheinischen Post“

Aus der „Dortmunder Rundschau“: „Bevor man aus seinem Auto aussteigt, muss man sich eben – notfalls durch Aussteigen – versichern, dass das Öffnen der Tür niemanden gefährdet.“

Wenn der Rubel den Ball überrollt

Aus den „Lübecker Nachrichten“

Aus der „Zeit“: „Der Mittelabschnitt des Bachlaufs, seit alters Neandertal genannt, steht seit 1921 unter Naturschutz. Schon in prähistorischen Zeiten war er ein bevorzugtes Naherholungsgebiet, durchstreift von – eben den Neandertalern.“

Bildunterschrift in der „FAZ“: „Das Leben vor dem Tod ist auch auf Grenada am schönsten.“

Aus einer Auto-Kritik über den BMW 328 Ci in der „FAZ“: „Die Türgriffe sind immer dabei, und ihre massive Anwesenheit trägt viel Ruhe ins Fahren mit diesem Coupé, das in seinen Lebensäußerungen ein Sportwagen und in seinem Kern ein BMW ist. Dass dies eine Einheit ist, sollte nicht vergessen werden.“

Salatsoßen

... bekommen eine würzigere Note, süßt man sie mit Honig statt mit Salz.

Aus der Frauenzeitschrift „Lisa“

Zitat

Der „Stern“ über den Drehbuchautor Johannes W. Betz und seine Lektüre des SPIEGEL-Berichts über den letzten noch lebenden KZ-Arzt von Auschwitz, Hans Münch, „Deutschland – Die Erinnerung der Täter“ (Nr. 40/1998):

Er habe, sagt der Autor Johannes W. Betz, Anfang 30, nach Fertigstellung seines Drehbuchs die Geschichte eines ehemaligen KZ-Arztes namens Hans Münch im SPIEGEL gelesen. Münch, früher Auschwitz-Kollege von Mengele, heute Rentner im Allgäu, zitiert seinen sehr geschätzten Freund Mengele zum „Judenproblem“, wonach „die Heilung der Welt durch die Judenvernichtung“ erreicht würde. Da hat der verblüffte Betz, der genau diese Verteidigung der wahnhaften NS-Ideologie für seinen Film-Mengele soeben erfunden hat, begriffen, wie Selbstverleugnung funktioniert.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 37/1999 „Beamte – Urlaub auf Lebenszeit“ über die illegale Vorruhestandsregelung für Beamte in Berlin.

Der Leipziger Rechtsanwalt Ingo Dörr stellte bei der Staatsanwaltschaft Berlin I Strafanzeige gegen Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU) wegen des Verdachtes der „Untreue zum Nachteil des Landes Berlin“. Die Anzeige richtet sich auch gegen den früheren Leiter des Personalreferats, der wegen der Vorruhestandsregelung remonstriert (wie Befehlsverweigerung bei Beamten heißt) hatte und danach die Leitung des Referats abgeben musste. Werthebach hat alle Anträge auf vorzeitigen Ruhestand vorläufig gestoppt.

... in Nr. 39/1999 „Musikbetrieb – Saitensprung nach Jericho“ über die Nebengeschäfte der Berliner Philharmoniker.

Der Verband der Deutschen Konzertdirektionen erklärte darauf in einer Pressemitteilung: „Der Wettbewerb mit staatlich subventionierten Kulturbetrieben droht zum Existenzkampf für private Konzertveranstalter in Deutschland zu werden. Davor warnt der Verband der Deutschen Konzertdirektionen e. V. und verdeutlicht die prekäre Situation am Beispiel Berlin: Zu der im aktuellen SPIEGEL beschriebenen Umtriebigkeit der Berliner Philharmonie gehört auch deren zunehmendes Engagement als Veranstalter von Konzerten, bei denen das Philharmonische Orchester selbst gar nicht auftritt. Künstler werden zu hohen Gagen eingekauft und die Eintrittskarten zu Dumpingpreisen auf den Markt geworfen. Das Defizit ist zwar vorprogrammiert, taucht aber offiziell nicht auf.“